Nr. 549
6. Januar 2012

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ermordete Dorfbewohner bestattet

Zehntausende Menschen beteiligten sich am Wochenende an den Trauerfeiern für 35 zuvor im türkisch-irakischen Grenzgebiet durch einen Luftangriff getötete zumeist minderjährige Dorfbewohner in Uludere in der türkischen Provinz Sirnak. Mit Sprechchören wurde die Guerilla zu einem Vergeltungsschlag aufgerufen.
Unterdessen versuchen regierungsnahe Medien seit Tagen, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) die Schuld für den Luftangriff zu geben. Ein PKK-Doppelagent innerhalb des türkischen Geheimdienstes MIT habe dem Militär gemeldet, bei der Schmugglergruppe handle es sich um Guerillakämpfer, mutmaßen die Tageszeitungen Zaman und Taraf. Ziel sei es gewesen, die Armee zu diskreditieren, um die örtliche, loyal zum Staat stehende Bevölkerung zum Aufstand anzustacheln. Überlebende des Angriffs bestätigten unterdessen, daß Soldaten die Schmuggler vor dem Luftangriff gestoppt hatten und somit wußten, daß es sich nicht um bewaffnete Guerillas handelte. Die PKK geht daher von einem vorsätzlichen Massaker zur Einschüchterung der Bevölkerung aus.
Der als graue Eminenz hinter der türkischen Regierung geltende islamische Ordensführer Fethullah Gülen sprach in einer Kondolenzbotschaft für die Getöteten offenbar mit Blick auf die kurdische Bewegung von »Kreisen«, die den Schmerz ausnutzen, um die »Söhne der Nation gegeneinander auszuspielen«. Gülens Trauer erscheint um so heuchlerischer, da er erst vor wenigen Wochen in einer Fatwa zur Vernichtung der kurdischen Befreiungsbewegung aufgerufen hatte.
505 Soldaten und Polizisten sowie 165 Guerillakämpfer starben im vergangenen Jahr bei Kämpfen in Kurdistan. Diese blutige Jahresbilanz hat die PKK nun vorgelegt. Die türkische Armee führte demnach 680 Bodenoperationen, Luft- und Artillerieangriffe durch, während die Guerilla ihrerseits 167 Aktionen startete. Dabei kam es zu 45 Gefechten. Zudem wurden mehr als 50 Zivilisten durch das türkische Militär getötet.

(jW, 3.1., ISKU)

Augenzeugenbericht über das Massaker

Der 19-jährige Überlebende Hacı Encü berichtet gegenüber den Menschenrechtsorganisationen IHD und MAZLUMDER:
„Am 28.12.2011 um 16:00 Uhr überquerten wir mit einer etwa 40 bis 50-köpfigen Gruppe die Grenze zum Irak, um Benzin und Lebensmittel zu besorgen. Wir haben dies nicht beim Militärstützpunkt angemeldet, sie wussten sowieso, dass wir gehen und zurückkommen würden. … Als wir gingen haben wir das Geräusch einer Drohne gehört, da wir diesen Weg aber ständig benutzen, setzten wir unseren Marsch fort. Gegen 19:00 Uhr beluden wir unsere Maultiere und brachen wieder auf. Gegen 21:00 Uhr näherten wir uns der Grenze an. Wir kamen auf die Weide unseres Dorfes, die ist direkt an der Grenze. In dem Moment wurde eine Leuchtkugel abgeschossen und in der Folge Artilleriefeuer eröffnet. Wir ließen unser Gepäck auf der anderen Seite der Grenze zurück. Sofort kamen dann die Flugzeuge und begannen zu bombardieren. Wir waren zwei Gruppen, zwischen denen ein Abstand von 300 bis 400 m bestand. Direkt nach den ersten Artillerieschüssen kamen die Flugzeuge. Da die Soldaten Stellung auf der Weide bezogen hatten, war uns der Weg abgeschnitten. Deswegen waren die Gruppen gezwungen, sich zusammenzudrängen. In Folge gab es zwei große Gruppen. Beim ersten Bombardement wurde eine 20-köpfige Gruppe direkt an der Grenze vernichtet. Wir begannen sofort zurückzufliehen. Über die, welche zwischen den Felsen geblieben waren, fiel ein Bombenregen. In meiner Gruppe waren 6 Personen, von dieser Gruppe konnten sich drei retten. Wir hatten zivile Alltagskleidung an, niemand trug eine Waffe. Das Ereignis dauerte etwa eine Stunde an. Wir gingen mit zwei Personen und 3 Maultieren in das Wasser in einer kleinen Schlucht. Nachdem wir eine Stunde gewartet hatten, fanden wir Zuflucht unter einer Klippe. Wir hörten nichts von unseren Freunden. Gegen 23:00 Uhr sahen wir Lichter und hörten Stimmen und begriffen, dass nun die DorfbewohnerInnen gekommen waren. Als die DorfbewohnerInnen anfingen zu klagen, zogen sich die Soldaten von den Orten, die Sie auf der Weide besetzt hatten, zurück. Wir machen diese Arbeit schon sehr lange. Zwei von uns waren verheiratet, die anderen waren Schüler in der Grundschule oder am Gymnasium. Bis jetzt wurde ich von Niemandem angesprochen eine Aussage zu machen. Nach dem Ereignis habe ich keinen Soldaten mehr gesehen."
Damit wird deutlich, dass die Gruppe ohne jegliche Vorwarnung militärisch Angegriffen worden ist, obwohl bekannt gewesen sein muss, dass es sich hierbei um die Gruppe von Dorfbewohnern handelte. Dies muss den Militärs nicht nur durch die Kleidung und das Nichtvorhandensein von Waffen offensichtlich gewesen sein, auch die Fortbewegung gerade im Winter in einer mehr oder weniger dichten, offenen, karawanenähnlichen Großgruppe ist für Guerillas weder möglich noch üblich. Entgegen der offiziellen Verlautbarungen handelt es sich bei dem Weg, den die Gruppe benutzte, um einen mehr oder weniger ausgebauten Weg, an dem auch z.B. Bergbaueinrichtungen liegen. Die Guerillacamps liegen bei weitem nicht, wie behauptet, in direkter Nähe der Bombardierungen.
Aufgrund dieser Fakten klagen Menschenrechtsorganisationen den Angriff nicht als militärischen „Fehler", sondern als extralegale Hinrichtung und Massaker an.
Die Leichen der Getöteten, welche eine Delegation in Augenschein nehmen konnte, befinden sich in einem Zustand schwerer Zerstörung. Die inneren Organe liegen offen da, die Körper sind verbrannt, die Körper wie die Köpfe sind zertrümmert. Dies weist auf den Einsatz von starken Explosivkörpern und von Brandmunition hin.
Die Delegation von IHD und MAZLUMDER bewertet das Ereignis wie folgt: „Wir sind mit unseren Recherchen zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich bei diesem Ereignis um eine extralegale Hinrichtung und in Hinblickt auf die Anzahl der Getöteten um ein Massaker handelt." *(ANF, 29.12., ISKU)*

Meldungen:

Frauen demonstrieren für Freiheit Öcalans
Die demokratische freie Frauenbewegung (DÖHK) hat die Kampagne „Freiheit für Öcalan" ins Leben gerufen. In diesem Rahmen werden verschiedene Demonstrationen und Aktionen in der gesamten Türkei stattfinden.
Den Auftakt markierten am Donnerstag Demonstrationen in Izmir, Mardin/Kiziltepe und Şırnak/Silopi. In Istanbul, Mersin und Diyarbakir wurden die geplanten Demonstrationen von der Polizei verboten.

(ANF, 5.1., ISKU)

KurdInnen protestieren gegen USA
Die Föderation kurdischer Vereine in Europa Kon-Kurd hat europaweite Proteste vor US-Botschaften angekündigt. Kon-Kurd beschuldigt die US-Regierung der Beihilfe zu Massakern an KurdInnen. So unterstützen die USA türkische Luftangriffe auf Camps der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) mit Luftaufklärung. Bislang im Irak stationierte US-Aufklärungsdrohnen würden nun auf den Luftwaffenstützpunkt Incirlik in die Türkei verlegt. Auch bei der Ermordung von 35 kurdischen Dorfbewohnern bei einem Luftangriff in der vergangenen Woche soll eine US-Aufklärungsdrohne beteiligt gewesen sein. Zudem haben die USA die Lieferung von Super-Cobra-Kampfhubschraubern an die türkische Armee zugesagt.

(jW, 4.1., ISKU)

Zwei weitere Journalisten verhaftet
Die Polizei hat am 30.12., trotz anhaltender Proteste gegen die jüngsten Verhaftungswellen, zwei weitere Journalisten inhaftiert, die für pro-kurdische Medien arbeiten und über das Massaker im Dorf Roboski berichtet hatten.
Turabi Kisin, ehemaliger Redakteur der Tageszeitung Özgür Gündem, wurde am Flughafen Ankara festgenommen und zum Polizeirevier von Istanbul gebracht. Dorthin wurde zuvor auch der Lizenzinhaber der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat, Menderes Öner verbracht. *(ANF, 31.12., ISKU)*

Polizeiterror in Mûş, 11 Festnahmen
In den frühen Morgenstunden des 4. Januar durchsuchte die Polizei im Stadtviertel Yeşîlyûrt von Mûş mehrere Wohnungen. 11 zumeist Jugendliche wurden

2 Jugendliche in Amed getötet

In Amed (Diyarbakır) sind in den frühen Morgenstunden des 31.12. bei Hausdurchsuchungen zwei Personen ums Leben gekommen. Nach offiziellen Angaben haben die Jugendlichen versucht, vor der Polizei zu fliehen und sind vom Balkon gesprungen. Augenzeugen jedoch erklärten, dass die zwei Jugendlichen aus dem Haus geführt und anschließend auf offener Straße durch die Polizei ermordet worden sind.
Nach bisherigen Angaben ist mit Anweisung des Gouverneurs von Amed (Diyarbakir) Mustafa Toprak der Zugang zum Tatort versperrt. Laut Erklärung des Polizeichefs Mustafa Sağlam habe ein Gefecht stattgefunden. Als die vermeidlichen Täter die Polizei registrierten, haben diese zu fliehen versucht. Daraufhin habe die Polizei versucht, dies zu verhindern und verletzte die Jugendlichen durch die Anwendung von Schusswaffen. Anschließend sollen sich die beiden vom Balkon gestürzt haben und verstarben vor Ort.
Entgegen dieser Erklärung steht die Aussage von Augenzeugen, die gesehen haben wollen, wie die zwei Jugendlichen aus ihrer Wohnung gebracht wurden und kaltblütig, ohne das ein Gefecht stattgefunden habe, auf offener Straße erschossen worden sind.
Funktionäre der BDP, des IHDs und von Mazlum-Der haben sich zu Untersuchungen zum Tatort begeben. Die Leichen der beiden Personen sind zur Pathologie des Krankenhauses von Dicle gebracht worden.

(ANF, 31.12., ISKU)

47 Jahre Haft für Journalisten

Das Verfahren gegen das Magazin Özgür Halk (Freies Volk) am 11. Hohen Strafgerichtshof in Istanbul endete für kurdische Journalisten mit einer Verurteilung zu hohen Haftstrafen.
Das Gericht verurteilte den Herausgeber des Magazins, Sebahattin Sürmeli, zu 47 Jahren und weitere sechs Journalisten zu insgesamt acht Jahren Haft.
Herausgeber Sürmeli, der seit Eröffnung des Verfahrens 2006 inhaftiert ist, wurde nicht gestattet, sich während der Verhandlung auf Kurdisch zu verteidigen. Auch Sürmelis Anwältin Hacer Çekiç erhob Einwände gegen die Kammer und sagte, es sei inakzeptabel, die Teilnahme ihres Mandanten an einer Beisetzungsfeier als strafrechtlichen Beweis anzusehen.
Während die anderen Angeklagten wegen angeblicher „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" zu Haftstrafen verurteilt wurden, waren es bei Sürmeli insgesamt 47 Jahre Haft wegen angeblichem „Besitz und Verwendung von Sprengstoff", „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation" und „Verbreitung von Propaganda und Verbrechensbegehung im Auftrag einer illegalen Organisation".

(ANF, 2.1., ISKU)

Tatort Kurdistan: Aufruf zur Luxemburg-Liebknecht-Demo

Kommt zur Luxemburg-Liebknecht-Demo!
In Berlin am 15.1.2012
Treffpunkt 9:45 (pünktlich)
Warschauer Straße/Ecke Frankfurter Allee

Informiert Euch, ob Busse aus Euren Städten zur Demo fahren!

Stoppt den Staatsterror! Freiheit für die politischen Gefangenen in der Türkei!
Am 15. Januar 2012 jährt sich die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch nationalistische Freikorpsschlächter zum 93. Mal. Liebknecht und Luxemburg wurden ermordet, weil sie gegen Militarismus und Imperialismus auftraten, weil sie für die Befreiung der Werktätigen von der kapitalistischen Ausbeutung durch eine sozialistische Räterepublik kämpften. Wie Liebknecht und Luxemburg fielen damals zum Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland tausende ArbeiterInnen den Massakern von Reichswehr und Freikorps zum Opfer. Durch staatliche Morde sollte eine sozialistische Revolution verhindert, sollte die Macht der Kapitalisten und Generäle erhalten werden.
Staatsterror gibt es weiterhin in vielen Ländern und in vielen Formen. Ein Beispiel ist die Türkei. Hier wurden in den 90er Jahren 4000 kurdische Dörfern durch die Armee zerstört und 17.000 kurdische ZivilistInnen durch Todesschwadronen ermordet. Heute geht dieser Staatsterror in scheinbar sauberer Form weiter. Oppositionelle werden unter fingierten Anschuldigungen verhaftet und weggesperrt. Wer heute in der Türkei gegen Militarismus eintritt, wer sich für basisdemokratische Selbstverwaltung, ArbeiterInnenrechte, Ökologie und Geschlechterbefreiung engagiert, der kommt hinter Gitter. 8000 prokurdische OppositionspolitikerInnen und AktivistInnen wurden seit dem Kommunalwahlerfolg der inzwischen verbotenen prokurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP im Frühjahr 2009 festgenommen. 4000 von ihnen befinden sich heute in Haft. Inhaftiert werden auch sozialistische und laizistische Oppositionelle. Aus politischen Gründen sind in der Türkei heute sechs kurdische Parlamentsabgeordnete und 18 BürgermeisterInnen sowie hunderte KommunalpolitikerInnen, 38 RechtsanwältInnen, rund 40 GewerkschafterInnen, 500 Studierende und hunderte Minderjährige sowie über 70 JournalistInnen und SchriftstellerInnen inhaftiert. Eine solche Masse von Oppositionellen wurde zuletzt in der Türkei unter der Militärdiktatur nach dem Putsch vom 12. September 1980 inhaftiert. Und die Festnahmen und Verhaftungen gehen täglich weiter.
Ermutigt wird die türkische Regierung durch die deutsche Bundesregierung, die diese erbrechen ignoriert und weiter an ihrer Waffenbrüderschaft im NATO Rahmen festhält. Selbst Kriegsverbrechen, wie extralegale Hinrichtungen, Massengräber und Giftgaseinsätze der türkischen Armee werden schweigend hingenommen.
Eine Entwicklung hin zu Frieden und Demokratie wird gezielt verhindert. So werden auch in Deutschland kurdische ExilpolitikerInnen aufgrund des PKK-Verbots verfolgt und neuerdings auch als Mitglieder einer „ausländischen terroristischen Vereinigung" (129b) angeklagt. Lösungsoptionen werden so verunmöglicht.

Auf der Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wollen wir für eine politische Lösung der kurischen Frage, ein Ende der Repression und für die Freiheit der politischen Gefangenen in der Türkei und der BRD eintreten.

Kampagne TATORT Kurdistan
Kampagne Demokratie hinter Gittern

festgenommen. Als Grund wurde die Teilnahme an Demonstrationen genannt.

(ANF, 04.01., ISKU)

Istanbul/Bağcila: 3 Personen festgenommen
In den frühen Morgenstunden des 3. Januars durchsuchten Einheiten der Polizei in dem Istanbuler Stadteil Bağcila mehrere Wohnungen und Häuser. Im Rahmen dieser Durchsuchungen nahmen sie drei Personen fest, darunter auch den Vorsitzenden der BDP von Bağcila, Cîhan Karabay, sowie seinen Bruder. Weiteres ist noch nicht bekannt.

(ANF, 3.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:

Berlin:
Demonstration
Protest gegen das Massaker der türkischen Armee am 28.12. an 35 unbewaffneten kurdischen Jugendlichen
Samstag, 7.Januar, 15 Uhr, Wittenbergplatz

Mahnwache und Hungerstreik
Gegen Massaker an Kurden!
Gegen Verhaftungen in der Türkei und Kurdistan!
Gegen Isolationshaft von A.Öcalan!
Hungerstreik: vom 9.1 bis 13.1.2, 11 Uhr, Brandenburger Tor
Pressekonferenz: 13.1., 12 Uhr, Brandenburger Tor

Frankfurt/M.:
Demonstration
Protest gegen das Massaker der türkischen Armee
Samstag, 7.Januar, Münchner Straße (Hauptbahnhof)

Hamburg:
Demonstration & Kundgebung
Protest gegen das Massaker der türkischen Armee
Kundgebung: 7.Januar, 13 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz (U-Mönckebergstrasse, S-Jungfernstieg)
Demonstration: 7.Januar, 16 Uhr, Bahnhof Altona

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 550
13. Januar 2012

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Urteil in Dänemark:

Roj TV wird nicht geschlossen!

Das Kopenhagener Stadtgericht hat die Sendelizenz trotz des Vorwurfs, „PKK-Propaganda“ zu betreiben, nicht aufgehoben.
Das Gericht verkündete sein Urteil am den 10.1., dem Tag der JournalistInnen. Obwohl das Gericht Roj TV wegen „PKK-Propaganda“ für schuldig hielt, stimmte es dennoch gegen eine Aufhebung der Sendelizenz des kurdischen Senders. Sie begründete ihr Urteil damit, dass die Aufhebung der Lizenz sowie die Beschlagnahmung von 20 Mill. Euro nicht rechtmäßig wären.
Das Gericht hatte außerdem beschlossen, die Unternehmen ROJ TV GmbH und Mezopotamya Broadcasting GmbH zu einem Bußgeld wegen Verletzung der dänischen Anti-Terror Gesetze zu verurteilen.
Nachdem das Urteil bekannt gemacht wurde, versammelten sich UnterstützerInnen von Roj TV vor dem Gerichtsgebäude. Die MitarbeiterInnen von Roj TV begrüßten die Entscheidung des Kopenhagener Gerichtes.
Am 31. August 2010 hat der dänische Justizminister Lars Berferd nach 5-jähriger Ermittlung des Kopenhagener Oberstaatsanwalts Jörgen Steen Sörensen eine Anklage wegen „Verstoßes gegen die Anti-Terror Gesetze“ gegen Roj TV zugelassen. Am selben Tag lies der Oberstaatsanwalt Sörensen die Konten des Fersehsenders einfrieren. Nachdem aber Roj TV Beschwerde gegen das Urteil erhob, wurde am 19. Oktober 2010 durch ein Kopenhagener Gericht unter der Leitung des Richters Peter Mork Thomsen das Urteil mit der Begründung, dass es an einer rechtlichen Grundlage für das Einfrieren der Konten fehle, aufgehoben. Während dieses Prozesses war auch bekannt geworden, dass es zu schwerwiegenden prozessualen Fehlern bei dem Urteil zu Einfrierung der Konten gekommen war. Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Aufhebung des ersten Urteils wurde vom obersten Gerichtshof abgewiesen.
Die Staatsanwaltsschaft wollte eine Schließung und die Verstaatlichung des Besitzes des Senders aufgrund „von PKK-Propaganda und der Finanzierung Roj TVs durch diese Organisation“. Der nach § 114 eröffnete Prozess wurde wegen der Annahme, dass Roj TV Teil der organisatorischen Struktur sei, eröffnet. Während des Prozesses vernahm die Oberstaatsanwaltschaft aufgrund türkischer Interventionen auch PKK-Überläufer in der Türkei. Während der Verhandlungen wurde bekannt, dass sich die Anklage auf Aussagen aus diesem Personenkreis begründet.
Während des Prozesses in Kopenhagen machten die Anwälte auf den politischen Hintergrund dieses Prozesses aufmerksam, in dem sie auf von Wikileaks veröffenlichte Verhandlungen zwischen türkischen und dänischen Offiziellen zum Fall Roj TV verwiesen. Durch die Wikileaks Unterlagen wurde auch bekannt, dass die US-Regierung auch in diesem Fall auf Seiten der Türkei involviert war. Die Kandidatur des Dänen Anders Fogh Rasmussen für den Posten des Nato-Generalsekretärs, für dessen Verwirklichung auch die Zustimmung der Türkei notwendig war, wurde an eine Schließung des Fernsehsenders Roj TV gebunden.
In den Verhandlungen wurden auch Telefongespräche des ehemaligen Direktors von Roj TV, Manoucher Zanoozi, der gegen Roj TV aussagte und mittlerweiler in einer engen Kooperation mit den türkischen Behörden steht, nach Beginn der Verhandlungen bekannt. Zannozi bekundete in einem Gespräch mit Amed Dicle, einer Mitarbeiterin von Roj TV, dass er unter enormen Druck seitens des Irans und der Türkei stehe. Auch deutete er an, dass er vom dänischen Geheimdienst bedroht worden sei. Ein anderer PKK-Überläufer nahm seine in der Türkei gemachte Aussage mit der Begründung zurück, dass diese in der Türkei gemachte Aussage unter enormen Druck und gegen seinen Willen aufgenommen worden sei.

(ANF, 10.1., ISKU)

„Wir sind das Gewissen der Öffentlichkeit gegen die Herrschaft."

Die in Kandıra und Bakırköy inhaftierten 36 MitarbeiterInnen der freien Presse haben sich mit einem Brief an ihre KollegInnen gewandt. Die JournalistInnen haben in ihrem Brief unter der Überschrift „Warum gerieten wir ins Fadenkreuz?" einen Aufruf verfasst: „Auf diesem Weg rufen wir alle Kollegen auf – lasst uns nicht vergessen, dass wir als JournalistInnen das öffentliche Gewissen gegen die Herrschaft darstellen... Wir erwarten, dass ihr eure Stimmen den unseren hinzufügt, bevor dieses Feuer auch euch verbrennt."
Am 20. Dezember 2011 wurden unter Berufung auf „KCK" bei den Zeitungen „Özgür Gündem" (Freie Tagesordnung) und „Azadiya Welat" (Freiheit des Heimatlandes), den Nachrichtenagenturen DIHA und ANF, der Agentur „Etik" (Ethik), dem Verlag „Gün" (Tag) und der Zeitschrift "Demokratik Modernite" (Demokratische Modernisierung) zeitgleich Razzien durchgeführt. Bei den in Wohnungen und Büros durchgeführten Razzien wurden 49 MitarbeiterInnen der Presse festgenommen, von denen 36 Personen in Untersuchungshaft genommen wurden. Den Festnahmen folgten Reaktionen aus unterschiedlichen Kreisen. Die im Kandıra 1 und 2 F-Typ und im Bakırköy Frauengefängnis einsitzenden 36 Pressetätigen schickten an alle BerufskollegInnen einen Brief: „Warum gerieten wir ins Fadenkreuz?"
Die JournalistInnen schreiben in diesem Brief, den sie mit „die Gefangenen Werktätigen der freien Presse" unterschrieben haben: „Erinnert euch das Datum 20. Dezember 2011 an etwas? An dem Tag wurde zeitgleich um 5 Uhr in Diyarbakır und Istanbul und in anderen Städten an die Tür dutzender JournalistInnen geklopft."
„Die Eindringlinge kannten uns gut und wir sie... Wir kennen sie als die, die mitten auf der Straße gezielte und ungezielte Kugeln abfeuern, die vor laufenden Kameras dreist Arme brechen, die bei Durchführung ihrer

→

Meldungen:

Knochenfunde an der Stadtmauer von Amed
Bei Restaurierungsarbeiten einer Burg an den historischen Stadtmauern von Amed (Diyarbakir) ist es am Mittwoch zu Knochenfunden gekommen. Bei den darauffolgenden Ausgrabungen ist man auf Knochen von mindestens acht Menschen gestoßen. Die Ausgrabungen dauern weiter an.
Die Burg wurde zwischen 1993 und 1999 als Verhörzentrum des türkischen Gendarmariegeheimsdienstes JITEM genutzt. Auf den JITEM sind in den 90er Jahren im Krieg gegen die KurdInnen tausende sogenannte „Morde unbekannter Täter“, also extralegale Hinrichtungen, zurückzuführen.

(ANF, 12.1., ISKU)

Qoser: 14 Festnahmen in den frühen Morgenstunden
In den frühen Morgenstunden des 9. Januar durchsuchte die Polizei in Qoser (Kızıltepe) mehrere Wohnungen und nahm 14 Personen fest. Alle wurden auf die Polizeistation von Qoser gebracht. Über den Grund der Festnahmen liegen noch keine Erkenntnisse vor.

(ANF, 9.1., ISKU)

Festnahmen und Verhaftungen in Êlih, Çinar und Şirnex
Bei Protesten gegen dass Massaker von Roboski wurden in Êlih (Batman) 6 Personen festgenommen. Nach Verhören durch die örtliche Polizei wurde der Vorsitzende der BDP Numan Yeşilmen freigelassen. Die anderen fünf Personen wurden dem Haftrichter vorgeführt und in das M-Typ Gefängnis von Êlih überführt. Ihnen wird vorgeworfen, Steine auf die Polizei geworfen zu haben.
Bei Hausdurchsuchungen in Çinar, einer Kreisstadt in der Provinz Amed, wurden in den letzten Tagen 9 Personen festgenommen. Nach Verhören bei der Staatsanwaltschaft wurden 8 von ihnen vor Gericht geführt. Daraufhin wurde gegen 4 von ihnen wegen „Mitgliedschaft in der PKK“ und wegen „Aktionen im Namen der PKK“ ein Haftbefehl ausgestellt.
Vor 2 Tagen wurden in Şirnex (Şırnak) bei Hausdurchsuchungen in mehreren Stadtteilen 21 Personen festgenommen. Diese wurden nun der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Über den Grund ihrer Festnahme liegen noch keine Informationen vor.

(ANF, 12.1., ISKU)

Haftsituation von Abdullah Öcalan:

IHD appeliert an Anti-Folter-Komitee

Der Menschenrechtsverein IHD hat sich an das Anti-Folter-Komitee (CPT) des Europarats gewandt und auf die Isolation des PKK-Gründers Abdullah Öcalan und der fünf anderen auf der Gefängnisinsel Imrali gefangenen Menschen hingewiesen, die seit Monaten keinen Kontakt zur Außenwelt haben und auch keine Besuche ihrer AnwältInnen empfangen konnten.
Im dem Appell wird die Besorgnis über den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan zum Ausdruck gebracht, der seit dem 27. Juli 2011 vollständig von der Außenwelt isoliert ist. Der IHD macht auf die systematische Verhinderung von Besuchen auf Imrali aufmerksam, die stets mit „schlechtem Wetter" oder „defektem Boot" begründet wird.
Das CPT wird aufgefordert, eine Kommission zu bilden, die das F-Typ Gefängnis Imrali besuchen und die dort stattfindenen Rechtsverletzungen untersuchen soll.
In der Petition wird auch auf die am 22. November 2011 erfolgte Verhaftung von 35 AnwältInnen Öcalans hingewiesen und unterstrichen, dass die Vorwürfe gegen die AnwältInnen inakzeptabel sind.
Die Verweigerung des Besuchsrechts der Gefangenen wird als Willkührmaßnahme der Behörden benannt und weiter ausgeführt, dass „Million Menschen in der Türkei und anderen Teilen der Welt besorgt sind über den Gesundheitszustand des Anführers der politischen Bewegung der KurdInnen. Auf der anderen Seite haben etwa 7.000 Gefangene aus KCK und PKK in türkischen Gefängnissen einen alternierenden Hungerstreik begonnen, um gegen die Isolation Öcalans zu protestieren. Die jetzige Situaion zeigt, wie groß die Spannungen im Gefängnisystem der Türkei sind."
Der Appell endet mit der Aufforderung an das CPT, so schnell wie möglich die Gefängnisinsel Imrali zu besuchen und angesichts der Dringlichkeit des Falles die notwendigen Untersuchungen vorzunehmen.

(DIHA, 12.1., ISKU)

→ „Wir sind das Gewissen ..."

Gebote ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder Leben in die Finsternis stoßen; wir kennen sie aufgrund der dunklen Geschichte der Türkei der letzten 30 bzw. 80 Jahre... Wir kennen sie als die Durchführenden der Kurdenjagd der letzten 3 Jahre, die u. a. hauptsächlich Rechtsanwälte, Politiker, Gewählte, Menschenrechtsverteidiger, Frauen nach dem Motto ‚ein guter Kurde ist ein toter oder ein ein gefangener Kurde' festnehmen. Sie wiederum kennen uns als die Nachfolger von Musa Anter, Gurbetelli Ersöz, Nazım Babaoğlu, Yahya Orhan, Metin Göktepe und Dutzenden weiteren Märtyrern der Presse.
Mit der Aussage ‚Nichts wird im Verborgenen bleiben' haben wir die im Finsteren Handelnden der dunklen Geschichte enttarnt. Wir sind die Stimme der Identität, der Kultur und der Sprache eines Volkes geworden... Im Gegenteil zu den Sensationsreportern verstecken wir uns bei politischen Aktionen nicht hinter der Polizei und beziehen uns nicht auf die Polizeireporter, sondern auf das Volk...
Wir haben an den Grenzen mit den Müttern genächtigt, die sich für den Frieden einsetzen; wir waren bei denen, die die verstümmelten Leichen in den Bergen einsammelten; wir waren die Trauergesänge der Mütter, die in den Sammelgräbern die Knochen ihrer verschwundenen Kinder suchten...
Wir haben den Staat angeprangert, der in Besta, im Zap, in Tatvan und im Kazantal chemische Waffen eingesetzt und somit Kriegsverbrechen verübt hat...
Wir waren die Stimmen der Werktätigen, die für einen Mindestlohn und das Recht auf Gewerkschaftstätigkeit auf die Straßen gingen; die Stimmen der Akademiker, die im Gegensatz zu denen, die beteuern ‚es wird an uns vorbeiziehen', sagen, dass ‚wir ärmer werden und unser Lebensstandard sinkt...'; wir waren bei den Dorfbewohnern des Schwarzmeeres, die dagegen waren, die Natur zu zerstören und den Konzernen Geschenke zu machen, die sagen ‚ich werde mein Land nicht für Hydroenergiezentralen hergeben'...
Wir waren der Aufschrei der Frauen gegen die patriarchalische Auffassung der Predigt zu ‚drei Kindern', die zu Frauenmassakern führten... Wir waren bei den Bauern, denen kontingentweise ihr Boden entzogen wurde, denen das Pflügen und Ernten der Felder verboten wurde, die zum Hungern verurteilt wurden...
Gestern wurden wir bombardiert, getötet; heute werden wir ‚angeklagt' und verhaftet... Wir hatten das Spiel durchschaut...
Der 1. Akt des Schauspiels, dessen Drehbuch vom Premierminister und dem Innenminister verfasst worden war, wurde 72 Stunden auf der Wache aufgeführt. Wir sind ‚eingeladen' worden nicht zu Gesprächen zum Recht, sondern zu Gesprächen der Ordensgemeinschaft im Sinne der Rechtsansichten der AKP. Bei diesen ‚Einladungen' sind wir zum ‚Komitee' eines ‚aufgeblasenen Schemas' ausgerufen worden und wurden genötigt. Der 2. Akt dieser Tragikomödie wurde im Gericht weitergeführt. Wir wurden von beauftragten Staatsanwälten mit inhaltslosen, aufgeblähten Akten einem ‚strikten' Verhör über die Nachrichtenquellen und die Berichte ausgesetzt, ohne das sie selbst Kenntnisse über die Grundlagen des Journalismus haben. Ähnlich der Frage an einen Arzt: ‚Warum hast du diesen Kranken behandelt?', so wurden wir gefragt: ‚Warum hast du diese Nachricht geschrieben?'. Trotz der Publizität unserer Arbeit wurden wir unter Angabe von ‚geheimen Zeugen', deren Existenz nicht klar ist, kriminalisiert. Im (vorübergehend) letzten Akt wurden wir im Gericht mit dem Geständnis der Richter ‚wir haben nicht die Initiative ergriffen' in Untersuchungshaft genommen. Wer die Initiative ergriffen hat wurde ersichtlich, als Samanyolu TV eine halbe Stunde vor der Entscheidung die Anzahl der in Untersuchungshaft genommenen Journalisten bekannt gab. Kurz und gut: Auf Anordnung des Premierministers Erdoğan, dem ‚Terror-' Umfeld des ‚ruhmreichen' Innenministers Idris Naim Şahin, der ‚draufgängerischen' Jagd der Polizei der Ordensgemeinschaft und der Entscheidung des Gerichts, die nicht mehr als Marionetten sind, wurden wir an der Ausführung unserer Arbeit gehindert worden.
Die beste Antwort auf die Frage: ‚Warum ist die kurdische Presse zur Zielscheibe geworden?' ist die, dass die Sensationspresse 9 Stunden nach der kurdischen Presse die Nachricht vom Massaker in Roboski gebracht hat...
Aus diesem Anlass rufen wir alle Berufskollegen auf: Wir sollten nicht vergessen, dass wir als ReporterInnen das öffentliche Gewissen gegen die Herrschaft darstellen... Wir erwarten, dass ihr eure Stimmen den unseren hinzufügt, bevor dieses Feuer auch euch verbrennt.

Inhaftierte Werktätige der freien Presse" (ANF, 6.1., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termin:

Konferenz
Die kapitalistische Moderne herausfordern
Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch

Die OrganisatorInnen der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« freuen sich, alle Interessierten zu einer Diskussion über theoretische und praktische Versuche eines alternativen Lebens einzuladen. Diese Konferenz wird auch für alle interessant sein, die mit dem Wandel der kurdischen Gesellschaft und und der kurdischen Bewegung Schritt halten und die von ihnen vorgeschlagen Alternativen kennen lernen möchten.
In den letzten Jahren hat sich die kurdische Befreiungsbewegung von ihren traditionellen marxistisch-leninistischen und befreiungsnationalistischen Wurzeln fortentwickelt. Diese Konferenz möchte die Transformation der kurdischen Bewegung und ihre Suche nach Alternativen diskutieren und anderen weltweiten Diskussionen und Aufbrüchen gegenüber stellen. Ebenso will sie einen internationalen Austausch auf akademischem Niveau über die weltweiten theoretischen und praktischen Interventionen gegen den kapitalistischen Normalzustand ermöglichen. Dabei wird es auch – aber keineswegs nur – um das kurdische Beispiel gehen.

Die Konferenz wird vom **3.-5. Februar 2012** im **Hörsaal Erziehungswissenschaften**, Von-Melle-Park 8, der **Universität Hamburg** stattfinden und am Freitag, den **3. Februar um 18 Uhr** beginnen. Wir planen, alle Redebeiträge und Diskussionen simultan in Deutsch, Englisch, Kurdisch (Kurmandschi) und Türkisch zu übersetzen.

Weitere Informationen und das Program der Konferenz unter: *http://www.networkaq.net/*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 551
20. Januar 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Enttäuschung über Urteil im Prozeß um den Mord an Hrant Dink

»Zweite Ermordung«

Eine »zweite Ermordung« hat die linke Tageszeitung Birgün am Mittwoch das am Tag zuvor ergangene Urteil eines Istanbuler Gerichts gegen mutmaßliche Hintermänner der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink genannt. Die Richter hatten die Ermordung des Herausgebers der armenisch-türkischen Wochenzeitung Agos durch einen jugendlichen Faschisten am 19. Januar 2007 in Istanbul zum Werk von Einzeltätern erklärt. Der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wurde fallengelassen, da es keine Beweise für ein Komplott gegeben habe.

Der zum Tatzeitpunkt minderjährige Schütze Ogün Samast war bereits im Juli 2011 zu einer Haftstrafe von mehr als 22 Jahren verurteilt worden. Ein weiterer Faschist, Yasin Hayal, wurde am Dienstag wegen Anstiftung zum Mord zu lebenslanger Haft verurteilt. 18 weitere Angeklagte aus dem faschistischen Spektrum jedoch wurden vom Vorwurf der Beihilfe freigesprochen. Unter ihnen ist der als Drahtzieher des Anschlags geltende ehemalige V-Mann der Polizei Erhan Tuncel. Dieser wurde in dem selben Verfahren allerdings wegen eines in den 90er Jahren begangenen Sprengstoffanschlags auf eine McDonalds-Filiale verurteilt. Trotzdem befand er sich am Mittwoch bereits auf freiem Fuß, weil ihm die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Wie Dinks Mörder Samast und weitere Verdächtige gehört Tuncel zum Umfeld der von den Grauen Wölfen abgespaltenen islamisch-nationalistisch orientierten Großen Einheitspartei (BBP).

»Die Tradition des politischen Mordes wird fortgeführt«, kritisierte die Anwältin der Familie Dink, Fethiye Cetin, den Prozeß als »Farce« und kündigte Berufung an. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International warf dem Gericht die Unterschlagung von Beweisen für eine Verbindung der Täter in den Staatsapparat und zu rechten Gruppen vor. Der Enthüllungsjournalist Nedim Sener, der aufgezeigt hatte, wie Polizeibeamte aus dem Umfeld des islamischen Fethullah-Gülen-Ordens die Ermittlungen im Mordfall Dink behindert hatten, wurde im vergangenen Jahr wegen fingierter Terrorismusvorwürfe inhaftiert. Ordensführer Gülen war dem vor drei Jahren ums Leben gekommenen BBP-Gründer Muhsin Yazicioglu freundschaftlich verbunden und soll dessen Partei auch finanziell unterstützt haben.

(jW, 19.1., ISKU)

Stoppt den politischen Genozid und Feminizid gegen Kurdinnen und Kurden

Infolge der rassistischen und repressiven Politik des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung ist das Leben von Kurdinnen und Kurden seit nun mehr als 28 Jahren von einem Krieg geprägt, der tagtäglich neue Todesopfer fordert und neues Leid erzeugt. […] In der Regierungszeit der AKP hat Gewalt gegen Frauen offiziellen Zahlen zufolge um 1400-1500% zugenommen! Auch die zunehmenden Selbstmorde von Frauen sind alarmierend. Zugleich ging die Anzahl der Frauen in der Lohnarbeit von 39% auf 24% zurück. Anstatt wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, fördert die AKP mit ihrem Konzept des „politischen Islam“ sexistische und frauenfeindliche Tendenzen. Nach den Wahlen vom Juni 2011 wurde das Frauenministerium auf ein "Familienministerium" reduziert. Der Ministerpräsident und führende Politiker werben für das Modell der "nationalistischen, kopftuchtragenden, hinter ihren Männern stehenden und mindestens drei Kinder gebärenden" Frau. Gewalt gegen Frauen, die diesem Vorbild nicht entsprechen, wird legitimiert. Vor allem politische Aktivistinnen sind enormen staatlichen Angriffen ausgesetzt. Viele kurdische Aktivistinnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) wurden verhaftet und gefoltert, allein weil sie sich für eine geschlechterbefreite Gesellschaft einsetzten und aktiv in das politische Geschehen eingriffen.

Totalisolation gegen Abdullah Öcalan = Krieg gegen die KurdInnen

Die AKP-Regierung eskalierte die Angriffe und den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung in einer Phase, in der die politische Lösung der kurdischen Frage erstmalig in greifbare Nähe geraten war und ein Dialog der Konfliktparteien begonnen hatte. Abdullah Öcalan, dem Millionen von Kurden und Kurdinnen als ihrem legitimen politischen Repräsentanten ihr Vertrauen aussprechen, hatte sich seit 1993 aktiv um eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage bemüht. Obwohl eine Delegation des türkischen Staates auf der Gefängnisinsel Imrali mit Abdullah Öcalan und an verschiedenen Orten mit VertreterInnen den Dialog suchte und im Juli 2011 eine gewisse Übereinstimmung bezüglich der notwendigen Schritte für einen Friedensprozess erzielt werden konnte, wurden all diese Bemühungen seitens der AKP-Regierung ignoriert und mit neuen anti-demokratischen Angriffen und Krieg beantwortet. Es zeigt sich vielmehr, dass die AKP-Regierung diesen Dialog als eine Hinhaltetaktik benutzt. Während die kurdischen Guerillakräfte weiterhin einseitige Waffenstillstände und eine Phase der Aktionslosigkeit einhielten, unternahm die die türkische Regierung keinerlei konkrete Schritte für einen Friedensprozess, sondern begann mit Massenverhaftungen gegen kurdische PolitikerInnen und militärischen Vernichtungsoperationen. Damit wurde deutlich, dass die Regierung den Dialog nicht mit der Zielsetzung einer politischen Lösung geführt hatte. Als Konsequenz dieser Politik verhängte der Staat am 27.7.2011 eine Totalisolation gegen Abdullah Öcalan, im Zuge derer alle Anwaltsbesuche bei Herrn Öcalan sowie sein Recht auf Verteidigung unter fadenscheinige Begründungen, wie „das Boot ist kaputt“ oder „schlechte Wetterbedingungen“ systematisch verhindert. Auch Besuche der Angehörigen wurden – bis auf einen einmaligen einstündigen Besuch seines Bruders am 12.10.2011 – untersagt. Ein

→

Meldungen:

Sêrt: 40 Personen, darunter auch der Bürgermeister festgenommen

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von Êlih (Batman) wurden in den frühen Morgenstunden in Sêrt (Siirt), Misirc (Kurtalan), Dih (Eruh) und Ciwanîka (Gökçebağ) die Stadtverwaltungen und private Räumlichkeiten durchsucht. Dabei wurden etwa 40 Personen festgenommen, unter ihnen auch der Bürgermeister von Sêrt. Als Vorwand für die Durchsuchungen, bei denen Festplatten von Computern sowie zahlreiche Dokumente und Unterlagen beschlagnahmt wurden, wird die Bekämpfung von Schmuggel, organisierter Kriminalität sowie Korruption und Bestechung genannt. Auch wenn andere offizielle Gründe für die Festnahmen genannt werden, müssen die Durchsuchungen und Festnahmen im Rahmen der KCK-Operationen gesehen werden.

(ANF, 13.11., ISKU)

Istanbul: Acht Festnahmen

In den Istanbuler Stadtteilen Maltepe und Kartal durchsuchten Polizeieinheiten mehrere Wohnungen von Mitgliedern der BDP. Etwa acht Personen, die Zahl könnte auch höher liegen, wurden festgenommen, darunter auch die Vorsitzenden der BDP von Maltepe.

(ANF, 13.11., ISKU)

Mitarbeiterin von Özgür Gündem erneut festgenommen

Die Mitarbeiterin der Tageszeitung Özgur Gündem, Hatice Bozkurt, wurde Montagnacht erneut festgenommen. Schon im Dezember war sie im Laufe der Festnahmewelle gegen JournalistInnen der oppositionellen Presse festgenommen, später aber wieder freigelassen worden. Letzte Nacht wurde sie in Istanbul erneut festgenommen. Gründe dafür sind bisher nicht bekannt. *(ANF, 17.11., ISKU)*

Gever: Eine Person wegen „Propaganda“ verhaftet

Bei Razzien in Gever (Yüksekova) am 14. Januar wurden drei Personen festgenommen. Zuerst wurden sie auf die örtliche Polizeistation verbracht und später dem Staatsanwalt vorgeführt. Zwei von ihnen wurden freigelassen. Gegen die dritte Person, Erdal O., wurde ein Haftbefehl wegen angeblicher Propaganda für eine Organisation ausgestellt. Er wurde nach Colemêrg (Hakkari) ins E-Typ Gefängnis gebracht. *(ANF, 13.11., ISKU)*

Frauen fordern Freiheit für Öcalan

Bekannte Frauenrechtsaktivistinnen wie Dr. Şebnem Korur Fincancı, die Anwältin Eren Keskin, die Vertreterin der BDP Emine Ayna, die Autorin und Anwältin Ayşe Batumlu, Zübeyde Teker, die BDP Co-Vorsitzende Ayla Akat Ata und Hürriyet Şener gründeten nach Informationen der DIHA Nachrichtenagentur eine Plattform „Freiheit für Öcalan".
Die Plattform veröffentlichte eine Erklärung, in der es heisst: „Niemand wird gewinnen, wenn weiter getötet wird, macht Frieden mit den KurdInnen, dreht die Uhr zurück auf den Zeitpunkt der Verhandlungen mit Öcalan.".
Die Erklärung fordert: „Anerkennung der KurdInnen und ihrer VertreterInnen, wenn ihr mit ihnen zu einem Ergebnis kommen wollt. Lasst Öcalan frei. Schluss mit Militäroperationen, Verhaftungen, verbrannten Guerillas, Soldatenbegräbnissen, alles was gestartet wurde, nachdem die Verhandlungen mit Öcalan abgebrochen wurden. Die Verhandlungen mit Öcalan bedeuteten einen Schritt für den Frieden, und eine Adresse für die Suche nach einer Lösung. Aber nun, wo der Krieg wieder entfacht wurde, hat er alle Leben in den Städten und Dörfern unter Kontrolle. Hört auf, ihr könnt nicht gewinnen indem ihr immer mehr Leute verhaftet, tötet, Wenn ihr die KurdInnen akzeptiert, wird das Leben gegenüber dem Tod gewinnen. Akzeptiert die Freiheit von Abullah Öcalan und beginnt mit Verhandlungen, sofort. Bringt den Frieden für dieses Land. Der Frieden wird uns das Leben wiedergeben. *(ANF, 19.1., ISKU)*

51 Jahre Haft für 7 Studierende

In Erzingan (Erzincan) sind 7 Studierende wegen „Organisationsmitgliedschaft" „Organisationspropaganda" und „Schaden an der Gemeinschaft" zu einer Strafe von insgesamt 51 Jahren und 3 Monate verurteilt worden.
Nach Meldungen der Nachrichtenagentur DIHA waren die Studierenden an der Universität von Erzingan am 24. Mai 2011 im Rahmen einer KCK-Operation festgenommen worden.
Die Gerichtsverhandlung fand vor der 4. Strafkammer in Erzingan statt. Nach den Worten der Staatsanwaltschaft seien die Studierenden Mitglieder einer Organisation, drei von ihnen seien auf dem Weg in die Berge verhaftet worden. Deshalb forderte die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe für die Angeklagten. Die Studierenden haben die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Sie, sowie ihre Anwälte, haben ihre Freilassung gefordert.
Nach einer kurzen Pause der Gerichtsverhandlung wurde der Angeklagte Çetin Ş. wegen „Organisationsmitgliegschaft" „Organisationspropaganda" und „Schaden an der Gemeinschaft" zu 10 Jahren Haftstraffe verurteilt; Yeknur Y., Vural T., Ali İ. wurden wegen „Organisationsmitgliedschaft" „Organisationspropaganda" zu 7 Jahren und 6 Monaten und Cihangir Ali A., Vedat S., Uygar Ufuk K. wegen „Organisationsmitgliedschaft" zu 6 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die Anwälte kündigten an, in Berufung zu gehen.
(ANF, 18.1., ISKU)

Wochenbilanz des grünen Faschismus: 215 Festnahmen

Verhaftungen und Festnahmen kurdischer Politiker seitens der AKP Regierung sind zur Routine geworden. Allein innerhalb der letzten Woche wurden 215 Personnen verhaftet.
Polizei und Gerichte handeln nach den Entscheidungen der Regierungspartei AKP. Jede/r, der/die die Regierung kritisiert, wird inhaftiert. Kinder, Frauen, SchriftstellerInnen, GewerkschafterInnen, BürgermeisterInnen und sogar Abgeordnete sitzen in den Gefängnissen. Nach dem Massaker in Roboskî, hat die AKP-Regierung neue Verhaftungswellen gestartet. Die AKP-Polizei hat sich BDP, KES, IHD und linksorientierte Institutionen und Organisationen zum Ziel der Verhaftungen genommen. Zwischen dem 10. und 18. Januar 2012 wurden 215 kurdische PolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen festgenommen. Unter ihnen befinden sich auch viele Kinder. Die Festnahmewelle hat sowohl in kurdischen als auch in den türkischen Gebieten der Türkei stattgefunden.
Seit 2009 wurden über 5000 kurdische PolitikerInnen und MenschenrechtsaktivstInnen in Rahmen der sogenannten KCK-Operationen verhaftet. Darunter befinden sich 97 JournalistInnen, 36 AnwältInnen, 500 StudentInnen, 16 BürgermeisterInnen, acht Abgeordnete und hunderte Kinder.
(ANF, 18.1., ISKU)

→ Stoppt den politischen Genozid

anderer Gefangener auf der Insel Imrali teilte seinem Anwalt mit, dass zusätzlich Ende November 2011 gegen Öcalan eine 20-tägige verschärfte Einzelhaft als Disziplinarstrafe verhängt worden sei. Im gleichen Monat wurden 42 seiner Anwälte festgenommen.

Frieden in Kurdistan erfordert die Freiheit von Öcalan
Aus Sicht der Kurdinnen und Kurden ist die Haltung des türkischen Staates gleichbedeutend mit der Haltung gegenüber ihren Forderungen nach Anerkennung ihrer Identität und der Achtung ihrer demokratischen und kulturellen Rechte. Auch breite Kreise der Öffentlichkeit in der Türkei und des Staates sind sich mittlerweile darüber bewusst, dass Abdullah Öcalan eine Schlüsselrolle für den Friedensprozess und die Demokratisierung der Türkei spielt. Dies versucht die AKP-Regierung mit allen Mitteln zu verhindern.
Die Erfahrungen aus anderen Konfliktgebieten haben uns gezeigt, dass ein gerechter Friede und Demokratie nur über einen offenen Dialog aller Parteien möglich ist. Wir sind der Meinung, dass mit der Freilassung von Abdullah Öcalan eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und eine nachhaltige Demokratisierung der Türkei in unmittelbarer Nähe liegen.
Um einer weiteren Eskalation des Krieges sowie der Gewalt- und Unterdrückungspolitik seitens der türkischen Regierung vorzubeugen, fordern wir:

- Sofortige Sicherstellung der Bewegungsfreiheit, der Gesundheit und Sicherheit von Abdullah Öcalan
- Anerkennung der Demokratischen Autonomie der Kurden in der Türkei, Iran und Syrien im Einklang mit der UN Charta
- Sofortige Beendigung des politischen und kulturellen Genozids sowie des Feminizids durch das AKP-Regime
- Einstellung aller politischer, militärischer und ökonomischer Unterstützung für das AKP-Regime sowie ein sofortiges Waffenembargo gegen die Türkei
- Aufklärung und Verurteilung aller Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen

Kurdisches Frauenbüro für Frieden - Cenî e.V.
Initiative der Friedensmütter

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:

Proteste der KurdInnen in Deutschland gegen die USA
Die Föderation der kurdischen Vereine in Europa (Kon-Kurd) hat zu Protesten gegen die USA wegen ihrer Unterstützung des AKP-Regimes in ihrer antikurdischen Politik aufgerufen. In diesem Rahmen haben die Proteste am 18. Januar in Köln und Oldenburg mit einer Briefaktion an den US-Präsidenten Obama begonnen und werden bis zum 23. Januar in acht weiteren deutschen Städten fortgeführt.

20.Januar
Kassel: Hier findet eine Protestbriefaktion gegen die US-Regierung statt. Die Briefe werden symbolisch gemeinsam um 16 Uhr vom Verein zur Post gebracht.
Peine: Auch in Peine findet eine Protestbriefaktion statt, die um 16 Uhr beendet wird. Zum Abschluss werden die Briefe vom kurdischen Verein gemeinsam zur Post gebracht.
In **Nürnberg**, **Hildesheim**, und **Salzgitter** finden ebenfalls Protestbriefaktionen statt. In allen drei Städten werden die Briefe nach 16 Uhr von den jeweiligen Vereinen gemeinsam mit dem Volk zur Post gebracht.

21.Januar
Bremen: Um 14 Uhr versammelt sich die Bevölkerung am Hauptbahnhof und protestiert in einem Demonstrationszug gegen die Politik der USA.

22.Januar
Magdeburg: Im Anschluss an eine Gedenkveranstaltung im kurdischen Verein wird die Bevölkerung ihre Protestbriefaktion mit einem gemeinsamen Gang zur Post abschließen.

23.Januar
Frankfurt: Um 11 Uhr findet vor dem US Konsulat in der Gießener Straße 30 (U-Bahnhaltestelle Gießener Str.) eine Kundgebung statt.
(ANF, 17.01.2012)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 552
27. Januar 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Für unsere Existenz und Freiheit sind wir unterwegs!

Ein Status für die Kurden – Freiheit für Abdullah Öcalan

31.01 – 18.02 | Ein Marsch von Genf nach Straßburg
Trotz ihrer Zahl von etwa 40 Millionen können die Kurden ihre Grundrechte als Volk bis heute noch nicht als solches wahrnehmen. Erster Grund dafür ist, dass die europäischen Großmächte mit dem Vertrag von Lausanne am 24. Juli 1923 Kurdistan vierteilten und den Staaten Türkei, Persien, Irak und Syrien unterordneten. (...)

Der Lausanner Vertrag ebnete den Weg für Völkermord und Staatsterror
Seit diesem Datum sind die statuslosen Kurden in allen Teilen ihres Landes jeder Unterdrückung und jeglichen Angriffen ausgesetzt gewesen. Wie an den Beispielen von Halabja, Dersim oder Zilan zu sehen ist, wurde neben dem physischen auch ein kultureller und politischer Völkermord vorangetrieben und mit der Absicht der Vernichtung erbarmungslos ausgeführt.
(...)
Die Folgen dieser Politik aus den letzten zwei Jahren:
Es sind ca. 8000 Menschen festgenommen worden, davon sind seit 2009 ca. 5000 aufgrund von „Anti-Terror-Gesetzen“ inhaftiert. (...)
In der AKP-Regierungszeit sind von den „Sicherheitskräften“ nahezu 200 Kinder und Jugendliche getötet worden.
Mehrfach wurden verbotene Chemiewaffen gegen Kurden eingesetzt.
Entgegen internationalen Abkommen werden ununterbrochen grenzüberschreitende Militäroperationen durchgeführt.
In Uludere wurden am 28.12.2011 bei einem Angriff türkischer Kampfflugzeuge 35 kurdische Zivilisten umgebracht, mehrheitlich Jugendliche.
Seit dem Vertrag von Lausanne blieb den statuslosen Kurden gegen den Staatsterror nur ein umfangreicher Widerstand und Überlebenskampf, wodurch sie ihre Existenz bis heute vor gänzlicher Vernichtung bewahren konnten.

Die Staaten und ihre Organisationen verstoßen gegen ihre eigenen Werte
Ohne Zweifel hätte diese menschenverachtende Repression nicht ohne die internationale Unterstützung von z. B. USA, EU und Israel stattfinden können, die den politischen und ökonomischen Vorteil über alles andere stellen. Es sind wieder die gleichen internationalen Mächte, die das um seine Existenz kämpfende kurdische Volk wegen eben dieser politischen und ökonomischen Vorhaben als terroristisch diffamieren. Deshalb wird die Vernichtungspolitik der regionalen Unterdrückerstaaten, allen voran der Türkei, abgesegnet und unterstützt.
Wenn es um die Kurdenfrage geht, verlieren alle internationalen Rechtsgrundsätze und Normen ihre Bedeutung. Es werden immer spezielle Maßnahmen gegen Kurden angewandt. Die Behandlung des Kurdenführers Abdullah Öcalan führt uns das als offensichtlichstes Beispiel deutlich vor Augen. Am 15. Februar 1999 war er in Piratenmanier durch ein von USA, Israel und EU arrangiertes internationales Komplott entführt und in das Ein-Personen-Gefängnis auf der Insel Imralı gebracht worden.

Die Annäherung an Abdullah Öcalan ist gleichbedeutend mit der Annäherung an die kurdische Frage
Die Situation Abdullah Öcalans, der bereits 13 Jahre schwerster psychischer und physischer Folter in einer Einzelzelle ausgesetzt ist, hat sich aufgrund der aktuellen Entwicklung weiter verschärft. Die Strafmaßnahmen beinhalten ein Besuchs- und Kontaktverbot für Familienmitglieder sowie für seine Anwälte, das nun 5½ Monate, also nahezu 200 Tage andauert.
Es ist offensichtlich, dass neben internationalem Recht auch unlängst inländisches türkisches Recht verletzt worden ist. Das Besuchsverbot für Familie und Anwälte ist ein Affront aus rein politischen Gründen. Damit sollen die Kurden durch Erpressung zur Beeinträchtigung ihrer legitimen universellen Menschenrechte gezwungen werden. Die internationalen Organisationen machen sich mit der Duldung des Ein-Personen-Gefängnisses auf der Insel Imralı, das einen Prototyp des Guantanamo-Gefängnissystems darstellt, wegen der Missachtung eigener Rechtsnormen zu Mitstraftätern.
Abdullah Öcalan wird von den meisten Kurden als ihr politischer Repräsentant angesehen. Dies hat die 2006 durchgeführte Unterschriftenkampagne mit fast 3,5 Millionen Unterschriften bewiesen. Er ist der wichtigste Vertreter für die Rechte und den Widerstandskampf der Kurden und er ist das Symbol für ihre Freiheit. Aufgrund dessen führte eine ausgewählte Gruppe im Auftrag und Namen der türkischen Regierung im Juli 2006 zunächst indirekt, dann direkt Gespräche mit ihm. Diese von Staat und Regierung nicht zugegebenen Gespräche wurden schließlich deshalb unterbrochen, weil ihre Intention die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung gewesen war.
Herr Öcalan spielt eine Schlüsselrolle bei der Beendigung der andauernden und eskalierenden militärischen Auseinandersetzungen sowie bei der politischen Lösung der Kurdenfrage. Deshalb muss zur Stabilisierung der Region, der Türkei und darüber hinaus des Mittleren Ostens, zweifellos mit ihm in Kontakt getreten werden.
Daher erwarten wir von den Vereinten Nationen und vom Europarat, sich zwecks Einbindung in einen Friedensprozesses für die Verbesserung der Gesundheit, Sicherheit und Lebenssituation Herrn Öcalans einzusetzen, damit er seine Rolle für die politische Lösung spielen kann.
Aus diesen Gründen werden wir **am 31. Januar 2012 vor der Vertretung der Vereinten Nationen in Genf unseren Friedensmarsch beginnen** und als ein Volk, das viele Opfer gebracht hat, unsere unverzichtbare Forderung nach Freiheit und Anerkennung erneuern. (...)
Unsere nächste wichtige Station ist Straßburg, wo wir die EU-Institutionen, allen voran die EU-Kommission und das Antifolterkomitee CPT auffordern wollen, ihre Pflichten zu erfüllen. (...)
Wir fordern von internationalen Gremien und Staaten wie z. B. UN, EU, NATO, USA und Russland, dass sie ihre Möglichkeiten und diplomatischen Beziehungen nutzen, um für eine dauerhafte politische Lösung der Kurdenfrage einen erneuten Dialogprozess zu ermöglichen, damit den Kurden ihre Grundrechte garantiert sowie ihr rechtlicher Status gesichert werden können.

Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD)

Meldungen:

Gever: 462 Festnahmen und 114 Verhaftungen in 2011
Nach Meldungen der Nachrichtenagentur DIHA wurden allein in Gever (Yüksekova) im Jahr 2011 462 Personen festgenommen. 114 von ihnen wurden anschließend verhaftet und in ein Gefängnis überführt. Und diese Repression ist auch mit Jahresbeginn nicht beendet. In den ersten 25 Tagen des Jahres 2012 wurden 30 Personen festgenommen.
Bis heute halten die Polizeioperationen an. Betroffen davon sind unter anderem Mitglieder und Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie BDP, dem Kongress für eine demokratische Gesellschaft DTK, Mitglieder der Stadtverwaltung, des Frauen- und Jugendrates, RechtsanwältInnen und JournalistInnen.
Der Vorsitzende der BDP von Gever Rustem Demir erklärte dazu, dass mit dieser Festnahme- und Verhaftungswelle versucht werde, die Arbeit der BDP zum Stillstand zu bringen und den Widerstand der Bevölkerung zu brechen.

ANF, 26.1., ISKU

Syrien: Xebat Dêrik erliegt seinen Verletzungen
Das Mitglied der Koma Parastina Nirxên Gel (Verteidigungseinheit der Werte des Volkes) Xebat Dêrik (Mahmud Muhemmed), ist nach sieben Tagen im Koma am 15.1. seinen schweren Verletzungen erlegen. Dêrik hatte sich 1988 der kurdischen Freiheitsbewegung angeschlossen und war somit seit mehr als 25 Jahren in der kurdischen Sache aktiv. Er war Befehlshaber in verschiedenen Regionen Kurdistans unter anderem in Botan und Amed.
Als die Aufstände in Syrien und Westkurdistan anfingen, machte sich Dêrik auf den Weg nach Westkurdistan, um seine Arbeit für die TEV-DEM (Tevgera Civaka Demokratîk) fortzusetzen.
Mit dem Vorhaben Frieden und Gerechtigkeit unter das kurdische Volk zu bringen, besuchte Dêrik vor einigen Tagen die Bedro Familie, die seit längerem das Eigentum anderer Familien unter ihre Gewalt gebracht hat. Mit der Aufforderung von diesem verräterischen Weg abzukommen, griffen mehrere Personen Dêrik mit Waffen an und verletzen ihn schwer. Bei den folgenden Auseinandersetzungen wurden drei Mitglieder der Bedro Familie getötet.

Eutelsat beendet Ausstrahlung von Roj TV

Am Freitag erhielten die Mitarbeiter von ROJ TV die Nachricht, dass Eurobird die Ausstrahlung von ROJ TV ab Sonntag, den 22.01.2013 einstellen wird. Roj TV hat einen Vertrag, mit Eutelsat der bis Oktober 2013 andauert.

Amed Dicle, Sprecher von ROJ TV: „Unsere Zuschauer sollen wissen, auch wenn wir diese Hürde überwinden, werden weitere Angriffe auf ROJ TV zukommen, da ROJ TV alles offen darlegt. Sie wollen nicht, dass ROJ TV die Wahrheit ans Licht bringt und daher wollen sie ROJ TV schließen. Wenn wir es nicht schaffen sollten, dass ROJ TV weiterhin wie bisher sendet, sollte unser Volk wissen, dass es nicht ohne Fernsehsender bleiben wird."
Eutelsat forderte zudem andere Satellitenbetreiber auf, die Ausstrahlung von ROJ TV zu unterbinden. Dieser Erklärung folgten auch die anderen zu Eutelsat gehörenden Satellitenbetreiber. Somit ist ROJTV seit dem 22.1. über Satellit nicht mehr zu empfangen.
Die Entscheidung wurde damit begründet, dass ROJ TV am 10.1.2012 durch ein dänisches Gericht wegen Unterstützung des Terrorismus verurteilt worden sei. ROJ TV hatte anschließend Berufung gegen dieses Urteil eingelegt.

Die Zentrale von Eutelsat befindet sich in der französischen Hauptstadt Paris. Bereits in der Vergangenheit kam es zu verstärkten Repressalien gegen die Vertreter und Sympathisanten der kurdischen Bewegung in Frankreich. Die Vermutung liegt nahe, dass Frankreich diesen Schritt zur Entspannung der strapazierten Beziehung zur Türkei erwogen hat.

Kışanak ruft zum Widerstand auf
Die Vorsitzende der pro-kurdischen Partei BDP Gültan Kışanak verurteilte das Vorgehen Frankreichs gegen den kurdischsprachigen Sender ROJ TV. Dieses Vorgehen gegen die freie Presse, sei ein nicht zu akzeptierender Plan der AKP-Regierung.

Kışanak erklärte: „ROJ TV ist das Auge und das Ohr des kurdischen Volkes. Es ist die Stimme derer die Demokratie wollen. Diese Stimme kann man nicht verbieten. Wir werden zusammen für ROJ TV da sein.“ Reporter ohne Grenzen erklärten, sie seien geschockt, über diese Beschneidung der Meinungsfreiheit und bezeichneten die Entscheidung von Eutelsat als Skandal.

ROJ TV weiterhin über Internet zu empfangen
ROJ TV ist wie gewohnt über das Internet zu sehen:
http://www.roj.tv/rojtv/tv.htm

ROJ TV bereitet sich nun darauf vor, gegen die Entscheidung von Eutelsat beim Pariser Verwaltungsgericht zu klagen. Auch die intensive Suche nach einem neuen Satellitenbetreiber wird fortgesetzt. Es wird damit gerechnet, dass die Suche bereits diese Woche erfolgreich sein wird.

Beschwichtigungsversuch der französischen Regierung
Der Kurdistan-Nationalkongreß (KNK) vermutet hinter dem Schritt des Unternehmens einen Beschwichtigungsversuch der französischen Regierung gegenüber Ankara im Streit um das Verbot der Leugnung des türkischen Genozids an den Armeniern während des ersten Weltkrieges.

Mit seinen Sendungen in türkischer und kurdischer Sprache, in denen regelmäßig auch hochrangige PKK-Vertreter zu Wort kamen, erreichte ROJ TV Millionen Menschen in Europa und dem Nahen Osten. Nach dem Verbot von zwei Vorgängersendern durch Frankreich und Großbritannien hatten die türkische und die US-Regierung ihre europäischen NATO-Partner gedrängt, auch gegen das seit 2004 arbeitende ROJ TV vorzugehen. Wie vom Onlineenthüllungsportal Wikileaks veröffentlichte Dokumente belegen, versprach auch der frühere dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen eine Schließung des Senders im Gegenzug für die Unterstützung der Türkei zu seiner Wahl zum NATO-Generalsekretär im Jahr 2009.

Ein 2008 in Deutschland durch das Innenministerium verhängtes Verbot des Senders war im folgenden Jahr vom Bundesverwaltungsgericht aus europarechtlichen Gründen gekippt worden. Auch in Belgien, wo sich die Studios von ROJ TV befinden, läuft ein Ermittlungsverfahren gegen den Sender.

Auf der Internetseite der ISKU ist eine Protestmusterbrief in französischer Sprache zum herunterladen. Er kann an folgende Adresse geschickt werden:

per FAX: 00.33.1.53.98.37.00
oder 00.33.1.53.98.37.88
oder / und per E-Mail: voconnor@eutelsat.fr ; fgautier@eutelsat.fr
oder / und per Post: Courrier : Eutelsat SA, 70 rue BALARD, 75502 Paris CEDEX 15

ANF, jW, Kurden Online, Dengê Rojê 20.-25.1, ISKU

Protest gegen Ilisu-Damm geht weiter: Bewohner Hasankeyfs blockieren Topkapi Palast

Bewohner aus Hasankeyf haben heute in Istanbul den Eingang zum Topkapi Palast, einem der berühmtesten Bauwerke Istanbuls blockiert. Mit dieser außergewöhnlichen Aktion wollen sie auf das drohende Schicksal ihrer antiken Stadt und gegen den Bau des Ilisu-Staudammes protestieren. Sie rollten ein Banner aus, auf dem zu lesen war: „UNESCO Weltkulturerbestätte Topkapi und Hasankeyf kann man nicht versetzen!“
Der Topkapi Palast, Regierungssitz während des Osmanischen Reiches, ist UNESCO Weltkulturerbe. Die Demonstranten fordern den Stop des Ilisu-Projektes und stattdessen die Ausweisung ihrer Stadt zum UNESCO Welterbe.
Hasankeyf hat eine über 10.000 Jahre alte Geschichte und gilt als eine der ältesten Städte der Erde. Eine wissenschaftliche Überprüfung hatte ergeben, dass Hasankeyf und das benachbarte Tigristal als einzige Region der Welt 9 von 10 Kriterien der UNESCO für Weltkultur- und –naturerbe erfüllt. Doch die türkische Regierung verweigert den Schutz, stattdessen soll Hasankeyf im Ilisu Stausee versinken. 65.000 Menschen sollen umgesiedelt werden, zahlreiche Arten dürften aussterben.
„Angesichts dieses Beispiels klingen die Slogans von erneuerbarer und nachhaltiger Wasserkraft wie blanker Hohn. Wasserkraft ist tatsächlich eine der schlimmsten Formen der Energieerzeugungen,“ so Ulrich Eichelmann von ECA Watch.
2009 zogen sich Deutschland, Österreich und die Schweiz wegen der verheerenden ökologischen, sozialen und kulturellen Folgen aus dem Projekt zurück. Europäische Banken und Baufirmen folgten, nur die österreichische Andritz AG verblieb im Projekt.
Seit 2010 baut die Türkei jedoch wieder am Ilisu-Projekt. Türkische Banken übernahmen die Finanzierung. Auch in Hasankeyf wird an Neu Hasankeyf gearbeitet. Erste Häuser sollen im Herbst 2012 bezugsfertig sein. Die Bewohner Hasankeyfs wollen sich allerdings weigern in die neue Stadt zu ziehen.

Wien/Istanbul 26.1.2012

Weitere Informationen:
Ulrich Eichelmann ECA Watch Österreich 0043 676 662 1512

Sehîd Xebat Dêrik wurde am 19.1. in Dêrik (West-Kurdistan) beerdigt. Es gab große Demonstrationen überall in West-Kurdistan. Zehntausende gingen in Efrin, Dirbesiye, Amude, Qamislo, Dêrik und anderen Orten auf die Straße und verabschiedeten sich von ihm.

Kurden online, 19.1., ISKU

Bewaffneter Angriff auf BDP-Gebäude
Am Abend des 24. Januar gegen 19:45 Uhr wurde in Iskenderun das Gebäude der BDP angegriffen. Der BDP-Vorsitzende von Hatay Mehmet Insan und der BDP-Vorsitzende von Iskenderun Abdurrahim Şahin, die am Tatort gewesen waren, erklärten, dass zwei Personen mit Gewehren auf das Gebäude der BDP das Feuer eröffneten. Dabei gingen alle Fensterscheiben zu Bruch. Die Täter konnten unerkannt auf einem Motorrad entkommen.

ANF, 25.1., ISKU

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:

Network for an Alternative Quest

Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch

Die OrganisatorInnen der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« freuen sich, alle Interessierten zu einer Diskussion über theoretische und praktische Versuche eines alternativen Lebens einzuladen. Diese Konferenz wird auch für alle interessant sein, die mit dem Wandel der kurdischen Gesellschaft und und der kurdischen Bewegung Schritt halten und die von ihnen vorgeschlagen Alternativen kennen lernen möchten. (...)
Die **Konferenz wird vom 3.–5. Februar 2012 im Hörsaal Erziehungswissenschaft, Von-Melle-Park 8, der Universität Hamburg** stattfinden und am Freitag, um 18 Uhr beginnen.
http://www.networkaq.net

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 553
3. Februar 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: AKP bringt Operationsangebote nach Hewler

Der KCK-Exekutivrat hat in einer schriftlichen Erklärung am 30.Januar zu den Angriffen der AKP und der Gülen-Gemeinde gegen die KurdInnen, zu Vernichtungsplänen gegen Öcalan und den Entwicklungen hinsichtlich Westkurdistan (Syrien) Stellung genommen.

Für neue Massaker wird das Fundament geschaffen

In der Erklärung des KCK-Exekutivrates heißt es zu den neuen diplomatischen Bemühungen der AKP: „Die Vertreter der AKP reisen nach Südkurdistan und treffen sich mit verschiedenen Institutionen. Sie erklären ihnen, dass sie eine neue großangelegte Operation gegen die PKK planen, dieses Mal diese ‚Plage' ein für alle Mal beseitigen wollen und auf Unterstützung von ihnen hoffen. Sie geben an, ihre Vorbereitungen bereits getroffen zu haben und wollen alle, vor allem gewisse kurdische Kreise, unbedingt in diese Operationen mit einbeziehen. Mit ihren medialen Lügen und ihrer psychologischen Kriegsführung wollen sie sich hierfür eine künstliche Überlegenheit erschaffen. Sie beabsichtigen gegen die kurdische Freiheitsbewegung ein neues Kriegskonzept und gegen die Bevölkerung neue Massaker zu initiieren."

Totalisolation Abdullah Öcalans soll eine rechtliche Grundlage bekommen

In Bezug auf Abdullah Öcalan, dem nun mittlerweile seit über sechs Monaten mit willkürlichen Gründen seine wöchentlichen Anwaltskonsultationen untersagt werden, erklärte die KCK: „Auf der einen Seite wird tagtäglich der politische Genozid ausgeweitet und auf der anderen Seite versucht die AKP-Gülen-Koalition für die jeglichem Recht entbehrende Totalisolation unseres Vorsitzenden eine rechtliche Formel zu finden. Was hiermit beabsichtigt wird ist nichts anderes als ein neues Vernichtungskonzept und die Vorbereitung auf neue Massaker. Anders ist die Praxis nicht zu interpretieren. Allerdings werden, wie bisher auch, in Zukunft die Pläne dieses faschistischen Kolonialismus nicht aufgehen.

Kritik an der Konferenz zu Westkurdistan in Hewler

In der Erklärung wurde die Konferenz vom letzten Wochenende zu Westkurdistan, die in Hewler organisiert wurde, bewertet und hierbei unterstrichen, dass der Erfolg in diesem Teil Kurdistans unbedingt die Einheit aller kurdischer Kräfte dort voraussetze. Dem fügte der Exekutivrat hinzu: „Die Konferenz hatte nicht die Absicht, alle Gruppen und Parteien der Region zu vereinen und vertrat somit nicht die Mehrheit des kurdischen Volks im Westen. Deswegen ist diese Konferenz als Schlag gegen die kurdische Einheit zu verstehen. Die Interessen unseres Volkes in Westkurdistan können nur durch eine kurdische Einheit gewahrt werden. Deswegen stimmt uns solch eine Konferenz, die sich nur auf einen bestimmten Kreis von Parteien aus Westkurdistan stützt, nachdenklich. Der Regierung der Föderalen Region Kurdistan kommt als Gastgeber dieser Konferenz eine besonders unglückliche Rolle zu. In ihren Erklärungen betont sie stets die Wichtigkeit der kurdischen Einheit, in ihrer Praxis ist wird sie dem allerdings nicht gerecht. Solch eine Haltung hat keinerlei Nutzen für das kurdische Volk."

(ANF, 30.1., ISKU)

Massengräber unter AKP-Regierung?

Fotos, die in einem sozialen Netzwerk im Internet veröffentlicht wurden, zeigen, wie Mitglieder der Volksverteidigungskräfte (HPG) gefoltert und dann begraben werden. Die Fotos werfen die Frage auf, ob dieses Massengrab zu Zeiten der AKP-Regierung ausgehoben wurde. Die Fotos sind datiert auf den 29. September 2007.

Es ist offensichtlich, dass der Soldat, der an dieser Operation teilgenommen hatte, die Fotos stolz auf seinem Facebook Account präsentierte.

Massengräber aus den 1990er sind seit einigen Monaten auf der politischen Agenda, nachdem einige offengelegt wurden. Zuletzt wurde ein Massengrab bei Renovierungsarbeiten im Hof der früheren Gendarmerie und Anti-Terror-Einheit (JİTEM) gefunden.

So wird behauptet, dass Folter und Grausamkeiten gegen Guerillaleichen etwas sei, das allein in den 1990ern geschehen sei. Zwölf HPG-Mitglieder sind zwischen dem 30. Juni und dem 1. Juli 2011 getötet worden. Die Körper waren nicht zu identifizieren, da sie schwer verbrannt waren.

Fotos, die auf einem Mobiltelefon eines Soldaten gefunden wurden, beweisen, dass der Soldat mit anderen neben den Leichen posiert hatte, bevor diese verbrannt wurden.

- Bildmaterial von einem Mobiltelefon zeigt, dass Soldaten die Leichen von HPG Mitgliedern in Şırnak 2009 über den Boden schleiften und traten.
- Der Körper von Özgür Dağhan (Sipan Aras), einer von fünf Guerillakämpfern, die ihr Leben bei einem Gefecht im Dorf Tütenli bei Gümüşhane am 17. Juni 2010 verloren, soll mit Säurespuren in seinem Gesicht gefunden worden sein.
- Schwere Folterwunden und Verbrennungen wurden an den Leichen von Aydın Baran (Mazlum Amed), Şehmus Özalp (Cigerxwin Mardin), Bülent Döner (Devrim Sipan) und Emrullah Atalmış'ın (Kendal Kavvar) gefunden. Sie wurden nach einem Gefecht in der Stadt Hassa (Hatay) am 1. April 2011 gefunden.
- Schwere Brandwunden wurden auf den Körpern von Şehmus Akak (Rizgar Amed), Hakan Gem (Tekoşer Amed), Uğur Utanç (Munzur Amed), Rojvan Serhat Başalak, Ercan Veske (Roni Sozdar), Şerfedin Can (Zerdeşt Çeleng) und Kenan Taş (Zinar Hakkari) gefunden, die bei einem Gefecht in Pülümür/Dersim am 26. April 2011 getötet worden waren. Auch waren ihre Augen ausgestochen.
- Schwere Folterwunden wurden auch an den Körpern von Kenan Topdemir (Cemal), Ali Ekber Soylu and Münir Bilir (Mazlum Guyî) gefunden, die in Pazarcık/Maraş getötet worden waren. Auch ihre Augen waren ausgestochen worden.

Trotz der Folterbeweise sind Anträge der BDP, die eine Untersuchung forderten, vom Parlament der Türkei abgelehnt worden. *(ANF, 29.1., ISKU)*

Meldungen:

Nisebîn: 4 Personen festgenommen

In Nisêbîn (Nusaybin) dursuchte die Polizei gestern Nacht mehrere Wohnungen. Es wurden 4 Personen, darunter 3 Kinder, festgenommen.

(ANF, 1.2., ISKU)

In Wan frieren die Hoffnungen ein!

In Wan liegen die Temperaturen bei minus 9 Grad und es sind 20 cm Schnee gefallen. Die Bewohner haben zwei starke Erdbeben überlebt und müssen nun gegen die Kälte und immer wieder auftretende Zeltbrände kämpfen. Das Leben in den Zelten wird immer härter. Bis jetzt kam es zu 127 Brandfällen in den Zelten, bei denen 11 Personen, mehrheitlich Kinder, ums Leben kamen.

Es sind über 3 Monate nach dem schweren Erdbeben der Stärke 7.2 am 23. Oktober 2011 in Wan vergangen, doch es leben noch immer etwa 70.000 Menschen in Zelten. Es gibt weiterhin keine Infrastruktur für die Container-Wohnungen. Bis jetzt konnte sich das Leben der von dem Erdbeben Betroffenen nicht normalisieren. Ab dem 2. Januar haben die Schulen den Unterricht wieder aufgenommen, die Lehrer sind in die Stadt zurükgekehrt. Aber auch für das Lehrpersonal gibt es Schwierigkeiten bei ihrer Unterbringung. Zu wenig Wohnraum steht zur Verfügung. *(ANF, 31.1., ISKU)*

Türkei: 127.831 Personen inhaftiert, darunter 2.221 Kinder und Jugendliche

Die Gefängnisse in der Türkei sind restlos überfüllt, die AKP hat die Türkei in ein offenes Gefängnis verwandelt. Die AKP-Regierung lässt oppositionelle Kräfte, vor allem aber Kurdinnen und Kurden, festnehmen. Als die AKP 2002 an die Regierung kam, saßen in der Türkei 59.428 Gefangene ein oder waren zu einer Haftstrafe verurteilt. 2011 hat sich die Zahl der Gefangenen mehr als das verdoppelt, auf 127.831 Gefangene. Im Bau neuer Gefängnisse sieht AKP-Regierung die Lösung der Problematik. Nach Angaben des National Judicial Network Project befanden sich im Jahr 2011 in den 418 Gefängnissen der Türkei 127.831 Gefangene. Unter ihnen 2.221 Kinder und Jugendliche zwischen 12 bis 17 Jahre. 7.582 gehören zu der Altersgruppe zwischen 18 und 20 Jahre, davon 213 Frauen; 81.672 Erwachsenen gehören

Demirtaş: Kurdistan ist eine Realität, die nicht vernichtet werden kann

Am 25. Januar 2012 beteiligten sich in Riha (Urfa) Tausende an der Kundgebung „Ez livirim, buradayim“ (dt.: Ich bin anwesend) statt. Auf der Kundgebung hat der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtas in seinem Redebeitrag gesagt:„Wir stehen einer Unterdrückung, einer Despotie gegenüber, für die es in der Geschichte der Türkei keinen Vergleich gibt. In den letzten drei Jahren wurden 6.200 Freunde von uns festgenommen. Die Festnahmen dauern ununterbrochen an. Wenn wir trotzdem von Frieden und Demokratie reden, bedeutet dies, das unser Volk Frieden will.“
In Richtung der AKP-Regierung erklärte Demirtaş: „Als Machthaber habt ihr die Kraft zu unterdrücken. Aber die Existenz von Kurdistan ist eine Realität, die ihr, auch nicht mit dem Einsatz eurer gesamten Macht vernichten könnt. Die Kurden und die kurdische Sprache könnt ihr nicht mit dem Einsatz von Gasen, Polizisten und eurer gesamten Macht vernichten. Diese Tatsache könnt ihr nicht verändern. Die Forderungen dieses Volkes könnt ihr nicht ignorieren. Solange die Forderungen ignoriert werden, werden wir Widerstand leisten. Jede/r einzelne Jugendliche, jede Frau, die älteren Menschen, alle sind Kader, sind Abgeordnete oder BürgermeisterIn. Könnt ihr sie alle festnehmen, könnt ihr 15 Millionen festnehmen?“

Wir wollen Freiheit für Öcalan
Demirtaş ist auch auf die Isolation des PKK-Vorsitzenden Öcalan eingegangen: „Der verehrter Herr Öcalan hat angemessene Lösungsvorschläge vorbereitet. Dem wurde aber mit Isolation begegnet. Es reicht nicht, dass diese Isolation beendet wird, vielmehr wollen wir die Freiheit für Öcalan. Dies ist der Punkt, an dem die Lösung stockt. Niemand sollte an anderer Stelle nach einer Lösung suchen. Wir werden an der Verfassungsänderung mitwirken, allerdings ohne die existierenden Verbote aufrechtzuerhalten. Wenn ihr sagt ‚ihr müsst unsere Sklaven werden‘, dann könnt ihr lange warten. Wir werden ganz bestimmt nicht vor euch auf die Knie gehen, geschweige denn mit unserer Wimper zukken.“ *(ANF, 25.1., ISKU)*

Den Angstzustand überwinden

Der Journalist Cüneyt Özdemir hat in einem Kommentar in der Zeitung Radikal die in der Türkei tagtäglich zunehmenden Ängste berührt. Wie vielen bekannt ist, wurden in den letzten drei Jahren 6200 der BDP nahestehenden Personen im Rahmen der KCK-Operationen verhaftet. Unter diesen Verhafteten befanden sich aber auch die Universitätsprofessorin Büşra Ersanlı, der Autor und Verleger Ragıp Zarakolu, die in den BDP-Bildungsakademien unterrichtet haben. Einige AkademikerInnen, AutorInnen und DichterInnen protestieren gegen die Festnahmen, indem sie in den Bildungsakademien der BDP selbst Seminare abhalten, unter ihnen der Autor und Dichter Murathan Mungan.
Der Journalist Cüneyt Özdemir meint: „ Ich hoffe, dass niemand morgen so verrückt sein wird und Murathan Mungan der KCK-Mitgliedschaft beschuldigt“.
„Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem der BDP nahestehenden Personen unter dem Vorwand der KCK-Mitgliedschaft in den Abgrund gerissen werden, viele sich zurückgezogen haben, in der politischen Sphäre Kurde sich mit Kurde und Türke sich mit Türke nicht vertragen kann, wagt sich der Autor und Dichter, in den BDP-Bildungsverein. Mungan eröffnete seinen Unterricht mit den Worten: ‚Dass ich heute hier bin und spreche, hat sowohl für die Anwesenden als auch für diejenigen, die es abgelehnt haben hier zu sein eine Bedeutung‘. Meiner Ansicht nach hat dies eine große Bedeutung. Die BDP ist durch die Stimmen des Volkes gewählt worden und sie ist eine legale Partei, die Millionen von Personen im Parlament repräsentiert. Im Endeffekt kann man Demokratie als eine Kunst definieren, die nicht nur die Akzeptanz von gewollten Volksrepräsentanten zum Inhalt hat, sondern auch die Akzeptanz von nicht gewollten Volksrepräsentanten. Murathan Mungan hat mit seiner Vorgangweise in einer Zeit, in der die Ängste zunehmen, vielen eine Lektion erteilt, die sich von der Gegenströmung beeinflussen lassen. Von großer Bedeutung erscheint nun, ob auch andere Intellektuelle sich wie Murathan Mungan trauen werden, in den BDP-Bildungsvereinen Seminare abzuhalten. Oder anders ausgedrückt könnte man fragen, ob die von einem Dichter ausgehende Inspiration den Angstzustand überwinden helfen wird?“ so Özdemir und kommentierte mit den Worten weiter: „Da wir ein Tabuthema wie die BDP-Bildungsakademien aufgegriffen haben, scheint es angebracht, uns über ein weiteres Tabuthema Gedanken zu machen.“ Und mit diesem Hinweis stellt er die Frage, ob ein Interview, das man mit Firat News durchführt, eine schuldhafte Vorgehensweise darstellt: „Ist es verboten, bei Firat News eine Erklärung abzugeben? Zuletzt gab Mehmet Bekaroğlu bei Firat News eine Erklärung ab. Alle, die das tun, bekommen große Schwierigkeiten. Manche werden deshalb verhaftet, weil sie die Homepage von Firat News besucht haben, oder sie werden aufgrund abgegebener Erklärungen von ihren Redaktionschefs schlecht behandelt. Manche werden wie im Fall von Mehmet Altan entlassen, weil sie eine Entschuldigung verweigern, nachdem sie sich bei Firat News zu Wort gemeldet haben. Viele Mitarbeiter von Firat News sind in Haft und außerdem ist dieser Nachrichtendienst in der Türkei verboten. Nur bei Änderung der IP-Adresse ist es möglich, die Webseite zu öffnen. Wir sollten eigentlich ganz offen darüber sprechen, ob Firat News verboten ist? Wenn dies so ist, wo ist das denn geregelt worden? Und wenn dieses Verbot gar nicht besteht, hat es dann einen Sinn, dass man so einen Wirbel daraus macht.“ *(Ra/ANF, 31.1., ISKU)*

Paul Auster: Ich lehne es ab, in die Türkei zu reisen!

Der bekannte Autor lehnt es ab, in die Türkei zu reisen. Auster kritisiert die Verhaftungswelle gegen JournalistInnen in der Türkei.
Nach Meldungen der türkischen Tageszeitung Hürriyet sagte er: „Ich lehne es aufgrund der zahlreich verhafteten JournalistInnen und SchriftstellerInnen ab, in die Türkei zu reisen. Wie viele sind es denn mittlerweile? Über 100? Wir Demokraten haben uns von Bush befreit sowie vom Kriegsverbrecher Cheney. Was passiert aber in der Türkei? Über dieses Land mache ich mir am meisten Sorgen. Selbst wenn ich persönlich eingeladen werden würde, reise ich in kein Land, das keine demokratischen Gesetze hat. Aus demselben Grund sende ich auch Einladungen aus China zurück. Ich protestiere gegen diese Regierungen.“ *(ANF, 29.1., ISKU)*

der Altersgruppe 21 bis 39 Jahre an; 529 gehören der Altersgruppe 65 bis 79 Jahre an; 78 Gefangene Männer sind über 80; bei 58 Gefangenen, darunter 8 Frauen, ist die Altersgruppe nicht bekannt. *(ANF, 27.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Ra	Radikal

Termine:

Hamburg:
Freiheit für Ali Ihsan!
Seit dem 12. Oktober 2011 sitzt der kurdische Aktivist Ali Ihsan Kitay in Hamburg wegen des Vorwurfs der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gemäß § 129b in Haft. Er soll 2007-2008 in Hamburg und der nördlichen Region verantwortlicher Kader der PKK gewesen sein.
Der kurdische Politiker saß bereits mehr als 18 Jahre in der Türkei im Gefängnis und wurde dort mehrfach gefoltert. Nun sitzt Ali Ihsan Kitay in Isolationshaft. Konkrete Straftaten oder Anschläge in Deutschland werden Ali Ihsan Kitay nicht vorgeworfen. Die Generalbundesanwaltschaft (BAW) bewertet die PKK jedoch als terroristische Vereinigung im Ausland.
Mit der Kriminalisierung von KurdInnen nach dem §129b verfolgen die herrschenden Eliten in der Bundesrepublik wirtschaftliche und strategische Ziele. Die Türkei wird als Energiedrehscheibe im Mittleren Osten gesehen. Die AKP dient zudem als „bestes Modell“ der Zusammenarbeit im Rahmen der Kontrolle der Ressourcen Öl und Gas im Mittleren Osten.
Mit der Kriminalisierung der KurdInnen nach 129b und Demonstrationsverboten sowie Rüstungsexporten beteiligt sich die Bundesregierung ohne Rücksicht auf die Menschenrechte an einer aggressiven und unwürdigen Politik.
Laute Kundgebung vor dem **Untersuchungsgefängnis Holstenglacis** am Samstag, dem **11. Februar 2012 um 15 Uhr!** Kommt alle! Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
freealiihsan.tk

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 554
10. Februar 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Blockade gegen Roj TV dauert an

Die Danske Bank hat, nach dem die Satellitenübertragung durch den Druck der USA unterbrochen wurde, ihre Zusammenarbeit mit Roj TV gekündigt.
Die Entscheidung des Kopenhagener Gerichts gegen Roj TV vom 10. Januar ist noch nicht rechtskräftig, aber faktisch wird schon eine Blockade vollzogen. Roj TV hat Revision eingelegt, weshalb noch keine rechtkräftige Entscheidung vorliegen kann. Dennoch haben das Unternehmen Eutelsat sowie die Danske Bank die Zusammenarbeit mit Roj TV beendet, ohne eine endgültige Entscheidung des Gerichts abzuwarten. Die Danske Bank hat Roj TV eine schriftliche Erklärung zukommen lassen, in der sie mit Bezug auf den § 114 des dänischen Strafgesetzbuches die Zusammenarbeit mit Roj TV aufkündigte. Roj TV kritisierte die Haltung von Danske Bank scharf. Auch die Verhandlungen mit anderen Geldinstituten fielen bisher negativ aus.
Roj TV hat darauf aufmerksam gemacht, dass diese Maßnahmen gleich nach der Erklärung des US-Botschafters in Ankara ergriffen wurden. Der US-Botschafter Francis Ricciardone hat am 27 Januar in einem Gespräch mit türkischen Medienvertretern erklärt: „Roj TV schweigt, es wird alles Mögliche für die Türkei getan“, womit er die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der USA betonte. Roj TV erklärte darauf: „Aus den Wikileaks-Dokumente geht hervor, dass die USA, Dänemark und die Türkei Roj TV rechtswidrig und aus rein politischen Motiven sanktioniert und somit die Presse- und Meinungsfreiheit verletzt haben.“
Roj TV appelliert an die dänische Regierung: „Aufgrund der Erklärung der Bank hat die dänische Regierung Kenntnis davon, aus welchem Grund die Zusammenarbeit mit Roj TV beendet worden ist. Diese Handlungen belegen, dass die Entscheidung des Gerichts nicht anerkannt wird. Die Umsetzung der Entscheidung des Kopenhagener Stadtgerichts wird durch den dänischen Staat verhindert. Wir rufen daher die dänischen Medien, die Öffentlichkeit und die Bevölkerung zur Solidarität auf.”
Ab dem 23. Januar hat der französische Satellitenbetreiber Eutelsat die Übertragung von Roj TV über die Satelliten vollständig unterbrochen. Nach dem die Übertragung dann über Intelsat 1 W fortgeführt werden konnte, wurde auch diese Übertragung nach einem Tag aufgrund des Drucks der USA unterbrochen. Die Übertragung von Roj TV wird seitdem über das Internet fortgeführt.
Roj TV hat eine Klage gegen Eutelsat eingereicht. Die Anhörung hat am 2. Februar vor dem Verwaltungsgericht stattgefunden. Eine Entscheidung wird für den 10. Februar erwartet.

(ANF, 1./2.2., ISKU)

Paul Austers Antwort auf Erdoğan

Auf die Erklärung von Paul Auster, dass er die Türkei nicht besuchen will (siehe Nûçe Nr. 552), da dort dutzende JournalistInnen inhaftiert sind, hat Erdoğan äußerst harsch geantwortet und ihn als „Unwissenden“ bezeichnet. Auster hat hierauf nun geantwortet.
Paul Auster wurde bei der erweiterten Versammlung der AKP-Bezirksvorstände zum Ziel der Wutausbrüche Erdoğans, da er im Rahmen eines Interviews für sein neues Buch „Winter Journal“ mit der türkischen Tageszeitung Hürriyet erklärt hatte, dass er aus Protest wegen der inhaftierten JournalistInnen nicht gedenkt, die Türkei zu besuchen.
Der Ministerpräsident Erdoğan hat bei der Versammlung gesagt: „Er will die Türkei aufgrund der inhaftierten JournalistInnen nicht besuchen. Auch nach China reiste dieser Mann nicht. Wie dem auch sei! Glaubst du etwa, dass wir dich nötig haben. Ob du kommst oder nicht, was würde sich denn ändern? Und Kılıçdaroğlu [Vorsitzender der CHP] widmet sich diesem Mann und nimmt ihn in Schutz. Denn dieser meint, ‚er sehe Dinge, die andere nicht wahr nehmen‘. Der Kochtopf ist umgekippt und Auster hat wohl den Deckel wieder gefunden. Dieser Schriftsteller ist 2010 nach Israel gereist. Angeblich soll Israel ein demokratisches und säkulares Land sein indem grenzlose Menschen- und Freiheitsrechte gewährleistet sind. Was bist du denn für ein unwissender Mann. Israel ist ein von der Religion durchtränkter Staat. Sind sie es nicht, die Bomben auf Gaza herabregnen lassen? Natürlich werden sie das nicht erkennen, da nicht einmal unser Kılıçdaroğlu diese Dinge sieht. Zu der diesjährigen Schriftstellerkonferenz werden wohl Auster und Kılıçdaroğlu gemeinsam gehen.“
Nach Erdoğans scharfer Rede gab der weltberühmte Schriftsteller eine Erklärung ab und verteidigte seine Position und die Bedeutung der Meinungsfreiheit: „Der Ministerpräsident kann über Israel denken was er will, Fakt ist aber, dass es in Israel Meinungsfreiheit gibt, denn hier ist nicht ein einzige/r JournalistIn oder SchriftstellerIn inhaftiert. Laut der internationalen Schriftstellervereinigung PEN sind in der Türkei etwas mehr als 100 SchriftstellerInnen inhaftiert. Hierbei rede ich erst gar nicht von den unabhängigen JournalistInnen und Verlegern wie Ragip Zarakolu, deren Verfahren die PEN in aller Welt aufmerksam verfolgt. Verehrter Ministerpräsident, ich stamme aus den Vereinigten Staaten von Amerika, und eingeschlossen ihrer Türkei sind alle Länder negativ belastet und ringen mit Zehntausenden von Problemen. Ich bin daher der Überzeugung, dass die Menschen frei reden und schreiben können müssen, ohne dabei von Zensur und Haft bedroht zu werden, da nur dieses dazu beitragen wird, dass sich die Lage in unseren Ländern verbessern wird. Dieses Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein heiliges Recht für alle Männern und Frauen in allen Ländern.“

(Ra, 2.2., ISKU)

Meldungen:

HPG: Die Explosion in Colemêrg war das schmutzige Spiel der Polizei
Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte HPG hat schriftlich nochmals Bezug auf die Explosion in Colemêrg (Hakkari) genommen.
In der Erklärung heißt es: „Wir hatten bereits in der Vergangenheit erklärt, dass wir mit Explosion in Colemêrg (Hakkari) vom 19. Januar dieses Jahres, bei der ein Jugendlicher sein Leben verlor, nichts zu tun haben. Dennoch halten die Versuche an, uns diese Explosion in die Schuhe zu schieben.
Daher wenden wir uns noch einmal an die Öffentlichkeit, um ihnen mitzuteilen, dass wir mit dieser Explosion nichts zu tun haben. Die Versuche, uns dafür verantwortlich zu erklären, sind ein schmutziges Spiel der Polizeikräfte. Wir halten es für wichtig, dass unsere Bevölkerung und die Öffentlichkeit sich dessen bewusst sind.“

(ANF, 4.2., ISKU)

Haftstrafe gegen ehemaligen Bürgermeister wegen Interview in Los Angeles Times
Der ehemalige Bürgermeister von Êlih (Batman) Hüseyin Kalkan wurde von der Strafkammer Diyarbakir zu 10 Monaten Haft verurteilt. Kalkan wurde vorgeworfen, in einem Interview mit der Los Angeles Times 2006 für die PKK Propaganda betrieben zu haben. Hüseyin Kalkan wurde im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen festgenommen. *(ANF, 2.2., ISKU)*

Eine sehr seltsame Festnahme
In Mersin wurde der 16jährige Halil K. mit der Behauptung festgenommen, er habe am 9. Oktober 2011 Protestaktionen organisiert und daran teilgenommen.
Der Anwalt von K. berichtete gegenüber ANF, dass er eine Bescheinigung vom Pozanti-Kinder-Gefängnis vorliegen habe, dass sein Mandant zu dieser Zeit dort eingesessen habe. Der Anwalt fordert die sofortige Freilassung seines Mandanten.

(ANF, 2.2., ISKU)

90 Jahre Haft gegen drei Jugendliche gefordert
Ferhat A. (17), Özgür İ. (16) und Hasan D. (17) sind im August 2011 festgenommen worden, weil sie angeblich an „illegalen Protestaktionen" teilgenommen und „für die Bewegung" Parolen gerufen haben sollen. Das Gerichtsverfahren gegen

Kurdische und internationale Linke trafen sich am Wochenende zu einer Alternativenkonferenz in Hamburg

Wider die kapitalistische Moderne

Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« war das Motto der Konferenz, die am Wochenende in denn Räumen der Universität Hamburg stattfand. Eingeladen hatten die Informationsstelle Kurdistan (ISKU), der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK), die Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan« und weitere Nichtregierungsorganisationen. In Foren wie »Kapitalismus als Zivilisationskrise«, »Der Mittlere Osten jenseits der Nationalstaaten« oder »Ein neues Paradigma: Demokratische Moderne« referierten Wissenschaftler und aktive Politiker aus allen Kontinenten. Intensiv diskutiert wurde über basisdemokratische Gesellschaftsmodelle jenseits kapitalistischer Verwertungsmechanismen, kolonialistischer Ausbeutung und Krieg sowie die Entwicklung der kurdischen Bewegung jenseits von Staat, Macht und Gewalt. »Der schwerste Teil einer Revolution beginnt erst nach der Überwindung der Unterdrückung«, sagte Solly Mapailla von der Kommunistischen Partei Südafrikas SACP, die im Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) vertreten ist. Er berichtete über Erfahrungen im Widerstand gegen das Apartheid-Regime. »Wir nennen den Zeitpunkt der Überwindung der Apartheid den Beginn des demokratischen Aufbruchs.« Seine Solidarität gelte denjenigen, »die seit Jahrzehnten in Kurdistan unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens für die Menschenrechte und Freiheit kämpfen«, so Mapailla, rief zu einer Gedenkminute für die gefallenen Guerillas und Zivilisten auf.

Der in Indien lebende Antropologe Dr. Felix Padel verglich die weltweiten Strategien von Ausbeutung und Unterdrückung: »Die Rüstungsindustrie profitiert in vielen Fällen am stärksten davon, daß basisdemokratische Bewegungen oder indigene Bevölkerungsgruppen vertrieben oder bekämpft werden«. Die Autorin des Buches »Der libertäre Kommunalismus«, Janet Biehl, wünschte »der kurdischen Bewegung von ganzem Herzen, daß sie in ihrem Kampf um die Menschenrechte sowie eine befreite Gesellschaft Erfolg hat«.

Mehrere kurdische Politiker, darunter die Sprecherin des Kampagnenkomitees der kurdischen Frauenbewegung in Europa, Fadile Yildirim, sowie Muzzafer Ayata, der 20 Jahre in der Türkei inhaftiert war, skizzierten die bisherige Entwicklung der kurdischen Bewegung. Deutlich wurde dabei die zentrale Bedeutung der Frauenbewegung in einem dynamischen Prozeß, der auf ein kommunales Rätesystem jenseits von autoritären Staatsmodellen ausgerichtet ist. Die Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Gültan Kisanak, bekräftige den Willen der Bewegung, trotz massiver Repression patriarchale und kapitalistische Unterdrückung zu überwinden. Unter großem Beifall sagte sie: »Es ist Zeit jetzt zu handeln. Wartet nicht auf morgen, die Freiheit ist nah, wenn ihr wollt, daß sie nah ist.«

Die türkische Regierungspartei AKP hat nach Einschätzung vieler Diskussionsteilnehmer einen Modellcharakter für die kolonialistische Neuordnung des Mittleren Ostens, wie sie von den herrschenden Eliten der USA und der EU gewünscht werde. Die AKP-Ideologie werde als moderner Islam verklärt, während die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, die weite Teile der türkischen Eliten durchsetzt, zur Vernichtung von rund einer Million politisch aktiver Kurden aufrufe.

Ende Dezember tötete das Militär im Dorf Roboski in der kurdischen Provinz Sirnak bewußt 34 Zivilisten. Die Fälle von Folter, extralegalen Hinrichtungen sowie Berichte über Chemiewaffeneinsätze häufen sich seit 2009, mehr als 6000 Oppositionelle, darunter sechs Parlamentarier und 16 Bürgermeister wurden seither festgenommen worden.

(jW, 7.2., ISKU)

Kurdischer Freiheitsmarsch in Europa

Seit dem 31. Januar 2012 organisiert die Konföderation der kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) einen Friedens- und Freiheitsmarsch in Europa mit dem Slogan und unter dem Motto "Wir sind auf der Straße für unsere Existenz und unsere Freiheit!". Der Protest richtet sich u.a. gegen die unmenschlichen Haftbedingungen des kurdischen Politikers und Wegweisers der Freiheitsbewegung Kurdistans, Herrn Abdullah Öcalan, der eine Schlüsselfigur zur Lösung der Kurdenfrage ist. Der lange Marsch für die Freiheit begann am Sitz der Vereinten Nationen UN in Genf und wird am 18. Februar in Straßburg enden.

Tägliche Berichte über den Marsch, Bilder, Interviews und weitere Informationen dazu sind auf der Webseite der Kampagne zu finden:

kurdishfreedommarch.wordpress.com

Türkei/Nordkurdistan: Wieder dutzende Festnahmen

Am 4. Februar hat das AKP-Regime mit dem Vorwurf der KCK-Mitgliedschaft wieder dutzende Menschen festgenommen, darunter VertreterInnen der BDP, zivilgesellschaftlicher Organisationen, kurdischer Medien und linke Oppositionelle. Allein in Êlih (Batman) beläuft sich die Zahl der Festnahmen auf über 40. Zudem kam es in Mûş, Bedlis (Bitlis) und Izmir zu Razzien.

Unter den Festgenommenen in Êlih befindet sich auch der bevollmächtigte Bürgermeister Serhat Temel. Dieser musste das Amt des Bürgermeisters übernehmen, nach dem der gewählte Bürgermeister von Êlih, Nejdet Atalay, bereits im Jahr 2009 im Rahmen der KCK-Operationen festgenommen worden war und weiterhin hinter Gittern sitzt. Weiteres Ziel der Festnahmen waren neben den Mitgliedern der BDP unter anderem Mitglieder von Gewerkschaften wie der Lehrergewerkschaft Eğitim-Sen und ziviligesellschaftlicher Organisationen wie Meya-Der oder des Frauenvereins Selis.

Auch waren wieder Pressemitarbeiter Ziel der Festnahmen. In Êlih wurde eine Mitarbeiterin der Nachrichtenagentur DIHA und in Bursa ein Arbeiter der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat festgenommen.

In Muş wurde die Frauenverantwortliche der BDP festgenommen und in Bedlis waren ebenfalls zwei Mitglieder der BDP Ziel der Festnahmen. In Izmir hingegen wurden auf Befehl der Staatsanwaltschaft elf Mitglieder der der sozialistischen Partei ESP festgenommen.

Mit den letzten Festnahmen wurden nun allein seit dem 10. Dezember 2011 mindestens 567 Menschen im Rahmen der sog. KCK-Operationen festgenommen. *(ANF, 4.2., ISKU)*

die Jugendlichen läuft vor dem 2. Kindergericht in Mersin. Für die Jugendlichen wird jeweils eine 30jährige Haftstrafe gefordert, die sich zusammensetzt aus: 3 Jahre wegen Widerstand gegen Beamte, wegen Schaden an Eigentum 3 Jahre, wegen Verstoß gegen das Demonstrationsrecht ebenfalls 3 Jahre, wegen Schaden an Volkseigentum 12 Jahre, Propaganda für die Bewegung 3 Jahre, Gründung einer Organisation um Straftaten zu begehen 6 Jahre.

Die Familienangehörigen sind über die Forderungen der Staatsanwaltschaft schockiert, da die Höhe der geforderten Strafen annähernd doppelt so hoch liegen wie das Alter der Jugendlichen. *(ANF, 8.2., ISKU)*

Riha: Weitere Festnahmen von Journalisten

In Riha (Urfa) wurden die Mitarbeiter von Azadiya Welat, Mahmut Tutal und Abdulbeşir Yapıcı und der Leiter von KURDÎ-DER von Riha, Ibrahim Halil Donan festgenommen. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, sich an einer Aktion in Halfeti am 4. April 2011 (Geburtstag von Abdullah Öcalan) beteiligt und für die Bewegung Propaganda betrieben zu haben. Mit der Festnahme von Tutal und Yapici sind jetzt 106 JournalistInnen in der Türkei inhaftiert. *(ANF, 8.2., ISKU)*

Hausdurchsuchungen in Colemêrg: 29 Festnahmen

Am frühen Morgen des 7. Februar wurden im Zentrum von Colemêrg (Hakkari) mehrere Häuser durchsucht. Bei den Durchsuchungen wurden 17 Personen festgenommen, unter ihnen befinden sich auch 3 Jugendliche. Alle Festgenommenen wurden zum Polizeipräsidium von Colemêrg gebracht.

Schon gestern Abend wurden in Talê, einem Dorf in Provinz Colemêrg. 12 Dorfbewohner festgenommen. Sie werden bei der Gendarmerie im Zentrum von Colemêrg weiterhin festgehalten. *(ANF, 7.2., ISKU)*

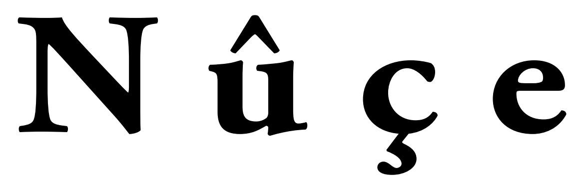
Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Ra	Radikal
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 555
17. Februar 2012



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Besetzungen in Hamburg und Berlin

Freiheit für Abdullah Öcalan

Ca. 15 - 20 KurdInnen und SympathisantInnen haben am Mittwoch um 10:45 Uhr das Büro der Europäischen Union (EU) am Pariser Platz (Unter den Linden 78) besetzt. Mit der Aktion wollen sie auf die Situation des kurdischen Politikers und ehemaligen Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Öcalan aufmerksam machen, der vor genau 13 Jahren von türkischen Geheimdienstagenten aus der griechischen Botschaft in Kenia gekidnappt wurde und seitdem unter menschenunwürdigen Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali festgehalten wird. Seitdem gilt der 15. Februar in der kurdischen Bevölkerung als „schwarzer Tag", um den herum in den kurdischen Gebieten und im weltweiten Exil jährlich Protestaktionen stattfinden. Aktuell verweigert der türkische Staat seit über 170 Tagen jeden Kontakt Öcalans zu seinen AnwältInnen oder Familienmitgliedern.
Die Aktion in Berlin richtete sich gegen ein Büro der EU, um an die Rolle der Europäischen Staaten während des internationalen Komplotts gegen Öcalan zu erinnern. Damals war Öcalan nach Europa gereist, um die EU zu einer Vermittlerinnenrolle im Konflikt zwischen der kurdischen Guerilla und dem türkischen Militär zu bewegen. Die Regierungen der EU-Staaten schlugen die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des militärischen Konfliktes aus und lieferten Öcalan der Türkei aus. Seitdem ignoriert die EU, die ein enger Partner des NATO-Landes Türkei ist, die Menschenrechtsverletzungen und die fortwährende Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und unterstützt den Krieg des türkischen Militärs gegen die kurdische Befreiungsbewegung mit Waffenlieferungen und geheimdienstlicher Unterstützung. Zuletzt liess Dänemark den kurdischen Fernsehsender ROJ-TV wegen angeblicher Propaganda für die PKK schliessen und nahm damit den KurdInnen eine der wenigen Möglichkeiten, sich unabhängig von den gleichgeschalteten türkischen Medien über den Konflikt zu informieren. Welche Heuchelei die EU-Staaten betreiben, wird am Beispiel Syriens und der Türkei gut sichtbar. Während das Assad-Regime wegen der Menschenrechtsverletzungen isoliert und scharf kritisiert wird, sehen die Verantwortlichen der EU bei den Menschenrechtsverbrechen in der Türkei systematisch weg. Aktuell laufen dort wieder Verhaftungswellen gegen unabhängige JournalistInnen, KurdInnen und Linke. Deshalb forderten die BesezterInnen eine Änderung der Kurdistan-Politik der EU und forderten die europäische Öffentlichkeit zu internationaler Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung in der

→

Festnahmen in 16 Städten

Die Ziele der sogenannten KCK-Operationen, die vom AKP-Regime geführt werden, waren am Montag, dem 13.2. die Partei für Frieden und Demokratie BDP und Gewerkschaftsorganisationen. Bei den Polizei-Operationen, die in 16 Städten stattgefunden haben, wurden mindestens 137 Personen festgenommen.
Die Festnahmen und Razzien wurden in den folgenden Städten durchgeführt: Ankara, Adana, Elih (Batman), Mêrdîn (Mardin), Wan (Van), Erzîrom (Erzurum), Colemêrg (Hakkari), Mûş, Amed (Diyarbakır), İstanbul, Mersin, Şirnex (Şırnak), İzmir, Riha (Urfa), Dîlok (Antep), Hatay.
Ziele der Operationen waren die BDP, KESK (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes), SES (Gewerkschaft der Gesundheit- und Sozialdienste), TÜM-BEL-SEN (Gewerkschaft der städtischen Angestellten). In Ankara wurden 6 Gewerkschafter der KESK festgenommen. In Izmir fanden die Dursuchungen gleichzeitig statt. Es wurden mindestens 10 Personen festgenommen. In Wan wurden mindestens 5 Personen festgenommen. In Colemêrg (Hakkari) kam es zu 6 Festnamen. In Elih wurden 24 Personen festgenommen. In Mersin wurde die frühere Frauen-Sekretärin der KESK festgenommen.
In den Stadtteilen Küçükdikili, Kavaklı und Çınarlı von Seyhan (liegt in der Provinz Adana) wurden gegen 4 Uhr in der Frühe mehrere Häuser von Spezialeinheiten und Gendarmerie durchsucht. Die BDPler aus Küçükdikili Abdurrahman Aslan, Murat Eye, Şemsettin Eye und Şefik Şahin wurden festgenommen.
In Dêrik (in der Provinz Mêrdîn) wurde ebenfalls am frühen Morgen das Haus von Abdurrahman Kızılay durchsucht. Er ist der Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD-Dêrik. In Dêrik wurden Abdurrahman Kızılayund Serdar Özcan festgenommen.
Auch in Wan wurden mehrere Häuser durchsucht. Die Assistentin des BDP-Bürgermeisters Gülbahar Orhan von Wan, der Vorsitzende eines Agrikultur-Ingenieure-Büros, Necip Altunli und Heliz Alpaslan sowie 3 weitere Personen (Namen noch nicht bekannt) wurden festgenommen.
In Qeza (Karayazi) (Provinz Erzîrom) wurde Yunus Kamış nach Hausdurchsuchungen festgenommen.
In Gever (Yüksekova) wurden ca. 20 Häuser durchsucht und zwei Jugendliche namens Emin Yaşar und Şehristan Kutluk festgenommen. In Colemêrg wurden ebenfalls mehrere Häuser durchsucht und 6 Personen festgenommen.
Das Haus des Bürgermeisters von Lîz (Erentepe, Provinz Mûş) Mehmet Yaşık wurde durchsucht und PC-Festplatten, CDs und das Handy beschlagnahmt.
In Amed wurde das Haus des DIHA-Korrespondenten İsmet Mikailoğulları durchsucht. Auch er wurde festgenommen.
In den Istanbuler Stadtteilen Bakirköy, Güngören und Beyoğlu kam es ebenfalls zu Durchsuchungen im Rahmen der KCK-Operationen. In Güngören wurde das Haus von Cihan Can, in Sirinevler das Haus von Müjde Arslan, in Acilar das Haus von Haşim Timurtaş durchsucht, sie worden festgenommen. In Istanbul sind mindestens 10 Personen festgenommen worden.
In Qilaban (Uludere) wurde Hamit Altür nach einer Hausdurchsuchung festgenommen.
In Riha (Urfa) und Suruc wurden 3 Häuser durchsucht und 3 Personen festgenommen. In Antep wurden mehrere Häuser durchsucht, PC-Festplatten beschlagnahmt und 10 Personen festgenommen. *(ANF, 13.2., ISKU)*

Meldungen:

BDP-Abgeordnete treten in Hungerstreik
Die Abgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie BDP und des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit werden am 20. und 21. Februar im BDP-Zentrum einen Hungerstreik durchführen. Damit wollen sie den Hungerstreik und den Widerstand in den Gefängnissen unterstützen.
Die Co-Vorsitzende der BDP, Gültan Kışanak und Selahattin Demirtaş haben eine Erklärung der Abgeordneten Selma Irmak, die sich zurzeit im Gefängnis befindet, zum Beginn eines unbefristeten Hungerstreiks veröffentlicht. In der Erklärung wird der Wiederstand von Irmak sowie aller politischen Gefangenen begrüßt. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass der Widerstand von Irmak und der anderen gefangenen Abgeordneten den Prozess zum Dialog, zu Verhandlungen und der Demokratisierung verstärken werden.
(ANF, 14.2., ISKU)

PKK Gefangener erhält Auszeichnung von UNICEF
Obwohl er von der Türkischen Justiz als PKK-Angehöriger zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, erhielt der PKK-Gefangene Mehmet Boğatekin für seine politisch motivierten Karikaturen eine Auszeichnung von UNICEF und der türkischen Universität Maltepe.
Mehmet Boğatekin befindet sich im F-Typ Gefängnis Bolu, einer Provinz der türkischen Schwarzmeerregion. Für seine professionell ausgeführten Karikaturen, Cartoons etc. wurde er bei einem Karikaturen-Wettbewerb für Menschenrechte der Universität Maltepe und der UNICEF mit dem zweiten Platz ausgezeichnet. Organisiert wurde dieser Wettbewerb vom Zentrum für die Erforschung und Einhaltung von Menschenrechten der Maltepe Universität.
Der zweite Platz wurde mit rund 2000 Türkischen Lira (860 Euro) dotiert. Mit diesem Preisgeld möchte Mehmet Boğatekin ein Comic Magazin mit all seinen Karikaturen veröffentlichen. Boğatekin hat schon zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter auch die "Musa Anter Journalismus Auszeichnung."
(YÖP, 15.2., ISKU)

Petition für Müjde Arslan
Mizgin Müjde Arslan ist eine kurdische Filmemacherin, Regisseurin und Autorin. Gemeinsam mit hunderten anderen wurde sie

Türkische Streitkräfte erleiden schwere Verluste

Das Presse und Kommunikationszentrum der HPG hat am 11.2. eine Erklärung zu dem Angriff der Guerilla in Colêmerg Çêlê (Çukurca) veröffentlicht. Am 9 2. um 2:15 Uhr hat die HPG gleichzeitige sowie koordinierte Angriffe gegen die Streitkräfte der Türkei ausgeführt.
Das Presse- und Kommunikationszentrum der HPG beschrieb den Angriff wie folgt: „Die 49. Militärstation und die darum liegenden 10 Hügel wurden seitens der Guerilla gestürmt. Dabei wurden acht Stellungen der türkischen Armee sowie ein Nikon Fernglas komplett zerstört und ein Panzer schwer beschädigt. Die meisten der 70 Soldaten, dieser Militärstation kamen ums Leben. Die Guerillas beschlagnahmten schwere Waffen, u.a. einen Granatwerfer."
Zudem teilten die Führungskräfte der HPG mit, dass während des eineinhalbstündigen Gefechts vier Guerillas gefallen sind: Viyan Wan, Rojhat, Şayan und Diren Malazgirt.
Desweiteren haben die HPG einen Angriff auf eine Militäreinheit im Zentrum von Çêlê durchgeführt. Dort wurde ein Waffenarsenal zerstört. Es sollen 12 Angehörige einer Spezialeinheit getötet worden sein. Außerdem wurde bei dem Angriff der Guerilla das Haus des Brigadekommandeurs getroffen.
Bei einer weiteren Attacke auf eine Militärbasis der türkischen Armee sind zwei weitere türkische Soldaten ums Leben gekommen. Bei diesem Angriff, welcher bis zum nächsten Tag andauerte, wurde ebenfalls eine Militärstellung zerstört.
Die türkische Armee sperrte die Ein- und Ausfahrten von Çêlê und durchsuchte wahllos zivile Wohnungen und Einrichtungen. Zudem wurden die Telefonnetze komplett gesperrt.
Während der Angriffe kamen mindestens 43 Soldaten ums Leben, es gab eine hohe Anzahl Verletzter. „Die Berichte der türkischen Armee über diesen Vorfall sind definitiv falsch, sie wollen nur die Verluste vertuschen", so das Presse- und Kommunikationszentrum der HPG. *(hpg, 12.2., ISKU)*

Kritische Journalistin „beurlaubt“

In der Türkei wurde in der letzten Zeit mehreren JournalistInnen gekündigt, darunter Ece Temelkuran, Banu Güven, Can Dündar und Mehmet Altan. Nun wurde die Journalistin Nuray Mert unbefristet beurlaubt.
Nuray Mert kritisierte in ihren Artikeln die AKP-Regierung sehr scharf, besonders in Bezug auf die Kurden-Problematik. Ihre Kolumnen erschienen in der Milliyet. Milliyet berichtete, dass sie Nuray Mert in einen „unbefristeten Urlaub" geschickt hätte. Nuray Mert war schon seit längerem Ziel von Angriffen der AKP und AKP-naher Medienorgane.
Ein Beispiel, warum Nuray Mert ins Visier der Regierung geriet: Vor den Wahlen in der Türkei erwähnte Erdoğan oft bei Kundgebungen den Bau von großen Straßen in die kurdischen Gebieten. Nuray Mert äußerte sich dazu äußerst kritisch. In einem Interview im Mai 2011 erklärte sie: „… es soll keine Verbindung hergestellt werden, es muss nicht heißen, dass in der Folge Massaker stattfinden. Aber in den Berichten über die Massaker von 1935 ist ebenfalls viel die Rede vom Bau von Straßen, denn für einen Einsatz [in Dersîm] waren Straßen notwendig. Nicht, weil ein Massaker wie 1935 stattfinden wird, aber das sind die Infrastrukturen der gewaltigen Politik in dieser Region, und ich möchte hier die Parallele ins Gedächtnis rufen ..."
Mert erklärte, dass sie sich momentan nicht zu ihrem „unbefristeten Urlaub" äußern möchte. *(ANF, 15.2., ISKU)*

→ Freiheit für Abdullah Öcalan

Türkei auf und dazu, sich für ein Ende der seit Gründung der Türkei bestehenden Unterdrückung und Verleugnung der kurdischen Bevölkerung einzusetzen.
Die Polizei rückte mit einem Grossaufgebot an und umstellte das EU-Büro am Pariser Platz und nahm die Personalien aller BesetzerInnen auf. Die VertreterInnen des EU-Büros zeigten sich gewohnt unsympathisch und stellten gegen alle BesetzerInnen Anzeige wegen Hausfriedensbrich. Kurz vor 12 Uhr war die Aktion beendet.

Rathaus in Hamburg besetzt
Am Mittwoch Nachmittag besetzten rund 20 Menschen das Hamburger Rathaus, um auf die Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland und der Türkei aufmerksam zu machen. Sie fordern die Freilassung von Abdullah Öcalan, den viele KurdInnen als ihren politischen Repräsentanten sehen. Außerdem fordern sie die Freilassung von Ali Ihsan, einem kurdischen Aktivisten, der seit Oktober in Hamburg in Untersuchungshaft sitzt. Ihm wird vorgeworfen, Kader der in Deutschland verbotenen PKK gewesen zu sein.
Nachdem sich die AktivistInnen weigerten, das Rathaus zu verlassen, wurden sie nacheinandet teils brutal von Riot-Cops der 33. und 34. Einheit der Bereitschaftspolizei festgenommen. Nach Dursuchung und Personalienfeststellung wurden sie auf dem 14. Revier in der Caffamacherreihe in Gewahrsam genommen. Nachdem sie dort erneut dursucht und ihrer restlichen Gegenstände und Jacken entledigt worden waren, wurden sie 2-3 Stunden in Einzel- und Sammelzellen gesteckt. Das Recht auf einen Anruf wurde ihnen erst nach längerem Rumgenenerve mehr oder weniger erst kurz vor ihrer Freilassung gewährt. Den in Gewahrsam Genommenen wurde bei ihrer Festsetzung mitgeteilt, der Tatvorwurf laute auf Hausfriedensbruch, dies wurde jedoch auf der Wache nicht erneut erwähnt. Offenbar ging es nur darum, die AktivistInnen an einer Teilnahme an der Demonstration für die Freilassung Abdullah Öcalans zu hindern, die um 18.00 mit mehreren hundert TeilnehmerInnen in der Hamburger Innenstadt stattfand. Im Verlauf dieser Demo wurde ein weiterer Aktivist in Gewahrsam genommen.
Nach dem Ende der Demo wurden die Gefangenen im Laufe einer halben Stunde einzeln rausgelassen.
Das Vorgehen der Polizei zeigt erneut, wie die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland mundtot gemacht werden soll. Durch die diversen bundesweiten Aktionen wird diesem Versuch vielleicht bis zu einem gewissen Grad entgegengewirkt.
Abschließend zeigen sich die AktivistInnen aus Hamburg solidarisch mit den AktivistInnen in Berlin, bundesweit und überall auf der Welt, die heute und immer für ein freies, basisdemokratisches kurdisches Gebiet und die befreite Gesellschaft weltweit kämpfen. *((i)/ksb, 16.2., ISKU)*

Opfer der aktuellen Festnahmewelle in der Türkei. Sie wurde 1981 in Mardin geboren. An der Filmhochschule Dicle hat sie einen MA der Kommunikationsfakultät für Kino gemacht. Außerdem arbeitete sie für die Nachrichtenagentur DIHA, die „Yedinci Gündem“ und „Gündem“.
Sie hat zahlreiche Essays über Kultur und Kino geschrieben und in zahlreichen Zeitungen und Magazinen veröffentlicht. Nach ihrem ersten Kurzfilm "Son Oyun" (Letztes Spiel) führte sie Regie bei dem Kurzfilm „Nora“, dann machte sie einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Das Totenhemd“ über Poligamie in Mardin. Außerdem ist sie Autorin des Buches „Regisseur Atif Yilmaz“.
www.ipetitions.com/petition/mizgin

Neun Guerillas gefallen
Die Hauptkommandantur der HPG (Volksverteidigungskräfte) veröffentlichte die Daten zweier Guerillakämpfer, die am 9.2. in Cewlîg (Bingöl) gefallen waren. Die HPG erklärten: „Am 9. Februar ereignete sich in dem Dorf Ilıca bei der kurdischen Stadt Çewlîg ein kurzes Gefecht zwischen türkischen Besatzungskräften und unseren Guerillaeinheiten. Bei diesem Gefecht sind neun Guerillakämpfer unserer Einheiten gefallen, zwei unserer Kämpfer sind verletzt in Gefangenschaft geraten.“
Laut örtlicher Quellen mussten die HPG-Kämpfer 2-3 Tage vor dem Gefecht das Winter-Camp verlassen, als es enttarnt wurde. Sie sollen sich wegen starken Schneefalls am Gefechtsort aufgehalten haben. Der Aufenthaltsort der HPGler sei von Dörflern der Gendarmerie gemeldet worden. Die örtlichen Medien teilten die Namen der gefallenen und verletzten Guerillakämpfer mit: Bedran (Sêrt), Rauf (Amed), Gezgör (Riha), Yılmaz (Sêrt), Tîrêj (Mûş-Malazgirt), Erdal (Çewlîg), Şiyar (Çewlîg), Rêzan (Çewlîg). *(ANF, 13.2., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
(i)	de.indymedia.org
ksb	kurdistan.blogsport.de
hpg	hezenparastin.com
YÖP	Yeni Özgür Politika

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 556
24. Februar 2012

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Unbefristeter Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei

Bereits 400 Hungerstreikende

Seit acht Tagen führen politische Gefangene in Kurdistan und der Türkei einen unbefristeten Hungerstreik durch. Mit der Aktion fordern die Gefangenen die Freilassung von Abdullah Öcalan, muttersprachliche Ausbildung und ein Ende der Militäroperationen gegen das kurdische Volk. Unter den Hungerstreikenden im E- und D-Typ-Gefängnis in Amed (Diyarbakır) und den E-Typ-Gefängnissen in Mardin, Elbistan und Bitlis sind auch die aus Şırnak stammenden Parlamentsabgeordneten Selma Irmak und Faysal Sarıyıldız.

Zübeyde Teker, Vorsitzende der Organisation zur Unterstützung für Familien von Gefangenen TUHAD-FED, teilte in einer Presseerklärung vom 22. Februar 2012 mit, dass sich nun bereits 400 Gefangene im Hungerstreik befinden würden.
Am 15. Februar, dem Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans aus Kenia, wandte sich Selma Irmak mit einem Brief an die Öffentlichkeit, in dem sie, auch im Namen von fünf weiteren Gefangenen, den Beginn des unbefristeten Hungerstreiks bekanntgab und die Motive dafür erläuterte.
Die kurdische Frage sei an einem Punkt angelangt, an dem eine Lösung mit demokratischen Mitteln, über Dialog und Verhandlungen möglich wäre, so Irmak. Allerdings verhindere die Haltung der Regierung, die allein auf Zerstörung setzt, eine weitere Entwicklung. Der Weg zu einer Lösung könne nur über Verhandlungen mit Abdullah Öcalan führen, der vom kurdischen Volk mit der Autorität ausgestattet wurde, in seinem Namen zu sprechen.
Stattdessen verschärfe die Regierung die Situation mit Repression, Angst und der Verletzung von Grundrechten und säe auf diese Art den Zorn unter den KurdInnen.

Als Gefangene, denen jegliche andere Ausdrucksmöglichkeit genommen wurde, bleibe ihnen nur noch der Einsatz des eigenen Körpers, um zu einer Entwicklung beizutragen.

Solidaritäts-Hungerstreik der BDP
In einem am 20.2. verbreiteten Schreiben erklärte die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) ihre Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen und kündigte einen zweitägigen Solidaritätshungerstreik aller BDP-Abgeordneten an. Die BDP betont, dass sie mit dieser Aktion die Hoffnung auf eine Öffnung der Situation verbinde und dass am Ende Demokratie und Frieden siegen würden. Die zunehmende Unterdrückung werde nur bewirken, dass auch der demokratische Kampf und die demokratische Opposition immer stärker anwachsen.

Es sei auch im Interesse der Türkei, das zentrale Problem des Landes endlich zu einer Lösung zu bringen, anstatt den seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt immer weiter zu vertiefen. Insbesondere die Nationalversammlung der Türkei dürfe nicht schweigend zuschauen, wenn sich einige ihrer Angehörigen gezwungen sehen, ihr Leben für eine Lösung zu opfern. Der Solidaritätshungerstreik wurde bis zum 21.2. am Abend durchgeführt.

DTK-Co-Vorsitzende besucht Hungerstreikende
Tuğluk: Gefängnisse werden zum Zentrum des Widerstands
Mit einer speziellen Erlaubnis des Justizministers haben die Co-Vorsitzenden des Kongresses für eine demokratische Gesellschaft (DTK) Ahmet Türk und Aysel Tuğluk zwanzig politische Gefangene besucht, die seit dem 15. Februar im Hungerstreik sind. Tuğluk sagte im Anschluss an den Besuch, die Gefängnisse würden zu Zentren des Widerstandes, wenn sich die Dinge so weiterentwickelten. „Wir werden diesen Widerstand unterstützen, indem wir für unser Volk tun, was immer notwendig ist. Dies ist ein Kampf für die →

Türkei: Anzahl der politischen Gefangenen vervielfacht

Der türkische Justizminister Sadullah Ergin beantwortete die Anfrage der BDP-Abgeordneten Pelvin Buldan und gab die Zahl der gefangenen Kinder bekannt. Laut der Bekanntmachung saßen in 2005 17 Kinder in Gefängnissen, 2010 waren es 1023 Kinder.
In 2009 hat sich im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen die Zahl der politischen Gefangenen verdoppelt.
In 2005 wurden 14035 Männer und 2205 Frauen angeklagt, 2006 waren es 20308 Männer und 2511 Frauen, in 2009 47693 Männer und 5593 Frauen, 2010 56237 Männer und 6880 Frauen.
In 2005 wurden 2314 Männer und 411 Frauen zu Haftstrafen verurteilt. In den darauffolgenden Jahren sieht der Bilanz wie folgt aus:

2006:	3355 Männer
	374 Frauen
2007:	5284 Männer
	647 Frauen
2008:	5423 Männer
	649 Frauen
2009:	8299 Männer
	912 Frauen
2010:	8686 Männer
	1206 Frauen

Nach diesen Informationen ist die Zahl der politischen Kindergefangenen sehr auffällig. Diese Kinder sitzen in den Gefängnissen, weil ihnen vorgeworfen wird, Polizisten mit Steinen beworfen oder an unerlaubten Protestaktionen teilgenommen zu haben.
2005 wurden 78 Kinder wegen politischer Tätigkeiten freigesprochen und 17 Kinder kamen in Haft, 2006 bekamen 14 von den festgenommenen Kindern Haftstrafen und 67 Kinder wurden freigesprochen, 2007 kamen 47 Kinder in Haft und 97 Kinder wurden freigesprochen, in 2008 kamen 36 Kinder in Haft und 122 Kinder wurden freigesprochen, 2009 1105 Kinder kamen in Haft und 1144 wurden freigesprochen. 2010 bekamen 1023 Kinder Haftstrafen, 857 wurden freigesprochen.

Der Justizminister Ergin machte keine Angaben für die Jahre 2011. *ANF, 19.2., ISKU*

Meldungen:

Iran: Hebîbullah Gulperîpûr sowie 6 weitere Gefangene nicht auffindbar
Wie bekannt geworden ist, sind Gefangene des Gefängnisses von Urmiya, u. a. Hebîbullah Gulperîpur, Elî Ehmed Silêman, Ehmed Temwî, Mustefa Elî Ehmed, Cehangîr Baduzade, Mustefa Kake Memî û Yusuf Rehmanîpûr, am 14. Februar an einen nicht bekannten Ort verlegt worden.
Nach letzten Aussagen ist gegen den kurdischen politischen Gefangenen Hebullah Gulperîpûr die Todesstrafe durch den Strang verhängt worden. Aus diesem Grund sind auch die Familie, sein Anwalt sowie Menschenrechtler über die aktuelle Lage und den Verbleib von Hebullah Gulperîpûr besorgt. Sie gehen davon aus, dass er evtl. sogar nicht mehr am Leben sei.
Im Oktober 2009 wurde er in Untersuchungshaft genommen. Gulperîpur wurde zuerst in das Gefängnis Mehabad (Mahabad) überführt und später durch das iranische Revolutionsgericht in Mehabad (ir. Mahabad) im April 2010 als Mitglied der PJAK und wegen Feindschaft gegenüber Gott verurteilt.
Die Strafe gegen Gulperîpûr wurde im Dezember 2011 bestätigt.
Ebenso wurden die Todesurteile gegen die beiden Brüder Zaniyar und Luqman Muradi bestätigt. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie den Sohn des Mullahs aus der Stadt Merwani und zwei seiner Weggefährten getötet haben sollen. Der Iran bezichtigt die beiden Brüder des Verrats und der Spionage. Sie sollen diesen Auftrag vom britischen Geheimdienst erhalten und ausgeführt haben.
Jedoch liegen für die Beschuldigungen keinerlei Beweise vor.
Der Gefangene Ehmed Temwî wurde unter dem Vorwand Kontakt mit einer verbotenen Organisation zu 14 Jahren Haft, der Gefangene Mustefa Elî Ehmed als Gegner der staatlichen Institutionen zu 10 Jahren Haft, Yusif Kake Memî wegen Feindseligkeiten gegenüber dem Regime zu 6 Jahren Haft sowie Yusif Rehmanpûr zu 5 Jahren Haft verurteilt.
ANF, Rudaw, *16./17.2., ISKU*

Freiheitsmarsch in Westkurdistan
Westkurdistan (Syrien) – Mehrere hundert kurdische Jugendliche unternehmen unter dem Motto „Demokratischer Kon-

Der 13. Jahrestag des Aufstandes in Ostkurdistan

Aufgrund der illegalen Entführung und der anschließenden Festnahme des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan ging das kurdische Volk vor 13 Jahren in Ostkurdistan (Iran) massenhaft auf die Straßen, um dagegen zu protestieren. Bei dem Volksaufstand, der in Sine begann und sich über das ganze Land verbreitete, kamen mindestens 50 Menschen ums Leben.
Nach der Gefangennahme Abdullah Öcalans wurde Ostkurdistan der Schauplatz eines weit ausgedehnten Aufstands. Vor 13 Jahren am 21. Februar verbreitete sich der Aufstand damals rasch über das ganze Land. In allen Städten Ostkurdistans begaben sich die Menschen auf die Straßen, um gegen die Gefangenschaft Öcalans und den Druck des iranischen Regimes zu protestieren. Das iranische Regime verhielt sich anfangs still, aber als die Aktionen auch die Großstadt Teheran erreicht hatten, kam es zu Massakern.
An erster Stelle in Sine, Mako, Selmas, Urmiye, Kamyaran, Merîwan, Kirmanşan, und Îlam wurden in Ostkurdistan mindestens 50 Menschen von iranischen Staatskräften ermordet, Hunderte verletzt und Tausende festgenommen. Alleine in der kurdischen Stadt Sine verloren 19 Menschen ihr Leben.
Kurdische Jugendliche aus Îlam, Sine, Urmiye, Mehabad, Kamyara, Seqiz, Salmaz, Bokan, Pîranşar, Merîwan, Serdeşt und aus anderen Städten Ostkurdistans machten sich nach dem internationalen Komplott auf den Weg in die Berge, um am bewaffneten Kampf teilzunehmen. Hunderte dieser Jugendlichen kämpften als Guerillas in den Gebieten Cûdî, Dêrsim, Amed, Qendîl, Herkol und Gabar.
Das PJAK-Mitglied Hasan Hikmet Demir, der in Ostkurdistan eine führende Rolle im kurdischen Freiheitskampf spielte, und kurdische Lehrer wie Farzad Kamangar, Eli Heydarian, Ferhad Wekili, Huseyin Xizri und Frauenaktivistin Shirin Elem Hulu wurden vom iranischen Regime durch den Strang hingerichtet.
Die 2004 gegründete PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) gedenkt anlässlich des 13. Jahrestages der Gefallenen. Das Komitee der Gefallenen der PJAK sagte in einer Erklärung zum Widerstand in Ostkurdistan: „Die islamische Republik Iran glaubte daran, dass sie die Stimme der Kurden zum Schweigen bringen kann. Doch im Gegenteil, der 21. Februar wurde in Ostkurdistan der Beginn eines neuen Kampfes und einer revolutionären Strategie." *ANF, 21.2., ISKU*

Erneute Verhaftungen von Gewerkschafterinnen

Die Repressionen gegen Gewerkschaften in der Türkei hören nicht auf. Am 13. Februar 2012 wurden 15 Frauen aus Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes verhaftet, darunter auch Kolleginnen der GEW-Partnergewerkschaft Eğitim Sen.
Am Morgen des 13. Februar 2012 wurden in Ankara die Büros des Dachverbandes der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, KESK, sowie die Büros der Gewerkschaften SES (Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen) und TÜM BEL SEN (Gewerkschaft der Kommunalangestellten) von Polizeikräften durchsucht und 15 Frauen verhaftet. Unter den Inhaftierten sind auch Kolleginnen der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen, zu der die GEW enge Beziehungen unterhält. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder der KCK zu sein, einer angeblichen Tarnorganisation der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Seit den nationalen Wahlen vor zwei Jahren hat die türkische Regierung die Repressionen gegen kurdische Aktivisten, kritische Intellektuelle, Journalisten und Gewerkschafter massiv verschärft. Etwa 4.000 Personen wurden in dieser Zeit verhaftet. Ihnen wird zur Last gelegt, dass sie in den Kurdenregionen der Türkei im Auftrag der PKK eine terroristische Parallelstruktur zum Staat aufbauen wollen.
Die GEW und die Bildungsinternationale hatten in der Vergangenheit bereits mehrfach gegen die politisch motivierten Verhaftungen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Türkei protestiert und verschiedentlich Prozessbeobachter zu Gerichtsverhandlungen entsandt – bisher leider ohne Erfolg. Erst Ende November 2011 waren 25 Kolleginnen und Kollegen der KESK und Eğitim Sen zu langen Gefängnisstrafen von sechs Jahren und fünf Monaten verurteilt worden.
Die jetzt verhafteten Frauen befanden sich in Vorbereitung des Internationalen Frauentags am 8. März. Nach Meinung des KESK- Generalsekretärs İsmail Hakkı Tombul besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den Verhaftungen und ihrem Engagement für Frauenrechte in der Türkei. Die KESK-Frauenkonferenz hatte kürzlich eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird, den 8. März zum offiziellen Feiertag zu machen und dafür auch zu streiken.
Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne verurteilt die neuerlichen Verhaftungen und die fortgesetzte Repression gegen Gewerkschaften in der Türkei: „Wir fordern die Freilassung der Inhaftierten, Respekt vor Menschen- und Gewerkschaftsrechten und eine Aufhebung der unwürdigen Gerichtsurteile gegen aktive Gewerkschafter."

Die GEW ruft zu Protestschreiben an die türkische Regierung und an die Botschaft der Türkei in Berlin mit der Forderung nach Freilassung der inhaftierten Gewerkschafterinnen auf.

http://www.gew.de/Tuerkei_Erneute_Verhaftungen_von_Gewerkschafterinnen.html

Bereits 400 Hungerstreikende

Würde, den wir bis zum bitteren Ende verfolgen werden. Die Gefangenen im Hungersteik haben bestimmt, ihre Aktion fortzuführen, weil sie glauben, dass am Ende die Freiheit steht. Sie sagen, der Staat wird mit seiner Politik nicht die gewünschten Ergebnisse erreichen."
Sie bezeichnete die Aktion der Gefangenen als einen bedeutenden und würdevollen Widerstand. Tuğluk sagte, die Aktion resultiere aus der Tatsache, dass die Verhaftung von Politikern niemals zu irgendwelchen Ergebnissen führe. Sie fuhr fort, dass die Gefangenen keine gesundheitlichen Probleme hätten.

PKK- und PAJK-Gefangene fordern Anerkennung als Kriegsgefangene

Die PKK- und PAJK-Gefangenen haben am 13. Februar 2012 bekannt gegeben, dass sie bei den Vereinten Nationen gefordert haben, als Kriegsgefangene anerkannt zu werden. Einige der Gefangenen haben bereits am 20. Januar 2012 den unbefristeten Hungerstreik begonnen.

ANF, 22.2., ISKU

föderalismus" einen langen Marsch, um auf die Situation der Kurden aufmerksam zu machen. Die Jugendlichen fordern eine demokratische Lösung und setzen sich für den Demokratischen Konföderalismus in Westkurdistan und Syrien ein. In einem 7-tägigen Marsch starteten sie von Dirbesiyê aus nach Amûdê, Qamişlo, Tirbespî und kommen voraussichtlich am 28. Februar in Dêrikê an. *ANF, 20.1., ISKU*

Verstärkte Polizeikontrollen in Şemzînan

In Şemzînan (Provinz Colemêrg) wurden an den Ein- und Ausgängen der Stadt die gepanzerten Polizeiwagen verstärkt. Alle, die in die oder aus der Stadt wollen, werden kontrolliert und durchsucht. Angeblich sollen die Sicherheitskräfte an den Kontrollposten eine Personenliste mit 70 Namen besitzen. *ANF, 20.2., ISKU*

Operationsvorbereitungen in Cudi und Gabar

In Cudi und Gabar in der Provinz Şirnex bereitet sich das türkische Militär auf größere Operationen vor.
Auf dem Cudi-Berg wurde die Zahl der türkischen Soldaten weiter erhöht, am Berg Gabar wurden umfangreiche Operationsvorbereitungen getroffen. Seit mehreren Tagen wurden die Militärstützpunkte in Şirnex durch militärische Sondereinheiten verstärkt. *ANF, 19.2., ISKU*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Termine:
Demonstration:
Stoppt den Feminizid, Freiheit für Abdullah Öcalan
3.3. 11.00 Uhr Köln Hauptbahnhof / Dom
Veranstalterinnen: Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Kurdische Frauenräte und Frauenvereine in Europa

Frauenguerilla und demokratische Frauenbewegung seit 1999
Mit Fotoausstellung und Dias
7.3. 18.00 Uhr Hamburg
Centro Sociale, Sternstraße 2, U-Bahn Feldstraße

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 557
2. März 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Sexueller Mißbrauch inhaftierter Kinder

Wegen „Steinewerfens" auf Demonstrationen verhaftete Jugendliche wurden im Pozantı-Gefängnis von Adana mit Strafgefangenen zusammen in Zellen gesteckt, die sie vermeintlich dutzende Male mißbraucht und vergewaltigt haben.
Jugendliche, die im Pozantı M-Typ-Gefängnis in Adana (östliche Spitze des Mittelmeers) inhaftiert waren, waren angeblich sexueller Gewalt ausgesetzt. Sie waren aus politischen Gründen inhaftiert, wurden aber zusammen mit Gefangenen in Zellen untergebracht, die keine politischen Gefangenen waren und sie offenbar mißbraucht haben.
Das Pozantı M-Typ-Gefängnis machte bereits in der Vergangenheit Schlagzeilen wegen der Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen. Die neuerlichen Vorwürfe basieren auf einem Artikel von Zeynep Kuriş, Reporterin der Agentur DIHA, der kürzlich in der Zeitung Evrensel veröffentlicht wurde. Danach berichtete der für vier Monate inhaftierte 15-jährige H. K.: „Einige unserer Freunde wurden dutzende Male von gewöhnlichen Mitgefangenen vergewaltigt. Diese versuchten manchmal, uns zum Ausziehen der Hosen zu zwingen. Unsere Erlebnisse kann man nicht beschreiben."
Der Jugendliche H.K. erklärt, dass es unter den Strafgefangenen auf der B-4-Station keinen einzigen politischen Gefangenen gab, die meisten waren wegen Mord, Diebstahl und Drogenkonsum im Gefängnis. Dutzende Male sei er selbst Augenzeuge von sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen geworden.

„Sie schlugen uns, weil wir die Fahne nicht küssten"

Der 17-jährige Ş.A. berichtet, er sei von der Polizei gefangen genommen und geschlagen worden, als in seinem Viertel eine Demonstration stattgefunden habe. Er selbst habe an diesem Tag Informationsmaterial einer Nachrichtenagentur verteilt. Er fragt, „Warum? Wofür? Ich habe nicht verstanden, wessen Namen sie wollten". Dann wurde er verhaftet und ins Pozantı-Gefängnis gebracht. „Ich habe dort schlimme Dinge erlebt. Die Gefangenen legten mir ein Seil um den Hals und zogen es zu. Sie schlugen uns. Sie nannten mich einen Terroristen, drückten mein Gesicht auf eine (türkische) Fahne und zwangen mich, sie zu küssen. Als ich mich weigerte, haben sie mich wieder geschlagen."
Ş.A. erklärt weiter, man habe ihn um fünf Uhr morgens geweckt und gezwungen, die Zelle zu putzen. Er sagt, er sei noch immer nicht im Stande, sich mit den Auswirkungen seiner Erlebnisse auseinanderzusetzen. Nach der Haftentlassung waren viele seiner Freunde nicht in der Lage, zu einem normalen Leben zurück zu finden. „Unsere Freunde schämen sich, mit uns abzuhängen, weil sie nicht vergessen können, was uns widerfahren ist."
Der Jugendliche merkt an, dass sie die Gefängnisverwaltung mehrfach über die Situation informiert hätten, diese aber habe dazu geschwiegen. Er verbrachte zwei Monate im Pozantı-Gefängnis und wurde vor einem Monat entlassen. „Wir stellten den Antrag, unsere Zellen wechseln zu können, aber unsere Anträge blieben unbeantwortet", sagt er.

„Sexueller Mißbrauch war das größte Problem"

Der 17-jährige A.K. erzählt, wie er in Polizeigewahrsam genommen wurde. Auf dem Weg von der Arbeit nach Hause geriet er in eine Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei. Er bekam etwas von einer Tränengasgranate ab und flüchtete in dem verzweifelten Versuch, sein Leben zu retten, in ein nah gelegenes Haus. Angeblich betraten die Polizisten das Haus und brachten ihn aufs Dach, wo sie ihm eine Keffiyeh um den Kopf wickelten und Fotos von ihm machten. Sie sagten „Du bist ein Demonstrant", und verfrachteten ihn in ein Polizeifahrzeug, wo er mit einem Gewehrkolben geschlagen wurde. A.K. wurde wegen verschiedener Vorwürfe verhaftet und in das Pozantı-

→

Hungerstreik weitet sich aus

Das Todesfasten von hunderten Gefangenen in der Türkei und in Kurdistan weitet sich auf Europa aus. 15 KurdInnen werden am 1. März vor dem CPT-Gebäude aus Protest gegen die andauernde Isolation ihres politischen Repräsentanten Abdullah Öcalan und die Haltung des Anti-Folterkomitees CPT in einen unbefristeten Hungerstreik treten. Der Hungerstreik wird um 14:00 Uhr mit einer Presseerklärung und Kundgebung vor dem Gebäude des Europarates beginnen.
Der Politiker und Journalist Fuat Kav, der zu den Sprechern der Initiative gehört, teilte mit, dass die Streik-AktivistInnen aus verschiedenen Ländern Europas kommen und rief die KurdInnen aus Strasbourg und Umgebung dazu auf, an der Kundgebung teilzunehmen.
Seit dem 27. Juli 2011 ist der KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan von der Außenwelt abgeschnitten. Seit sieben Monaten werden die Besuchsanträge bei Öcalan abgelehnt und die Gespräche mit den Begründungen "Boot defekt" oder "schlechtes Wetter" verhindert. Trotz mehrerer Besetzungsaktionen von kurdischen Jugendlichen und mehrerer Demonstrationen in Strasbourg schweigt das Komitee zur Verhinderung von Folter des Europarats (CPT).
Am 15. Februar 2012 begannen politische Gefangene in den Gefängnissen der Türkei und Nord-Kurdistan einen unbefristeten Hungerstreik. Unter den 169 Gefangenen, die in den D- und E-Typ- Gefängnissen von Amed (Diyarbakir), im E-Typ-Gefängnis Mêrdîn (Mardin), im E-Typ-Gefängnis Olbiston (Elbistan) und im E-Typ-Gefängnis Bedlis (Bitlis) in den Hungerstreik traten, befinden sich auch die Parlamentsabgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Selma Irmak und Faysal Sarıyıldız. Die Forderungen der Hungerstreikenden lauten: Die Freilassung von Abdullah Öcalan und die Fortsetzung des Dialogs für eine politische Lösung der kurdischen Frage, die Einstellung der politischen Repression, der Massenverhaftungen und Militäroperationen gegen die kurdische Bevölkerung sowie das Recht auf Bildung in der kurdischen Muttersprache.

(ANF, 28./29.2., ISKU)

Meldungen:

Isolation von Öcalan hält weiter an

Die Isolation von Abdullah Öcalan auf Imrali dauert an. Den AnwältInnen von Abdullah Öcalan wurde am Dienstag erneut die Überfahrt auf die Gefängnisinsel zu ihrem wöchentlichen Treffen mit ihrem Mandanten verweigert. Den AnwältInnen Öcalans wird seit dem 27. Juli 2011 (7 Monate, 5 Tage) die Überfahrt auf die Gefängnisinsel mit der Begründung verwehrt, das Schiff sei defekt.
Die AnwältInnen Hüseyin Bogatekin, Mazlum Dinc und Suna Bilgin hatten am frühen Morgen bei der Staatsanwaltschaft in Bursa einen Besuchsantrag gestellt, um ihren Mandanten besuchen zu können. Die Imrali-Gefängnisverwaltung erklärte wieder einmal, „Das Schiff ist defekt." Daher wurde das wöchentliche Treffen abgelehnt.

(ANF, 28.2., ISKU)

Solidaritäts-Hungerstreik im Gefängnis in Hamburg

In Hamburg beginnen kurdische Gefangene in der JVA Fuhlsbüttel (Santa Fu) einen einwöchigen Hungerstreik. In einer gestern veröffentlichten schriftlichen Erklärung heißt es in Bezug auf die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen in der Türkei: "Als sozialistische, patriotische Gefangene aus Kurdistan in Hamburg schließen wir uns dem Kampf des kurdischen Volkes und der Gefangenen in den Haftanstalten der Türkei an."

(YÖP, 29.2., ISKU)

Iranisches Militär tötet erneut kurdischen Jugendlichen

Erneut kam es durch einen Angriff des iranischen Militärs zu einem Toten. Das iranische Militär soll gezielt auf einen 24-jährigen Kurden geschossen und ihn getötet haben. Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist die genaue Identität des Getöteten nicht bekannt.
Nach letzten Informationen ereignete sich der Übergriff durch das iranische Militär am 27.2.um ca. 15:00 Uhr in der Nähe der Stadt Serdos, in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Südkurdistan.
Laut Angaben der ansässigen Behörden wurden 3603 militärische Operationen gegen Schmuggler durchgeführt, bei denen eine hohe Zahl an Schmuggelware beschlagnahmt wurde. Jedoch werden zu den Übergriffen und Getöteten keine Aussagen gemacht.

Studierende aus Meriwan rufen zum Boykott der Wahlen auf

Umso näher die Wahlen für das 9. iranische Parlament rücken, umso mehr werden die Rufe und Erklärungen von verschiedensten Seiten zu einem Boykott der Wahlen. Neben den kurdischen Organisationen, Vereinen und der Freiheitsbewegung rufen auch die Studierenden aus Ost-Kurdistan zum Boykott auf.
Die Studenten der Universität in Merîwan machten mit einem Schreiben, welches Sie „Licht und Freiheit" (Nûr u Azadî) nennen, auf ihr Vorhaben in einer öffentlichen Erklärung aufmerksam.
Des Weiteren haben auch die Studierenden der anderen Universität in Merîwan erklärt, dass sie alles daran setzen werden, dass der Aufruf zu dem Boykott durch das ganze Land gehen wird und dass sie sich auf keinen Fall durch die falschen und leeren Versprechen beirren lassen werden. Keiner wird zur Wahlurne gehen, solange die Rechte der Kurden nicht anerkannt und gelebt werden, hieß es weiter. Außerdem heißt es in der Erklärung: „ Es gibt Kandidaten, die für ihr Ego und ihre eigenen Vorteile an der Wahl teilnehmen und versuchen, bekannte Persönlichkeiten und Studenten für sich zu gewinnen (...) Sowohl als kurdisches Volk, aber auch als Studierende beider Universitäten, werden wir diese kurdischen „Schauspieler" boykottieren und bewusst nicht zur Wahl gehen."

(ANF, 29.2., ISKU)

Hunderte Massengräber in Mêrdîn

Der Menschenrechtsverein IHD-Mêrdîn verfasste einen Bericht zu dem Fund eines Massengrabs in dem Dorf Tîrowa in Mêrdîn. Der IHD fordert darin die vollständige Aufklärung dieser versteckten Barbarei. Außerdem fordert der IHD, dass das ganze Dorf und die Umgebung als Ort der Massengräber anerkannt und unter Schutz durch eine neutrale Aufsicht gestellt wird.
Aus dem Bericht geht hervor, dass das Dorf Tîrowa im Jahre 1992 unter dem Vorwand „Sicherheitsgründe" zwangsgeräumt wurde. Vom 2. bis zum 5. November 1995 waren die Männer und Jungen zwischen 11 und 57 Jahren von der Gendarmerie gefangengenommen worden, der 11-jährige Haznî D. und der 28-jährige Hayat A. wurden kurz darauf wieder freigelassen.
Vier Monate nach der Festnahme von neun Männern und Jungen wurde die Leiche des 57-jährigen Suleyman S. in einem Dorf nahe Tîrowa gefunden, die anderen Männer und ein befehlshabender Offizier des Ortes, Bilal B., waren seither verschwunden.
Die Familien der Männer und Jungen haben Hilfe von der Staatsanwaltschaft Kerboran gefordert, diese hat aber bis 2009 keine Bestrebungen gezeigt diese Barbarei aufzudecken.
Die IHD vermutet viel mehr Opfer als die bisher genannten neun Männer und Jungen. Allein in Mêrdîn gäbe es hunderte Massengräber. Die Ausgrabungen wurden erst am 17.2.2012 gestartet. Die Kommission bestehend aus dem IHD und freiwilligen Helfern, die, unter Aufsicht der Staatsanwaltschaft von Kerboran, von Augenzeugen an die mutmaßlichen Gräber gebracht wurden. Sie gruben bis in die Nacht hinein an verschiedenen Stellen der Ortschaft. Die sterblichen Überreste wurden in Gruppen oder vereinzelt aufgefunden. Die Ausgrabungen dauerten mehrere Tage, an vielen mutmaßlichen Massengräbern waren die Kommissionen noch nicht.
Der IHD fordert daher eine neutrale Kontrolle dieses Gebiets, um die Gräber zu schützen.

(ANF, 27.2., ISKU)

→Sexueller Mißbrauch inhaftierter Kinder

Gefängnis gebracht. Für sie was größte Problem im Gefängnis der sexuelle Mißbrauch, bemerkt A.K. Er erinnert sich an weitere Probleme: „Die Strafgefangenen zwangen unsere Freunde, mitten in der Nacht aufzustehen. Genau vor unseren Augen haben sie ihnen die Köpfe eingeschlagen. Aber die Gefängnisverwaltung versuchte immer, diese Angelegenheit zu vertuschen".

„Opfer distanzieren sich von Erlebtem"

Didem Gediz Glegen Türkmen ist Allgemeinmedizinerin am Frauenberatungszentrum der Kommune Akdeniz (Mersin). Nach Gesprächen mit Jugendlichen, die im Pozantı-Gefängnis Unterdrückung und Gewalt erfahren hatten, wandte sie sich an die Menschenrechtsstiftung (IHD).
Türkmen berichtet, dass sie Mersin im Juni 2011 im Rahmen des Projekts „Kinder und Gerechtigkeit" der Ankara Plattform für Kinderrechte besuchten. Dort hatte sie Gelegenheit, mit mehreren Jugendlichen zu sprechen. Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit sprach sie mit Jugendlichen, die Unterdrückung, Gewalt und sexuellem Mißbrauch ausgesetzt waren. Sie stellte fest, dass die betroffenen Jugendlichen über den sexuellen Mißbrauch sprachen, als wäre er einem anderen widerfahren. „Durch die Details, die sie beschrieben, begriff man, dass sie von ihren eigenen Erfahrungen sprachen", sagt Türkmen.

„Alle müssen diesem Fall nachgehen"

Sie betont die Härte der von den Jugendlichen gemachten Erfahrungen, sie bräuchten dringend Beratung und Unterstützung. Sie würden aber wiederum niemandem vertrauen, sagt Türkmen.
Die Ärztin weist darauf hin, dass wegen der Hafterfahrung besonders die Bildung zum Stokken käme. Deswegen führe die türkische Menschenrechtsstiftung (TIHV) im Rahmen psycholgischer und sozialer Unterstützung weiterhin Gespräche mit bestimmten Jugendlichen. Im Laufe der Gespräche begannen die Jugendlichen, sich ein wenig zu öffnen. „Ein Jugendlicher erzählte uns zum Beispiel, wie ein ganz kleines Kind ins Bett des Leiters der Gefängnisabteilung gezwungen wurde und wie er sich die Ohren zuhielt, um die Schreie des Kindes nicht zu hören. Solche Ereignisse hinterlassen tiefe Wunden in den Beziehungen untereinander und zur Aussenwelt".
Türkmen unterstreicht, dass es diesen Jugendlichen auch schwerfalle, ihre Erlebnisse mit ihren Familien zu teilen. Deswegen werde die Identität der Kinder nicht bekannt gegeben und die Forschungsarbeit anonym durchgeführt. „Jeder, der weiß, was im Gefängnis geschieht, muss diesem Fall nachgehen. Wenn der Staat Kinderkriminalität verhindern möchte, und wenn er eine Rebellion der Kinder verhindern möchte, wird er das nicht erreichen, indem er Polizeireviere baut. Die Orte, an denen die Traumata entstanden, müssen zum Wohle der Traumatisierten umgestaltet werden. Anstelle von Polizeirevieren sollten sie Orte einrichten, an denen sich Kinder und Jugendliche entwickeln können". Telefonisch nach einem Kommentar zu den von der Journalistin Zeynep Kuriş vorgebrachten Vorwürfe gefragt, habe der stellvertretende Direktor des Pozantı-Gefängnis diese bestritten und gesagt, „Anschuldigungen dieser Art werden ständig vorgetragen. Sie entbehren jeder Grundlage".

(Bia/DHG, 27.2., ISKU)

Nach den Unterlagen, die der kurdischen Nachrichtenagentur ANF (Ajansa Nûçeyan a Firatê) vorliegen, wurden im Jahre 2009 mindestens 90 Personen, 2010 mindestens 68 an der Grenze zum Iran und der Türkei getötet. Unabhängig davon wurden auch mehrere verletzt und leiden auch heute noch an den Folgen dieser Übergriffe. Seit Ende 2011 bis heute sollen es 14 Personen sein, die an der Grenze ihr Leben verloren haben. *(ANF, 28.2., ISKU)*

Aleppo: Tausende Kurden protestieren gegen Assad-Regime

In Syrien haben tausende KurdInnen in der zweitgrößten Stadt Aleppo gegen das Baath-Regime, das seit 40 Jahren Syrien regiert, demonstriert. Die Demonstration wurde von der Initiative Freies Volk organisiert. Die Protestierenden forderten eine demokratische Selbstverwaltung und ein Ende des Assad-Regimes.
30000 Menschen sollen an der Demonstration teilgenommen haben. Während der Demonstration wurden Parolen wie "Schluss mit dem Assad-Regime" und "Freiheit und Demokratie" gerufen und die Fahnen von PYD (Partei für demokratische Einheit) sowie Bilder des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan getragen.

(ANF, 24.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Bia	Bianet
DHG	Demokratie hinter Gittern
YÖP	Yeni Özgür Politika

Termine:

Newroz 2012 in Bonn
Demonstration und Kundgebung am 24. März
Abschlusskundgebung und Kulturprogramm im Freizeitpark, Landgrabenweg Bonn-Beuel, ca. 12.30 – 19.00 Uhr
Route 1 (Roter Zug) Fritz-Schroeder-Ufer/Beethovenallee
Route 2 (Grüner Zug) „Pützchens Markt" Beuel
Treffen jeweils ab 8.00 Uhr
Beginn der Demonstrationen um 11.00 Uhr

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 558
9. März 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nachricht aus Imrali

Der auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierte Cumali Karsu hat in einem Fax an seine Anwälte die aktuelle politische Phase bewertet. Karsu, der wegen PKK-Mitgliedschaft inhaftiert ist, sitzt im selben Gefängnis wie der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan, welchem aus willkürlichen Gründen seit über sieben Monaten die Konsultation mit seinen Anwälten verweigert wird.

Die Hungerstreiks sollten ein angemessenes Ende finden
Im Fax an seine Anwälte vom Rechtsbüro Asrin machte Karsu zur aktuellen politischen Lage folgende Bewertungen: „Unter den gegebenen Bedingungen kann ich euch nur einige Zeilen schreiben. In den letzten Monaten hat eine äußerst schwierige Phase begonnen. Soweit wir das aus den Tageszeitungen entnehmen konnten, scheint sich vor allem aus den Gefängnissen ein Widerstand zu organisieren. Um eine Öffentlichkeit zu schaffen, sind die Hungerstreiks sinnvoll. Diese allerdings unbegrenzt zu führen, oder gar physische Schäden in Kauf zu nehmen, ist nicht notwendig. Wir denken, dass sie ein angemessenes Ende nehmen sollten.“

Selbstverbrennungsaktionen müssen ein Ende nehmen
Karsu ging in seiner kurzen Stellungnahme auch mit folgenden Worten auf die Selbstverbrennungsaktionen ein: „Diese Aktionen machen uns mehr als traurig. Sie müssen auf jeden Fall ein Ende finden und ihnen muss der Riegel vorgeschoben werden. Die wichtigste Grundlage muss es sein, dass die physische Gesundheit geschont wird. Unter dieser Voraussetzung müssen wir versuchen, unsere Anstrengungen in sinnvolle praktische Bahnen zu lenken. Deswegen wollen wir auch, dass die begonnen Hungerstreiks ein sinnvolles Ende nehmen.“

Trotz allem wird sich alles zum Guten wenden
Die Faxnachricht von Karsu endet mit folgenden Worten: „In dieser Phase ist es nicht nötig, dass die Familienangehörigen uns hier besuchen kommen. In letzter Zeit wurden tausende Menschen, unsere Anwälte mit eingeschlossen, zu Unrecht festgenommen. Die konjunkturelle Phase gibt zwar nicht viel Raum für Hoffnung. Doch wird die Zeit vieles zeigen. Da ihr euch denken könnt, wie unsere Umstände hier sind, gehe ich drauf nicht weiter ein. Aber trotz allem wird sich alles zum Guten wenden. Viele Grüße der Freunde an euch alle.“

(ANF, 3.3., ISKU)

Karayilan: Die Initiative liegt bei den Hungerstreikenden

Der Vorsitzende der KCK (Gemeinschaften der Gesellschaften Kurdistans) Murat Karayilan nahm Stellung zu der Nachricht aus Imrali und gab bekannt, dass die Initiative bei den Hungerstreikenden liegt. Karayilan sagte: „In dieser Nachricht sind auch die Gedanken unseres Repräsentanten Abdullah Öcalan enthalten, jedoch verbirgt die Phase noch viele Wahrheiten. Ich glaube, dass die Streikenden diese Wahrheiten erkennen werden und die Entscheidungen müssen nach ihrer eigenen Initiative erfolgen.“
Weiter sagte er: „Solange das Foltersystem von Imrali existiert, ist es unmöglich, dass die kurdische Frage gelöst wird.“
Karayilan schätzt die Bedeutung des Hungerstreiks der 4 BDP-Abgeordneten und denen mehr als 400 politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen und betonte zugleich, dass dem Hungerstreik in Strassbourg der gleiche Wert beigemessen wird und auch von grosser Bedeutung ist. Karayilan begrüßte die überall gestarteten Hungerstreiks und bewertete die Nachricht von Cumali über den Hungerstreik auf Imrali folgendermaßen:
„Die Nachricht von dem Genossen Cumali Karasu, an seine Anwälte ist von großer Bedeutung. Ohne Zweifel enthält diese Nachricht auch die Gedanken unsereres Repräsentanten. Daraus kann man erschliessen, dass unser Repräsent solchen Aktionen einen großen Wert beimisst und nicht will, dass jemand einen Schaden davon tragen könnte. Auf diese Weise ist er auch dagegen, dass sich jemand verbrennt und lehnt dies strikt ab. Tatsächlich passen Verbrennungsaktionen nicht in diese Phase und diese Aktionen sollten in keinster Weise akzeptiert werden. Wir verstehen die Haltung unsereres Repräsentanten in der Hinsicht und befinden diese für wichtig. (...)
Bei diesem Thema muss folgendes unterstrichen werden: Alle unseren Institutionen und unser ganzes Volkes haben gegenüber der Vernichtungs- und Folterpolitik gegen unseren Repräsentanten eine eigene Haltung. Aus diesem Grunde liegt die Initiative beim Hungerstreik in den Händen der Streikenden. Sie haben selber diese Entscheidung getroffen. In dieser Nachricht sind auch die Gedanken unseres Repräsentanten enthalten, jedoch verbirgt die Phase noch viele Wahrheiten. Ich glaube, dass die Streikenden diese Wahrheiten erkennen werden und die Entscheidungen müssen nach ihrer eigenen Initiative erfolgen. Aber die Aktion sollte nicht nur mit einem Hungerstreik unterstützt werden, sondern es sollten noch verschiedene Aktionen stattfinden. Diejenigen, die nicht in den Gefängnissen sitzen, können ereignisreichere Aktionen durchführen.“

Karayilan bewertete die nationale Sprachenkonferenz, die am 02. März in Amed stattfand und 3 Tage dauerte, wie folgt an:
„Die Nationale Konferenz der kurdischen Sprache war eine notwendige und wichtiger Schritt. Ich grüße alle Teilnehmer und diejenigen, die große Anstrengungen in diesen Arbeiten gesteckt haben. (...)
In so einer Zeit ist es von grosser Bedeutung, dass Diskussionen über die kurdische Sparche mit Beteiligten aus allen Teilen Kurdistans stattfinden, damit man zu einer Konsens kommen kann. Nach den Angaben, die wir aus den Medien entnehmen konnten, wird eine nationale Sprachenorganisation gegründet.
Weiterhin wird an einem einheitlichen Alphabet gearbeitet.Ich möchte noch einmal betonen, dass dieses Thema von grosser Notwendigkeit und Bedeutung ist. Hier hat man sich nicht an die Vorstellungen eines kapitalistischen modernen Staates wie eine Nation, eine Sprache, eine Rasse, gehalten und das spielt eine

→

Meldungen:

Neue Festnahmewelle
Bei Polizeirazzien wurden am Dienstag in den türkischen Städten Adana, Gaziantep, Istanbul und Mardin rund 60 kurdische Aktivisten von Antiterroreinheiten festgenommen. Unter ihnen befinden sich Journalisten, die in der vergangenen Woche die Folter und Vergewaltigung minderjähriger politischer Gefangener im Jugendgefängnis Pozanti bei Adana öffentlich gemacht hatten. Den Festgenommenen wird eine Unterstützung der »Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans« (KCK) vorgeworfen.
(jW, 7.3., ISKU)

Massengräber in Nordkurdistan/Türkei
Nach weiteren Funden von Massengräbern in Kerboran/Dargecit, Basê/Güclükonak und Silopi stellt sich erneut die Frage, wie viele Menschen wurden seit 1984 in diesen Gräbern begraben? Laut dem Bericht der Menschenrechtsorganisation IHD von Amed gibt es in 20 kurdischen Städten insgesamt 253 Massengräber in denen 3248 Menschen begraben sein sollen.
Diese Information ergibt sich aus den Angaben von Menschen, die ihre Angehörigen vermissen oder von Zeugen, die sich an IHD gewendet haben:
Amed/Diyarbakır:
30 Massengräber, 298 Personen
Sêrt/Siirt:
36 Massengräber, 376 Personen
Bedlis/Bitlis:
35 Massengräber, 485 Personen
Colemêrg/Hakkari:
33 Massengräber, 347 Personen
Cewlig/Bingöl:
33 Massengräber, 468 Personen
Wan/Van:
18 Massengräber, 257 Personen
Şirnex/Şırnak:
14 Massengräber, 204 Personen
Êlih/Batman:
11 Massengräber, 198 Personen
Mêrdîn/Mardin:
14 Massengräber, 98 Personen
Dersim/Tunceli:
5 Massengräber, 259 Personen
Elazîz/Elazığ:
3 Massengräber, 55 Personen
Agirî/Ağrı:
2 Massengräber, 53 Personen
Reşqelas/Iğdır:
1 Massengrab, 14 Personen
Erdexan/Ardahan:
1 Massengrab, 19 Personen
Qers/Kars:
1 Massengrab, 17 Personen
Semsûr/Adıyaman:
1 Massengrab, 17 Personen
Meletî/Malatya:
1 Massengrab, 5 Personen
Dîlok/Antep:
1 Massengrab, 10 Personen

8. März: Zehntausend Frauen versammeln sich in Êlih

An der Kundgebung der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) in Êlih (Batman) anlässlich des Weltfrauentags am 8. März haben sich tausende Frauen beteiligt. Nachdem auf der Auftaktkundgebung unter anderem die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak zu den Frauen sprach, demonstrierten die Teilnehmerinnen zum Gefängnis von Êlih.
Auffällig bei der Kundgebung waren die hohen „Sicherheitsvorkehrungen" der Polizei. An sieben verschiedenen Punkten wurden Kontrollpunkte der Polizei aufgestellt. Rund um den Kundgebungsort waren Militärpanzer aufgestellt. Zudem waren Scharfschützen der Polizei auf den Hochhäusern rund um die versammelten Frauen in Position
Trotzdessen ließen sich die Frauen bei ihren Feierlichkeiten nicht beirren. Aus verschiedenen Stadtteilen und Vororten von Êlih strömten die Frauen zum Auftaktort. Auf der bunten Kundgebung, auf der Fahnen der KCK, von Abdullah Öcalan und von Beritan und Zilan getragen wurden, wurde zur Musik getanzt und gesungen.
Nach einer Schweigeminute für alle gefallenen Revolutionärinnen, sprach Gültan Kışanak folgende Worte zu den Frauen: „Heute überfüllen wir die Plätze dieser Stadt. Weil wir Frauen in organisierten Strukturen in Richtung unserer Freiheit marschieren. Weil die kurdische Frau sich gemeinsam mit den Berivans, Zilans, Beritans und Zekiyes dieser Welt auf ihren Weg begeben hat. Von hier aus richten wir unsere herzlichsten Grüße und unsere Liebe an alle unsere widerstandleistenden Genossinnen weltweit. Die Frau ist das Leben, sie ist die Gerechtigkeit. Indem sie die Frau ermordet haben, haben sie versucht das Leben zu vernichten. Diejenigen, die die Frau zur Sklavin degradiert haben, sie in ihren Häusern eingesperrt haben, sie als Menschen zweiter Klasse betrachtet haben, diese haben dadurch die Gerechtigkeit und die Freiheit massakriert. Aber wir sehen heute die Freiheit der Frau und die Freiheit des kurdischen Volkes im selben Kampf. Die Freiheit unserer Sprache und unserer Identität ist zugleich auch unsere Freiheit!"
Nach diesen Worten Kışanaks haben die über zehntausend anwesenden Frauen versucht zum Gefängnis von Êlih zu demonstrieren, um ihre Solidarität zu den in Hungerstreik befindlichen weiblichen Gefangenen zu bekunden. Allerdings hat die Polizei den Frauen den Weg versperrt. Die Frauen haben daraufhin einen fünfminütigen Sitzstreik vor der Polizeisperre organisiert. Anschließend sind die Frauen zur BDP-Zentrale von Êlih marschiert, wo sich ebenfalls Frauenaktivisten im Hungerstreik befinden.
Auch in den Städten Adana, Dersim und Amed haben sich zum Teil tausende Frauen anlässlich des anstehenden Weltfrauentags zu Demonstrationen und Kundgebungen versammelt.
(ANF, 3.3., ISKU)

Häuser von Aleviten markiert

Nachdem in den vergangenen Tagen in Adiyaman die Wohnungen und Häuser der Aleviten mit Farbe von Unbekannten markiert worden sind, kamen die Vertreter der alevitischen Verbände in Adiyaman zusammen, wo sie vor einer großen Menschenmenge eine Pressekonferenz veranstalteten. Sie forderten die staatlichen Behörden auf, sofort diejenigen zu finden, die hinter dieser Aktion stecken.
An der Pressekonferenz, auf der die Regierung für ihre Reaktion auf die Markierungen der Wohnungen und Häuser heftig kritisiert worden ist, nahmen Vertreter verschiedener alevitischer Verbände aus Adana, Mersin, Antep, Malatya, Urfa, Kozan, Elazığ und Ankara teil.
Bezugnehmend auf die Erklärung des türkischen Innenministers İdris Naim Şahin, dass diese Markierungen das Werk irgendwelcher Kinder sei, sprach der Vorsitzende der Alevi Bektaşi Föderation Selahattin Özel folgende Worte: „Sie sagen, Kinder hätten die Häuser markiert. Als in Şemdinli eine Handgranate in das Umut Buchhaus geworfen wurde, hieß es auch, die Täter seien gute Jungs. Auch als Hrant Dink ermordet wurde, hieß es der Täter sei bloß ein Kind. Wer sind denn diese Kinder? Wir wollen wissen wer diese Kinder sind und wer diese Kinder beauftragt, solche Sachen zu machen! Und wir werden als Vertreter der alevitischen Organisationen das bis zum Ende verfolgen."
Auf der Pressekonferenz riefen die anwesenden Mengen immer wieder Parolen, in denen sie aussagten, dass sie kein zweites Maraş zulassen werden. In Maraş wurden im Dezember 1978 ebenfalls nach Nazimanier die Häuser und Wohnungen kurdischer Aleviten markiert. Anschließend fanden durch die faschistischen Paramilitär der Grauen Wölfe in Zusammenarbeit mit den türkischen Sicherheitskräften Pogrome gegen die alevitische Bevölkerung statt. Genau Opferzahlen des Maraş-Massakers wurden nie bekannt gegeben. Aber Schätzungen über die Todeszahlen des Maraşmassakers reichen von über 100 bis zu 3000.
(ANF, 3.3., ISKU)

→ Karayilan: Die Initiative liegt ...

große Rolle. Die kurdischen Dialekte sind eine Bereicherung für unser Volk. Der Schutz aller kurdischen Dialekte sollte oberstes Gebot aller Institutionen sein. Sie dürfen kein Dialekt bevorzugen, man kann mit der Auslebung aller Dialekte zu einem Zusammenleben kommen."
Ebenso nahm Karayilan Stellung zu den Folter- und Missbrauchsfällen von kurdischen Kinder im Pozanti Gefängnis und sagte:
„Das ist die Annäherung der türkischen Besatzer an kurdische Kinder, Sie wollen es immer verheimlichen. Alle kurdischen Jugendlichen, die Töchter und Söhne des kurdischen Volkes, müssen den Kampf gegen diese Ungerechtigkeiten der türkischen Besatzer und der faschistischen AKP verstärken und diese in einem ehrenvollen Kampf umwandeln. Wenn wir diese Grausamkeiten gegenüber unseren Kindern sehen, dann merken wir, wie ungeduldig wir doch eigentlich sind. Wir müssen auch dies überstehen. [...] Wir werden gegen diese Ungerechtigkeit nicht schweigen. Eine Antwort sind wir unserem Volk schuldig."

Botschaft zum 8. März
Karayilan gratulierte jetzt schon zum internationalen Weltfrauentag und gab folgendes bekannt: „Der 5.März (Aufstand in Ranya, Ostkurdistan), der 8. März (Weltfrauentag), der 12.März (Massaker von Qamislo), der 16.März (Massaker von Halebce), der 21. März (Newroz), 21.-28. März (Woche der Märtyrer) – im grossen und ganzen ist der Monat März ein wichtiger Monat für uns. Im März wird der Demokratisierungsprozess und der Freiheitskampf verstärkt werden. [...] Ich bin der Ansicht, dass unser Volk den Kampf in allen Bereichen verstärken wird."
Karayilan rief Kurden zur Teilnahme am internationalen Weltfrauentag und Newroz auf.
(RNA, 6.3., ISKU)

Hatay:
1 Massengrab, 8 Personen
Riha/Urfa:
2 Massengräber, 16 Personen
(ANF, 5.3., ISKU)

Neuer kurdischer Sender: Nûce TV
Ab 5. März 2012 können die Kurden sich auf einen weiteren Kurdischen Kanal freuen. Der neue Fernsehkanal heißt Nûce TV (Nachrichten TV).
Nûce TV wird unter dem Motto "Zeit für die Wahrheit" auf Sendung gehen. Ziel ist über die Politik in Kurdistan zu berichten, aber auch die Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten und die neuesten Entwicklungen in der Welt werden behandelt. Nûce TV wird in den kurdischen Dialekten, Kurmancî, Soranî, Dimilî (Zazakî), Hawramî (Goranî) sowie in türkisch und englisch, senden.
Die Einstellungsdaten:
Eurobird 9A (Eetelsat 9A) 9 Grad Ost, Frequenz: 11.843, Polarisation: V Symbolrate: 27500 *(ANF, 5.3., ISKU)*

Ein weiterer Kurde an der Grenze zu Südkurdistan getötet
Der Terror des Militärs der Republik Iran gegen Kurden hält weiter an. Wieder wurde an der Grenze bei der ostkurdischen Stadt Merîwan zu Südkurdistan ein weiterer Mensch durch iranische Soldaten getötet. Der Name des am 1. März getöteten Mannes war noch nicht bekannt.
Gerade in dieser Region vermehren sich die Übergriffe durch das iranische Militär. In der Region leben viele Menschen vom Grenzhandel. Die letzten Ereignisse zeigen, dass bewusst in die Menge geschossen wird und dass ohne Rücksicht auf Menschenleben gegen die Bewohner vorgegangen wird.
Erst am 27. Februar wurde ein 24-jähriger Kurde in der Nähe der Stadt Serdos, in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Südkurdistan durch iranisches Militär getötet. Seit Beginn dieses Jahres wurden somit schon mindestens 5 Menschen an der Grenze getötet. *(ANF, 2.3., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
RNA	Roj News Agency
jW	junge Welt

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 559
16. März 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Proteste gegen die Ehrung des türkischen Regierungschefs mit dem „Steiger-Award"

Erdogan ist ein Kriegsverbrecher und kein Demokrat

Am 17. März soll der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in der Bochumer Jahrhunderthalle mit dem renommierten Steiger Award ausgezeichnet werden. "Seit Jahren bemüht sich S.E. Premierminister Recep Tayyip Erdogan um einen demokratischen Wandel in seinem Land", heißt es in der Begründung der Preisvergabe. Tatsächlich fand unter der Regierung von Erdogans AKP keine Demokratisierung der Türkei, sondern lediglich der Wandel von einer Militärdiktatur zu einem autoritären Polizeistaat statt.

Tausende politische Gefangene
So hat sich die Zahl politischer Gefangener unter Erdogans AKP-Regierung verdoppelt. Zur Zeit befinden sich rund 6000 Politikerinnen und Politiker aus legalen prokurdischen Parteien und zivilgesellschaftlich Aktive in Untersuchungshaft, darunter 16 Bürgermeister, sechs Parlamentsabgeordnete, hunderte Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Anwälte, Menschenrechtsaktivisten und Medienvertreter. Als "Terrorismus" gilt in Erdogans Türkei bereits der Einsatz für kommunale Demokratie, die Forderung nach kurdischsprachigem Schulunterricht und das Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit.

Folter und Vergewaltigung von Kindern
Tausende Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren befinden sich aufgrund von Steinwürfen auf Demonstrationen zu langjährigen Haftstrafen als "Terroristen" verurteilt im Gefängnis. Anfang März wurde bekannt, dass Kinder im Jugendgefängnis bei Adana vom Wachpersonal gefoltert und von erwachsenen Mitgefangenen, darunter Mördern und Sexualstraftätern, vergewaltigt wurden. Die junge Reporterin, die diese von der Regierung vertuschten Vorfälle aufdeckte, wurde vergangene Woche selbst als "Terroristin" verhaftet.

Pressefreiheit hinter Gittern
So wie sie befinden sich über 100 Journalisten und Schriftsteller derzeit in Haft. Auf ihrer Rangliste der Pressefreiheit hat die Organisation "Reporter ohne Grenzen" die Türkei erneut um Zehn Plätze herabgestuft auf Platz 148 von 178 Ländern. "Statt der versprochenen Reformen startete das Justizsystem eine Welle von Verhaftungen von Journalisten, wie es sie das letzte Mal bei der Militärdiktatur gegeben hat", heißt es im Bericht der Reporter ohne Grenzen.

Bomben auf Zivilisten
Anstatt den Dialog mit der kurdischen Seite zur Beendigung des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts mit zehntausenden Toten zu suchen, setzt Erdogan allein auf eine militärische Lösung. Bei völkerrechtswidrigen Luftangriffen auf Ziele im Nordirak werden immer wieder Zivilisten geschädigt. Zum Jahresende 2011 wurden so 34 Dorfbewohner im Grenzgebiet bei Uludere durch einen Luftangriff getötet. Letzten November wurde von Anwälten, Politikern und Künstlern nach dem Völkerstrafgesetzbuch Strafanzeige vor dem Bundesgerichtshof gegen Erdogan wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt. Aufgelistet wurden extralegale Hinrichtungen, Totenschändung, Chemiewaffeneinsätze und militärische Anschläge auf Zivilisten in den kurdischen Gebieten der Türkei. Die Bundesanwaltschaft weigerte sich Anfang Februar unter Berufung

→

Rechenschaft für Sivas gefordert

Auf einer Kundgebung im Bezirk Kartal in Istanbul haben mehr als tausend Menschen gegen die Verjährungsentscheidung des Gerichts aus Ankara gegen die Täter des Sivas-Massakers protestiert. Der Demokratische Kongress der Völker (HDK) hatte zum Protest aufgerufen. Unterstützt wurde dieser Aufruf vom Pir Sultan Abdal Kultur Verein, den politischen Parteien ÖDP und CHP und der Gewerkschaft DISK.
Der Vorsitzende des Pir Sultan Abdal Kulturvereins aus Kartal, Rahim Noz erklärte, bezugnehmend auf die Begrüßung des Urteils durch den Ministerpräsidenten Erdoğan, dass es sich bei den Tätern des Sivas-Massakers nicht bloß um einen Haufen blindwütiger Islamisten gehandelt habe. Von den Sicherheitskräften über die Staatsbediensteten bis hin zu den Regierungsverantwortlichen habe es bei der Durchführung des Massakers eine klare Arbeitsteilung gegeben, so Noz.
Er unterstrich, dass eine Staatsmentalität, welche die Mörder schütze, niemals Demokratie in dieses Land bringen könne.
Noz beendete seine Rede vor den KundgebungsteilnehmerInnen mit folgenden Worten: „Die Verantwortung für den 1. Mai von 1977, den 16. März in Beyazit, die Massaker von Maraş, Sivas, Çorum, Gazi, Madımak und Roboski und die unzähligen Morde ‚unbekannter Täter' trägt allein der Staat. Das hat er mit dem Verjährungsurteil im Verfahren gegen die Mörder in Sivas nochmals unter Beweis gestellt. Aber wir werden unsere verstorbenen Freunde niemals vergessen. Das Verfahren von Sivas endet nicht an diesem Punkt. Die AKP hat mit dieser Haltung den demokratischen Weg für die Aleviten, die Arbeiter und alle Unterdrückten verschlossen. Sie hat nur den Weg der Straße gelassen. Wir sehen diese Bedrohung und sagen, wir werden uns davon nicht unterkriegen lassen. Wir werden unsere Rechenschaft auf der Straße fordern."
Der HDK-Verantwortliche aus Istanbul Havali Mengi betonte ebenfalls, dass dieser Kampf nicht an diesem Punkt ende. Das Sivas-Massaker sei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit in die Geschichte eingegangen.
Auf der Protestkundgebung riefen die Teilnehmer immer wieder die Parolen: „Schulter an Schulter im Kampf gegen den Faschismus", „Der Tag wird kommen, das Blatt wird sich wenden, die AKP wird zur Rechenschaft gezogen", „Gestern in Maraş, heute in Sivas, die Lösung liegt im Kampf gegen den Faschismus".

(ANF, 14.3., ISKU)

Meldungen:

Türkei Weltspitze bei der Zahl der politischen Gefangenen
Laut Angaben der Menschenrechtsstiftung Türkei (TIHV) wurden im Februar in der Türkei insgesamt 963 Menschen festgenommen. Nach Recherchen der Firat News Agency betrug die Zahl der Festnahmen politischer AktivistInnen im Januar 887. Mit diesen Zahlen ist die Türkei weltweit Spitzenreiter bei den Festnahmen politischer AktivistInnen. *(ANF, 14.3., ISKU)*

„Amara-Operationen" in drei Städten
In Riha (Urfa), Izmir und Aydin wurden insgesamt acht Menschen mit der Begründung festgenommen, sie hätten an einer Demonstration in Amara anlässlich des Geburtstags von Abdullah Öcalans im April letzten Jahres teilgenommen. Unter den zwei in Izmir Festgenommenen befindet sich auch der Vorsitzende der BDP Izmir, Fuat Mikailoğlu. In Aydin wurden mit derselben Begründung vier und in Riha zwei Menschen festgenommen. *(ANF, 14.3., ISKU)*

Festnahmen in Nisêbîn
Bei Razzien und Hausdurchsuchungen in Nisêbîn (Nusaybin) wurden insgesamt 12 Menschen festgenommen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren, denen vorgeworfen wird, an verschiedenen Demonstrationen teilgenommen zu haben und Steine auf die Sicherheitskräfte geworfen zu haben. Ein weiterer Jugendlicher wurde in Mûş festgenommen. Als Grund für seine Festnahme wurde seine Teilnahme an einer Demonstration gegen das Roboski-Massaker angeführt. *(ANF, 13.3., ISKU)*

Nachrichtenagentur DIHA wird bestraft
Der Herausgeber der Dicle-Nachrichtenagentur (DIHA) Abdurrahman Gök erklärte auf einer Pressekonferenz, dass die JournalistInnen der DIHA allein wegen der Ausübung ihres Berufs staatlicher Repression ausgesetzt seien. Gök antwortete damit auf eine Erklärung des türkischen Premierministers Erdoğan, welcher auf die Kritik gegenüber der Einschränkung der Pressefreiheit ins seinem Land durch die unzähligen Festnahmen von JournalstInnen schlichtweg entgegnete, dass diese nicht wegen der Ausübung ihres Berufs, sondern unter anderen Gründen festgenommen

8.-März-Botschaften von Frauen aus den Gefängnissen

Laut den aktuellen Statistiken der BDP begingen 429 politische Aktivistinnen den Weltfrauentag in Haft. Mit Selma Irmak und Gülser Yıldirim sind zwei von ihnen gewählte Parlamentarierinnen. Dazu kommen mit Fatma Kurtalan eine stellvertretende Vorsitzende der Partei und vier gewählte oder ehemalige Bürgermeisterinnen – Die Bürgermeisterin von Wêranşar (Viranşehir) Leyla Güven, ehemalige Bürgermeisterin von Wan (Van) Bostaniçi Gülcihan Şimşek, die durch den Staat ihres Amtes enthobene Bürgermeisterin von Gewer (Yüksekova) Ruken Yetişkin, und die Bürgermeisterin von Dêrika (Derik) Belediye Çağlar Demirel. Unter den weiteren inhaftierten Aktivistinnen befinden sich Partei- und Kreisvorstandsmitgliederinnen, Journalistinnen, Gewerkschaftlerinnen, Akademikerinnen und Anwältinnen. Doch die bewussten Angriffe des Staates, gerade gegen weibliche Aktivistinnen, tragen nicht dazu bei, dass die Frauen in ihrem Widerstand geschwächt werden. Im Gegenteil, die vermehrte Beteiligung der Frauen am Ort des radikalen Widerstands auf der Straße ist unverkennbar. Und auch im Gefängniswiderstand ist Frau aktiv.

In einer gemeinsamen Erklärung mehrerer inhaftierter Aktivistinnen, darunter Prof. Dr. Büşra Ersanlı, die Journalistin Zeynep Kuray und Fatma Kurtalan an die Nachrichtenagentur ANF, haben sie Bezug zur Bedeutung des 8.Märzes genommen. Hier einige kurze Statements der Frauen:

Prof. Dr. Büşra Ersanlı: Die kurdische politische Bewegung, konkret die BDP mit ihrer Wertlegung auf die Geschlechterquote, hat den Freiheitskampf der Frau für die Türkei und die gesamte Welt sichtbar gemacht.

Fatma Kurtalan: Unser Aufschrei nach Freiheit wird auch diese Wände, die uns umgeben, niederreißen. Und der Funke einer friedlichen Zukunft wird uns erhellen.

Ayşe Berktay (Dolmetscherin): Der 8.März ist unser Widerstand gegen die männliche Herrschaft, gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Verleugnung und Ausbeutung.

Sakine Güven (Friedensmutter): Dass unser Körper hier in Gefangenschaft ist, hindert uns nicht daran, dass unser Geist am 8.März mit den Frauen da draußen die Plätze füllt.

Hatice Vural (Stadträtin): Genau mit derselben Begeisterung wie unsere Genossinnen da draußen, werden wir hier den 8.März begehen.

Hediye Aksoy (Krebskranke Inhaftierte): Für mich ist der 8. März der Kampf um meine Existenz. Er ist mein Widerstand, meine Kraft zum kämpfen. Die eigentliche Freiheit wird ihren Sinn durch uns Frauen erhalten.

Lütfiye Gürbüz (Friedensmutter): Unsere Begeisterung und unsere Moral haben unter Beweis gestellt, dass der Ort, an dem wir uns befinden, für uns keinerlei Bedeutung hat. *(YÖP, 8.3., ISKU)*

Zwei Journalisten freigelassen

Die Journalisten Ahmet Şık und Nedim Şener wurden am elften Verhandlungstag ihres Gerichtsverfahrens durch das Strafgericht von Istanbul aus der Haft entlassen. Beim Verfahren gegen insgesamt elf Personen wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der Ergenekon wurden vier Angeklagte aus der Haft entlassen.

Şener erklärte kurz nach seiner Entlassung gegenüber den Journalisten, dass er dieselbe Forderung, die er bei seiner Festnahme erklärt habe, nun bei seiner Entlassung wiederholen möchte. Und diese laute „Gerechtigkeit für Hrant Dink". Bevor dies nicht gewährleistet sei, könne man weder von Freiheit noch von Sicherheit in diesem Land sprechen.

Şık sprach kurz nach seiner Entlassung gegenüber den anwesenden Journalisten folgende Worte: „Freunde, ich habe jetzt hier nicht viel zu sagen. Es befinden sich noch über hundert Journalisten im Gefängnis. Etwa 600 Studenten sitzen drinnen. Und über 6000 Menschen wurden im Rahmen der KCK-Verfahren festgenommen. Dies alles muss man im Rahmen der Gedanken- und Meinungsfreiheit bewerten. Diejenigen Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die hinter diesem Komplott stecken, werden hinter Gittern wandern. Diejenigen von der Gemeinde [gemeint Gülen-Gemeinde], die wie eine kriminelle Vereinigung innerhalb der Bürokratie agieren, sind hierfür verantwortlich."

(ANF, 13.3., ISKU)

→Erdogan ist ein Kriegsverbrecher

auf die angebliche Immunität Erdogans, sich mit der Anzeige zu befassen.

Lupenreine Demokraten

In der Begründung für die Preisvergabe an Erdogan wird neben Erdogans angeblichem Eintreten für eine Demokratisierung die "entscheidende strategische Bedeutung" der Türkei im Nahen Osten und ihr "wirtschaftliches Potential" genannt. Passenderweise soll Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder die Laudatio auf Erdogan halten. Mit Demokratie kennt sich der Gasprom-Lobbyist Schröder ja aus, gerade erst erklärte er erneut den russischen Autokraten Wladimir Putin zu einem "lupenreinen Demokraten".

Profite vor Menschenrechten?

Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland Yek-Kom vertritt einen Großteil der hier lebenden rund eine Million kurdischstämmiger Bürgerinnen und Bürger. Wir werden nicht hinnehmen, dass im Namen der "gelebten deutsch-türkischen Freundschaft" die Menschenrechte unseres Volkes in der Türkei/Kurdistan den Profiten des deutschen Großkapitals und der Rüstungsindustrie geopfert werden.

Wir fordern Ministerpräsidentin Hannelore Kraft auf, der Preisverleihung fern zu bleiben und auf ein Grußwort zu verzichten. Wir fordern die Bundesanwaltschaft auf, eine im vergangenen Jahr gegen Erdogan eingereichte Anzeige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wieder aufzunehmen. Für Kriegsverbrechen gibt es keine Immunität!

(YEK-KOM, 12.3., ISKU)

Protestdemonstration gegen die Ehrung des türkischen Regierungschefs

Wir rufen im Namen von YEK-KOM, alle Deutschen und nicht Deutschen demokratischen Kräfte wie MenschenrechtsaktivstInnen, ArmenierInnen, EzidInnen, AlevitInnen, AssyrerInnen, KurdInnen dazu auf, an unserem Protest aktiv mitzuwirken.

Gerne würden wir Sie an unserer Seite gegen diese nicht akzeptable Verleihung begrüßen und sehen. Bringt eure Fahnen und Transparente mit und zeigt, dass Kriegsverbrecher nicht als "normale" StaatsvertreterInnen behandelt werden dürfen.

Datum: 17.3.2012
Beginn: 16 Uhr
Treffpunkt:
Hauptbahnhof Bochum

(YEK-KOM, 15.3., ISKU)

worden seien. Gök forderte Erdoğan dazu auf, nur einmal die Anklageschrift gegen die DIHA-Korrespondentin Hamdiye Çiftçi durchzulesen.

Gök erklärte, dass DIHA trotz der Repressalien weiterhin den Pfad der freien Presse verfolgen werde und ihre Nachrichtengestaltung niemals an der Meinung der herrschenden Machtverhältnisse orientieren werde. Gegen die Versuche der Regierung, die Presse nach ihren Wünschen umzugestalten, werde DIHA Widerstand leisten, so Gök weiter.

Gök erklärte, dass ihre Berichterstattung der Regierung nicht ins Zeug passe: „Die DIHA hat als erste Nachrichtenagentur vom Roboski-Massaker und von den Vergewaltigungsfällen in Pozanti berichtet. Aus diesem Grund wurden unsere Journalisten festgenommen und inhaftiert."

(YÖP, 13.3., ISKU)

KESK: 40 unserer Mitglieder befinden sich in Haft

Der Vorsitzende des Dachverbandes der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei (KESK) Lami Özgen erklärte auf einer Protestkundgebung der GewerkschaftlerInnen vor dem Justizministerium in Ankara, dass sich 40 ihrer Mitglieder aktuell in Haft befinden. Darunter befinden sich 25, die bereits jeweils zu 6 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt worden sind und sich aktuell im Berufungsverfahren befinden.

Özgen sagte vor den versammelten Demonstranten, dass ihre inhaftierten GenossInnen drei Jahre lang vom Staat beschattet, ihre Telefonate abgehört und ihre E-Mails abgefangen wurden. Nachdem diese Maßnahmen aus Sicht des Staates nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben, hat der Staat nun die GewerkschaftlerInnen wegen der Teilnahme an Protesten und Demonstrationen im Rahmen ihrer Gewerkschaftstätigkeiten inhaftiert. Özgen erklärte, dass die einzige „Schuld" der Inhaftierten sei, dass sie sich nicht den Forderungen des Staates gebeugt hätten. *(ANF, 13.3., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 560
23. März 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Newroz 2012 in Kurdistan und der Türkei:

Millionen trotzen dem Verbot

Hunderttausende Kurdinnen und Kurden haben am Sonntag in der Türkei trotz Verbots das Neujahrs- und Freiheitsfest Newroz gefeiert. In mehreren Städten kam es dabei zu schweren Straßenschlachten mit der Polizei. Die Regierungsgouverneure von Amed (Diyarbakir) und Istanbul hatten die für Sonntag geplanten zentralen Festveranstaltungen der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) kurzfristig verboten. Auch in Ankara, Van, Batman und der Provinz Kars wurden Feste untersagt. Feste müßten gefeiert werden wie sie fallen, hatte der Istanbuler Gouverneur Hüseyin Avni Mutku auf den offiziellen Frühlingsbeginn am 21. März verwiesen. »Das ist keine autonome Entscheidung der Gouverneure, sondern der Beschluß wurde in Ankara von der AKP-Regierung gefaßt«, kommentierte der Co-Vorsitzende der kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Selahattin Demirtas, diese Entscheidung. »Aber den Freiheitsmarsch dieses Volkes kann keine Polizei, kein Militär, keine Kraft stoppen.«
Bereits am frühen Morgen waren in Diyarbakir alle Zugänge zum Festplatz von der Polizei abgesperrt worden. Mitten in Wohngebieten trieb die Polizei mit Gasgranaten Menschenansammlungen auseinander. Die Bevölkerung errichtete zu ihrem Schutz Barrikaden gegen Panzerwagen und Wasserwerfer. Vermummte Jugendliche warfen Steine auf die Polizei, während eine immer weiter anwachsende Menschenmenge die Polizeisperren überrannte. »Trotz aller militärischen und polizeilichen kriegsähnlichen Angriffe ist die ganze Bevölkerung Diyarbakirs auf den Beinen, um ihr Newroz-Fest zu feiern«, berichtete eine im Auftrag der Linksfraktion im Deutschen Bundestag reisende Beobachterdelegation. Bis zum Nachmittag gelangten so Hunderttausende auf das Newroz-Gelände. Viele Menschen ließen den gefangenen Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, hochleben. »Der Klang eurer Herzen und euer Wunsch nach Freiheit sind die stärksten Lautsprecher«, erklärte der Bürgermeister von Diyarbakir-Sur, Abdullah Demirbas, nachdem die Polizei die Lautsprecheranlage auf dem Newroz-Platz bereits am Vortag beschlagnahmt hatte. Auch in Istanbul griff die Polizei Tausende BDP-Anhänger und Mitglieder der sozialistischer Parteien an. Wie die Agentur Firat meldete, wurde der BDP-Funktionär Haci Zengin bei einem Polizeiübergriff getötet und die BDP-Abgeordnete Mülkiye Birtane sowie zahlreiche weitere Personen durch Gasgranaten schwer verletzt.
Das Verbot der Newroz-Feste reiht sich ein in eine vom Staat betriebene Eskalation der Repression. So wurde die kurdische Zivilgesellschaft und die türkische Linke in den letzten drei Jahren von einer massiven Verhaftungswelle überzogen. Unter dem Vorwand der Unterstützung einer terroristischen Organisation wurden seit 2009 rund 10000 Personen fest- und über 6000 in Untersuchungshaft genommen. Darunter befinden sich Bürgermeister und Parlamentsabgeordnete, Intellektuelle, Journalisten, Frauenrechtlerinnen und Gewerkschaftsaktivisten. Allein am 13. Februar wurden 15 Frauen verschiedener Gewerkschaften, mit der Begründung, Mitglieder der KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) zu sein, verhaftet. Ende Februar berichtete eine Journalistin der Nachrichtenagentur DIHA, dass kurdische Kinder und Jugendliche im Pozanti-Gefängnis bei der südtürkischen Stadt Adana durch kriminelle erwachsene Mitgefangene vergewaltigt wurden. Die Kinder wurden im Zusammenhang mit politischen Aktionen verhaftet, ihnen werden Steinwürfe auf Polizisten und die Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen vorgeworfen.
Die Journalistin, die den Skandal ans Tageslicht gebracht hatte, wurde zusammen mit weiteren Kollegen am 6. März unter dem Vorwurf der KCK-Mitgliedschaft inhaftiert. Damit ist sie die 106. Journalistin, die in der Türkei zur Zeit in Haft ist, berichtet die Agentur Firat-News. Gegen diese Politik der Verfolgung und Unterdrückung des kurdischen Volkes sind seit dem 15. Februar Hunderte politische Gefangene, darunter vier gewählte Parlamentsabgeordnete der BDP, in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.

Newrozbilanz vom 20.03.: Mindestens 375 Festnahmen, Dutzende Verletzte

Bei den geplanten Newrozfeierlichekeiten in Êlih (Batman), Cizîr (Cizre), Wêranşar (Viranşehir), Silopi, Hezex (İdil), Xelfetî (Halfeti), Wan (Van), Panos (Patnos), Tatos (Tekman), Gewer (Yüksekova), Reşqelas (Iğdır), Kop (Bulanık), Bedlis (Bitlis), Salihli, Mersin, İskenderun und Antalya kam am 20. März durch das Verbot des Innenministeriums infolge von Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei zu dutzenden Verletzten und mindestens 375 Festnahmen:
Êlih: Laut Informationen der Rechtsanwaltskammer von Êlih wurden zehntausende Menschen, die sich zu der Newrozfeier in Êlih versammelt hatten, von der Polizei angegriffen Bei den anschließenden Auseinandersetzungen und Straßenschlachten zwischen Bevölkerung und Polizei wurden 148 Menschen, darunter 42 Kinder, festgenommen. Der 32-jährige A. O. wurde durch eine Gasgranate der Polizei am Kopf getroffen und schwer verletzt. Sein Gesundheitszustand ist weiterhin kritisch. Eine genaue Anzahl der Verletzten konnte nicht festgestellt werden.
Cizîr: Die Polizei von Cizîr, die ebenfalls die Feierlichkeiten vor Ort nicht zugelassen hat, hat am 20.03. minutenlang mit scharfer Munition auf das BDP-Gebäude der Stadt geschossen. Ein Zivilist wurde dabei schwer verletzt. Viele Bürger schmissen sich während des Dauerbeschusses durch die Polizei, um sich zu schützen, zu Boden. Anschließend wurden mindestens 50 Menschen, darunter zahlreiche Kinder, festgenommen. Bei den vorangegangenen Auseinandersetzungen wurden auch zwei Polizisten verletzt.
Wêranşar: Aufgrund des Newrozverbotes in Wêranşar kam es auch dort zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Bevölkerung. Mindestens 23 Menschen wurden festgenommen.
Silopi: Bei Ausschreitungen zwischen Polizei und der Bevölkerung von Silopi wurden fünf Menschen, darunter auch Kinder, verletzt. Die Opfer erlitten Verletzungen, weil sie von Gasgranaten der Polizei getroffen wurden.
Hezex: Nachdem die Polizei in Hezex die Feierlichkeiten mit Gewalt auflösen wollte, kam es auch dort zu Auseinandersetzun-

→

Meldungen:

Fünf tote Polizisten bei Gefechten in Cudi

Bei militärischen Auseinandersetzungen sind fünf Spezialeinheiten der türkischen Polizei ums Leben gekommen. Das türkische Militär hatte im Gebiet Cudi eine großangelegte Militäroperation gegen die Guerillakräfte der HPG gestartet. Das Gebiet wurde zunächst mit Sikorsky-Kampfhubschraubern weiträumig bombardiert, wonach Spezialkräfte der Gendarmarie und der Polizei in das Gebiet abgeseilt wurden.
Noch in den Morgenstunden hatte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in seiner Fraktionssitzung der Fraktion mitgeteilt, dass gleichzeitig mit seiner Rede eine Militäroperation gegen die HPG-Kräfte stattfinde: „Jetzt im Augenblick kämpfen in den Cudi-Bergen unsere Sicherheitskräfte gegen die Terroristen. Wir werden keinen Halt machen. Das sollen sie wissen!" *(ANF, 21.3., ISKU)*

Aufruf der Volkinitiative von Gewer

Die Volksinitiative Gewer hat in einer Erklärung dazu aufgerufen, den Widerstand solange zu erhöhen „bis die faschistische Türkische Republik aus Kurdistan herausgedrängt wird". Die Bevölkerung wird dazu aufgefordert, von nun für jeden Angriff und jeden Mord an der kurdischen Bevölkerung Rechenschaft einzufordern.
Die Volksinitiative Gewer erklärte, dass mit Newroz der Widerstand seinen neuen Höhepunkt erreicht habe. Seit vierzig Jahren habe der türkische Staat auf den Wunsch der Kurden für eine gemeinsame Zukunft der Völker mit Unterdrückung, Verleugnung und Vernichtung reagiert. Zudem sei die seit nunmehr 13 Jahren anhaltende Isolation des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan nicht hinnehmbar. Deswegen habe man mit dem Frühling gegen diese Gräuel und Folter die „Edi Bes e, An Azadi An Azadi – Es reicht, entweder Freiheit oder Freiheit" Phase eingeläutet. *(ANF, 21.3., ISKU)*

Kalaschnikow-Angriff auf Polizei in Mersin

In den Abendstunden gab es in Mersin einen Angriff mit einer Kalaschnikow auf die Polizeistation im Stadtteil Siteler. Nach ersten Angaben gab es keine Toten oder Verletzten. Nach dem Angriff hat die Polizei eine großangelegte Operation in dem vor allem im von Kurden

Tausende nahmen Abschied von Hacı Zengin

Hacı Zengin, BDP-Bezirksvorstandsmitglied von Arnavutköy, wurde unter der Teilnahme von Tausenden Menschen beigesetzt. Tags zuvor starb er aufgrund des Gasgranatenbombardements der türkischen Polizei bei den Newrozfeierlichkeiten in Kazlıçeşme.
Die Leiche von Hacı Zengin wurde vom Gerichtsmedizinischen Institut zum BDP-Bezirksgebäude gebracht. Tausende Menschen nahmen an der Trauerfeier teil, darunter auch die BDP-Co-Vorsitzende Gültan Kışanak und die Parlamentarier Sırrı Süreyya Önder, Sebahat Tuncel und Levent Tüzel.
Während der Trauerfeier kamen permanent die Slogans „Märtyrer sind unsterblich" und „Mörder Erdoğan" zum Ausdruck.
In ihrer Ansprache erklärte Gültan Kışanak Hacı Zengin zum Märtyrer des Newrozjahres 2012. Des Weiteren erklärte sie: „Wie jedes Jahr wollten wir auch in diesem Jahr unser Newroz auf imposante Weise feiern. Jedoch gab die Regierung dem nicht statt. Dies ist der Grund warum Blut geflossen ist."
Auf der Trauerfeier wurden mehrere Ansprachen gehalten, u.a. von den BDP-Provinz-Co-Vorsitzenden Asiye Kolçak, Ilknur Birol, Vorsitzende der Volkshäuser (Halkevleri), ESP-Vorsitzende Fidan Yüksekdağ, ÖDP-Vorsitzender Alper Taş, und die Parlamentarier Levent Tüzel, Sırrı Süreyya Önder und Sebahat Tuncel, die ihre Rede im Namen des HDK (Kongress der Völker) hielt. Nach den Reden machte sich die Menschenmenge hinter dem Transparent „Unser Newroz-Widerstands- und Freiheitsmärtyrer Hacı Zengin ist unsterblich" auf zur Demonstration. Die Demonstration ging durch ganz Arnavutköy bis zur Moschee. Nach dem hier die religiösen Riten vollzogen worden waren, gingen die Menschen weiter in Richtung Grabstätte. Zengins Familie war in der vordersten Reihe des Marsches dabei. Anschließend wurde der Leichnam von Hacı Zengin unter tiefer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. *(ANF, 19.3., ISKU)*

Polizei greift Ahmet Türk an

Während den Newroz-Feierlichkeiten in Êlih (Batman) wurde der Co-Vorsitzende des Kongresses für eine demokratische Gesellschaft DTK, Ahmet Türk, von der Polizei handgreiflich attakkiert. Anschließend musste Ahmet Türk ins Krankenhaus gebracht werden.
Die BDP-Abgeordnete Nursel Aydogan, die zu NUCE TV sprach erklärte, dass trotz des Gesprächs mit dem Gouverneur von Êlih die Feierlichkeit verboten wurde. „Obwohl wir erwähnten, dass mehr als 75% der Demonstranten Jugendliche sind und wir sie nicht aufhalten können, wurde kein grünes Licht gegeben", so Aydogan und fügte hinzu, dass die Polizei gewalttätig angriff, als sie den Newrozplatz betraten. Die Polizei habe sie mit Steinen beworfen und ihre Fahrzeuge demoliert. Auch wurden aus Hubschraubern wieder Gasgranaten geworfen.
Ahmet Türk, der sich vor dem Gas schützen wollte und aus dem Fahrzeug stieg, wurde von der Polizei handgreiflich angegriffen. Er wurde mit Fäusten attackiert und an Kinn und Gesicht getroffen. „Ahmet Türk befindet sich im Krankenhaus. Wir werden Rechenschaft beim Innenministerium, dem Premier und der Regierung fordern", so Aydogan und erklärte, dass die Situation in Êlih dem Kriegszustand gleicht.

Zehntausende durchbrechen Polizeibarrikaden in Wan
In Wan haben sich zehntausende Menschen von allen Stadtteilen der Stadt in Richtung Busbahnhof begeben, wo die zentralen Newrozfeierlichkeiten der Stadt stattfinden sollen. Dabei hat die Bevölkerung alle Polizeibarrikaden durchbrochen und sich von der Polizei von ihrem Vorhaben nicht abhalten lassen. Durch die hohe Teilnahme der Bevölkerung war die Polizei gezwungen ihre Straßensperren aufzuheben.
Nachdem die Bevölkerung von Wan die Nachricht erreichte, das Ahmet Türk in Êlih von Polizeikräften angegriffen worden ist, setzten sich Zehntausende in Richtung Stadtmitte in Bewegung, um gegen diesen Angriff zu protestieren.

Ertuğrul Kürkçü in Mersin angegriffen
Auch in Mersin wurde die Bevölkerung von der Polizei beim Versuch, zum Ort der Newrozfeierlichkeiten zu gelangen, massiv angegriffen. Durch die Angriffe der Polizei mit Gasgranaten, Schlagstöcken und Wasserwerfern kam es zu zahlreichen Verletzten. Auch der BDP-Abgeordnete Ertuğrul Kürkçü und der Bürgermeister des Bezirks Akdeniz, Mehmet Fazıl Türk, wurden durch die Angriffe in Mitleidenschaft gezogen. *(ANF, 20.3., ISKU)*

→ Millionen trotzen dem Verbot

gen in so gut wie allen Stadtteilen des Ortes. Mindestens zwei Menschen wurden dabei verletzt.
Xelfeti: In Halfeti hat sich die Bevölkerung vor dem BDP-Gebäude getroffen, um von dort aus in einem Demonstrationszug zum Ort der Newrozfeierlichkeiten zu gelangen. Nachdem die Polizei allerdings der Bevölkerung die Wege versperrte, entschieden sich die Menschen kurzerhand, an dem Ort, an dem sie sich getroffen hatten, das Newrozfeuer zu entzünden und zu feiern. Die Polizei griff allerding auch dort die Menge an, woraufhin die Menschenmenge den Angriff mit Steinen beantwortete. Fünf Menschen wurden insgesamt festgenommen. Einer der Festgenommenen, der körperlich behinderte I.C., wurde dabei durch den Einsatz von Polizeiknüppeln so schwer zugerichtet, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.
Region Serhat: Bei den Newrozfeierlichkeiten in den Städten Wan, Panos, Tatos, Gewer, Reşqelas, Kop und Bedlis kam es ebenfalls durch das Newrozverbot zu Ausschreitungen. Dabei wurden mindestens 70 Menschen festgenommen. Es kam zu dutzenden Verletzten, darunter auch sechs Polizisten.
Antalya und Manisa: Auch in der Westtürkei kam es bei den Newrozfeierlichkeiten am 20.3. zu Ausschreitungen zwischen Polizei und der Bevölkerung. Sowohl in Antalya als auch in Manisa kam es infolgedessen zu mindestens 25 Festnahmen. In Manisa mussten viele TeilnehmerInnen aufgrund des übermäßigen Gasgranateneinsatzes vorübergehend ins Krankenhaus eingeliefert werden.
Mersin und İskenderun: Die Newrozfeierlichkeiten in Mersin und İskenderun wurden ebenfalls von der Polizei angegriffen. In Mersin kam es zu mindestens 30 Festnahmen. In İskenderun wurde ein fünfzehnjähriger Junge festgenommen. Außerdem berichten Augenzeugen, dass die Polizei einem siebenjährigen Kind zugesetzt habe.
Mûş: Nachdem die Polizei in Mûş die Newrozfeierlichkeiten angegriffen hatte, wurden insgesamt 21 Menschen festgenommen. Nach dem Polizeiangriff setzten sich stundenlang Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung fort.
(jW, 19.3., DIHA, 21.3., ISKU)

bewohnten Stadtteil in Akdeniz gestartet. Alle Ein- und Ausgänge des Stadtteils werden aktuell von der Polizei kontrolliert.
(ANF, 21.3., ISKU)

„Newroz-Razzien" in sechs Städten: 43 Festnahmen
In den Städten Êlih (Batman), Colemêrg (Hakkari), Wan (Van), Gewer (Yüksekova) und Çelê (Çukurca) wurden bei Hausrazzien unter dem Einsatz hunderter Polizisten mindestens 43 Menschen festgenommen. Zweck der Razzien ist vermutlich, die Teilnahme dieser Menschen an den anstehenden Newrozfeierlichkeiten in ihren Städten zu unterbinden.
In Êlih wurden insgesamt zwölf Menschen festgenommen. Die Polizei gibt bis dato keine Erklärung über die Gründe der Festnahmen an. In Wan wurden mitternachts Razzien in Wohnzelten, in denen viele Menschen seit dem großen Erdbeben vom Oktober letzten Jahres noch leben, durchgeführt. Die Zahl der Festgenommen dort beträgt zurzeit sechs Menschen, allerdings könne diese Zahl noch weiter steigen. In Colemêrg wurden Razzien in einem Schüler- und Studentenwohnheim durchgeführt. Bisher wurden fünf Festnahmen aus Colemêrg vermeldet. In Çelê und Gewer wurden insgesamt zehn Leute festgenommen, darunter vor allem Jugendliche. Ebenso wurden in Mersin zehn Jugendliche festgenommen, die im Studentenverein MED-DER aktiv sind.
(ANF, 19.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termin:

NEWROZ 2012 in Bonn
Demonstration und Kundgebung am 24. März in Bonn
Der Sammelplatz für Marschroute 1 (Roter Zug) ist das Fritz-Schroeder-Ufer/Beethovenallee in Bonn für Marschroute 2 (Grüner Zug) beginnt auf „Pützchens Markt" in Bonn-Beuel
Beginn der Demonstrationen gegen **11.00 Uhr**

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Stahltwiete 10
22761 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 561
30. März 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressezensur als Teil des „neuen Konzepts“ der AKP?

Erscheinungsverbot gegen Tageszeitung Özgür Gündem

Der türkische Ministerpräsident Erdoğan spricht seit einiger Zeit von einem „neuen Konzept“ zur Lösung der kurdischen Frage. Mit dem einmonatigem Verbot der Tageszeitung Özgür Gündem stellt sich heraus, dass das „neue Konzept“ auch auf das altbekannte Mittel der Pressezensur zurückgreift.
Die Tageszeitung Özgür Gündem wurde auf Beschluss des 14. Strafgerichts von Istanbul mit dem Vorwurf, „Propaganda für die Organisation“ [gemeint ist die PKK] zu machen, für einen Monat geschlossen. Nachdem der Beschluss des Verbotes am letzten Samstag verkündet wurde, stoppte die Polizei in der Druckerei der Zeitung den Druck der Samstagsausgabe und beschlagnahmte die bereits gedruckte Auflage.

Nach 17 Jahren Verbot wurde die Zeitung wiedereröffnet
Die Tageszeitung Özgür Gündem nahm erstmals am 30. Mai 1992 ihre Arbeit auf. Seit Anbeginn ihrer Arbeit war sie permanenten Angriffen des Staates ausgesetzt. Insgesamt 76 MitarbeiterInnen der Zeitung, darunter 30 ihrer JournalistInnen, wurden ermordet. Erstmals wurde die Zeitung am 14. April 1994 verboten.
Özgür Gündem war die erste Tageszeitung der Türkei, die die Morde sogenannter unbekannter Täter in die Öffentlichkeit trug. So wurden seit Anfang der 1990er mindestens 17000 kurdische Oppositionelle durch staatliche Kräfte auf offener Straße hingerichtet oder „verschwunden gelassen“. Der größte Teil dieser Morde, die vor allem auf das Konto der geheimdienstlichen Organisation JITEM gehen, ist bis heute nicht aufgeklärt. Den Preis für ihre Veröffentlichungen dieser unzähligen Morde musste die Zeitung zum ersten Mal bereits sieben Tagen nach der Aufnahme ihrer Arbeit zahlen, als ihr Journalist Hafiz Akdemir ermordet wurde. Es folgten binnen zwei Jahren weitere 75 Morde an den MitarbeiterInnen der Zeitung.

Aktuell 12 Journalisten von Özgür Gündem in Haft
Nach dem Verbot von Özgür Gündem nahm am 28. April 1994 die Tageszeitung Özgür Ülke ihre Arbeit auf. Allerdings war auch die neue Tageszeitung bereits nach kurzer Zeit den brutalen Angriffen des Staates ausgesetzt. So wurden am 3. Dezember 1994 drei Büros der Zeitung in die Luft gesprengt. Dabei kam ein Mitarbeiter der Zeitung ums Leben und 21 wurden verletzt.
Erst am 4. April 2011 konnte die Zeitung Özgür Gündem unter ihrem ursprünglichen Namen ihre Arbeit wieder aufnehmen. Allerdings geht die Repression unvermindert weiter. Zwölf der aktuell 104 inhaftierten JournalistInnen in der Türkei sind Mitarbeiter von Özgür Gündem.

Politische Parteien kritisieren einmonatiges Verbot der Zeitung scharf
Die Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Pervin Buldan kritisierte die Entscheidung des Strafgerichts von Istanbul mit scharfen Worten. „Das einmonatige Erscheinungsverbot von Özgür Gündem ist ein schwarzer Fleck für die Türkei. Mit dieser Entscheidung hat die AKP unter Beweis gestellt, dass ihr ‚neues Konzept‘ nichts weiter als ein Spiel ist“ so Pervin Buldan.
Kritisiert wurde das Verbot auch durch Erklärungen von den Vorsitzenden weiterer politischer Parteien der Türkei wie der ÖDP, der SDP und der EMEP.

Journalistische Berufsgenossenschaften: Eine Entscheidung, für die man sich schämen muss!
Auch die journalistischen Berufsgenossenschaften in der Türkei nahmen klar Stellung gegen diese Entscheidung des 14.Strafgerichts von Istanbul.
Der Vorsitzende des Vereins der zeitgenössischen JournalistInnen Ahmet Akabay (ÇGD) kritisierte das Verbot von Özgür Gündem mit den Worten: „Die Tageszeitung Özgür Gündem ist zur Zielscheibe der Regierung geworden. Zwar sind Verbote von Tageszeitung leider in diesem Land nichts Neues, aber die ‚Sonderbehandlung‘ von Özgür Gündem kann nicht geleugnet werden. Es scheint, dass dies nicht der letzte Schritt in diese Richtung ist. Das ist eine Entscheidung, für die man sich schämen muss!“

Gewerkschaft türkischer JournalistInnen (TGS): Das ist kein Ausweg
Auch die Gewerkschaft türkischer JournalistInnen gab eine Erklärung zu diesem Verbot ab. So sagte ihr Vorsitzender Ercan İpekçi, dass die Regierung mit diesem Schritt die Pressefreiheit derart verletze, dass ein Ausweg aus diesem Dunkeln immer schwieriger erscheine. Für die Zukunft der Türkei sei das Verbot der Zeitung kein gangbarer Weg. „In Demokratien kann man keine Schließung von Tageszeitungen tolerieren. Unser Kampf für Presse- und Meinungsfreiheit wird trotz alledem weitergehen“, so İpekçi. *(YÖP, 26.3, ISKU)*

Newrozfeierlichkeiten in Westkurdistan und Syrien

Das Newrozfest wurde auch in vielen Städten von Westkurdistan und Syrien gefeiert. In Dêrika Hemko, Girkê Legê, Tirbesipiyê, Qamişlo, Serêkaniyê, Amûdê, Dibêsiyê, Hesekê, Kobanê, Reqa, Heleb, Şam (Damaskus) und Laziqiyê gingen hunderttausende KurdInnen auf die Straßen und Newrozplätze. In den demonstrativen Newrozfeirlichkeiten wurden die Forderungen nach einer „demokratischen Selbstverwaltung“ und „Freiheit für Abdullah Öcalan“ geäußert. In den meisten Städten haben die Feierlichkeiten in der Nacht des 20. März mit dem Anzünden von Newrozfeuern begonnen und am 21. März den ganzen Tag angedauert. *(YÖP, 22.3, ISKU)*

Meldungen:

Militäreinsätze und Bombardierung in Dêrsim und Şemzînan
In den frühen Morgenstunden des 25.3. hat das türkische Militär Stellung vor allem in den Vororten Dêrsims Çîçeklî, Demîrkapi, einem Tal in der Nähe Rabat und am Fluss von Dînar bezogen. Die Gegend wird auch von Kampfflugzeugen bombardiert.
In Şemzînan bei Colemêrg sind ebenfalls Militärflugzeuge und -helikopter am Himmel zu sehen. Einige von ihnen sind an strategischen Orten nahe der Landesgrenze zum Irak stationiert worden.
Von Auseinandersetzung zwischen türkischem Militär und der Guerilla ist noch nichts bekannt geworden. *(ANF, 25.3., ISKU)*

Türkei weitet militärische Operationen aus
Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und den Guerillakräfte weiten sich zunehmend aus. Während die Gefechte in Cudi mittlerweile seit drei Tagen andauern, gibt es auch Meldungen von Auseinandersetzungen aus Şirnex (Şırnak), Amed (Diyarbakır), Cewlig (Bingöl) und Mûş.
Nach letzten Meldungen hat sich die Zahl der getöteten türkischen Soldaten auf dem Cudi-Berg auf sieben erhöht, mindestens 13 wurden verletzt. Die Operationen halten an und die Luftwaffe der Türkei bombardiert in regelmäßigen Abständen das gesamte Gebiet.
Zwischen Amed und Cewlig findet laut örtlichen Quellen mit einer großen Anzahl militärischer und ziviler Fahrzeuge eine militärische Mobilisierung in das Gebiet statt. In der Region Mûş hat eine militärische Operation mit Unterstützung der Luftwaffe begonnen. An der Grenze zwischen Sêrt (Siirt) und Bitlis wurden Berichte von militärischen Auseinandersetzungen vermeldet. *(ANF, 23.3., ISKU)*

Zahl der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei steigt auf 152
İstanbul - Mit Selahattin Güçlü hat heute die 152. Person in der Türkei erklärt, dass sie den Dienst an der Waffe beim türkischen Militär verweigern wird. Güçlü gab seine Entscheidung in der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul bekannt. Er rief in seiner Erklärung auch andere kurdische und türkische Jugendliche dazu auf, nicht zum Militär

Zehnjähriges Mädchen und ihr Vater brutal ermordet

Bei Nisêbîn (Nusaybin) wurden der Hirte Ismail Akın und seine zehnjährige Tochter Elif mit einer Schusswaffe ermordet. Ein zweiter brutaler Mordfall ereignete sich in Hezo (Kozluk). Dort war der 23-jährige Hirte Abdulselam Tan seit zwei Tagen vermisst. Nun wurde seine Leiche an einem Baum aufgehängt gefunden. Die Tatsache, dass sich binnen kürzester Zeit zwei solch grausame Mordfälle ereigneten, nährt die Befürchtung, dass das paramilitärische „Hançer-Team" reaktiviert worden ist.

Vor zwei Tagen wurden im Bezirk Nisêbîn der 63-jährige Hirte Ismail Akin und seine zehnjährige Tochter Elif Akin durch eine Schusswaffe ermordet aufgefunden. Der Mordfall ereignete sich, als die beiden von ihrem Dorf Ilkadim mit den Tieren auf die Weide gehen wollten. Der Tatort ist etwa eineinhalb Kilometer vom nächsten Gendarmariestützpunkt entfernt. Aus dem Autopsiebericht wird deutlich, dass dem Mädchen aus kurzer Distanz in den Kopf geschossen wurde.

Die Familie der Opfer hat den Verdacht, dass die Gendarmarie bei der Tat die Finger im Spiel haben könnte. So erklärte der Sohn der Familie, dass sich kein Soldat in der Nähe des Tatorts befand, als sie die Leichname von dort abholen wollten. Erst später sei ein höherrangiger Soldat gekommen und habe nach den leeren Patronenhülsen verlangt. Auch der Bruder von Ismail Akin erklärte, dass er nicht verstehe, wie die Gendarmarie trotz ihrer Nähe zum Tatort erst so spät von dem Tathergang mitbekommen habe. Zudem erklärte er, dass ihre Familie keinerlei Probleme mit irgendwelchen Menschen aus der Region gehabt habe.

Hirte in Kozluk tot aufgefunden

Zur gleichen Zeit, als die Meldung vom Mord bei Nisêbîn die Öffentlichkeit erreichte, wurde auch der seit zwei Tagen vermisste Hirte Abdulselam Tan in Hezo (Kozluk) in der Provinz Êlih (Batman) erhängt an einem Baum gefunden. Die Familie von Tan zweifelt stark daran, dass ihr Sohn Selbstmord begangen haben könnte und betonte, dass er keinerlei psychologische Probleme gehabt habe. Auch sei die Familie nicht im Streit mit jemanden aus der Umgebung. Daher fordert die Familie des 23-jährigen Hirten die Behörden auf, den Fall umgehend aufzuklären.

‚Hançer-Team' am Werk?

Nach den beiden Mordfällen von Nisêbîn und Hezo wird befürchtet, dass das sogenannte Hançer-Team reaktiviert worden ist. Das Hançer-Team ist eine paramilitärische Dorfschützereinheit, die besonders in den 90er Jahren im Auftrag des Staates in gesamten Raum Nordkurdistans verantwortlich für eine Vielzahl brutaler Morde war. Zuletzt tauchte der Name dieser Einheit im Juli 2009 im Zusammenhang mit zwei Mordfällen in Elkê (Beytüşşebap) in der Provinz Şirnex (Şırnak) auf. Damals wurden die beiden 35-jährigen Necman Ölmez und Ferhat Edis auf dem Weg zu einem Fest in ihrer Region von ebendiesen paramiliätischen Kräften aus ihren Autos gezerrt und durch jeweils einen Schuss in die Brust ermordet, nachdem ihre Köpfe mit Steinen zerquetscht worden waren.

(YÖP, 28.3., ISKU)

„Die Angriffe des Staates zu Newroz sind Teil des neuen Kriegskonzepts"

Das „Friedensparlament" der Türkei (TBM) gab eine Erklärung zu Newroz ab und erklärte, dass man sich gegen das neue Kriegskonzept der Regierung zur Wehr setzen muss: „Das blutigste Newroz seit über 20 Jahren fand in diesem Jahr statt. Ein Newroz, an dem Abgeordnete mit Fäusten und Gasgranaten empfangen wurden und die Schlagstöcke der Polizei das Wort hatten. Dieses Newroz erinnerte uns an das von 1992. Die Politik der AKP, alles zu verbieten, führte zur Gewalt. Allein der AKP ist der Tod und die Verletzungen von ZivilistInnen, Abgeordneten und Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes zu verdanken. Das, was wir an Newroz erlebt haben, sollte im Rahmen des neuen Kriegskonzepts betrachtet werden, das die Regierung nach den Wahlen im Sommer in Gang setzte. Der Staat hat gesehen, dass er nicht tun und lassen kann was er will. Er hat gesehen, dass die Menschen sich nicht mit dem zufrieden geben werden, was ihnen geboten wird. Weiterhin hat die Bevölkerung gezeigt, dass sie entschlossen auf der Straße Newroz feiern wird und keine Angst zeigt.

Die AKP muss sehen, dass ihre Politik ins Chaos führt und davon ablassen. Die Lynchversuche an Newroz gegen die Kurden und das hassgefüllte Vokabular von Staatsangestellten bringt uns an den Endpunkt. Es sollte klar sein, dass wir uns am Anfang eines Weges befinden, von dem es kein Zurück gibt."

Das TBM verlangte weiterhin, dass dieses Newroz-Fest einen Wendepunkt der Politik einleiten muss: „Die Türkei muss so schnell wie möglich von diesem Weg abweichen. Militärische- und politische Operationen müssen ein Ende haben. Es muss gesehen werden, dass diese Mittel in der kurdischen Frage kein Ergebnis liefern. Der Weg zur Lösung führt nur über den Dialog mit den jeweiligen Parteien."

(ANF, 22.3., ISKU)

Frauenkooperative in Gewer eröffnet

In Gewer (Yüksekova) wurde eine Kooperative von und für Frauen eröffnet. Die Vorsitzende der Frauenkooperative Felek Işık erklärte bei der Eröffnung, dass die Arbeit von Kooperativen für die Frauen von großer Bedeutung ist. Durch die Umsetzung von verschiedenen Projekten werde der Frau durch die Kooperative die Möglichkeit gegeben am Arbeitsleben teilzunehmen. Dadurch werde die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Partizipation der Frauen im Alltagsleben ermöglicht. Zudem verschaffe die Arbeit der Kooperativen die Möglichkeit, gegen den gesellschaftlichen Sexismus und die Gewalt an Frauen anzugehen. Während der Arbeit in der Frauenkooperative werde die Möglichkeit erschaffen, das gesellschaftliche Bewusstsein und die gegenseitige Solidarität unter den Frauen zu stärken, so Işık. Der Bürgermeister von Gewer, Ercan Bora erklärte bei der Eröffnung der Kooperative, dass die Arbeit von großer Wichtigkeit sei und eigentlich schon viel früher hätte aufgenommen werden müssen. Als Bürgermeister und Stadtverwaltung werde man der Frauenkooperative jegliche Unterstützung zu Verfügung stellen, so Bora weiter.

(DİHA, 23.3., ISKU)

zu gehen. In der Türkei drohen Kriegsdienstverweigerern weiterhin hohe Haftstrafen.

(ANF, 23.3., ISKU)

Inhaftierte Yasemin Karadağ ins Krankenhaus überführt

Die inhaftierte lebensgefährlich erkrankte Yasemin Karadağ wurde nun endlich in das SSK Samatya-Krankenhaus gefahren. Karadağ, der bereits eine Niere entnommen wurde, und deren zweite auch nur sehr schlecht arbeitet, befand sich im Kinder- und Frauengefängnis Bakirköy. Ihr wird die Zugehörigkeit zur DHKP-C (türkische Linke) vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft fordert gegen sie eine 10-15-jährige Haftstrafe. Da sie auf Grund ihrer Krankheit nur noch 40 Kilo wiegt und bereits 7 Zentimeter geschrumpft ist, ist ihre Lage sehr kritisch. Das Gefängnis wollte sie lange Zeit nicht rausfahren lassen, damit sie eine ausreichende Behandlung bekommen kann. Jetzt, da ihre Lage lebensbedrohlich ist, ist sie unter stetiger Aufsicht eines Soldaten ins Krankenhaus gebracht worden. Ihr Anwalt erklärte, dass sie lediglich zur kurzzeitigen Behandlung ins Krankenhaus gebracht wurde. Er werde aber erneut einen Antrag auf Freilassung stellen.

(ANF, 22.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

In eigener Sache:

Die ISKU zieht um. Ab dem 1. April sind wir nicht mehr unter der bisherigen Adresse in der Stahltwiete 10 zu erreichen. Die neue Anschrift lautet:

Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg

Unsere Telefonnummer wird sich nicht ändern, allerdings werden wir bis zur Umschaltung an die neue Adresse (vorraussichtlich Mitte April) darüber nicht erreichbar sein. Der Kontakt über E-Mail ist weiterhin gewährleistet.

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 562
6. April 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Proteste in Straßburg

Um auf die Hungerstreikenden in Straßburg und auf das Schweigen des Westens gegenüber der Kurdenproblematik aufmerksam zu machen, waren am 4. April mehrere Tausend Kurden in der französischen Stadt Straßburg. Vor dem Gebäude des CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) machten die KurdInnen einen Sitzstreik. Sie forderten, dass die menschenunwürdige und menschenrechtsverletzende Isolationshaft gegenüber Abdullah Öcalan aufgehoben werden muss. Die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak verkündete nach einem Treffen mit dem Generalsekretär des CPT Trevor Stevens, dass das CPT die Lage von Abdullah Öcalan aufmerksam verfolge. Das CPT sei deswegen in Kontakt mit den autorisierten Verantwortlichen der Türkei.

Zu Tausenden kamen die Kurden aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Holland, Österreich und der Schweiz. Die 100 kurdischen Jugendlichen, die am 31. März den Freiheitsmarsch in Mannheim begonnen haben, erreichten ebenfalls Straßburg und nahmen an der Protestaktion teil.

Die Protestierenden forderten die Freiheit von Abdullah Öcalan und allen politischen Gefangenen in der Türkei und dass die Kurdenfrage auf friedlichem Wege gelöst werden muss. Die AktivistInnen erklärten, dass das Kurdenproblem nicht nur die Türkei angehe, sondern auch den Europarat betreffe. Europa müsse die Türkei für eine Lösung unter Druck setzen.

CPT: Wir verfolgen die Lage von Öcalan aus der Nähe

Um 15.00 Uhr trafen die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak und der BDP-Vertreter in Europa Faik Yağız den Generalsekretär des CPT Trevor Stevens.

Yağız erklärte gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur ANF, dass dasw CPT die Lage von Öcalan aus der Nähe verfolge. Yagiz sagte zu dem Gespräch: „Wir haben die Politik der Türkei und die Isolationshaft von Abdullah Öcalan kritisiert. Wir haben die Situationen der Hungerstreikenden in Straßburg, Nordkurdistan und der Türkei erklärt. Er sagte, dass sie keine Rolle bei dem Kurdenproblem einnehmen können. Jedoch verfolgen sie die Lage der Gefangenen in der Türkei und insbesondere die Situation von Abdullah Öcalan. Er sagte, dass sie die Lage von Öcalan detaillierter verfolgen, als die von den Gefangenen in Europa und dass sie seit 1999 Abdullah Öcalan fünfmal besucht haben. Weiter sagt er, dass sie stets mit den Zuständigen der Türkei in Kontakt sind. Er sagte schließlich, dass sie sich darüber freuen, wenn sie Informationen über die Lage der Gefangenen in der Türkei bekommen. Er freue sich über konkrete und transparente Informationen, aber ohne Gewalt. Damit sagte er, dass er den Hungerstreik in Straßburg als Gewalt betrachtet. Wir sagten dazu, dass das keine Gewalt sei. Wir wollen uns über alle Wege mitteilen. Der aktuelle Zustand von Öcalan ist für die Kurden Anlass zu großer Sorge geworden. Wir sagten, dass sie die Kurden in dieser Sache verstehen müssen."

(ANF, 5.4., ISKU)

Vorstände des kurdischen Dachverbands YEK-KOM ausgewiesen

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in der letzten Woche den unbefristeten Aufenthaltsstatus (die Niederlassungserlaubnis) des stellvertretenden Vorsitzenden des Dachverbands der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM, Bahaddin Dogan, sowie des Mitglieds des Disziplinarrates des Dachverbandes, Ahmet Zeyrek, annulliert. Grundlage der Entscheidung ist § 54 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes. Vorerst müssen die seit Jahrzehnten im Asyl in der Bundesrepublik lebenden Politiker im Rahmen einer Residenz- und Meldepflicht zweimal in der Woche bei der Polizei Unterschriften leisten. Sie dürfen ihre Wohnorte nicht verlassen. Falls der juristische Widerspruch keinen Erfolg hat, wird beiden, durch den Status einer Duldung eine dauerhafte Residenzpflicht auferlegt. Neben weiteren Nachteilen wird ihnen durch diese Maßnahmen u.a. die Grundlage für ein politisches Engagement und soziale Kontakte entzogen.

In § 54 Abs 5 heißt es: "Ein Ausländer wird in der Regel ausgewiesen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat (...)"

Die Arbeit des Dachverbandes YEK-KOM ist kultureller und menschenrechtlicher Art. Sie besteht hauptsächlich darin, sich um die sozialen und kulturellen Belange der in Deutschland lebenden KurdInnen zu kümmern und die politische Vertretung der MigrantInnen wahrzunehmen. Die beiden Mitglieder der Leitung von YEK-KOM aufgrund ihres Engagements für die Rechte der KurdInnen und einen Friedensdialog in der Türkei sowie der Teilnahme an Demonstrationen und damit der Unterstützung des Terrorismus zu bezichtigen, ist nicht hinnehmbar. Die Ausweisung von Bahhadin Dogan und Ahmet Zeyrek muss zurückgenommen werden. Die auf Betreiben des Baden-Württembergischen Verfassungsschutzes erteilte Ausweisung der Politiker soll deren legitime politische Arbeit verhindern.

Wir kritisieren das Vorgehen des Regierungspräsidiums aufs Schärfste. Gegen Bahaddin Dogan liegt in der Türkei ein Haftbefehl vor. Er hatte vor seiner Flucht beim Menschenrechtsverein IHD gearbeitet.

"Das Innenministerium von Baden Württemberg legt mit der Kriminalisierung einer Tätigkeit in legalen Kulturvereinen als `Unterstützung einer terroristischen Vereinigung´ eine ähnliche Logik an den Tag wie die türkische Regierung, die Tausende zivile kurdische Politiker wegen ihrer Menschenrechts- und Kommunalpolitik als `Terroristen´ inhaftieren lässt. Das ist ein fatales Signal. Politiker sämtlicher Fraktionen des Europaparlaments sowie der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung haben kritisiert, dass diese KCK-Verfahren gegen kurdische Politiker von denjenigen Kräften umgesetzt werden, die eine friedliche Lösung der kurdischen Frage verhindern wollen," so die innenpo- →

Meldungen:

Polizei behindert langen Marsch der kurdischen Jugend in Deutschland

Die deutsche Polizei hat am Sonntage Abend die 150 Teilnehmer des langen Marsches, initiiert von der kurdischen Jugend, in Rastatt bei Karlsruhe festgenommen. Als Grund für die Festnahme wurde das Tragen von Bildern und Fahnen mit dem Bild Abdullah Öcalans angegeben.

Die kurdischen Jugendlichen aus Deutschland hatten zum langen Marsch von Mannheim nach Straßburg aufgerufen, wo sich seit dem 1. März 30 kurdische AktivistInnen im unbefristeten Hungerstreik befinden. Rund 150 kurdische Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik waren dem Aufruf gefolgt. Laut den letzten Meldungen vom Montag wurden rund 80 Jugendliche kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen, während 70 Teilnehmer des langen Marsches im Polizeirevier festgehalten wurden.

(ANF, 2.4., ISKU)

Menschenrechtsverein IHD veröffentlicht Newroz-Bericht

Der Menschenrechtsverein der Türkei IHD hat ihren Bericht für das Newroz-Fest 2012 mit der Überschrift „Bericht über Rechtsverletzungen während des Newroz-Fests" veröffentlicht.

Bei den Auseinandersetzungen während des Newroz-Festes sind 2 Menschen gestorben, 178 Menschen wurden verletzt, 1014 Menschen wurden in Polizeigewahrsam genommen und 206 Menschen inhaftiert.

(DIHA, 3.4., ISKU)

Hausdurchsuchungen in Istanbul: 30 Festnahmen

Bei zeitgleichen Hausdurchsuchungen in vier Bezirken von Istanbul wurden mindestens 30 Menschen festgenommen. Unter den Festgenommen befindet sich auch Abdullah Aspar, der auf den Newrozfeierlichkeiten in Istanbul durch den Polizeiangriff schwer am Kopf verletzt worden war. Als Begründung für die Festnahmen gab die Polizei die Teilnahme dieser Personen an den Newrozfeiern an.

(ANF, 3.4., ISKU)

Luftangriffe auf Kandil

Die türkische Armee hat in den frühen Morgenstunden des 1. April Luftangriffe gegen die unter Kontrolle der PKK befindlichen Kandilberge geflogen. Der Luftangriff dauerte ungefähr von 4 Uhr bis 5.30 Uhr am Morgen

Worauf wartet das CPT?

Das CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) hat das uneingeschränkte Recht zur Untersuchung von Gefängnissen, Polizeiwachen, Flüchtlingslagern bis hin zu psychologischen Kliniken in den Mitgliedsländern. Wenn sie es für erforderlich hält, darf das CPT eine Delegation in irgendein Gefängnis in der Türkei schicken und Untersuchungen durchführen. Es ist die einzige Einrichtung die die Macht hat, das Gefängnis Imrali, wo Abdullah Öcalan inhaftiert ist, aufzusuchen.
Wie der Name des CPT schon verdeutlicht, ist der Zweck des durch den Europarat ins Leben gerufenen Komitees die Verhinderung von Folter. Das Ziel ist, im Fall von Folter oder erniedrigender Behandlung internationalen Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben. Es hat jedoch keine große Durchsetzungskraft. Es geht so weit, dass die nach den Besuchen erstellten Berichte ohne die Zustimmung der jeweiligen Regierungen, in denen die Untersuchung stattgefunden hat, nicht veröffentlicht werden dürfen. Jedoch nutzt nahezu keine einzige Regierung das Vetorecht zur Unterbindung der Berichtsveröffentlichung, um nicht bezichtigt werden zu können, als „verheimlichten sie Folter".
Das Komitee hat die Türkei zuletzt vor ca. vier Jahren besucht. Der Bericht des Besuchs wurde 2010 veröffentlicht. Also fast zwei Jahre später.
In den letzten vier Jahren ist in den Gefängnissen der Türkei die Hölle los. Den Berichten der Menschenrechtsvereine zufolge haben die Rechtsverletzungen in den Gefängnissen Ausnahmezustände erreicht.
Die Isolationshaft Öcalans, die schweren Repressionen gegen politische Gefangene und die schlimmen physischen Zustände in den Gefängnissen müssen nicht einmal extra betont werden.
Die Augen wurden davor verschlossen, dass in der Türkei, die der Aufsicht der CPT unterliegt, Kinder, die an Protesten teilgenommen hatten, in einem der Gefängnisse mit Straftätern zusammengelegt wurden und von diesen vergewaltigt wurden.
Nicht nur das, viele der aus dem Gefängnis entlassenen Kinder erzählen, dass sie in der Haft geschlagen wurden und während der Zeit der Inhaftierung gefoltert wurden. Alle diese Aussagen sind in die Berichte der Menschenrechtsvereine aufgenommen worden.
In den Gefängnissen sind kranke Gefangene gestorben. Sehenden Auges sind Menschen hinter den Gittern regelrecht zu Tode gekommen. In Handschellen in einem Gefängnistransporter sitzende Gefangene sind schreiend verbrannt. Die Kameras sind schwarz, wenn es um Angaben über Folter in den Wachen geht.
Der Polizeibeamte, der Festus Okey auf der Wache getötet hat, ist nach vier Jahren Haft wieder frei gekommen.
Nun, auf was wartet das CPT? Darauf, dass die türkische Regierung Sammellager aufbaut?
Die Verteidigung der Menschenrechte und Verhinderung von Folter ist eine aktive Arbeit. Aber wie es so ist, verteidigen sich Institutionen wie diese immer mit den Worten: „Wir können nicht wie Aktivisten arbeiten."
Diejenigen, die ihren Anspruch darauf erheben, sehen keinen Ausweg mehr, als Hunger zu erleiden.
Für das CPT, das eigentlich die Menschenrechte verteidigt, ist der im französischen Straßburg andauernde, unbefristete Hungerstreik beschämend. Die Zustände sind mittlerweile an dem Punkt angelangt, dass Menschen nicht gegen Tyrannen eine Aktion des Gewissens durchführen, sondern einen Hungerstreik dagegen führen, damit die Schweigenden ihr Schweigen gegen diese Tyrannei brechen. Sie führen den Hungerstreik, damit etwas für die Menschenrechte getan wird.
Die in Straßburg hungerstreikenden und zu Menschlichkeit aufrufenden Aktivisten, die nichts für sich erwarten, die nichts für sich fordern, sind unser aller Stolz. Die Herzen der Kurden, Demokraten und jener, die für Menschlichkeit sind, sind mit ihnen. *(YÖP 31.3., ISKU)*

Brücken zwischen den Völkern

Der BDP-Abgeordnete und Sprecher des Kongresses der Demokratischen Völker (Halkların Demokratik Kongresi (HDK) Ertuğrul Kürkçü hat am 01. April an einer öffentlichen Sitzung an der Universität Hamburg teilgenommen, die vom YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan) organsiert wurde. An der Sitzung haben sowohl kurdische als auch türkische revolutionäre Gruppen teilgenommen.
Die Politik und Rhetorik der AKP, die zum Ziel habe die kurdische Freiheitsbewegung zu liquideren und zu diskreditieren sei laut Kürkcü fehlgeschlagen. Dies habe sich am Widerstand des kurdischen Volkes, während der Newroz-Feierlichkeiten gezeigt.
Zudem sagt Kürkcü, dass man die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Völkern stärken müsse.
Es müssen starke Brücken zwischen dem türkischen und kurdischen Volk entstehen um gegen die Verleumdungspolitk des AKP-Regimes gegen jegliche Freiheitsbemühungen vorzugehen. Ein wichtiger Aspekt um diese Bindung zwischen den Völkern zu stärken sei der Kongress der Demokratischen Völker (HDK).
Die kurdische Freiheitsbewegung trage zudem das Erbe von Mahir Cayan und seinen Genossen, die in Kizildere ermordet wurden. Daher kommt Kürkcü zum Schluss, dass eine Befreiung des kurdischen Volkes auch eine Befreiung des türkischen Volk bedeutet.
Die Politik des türkischen Premiers Erdogan gegenüber dem kurdischen Volk zeige, dass sich die Türkei in Richtung einer Diktatur entwickle.
(YÖP, 3.4., ISKU)

→ YEK-KOM Vorstände ausgewiesen

litische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Ulla Jelpke.
"Es wäre wesentlich sinnvoller seitens der verantwortlichen Politiker und Juristen, die Kampagne des Dachverbandes YEK-KOM zur Anerkennung der kurdischen Identität in der Bundesrepublik zu unterstützen, statt diejenigen zu kriminalisieren, die für eine positive und selbstbewusste Integration der KurdInnen in die Gesellschaft wirken," fordert Barbara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion in Hessen.
Politischen Vertretern des kurdischen Dachverbands YEK-KOM den Aufenthaltsstatus in einer Zeit zu entziehen, in der die türkische Regierung, trotz vorheriger Friedensverhandlungen mit der PKK, die kurdische Frage mit Gewalt eskaliert und die gesamte türkische Gesellschaft nach dem autoritären Vorbild der Zeit nach dem Militärputsch 1980 strukturiert, ist mehr als zynisch. Anstatt die türkische Regierung unter Druck zu setzen, sich an Menschenrechte und das Völkerrecht zu halten und auf einen möglichen Friedensdialog mit der PKK hinzuarbeiten, unterstützen die deutschen Behörden die Politik der Gewalt der Regierung Erdogan durch die zunehmende Kriminalisierung der aktiven kurdischen MigrantInnen in Deutschland. Das ist eine Schande. *(PM Die LINKE, 4.4., ISKU)*

an. Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte HPG (HPG-BIM) bestätigte die Luftangriffe und erklärte, dass sich die Angriffe vor allem um das Gebiet in der Nähe des von Zivilisten bewohnten Dorfes Zergele konzentriert habe. Laut örtlichen Quellen wurde bei dem Angriff niemand getötet.
(ANF, 1.4., ISKU)

Ein weiterer ehemaliger Gefangener aus Pozanti wendet sich an den IHD
Ein weiterer ehemaliger Gefangener aus dem Gefängnis von Pozanti meldete sich beim IHD in Mersin um zu berichten, was ihm hinter den Gefängnismauern widerfahren ist.
Ş. T. wurde am 16. Oktober 2011 festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, an einer verbotenen Demonstration teilgenommen zu haben. Zwei Tage später wurde Ş. T. zunächst im Gefängnis von Mersin und danach im Gefängnis von Pozanti inhaftiert. In Pozanti angekommen, sei Ş. T. von Soldaten geschlagen und gezwungen worden, die türkische Fahne zu küssen. Man habe sie stets wie Terroristen behandelt. Sie seien bereits in den Morgenstunden geweckt worden, um zu putzen. Außerdem berichtete er von Vergewaltigungsfällen.
Nachdem die Vergewaltigungs- und Folterfälle von Pozanti an die Öffentlichkeit gelangten, wurden die insgesamt 255 inhaftierten Kinder in das Gefängnis von Ankara Sincan verlegt. Raşit K., der seinen Sohn M. K. in Sincan besucht hatte erklärte, sein Sohn habe ihm berichtet, dass die Kinder auf dem Weg nach Ankara nicht ein einziges Mal an die frische Luft durften. Man habe den Kindern auf dem Transport kein Essen gegeben. Stattdessen haben die Soldaten vor den Augen der Kinder genüsslich ihr Essen gegessen. Zudem seien die Kinder den ganzen Weg über von den Soldaten beschimpft worden.
(ANF, 29.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 563
13. April 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf an den Europäischen Rat am 42. Tag des Hungerstreiks

Als Reaktion auf die sich verschlechternde gesundheitliche Lage der Hungerstreikenden in Strasbourg und in dem türkischen Gefängnis Osmaniye, in dem sich 13 Hungerstreikende gegenwärtig in Lebensgefahr befinden, haben eine Reihe von kurdischen und französischen Organisationen den Europarat aufgefordert zu reagieren.
Beim Hungerstreik in Strasbourg wurden bisher drei AktivistInnen aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation ins Krankenhaus eingeliefert. Sie verweigerten dort jedoch jegliche Behandlung und kehrten zurück zu den anderen Hungerstreikenden. Der kurdische Arzt Fahrettin Gülşen, der sich seit Anbeginn der Aktion bei den Hungerstreikenden befindet, betonte, dass in dieser Phase des Hungerstreiks akute Gefahr für die AktivistInnen bestehe bleibende Schäden davonzutragen.
Zudem haben seit dem 15. Februar 2012 annähernd 1500 kurdische Inhaftierte an Hungerstreiks teilgenommen und führen diese zum Teil weiter fort. Zuletzt wurde aus dem Gefängnis von Osmaniye berichtet, dass sich dort 13 Hungerstreikende in Lebensgefahr befinden.
In einer gemeinsamen Erklärung rief die aus französischen und kurdischen Organisationen bestehende „Kurdistan Solidaritätskoordination" (CNSK) den Europäischen Rat zum Handeln auf. In der Erklärung heißt es: „Der Aufschrei muss erhört werden. Es ist der Aufschrei nach Anerkennung eines Volkes, dem das Recht auf die Muttersprache und der eigenen Identität verweigert wird und welches als Ganzes unterdrückt wird."
Die CNSK rief den Generalsekretär des Europäischen Rates auf, mit den Hungerstreikenden zu sprechen, sich ihre Forderungen anzuhören und die kurdische Frage auf die Tagesordnung des Europäischen Rates zu setzen. Der Europäische Rat müsse umgehend Druck auf die Türkei ausüben, damit sie die Unterdrückung des kurdischen Volkes und die systematischen Menschenrechtsverletzungen einstelle.
Im CNSK sind vertreten: Amis du Peuple Kurde en Alsace - Amitiés Corse Kurdistan - Amitiés Kurdes de Bretagne (AKB)- Association Iséroise des Amis des Kurdes (AIAK) - Centre d'Information du Kurdistan (CIK) - Fédération des Associations Kurdes en France (FEYKA) - Hauts-de-Seine Kurdistan - Mouvement de la Paix - MRAP (Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples) - Parti Communiste Français (PCF) -Solidarité et Liberté (Marseille) – Union Démocratique Bretonne (UDB)
(ANF, 11.4., ISKU)

Online-Petition an Europarat und Antifolterkomitee

Zur Unterstützung der Hunerstreikenden wurde unter dem Link: *http://openpetition.de/petition/online/solidaritaet-mit-den-kurdischen-hungerstreikenden-in-strassburg* eine Petition veröffentlicht, die sich angesichts des sich zuspitzenden Zustands der Hungerstreikenden in Straßburg und in den türkischen Gefängnissen an den Generalsekretär des Europarates wendet, um diesen und das ihm angeschlossene Antifolterkomitee (CPT), um diese zum Handeln zu bewegen. **Bitte unterstützen auch Sie diese Petition!** Weitere Informationen dazu sind auch unter: *http://kurdischerhungerstreik.wordpress.com* zu finden. *(ISKU)*

Delegation der BDP und des DTK in Strasbourg

Eine Delegation der BDP (Partei für Demokratie und Frieden) und des DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) werden eine Reihe von Zusammenkünften mit VertreterInnen einiger europäischer Organisationen in Strasbourg führen. Die Delegation ist nach Strasbourg gekommen, um ihre Solidarität mit den 15 Hungerstreikenden kundzutun, die sich seit dem 1. März in einem unbefristeten Hungerstreik befindet.
Die Delegation, bestehend aus dem DTK-Co-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tuğluk und den BDP-Parlamentariern Ertuğrul Kürkçü und Nazmi Gür, wird am Mittwochmorgen mit dem Generalsekretär des Europarats, Vertretern des Menschenrechtsrat und dem Politischen Ministerium (political department) zusammenkommen. Anschließend wird die Delegation offizielle Gespräche in verschiedenen europäischen Städten, insbesondere in Brüssel führen.
Der hungerstreikende Fuat Kav, der am Dienstag die Delegation begrüßte, bewertete die Situation zu Gunsten der Streikenden und unterstrich ihre Entschlossenheit den Hungerstreik weiterzuführen: „Wir haben diesen Hungerstreik gestartet, um den Europarat, das CPT und andere europäische Institutionen wach zu rütteln, die ihre Augen gegenüber den politischen und humanistischen Forderungen der KurdInnen, der verschärften Situation unseres Vorsitzenden Öcalan, den Verhaftungswellen und dem Versuch einen Krieg gegen eine Person zu wagen, verschlossen halten." Kav betonte, dass ihre Aktion bezwecke, der Unterdrückung und Ungleichberechtigung entgegenzutreten.
Am Dienstag wird das Solidaritätskomitee der Hungerstreikenden eine Massendemonstration vor dem Europarat organisieren, um die VertreterInnen des Europarats zu einer Reaktion zu bewegen. Das Komitee wird zudem den VertreterInnen des Rates die gesammelten Unterschriften präsentieren.
Wie bekannt wurde, werden die Hungerstreikenden am Dienstag eine neue Bewertung entsprechend der Antworten, die von Seiten der VertreterInnen des CPT und des Europarat gegeben werden, abgeben.
(ANF, 11.4., ISKU)

Meldungen:

31 kurdische BürgermeisterInnen in Haft
Am 5. April wurde der Bürgermeister von Kanîreş (Karliova) in der Provinz Cewlig (Bingöl), Ferit Çelik, mit der Begründung „die Organisation [gemeint ist die PKK] unterstützt zu haben" inhaftiert. Damit steigt die Zahl der inhaftierten kurdischen BürgermeisterInnen in der Türkei auf 31. Gemeinsam mit Çelik wurden zwei weitere BDP-Funktionäre mit dem Vorwurf, sie würden „der Organisation Mehl beschaffen und sie so unterstützten", inhaftiert.
(ANF, 5.4., ISKU)

HPG bekennt sich zu Sabotageakt auf Pipeline
Die HPG hat sich zu einer Sabotageaktion auf die Erdölpipeline zwischen Kirkuk und Yumurtalik bekannt. Der dadurch verursachte Brand konnte auch am Folgetag nicht gelöscht werden.
Laut Angabe Pressestelle der Volksverteidigungskräfte (HPG-BIM) wurde der Sabotageakt in der Nacht vom 4. auf den 5. April gegen 3 Uhr morgens bei Şirnex (Şırnak) durchgeführt.
Nach dem Sabotageakt hat das türkische Militär eine breitangelegte Militäroperation an drei verschiedenen Punkten der Region gestartet. Unterstützt wird das Militär von einer Gendarmarie-Brigadeeinheit aus Qoser (Kiziltepe) sowie zahlreichen Dorfschützern.
(ANF, 5.4., ISKU)

55 Jahre Haftforderung gegen einen 17-Jährigen
Gegen den 17-Jährigen Ferhat E. fordert der Staatsanwalt eine Haftstrafe von 55 Jahren. Ihm wird vorgeworfen, an drei verschiedenen Aktionen teilgenommen und dabei sechs Straftaten begangen zu haben. Die einzige Beweisführung im Verfahren gegen Ferhat E., der sich seit vier Monaten in Untersuchungshaft befindet, ist eine anonyme Zeugenaussage.
Das Verfahren gegen den 17-jährigen Kurden wurde vor dem 2. Jugendgericht von Mersin aufgenommen. E. wird „Propaganda für die Organisation", „Beschädigung öffentlichen Eigentums" und „Teilnahme mit Waffen oder waffenähnlichen Gegenständen an Demonstrationen" vorgeworfen. In der Beweisführung gegen ihn tauchen neben einer anonymen Zeugenaussage aus-

Kritischer Gesundheitszustand der Hungerstreikenden in Osmaniye

Trotz des sich verschlechternden Gesundheitszustands der Hungerstreikenden in den Gefängnissen der Türkei, bleibt die AKP-Regierung ohne Reaktion.
Seit nunmehr 48 Tagen befinden sich 30 politische Gefangene im Gefängnis von Osmaniye in einem unbefristeten Hungerstreik. Der Zustand ihrer Gesundheit wird täglich schlechter. Laut aktuellen Meldungen sind 13 Hungerstreikende in einem lebensgefährlichen Gesundheitszustand. Die Angehörigen fürchten um das Leben der Inhaftierten.
So berichtet eine Angehörige, deren Ehemann im Gefängnis von Osmaniye inhaftiert ist, gegenüber Reportern der Nachrichtenagentur DIHA: „Mein Ehemann kann aktuell weder auf den Beinen stehen noch seine Augen öffnen. Er befindet sich in einem Zustand, der einem Wachkoma gleicht. Wer wird die Verantwortung für seinen möglichen Tod tragen? Die Regierung behauptet auf der einen Seite, dass sie die Verantwortlichen des Militärputsches von 1980 vor Gericht stellen will, andererseits betreibt sie selber dieselben Praktiken in den Gefängnissen."
Die Familienangehörigen sind wütend über die Ungerechtigkeit und die Gleichgültigkeit der Regierung. So wurde Haci Inan zu neun Jahren Haft verurteilt, weil er einen Baum zum Andenken des ermordeten Azadiya Welat Reporters Metin Alataş gepflanzt hat. Seine Mutter berichtet: „Sie haben ihn zu neun Jahren Haft verurteilt. Und das nur, weil er einen Baum gepflanzt hat. Und jetzt foltern sie ihn."
Der Menschenrechtsverein IHD beklagte zudem, dass die Verantwortlichen trotz der Beschwerden über die menschenunwürdige Behandlung im Gefängnis von Osmaniye bisher keine Schritte zu einer Lösung der Probleme eingeleitet haben.

(ANF, 11.4., ISKU)

Menschenverachtende Zustände im Gefängnis von Osmaniye

Splitternackte Durchsuchungen, Folter, menschenverachtende Behandlungen sind nur einige der Rechtsverletzungen im Gefängnis von Osmaniye, weshalb beim Menschrechtsverein IHD in den ersten drei Monaten diesen Jahres 40 Beschwerden eingingen. Aufgrund der menschverachtenden Behandlungen und Folter und den massiven Rechtverletzungen gilt das Gefängnis von Osmaniye in der Öffentlichkeit als Internierungslager. Selbst die BesucherInnen bleiben von den fasernackten Durchsuchungen nicht verschont. Die Rechtsbrüche sind tendenziell ansteigend.
Bei der Beschwerde, die Mehmet Emin Ilgen an die IHD Zweigstelle Mersin gab, berichtete er, dass sein Sohn Mustafa und seine Mitgefangenen von den Wärters gnadenlos angegriffen worden sind: „ Dabei kam es zu zahlreichen Verletzten. Aufgrund der grausamen Schläge öffnete mein Sohn seine Augen erst wieder im Krankenhaus. Auch die anderen Gefangenen wurden schwer verletzt", so Ilgen.
Osman Kara, Sekretär des IHD Adana erklärte, dass sich nach mehreren Beschwerden zwei Mal Delegationen mit der Gefängnisleitung von Osmaniye trafen: „Jedoch hat die Gefängnisleitung, wie auch sonst immer, keine der Beschwerden akzeptiert. Uns wurde deren Gefängnis so geschildert als ob es nichts vorgefallen sei."
Der Vorsitzende der IHD Mersin Ali Tanrıverdi erklärte, dass die Rechtsverletzungen stetig zunehmen. Laut den Beschwerden wird auf die Gefangenen massiver Druck ausgeübt, sie sind schlimmsten Beleidigungen ausgesetzt. Jegliche Versuche, eine Lösung der Probleme zu finden, wurden von der Gefängnisleitung ignoriert. Die Gefängnisleitung nimmt sich keiner der eingegangenen Beschwerden an, so Tanrıverdi. *(ANF, 3.4., ISKU)*

Ragıp Zarakolu und weitere Personen aus der Haft entlassen

Herausgeber Ragıp Zarakolu, der im Rahmen der KCK-Operationen inhaftiert wurde, ist heute zusammen mit 14 weiteren Personen aus der Haft entlassen worden. Darunter auch Özgür Gündem-Mitarbeiterin Songül Karatgna. Als Grund für die Entlassung wurde angegeben, dass in der Zeit der Inhaftierung Hinweise auf eine Unschuld geliefert wurden. Deniz Zarakolu, der zusammen mit seinem Vater in derselben Zelle saß, wurde jedoch nicht aus dem Gefängnis entlassen.
Neben Ragıp Zarakolu und Özgür Gündem-Mitarbeiterin Songül Karatgna wurden folgende Personen entlassen:
Muhsin Yenisöz, İrfan Hülakü, Lütfü Balbal, Ali Geritli, Nahit Onat, Zeynal Çelik, Neci Elmas, Burhanettin Toprak, İsmail Zeybek, Evrim Öztürk, Yasin Yalçın, Cemalettin Görbegir, Alaattin Güneş.
Hingegen bestätigte das 15. Sonderstrafgericht am 3. April die Anklage im „KCK-Istanbul"-Verfahren gegen 193 Personen, von denen 147 inhaftiert sind. Beschuldigt werden Prof. Dr. Büşra Ersanlı, Mitglied der Verfassungskommission der BDP, welche die „Führung einer Organisation" sein soll, und Ragıp Zarakolu, der „Personen für die Berge rekrutiert" haben soll.
Zarakolu wurde zusammen mit etwa 50 weiteren Personen am 28. Oktober festgenommen und Anfang Dezember inhaftiert. Für Zarakolu wird eine Haftstrafe von 7,5 und 15 Jahren, für Ersanlı von 15 bis 22,5 Jahren gefordert.
Im Zusammenhang mit den KCK-Verfahren erreichte uns eine weitere erfreuliche Nachricht. DIHA-Korrespondentin Hamdiye Çiftçi, welche bei einer in Hakkari durchgeführten KCK-Operation festgenommen und inhaftiert wurde, ist zusammen mit 5 weiteren Personen aus der Haft entlassen worden.
Die Verhandlung des Verfahrens, welches am 9. Juni 2010 auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Van in Hakkari eröffnet wurde, und in dem mehrere wichtige AktivistInnen der BDP, u.a. deren Provinzvorsitzender M. Sıddık Akış, angeklagt sind, ging heute in ihre vierte Runde. Nach Meldungen aus Yüksekova gab das Gericht die Entlassung folgender Personen bekannt:
DIHA-Korrespondentin Hamdiye Çiftçi, BDP-Aktivistin Fatma Duman, Berivan Akboğa, Hüsna Sağın, Tahir Koç und Faruk Yıldız.

(ANF, Bia, 10.4., ISKU)

schließlich Polizeizeugenaussagen auf. Wie absurd die Beweisführung gegen Ferhat E. ist wird dadurch deutlich, dass die Staatsanwaltschaft ihn für eine verbotene Demonstration verantwortlich erklärt, als er sich bewiesener Maßen nicht in der Stadt aufgehalten hat.

(ANF, 8.4., ISKU)

Razzien in Ebex: 5 Festnahmen
Bei Razzien in verschiedene Dörfer im Landkreis Ebex (Çaldıran) in der Provinz Wan wurden in den Morgenstunden mindestens fünf Menschen, darunter auch ein Dorfvorsteher, festgenommen. Bei den Razzien handelte es sich um eine gemeinsame Operation von Polizei- und Militärkräften. Es wurden keine Angaben darüber gemacht, weshalb die Menschen festgenommen worden sind. Sie wurden zunächst zum Polizeipräsidium von Wan gebracht. *(ANF, 9.4., ISKU)*

Entführte Soldaten festgenommen
Die acht von der kurdischen Arbeiterpartei PKK 2007 gefangen genommenen und wieder freigelassenen türkischen Soldaten müssen sich vor Gericht verantworten. Der Militärgerichtshof im südosttürkischen Van befahl ihre Festnahme.
Die Anklage lautet unter anderem: "PKK-Propaganda"
Einer der 8 türkischen Soldaten wurde zu einer Haftstrafe von 15 Monaten verurteilt, weil er Videos und Bilder veröffentlicht haben soll, die zeigen, dass die Gefangenen seitens der kurdischen Guerillas gut behandelt wurden.
Ebenfalls sei zu sehen, wie sie aßen, Tee tranken und zum Abschied ihren "Entführern" die Hand schüttelten.
Justizminister Sahin warf den Soldaten nach ihrer Rückkehr vor, "bei der Propaganda einer Terrororganisation" mitgeholfen zu haben.

(dK, 11.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Bia	Bianet.org
dK	dieKurden.de

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 564
20. April 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf der Hungerstreikenden in Straßburg

Die 15 Hungerstreikenden in Straßburg haben in einer gemeinsamer Erklärung den Europarat dazu aufgefordert, endlich zu handeln. Zugleich haben sie auch an die Bevölkerung appelliert, weiter ergebnisorientierte demokratische Aktionen durchzuführen.
Am 48.Tag ihres Hungerstreiks gaben die AktivistInnen folgende Erklärung ab:
„Unser unbefristeter Hungerstreik, den wir am 1. März in Straßburg aufgenommen haben, befindet sich im 48. Tag. Es muss an dieser Stelle nicht weiter darauf eingegangen werden, dass sich unser Gesundheitszustand tagtäglich ein wenig weiter verschlechtert. Der Gesundheitszustand einiger Freunde hat bereits einen kritischen Zustand erreicht.
Das Ziel unserer Aktion ist, nicht weiter zuzulassen, dass die Würde der Menschen angegriffen wird. Die Würde und der Repräsentant des kurdischen Volkes ist der Vorsitzende Apo [Abdullah Öcalan] und unsere Aktion zielt auf die Freiheit des Vorsitzenden ab. […]
Mit dieser Phase, die wir initiiert haben, wollen wir den Europarat und andere europäische Institutionen dazu bewegen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Europarat sollte nicht bloß im Hinblick auf seine politischen und wirtschaftlichen Vorteile agieren. Er ist gewissermaßen eine übernationale und überstaatliche Organisation und sollte deshalb seine Unabhängigkeit wahren.
Auch die Aufgabe des CPT, das an den Europarat angebunden ist, ist mehr als klar. Ihre Aufgabe ist die Unterbindung von Folter sowie die Verfolgung und Unterbindung von Gewalt- und Foltervorfällen in den Gefängnissen. Wir erinnern diese Institutionen an ihre Aufgaben. Wir machen ihnen deutlich, dass in der Türkei jegliche Menschenrechte missachtet werden, die demokratischen und freiheitlichen Forderungen der Bevölkerung mit Gewalt negiert werden und an dem kurdischen Volk ein kultureller, politischer und militärischer Genozid vollzogen wird. Wir sagen ihnen gegenüber: Seit acht Monaten bekommen wir kein Lebenszeichen von Öcalan, wir wissen nichts über seine Sicherheit auf der Gefängnisinsel Imrali und seinen Gesundheitszustand. Leiten Sie diesbezüglich die notwendigen Schritte ein! Kann es eine selbstverständlichere Forderung geben? Wir machen Ihnen deutlich, dass, wenn auch Sie für ein Ende des Blutvergießens sind und den Frieden fordern, die Freiheit Öcalans unabdingbar ist. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen er aktiver Part im politischen Prozess sein kann.
Unsere Forderungen sind mehr als gerechtfertigt und sie passen in jegliches internationales Normengefüge. Wir fordern Gerechtigkeit für die Kurden, was allein durch die Anerkennung ihrer Status gewährleistet werden kann. Und wir fordern die Freiheit von Abdullah Öcalan, dem Repräsentanten des kurdischen Volkes. Aus diesen Gründen haben wir mit dem Hungerstreik angefangen. In dieser kritischen Phase muss unsere Bevölkerung noch aktiver werden und durch demokratische Aktionen in der Lage sein, die Gegenseite noch besser zu überzeugen.“

Offener Brief von Desmond Tutu an den Europarat

Der Friedensnobelpreisträger und ehemalige Erzbischoff von Südafrika Desmond Tutu hat den Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland aufgefordert, auf die Forderungen der Hungerstreikenden zu reagieren und somit dazu beizutragen, dass die Hungerstreiks in den Gefängnisses der Türkei und in Straßburg ein Ende finden.
Wir dokumentieren den Brief des Friedensnobelpreisträgers:
FriedensnobelpreisträgerInnen sind gegen den Krieg. Wir arbeiten für den Frieden und wollen, dass alle militärischen und politischen Auseinandersetzungen ein Ende finden. Unsere Hoffnung ist, dass in Zukunft alle Menschen über gleiche Rechte und Freiheiten verfügen.
Seit Jahren verfolgen wir die ausufernden Gefechte in der Türkei, die aus der ungelösten kurdischen Frage herrühren. Wie traurig ist doch, dass bei diesen Gefechten tausende TürkInnen und KurdInnen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, ums Leben gekommen sind. Deshalb ist es unser dringlichster Wunsch, dass die internationale Gesellschaft, sowie die Institution, welche Sie repräsentieren, Bemühungen dafür aufbringen, dass beide Seiten eine demokratische und friedliche Lösung finden.
Es ist wichtig, dass die gesellschaftliche Atmosphäre in der türkischen Gesellschaft sich zu einer friedlichen entwickelt. Für die Realisierung dessen ist ein beidseitiger Dialog unabdingbar. Abdullah Öcalan, den die KurdInnen als ihren Repräsentanten anerkannt haben und der bei einem möglichen Dialog Gesprächspartner wäre, sitzt seit 13 Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali unter erschwerter Isolation ein. In den letzten acht Monaten konnte mit Herrn Öcalan weder durch seine Anwälte noch durch seine Familie ein Kontakt aufgebaut werden. Diese Situation beunruhigt die KurdInnen sehr.
Um die Aufmerksamkeit auf diese beunruhigende Situation zu lenken, hat das kurdische Volk zum Mittel der Hungerstreiks gegriffen. Wir glauben daran, dass das CPT, als eine dem Europarat angehörige Institution, auf einige der nur allzu menschlichen Sorgen der KurdInnen eine Antwort sein kann. Deswegen wollen wir von Ihnen, dass Sie ihren Anteil für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben des türkischen und des kurdischen Volkes einbringen.
Wir bedanken uns bereits im Voraus für jegliche Schritte Ihrerseits, die dazu beitragen werden, eine Antwort auf die politischen Forderungen des kurdischen Volkes zu geben.

Gott möge Sie schützen.
Ehemaliger Erzbischoff Desmond Tutu *(ANF, 13.4., ISKU)*

Weitere Hungerstreikende in Strasbourg ins Krankenhaus eingeliefert
Am 46. Tag des Hungerstreiks in Straßburg ist die kurdische Aktivistin Gülistan Hasan ins Krankenhaus eingeliefert worden. Gegen 11 Uhr wurde die 28-Jährige von einem Krankenwagen vor der St. Maurice Kirche, wo sich die Hungerstreikenden aufhalten, abgeholt und in ein naheliegendes Krankenhaus gebracht. →

Meldungen:

Bilanz eines Tages: Mindestens 33 Personen festgenommen
Bei Razzien in verschiedenen Wohnungen wurden in den Morgenstunden des 18.4. im Stadtzentrum von Colemêrg (Hakkari) neun Menschen festgenommen. Eine der Festgenommenen von Colemêrg musste aus gesundheitlichen Gründen ins Krankenhaus eingeliefert werden, die anderen acht Festgenommenen wurden zunächst ins Polizeirevier gebracht. Auch in Çelê (Çukurca) wurden vier Personen festgenommen und in das Bezirkspolizeirevier gebracht.
Außerdem wurden Polizeirazzien in verschiedenen Dörfern rund um Colemêrg vermeldet. Allerdings liegt hier keine genaue Anzahl der Festgenommenen vor. Es bleibt daher abzuwarten, wie hoch die Anzahl der Festgenommenen ansteigen wird.
In Mêrdîn (Mardin) wurden ebenfalls in den frühen Morgenstunden Razzien durchgeführt. Es wurden insgesamt 13 Menschen festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich neben Mitarbeitern der Stadtverwaltung Parteifunktionäre der Partei für Frieden und Demokratie BDP sowie Mitglieder des Kongresses für eine demokratische Gesellschaft DTK und auch der Friedensmütter. Mindestens drei weitere Personen seien bei Razzien in ihren Wohnungen nicht aufgefunden worden.
Auch in Manisa wurden bei Hausdurchsuchungen insgesamt sieben Mitarbeiter der BDP festgenommen. Zwei weitere BDP-Mitglieder, deren Häuser ebenfalls durchsucht wurden, befanden sich zum Zeitpunkt der Razzien nicht in ihrer Wohnung und konnten deshalb nicht festgenommen werden.
(ANF, 18.4., ISKU)

Folter an einem 14-jährigen Kind auf Polizeistation
Der 14-jährige T. A., der in den gestrigen Abendstunden zusammen mit sechs weiteren Personen in Kerboran (Dargeçit) festgenommen wurde, berichtet, dass er auf der Polizeistation gefoltert worden sei.
Die sieben Personen wurden gestern in Kerboran festgenommen, nachdem zuvor ein Molotow-Cocktail in eine Bildungseinrichtung geworfen worden war. Daraufhin startete die Polizei eine Suchaktion und nahm schließlich die genannten sieben Personen fest.
T. A. berichtet, dass er vor seiner Haustür festgenommen wurde und anschließend genauso wie

24. April - Gedenktag an den Völkermord am armenischen Volk

Gegen Genozid, Verleugnung und Zwangsassimilation

Der 24. April ist der Gedenktag an den Völkermord am armenischen Volk. An diesem Tag im Jahr 1915 begannen die Deportationen von Armeniern aus Konstantinopel (Istanbul). Dies war der Beginn eines Genozids an über einer Millionen Armeniern im Osmanischen Reich. Unterstützt wurde das jungtürkische Regime von seinem deutschen Waffenbruder. Armenische Zwangsarbeiter wurden mit der Bagdadbahn in die mesopotamische Wüste – in den Tod – deportiert. Deutsche Diplomaten breiteten einen Mantel des Schweigens über die vor ihren Augen begangenen Massaker an einem christlichen Volk, um das strategische Kriegsbündnis mit dem osmanischen Reich nicht zu gefährden.

Bis heute weigert sich die türkische AKP-Regierung, die Tatsache des Völkermordes einzugestehen. Wer von einem Genozid spricht, wird wegen „Verunglimpfung des Türkentums" verfolgt. Der türkische Innenminister Idris Naim Sahin trat am 26. Februar auf einer nationalistischen Kundgebung in Istanbul auf, auf der antiarmenische Parolen gerufen und der Mörder des 2007 ermordeten armenischen Journalisten Hrant Dink gefeiert wurde.

Die Türkische Republik wurde nicht nur auf den Knochen und dem Blut der vertriebenen, beraubten und ermordeten Armenier und anderer christlicher Minderheiten errichtet. Auch der Geist des Völkermordes blieb in der Türkischen Republik am Leben. Im Namen des Türkentums wurden und werden alle anderen Bevölkerungsgruppen verleugnet, zwangsassimiliert, vertrieben und ermordet. Auf die Verfolgung und Ermordung der Armenier, Aramäer und Assyrer folgten die Verfolgung und Ermordung der Kurden, vor allem mit anderen Glaubensrichtungen wie Eziden und Aleviten. Hunderttausende wurden in den 20er und 30er Jahren vertrieben und ermordet. Weitere 40.000 Kurden wurden in den letzten 30 Jahren getötet und Millionen vom Militär aus ihren Dörfern vertrieben. Auch die AKP-Regierung setzt diese Politik der Verleugnung und Zwangsassimilation im Namen des Türkentums fort. Auf den physischen Genozid folgt der politische Genozid. 7000 kurdische Politiker und zivilgesellschaftliche Aktivisten – darunter sechs Abgeordnete und 31 Bürgermeister – wurden in den letzten drei Jahren inhaftiert. Bauern werden aus der Luft bombardiert, Kinder in Gefängnissen gefoltert und vergewaltigt. Aleviten müssen zwangsweise den sunnitisch-islamischen Religionsunterricht besuchen. In alevitischen Dörfern werden Moscheen gebaut, während alevitische Cem-Häuser bis heute keinen offiziellen Status besitzen. Während der Prozess gegen die faschistischen Mörder von Sivas, die 33 alevitische Künstler und Intellektuelle verbrannten, eingestellt wurde, werden an mehreren Orten alevitische Häuser mit roter Farbe markiert - als Drohung und Vorbereitung neuer Massaker.

Im Gedenken an die Opfer des Armeniergenozids und zum Zeichen der Geschwisterlichkeit der Völker wird sich die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland YEK-KOM mit ihren Mitgliedsvereinen an den Gedenkveranstaltungen unserer armenischen Freunde am 24. April beteiligen.

So wie kein Opfer jemals vergessen wird, werden auch die Täter nicht in Vergessenheit geraten.

(YEK-KOM , 16.4., ISKU)

→ Aufruf der Hungerstreikenden

Gülistan Hasan ist die vierte der 15 Hungerstreikenden, die ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Am 41. Tag war es Kerim Sivri, am 38.Tag Tarık Yusufi und am 36.Tag Nigar Enayati, die bereits zuvor aufgrund ihrer gesundheitlichen Lage ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Allesamt verweigerten sie jedoch die Untersuchung und wurden zurück zur St. Maurice Kirche zu den übrigen AktivistInnen gebracht.

Neben den 15 unbefristet Hungerstreikenden haben allein in Strasbourg 320 Menschen an befristeten Hungerstreiks teilgenommen. Zudem haben in etwa 150 kurdischen Vereinen in Europa befristete Solidaritätshungerstreiks stattgefunden.

Auch in der Türkei haben seit dem 15. Februar 2012 über 1500 politische Inhaftierte an Hungerstreiks teilgenommen.

Appell des Europaparlaments: „Beendet eure Aktion!"

Nach einem Gespräch zwischen der BDP-Abgeordneten Leyla Zana und dem Präsidenten des Europaparlamentes Martin Schulz rief letzterer die Hungerstreikenden dazu auf, ihre Aktion zu beenden. Bereits zuvor hatten die sozialdemokratischen und liberalen Gruppen im Europaparlament ähnliche Appelle an die Hungerstreikenden gerichtet. Zeitgleich mit dem Gespräch Zanas mit dem Präsidenten des Europaparlaments führten die zwei Abgeordneten des Europapalamens Jürgen Klute und Marie Christine Vergiat Gespräche mit dem CPT.

Leyla Zana berichtete anschließend von ihrem Gespräch mit Martin Schulz. Dieser habe seine Unterstützung für die Forderungen der KurdInnen nach Dialog und Verhandlungen ausgedrückt und zugleich zugesichert, dass er sich als Präsident des Europaparlaments verstärkt hierfür einsetzen werde. „Wir verstehen euer Leid, doch wir wollen nicht, dass euer Leid sich vermehrt", mit diesen Worten habe Schulz an die Hungerstreikenden appelliert, ihre Aktion zu beenden.

Auch Jürgen Klute rief nach dem Gespräch mit dem CPT dazu auf, den Hungerstreik zu beenden. Die Arbeit des CPT würden sich nun auf die Situation in der Türkei konzentrieren. Das wäre nach Klute ohne den Hungerstreik nicht geschehen. Die Message der Hungerstreikenden sei an den entsprechenden Stellen angekommen und somit sei die Aktion erfolgreich gewesen, so Klute.

Bereits am 13. April hatte der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland die 15 kurdischen AktivistInnen dazu aufgefordert den Hungerstreik zu beenden.

(ANF, 15./17./18.4., ISKU)

Öcalan: Seit 261 Tagen in vollkommener Isolation

Der wöchentliche Antrag der Anwälte Öcalans zum Mandantenbesuch wurde zum 64. Mal mit der Begründung der schlechten Wetterverhältnisse abgelehnt. Seit 261 Tagen ist Abdullah Öcalan vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Die Anträge der Anwälte wurden entweder mit der Begründung abgewiesen, dass das die Fähre defekt oder das Wetter für die Überfahrt zu schlecht sei. Die Anwälte Öcalans werden nun einen weiteren Besuchsantrag für Freitag stellen.

(ANF, 17.4., ISKU)

die sechs anderen Festgenommenen Opfer von Gewalt auf der Polizeiwache wurde. Auf der Polizeiwache habe man ihn solange geschlagen, bis er bewusstlos geworden sei. Daraufhin habe man Wasser auf sein Gesicht geschüttet, um ihn wieder zu Bewusstsein zu bringen, so der 14-Jährige.

Die Polizei habe ihn später in einem Krankenhaus abgeworfen. Nach seiner Untersuchung im Krankenhaus habe er ein Attest vom zuständigen Arzt gefordert, was ihm allerdings verweigert worden sei. A. T. erklärte, dass er die Folgen der Folter noch spüre und die Spuren an seinem Körper noch sichtbar sind.

Alle sieben Festgenommenen wurden zu später Stunde nachts wieder auf freien Fuß gelassen.

Laut dem Jahresbericht 2011 des Menschenrechtsvereins IHD befinden sich in der Türkei 2309 Kinder in den Gefängnissen, von denen 2100 verurteilt worden sind. *(ANF 14.4., ISKU)*

Kurdischer Verein in Wien verboten

In Wien wurde am Dienstag das Kurdische Informationszentrum (KIB) seitens der Stadtverwaltung geschlossen. Der kurdische Dachverband FEYKOM, dem auch das KIB angehörte, erklärte im Anschluss an die Schließung, dass das Zentrum seit etwa einem Jahr systematisch verfolgt und unter Druck gesetzt worden sei. Es sei gleich mehrfach zu Razzien der Polizei gekommen.

Das Zentrum, das seit 25 Jahren in Wien arbeitete, wurde vor knapp zwei Monaten verwarnt, weil in ihren Räumlichkeiten verbotenerweise gekocht würde. Obwohl das Zentrum dies daraufhin einstellte, haben die Behörden mit anderen Gründen den Druck auf das Zentrum aufrechterhalten.

Im Anschluss an das Verbot haben vor dem österreichischen Parlament in Wien rund 200 DemonstrantInnen gegen diese Entscheidung protestiert. Der kurdische Volksrat in Wien erklärte, dass die Proteste gegen den Beschluss weitergeführt werden. *(ANF, 17.4., ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 565
27. April 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hungerstreik in Straßburg nach 52 Tagen beendet

Die 15 kurdischen AktivistInnen in Straßburg haben am 52. Tag ihres Hungerstreiks ihre Aktion beendet. Auf einer Pressekonferenz erklärten sie, dass mit der Aktion eine Mauer des Schweigens durchbrochen worden sei. Zudem seien die Hungerstreikenden davon überzeugt, dass ihre Forderungen von den entsprechenden Institutionen ernst genommen werden und von diesen praktische Schritte folgen werden.
Nach den Appellen des Generalsekretärs des Europarates, des Europaparlamentspräsidenten, des EU-Erweiterungskommissars und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK zur Beendigung des Hungerstreiks verkündeten die 15 AktivistInnen auf einer Pressekonferenz das Ende ihrer Aktion.
Auf der Pressekonferenz, die in kurdischer, türkischer und französischer Sprache abgehalten wurde, gaben die AktivistInnen folgende Erklärung ab:
„Unser Hungerstreik, den wir am 1. März in Straßburg mit der Forderung ‚Freiheit für Öcalan, einen Status für Kurdistan' begonnen hatten, befindet sich heute im 52.Tag.
Wir, 15 AktivistInnen der ‚Initiative für die Freiheit Öcalans', bestehend aus fünf Frauen und zehn Männern, haben bei unserem Hungerstreik die Sicherstellung der Gesundheit und der Sicherheit sowie die Freiheit des Repräsentanten des kurdischen Volkes, Herrn Öcalan, in das Zentrum unserer Forderungen gestellt. Unsere dringlichste Forderung hierbei war die Durchbrechung der Isolation Öcalans. Unser Ziel war es, das Gefängnissystem Imralı und die verschärfte Isolationspolitik für die Öffentlichkeit aufzudecken und die entsprechenden Institutionen diesbezüglich dazu zu bewegen, ihren Aufgaben nachzukommen. Der deutlichste Beweis dafür, dass Institutionen wie der Europarat oder das CPT ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, ist ihr Schweigen gegenüber der Tatsache, dass seit fast neun Monaten kein Lebenszeichen von Herrn Öcalan die Öffentlichkeit erreichen konnte. Weder seinen Familienangehörigen noch seinen AnwältInnen wird die Konsultation ermöglicht. Die aktuelle Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass die Befürchtungen und Sorgen des kurdischen Volkes und seiner FreundInnen hinsichtlich der Situation von Herrn Öcalan ihren Höhepunkt erreicht haben.
Aus diesem Grund, also um dazu beizutragen, dass diese Sorgen der kurdischen Bevölkerung ausgeräumt werden können, um zu einem Sprachrohr der Forderungen des kurdischen Volkes zu werden und um in der Gesellschaft eine Sensibilität gegenüber dieser Sachlage zu schaffen, haben wir diesen Hungerstreik 52 Tage lang geführt.
Wir möchten der Öffentlichkeit mitteilen, dass unsere Aktion eine neue Etappe erreicht hat. Wir sehen, dass gegenüber den legitimen Forderungen des kurdischen Volkes bei den entsprechenden Institutionen ein Bewusstsein geschaffen worden ist. Zudem sehen wir auch, dass ein großer Freundschaftskreis der Solidarität mit dem kurdischen Volk und seiner Freiheitsbewegung entstanden ist.
Auch das kurdische Volk hat uns durch seine Opferbereitschaft, seine Unterstützung und seine Aktionen zu keiner Sekunde unserer Aktion alleingelassen und große Mühen für die Freiheit seines Repräsentanten aufgebracht.
Die Forderungen nach der Sicherstellung der Gesundheit und seiner Sicherheit sowie der Freiheit Öcalans werden in Form einer Kampagne anhalten. Wir sehen, dass das wichtigste Standbein dieser Kampagne, und zwar das Bewusstsein darüber, dass die Freiheit möglich ist und nur durch den Widerstand erreicht werden kann, geschaffen wurde. Unsere Aktion hat in den 52 Tagen große Unterstützung durch die Öffentlichkeit erfahren. Wir sind uns dessen bewusst, dass der erste Schritt für das Aufbrechen der Isolation Öcalans von den Institutionen Europas getätigt werden muss. Der Appell des Generalsekretärs des Europarates vom 13. April, des Präsidenten des Europaparlaments vom 18. April, die Erklärung der KCK vom 20. April sowie die Ergebnisse aus den Gesprächen mit verschiedenen Menschen aus den Freun-

→

Initiativen und Aktionen während des gesamten Hungerstreiks

Während des gesamten Hungerstreiks wurden insgesamt 14.000 Unterschriften von Menschen gesammelt, die sich mit den Hungerstreikenden und ihren Forderungen solidarisch erklärt haben. Im Namen des Solidaritätskomitees der Hungerstreikenden wurden die gesammelten Unterschriften im Europarat abgegeben.
Etwa 10.000 Menschen besuchten während der gesamten Zeit des Hungerstreiks die 15 AktivistInnen. Unter den Besuchern befanden sich auch zahlreiche VertreterInnen von politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zudem unterstützten die VertreterInnen der St. Maurice Kirche die Hungerstreikenden nicht nur dadurch, dass sie ihnen die Türen öffneten, sondern sie betrieben auch eine starke Lobbyarbeit für ihre Forderungen.
Aus Solidarität zum Hungerstreik in Straßburg wurden europaweit in etwa 150 Vereinen befristete Hungerstreiks durchgeführt. Etwa 350 Menschen führt jeweils fünftägige Solidaritätshungerstreiks in Straßburg durch. Auch VertreterInnen der MLKP nahmen an diesen fünftägigen Hungerstreiks teil.
Während der 52 Tage des Hungerstreiks wurden permanent Aktionen durch die kurdische Bevölkerung durchgeführt, um auf den Hungerstreik und dessen Forderungen aufmerksam zu machen. Demonstrationen, Kundgebungen und Besetzungen auf der einen Seite und Besuche bei europäischen Institutionen, politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medienvertretern auf der anderen Seite waren an der Tagesordnung. Bei verschiedensten Aktionen europaweit wurde die Solidarität mit den Hungerstreikenden auf den Straßen kundgetan.
Das Ergebnis des Hungerstreiks und der Aktionen in ihrem Umfeld ist, dass die kurdische Frage und die Isolation Abdullah Öcalans in der europäischen Öffentlichkeit stärker ins Bewusstsein gerückt worden ist. In diesem Sinne hat der Hungerstreik seinen Zweck erfüllt.
(ANF, 21.4., ISKU)

Meldungen:

Gasmasken an Soldaten im Gebiet zwischen Lice, Genç und Kulp verteilt
Wie die DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tugluk auf einer Pressekonferenz in Diyarbakir mitgeteilt hat, sind im militärischen Operationsgebiet im Dreieck zwischen Lice, Kulp und Genc Gasmasken an Soldaten verteilt worden. „Das ist ein Hinweis auf einen möglichen Einsatz von Chemiewaffen", erklärte Tugluk. In dem betroffenen Gebiet in den Provinzen Diyarbakir und Bingöl ist die seit einigen Tagen laufende und durch Luftwaffeneinsatz unterstützte Militäroperation unterdessen ausgeweitet worden. An verschiedenen Stellen ist es zu Gefechten gekommen. Auffällig ist der verstärkte Einsatz von Helikoptern. An der Operation sind 10.000 Soldaten beteiligt. Aus den umliegenden Dörfern erreichen die BDP-Provinz- und Bezirksverbände besorgte Anrufe.
Aysel Tugluk kündigte weiterhin an, am Donnerstagvormittag mit einer Gruppe in das Operationsgebiet zu fahren, um als „lebende Schutzschilde" weitere Todesfälle zu verhindern, und rief zur Beteiligung an der Aktion auf.
(ANF, 25.4.2012)

76 Jahre Haftstrafe für Mitglieder der Friedensgruppe
Gegen sieben Mitglieder der Friedensgruppe, die im Oktober 2009 von Kandil und Maxmur in die Türkei eingereist ist, wurde eine insgesamt 76-jährige Haftstrafe ausgesprochen. Das 4. Strafgericht von Diyarbakir fällte am Dienstag gegen die fünf Mitglieder der Friedensgruppe aus Maxmur jeweils eine Haftstrafe von 9 Jahren und 6 Monaten, während gegen die zwei Mitglieder der Friedensgruppe, die aus Kandil kamen, jeweils eine Haftstrafe von 14 Jahren ausgesprochen wurde. Den beiden Letzteren wurde zusätzlich zur Last gelegt, dass sie „Mitglieder der Organisation [gemeint PKK]" seien. *(ANF, 24.4., ISKU)*

Polizei auf Studentenfang: 16 Festnahmen
Unter dem Kommando des Polizeipräsidiums von Wan wurden am Dienstag in acht verschiedenen Städten der Türkei insgesamt 16 Studierende festgenommen. Die zeitgleichen Operationen der Polizei fanden in den Städten Wan, Hatay, Agirî, Reşqelas und Çanakkale statt. Bei den Festgenommenen soll es sich um Studierende handeln, die alle in Wan an die Universität

Friedliche Protestaktion in Hamburg

Am vergangenen Donnerstag protestierten acht kurdische Frauen und Männer auf einer Fähre in Hamburg gegen die Unterdrückung in der Türkei. Am Sonntag verbreiteten sie dazu eine Pressemitteilung:
Wir haben auf dem Schiff im Hamburger Hafen eine friedliche Protestaktion durchgeführt. Das Ziel war, unsere Solidarität mit den Hungerstreikenden in Strasbourg und den mehr als 1000 kurdischen hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei zum Ausdruck zu bringen. Sie befinden sich nach 50 Tagen Hungerstreik mittlerweile in Lebensgefahr. Leider werden die schlimmen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Kurdinnen und Kurden in der Türkei hier kaum wahrgenommen. Ungefähr 9000 Politiker sind im Gefängnis, immer wieder werden Zivilisten getötet. Abdullah Öcalan kann seit acht Monaten von niemandem mehr besucht werden. Er ist total isoliert. Wir fordern seine Freilassung und Frieden in Kurdistan.
Unser Protest auf dem Schiff war eine Form zivilen Ungehorsams. Wir haben ein Schiff ausgesucht, weil die Besuche von Anwälten und Verwandten bei Abdullah Öcalan immer wieder verhindert werden. (…) Wir wollten niemandem in irgendeiner Form Gewalt antun oder Schaden zufügen. Wir bedauern, wie besorgt Mütter und Kinder ausgesehen haben. Das hat uns sehr traurig gemacht. Das hat uns aber auch an die Situation der kurdischen Kinder erinnert. Sie werden oft im Alter von zehn Jahren ins Gefängnis gesteckt, weil sie an Demonstrationen teilnehmen. (...) *(jW, 21.4.2012)*

PKK- und PAJK-Gefangene beenden ihren Hungerstreik

Die inhaftierten PKK- und PAJK-Mitglieder, die sich seit dem 15. Februar im unbefristeten Hungerstreik befunden haben, haben erklärt, dass sie ihre Aktionen ab sofort beenden. Ausschlaggebend für diese Entscheidung seien die Reaktionen der Bevölkerung und der Aufruf der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK gewesen.
Die Verkündung der Beendigung des unbefristeten Hungerstreiks in den Gefängnissen der Türkei tätigte Deniz Kaya im Namen der PKK- und PAJK-Gefangenen. Kaya ging ausführlich auf die Beweggründe des Hungerstreiks ein und betonte hierbei aber auch, dass die Isolation Abdullah Öcalans weiterhin anhalte. Solange die Isolation Öcalans, die Festnahmewellen gegenüber der Bevölkerung und das Verbot für die kurdische Sprache anhalten, werde der Widerstand in aller Härte weiter anhalten, auch wenn die Hungerstreikaktion in den Gefängnissen nun zunächst ein Ende gefunden habe, so Kaya.
Kaya bedankte sich im Namen aller Hungerstreikenden für die Unterstützung des kurdischen Volkes und der Völker der Türkei. Vor allem die revolutionäre und demokratische Öffentlichkeit habe eindrucksvoll ihre Solidarität gegenüber dem Hungerstreik bekundet.

KCK Exekutivkomitee hatte zur Beendigung der Hungerstreiks aufgerufen
Am Tag zuvor hatte das Exekutivkomitee der KCK sowohl an die Hungerstreikenden in den Gefängnissen der Türkei als auch an die Hungerstreikenden in Straßburg appelliert, ihre Aktionen neu zu bewerten und gegebenenfalls zu einem Ende zu bringen. Die Hungerstreikenden dürften den Grundsatz des PKK-Vorsitzenden Öcalan, dass gerade auch im Widerstand es möglichst zu keinen Todesfällen kommen dürfte, nicht außer Acht lassen. Aus Sicht der gewissenhaften Menschen, die an die Werte der Demokratie und Menschenrechte gebunden seien, habe die Aktion bereits ihre Mission erfüllt.
Zugleich kritisierte die KCK die Haltung des Europarates und des CPT. Diese würden durch ihre Tatenlosigkeit dazu beitragen, dass die AKP-Regierung in ihrer kurdenfeindlichen Politik gestärkt wird. Daher seien der Europarat und das CPT in ihrer gegebenen Position Unterstützer eben dieser Politik.
Hinsichtlich des Hungerstreiks in Straßburg wiederholte die KCK ihre bereits zuvor gemachte Aussage, dass die Initiative bei den Hungerstreikenden selbst liege. Allerdings habe die Aktion, die nun über 50 Tage anhält, ihren Zweck erfüllt. Die Hungerstreikenden sollten vor dem Hintergrund, dass der Vorsitzende erklärt hatte, dass im Widerstand möglichst keine Todesfälle in Kauf genommen werden sollten, ihre Situation nochmals neu bewerten.
Die KCK verkündete abschließend, dass die Hungerstreiks auch als eine Warnung an die AKP-Regierung verstanden werden sollten. Werde sich an den Isolationsbedingungen Öcalans sowie an der antikurdischen Politik der Regierung nichts verändern, werde die KCK ihren Widerstand auf allen Ebenen weiter erhöhen.
(ANF, 20.4., ISKU)

→ Hungerstreik nach 52 Tagen beendet

deskreisen haben uns von dieser Sachlage noch weiter überzeugt. Wir denken auch, dass die entsprechenden Institutionen unsere Forderungen ernst nehmen und auch praktische Schritte einleiten werden.
Damit diese Institutionen ihre Arbeiten beschleunigen und ruhiger agieren können, erklären wir, dass unsere Aktion ihren Zweck erfüllt hat, und beenden mit sofortiger Wirkung unseren Hungerstreik.
Wir bedanken uns bei allen, die uns von der ersten Sekunde an nicht alleingelassen haben, die uns mit ihren Gedanken, ihrem Bewusstsein und ihren Aktionen unterstützt haben. Wir bedanken uns beim kurdischen Volk, bei unseren FreundInnen und GenossInnen aus Europa und bei den VertreterInnen der alternativen und oppositionellen Medien. Wir wollen betonen, dass wir unsere Errungenschaften als Ergebnis eines gemeinsamen und kollektiven Widerstandes ansehen.
Auch möchten wir unseren Dank gegenüber den Verantwortlichen der Kirche St. Maurice zum Ausdruck bringen. Sie haben nicht nur ihre Pforten für uns geöffnet und uns eine Obhut gegeben, sondern uns auch auf diplomatischer und anderen Ebenen bis zum Ende unterstützt. Vielen Dank hierfür."
(ANF, 21.4., ISKU)

gehen und Mitglieder des Studierendenvereis YÖDER sind. Als Grund für die Festnahme gab die Polizei an, dass die Mitglieder eine „Aktion" vorbereiten würden.
Zudem wurden in Êlih (Batman) zwei Festnahmen bei Hausrazzien gemeldet. Über die genauen Hintergründe der Festnahmen wurden keine Auskünfte erteilt.
(ANF, 24.4., ISKU)

Sprengstoffanschlag auf ein Parteigebäude der AKP
Am Sonntagabend kam es in der Provinz Liçik (Kayapinar) zu einem Bombenangriff auf das AKP-Parteigebäude. Die Identität der Täter ist nicht bekannt. Bei dem Angriff kam es zu Sachschaden. Daraufhin kam der AKP-Provinzvorsitzende von Amed (Diyarbakir) Halit Avdan zum Tatort. Er sagte aus, dass es sich bei diesem Angriff um den 48. gegen seine Partei seit Juni 2011 in Amed handeln würde.
(ANF, 24.4., ISKU)

Militär stürmt Dorf in der Provinz Şirnex
Sondereinsatzkräfte des türkischen Militärs stürmten das Dorf Xirabişerif in der Provinz Şirnex (Şırnak). Das Dorf wurde anschließend breiträumig abgeriegelt, und die einzelnen Häuser der Dorfbewohner durchsucht.
Zur Unterstützung der Operation des Militärs wurden zahlreiche Dorfschützer aus den umliegenden Regionen herangezogen. Kurz vor Stürmung des Dorfes wurden zudem die Telefonleitungen des Dorfes durchtrennt. Wie bisher bekannt wurde, sind zwei Männer und eine Frau festgenommen worden.
(ANF, 24.4., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Termine:

Veranstaltungsreihe zur Pressefreiheit in der Türkei
vom 3.-23. Mai in Kiel, Hamburg, Hannover, Berlin, Frankfurt/M., Düsseldorf, Duisburg, Ludwigshafen, Ulm und Nürnberg – genaue Termine und Informationen siehe:
http://demokratiehintergittern.blogsport.de/

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 566
04. Mai 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

„KCK-Operationen“ gegen kurdischen Arbeitgeber

Ins Ziel der aktuellen Operationen der AKP-Regierung, die unter dem Begriff „KCK-Operationen“ die Kurden und Kurdinnen zur Zielscheibe gemacht hat, sind dieses Mal die kurdischen Arbeitgeber genommen worden. Einheiten der Finanzsicherheitsabteilung Ankara haben in Gewer (Yüksekova) 42 Betriebe gestürmt und mindestens 19 kurdische Arbeitgeber festgenommen.
Die türkische Regierung hat den Startschuss für die seit einiger Zeit vorbereitete Unterdrückung kurdischer Arbeitgeber gegeben. Die AKP-Regierung, die den Gesetzentwurf „Vorbeugung der Finanzierung von Terrorismus" vorbereitet hat, hatte sich zu Operationsvorbereitungen in Istanbul getroffen.
Am 27. April kam es dann in Gewer (Yüksekova) zu den ersten Festnahmen. Es wird befürchtet, dass es zu weiteren Festnahmen kommen wird.
Der Vorsitzende der Handels- und Handwerkskammer Gewer (Yüksekova), Irfan Sarı, nannte die Operationen besorgniserregend. Er sprach von annähernd 20 Beschuldigungen gegen die festgenommen Arbeitgeber. „Nach Informationen der AnwältInnen, sind Beschuldigungen wie gefälschte Rechnungen, illegale Gewinne und finanzielle Unterstützung der Organisation darunter", so Sarı.

Gesetzliches Standbein für Operationen
Eigentlich ist im Rahmen dieser Massenoperationen schon länger ein Übergriff auf kurdische Arbeitgeber erwartet worden. Die AKP-Regierung hatte als Vorbereitung dieser Operationen den Gesetzentwurf zur „Vorbeugung der Finanzierung von Terrorismus“ dem Parlamentsvorstand vorgestellt. Die AKP bereitet mit diesem Entwurf ein System zur willkürlichen Einfrierung von Besitztümern von Personen und Institutionen vor. Dem Entwurf nach, kann eine Kommission aus bürokratischen Sicherheitseinheiten ohne Abwarten des Rechtsweges und ohne zeitliche Begrenzung die Besitztümer realer und juristischer Personen einfrieren. Die Entscheidung zur Einfrierung der Besitztümer trifft die Kommission, die sich aus dem Vorsitzenden der Einheit gegen Finanzdelikte (MASAK), dem Generaldirektor der Sicherheitseinheit des Ministerpräsidenten, dem stellvertretenden Staatssekretär des Geheimdienstes (MIT), dem stellvertretenden Staatssekretär des Innenministeriums, dem Generaldirektor für Strafsachen des Justizministeriums, dem Generaldirektor der Untersuchungs- und Geheimdienstes des Außenministeriums und dem Generaldirektor des Staatssekretärs des Schatzamtes und der Devisen zusammensetzt.
Mit diesem Gesetzentwurf können, ohne die Einleitung von Untersuchungen und nur auf Polizei- und Geheimdiensthinweise hin, Personen, die für „Terrororganisationen oder Terroristen“ Mittel beschaffen oder sammeln, bei Nichtvorliegen von anderweitigen Vergehen, die eine höheres Strafmaß verlangt, mit Gefängnisstrafen zwischen 5 und 10 Jahren bestraft werden. Diese Vergehen können bei Bediensteten des öffentlichen Dienstes um die Hälfte steigen, heißt auf 7,5 bis 15 Jahre.

Liste der zu verhaftenden Arbeitgeber ist aufgetaucht
Es war erwartet worden, dass mit diesem Gesetz insbesondere die kurdischen Arbeitgeber zum Ziel werden, die von den BDP-Kommunen Ausschreibungen erhielten. In den Medien war im Januar zu hören, dass die AKP-Regierung, ähnlich der Liste aus der Zeit Tansu Çiller's über „die PKK unterstützende Geschäftsmänner“, eine „Liste der zu verhaftenden Arbeitgeber“ zusammengestellt hat. Zunächst soll eine Liste von 60 „zu Verhaftende“ zusammengestellt worden sein, darunter Arbeitgeber, die mit BDP-Kommunen zusammenarbeiten und sowohl in Süd- als auch in Nordkurdistan Investitionen tätigen.

Entscheidung zu Operationen auf Gipfel gefallen
Die Operationen gegen kurdische Geschäftskreise wurden bei einem in Istanbul im Januar stattfindenden, geheimen Gipfeltreffen unter dem Vorsitz des Generaldirektors des Antiterrordienstes im Amt für Sicherheit auf den Tisch gebracht. An dem Gipfel nahmen die Gebietsleiter der Antiterrordienste von 15 Provinzen, darunter Ankara, Izmir, Hakkari, Diyarbakır und Mersin teil, außerdem Verantwortliche der Einheit gegen Finanzdelikte (MASAK) und Richter und Staatsanwälte des Justizministeriums. Von der Versammlung wurden nicht bewiesene, geheime Behauptungen, die den Operationen gegen kurdische Arbeitgeber den passenden Rahmen bieten sollten, aufgestellt und folgende Beschlüsse bekannt:

- Operationen werden verstärkt, um das Einsammeln von Schutzgeldern von an Ausschreibungen im Osten und Südosten teilnehmenden Geschäftsmännern zuvorzukommen. Wenn nötig sollen die Geschäftsmänner und ihre Familien Sicherheitsschutz bekommen.
- Die MASAK wird die Kontenbewegungen von Terrormitgliedern, bei denen das Sammeln von Schutzgeldern oder Spenden vermutet wird, durchleuchten und die inländischen und ausländischen Verbindungen untersuchen. Konten von denen der PKK Gelder überwiesen werden, werden den Sicherheitskräften mitgeteilt.
- Grenzposten werden verstärkt, um die Einfuhr von Schmuggelzigaretten, Alkohol, Treibstoffen und Elektrogeräten in die Türkei, die zu den wichtigsten Einnahmequellen der PKK gehören, zu verhindern.
- Um die ausländischen Finanzierung der PKK zu unterbinden, werden Interpol und das Außenministerium informiert werden.
- Durch Interpol soll gegen die als Schatzmeister der PKK bekannten Personen ein internationaler Haftbefehl erlassen werden.
- Es sollen Maßnahmen erlassen werden, die es den Richtern und Staatsanwälte ermöglichen, effektiver und schneller gegen die Gelder, die der PKK zufließen, vorgehen zu können.
- Gegen Betriebe, bei denen aktive Tätigkeiten in den Gebieten und Geldübertragungen an die PKK bekannt geworden sind, sollen innerhalb kurzer Zeit alle rechtlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Die Konten der genannten Betriebe sollen durchleuchtet werden und bei Bedarf beschlagnahmt werden.

YÖP, 28.4., ISKU

Meldungen:

Wieder Besuch der AnwältInnen bei Öcalan verhindert
In dieser Woche wurde der Besuch der AnwältInnen Öcalans mit der Begründung verhindert, dass das Boot zur Überfahrt auf die Gefängnisinsel defekt sei. Seit dem 27. Juli 2011 werden mit den Begründungen, das Boot sei defekt oder die Wetterverhältnisse zu schlecht, die Besuche zwischen Herrn Öcalan und seinen AnwältInnen verhindert. Seit 280 Tagen befindet sich Abdullah Öcalan von der Außenwelt abgeschnitten in vollkommener Isolation auf der Gefängnisinsel Imrali.

ANF, 1.5., ISKU

Bei Hausdurchsuchungen 7 Studierende festgenommen
In den frühen Morgenstunden durchsuchten Polizeieinheiten mehrere Wohnungen in der zentralanatolischen Stadt Aksaray. Über den Grund der Hausdurchsuchungen und der Festnahmen liegen noch keine Informationen vor.

ANF, 3.5., ISKU

11 Festnahmen in Dersim und Mersin
Bei Hausdurchsuchungen in Dersim und Mersin wurden insgesamt elf Menschen, darunter vier Minderjährige, festgenommen.
In Dersim kam es in den frühen Morgenstunden gegen 5 Uhr zu zeitgleichen Hausdurchsuchungen in verschiedenen Privatwohnungen. Laut ersten Angaben wurden sieben Menschen festgenommen, darunter Vertreter der BDP, Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sowie ein Mitglied von MEYA-Der (Verein der Angehörigen von Verschwundenen). Die Ursache für die Festnahmen wurde bisher weder den Angehörigen noch den Anwälten der Festgenommenen bekanntgegeben.
In Mersin wurden währenddessen in den Bezirken Akdeniz und Toros nach Hausdurchsuchungen vier Minderjährige festgenommen. Auch hier wurden keine Angaben über die Gründe der Festnahmen bekanntgegeben.

ANF, 3.5., ISKU

Qilaban: Zwei Soldaten bei Auseinandersetzung getötet
Behdînan – Nach Angaben des Pressezentrums der HPG (Volksverteidigungskräfte) kam es am Abend des 2. Mai gegen 20:30 Uhr bei Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere) zu einer Aktion der HPG gegen die türkische

Lebende Schutzschilde stoppen Militäroperation

Eine Operation des türkischen Militärs im Raum Amed wurde am 26. April durch die Aktion der „lebenden Schutzschilde“ erfolgreich gestoppt. Nachdem die DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk öffentlich machte, dass im Operationsgebiet Gasmasken an die Zivilbevölkerung verteilt worden sei, entschlossen sich kurzerhand hunderte Menschen ins Operationsgebiet zu laufen. Das Verteilen von Gasmasken wurde von der Öffentlichkeit als Indiz für den möglichen Einsatz von Chemiewaffen gegen die Guerillakräfte der HPG (Volksverteidigungskräfte) gewertet. Infolge der Aktion zogen sich die Militärkräfte aus dem Operationsgebiet zurück.

Trotz der Versuche des Militärs die Bevölkerung zurückzuhalten, schafften es die Menschen, unter denen sich auch Abgeordnete, BürgermeisterInnen und VertreterInnen verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen befanden, ins Operationsgebiet zu gelangen. Die „lebenden Schutzschilde“ marschierten insgesamt rund 13 km, bis sie ins Gebiet der Militäroperation gelangen.

Als die Menschen das Gebiet erreicht hatten, waren die Militärs bereits abgezogen. Die dort ansässigen DorfberwohnerInnen erzählten, dass die Militäreinsatzkräfte zuvor mit Hubschraubern in das Gebiet verlegt worden seien. Doch nach Beginn der Aktion der „lebenden Schutzschilde“ hätten sie sich zurückgezogen.

Im Anschluss an die Aktion wurde eine Pressekonferenz abgehalten, in der unter anderem Aysel Tuğluk zu den Anwesenden sprach. Sie bedankte sich in ihrer Rede bei allen TeilnehmerInnen der Aktion, insbesondere bei den Müttern, die trotz ihres fortgeschrittenen Alters und aller Schwierigkeiten für ein Ende der Militäroperationen demonstriert haben.

Später kam es dann aber doch noch zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und Einheiten der Volksverteidigungskräften HPG, bei denen es zu Verlusten der Guerilla gekommen sein soll.

Daraufhin machten sich in den Morgenstunden des 2. Mai abermals hunderte Personen von Amed (Diyarbakir) aus auf den Weg in Richtung des militärischen Operationsgebietes im Dreieck der Bezirke Pîran (Lice), Dara Hênî (Genç) und Pasûr (Kulp). In dem Gebiet sollen GuerillakämpferInnen der Volksverteidigungskräfte HPG bei militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der Guerilla ums Leben gekommen seien.

Die Gruppe, unter denen sich Mitglieder der BDP, des DTK, von MEYA-Der und Angehörige von HPG-Mitgliedern befinden, erklärte, dass sie sich im Operationsgebiet auf die Suche nach den vermissten GuerillakämpferInnen machen werde.

DIHA/ANF, 27.4./2.5., ISKU

Festnahme: Eine Keffiyeh ist ausreichend

Zeynel A. ist bereits seit drei Jahren unter dem Vorwand an einer illegalen Demonstration teilgenommen zu haben in Haft. Am Tag seiner Festnahme wollte er etwas zu Essen für seine Frau besorgen, denn sie hatte gerade ein Kind bekommen. Auf der Straße wurde er dann festgenommen. Er soll an einer Demo teilgenommen haben, denn er trug eine Keffiyeh, ein sogenanntes Palästinensertuch. Beweis genug.

Die Polizei hat Zeynel A. am 05. Dezember 2009 vor einem Restaurant in Amed (Diyarbakir) festgenommen und ihn der Teilnahme an einer Demo bezichtigt, die auf die Haftbedingungen Öcalans aufmerksam machen sollte. Der bei seiner Festnahme misshandelte A. sitzt nun bereits seit drei Jahren ohne einen stichhaltigen Beweis in Untersuchungshaft. Ihm wird „Mitgliedschaft und Propaganda für eine terroristische Organisation“ und „Verstoß gegen das Versammlungsrecht“ vorgeworfen. Als Beweis werden weder Bilder- noch Videoaufnahmen angeführt sondern lediglich einige Notizen und die Keffiyeh. Die Keffiyeh stellt den härtesten Beweis der Staatsanwalt und wird Zeynel A. nun schon zum 17. Mal vor den Richter bringen. Er soll während der Demonstration in Amed vermummt gewesen sein, und er soll unter anderem auch den Abtransport einer kranken Person verhindert haben. Außerdem wird ihm noch von der Anklage unterstellt, vor der Polizei davon gelaufen zu sein.

DIHA, 27.4., ISKU

Das Kollektiv Ax û Av

Das Kollektiv „Ax û Av“ in Wêransar hatte im letzten Jahr seine Arbeit mit dem Bau von ökologischen Lehmhäusern begonnen. Aktuell befinden sich elf dieser Häuser kurz vor ihrer Fertigstellung. Die Familien, welche innerhalb dieses Kollektivs ihre neue Heimat gefunden haben, sind gegenwärtig mit dem Anbau ihrer Lebensmittel beschäftigt. Während die Frauen bereits ab den frühen Morgenstunden im Gewächshaus des Kollektivs beschäftigt sind, arbeiten die Männer auf dem Acker.

Eine der Frauen, Necla İliş, berichtet, dass sich die Frauen im Gewächshaus um ihre Pflanzensprossen kümmern, die später in den Garten umgepflanzt werden sollen. Aus den Sprossen werden Tomaten, Auberginen, Gurken, Paprika und, die für das Kollektiv bekannten, Selengo-Gurken gezogen. Alle diese Sprossen werden selbstverständlich biologisch, ohne jegliche Verwendung von künstlichen Dünge- oder Spritzmitteln, angebaut. Aktuell arbeiten zehn Frauen im Gewächshaus. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Arbeit ist für den Eigenverbrauch. Nur ein bestimmter Anteil der angepflanzten Lebensmittel wird in den Verkauf gegeben. Im letzten Jahr war die Nachfrage nach Selengo-Gurken besonders hoch. Mit den Erlösen aus dem Verkauf werden dann die Kosten, die durch den Bau der Lehmhäuser entstehen, beglichen.

Der Sprecher des Kollektivs, Hamza Büyüktaş, erklärte, dass der diesjährige Anbau von Weizen die Situation der BewohnerInnen von Ax û Av (dt.: Erde und Wasser) sehr erleichtern werde. Im letzten Jahr hatte das Kollektiv nach der Gründung wirtschaftliche Probleme, doch dies werde sich durch den diesjährigen Anbau verändern, so Hamza. Auch bedankte sich der Sprecher ausdrücklich bei der Stadtverwaltung von Wêransar, die nicht nur das Grundstück für das Kollektiv zur Verfügung gestellt habe, sondern auch beim Bau der Lehrhäuser stets unterstützend zur Seite stand. Die jetzigen Häuser seien kurz vor ihrer Fertigstellung. Aber das Kollektiv werde danach noch neue Häuser in Angriff nehmen. Hamza unterstrich nochmals ausdrücklich, dass all diese Häuser nur aus natürlichen Materialien wie Wasser, Stroh und Erde gebaut werden und vor allem wirtschaftlich schwachen Familien zur Verfügung gestellt werden.

DİHA, 29.4., ISKU

Besatzerarmee bei der zwei Soldaten getötet worden sind.

ANF, 3.5., ISKU

Wieder ein Kurde durch iranisches Militär getötet

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist bei der ostkurdischen Stadt Tewrêz (Iran) vor einer Woche ein kurdischer Schmuggler durch die Kugel eines Soldaten des iranischen Regimes getötet worden. Der 32-jährige Hejar S. stammt aus der Stadt Mehabad (Mahabad).

ANF, 3.5., ISKU

Türkische Bank Albaraka in Südkurdistan eröffnet

Die türkische Bank Albaraka hat ihre erste Filiale in der südkurdischen Hauptstadt Hewler eröffnet.

Anwesend zur Eröffnungsfeier am 25. April waren beispielsweise Sinan Chalabi, der kurdische Minister für Handel und Industrie, Nawzad Hadi, Hewlers Gouverneur und Aydin Salcan, der General des türkischen Konsulats in Kurdistan.

Laut dem kurdischen Minister für Handel, erreicht der Handel zwischen der Türkei und dem Irak 12 Milliarden US-Dollar. 75 % davon mit Südkurdistan. Jedoch ist der Handel unilateral, das bedeutet, dass ausschließlich Kurdistan Güter aus der Türkei importiert.

Chalabi sagte, dass 1995 nur ein türkisches Unternehmen in Kurdistan tätig war. Heute sind es 1020 Unternehmen, so der Minister.

Die Albaraka Bank gehört der Fethullah-Gülen-Gruppe. Die Bank hat 400 Filialen, davon sind 133 in der Türkei ansässig.

DieKurden.de, 2.5., ISKU

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

Termine:

Veranstaltungsreihe zur Pressefreiheit in der Türkei

vom 3.-23. Mai in Kiel, Hamburg, Hannover, Berlin, Frankfurt/M., Düsseldorf, Duisburg, Ludwigshafen, Ulm und Nürnberg – genaue Termine und Informationen siehe:

http://demokratiehintergittern.blogsport.de/

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 567
11. Mai 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Auszüge aus einem Gespräch mit Cemyil Bayık
zur Situation in Westkurdistan /Syrien

Der kurdische Frühling

Der kurdische Frühling dauert seit zwanzig Jahren an. Die Volksaufstände in den 1990ern und die ständigen Aufstände des kurdischen Volkes haben zu großen Umbrüchen in Kurdistan mit großen Frühlingen geführt. Es gibt keine andere Revolution, bei der so viele kollektive Ergebnisse erzielt wurden wie bei der Revolution in Kurdistan. Das ist kein Widerstand, der einen Tag, sechs Monate oder ein Jahr andauert. Es ist auch kein Übergang von einer Macht zur anderen. Es ist nicht nur ein seit Jahrzehnten andauernder Kampf gegen Ausbeutung und gegen die Kräfte, die das kurdische Volk verleugnen; er hat zunächst einmal sich selbst geändert und verändert. Er hat das kurdische Volk dazu gebracht, die Freiheit und Demokratie zu lieben und sich dafür kollektiv zu widersetzen. Aus diesem Grund erlebt die kurdische Gesellschaft in zwanzig Jahren Revolution einen Frühling, der Umbrüche bringt.

Es wird vom „Arabischen Frühling“ gesprochen, dieser dauerte in Tunesien ein bis zwei Monate, in Ägypten ein paar Wochen. Der Revolutionskampf der kurdischen Freiheitsbewegung ist nicht so! Selbst wenn wir die Zeit vor 1990 nicht mitzählen, dauert der große kollektive Kampf schon fast 25 Jahre an. Er ändert sich, er verändert die Türkei, den Mittleren Osten, die Frau, die Jugend, er ändert das Politikverständnis, schafft den Willen des Individuums und des Kollektivs, er führt dazu, dass die Gesellschaft spürt, welche Kräfte sie besitzt. Dies alles wurde in diesen Jahren geschafft. Früher waren die Kurden der Autorität von Ağas, Beys und Şeyhs [Feudalherren] ausgesetzt. An ihre Stelle sind jetzt die demokratische Nation und der demokratische Willen der Gesellschaft getreten. Das kurdische Volk ist nicht mehr eine Gesellschaft, welche von anderen gelenkt wird. Aus dieser Sicht ist sie eine Gesellschaft, die den demokratischen Umbruch nachdrücklich erlebt hat. Sie hat Umbrüche in Umbrüchen erlebt. Sie hat eine emotionale Revolution, eine Revolution des Denkens, eine kollektive Revolution, eine Nationalrevolution, eine politische Revolution, eine soziale Revolution und eine Kulturrevolution erlebt. Kann es einen noch größeren Frühling geben?

Schaut man auf die kurdische Bewegung, dann sieht man, dass die ganze Gesellschaft in diesem Kampf steht. Die Stellung der kurdischen Mütter und der Frauen in diesem Kampf zeigt den Charakter dieser Revolution. Daher drückt sie, anders als bei den politischen Kämpfen oder den Bewegungen die einen Machtwechsel einleiten und „Arabischer Frühling“ genannt werden, die wahre Revolution aus. Wenn von einem Frühling die Rede sein soll, dann von dem, den die Kurden seit zwanzig Jahren erleben. Politisch gesehen zeigt die Nichtanerkennung des Rechts der Kurden auf Selbstverwaltung durch die verschiedenen Länder, die Türkei und die Kräften in der Region nicht die Mängel und Unfähigkeit dieser Revolution auf, sondern ist begründet in der Tyrannei dieser Kräfte und der Unterstützung von tyrannischen Staaten wie der Türkei durch internationale Kräfte.

Im türkischen Staat findet seit Jahrzehnten ein bisher nicht gesehener Frühling statt, bei der eine Bewegung in sich eine demokratische, soziale und kulturelle Revolution erlebt und diejenigen, die heute sagen sie unterstützen den „Arabischen Frühling“, unterstützten den türkischen Staat, der diese kollektive Dynamik unterdrückt. Das Volk Kurdistans ist seit zwanzig Jahren im Aufstand, ständig demonstriert es und widersetzt sich. In diesem Widerstand sind Zehntausende von ihnen als Märtyrer gefallen. Wer kann also behaupten, die Kurden hätten zu wenig Widerstand geleistet? Wer kann behaupten, die Kurden hätten keinen kollektiven Kampf, keinen revolutionären Kampf geführt? Der Westen unterstützt den türkischen Staat, um den Erfolg dieser Revolution zu verhindern. Aus dieser Sicht ist verständlich, dass sie gegenüber dem kurdischen Frühling stumm bleibt. Nicht, weil sie nicht erkennen oder verstehen, dass der Kampf der Kurden wirklich ein Frühling ist, sondern weil dies nicht mit ihren Interessen übereinstimmt. Sie übersehen den kurdischen Frühling, weil es ein wirklicher Frühling ist, den niemand kontrollieren kann. Sie sehen über die Politik der Unterdrückung des türkischen Staates hinweg.

Keine äußere Kraft kann die gesellschaftliche Realität, die der kurdische Frühling geschaffen hat, kontrollieren. Der Freiheits- und Demokratiegedanke hier ist tief verwurzelt. Dieses Volk hat einen Kampf geleistet, der das Bewusstsein über Demokratie und Freiheit vertieft hat. Dies hat tiefe Emotionen geschaffen. Das Bewusstsein von Freiheit und Demokratie konnte sich vertiefen. Und der Westen will solch eine freiheitliche Einstellung und ein solches Leben nicht. Sie möchten eine Gesellschaft, die sie kontrollieren, lenken und anführen können. Aber der kurdische Frühling hat die Realität einer Gesellschaft hervorgebracht, die sie nicht kontrollieren können. Das Schweigen über diesen Frühling durch den Westen ist so zu verstehen. Eigentlich haben sie es sehr gut verstanden und sehr gut gesehen, darum haben sie sich abgewandt. Der Westen zeigt Interesse für die arabischen Bewegungen, weil er annimmt, diese bequem kontrollieren und lenken zu können. Erkennbar ist, dass sie diese Bewegungen, die ohne Führung und Organisation sind, schon gelenkt haben. Ohne Zweifel hat der „Arabische Frühling“, wie die Volksbewegungen genannt werden, eine neuen arabischen Geist, eine neue Realität des Mittleren Ostens geschaffen. Es wird weitaus schwieriger werden, die Völker im Mittleren Osten wie früher zu lenken und zu führen. Auch wenn diese Völker gegenwärtig kontrolliert gelenkt werden, werden sie zukünftig ihren eigenen Willen aufzeigen. Plump gesagt: Der Geist ist raus aus der Flasche.

Die internationalen Kräfte haben in der derzeitigen Situation einen Teilerfolg damit erzielt, die Volksbewegungen für ein neues System des Mittleren Ostens auf eine Linie zu bringen. Aber da sie den kurdischen Frühling bzw. die gesellschaftliche Realität der Kurden aufgrund ihres Charakters nicht lenken können, schweigen sie darüber und unterstützen den türkischen Staat dabei, die Bewegung zu unterdrücken und unwirksam zu machen. Sie schauen weg bei den Angriffen und bemühen sich darum, kollaborierende Kurden hervorzubringen, die ihnen ergeben sind und ihre Forderungen erfüllen.

Der kurdische Frühling ist so stark und wirkungsvoll, dass es unmöglich ist, diese gesellschaftliche Realität in die alte Gestalt zurückzuwandeln und daraus eine kontrollierbare Gesellschaft zu schaffen.

→

Meldungen:

Anwaltsgespräche bei Öcalan erneut abgelehnt

Die letzten Anwaltsgespräche mit Abdullah Öcalan haben am 27. Juli 2011 stattgefunden. Immer wieder wurden die Besuche mit der Begründung abgelehnt, dass entweder das Wetter zu schlecht oder das Boot für die Überfahrt auf die Gefängnisinsel defekt sei.

Abdullah Öcalan ist nun schon seit 289 Tagen in vollkommener Isolation ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt auf der Gefängnisinsel Imrali.

(ANF, 10.5., ISKU)

Wan: Festnahmewelle gegen Frauenaktivistinnen

In den frühen Morgenstunden des 4. Mai wurden in Wan bei Hausdurchsuchungen insgesamt 14 Frauenaktivistinnen der BDP und ein Mann festgenommnen.

Bei den festgenommenen Frauen handelt es sich um Mitglieder der BDP und Mitarbeiterinnen von VAKASUM. Auffällig ist, dass die Festnahme zeitlich kurz vor der Durchführung einer geplanten Demonstration zum Andenken an eine verstorbenen Guerillakämpferin und ein ehemaliges Mitglied des Frauenrates von Wan stattgefunden haben.

(ANF, 4.5., ISKU)

Weitere Festnahmen in Cizîra und Wan

In Cizîra haben Spezialeinheiten der Anti-Terrorabteilung der Polizei mehrere Wohnungen durchsucht. 12 Personen wurden im Rahmen der Razzien festgenommen, gegen 11 wurde ein Haftbefehl ausgestellt und diese in ein Gefängnis überstellt. Ihnen wird vorgeworfen, „Mitglied der Organisation“ zu sein oder „Unterstützung für die Organisation“ zu leisten.

Bei Hausdurchsuchungen in Wan vor zwei Tagen wurden 4 Personen festgenommen, gegen zwei von ihnen wurde ein Haftbefehl als „Kader einer Organisation“ ausgestellt.

(ANF, 5.5., ISKU)

Militärische Auseinandersetzungen in Nordkurdistan/Türkei

Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte berichtet, dass bei einem Angriff der Guerilla gegen eine Militärstation bei Hênê in der Provinz Amed am 4. Mai zwei Soldaten getötet worden sind. Nach dem Angriff der Guerilla startete die

Gericht stärkt Versammlungsfreiheit

Nach der Absage der Stadt Neuss hat der Vorstand von YEK-KOM das 19. Kurdistan-Kulturfestival im August 2011 als Versammlung beim Polizeipräsidenten Düsseldorf angemeldet, um das Festival auf den Düsseldorfer Rheinwiesen durchzuführen. Daraufhin stellte der Polizeipräsident Düsseldorf mit förmlichem Bescheid fest, dass es sich beim Kurdistan-Kulturfestival um eine reine Musik-und Tanzveranstaltung handele, die als „öffentliche Vergnügungsveranstaltung“ nicht unter dem Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit des Artikels 8 des Grundgesetzes stehe. Das Festival könne daher nicht wie angemeldet in Düsseldorf stattfinden.

Da nicht hingenommen werden kann, die Darstellung der in der Türkei nch immer weitgehend verbotenen und unterdrückten kurdischen Kultur und Identität zur „Vergügungsveranstaltung“ zu degradieren und aus dem Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit auszugrenzen, hat YEK-KOM Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben.

Mit Urteil vom 4.4.2012 hat das Gericht nunmehr entschieden, dass das Vorgehen des Polizeipräsidenten rechtswidrig gewesen ist und das Kurdistan-Kulturfestival als Versammlung im Sinne von Art. 8 Grundgesetz hätte behandelt und geschützt werden müssen. Wir begrüßen diese Entscheidung als Schritt zur Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten, gerade auch für die Kurdinnen und Kurden in Deutschland. Die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gelten auch für die öffentliche Darstellung der kurdischen Kultur und Identität.

(YEK-KOM,4.5., ISKU)

Appell eines „Artikel-Terroristen“

Seit langer Zeit sitzt er im Gefängnis. „Er ist Häftling der F-Typ Gefängnisse, von denen gesagt wird, dass sie wie in der Tristheit der Todesstile absackende Gräber konzipiert sind.

Seit Jahren habe ich Mahmut Alınak nicht mehr gesehen. Seit langem ist er inhaftiert. Er sitzt in einer Zelle im Kandıra F-Typ Gefängnis Nr.2.

Sein Vergehen?

Mit den verfassten Artikeln soll er „Terrorismus“ begangen haben!

Also wurden „Meinungsvergehen“ begangen.

Sein Sohn, der Anwalt Halit Sinan Alınak, hat die Artikel seines Vaters (auch die im Gefängnis verfassten) unter dem Titel „Artikel-Terrorist“ veröffentlicht. (*).

Ein Teil des auf den 5. März 2012 datierten Artikels „Als Türke im kurdischen Staat“ findet in meiner Kolumne Platz.

Wenn es einen kurdischen Staat geben sollte, welcher die Rechte der anderen Völkern aberkennt, könnte ich es nicht ertragen, ein Kurde dieses Staates zu sein. Ohne zu zögern würde ich dem Kurdentum entsagen. Ich würde einer werden, dessen Rechte beraubt worden sind.

Wenn beispielsweise die offizielle Sprache dieses Staates Kurdisch wäre, und im Parlament die ParlamentarierInnen der anderen Völker nicht in ihrer Muttersprache sprechen würden, sondern gezwungen wären, Kurdisch zu sprechen ...

Wenn in den Gerichtssälen die Verteidigung auf Türkisch und anderen Sprachen verhindert würde und nur das Sprechen von Kurdisch erlaubt wäre ...

Wenn in der Schule Türkisch und andere Sprachen verboten würden, und sämtlicher Unterricht auf Kurdisch abgehalten würde ...

Wenn die nichtkurdischen Kinder gezwungen wären, einen rassistischen Schwur auf Kurdisch, wie „Ich bin Kurde, ich bin gut, ich bin fleißig“ abzuhalten...

Wenn es bei offiziellen Institutionen verboten wäre, Schreiben in Türkisch und anderen Sprachen zu verfassen ...

Wenn in den öffentlichen Ämtern der Gebrauch von Türkisch und anderen Sprachen verboten wäre und einzig Kurdisch gestattet wäre ...

Wenn die alten Namen der Dörfer, von denen jedes einzelne über eine lange historische und gesellschaftliche Geschichte verfügt, in kurdische Namen umgeändert würden ...

Wenn die Völker, deren Identität verboten ist, kein Recht hätten, ihren Kindern die gewünschten Namen zu geben ...

Wenn der kurdische Ministerpräsident während seinen Auslandsreisen in seinen Reden davon spricht, dass „Assimilation das größte Menschheitsverbrechen ist“, und im Inland die Assimilation der TürkInnen, LazInnen, AssyrerInnen, ArmenierInnen, AraberInnen ... vorantreiben würde ...

Würde ich mich schämen, Kurde zu sein. Ich würde Türke werden. Würde Tscherkese, Laze, Armenier, Araber, Assyrer werden.

(…)

Einige könnten glauben, dass wir frei sind. Unsere Freiheit sind die roten Fäden des Staates. Sobald einer dieser Fäden angefasst wird, ist der Ort, an den wir geschickt werden, ohne zu schauen, um wen es sich bei uns handelt, das Gefängnis.

Mahmut Alınak schreibt in dem im Gefängnis verfassten Artikel „Liebe im F-Typ“ folgendes:

„Die F-Typ Gefängnisse sind wie in der Tristheit der Todesstile absackende Gräber konzipiert. So dass selbst Mäuse hier nicht unterkommen können.

Wenn die Entwickler dieses Projektes erfahren würden, dass hier eine Liebe erfahren wird, welche jede andere Liebe im Schatten stehen lässt und ein Paradies auf Erden schafft, würden sie wahrscheinlich aus Fassungslosigkeit ihre kleinen Zungen schlucken.

Selbst die Träume haben in den Gefängnissen einen anderen Geschmack und Klang.

Ein Stück Himmel, den wir von unserem Hof erblicken können, die Sonne, der Himmel, die Wolken, Sterne, und die vorbeifliegenden Vögel ...

Alles ist ganz anders ...

Alles ist viel tiefer ...

Von den Apfel- und Zitronenkernen, die ich auf die Fensterbank gelegt habe, bis hin zur mit Wasser gefüllten Flasche.

Abwarten ob sie ergrünen werden?

Hoffnungsvoll werde ich warten.“

Mahmut Alınak ertönt so aus dem Gefängnis. Leider vermag mir nichts als dem „Artikel-Terroristen“ die baldige Freiheit zu wünschen ...

** Mahmut Alınak; „Artikelterrorist“; ehemaliger Abgeordneter von Kars; ehemaliger Vorsitzender der DTP Kars*

(Hasan Cemal, Mi, 1.5., ISKU)

→ Der kurdische Frühling

Die Geschichte dieser Revolution und der Wille, die freiheitlich-demokratische kurdische Realität, die sich durch diese Revolution mit neuen Umbrüchen in sich selbst entwickelt hat, wird seine Anerkennung sowohl durch den türkischen Staat als auch durch die westlichen Kräfte erzielen. Früher oder später wird das kurdische Volk mit seiner organisierten Kraft und seiner freiheitlich-demokratischen Haltung alle Kräfte dazu bringen, seinen demokratischen Willen anzuerkennen. Wenn der demokratische Wille des kurdischen Volkes anerkannt wird, werden alle Völker des Mittleren Ostens und die gesamte Menschheit gewinnen. Jede/r, der Demokratie und Freiheit fordert, wird gewinnen. Wir können ruhig sagen, dass eine solche Demokratisierung und Befreiung die Ergebnisse der Geschichte des kurdischen Frühlings sind, nicht nur in Kurdistan, sondern auch in der Türkei und im Mittleren Osten seine Wirkung zeigen wird.

(YÖP, 3.5., ISKU)

türkische Armee eine breitangelegte Operation in der Region, bei der auch Panzer und Kampfhubschrauber eingesetzt wurden.

In der Provinz Şirnex nahm die türkische Armee laut Pressezentrums der HPG am Nachmittag des 4. Mai die Umgebung von Qilabana (Uluder) für zwei Stunden mit schwerer Artillerie unter Beschuss.

(ANF, 5.5., ISKU)

19 Festnahmen in Ömerli und Amed

In verschiedenen Dörfern des Bezirks Ömerli, zugehörig zur Provinz Mêrdîn, sowie in Amed wurden insgesamt in 24 Wohnungen durchsucht. 19 Personen wurden festgenommen.

Laut einer schriftlichen Erklärung des Gouverneurs von Mêrdîn wurden die Razzien im Rahmen der KCK-Operationen durchgeführt. Zudem werde fünf weitere Personen noch gesucht, so der Gouverneur. Die festgenommenen Personen wurden zum Verhör auf die Wache der Gendarmarie gebracht.

(ANF, 4.5., ISKU)

Syrische Milizen greifen Kurden an: 12 Tote und 58 Verletzte

Am Abend des 9. Mai griffen arabische Milizen des Regimes die kurdischen Viertel Şixmeqsud und Eşrefi in Aleppo an. Daraufhin kam es zu Gefechten zwischen den kurdischen Volksschutzkomieetes der kurdischen Partei PYD und den Milizen.

Dabei wurden drei Kurden und eine 60-jährige Araberin getötet. Außerdem wurden mindestens 28 Kurden verletzt. Auf der Seite der Angreifer wurden acht Araber getötet und mindestens 30 verletztet.

Die Volksschutzkomitees kontrollieren die Ein- und Ausgänge der kurdischen Viertel.

(DK, 10.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
DK	DieKurden.de
Mi	Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 568
18. Mai 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Demokratischer Kongress der Völker will Partei werden

Am ersten Tag der ersten Generalversammlung des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) wurde entschieden den Weg zu Parteiwerdung anzutreten. Der Demokratische Kongress der Völker bleibt weiter erhalten und die entstehende Partei soll Teil dieses Kongresses werden. Alle beteiligten Gruppen innerhalb des Kongresses können selbst entscheiden, ob sie Teil der Partei werden wollen.

Nachdem zunächst die politische Situation der Türkei auf der Generalversammlung diskutiert worden ist, wurden neben der Entscheidung der Parteiwerdung auch weitere wichtige Beschlüsse gefasst. So wurde eine Vernetzung und Zusammenarbeit aller Antikriegsbewegungen im Land beschlossen, um der kriegstreibenden Politik der AKP-Regierung entschlossen entgegentreten zu können. Zudem stellte der HDK die Forderung auf, dass für den Frieden unmittelbar direkte und indirekte Gespräche zwischen der AKP-Regierung und der PKK und ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan geführt werden müssen. Außerdem hat der HDK beschlossen, Arbeiten hinsichtlich der Demokratischen Autonomie aufzunehmen.

HDK: Die Identitäten der Völker müssen geschützt werden

Am zweiten Tag der Generalversammlung des HDK wurden die Berichte der verschiedenen Kommissionen vorgetragen und von der Generalversammlung abgeändert oder bestätigt. Yildiz Imrek sprach im Namen der Verfassungskommission zur Generalversammlung und trug die Vorschläge der Kommission für eine neue Verfassung in der Türkei vor. So wurden unter anderem folgende Forderungen für eine neue Verfassung durch den HDK diskutiert:

- Recht aller Völker ihre Sprache und Kultur frei zu entwickeln
- Recht auf Unterricht in der Muttersprache
- Akzeptanz der Demokratischen Autonomie
- Garantie der Gedanken-, Meinungs- und Organisierungsfreiheit
- Recht aller Arbeiter auf Organisierung in Gewerkschaften und Wahrung des Rechts auf Streik
- Wahrung des laizistischen Staates, bei gleicher Distanz zu allen Religionen
- Gleiche Repräsentanz der Frauen auf allen Ebenen
- Beendigung jeglicher Diskriminierung
- Unabhängigkeit der Justiz
- Vollständige Autonomie für Wissenschaften, Kunst und Kultur
- Ende der Religionsunterrichtspflicht an den Schulen
- Aufhebung der Wahlhürden und ein Ende für politische Betätigungsverbote
- Recht auf Verweigerung des Dienstes an der Waffe
- Recht auf kostenlose Wasserversorgung
- Schutz des kulturellen Reichtums

Nachdem die Vorschläge durch die Sprecherin der Verfassungskommission vorgetragen worden sind, wurden sie für die Diskussion eröffnet. In der Diskussion mahnte Gençay Gürsoy, dass man in der Phase der Verfassungsarbeiten äußerst achtsam sein müsse. Zu denken „eine kleine Änderung ist besser als nichts" sei das falsche Verständnis, so Gürsoy. Tuncel fügte in der Diskussion hinzu, dass die Demokratische Autonomie nicht nur ein Lösungsmodell für die Kurden sei, sondern auch ein Modell sei, welches für die anderen Völker der Türkei eine Lösung darbiete. Nach der Diskussionsphase wurden alle Verfassungsvorschläge durch die Generalversammlung akzeptiert.

(ANF, 12./13.5., ISKU)

Festnahmeterror der AKP-Regierung geht weiter

Die AKP-Regierung hält weiter an ihrer Gewalt- und Unterdrückungspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung fest. Während in den Bergen die militärischen Operationen gegen die Guerillakräfte der HPG unvermindert fortgesetzt werden, nehmen in den Städten und Dörfern die Festnahmewellen auch kein Ende. So wurden allein am 15. Mai in den Städten Wan, Istanbul, Balıkesir, Şirnex und Mersin mindestens 62 Menschen festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich mehrere BDP-FunktionärInnen, aber erneut auch wieder SchülerInnen.

In Wan wurden bei den Razzien insgesamt 20 Menschen festgenommen. Neben BDPlern und DTKlern befinden sich unter den Festgenommen auch VertreterInnen verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie Meya-DER und Kurdi-DER. Während in Hezex ebenfalls zwei BDP-Vertreter festgenommen wurden, hat die Polizei nicht nur die BDP sondern auch ihre Jugendorganisation DYG zum Ziel ihrer politischen Operationen erklärt. So wurden in Istanbul bei zeitgleichen Razzien in mehreren Stadtteilen mindestens 20 Menschen festgenommen.

In Balikesir waren gestern vor allem die Studierenden Ziel der Festnahmewellen. So wurde gestern von mindestens 10 festgenommenen Studierenden berichtet. Zudem wurden gestern von drei festgenommenen BDPlern in Balikesir berichtet. Am 16. Mai kamen in Balikesir ein Student und ein weiterer BDPler auf die Liste der Festgenommenen hinzu.

Auch in Mersin gibt es seit zwei Tagen Meldungen von Festnahmen. Gestern wurden bei Hausrazzien insgesamt sechs Menschen festgenommen. Heute kamen zwei weitere hinzu. Die Polizei gab bekannt, dass die Hausdurchsuchungen im Rahmen der KCK-Operationen stattfinden.

Eine weitere Meldung zum Festnahmeterror der AKP kam gestern Nacht aus Cizîr. Dort wurden insgesamt sieben Jugendliche, darunter ein Minderjähriger, bei Hausdurchsuchungen festgenommen. Den Grund für die Festnahmen gab die Polizei nicht bekannt.

(ANF, 16.5., ISKU)

Meldungen:

HPG veröffentlichen viermonatige Kriegsbilanz

Das Hauptquartier der HPG hat die Kriegsbilanz der ersten vier Monate dieses Jahres veröffentlicht. So führte die türkische Armee 48 militärische Operationen sowie 109 Luft- und Artillerieangriffe durch. Die Guerilla der HPG (Volksverteidigungskräfte) führte 41 Aktionen durch. 121 Soldaten verloren ihr Leben, 35 wurden verletzt. Auf Seiten der HPG sind 79 Guerillakämpfer ums Leben gekommen, sechs sind in die Hände des türkischen Militärs geraten. Bei den militärischen Operationen habe das türkische Militär versucht die Nachteile der Guerilla aufgrund der winterlichen Bedingungen auszunutzen und habe zudem stets auch auf die Unterstützung von Kontra-Einheiten, Agenten und Kollaborateuren zurückgegriffen, so die HPG. Die HPG ihrerseits hat durch ihre Aktionen unter anderem eine Aufklärungsdrohne zerstört und zudem eine Vielzahl schwerer militärischer Waffen konfisziert oder vernichtet.

(ANF, 12.5., ISKU)

Operationen des türkischen Militärs halten an

Im Dreieck Mûş, Çewlîk und Amed halten die Militäroperationen unvermindert an. In den frühen Morgenstunden wurden weitere Soldaten in das Gebiet gebracht. Unterstützt werden die Bodentruppen dabei aus der Luft. *(DIHA, 15.5., ISKU)*

Bewaffneter Angriff auf Gefängniswärter in Amed

Ein Gefängniswärter des E-Typ-Gefängnisses von Amed wurde, als er am Abend das Gefängnis verließ, durch eine unbekannte Person bewaffnet angegriffen. Während der Gefängniswärter im verletzten Zustand ins Krankenhaus eingeliefert wurde, hat die Polizei in der Stadt eine Großfahndung aufgenommen.

(ANF, 15.5.,ISKU)

Guerillakräfte der HPG nehmen AKP-Vorsitzenden von Pasûr fest

Bei Straßenkontrollen der Volksverteidigungskräfte (HPG) auf der Landstraße zwischen Amed und Muş, wurde der AKP-Vorsitzenden des Bezirkes Pasûr (Kulp) Veysel Çelik von ihnen festgenommen. Nachdem die Festnahme von Çelik öffentlich wurde, hat das türkische Militär mit einer

Aufruf der YXK zu Blockupy Frankfurt

Die Kapitalistische Moderne, wie wir sie kennen und wie sie sich bis heute ausbreiten konnte, befindet sich in einer Krise, da sie ihre Grenzen erreicht hat. Ihre Säulen in Form von Industrialisierung, Nationalstaat und Monopolisierung sowie Homogenisierung der Gesellschaft, geraten allmählich ins Wanken. Ein Chaosintervall der zivilisatorischen Entwicklung hat eingesetzt und ein Umbruch findet statt. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, in welche Richtung sich die Entwicklungen vollziehen sollten und gerade weil sich diese Vorstellungen in konkreten gesellschaftlichen Widersprüchen niederschlagen, stellt es eine Notwendigkeit dar, sich nicht widerstandslos den Plänen der Herrschenden in Form der neuen Weltordnung hinzugeben. Genauso wie gesellschaftliche Bewegungen im Nahen Osten, etwa die kurdische Freiheitsbewegung bereits erbitterten Widerstand gegen das Greater Middle East-Project leisten, ist es an der Zeit auch im Gehirn der Kapitalistischen Moderne, nämlich den „hochentwickelten“ Metropolen des „Westens“, nicht nur ein Zeichen gegen das Diktat der Herrschenden zu setzten, sondern die gesellschaftlichen Widersprüche aufzugreifen und diese Auseinandersetzungen zu nutzen, um der Kapitalistischen Moderne gemeinsam den Kampf anzusagen. Es liegt nun an uns allen der Kapitalistischen Moderne in das Grab zu verhelfen, an dem sie selbst so kräftig gegraben hat. Nur solidarisch können wir diesen Kraftakt stemmen, ohne der Gefahr von Herrschaft, Macht und Gewalt in die offenen Arme zu laufen.

Dieses Unterfangen mag noch den Anschein haben, einem Anrennen gegen die Windmühlen gleichzukommen. Doch gibt es bereits überall auf der Welt erfolgreiche Ansätze, die uns Hoffnung geben nicht nur ein halluzinierender alter Mann zu sein, sondern eine aufbrechende Gemeinschaft, die sich dem Abenteuer stellt, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und ihre Träume und Utopien Wirklichkeit werden zu lassen.
Die kurdische Freiheitsbewegung begreift sich als ein Teil dieses weltweiten Aufbruchs und macht von ihrem Glück Gebrauch, mit einer gesellschaftlichen Bewegung in die Zukunft schreiten zu dürfen. In den letzten 30 Jahren ist es dieser Bewegung gelungen der Vernichtung der kurdischen Gesellschaft Einhalt zu gebieten und stattdessen den Raum für eine dynamische Zivilgesellschaft zu erkämpfen. Sie hat Millionen von Menschen unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Klasse, ihres Alters oder ihrer ethnischen Herkunft mit ihrem Beispiel inspiriert und verbreitet, diskutiert und entwickelt Ideen für ein gemeinsames Miteinander und einen Weg in eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft.
Der kurdische Aufbruch ist nur einer von vielen und in diesem Sinne sind wir nur ein kleiner Teil des globalen Widerstandes gegen die herrschenden Verhältnisse. Wir alle möchten der Ausbeutung, Herrschaft und Entfremdung ein Ende bereiten und dies können wir nur gemeinsam erreichen. Daher ist es uns eine Herzensangelegenheit vom 16. bis 19. Mai mit GenossInnen und FreundInnen in Frankfurt auf die Straßen und Plätze zu gehen und die demokratische Einheit in der würdevollen Vielfalt zu suchen.
Dass uns die Herrschenden diese bessere Zukunft nicht einfach so schenken und sich nicht zuletzt des Staates als Organ der Repression bedienen werden, ist eine traurige Selbstverständlichkeit. Daher ist es umso wichtiger, deutlich zu machen, dass wir uns die bessere Zukunft und den gemeinsamen Weg dorthin – wenn es sein muss – einfach nehmen werden. Für uns gibt es keine Alternative zur Alternative, so wie die kurdische Freiheitsbewegung sagt: An azadî, an azadî! Entweder Freiheit oder Freiheit!

Aus diesem Grund rufen wir als Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) nicht nur unsere eigenen Mitglieder, sondern alle Menschen, die sich etwas besseres als die herrschenden Verhältnisse wünschen, dazu auf, vom 16. bis 19. Mai gemeinsam an den vielfältigen Aktionen von Blockupy Frankfurt teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.
Die Internetseite des Verbands der Studierenden aus Kurdistan - YXK: *www.yxk-online.com*
email: *info@yxk-online.com*

Hinrichtung und Todesurteile gegen Gefangene im Iran

Am 30.4.2012 wurde im Iran der kurdische politische Gefangene Jengiz Muhamad Majidy hingerichtet. „Wir trauern gemeinsam mit den Freunden und Verwandten und kritsieren diese Hinrichtung auf Schärfste.“
Seit Anfang Mai 2012 verurteilten iranische Gerichte vier weitere kurdische politische Gefangene zum Tode: Sirwan Nejewy, Braym Isapur, Smko Xurschidy sowie Hoschang Rezaie.
Sirwan Nejewi und Braym Isapur, waren am 5. Juli 2011 von Sicherheitskräften in Serdesht verhaftet worden. Nun hat sie die 3. Kammer des Mehabad-Revolutions-Gerichts zum Tode verurteilt. Sie hätten mit ihren politischen Aktivitäten in kurdischen Parteien in Feindschaft zu Gott gestanden, heißt es in der Urteilsbegründung. Die Aktivisten waren seit ihrer Inhaftierung ohne Kontakt zur Außenwelt und wurden vor kurzem nach Urmiye verlegt.
Immer wieder wird berichtet, dass Geständnisse von iranischen Behörden durch Folter erpresst werden, bevor die Gerichte die Betroffenen in oft nur fünfminütigen Verfahren, meist ohne anwaltlichen Beistand, verurteilen.
„Wir sind in großer Sorge um das Schicksal der zum Tode verurteilten. Als prinzipielle GegnerInnen der Todesstrafe hoffen wir, dass der Iran sich darauf besinnt, dass lediglich Dialog und Kommunikation, nicht jedoch Folter und Hinrichtungen politische Probleme lösen können,“ so die Mitglieder des Vorstands der Föderation der politischen Gefangenen in Kurdistan (FPPK).
Insgesamt befinden sich zurzeit 16 zum Tode verurteilte kurdische politische Gefangene in den iranischen Gefängnissen:

1. Sherko Mearifi
2. Hebibulla Gulperipur
3. Reshid Axkendi
4. Hebibulla Letifi
5. Mustafa Selimi
6. Enwer Rostemi
7. Seyid Cemal Mohemmedi
8. Ezîz Mohammedzade
9. Seyid Sami Huseni
10. Zanyar Muradi
11. Luqman Muradi
12. Behruz Alaxani
13. Sirwan Nejewi
14. Braym Isapur
15. Hoschang Rezaie
16. Smko Xurschidy

(FPPK, 14.5., ISKU)

großen Anzahl an Soldaten eine Operation in dem Gebiet gestartet. Bei den anschließenden Gefechten am Tag nach der Festnahme wurden laut letzten Meldungen mindestens zwei Dorfschützer verletzt. Die Gefechte halten weiter an, wobei örtliche Quellen berichten, dass das türkische Militär das Gebiet auch aus der Luft bombardiert.
Die Pressestelle der HPG gab ebenfalls bekannt, dass bei Gefechten in Colemêrg/Çelê (Hakkari/Çukurca) zwischen den Guerillakräften und dem türkischen Militär mindestens drei Soldaten getötet worden sind. *(ANF, 14.5., ISKU)*

Rekordhaftstrafe gegen BDPler in Agirî
Gegen zehn BDPler, die im Januar 2011 im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen festgenommen worden waren, wurde durch ein Gericht in Erzîrom die Rekordhaftstrafen von zwischen 10 bis 20 Jahren ausgesprochen. Rechnet man die Haftstrafen der zehn Personen zusammen, kommt man auf 170 Jahre.
Den Angeklagten wurde „Mitgliedschaft in der Organisation [gemeint PKK]“ und „Ausübung von Bildungsarbeiten für die Organisation“ vorgeworfen. Die Angeklagten hatten während der gesamten Verhandlung darauf bestanden, sich in ihrer kurdischen Muttersprache verteidigen zu wollen, was das Gericht mit allen Mitteln zu unterbinden versucht hat. *(ANF, 15.5., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
FPPK	Föderation der politischen Gefangenen in Kurdistan

Termin:

25.-27. Mai
Kurdische Filmtage in Köln
In insgesamt sieben Vorstellungen zeigt der Verband der Studierenden aus Kurdistan Spiel-, Kurz- und Dokumentarfilme im *Filmforum im Museum Ludwig* in Köln. Nährere Informationen unter : *www.yxkonline.de*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 569
25. Mai 2012

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Roboski und die Verantwortung der US Regierung

Am 28. Dezember 2011 bombardierten Kampfflugzeuge der türkischen Armee eine Gruppe von Schmugglern in Roboski/Sirnak. Eine Untersuchungskommission zivilgesellschaftlicher Organisationen und Abgeordneter der BDP sowie eine Delegation von Abgeordneten der Partei die Linke aus Hamburg stellten bereits im Januar 2012 fest, dass die Militärs in dem Bewusstsein agiert haben müssen, dass es sich bei den Bombardierten um Zivilisten handelte. 34 hauptsächlich jugendliche Menschen starben bei dem Angriff.

In einem Artikel im Wall Street Journal befassten sich nun die Journalisten Adam Entous und Joe Parkinson mit diesem Kriegsverbrechen.

Eine amerikanische Drohne des Typs Predator hatte die Schmuggler mit ihren Maultieren zuerst beobachtet. „Als diejenigen Soldaten, die die Bilder-Drohne auswerteten, Menschen in schweren Jacken entdeckten, sei nicht klar gewesen, ob es sich bei den Beobachteten um Schmuggler oder Guerillas handelt. Unsere Soldaten gaben die Informationen an die türkische Seite weiter und wurden dann aufgefordert die Drohne an einen anderen Ort zu steuern. Weitere Aufnahmen hätten jedoch Klarheit über die Identität der Schmuggler verschaffen können", so ein Verantwortlicher aus dem amerikanischen Verteidigungsministeriums.

Die Verantwortung der USA sei aufgrund des wachsenden weltweiten Einflusses sehr groß. Das Weiße Haus und der Kongress müssten sich die Frage stellen, wie weit den Verbündeten bei einer unkontrollierten Weitergabe von Informationen getraut werden könne. Das gelte insbesondere in Bezug auf die Drohnen, heißt es in dem Artikel im Wall Street Journal.

Die Regierung Obama nutze diese fortschrittliche Technologie, um eine sicherere und kostengünstige Form militärischen Handelns zu etablieren. Zur Verringerung des Risikos für amerikanische Bodentruppen würde eine sehr enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen regionalen Bündnispartnern gesucht. In Pakistan und Somalia, wo die Regierungen nicht gegen Militante vorgehen würden, stationieren die USA bewaffnete Drohnen und Sondereinheiten, um vermeintliche Terroristen zu töten. Im Jemen werden die Drohnenangriffe dagegen von der Regierung genehmigt. In der Türkei, die eine moderne Luftwaffe einsetzt, würden die von Drohnen gesammelten Informationen lediglich weitergegeben.

Auf jeden Fall fehle im letzteren Fall jegliche Kontrolle über den Umgang des türkischen Militärs mit den Erkenntnissen. Da unterschiedliche Standards und Einschätzungen in Bezug auf die Notwendigkeit einer etwaigen militärischen Attacke bestehen können, sei die Weitergabe eine sehr heikle Angelegenheit, so Entous und Parkinson. Auch der Republikaner Mike Rogers, Vorsitzender des Geheimdienstausschusses, stelle sich die Frage, was passieren kann, wenn unverantwortliche AkteurInnen derart sensible Informationen erhalten. George Little, Pressesprecher des Pentagon, sagte in Bezug auf das Roboski-Massaker: „Diesen Vorfall kann ich nicht kommentieren. Die USA legen sehr großen Wert auf eine funktionierende militärische Zusammenarbeit mit der Türkei."

Seit 2007 liefern US-Drohnen der türkischen Armee Informationen. Entscheidende Personen im US-Kongress wollen verhindern, dass diese Technologie zu weit verbreitet wird und kritisieren die türkischen Standards in Bezug auf militärisches Eingreifen. Daher wollen sie einen Export der Drohnentechnologie verhindern. Andere Kongressmitglieder würden gerne das militärische Bündnis in den Vordergrund stellen und die Türkei mit Drohnen versorgen.

In dem Artikel lassen die beiden Journalisten auch Mitglieder der Familie Encu, aus der die meisten Betroffenen des Massakers von Roboski stammen, ausführlich zu Wort kommen. Deutlich wird dadurch das menschenverachtende Vorgehen des Militärs, und dass die türkische Armee sich darüber bewusst sein musste, dass es sich bei den von der Drohne Beobachteten um Schmuggler handelte. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Hamburger Delegation hatten bereits Anfang Januar anhand von Zeugenaussagen und der Auswertung von Spuren festgestellt, dass das Militär bewusst Zivilisten angriff. Türkische Abgeordnete hatten die Drohnenbilder ausgewertet und berichtet, dass die Menschen eindeutig als Schmuggler zu erkennen waren. Die örtliche Jandarma (Militärpolizei) war über jeden Gang der Schmuggler informiert, da sie illegale Zollabgaben kassierte. Zudem nutzen Guerillas keine großen Wege wie die Schmuggler und bewegen sich nie in derart auffälligen Gruppen mit Maultieren. Auch das muss den für den Einsatz Verantwortlichen in Ankara bewusst gewesen sein.

Die Verantwortlichen türkischen Militärs hätten mehrere Anfragen des Wall Street Journals nicht beantwortet. Auch der Innenminister und der Verteidigungsminister waren nicht zu einer Stellungnahme bereit, beschreiben Adam Entous und Joe Parkinson deren Verweigerungshaltung. Die Morde würden sich in jedem Fall negativ auf einen Konsens über die geplante neue Verfassung sowie eine Lösung der kurdischen Frage auswirken.

Ein ehemaliger hochrangiger Militär, der bis vor kurzem nachrichtendienstlich mit der Türkei zusammengearbeitet hatte, sagte, dass er und weitere Offiziere des Öfteren sehr besorgt über die türkischen Standards bei der militärischen „Zielauswahl" gewesen seien. Türkische Offiziere hätten nicht selten, nur weil sie der Ansicht waren, dass es sich bei Zielpersonen um Anhänger der PKK handeln könnte, diese militärisch attackiert.

All das halte die Regierung Obama jedoch nicht davon ab, weiterhin den Plan zu verfolgen, bewaffnete und unbewaffnete Drohnen an die Türkei zu verkaufen, resümieren Entous und Parkinson.

Der Artikel bewirkte, dass der türkische Generalstab verlauten ließ, dass die erste Aufklärung von türkischer Seite stattgefunden hätte und der Artikel im Wall Street Journal nicht der Wahrheit entspräche.

Entous und Parkinson vermitteln eine relativ differenzierte Sichtweise und lassen viele AkteurInnen zu Wort kommen. Das ist meines Erachtens sehr positiv und hat u.a. dazu geführt, dass das Roboski Massaker erneut öffentlich diskutiert wird. Die Journalisten haben dabei einige zentrale Fragen aufgeworfen.

Nicht in Frage gestellt haben sie jedoch, ob militärische Interventionen und die so genannte Terrorbekämpfung überhaupt geeig-

→

Meldungen:

Erneut kein Besuch auf Imralı

Seit inzwischen 302 Tagen hat niemand den auf Imralı inhaftierten Abdullah Öcalan zu Gesicht bekommen. Auch an diesem Mittwoch wurde seinen AnwältInnen mit der Standardausrede, das Boot sei defekt, die Überfahrt verweigert.

(ANF, 24.5., ISKU)

Militärische Operationen gefährden das Leben der Festgenommenen

In einer Erklärung hat das Presse- und Kommunikationszentrum der Volksverteidigungskräfte HPG betont, dass die weiter andauernden militärischen Operationen im Dreieck Amed/Mûs/Cewlik (Diyarbakır/ Muş/ Bingöl), das Leben der Festgenommenen stark gefährden würde.

Die Guerilla der HPG hat innerhalb eines Monats sechs Dorfschützer sowie einen Bezirksvorsitzenden der AKP festgenommen. Nach Aussage der HPG will sie mit den Festnahmen der sieben Personen die AKP-Regierung für ihre Kurdenpolitik mahnen.

(ANF, DK, 22.5., ISKU)

Hayrettin Toktas im Gefängnis von Elîh nach Herzinfarkt verstorben

Der 57-jährige Hayrettin Toktas saß seit zwei Monaten wegen PKK-Mitgliedschaft im M-Typ-Gefängnis von Elîh (Batman) ein. Vor eine Woche wurde Herr Toktas wegen Herzproblemen zum Arzt gebracht, jedoch nach der Untersuchung wieder zurück ins Gefängnis verbracht. Dort verschlechterte sich sein Gesundheitszustand zunehmend. Am 22. Mai verstarb Hayrettin Toktas an einem Herzinfarkt.

Hayrettin Toktas ist in seinem Leben schon oft verhaftet worden, schon 1993 wurde er wegen Mitgliedschaft in der PKK zu elf Jahren Haft verurteilt.

In der Türkei befinden sich zurzeit 132.359 Personen in Haft. 500 von ihnen sind erkrankt, 263 sind schwer und 47 Gefangene lebensgefährlich erkrankt. In den letzten drei Jahren starben 33 Gefangene aufgrund ihrer Erkrankung im Gefängnis.

(ANF, DK, 22.5., ISKU)

Weitere Auseinandersetzungen zwischen Guerillakräften und türkischem Militär

Bei einer militärischen Operation des türkischen Militärs ist es an der Grenze zwischen Amed und Muş zu Gefechten mit den Guerillakräften der HPG

2. Nationale Kurdische Frauenkonferenz in Hewler

Die Schwierigkeiten, die bei der Vorbereitung der 2. Nationalen Kurdischen Frauenkonferenz zwischen den an der Durchführung beteiligten Frauenorganisationen aufgetreten waren, konnten ausgeräumt werden. Das Vorbereitungskomitee hatte am 14. Mai 2012 bekannt gegeben, dass die Konferenz vom 22. bis 24. Mai 2012 in der südkurdischen Stadt Hewler (Erbil) stattfinden wird.

Der Hohe Frauenrat KJB, die Demokratische Freie Frauenbewegung DÖHK, der Verband der Frauen aus Ost-Kurdistan (YJRK) und die Kurdische Frauenbewegung in Europa hatten vor einigen Tagen erklärt, dass sie an der Konferenz nicht teilnehmen werden, solange die antidemokratischen Vorgehensweisen im Vorbereitungsprozess andauern. Im Anschluss an diese Kritiken fanden erneute Diskussionen zwischen den Vertreterinnen aller beteiligten Organisationen, Politikerinnen und Aktivistinnen statt. Am 12. Mai erklärte das Vorbereitungskomitee, dass im Verlauf der Versammlung eine Einigung über die Prinzipien zur Durchführung und Arbeitsweise der Konferenz erzielt werden konnte. Diese Prinzipien wurden in einem Protokoll zwischen den beteiligten Organisationen festgehalten. Die Frauenorganisationen einigten sich u.a. darauf, dass Männer von der Teilnahme an der Konferenz ausgeschlossen sind, dass auch Delegierte von zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen und Frauenbewegungen an der Konferenz teilnehmen sollen und dass die Beschlüsse der Konferenz im Konsensverfahren gefasst werden sollen. Auch der KJB bestätigte daraufhin seine Teilnahme.

Das Vorbereitungskomitee gab bekannt, dass die Durchführung der 2. Nationalen Kurdischen Frauenkonferenz für den 22. bis 24. Mai 2012 in Hewler (Südkurdistan) mit der Teilnahme von 186 Delegierten gemeinsam beschlossen wurde. Des weiteren hieß es in der Erklärung, dass der Frauenkonferenz eine wichtige Bedeutung dabei zukomme, die Rolle von Frauen bei der Lösung der kurdischen Frage zu stärken, sexistische Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen in allen Teilen Kurdistans zu überwinden sowie die Frauenorganisierung zu stärken und ein gemeinsames Zentrum für die Frauen Kurdistans zu gründen.

Leyla Zana eröffnete 2. Nationale Frauenkonferenz

In ihrer Eröffnungsrede zur Frauenkonferenz, die am Dienstag in Hewler begann, sagte die kurdische Abgeordnete Leyla Zana, dass die Durchführung ihrer Konferenz „für die kurdischen Frauen eine Renaissance" sei. Zugleich betonte sie die Wichtigkeit, als kurdische Frauen eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die die Bedürfnisse von Frauen in allen vier Teilen Kurdistan vereint. Leyla Zana forderte die Freiheit aller politischen Gefangenen, indem sie sagte: „Herr Öcalan ist seit über 300 Tagen in erschwerter Isolationshaft. Unsere FreundInnen, RevolutionärInnen, Abgeordnete und BürgermeisterInnen befinden sich in den Gefängnissen. Fatma Kurtalan und Çağlar Demirel, die zu den Initiatorinnen dieser Konferenz gehören, sind inhaftiert. Jede Form von Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen sind eine Grausamkeit und können nicht geduldet werden."

An der Konferenz nehmen 96 Delegierte aus Südkurdistan, 55 Delegierte aus Nord-, 24 aus Ost- und 17 aus Südwestkurdistan teil.

(ANF, 14./22.5., ISKU)

Erdoğan-Regime schließt erneut Zeitung

Nachdem das 14. Strafgericht von Istanbul das einmonatige Erscheinungsverbot von Özgür Gündem aufgrund des breiten Protestes der Öffentlichkeit wieder aufgehoben hatte, hat nun das 9. Strafgericht von Istanbul die Wochenzeitung „Demokratik Vatan" mit einem Monat Erscheinungsverbot belegt. Das Gericht begründete diese Entscheidung damit, dass die Zeitung „Propaganda für die Organisation" betreibe.

Die Zeitung habe in verschiedenen Ausgaben Erklärungen der PKK abgedruckt, sowie die Identitäten der bei militärischen Gefechten getöteten HPG-Guerillakräften veröffentlich. Zudem habe eine Schlagzeile bei der siebten Ausgabe der Zeitung „Unsere Gefallenen sind der Beweis unseres Kampfes" gelautet. Zudem wurde gegen den Chefredakteur der Zeitung Arafat Dayan ein Verfahren eröffnet.

(ANF, 21.5., ISKU)

→ Das Roboski-Massaker...

nete Mittel sind, Konflikte zu lösen. Ausgeblendet wird auch die Taktik der Terrorzuschreibung als Legitimation zur Durchsetzung eigener Ziele. Ob Militärattacken durch Drohnen oder andere Formen der Aufklärung vorbereitet werden, ändert nichts am Ziel – der Vernichtung menschlichen Lebens. Im gesamten Mittleren Osten geht es dabei um die Durchsetzung geostrategischer Ziele und die Absicherung von Macht sowie der Ressourcen Öl, Gas und Wasser. Die Ursache-Wirkung-Verhältnisse in Bezug auf die kurdische Frage werden nicht thematisiert – oder selbstverständlich verkehrt herum vorausgesetzt. Dem entsprechend thematisieren die beiden Journalisten auch nicht die jahrzehntelange Unterdrückung der KurdInnen, die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und die kolonialpolitischen Ausmaße des Konflikts.

Dem entsprechend sind auch die AkteurInnen nicht zu Wort gekommen, die auf Frieden orientierte Lösungsvorschläge entwickeln – die BDP, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die PKK und Abdullah Öcalan, sowie die politische Linke in Europa, die sich in ihrem jeweiligen Rahmen für eine Demokratisierung der Türkei, einen Friedensdialog zur Lösung der kurdischen Frage, einen perspektivischen Aufarbeitungsprozess geschehenen Unrechts und die selbstbestimmte demokratische Organisierung der Religions- und Bevölkerungsgruppen einsetzen.

Auch die Einordnung der Vorfälle in Roboski in den Kontext der zahlreichen Kriegsverbrechen der türkischen Armee und den in den letzten Jahren zunehmenden Menschenrechtsverletzungen wäre meiner Meinung nach eine sinnvolle Ergänzung, um ein weitergehendes Verständnis für die Situation und eine Analyse der Ausrichtung der Politik der AKP Regierung auf Gewalt, Feudalismus und Autokratie entwickeln zu können.

(22.5., Martin Dolzer)

gekommen. Hierbei wurde ein Polizist einer Spezialeinheit getötet und vier weitere wurden verletzt.

Seit dem 14. Mai hat das türkische Militär im Dreieck von Amed-Muş-Cewlig eine großangelegte Operation, bei der auch die Luftwaffe beteiligt ist, gestartet. Dabei kommt es immer wieder zu Gefechten mit den Guerillakräften. In das Operationsgebiet wurden am Montag weitere Spezialeinheiten verlegt.

Die Presse- und Kommunikationsstelle der HPG erklärte, dass die Guerilla als Antwort auf die ununterbrochenen Operationen des türkischen Militärs verstärkt Aktionen durchführe. So sollen bei drei verschiedenen Aktionen in Mêrdîn/Mehsert (Mardin/Ömerli) und Şirnex/Qilaban (Şırnak/Uludere) insgesamt neun Soldaten getötet worden sein. Bei der Aktion in Şirnex sei auch ein Guerillakämpfer ums Leben gekommen.

(ANF, 21.5., ISKU)

Haftstrafen wegen Bildern von Revolutionären gefordert

Bei einem Prozess in Ankara wurde gegen 7 Personen, darunter 5 StudentInnen der Universität, insgesamt 225 Jahre Haft gefordert, da diese bei den 1.Mai Protesten und den Newrozfeierlichkeiten Fotos von Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan, Hüseyin İnan, Che Guevara und Yılmaz Güney trugen. Die Anklageschrift wurde vom Gericht akzeptiert.

Umut Halit Nuray, Hüseyin Arlıer, Reyhan Alkıvılcım, Emrah Irmak, Meltem Tuna, Sedat Yıldırım, Barış Onay, die sich alle in Untersuchungshaft befinden, werden am 29. Mai vor dem Gericht in Ankara stehen.

Für jeden Angeklagten werden wegen „Mitgliedschaft in der Organisation" zwischen 7,5 und 15 Jahren Haft gefordert; für jede Teilnahme an Aktionen fordert man 1 bis 5 Jahre Haft. Insgesamt summiert sich das auf 225 Haft Jahre für alle sieben Angeklagten.

(YÖP, 21.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
DK	DieKurde.de

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 570
1. Juni 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

HPG lassen sechs Dorfschützer frei

Das Presse- und Kommunikationszentrum der Volksverteidigungskräfte HPG hat bekanntgegeben, dass es keine direkte Verbindung zwischen der Gefangennahme der Dorfschützer und den Gefechten gebe, bei denen 15 Guerilla-Mitglieder ihr Leben verloren haben. Die Führung der HPG hat nach eingehender Prüfung der Lage entschieden, die gefangenen Dorfschützer freizulassen. Neben einem Aufruf seitens demokratischer Institutionen baten auch die Verwandten der Dorfschützer um deren Freilassung und erklärten, sich nicht weiter militärisch gegen das kurdische Volk zu stellen.
Im Bericht heißt es: „Am 18. Mai wurden im Dorf Çeltikli, Provinz Bedlis (Bitlis) sechs Dorfschützer festgenommen, weil der Verdacht bestand, dass sie am 23. März im Gebiet Shex Cuma an Operationen beteiligt waren. Zur Untersuchung wurden sie festgenommen. Die Untersuchung zeigte, dass die 6 Dorfschützer zwar an den Operationen beteiligt waren, aber nicht unmittelbar an den Gefechten teilnahmen."
Laut der Erklärung hat das Dorf Çeltikli, also alle Angehörigen der 6 Festgenommenen, alles unternommen, um eine Freilassung der Dorfschützer zu erreichen (unter anderem haben die Verwandten alle Waffen niedergelegt). Des Weiteren habe man den Aufrufen der demokratischen Institutionen Gehör geschenkt.
In der Erklärung heißt es weiter: „Die türkische Regierung, das Militär der faschistischen türkischen Republik wollen mit einem Spezialkrieg in Kurdistan die Freiheitsbewegung der KurdInnen schwächen. Deshalb versucht der türkische Staat, das Dorfschützersystem weiter auszubauen, um einen Krieg innerhalb des kurdischen Volkes herbeizuführen." Die HPG rief dazu auf, das immer im Bewusstsein zu behalten. Die HPG rief alle Dorfschützer dazu auf, ihre Waffen fallen zu lassen und nicht zu erlauben, dass sie vom türkischen Staat gegen das kurdische Volk ausgenutzt werden.
Am 29. Mai waren die sechs Dorfschützer in Bedlis von Guerilla-Einheiten der HPG festgenommen worden. Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD hatten in Bedlis eine Pressekonferenz einberufen. Verwandte der Festgenommenen erklärten dort, ihre Waffen niederzulegen und nicht weiter mit der türkischen Armee gegen die PKK zu kämpfen. IHD und Menschenrechtsaktivisten hatten daraufhin die HPG dazu aufgerufen, im Gegenzug die Gefangenen freizulassen.

(DK/ANF, 30.5., ISKU)

Marsh Arabs protestieren in Hasankeyf gegen Ilisu Projekt

„Weil niemand zu uns in den Irak kommt, um uns zu hören, kommen wir zu euch, um zu sprechen. Wir leben einer der bedeutendsten Regionen der Welt – den Mesopotamischen Sümpfen – und die ist wegen Ilisu in Gefahr." Mit diesen Worten begann Scheich Sayed Abbas in der türkischen Felsenstadt Hasankeyf eine Protestveranstaltung, die es so noch nie gegeben hat. Er ist mit acht weiteren Stammesführern (Scheichs) der Marsh Arabs nach Hasankeyf gekommen, um gegen Ilisu zu protestieren.
Zusammen mit den Bewohnern von Hasankeyf, ECA Watch, der türkischen Umweltorganisation Doga Dernegi und der irakischen NGO Nature Iraq unterzeichneten sie heute die „Tigris Deklaration", in der die Vereinten Nationen (UNEP) zur Unterstützung im Kampf gegen Ilisu aufgerufen werden. „Die Folgen von Ilisu sind weitaus größer, als bisher angenommen. Wir hoffen, die UNO bringt die Türkei und den Irak an den Verhandlungstisch. Sonst wird die Wiege unserer Zivilisation zur Wüste," so Ulrich Eichelmann von ECA Watch.
Wird das im Bau befindliche Ilisu wie geplant fertig gestellt, hätte das über 1.000 Kilometer flussabwärts des Dammes verheerende Folgen. Im Stausee würde nämlich das Wasser zurückgehalten, dass die Sümpfe und deren Bewohner so dringend brauchen. Besonders die Frühjahrshochwasser sind entscheidend für die Überschwemmungsgebiete nahe Basra. Und genau die sollen im Stausee abgefangen werden. Im Irak und vor allem in den Sümpfen würde dann nur noch ein schmutziges Rinnsal ankommen. Doch in den jahrelangen Debatten um Ilisu waren die Konsequenzen für dieses Gebiet bisher nie ein Thema. Das soll sich ändern.
Die Marsh Arabs sind die Bewohner der wohl bedeutendsten Kulturlandschaften der Welt, den Mesopotamischen Sümpfen im Süden des Irak. Am Zusammenfluss von Euphrat und Tigris entwickelten vor über 6.000 Jahren die Sumerer die erste Schrift, die ersten Gesetze und die Grundzüge unserer Landwirtschaft. Der Sage nach soll dies der Garten Eden gewesen sein, das Paradies. In der nahen Stadt Ur soll Abraham geboren sein, der Stammvater des Christentums, Judentums und des Islams. Trotz zahlreicher Eingriffe existiert hier noch eine einmalige Landschaft, in der die Menschen wie eh und je in ihren Schilfhäusern leben, fischen, jagen und Wasserbüffel züchten, von denen es hier über 200.000 Tiere gibt.
„Wir sind aus Hasankeyf und den Mesopotamischen Sümpfen, wir sind Menschen aus Mesopotamien, wir sind verbunden über den Tigris. Dieser Fluss ist unsere gemeinsame Wurzel, unsere Lebensader und unsere Zukunft," so Scheich Sayed Abbas und macht zum Abschluss noch einen einfachen Vorschlag: „Wir müssen den Staudamm gar nicht ganz verhindern. Reduzieren wir die Stauhöhe von 130 Meter soweit, dass Hasankeyf nicht überflutet und unsere Sümpfe nicht austrocknen würden." Das würde etwa eine Reduktion von 65 Metern bedeuten. 65 Meter für die Wiege der Menschheit. Zuviel verlangt?

Meldungen:

Erneut kein Besuch auf Imralı
Auch in dieser Woche wurde den Anwälten Abdullah Öcalans der Besuch ihres Mandanten verwehrt. Öcalan ist damit seit 310 Tagen in Totalisolation.
(ANF, 30.5., ISKU)

Türkische Generäle verhaftet
Die türkische Polizei hat im Zuge der Ermittlungen zum erzwungenen Rücktritt des früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan erneut sechs pensionierte Generäle festgenommen. Die amtliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtete, die Beschuldigten seien in den Rücktritt Erbakans 1997 verwickelt gewesen.
Im Zusammenhang mit ihrer Rolle bei der Abdankung Erbakans sind bereits mehr als 30 Offiziere festgenommen worden. Sie sollen Erbakan zu dem Schritt gedrängt haben, um so einer mutmaßlich von ihm forcierten Stärkung des Islam in dem säkulären Land entgegenzuwirken.
(jW, 30.5., ISKU)

Roboski-Angehörige treten Sitzstreik an
Die Angehörigen der 34 kurdischen, überwiegend jugendlichen Zivilisten, die durch Angriffe der türkischen Luftwaffe in der Nähe des Dorfes Roboskî im Kreis Uludere (Provinz Şırnak) an der Grenze zum Irak getötet wurden, haben sich entschlossen, am Ort des Massakers einen Sitzstreik anzutreten. Der Anlass dazu ist, dass seit dem Massaker bereits 5 Monate vergangen sind und noch niemand der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurde.
Die Familien, die ihre Kinder bei dem Massaker verloren haben, wollen am 2. Juni zu dem Ort des Grauens laufen und solange in ihren Zelten streiken, bis die Täter vorgeführt und bestraft werden.
(RN, 31.5., ISKU)

Gever Frauen-Kooperative produziert Joghurt
Die Gever Frauen-Kooperative in Yüksekova hat nach dem Anbau von Tulpen und Hyazinthen mit der Produktion von Joghurt begonnen.
Sie kaufen Milch in den umliegenden Dörfern auf und verarbeiten die Milch zu Joghurt, den sie dann an Restaurants und im Lebensmittelgeschäft „ZAP-Markt" verkaufen. Sie haben mit der Produktion von 150 Kilo Joghurt begonnen. In 5-Kilo-Einheiten wird der Joghurt für 8 TL verkauft.
(DIHA, 26.5. ISKU)

Missbrauchsfälle in Pozanti: Erneut 15 Kinder festgenommen

Kurdische Kinder sind erneut zur Zielscheibe im türkischen Gefängnis Pozanti geworden. Innerhalb von 3 Wochen wurden 25 Kinder in Untersuchungshaft genommen und 15 von ihnen verhaftet.
Seitdem die Kinder den Skandal vom Pozanti- Gefängnis ans Licht gebracht haben, waren sie systematischem Druck und Folter unterzogen worden.
Der IHD-Vorsitzende von Mêrsîn, Ali Tanrıverdi erklärte, dass sich die Lage der kurdischen Kinder im Pozanti- Gefängnis mehr als zuvor verschlechtert hat. Die Kinder werden immer noch misshandelt, vergewaltigt und gefoltert. Er betonte, dass sich dort noch immer nichts geändert habe. Des Weiteren erwähnt Ali Tanriverdi, dass immer mehr kurdische Kinder grundlos festgenommen werden und in solche Gefängnisse wie Pozanti gebracht werden. Diese Kinder werden nicht nur in ein Gefängnis gebracht, nein, sie werden in ein Gefängnis gesteckt, indem sich Mörder und Vergewaltiger befinden, so Mêrsîn Ali Tanrıverdi.
Die 15 kurdischen Kinder, die in Mêrsîn verhaftet wurden, heißen: Hasan Katan, Mahmut Aksel, Devrim Eriş, Cengiz Ergun, Alaattin Akgul, Berxwedan Ertaş, Azad Bozkurt, Mehdî Aslan, Hasan Şeker, Ramazan Bıdık, Lokman Aydemir, Ahmet Budak, Remzi Akay und Hasan Kaya.
(DK/ANF, 30.5., ISKU)

Leyla Zana zu zehnjähriger Haftstrafe verurteilt

Die international bekannte kurdischstämmige Abgeordnete des türkischen Parlaments Leyla Zana ist am vergangenen Donnerstag von einem Gericht in Diyarbakir wegen angeblicher Unterstützung der Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt worden. Zur Last gelegt werden der Abgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) neun Reden aus den Jahren 2008 und 2009, in denen sie unter anderem den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Führer des kurdischen Volkes bezeichnet hatte. Der zuvor bereits verhandelte Fall war vom Obersten Gerichtshof an das Gericht in Diyarbakir zurückverwiesen worden. 1991 war Zana das erste Mal ins Parlament gewählt worden. Weil sie bei ihrem Amtseid in der verbotenen kurdischen Sprache hinzufügte »Es lebe die türkisch-kurdische Geschwisterlichkeit«, wurde sie gemeinsam mit drei weiteren Abgeordneten wegen Landesverrats zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsverhandlungen kam Zana, die Sacharow-Preisträgerin des Europäischen Parlaments ist, 2003 vorzeitig frei. *(jW, 26.5., ISKU)*

IHD veröffentlicht Bericht über Menschenrechtsverletzungen

Der Menschenrechtsverein der Türkei IHD veröffentlichte in Amed (Diyarbakir) seinen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten der Türkei, die sich in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 zugetragen haben.
Dem Bericht zufolge sind annähernd 10.000 Menschenrechtsverletzungen registriert worden, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. 2.034 Personen wurden in diesem Zeitraum in Gewahrsam genommen, 33 Personen wurden inhaftiert und 281 Fälle von Folter und unmenschlicher Behandlung wurden dokumentiert.
Der IHD-Vorsitzende von Amed (Diyarbakir) Raci Bilici bedauerte, dass es an einer Entwicklung zum Frieden und zu politischen Verhandlungen mangele und das Jahr 2012 mit intensiven Konflikten begonnen hat. Anhaltende militärische und polizeiliche Operationen, die Isolation des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, das Kriegskonzept der Regierung, Rechtsverstöße innerhalb und außerhalb von Gefängnissen, Folter etc. bezeugen den Stillstand in der Lösung der Kurdenfrage, so der IHD-Vorsitzende.
Laut IHD-Bericht von 2011 wurden im zurückliegenden Jahr insgesamt 12.685 Personen festgenommen, 3.252 Personen gefoltert und misshandelt. (s. Internetausgabe des aktuellen Kurdistan Report) *(ANF/DK, 29.5., ISKU)*

Salih Muslim: Es gibt keine Guerilla-Einheiten der PKK in Syrien

Der Vorsitzende der kurdischen „Partei der Demokratischen Union" (PYD), Salih Muslim, verneinte die Existenz von Guerilla-Einheiten der PKK in Syrien und bezeichnete diese Meldungen als "Propaganda des türkischen Staates".
Die AKP nahe Zeitung "Sabah" schrieb vor einigen Tagen, dass die Sicherheitskräfte der Türkei einen Bericht über die Verbindungen zwischen dem syrischen Regime und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vorbereitet haben. Angeblich hätten beiden Seiten ein Abkommen mit dem Namen "Das Protokoll von Damaskus" unterzeichnet.
Der Vorsitzende der PYD sagte gegenüber Midyanews: "Die türkische Regierung versucht seit langer Zeit, uns über die Medien durch solche Meldungen als kriminell darzustellen. Sie suchen Vorwände, um in Syrien zu intervenieren".
Muslim sagte: "Wir Kurden sind die Bewohner dieser Gebiete und wir haben hier keine PKK Präsenz gesehen. Aber wir haben in den Dörfern der Kurden Volksschutzkomitees gegründet. Sie versuchen, die Sicherheitslücken, die durch den jetzigen Zustand Syriens entstanden sind, auszufüllen."
Es ist bekannt, dass die Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei sehr schlecht sind, seitdem die Türkei sich mit anderen Staaten gegen Syrien stellt.
In Westkurdistan leben mehr als 3 Millionen KurdInnen. Sie leben vor allem in Efrin, Cizir und Kobane, aber auch in Großstädten wie Aleppo und Damaskus.
(DK/MN, 30.5., ISKU)

Art for Öcalan
Kampagnenaufruf

Wo Worte versagen…
Die Internationale Initiative hat viele Texte über die Haftsituation Abdullah Öcalans und die wichtige Rolle, die er in jeglichem Friedensprozess spielen wird, veröffentlicht. Doch manchmal fühlen wir, dass Worte nicht alle Aspekte dessen ausdrücken können, was tatsächlich geschieht.

Ein außergewöhnlicher politischer Gefangener
Auf einer Insel, umgeben von Wasser
Im militärischen Sperrgebiet, bewacht von 1000 Soldaten
Kein Handschlag, keine Umarmung seit 1999
13 Jahre Isolation, 13 Jahre weiße Folter
Totales Verbot der Muttersprache, Kurdisch
Niemand zum Reden, nur Bücher zum Lesen
7000 handgeschriebene Seiten…

…muss Kunst sprechen.
Millionen von Kurdinnen und Kurden haben wieder und wieder für Öcalans Freiheit und eine politische Lösung demonstriert. Doch ihre Stimme wird oft nicht gehört. Kunst kann einen Unterschied machen.
Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die durch ihre Kunst die Kampagne für Öcalans Freiheit unterstützen wollen. Dies kann in Form von Gemälden, Zeichnungen, Skulpturen, Videos, Texten oder durch Musik erfolgen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.
Wir werden Eure Kunst im Internet veröffentlichen, Ausstellungen organisieren, sie auf Plakate, Postkarten, Aufkleber, T-Shirts drucken usw.
Wenn Du Dich künstlerisch betätigst und Dich an der Kampagne „Art for Öcalan" beteiligen willst, schreib uns an art [at] freedom-for-ocalan.com !
[art-for-ocalan.org]
Koordinationsbüro der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
RN	rojnews.de
DK	DieKurde.de
MN	Midyanews

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 571
8. Juni 2012

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Studierende in Haft: Rezzan Zuğurli und Erdem Savda

In keinem anderen Land gibt es so viele Studierende in den Gefängnissen.
Mehr als 1.500 OberschülerInnen befinden sich derzeit in der Türkei in Haft. 600 Studierende sind inhaftiert, 500 davon sind Mitglieder der BDP (Partei für Frieden und Demokratie).
Mit aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen, schnell auf dem Polizeirevier verfassten Anklagen und ewig andauernden Prozessen ist die Zahl der Gefangenen in der Türkei mal eben verdoppelt worden.
In diesem Land sind lange Haftzeiten eine der gängigsten Praktiken, um Oppositionelle zu beseitigen. Speziell geraten Studierende und SchülerInnen, die aufgrund ihres Alters noch am Beginn der Auseinandersetzungen stehen, in das Visier der Angriffe.
Erdem Savda und Rezzan Zuğurli sind nur zwei von tausenden inhaftierten SchülerInnen und Studierenden.
Erdem Savda ist 23 Jahre alt. Er studiert Elektro-Ingenieurwesen an der Firat-Universität. Am 28. April wurde er bei sich zu Hause festgenommen und inhaftiert. Er befindet sich derzeit im E-Typ Gefängnis in Malatya. Am 13. Juni beginnt seine Verhandlung. Eigentlich ist er in seinem letzten Studienjahr. Sollte er nicht aus der Haft entlassen werden, wird er wohl in diesem Jahr sein Studium nicht abschließen können. Vielleicht wird er noch für Wochen oder Monate in Gefangenschaft bleiben. Als Grund für seine Inhaftierung werden die Teilnahme am diesjährigen Newroz-Fest und die Beteiligung an einer öffentlichen Presseerklärung angegeben. Ebenfalls wurde seine Arbeit beim Studierendenverband als Inhaftierungsgrund aufgeführt. Dass der Bruder von Erdem am Newroz-Tag zu ihm am Telefon „Pass auf dich auf" gesagt hat, wurde seitens des Staatsanwalts als triftiger Tatverdacht bewertet. Zu Recht, denn warum sollte denn auch sein Bruder „Pass auf dich auf" sagen, wenn er keine Straftat begangen hat! Seht selbst, sagt nicht zu euren Geschwistern oder euren Kindern „Pass auf dich auf"!
Rezzan Zuğurli ist 22 Jahre alt. Sie arbeitete für das Frauenhaus Kardelen der Bağlar Stadtverwaltung in Amed (Diyarbakır). Sie studiert an der Dicle-Universität im ersten Studienjahr. Am 14. Mai 2012 wurde sie, als sie ihre kleine Schwester bei ihrer Mutter im BDP-Parteigebäude von Amed (Diyarbakır) abgeben wollte, ohne Angabe von Gründen verhaftet. Später wurde erklärt, dass sie wegen der Teilnahme an einer Pressekonferenz am „Tag gegen Gewalt an Frauen" am 25. November verhaftet worden ist. Als weitere Gründe wird die Beteiligung an der Beerdigung einer Bekannten und die Teilnahme an der 1.-Mai-Kundgebung aufgeführt. Das Gericht entschied, dass sie, bis die Anklageschrift verfasst ist, inhaftiert bleibt.
Derzeit wird sie im E-Typ Gefängnis von Amed (Diyarbakır) gefangen gehalten. Ebenso wie die anderen gefangenen Studierenden wird sie gefangen gehalten, weil sie die Werte, an die sie glaubt, auch aktiv lebt.
Rezzan ist Mitglied des Musikchors des Kardelen-Frauenhauses. Sie ist eine der 8 Sängerinnen des internationalen Projekts „8 Frauen, 8 Sprachen, 8 Lieder".
Ihre Lieder sollte sie am Abend des 26. Mai 2012 bei der Veranstaltung „Melodien für Mütter" für die Mütter, die ihre Söhne und Töchter verloren haben, erklingen lassen. Ihre Lieder erklangen nicht. Am 26. Mai sangen die Freundinnen von Rezzan auch für sie. Die Stimme von Rezzan schallt nun an den Gefängnismauern zurück. Die aus den Gefängnismauern erklingende Stimme von Rezzan wird sich aber mit denen ihrer Freundinnen vereinen.
Die Initiative „Solidarität mit den inhaftierten Studierenden", die sich aus AkademikerInnen, JuristInnen, Studierenden, SchülerInnen und MenschenrechtlerInnen zusammensetzt, hat sich zum Ziel gesetzt, die sich noch in Freiheit befindenden Studierenden zu vereinen, um sich mit den gefangenen genommenen Studierenden zu solidarisieren. Zu ihren Zielsetzungen gehören, die wirkliche Anzahl der inhaftierten Studierenden ausfindig zu machen, bei den Verhandlungen als Gegenkläger zu fungieren, juristische Unterstützung zu liefern, durch Aktionen und Presseerklärungen ein öffentliches Gehör zu schaffen, Besuche in den Gefängnissen zu organisieren und den Gefangenen eine Kommunikation nach außen zu ermöglichen.
Wenn es diese Initiative für die gefangenen Studierenden nicht

→

HPG veröffentlichen Bilanz des Krieges für den Monat Mai

Der Monat Mai war schon in den vergangenen Jahren durch starke Gefechte zwischen der türkischen Armee und der Guerillaeinheiten der Volksverteidigungskräfte HPG gekennzeichnet. In diesem Jahr gab es, verglichen mit den vergangenen Jahren, auch eine hohe Anzahl von Festnahmen. Wichtig ist auch zu sehen, dass die türkischen Medien die Anzahl der getöteten türkischen Sicherheitskräfte und Soldaten verschwiegen hat.
Nach der Veröffentlichung des Presse- und Kommunikationszentrum der HPG kam es im Monat Mai zu 16 Gefechten zwischen der Guerilla und der Armee. Von Seiten der Türkei wurden 31 Bodenoffensiven gestartet. 105 Soldaten der türkischen Armee wurden getötet, 63 verletzt.
Die Guerilla führte 31 Aktionen durch. Ein Helikopter des Typs Sikorsky wurde zum Absturz gebracht. 31 Personen wurden bei Straßenkontrollen festgenommen, von denen 16 wieder freigelassen worden sind.
Auch die Guerilla musste Verluste hinnehmen. Im Mai haben 24 HPG-KämpferInnen ihr Leben verloren.

(ANF, dK, 4.6., ISKU)

Meldungen:

Abdullah Öcalan weiter in totaler Isolation

Der Besuchsantrag der Anwälte Öcalans wurde erneut abgelehnt. Damit setzt sich die seit dem 27. Juli 2011 anhaltende Kontaktsperre ohne gesetzliche Grundlage, gegen Abdullah Öcalan weiter fort.
Nunmehr seit 315 Tage wird Abdullah Öcalan jeglicher Kontakt zur Außenwelt verwehrt.

(ANF, DK, 5.6., ISKU)

17-Jähriger durch Polizeikugel getötet

Bei der Beerdigungszeremonie in Gever (Yüksekova) für das am 26. Mai in Pinarbaşi Qeyseri getötete HPG-Mitglied Erîs Dîldar (Cengiz Özek) griff die Polizei die TeilnehmerInnen der Zeremonie mit Wasserwerfern, Gasgranaten und scharfen Waffen an. Der 17-jährige Özgür T. und der 34-jährige Veysi Y. wurden durch Polizeikugeln getroffen. Özgür T. wurde an der Brust verletzt und erlag kurze Zeit später seinen Verletzungen. Der ebenfalls durch Polizeikugeln verletzte Veysi Y. wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, sein Zustand soll weiter kritisch sein. Nach diesem Vorfall kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. *(ANF, 6.6., ISKU)*

Sieben Häftlinge an der Grenze zum Tod

Mitglieder der Gefangenenhilfsorganisation TUHAD-DER haben am Montag vor dem Hochsicherheits-Gefängnis von Sêrt (Siirt) eine Presseerklärung abgegeben. Der Vorsitzende der Organisation von Sêrt, İrfan Baykara, erinnerte daran, dass in den letzten 15 Tagen zwei schwerkranke Häftlinge im Gefängnis zu Tode kamen und verwies auf die Verantwortung der Staatsbeamten in diesen Fällen.
„Die AKP-Regierung ist verantwortlich für das Leben der kranken Gefangenen", so İrfan Baykara. Sieben Gefangene seien so stark erkrankt, dass sie dem Tode nahe sind. Bei der Presseerklärung wurden die Namen der sieben Personen mit ihren Krankheiten benannt. Zudem wurde Bezug genommen auf die vollkommen überfüllten Gefängnisse und die Freilassung aller erkrankten Gefangenen gefordert. *(YÖP, RN, 5.6., ISKU)*

BDP-Bürgermeister von Van in Gewahrsam genommen

Am Donnerstag hat die Polizei den Bürgermeister von Van,

Wut und Trauer über den Mord an Semanur Subay

In der Nacht zum 4. Juni 2012 wurde erneut eine Frau auf brutalste Weise von ihrem Ehemann ermordet. Der Täter schlug und stach auf der Dachterrasse ihrer Wohnung in Berlin-Kreuzberg auf die 30-jährige Semanur Subay ein, ermordete sie, zerstückelte ihren Körper und warf ihre Leichenteile in den Innenhof des Wohnhauses. Obwohl Nachbarn die Polizei informiert hatten, kam jede Hilfe zu spät. Der Mord geschah vor den Augen der Polizei, der Nachbarschaft und der Kinder. Die sechs Kinder von Semanur Subay, im Alter zwischen 2 und 13 Jahren, hatten den grausamen Mord an ihrer Mutter durch die Fensterscheibe der Dachterrasse mit ansehen müssen.
Laut Angaben von Nachbarinnen und Bekannten hatte der Ehemann schon in der Vergangenheit immer wieder Gewalt gegen Semanur Subay angewandt und sie erniedrigt. Hiergegen hatte Semanur Subay sich gewehrt und wollte sich von dem Gewalttäter trennen.
Für uns ist dies ein deutliches Zeichen, dass wir uns als Frauen und Fraueneinrichtungen noch besser organisieren und vernetzen müssen, um solche Morde und jegliche Form von Gewalt gegen Frauen wirksam verhindern zu können. Als Frauen, Freundinnen, Schwestern, Mütter, Nachbarinnen, Kolleginnen, Mitschülerinnen, Bekannte müssen wir den Hilferuf einer Frau ernst nehmen und bereits beim ersten Laut Unterstützung und Solidarität anbieten können.

Wir sind wütend und traurig!
Zugleich wissen wir, dass Morde und Gewalt an Frauen – wie der Mord an Semanur Subay – keine Einzelfälle sind, sondern systematisch verübt werden. Weltweit sterben mehr Frauen im Alter zwischen 14 und 44 Jahren durch Männergewalt als durch Unfälle, Krankheiten oder Kriege, wobei 70% aller ermordeten Frauen durch ihre Partner bzw. Ex-Partner ermordet werden. Diese systematische Gewalt und Morde bezeichnen wir als Feminizid. Feminizid umfasst körperliche, geistige, ökonomische und strukturelle Gewalt, die damit einhergeht, Frauen ihres Lebens, ihrer Selbstbestimmung, ihrer Lebensgrundlage und Entwicklungsmöglichkeiten zu berauben. Feminizid ist in allen Gesellschaften existent und betrifft alle Frauen unberücksichtigt ihres Alters, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, sexuellen oder kulturellen Hintergrundes. Feminizid ist ein globales Phänomen, jedoch im Gegensatz zum Genozid, d.h. dem Völkermord, international immer noch nicht geächtet. Gleich nach dem Mord haben der Frauenverein Dest Dan e.V., die Kurdische Fraueninitiative und weitere Organisationen zu Protestkundgebungen und Trauerfeiern anlässlich des Mordes an Semanur Subay aufgerufen. Auch Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. und die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V. unterstützen diese Veranstaltungen. Denn wir dürfen weder zulassen, dass Gewalt und Morde an Frauen verschwiegen und verharmlost werden, noch dass diese voyeuristisch aufbereitet und zur rassistischen Stigmatisierung benutzt werden. Vielmehr müssen wir unsere Trauer und Wut über den grausamen Mordes an Semanur Subay zum Anlass nehmen, noch stärker daran zu arbeiten, die internationale Solidarität unter Frauen in unserem Lebensumfeld und Alltag zu stärken, die Ursachen partriachaler Gewalt zu benennen und zu bekämpfen.

Schluss mit den Frauenmorden – Schluss mit dem Feminizid!
Unser Leben, unser Körper gehören uns!
Jin – Jîyan – Azadî! Frauen – Leben – Freiheit!

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V., 6. Juni 2012

Syrien: bewaffnete Gruppe greift Volksschutzkomitee an

Am 3. Juni wurde das Volksschutzkomitee der PYD im Dorf Basut, Efrin, von einer bewaffneten Gruppe angegriffen. Die kurdischen Angreifer, die selbst aus der Gegend kommen, schossen in die Luft, um das Volksschutzkomitee einzuschüchtern. Eine Person wurde bei diesen Schüssen verletzt.
Huseyin Kocer, Vertreter der PYD in Südkurdistan, sagte gegenüber Rudaw, dass die Angreifer vom Volksschutzkomitee festgenommen wurden. Die neun Angreifer wurden nach positiven Treffen zwischen der PYD und anderen politischen Parteien in Efrin wieder freigelassen.
Firatnews vermutet, dass die Angreifer die Waffen aus der Türkei bekommen haben könnten.
Kocer sagte zum Ereignis, "Die kurdischen Kräfte kommen mittlerweile vorwärts, wollen sich selbst schützen, organisieren und über ihren Weg bestimmen. Einige Mächte wollen nicht, dass die Kurden über eigene Kräfte verfügen. Deswegen versuchen sie Leute, die politisch schwach sind, für sich zu gewinnen, um die Einheit, die Kraft und den Erfolg der Kurden zu schwächen. Auch das werden wir durchstehen. So, wie wir es geschafft haben, die Verleumdungen und Lügen über unsere Bewegung zu beseitigen, bin ich der Überzeugung, dass wir auch die Pläne, die kurdische Einheit zu verhindern, durchkreuzen werden." *(DK, Ru, 5.6., ISKU)*

→ Studierende in Haft

geben würde, könnten uns keine Stimmen von Rezzan, von Erdem oder von den anderen hunderten gefangenen Studierenden erreichen.
Es gibt auch eine Internetpräsenz der Solidaritätskampagne für die gefangenen Studierenden:
www.mechulogrenci.com

*Zum Autor: * Der Menschenrechtsaktivist Halil Savda hat aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigert. Seit 2004 wurde er deshalb in der Türkei wiederholt festgenommen, angeklagt, inhaftiert und schwer misshandelt.*
Zuletzt wurde Halil Savda am 24. Februar 2012 festgenommen, um eine 100-tägige Freiheitsstrafe anzutreten, die wegen seines Einsatzes für zwei Kriegsdienstverweigerer gegen ihn verhängt worden war.
Am 13. April wurde er aus der Haft entlassen, jedoch unter strengen Auflagen. So darf er sich beispielsweise nicht nochmals der „Entfremdung der Bevölkerung vom Militärdienst" schuldig machen.
(YÖP, 25.5., ISKU)

Bekir Kaya in Gewahrsam genommen. Der BDP-Bürgermeister wurde in seinem Haus in Van verhaftet.
Die Polizei durchsuchte Kayas Haus drei Stunden lang und brachte ihn anschließend in sein Büro. Nach der Durchsuchung seines Büros wurde Kaya in Gewahrsam genommen.
(DK, ANF, 7.6., ISKU)

Die Verhaftungswelle gegen Studierende geht weiter
Am 6. Juni schlug die Polizei erneut gegen Studierende in der Türkei zu. In den frühen Morgenstunden durchsuchten die Einsatzkräfte Wohnungen in Istanbul, Ankara, Amed, Kirikkale und Merdin. Allein an diesem Tag nahm die Polizei 90 Studierende fest. Die Festgenommen sind zum größten Teil MedizinstudentInnen und Mitglieder von Gewerkschaften. Über den Grund der Festnahmen liegen noch keine Informationen vor.
In den letzten drei Monaten wurden insgesamt 340 Studierende festgenommen.
(ANF, 6.6., ISKU)

2275 Festnahmen seit Beginn des Jahres
Die Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV veröffentlichte in einem Rapport die Menschenrechtsverstöße in den ersten fünf Monaten des Jahres 2012. Demnach wurden drei Personen getötet, 179 verletzt, 2275 Personen wurden festgenommen und 562 inhaftiert. *(ANF, 6.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
RN	rojnews.de
DK	DieKurden.de
YÖP	Yeni Özgür Politika
Ru	Rudaw.net

Termine:

Demonstration
"Studierende hinter Gittern in der Türkei"
Solidarität mit den inhaftierten Studierenden in der Türkei!
9.6.2012, 12:00 Uhr
Köln/Ebertplatz

studierendehintergittern.wordpress.com

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Spaldingstr. 130 20097 Hamburg Tel.: 040 - 421 02 845 E-Mail: isku@nadir.org** bestellt werden.
Spenden auf unser Konto: **Postbank, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 39 68 506**
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 572
15. Juni 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Freilassung der inhaftierten kurdischen BürgermeisterInnen in der Türkei!

Im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen nahm die türkische Polizei am 7. Juni 2012 Bekir Kaya, den Bürgermeister der südöstlichen Provinz Wan (Van) fest. Auch fünf Bezirksbürgermeister sowie 10 Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wurden in Gewahrsam genommen.

Mit Bekir Kaya befinden sich insgesamt 33 kurdische BürgermeisterInnen in Haft

Während von allen gesellschaftlich relevanten Kräften in der Türkei betont wird, dass die Lösung der kurdischen Frage die vordringlichste Aufgabe des Landes sei, versucht die AKP-Regierung, die kurdischen Akteure außer Gefecht zu setzen:
Tausende von Menschen – darunter Partei-AktivistInnen und gewählte amtierende BürgermeisterInnen der BDP, AnwältInnen, JournalistInnen, sowie zahlreiche MenschenrechtsaktivistInnen und AkademikerInnen stehen vor Gericht. Viele von ihnen befinden sich in verlängerter Untersuchungshaft. Sie werden der Verbindung zur ArbeiterInnenpartei Kurdistan (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK) und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (Koma Ciwakên Kurdistan, KCK) beschuldigt, von der die Regierung behauptet, sie sei der städtische Flügel der PKK. Mit den umstrittenen Antiterrorgesetzen, Staatsanwälten mit Sondervollmachten und Sondergerichten werden Menschen kriminalisiert, die sich für eine Demokratisierung der Türkei einsetzen.

AKP-Regierung gefährdet den Verfassungsprozess und untergräbt den politischen Willen der kurdischen Gesellschaft

In ihrem World Report 2012 bemerkt Human Rights Watch dazu: „Die Regierung hat die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welche die Menschenrechte fördert, zugesichert. Aber das verstärkte Vorgehen gegen Vertreter der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP), wie auch gegen andere Regierungskritiker, gefährdet diesen Prozess.“
Dies weiß auch die AKP-Regierung und verschließt sich bewusst gegenüber jeder politische Lösung der kurdischen Frage: Vor den 2013 stattfindenden Kommunalwahlen erhöht sie den Druck auf die BDP-Stadtverwaltungen, indem sie kurdische KommunalpolitikerInnen verhaften lässt oder sie systematisch in ihrer Arbeit behindert. Auf besonders zynische Weise zeigte sich das, als nach dem schweren Erdbeben in Wan Ende letzten Jahres die Regierung in Ankara nichts unternahm, um die BDP-Stadtverwaltung bei der Nothilfe für die Bevölkerung zu unterstützen, sie in vielen Fällen sogar sabotierte. Bei all diesen Sabotageakten spekuliert sie darauf, dass die BDP ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen kann und sich die Bevölkerung enttäuscht von ihr abwendet.

Massenverhaftungen statt Bemühen um eine politische Lösung der kurdischen Frage

Auf diese Weise meint die AKP, ihre größte Konkurrenz in den kurdischen Provinzen, die BDP, bei den nächsten Kommunalwahlen aus dem Wege räumen zu können. Diese Strategie hatte bislang nicht den gewünschten Erfolg, der Rückhalt der BDP in der kurdischen Bevölkerung ist ungebrochen. Anstatt sich aber zu besinnen und sich ernsthaft um eine politische Lösung der kurdischen Frage zu bemühen, dreht die AKP-Regierung scheinbar völlig entfesselt an der Eskalationsspirale:
Seit Beginn des Jahres stellen Menschenrechtsorganisationen einen starken Anstieg von politsch motivierten Verhaftungen fest; erst letzte Woche forderte die Staatsanwaltschaft von Amed (Diyarbakir) die Aufhebung der Immunität von acht kurdischen ParlamentarierInnen, unter ihnen die beiden Vorsitzenden der BDP, Gültan Kışanak und Selahattin Demirtaş; Ende Mai wurde die Abgeordnete Leyla Zana wegen angeblicher Unterstützung der PKK zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt; am 6. Juni wurden landesweit 46 meist kurdische Medizinstudierende im Rahmen der KCK-Operationen festgenommen, 13 von ihnen blieben in Haft. Sie alle sind Mitglieder von Gewerkschaften im Gesundheitswesen und der Medizinstudierenden im türkischen Ärzteverband (TTB).

→

Kurdischunterricht angekündigt

Erstmals soll in der Türkei ab dem kommenden Schuljahr Kurdisch an staatlichen Schulen als freiwilliger Ergänzungsunterricht nach der vierten Klasse angeboten werden. Das kündigte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan an. Die prokurdische Oppositionspartei BDP wies diesen von Erdogan als »historisch« bezeichneten Schritt als völlig ungenügend zurück. »Es gibt nichts despotischeres, als eine Muttersprache als Wahlfach zu unterrichten«, beklagt die Parteivorsitzende der BDP, Gültan Kisanak, und fordert generellen muttersprachlichen Unterricht für kurdische Kinder ab der Grundschule. Die türkische Verfassung verbietet den amtlichen Gebrauch von anderen Sprachen als der türkischen, etwa in der Staatsverwaltung und vor Gericht.
Kişanak sagte bei einer Fraktionsversammlung der BDP, dass Erdoğan und seine Minister Kurdisch als Wahlsprache lernen sollten. Die Kurden und Kurdinnen werden ihre Muttersprache jedenfalls nicht als nur Wahlfach akzeptieren.
“Sie sagen zu den Kurden: Lernt eure Muttersprache als Wahlfach. Wie können wir diese Diskriminierung akzeptieren? Der Ministerpräsident und seine Minister können Kurdisch als Wahlsprache lernen, uns würde das freuen. Aber die Kurden wollen ihre Sprache”, so Gültan Kişanak.

(jW/ANF/DK, 12./14.6., ISKU)

Meldungen:

Aysel Tûglûk zu mehr als 14 Jahren Haft verurteilt

Aysel Tûglûk, Ko-Vorsitzende des Demokratischen Volkskongresses DTK und Abgeordnete von Wan wurde am Dienstag vor dem 4. Hohen Strafgericht in Amed zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren und 7 Monaten verurteilt. Die hohe Haftstrafe wird damit begründet, dass sie in 14 Fällen „Propaganda für eine Organisation“ (gemeint ist die PKK) begangen haben soll.

(ANF, 12.6., ISKU)

Forderung nach kostenfreier Bildung wird mit langjähriger Haft bestraft

Die Studenten Ferhat Tuzer und Berna Yilmaz hielten bei einer Lesung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan ein Transparent hoch, das folgende Worte beinhaltete:”Wir verlangen kostenlose Bildung!” und wurden aufgrund dessen jetzt jeweils zu 8 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Ein weiterer Student namens Utuk Aykar wurde zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 2 Monaten verurteilt.
Das 10. Schwurgericht von Istanbul verurteilte die Studenten in den Anklagepunkten “Unterstützung einer terroristischen Organisation” und “Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation”.

(ANF/DK, 7.6., ISKU)

Kurdische Opposition in Syrien bewaffnet ihre AnhängerInnen

Die kurdische Oppositionspartei PYD verkündete, dass sie Waffen an die Familien ihrer Anhänger verteilen, damit “sie sich selbst schützen” können.
Cihan Mihemed, Mitglied des Volksrats in Westkurdistan, sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Midyanews: “Wegen der vermehrten Diebstähle und der komplizierten und schwierigen Lage der Sicherheit, hat unsere Partei die unbewaffneten Familien bewaffnet, damit sie ihren Besitz und sich selbst schützen können.”
Mihmed erklärte, dass das Recht auf Selbstschutz ein natürliches Recht sei: “Wenn etwas geschieht, müssen wir uns verteidigen können.”
Er sagte weiter: “Das Regime möchte, dass die “freie syrische Armee” sich überall im Land verteilt, damit sie alle Gebiete vernichten können”. Deshalb lassen die Volksschutzkomitees nicht zu, dass die freie syrische Armee in Westkurdistan eindringt, so Cihan Mihemed.

Gespräche des FPPK Vorstands mit Amnesty International in London

Am 30. Mai besuchten Vorstandsmitglieder der Föderation der politischen Gefangenen in Kurdistan FPPK die Zentrale der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) in London. In mehrstündigen Gesprächen mit leitenden Mitarbeiterinnen der Sektionen Iran, Irak, Syrien und Türkei wurden Grundlagen der zukünftigen Zusammenarbeit diskutiert und Informationen ausgetauscht. Die Gespräche waren sehr konstruktiv. „In Zukunft werden Amnesty und die FPPK die Kommunikation und den Austausch von Informationen intensivieren“, zeigt sich das Vorstandsmitglied der FPPK, Fuad Zindani, zufrieden.
Als besonders besorgniserregend kategorisierten sowohl die Mitarbeiterinnen von Amnesty International als auch die FPPK die Situation der politischen Gefangenen und zum Tode verurteilten im Iran, die zunehmenden Militäroperationen, die Massenverhaftungen und die Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung in der Türkei, sowie die Versuche der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung im Rahmen einer Zwangsarabisierung an den Grenzen der kurdischen Autonomiegebiete im Irak.
Der Umgang mit politischen Gefangenen im Iran ist nach wie vor durch Folter und unfaire Gerichtsverfahren geprägt. Noch immer befinden sich 18 Menschen, nach oft nur 5 minütigen Gerichtsverfahren, in den Todeszellen. Positiv bewertet wurde allerdings, dass, u.a. durch anhaltende Interventionen der FPPK, der zum Tode verurteilte Zanyar Moradi gesundheitlich versorgt - und zudem das Gerichtsverfahren des politischen Gefangenen wiederholt werden soll. Große Sorgen brachten sämtliche GesprächsteilnehmerInnen bezüglich der weiteren 17 in den Todeszellen befindlichen kurdischen politischen Gefangenen im Iran zum Ausdruck. Es wäre wünschenswert, dass politische Konflikte nicht mit Gewalt, Folter und Hinrichtungen, sondern im Dialog der politischen Akteure gelöst werden, so der Tenor der Gespräche.
In Bezug auf die Türkei brachten die Vorstandmitglieder der FPPK ihre Sorge über die menschenverachtende Situation und mangelnde medizinische Versorgung in den türkischen Gefängnissen, die systematische Vergewaltigung von Kindern u.a. im Gefängnis von Pozanti und den Zustand des seit einem ¾ in Totalisolation befindlichen Abdullah Öcalan zum Ausdruck.
„Die türkische Regierung führt in den kurdischen Regionen täglich Militäroperationen durch. Für die Demokratisierung und eine friedliche Entwicklung sollte Abdullah Öcalan eine ähnliche Rolle spielen wie Nelson Mandela in Südafrika. Der Umgang der Regierung mit Öcalan führt in eine Spirale der Gewalt. Um diese zu beenden, muss der Politiker frei gelassen werden. Die Zustände in den türkischen Gefängnissen sind katastrophal. Die Zellen sind oft mehr als dreifach überbelegt, immer wieder sterben Menschen aufgrund der Verweigerung der medizinischen Versorgung. Sämtliche politische Gefangene müssen freigelassen werden,“ so Fuad Zindani.
„Die Gefängniswärter in den kurdischen Provinzen sind oft nach den Regeln der „Panama Folterschule“ geschult und werden aus ehemaligen Mitgliedern militärischer Spezialeinheiten rekrutiert, die zuvor gegen die PKK gekämpft haben. Folter und Rache sind dementsprechend in vielen Gefängnissen an der Tagesordnung. Die AKP betreibt unter der Anleitung des Predigers Fethullah Gülen eine autokratische und feudalistische Politik. Jegliche Opposition wird kriminalisiert, die Vernichtung der politisch aktiven KurdInnen ist beabsichtigt. Ohne sämtliche am Konflikt beteiligten Akteure, also neben der Regeirung die BDP, Abdullah Öcalan und auch die PKK in einen Dialog einzubeziehen, wird es keinen Frieden geben können. Das lehrt uns die Erfahrung aus Prozessen der Internationalen Konfliktregulierung, wie z.b. in Nordirland und Südafrika“, erklärte Martin Dolzer, Vorstandsmitglied der FPPK im Gespräch.
Die Vertreterin der Türkei-Sektion von Amnesty International skizzierte die anlaufenden Kampagnen gegen die Kriminalisierung der freien Meinungsäußerung und die seitens der AKP vorangetriebene gesetzliche Beschränkung des Rechts auf Abtreibung. Sie brachte zudem die Sorge Amnesty Internationals über Kriegsverbrechen wie das Massaker von Roboski, bei dem 34 Zivilisten vom türkischen Militär ermordet wurden, zum Ausdruck.
Im Rahmen des Versuches der Zwangsarabisierung der Grenzgebiete der autonomen kurdischen Region im Irak kommt es in letzter Zeit zu gezielter Einschüchterung sowie Anschlägen und der Vertreibung von KurdInnen. Mehr als 600 Menschen wurden dabei in den letzten Jahren getötet, skizzierte der Vorstand der FPPK die Situation. Diese nicht hinnehmbaren Vorgänge sollen in Zukunft intensiver dokumentiert werden, so ein Ergebnis der Gespräche.
Nach dem Besuch bei Amnesty International trafen sich die Vorstandsmitglieder der Föderation mit Mitgliedern weiterer in London ansässiger zivilgesellschaftlicher Organisationen.

(FPPK, 1.6., ISKU)

Mihemed sagte weiter, dass sie und der kurdische Nationalrat (ENKS) beide der Meinung sind, dass die Volksschutzkomitees wichtig sind.
Die PYD bereitet seit Beginn der Revolution in Syrien das kurdische Volk in Westkurdistan auf die Zukunft vor, indem sie die Bevölkerung durch Institutionen, Verbände, Vereine und Komitees organisiert.

(DK/MN, 13.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DK	DieKurden.de
MN	Midyanews
jW	junge Welt

Termine:

Veranstaltung zum Demokratischen Konföderalismus
Rätedemokratie in Kurdistan
In den letzten Jahren hat sich die kurdische Freiheitsbewegung stark ideologisch erneuert. Dies beinhaltete eine umfassende Kritik der politischen Ziele, aber auch der eigenen Strukturen, mehr demokratische Bevölkerungsbeteiligung an Entscheidungen (kommunale Basisorganisierung) und Kritik des Staates und der Herrschaft als Institution. Theoretischer Vordenker dieser Entwicklung ist der Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan. Basierend auf dieser Entwicklung wurde 2005 schließlich der "Demokratische Konföderalismus" ausgerufen und das Paradigma der demokratischen, ökologischen und antisexistischen Gesellschaft in den Vordergrund gestellt. Wenige Jahre später schaffte es die Bewegung in der Tat, in die Praxis überzugehen und rätedemokratische Strukturen in mehreren Gebieten Kurdistans erfolgreich aufzubauen. Gerade diese Strukturen sind Ziel der aktuellen Repressionswelle durch den türkischen Staat geworden.
Referent: Reimar Heider, Mitarbeiter der Internationalen Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan, Frieden in Kurdistan" und Übersetzer von Büchern Abdullah Öcalans ins Deutsche.
am **20. Juni 2012** um **19 Uhr Filler**, offenes Jugendbüro der Gewerkschaft, Schillerstr. 44, **Erfurt**

→ Freilassung der inhaftierten kurdischen BürgermeisterInnen

Eine Unterstützung der inhaftierten BürgermeisterInnen in der Türkei ist möglich:
Die Regierung in Ankara registriert in Hinblick auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft die ausländischen Reaktionen auf die Menschenrechtsverstöße in der Türkei sehr genau. Nicht nur Europa- oder Bundestagsabgeordnete, auch BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen können Einfluss auf das Schicksal von Bekir Kaya und anderen inhaftierten BürgermeisterInenn nehmen:

- Zeigen Sie ihre Solidarität mit ihren 33 KollegInnen, indem Sie ihnen ins Gefängnis schreiben
- Informieren Sie sich im Rahmen einer Delegationsreise vor Ort über deren Situation
- Fordern Sie Außenminister Guido Westerwelle auf, sich für die Freilassung inhaftierter Politiker einzusetzen

11.6.2012, Kampagne Demokratie hinter Gittern
demokratiehintergittern.blogsport.de

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 573
22. Juni 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufstand in Riha weitet sich auf weitere Gefängnisse aus

13 Tote bei Gefängnisaufstand

Am späten Samstagabend gegen 22:45 Uhr des 16. Juni kam es zu einem Brand im geschlossenen E-Typ-Gefängnis von Riha (Urfa). Bei einem Gefängnisaufstand gegen die Haftbedingungen sollen Decken entzündet worden sein. Dabei verloren letzten Meldungen zu Folge 13 politische Gefangene ihr Leben, 5 weitere Häftlinge wurden verletzt, 2 davon lebensgefährlich. Bisher sind nur die Namen von acht verbrannten Inhaftierten bekanntgegeben worden. Einige sind so stark verbrannt, dass ihre Identität erst nach einer DNA-Analyse festgestellt werden kann.
Angehörige der Gefangenen sind sofort nach Bekanntgabe des Brandes zum Gefängnis geeilt, um über die Situation ihrer Angehörigen informiert zu werden. Sicherheitskräfte hatten das Gefängnis abgeriegelt. Es kam zu Auseinandersetzungen bei den die Angehörigen mit Gas- und Rauchgranaten angegriffen worden sind. Die Menschen haben sich aber nicht abschrecken lassen und sind noch immer vor dem Gefängnis.
Das Gefängnis ist vollkommen überbelegt. Ausgelegt ist das Gefängnis für 275 Personen, zur Zeit des Aufstandes befanden sich aber etwa 1070 Gefangene in dem E-Typ-Gefängnis, so ein Menschenrechtvertreter.

Aufstände in den Gefängnissen weiten sich aus

Am Montag kam es in Riha erneut zu einem Brand im Gefängnis. Laut Angaben des Gouverneurs sei der Brand unter Kontrolle. Insgesamt 14 Menschen wurden allerdings durch den Brand verletzt, mindestens einer von ihnen schwer. Die verletzten Inhaftierten wurden in das Krankenhaus von Riha (Urfa) gebracht.
Der CHP-Abgeordnete Mehmet Şeker erklärte, dass es in den Zellen der minderjährigen Inhaftierten zu einem Aufstand gekommen sei. Die Inhaftierten haben ihre Betten in Brand gesetzt.
Nachdem die Bevölkerung von Riha (Urfa) von dem erneuten Brand im Gefängnis mitbekommen hat, versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Gefängnis. Die Polizei versuchte mit Gasgranaten und Wasserwerfern die Menge aufzulösen. Allerdings verharrt ein Großteil der Menschen weiterhin vor dem Gefängnis.
Nach dem erneuten Gefängnisaufstand in Riha (Urfa) wurden nun auch Aufstände der Inhaftierten in den Gefängnissen von Adana und Antep gemeldet. In beiden Gefängnissen sei es ebenfalls zu Bränden gekommen. Genauere Informationen über die Ausmaße des Aufstands und die Situation der Inhaftierten stehen noch aus.

Weiterer Gefängnisaufstand in Osmaniye: 16 Verletzte

Nachdem Meldungen über Aufstände der Inhaftierten in den Gefängnissen von Riha (Urfa), Adana und Dîlok (Antep) vermeldet worden sind, ist ein weiterer Gefängnisaufstand in Osmaniye ausgebrochen. Auch in Osmaniye haben die Inhaftierten ihre Betten in Brand gesetzt. Hierbei erlitten insgesamt 15 Inhaftierte und ein Gefängniswärter Rauchvergiftungen. Die betroffenen Personen wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

127 Gefangene aus dem E-Typ-Gefängnis von Riha verlegt

Einer lokalen Meldung nach sind nach dem zweiten Aufstand in der Zelle für minderjährige Strafgefangene in den Morgenstunden 17 Minderjährige und 25 Erwachsene ins Gefängnis von Izmir verlegt worden. Weitere 85 Gefangene wurden in den umliegenden Gefängnissen untergebracht.
Unterdessen bestritt Ergin, dass der Grund für den Gefängnisaufstand die Entfernung der Belüftungsanlage aus der Gefängniszelle sei. Am vergangenen Samstag hatten 18 Gefangene aus Protest gegen die katastrophalen Gefängnisbedingungen Matratzen und Decken in ihrer Zelle angezündet.

→

Erklärung der Gefangenen

In einer Erklärung im Namen der Gefangenen aus PKK und PJAK sagte Deniz Kaya, dass die Gefangenen mit dem bislang gefährlichsten und schmutzigsten Kriegskonzept konfrontiert seien. Er machte die AKP-Regierung und den Justizminister für die Brutalität im Gefängnis von Riha und die möglichen Massaker in anderen Gefängnissen verantwortlich.
Kaya wies auf die schlechten Haftbedingungen hin und unterstrich, dass „die Gefängnisrealität in der Türkei eine Realität der Entehrung der Gesellschaft und insbesondere des kurdischen Volkes ist, die in Isolation und Unterwerfung gezwungen werden."
Die AKP-Regierung sei die faschistischste Regierung während des 30 Jahre andauernden Widerstands der kurdischen Bewegung, sagte Kaya und wies auf Unterdrückungsmaßnahmen, Festnahmen und Verhaftung gegen KurdInnen hin, die gegen deren demokratische Rechte, sozialen Forderungen und ihren Widerstand gerichtet sind.
Laut Kaya hat die AKP-Regierung die Türkei in ein halb-offenes Gefängnis verwandelt, in dem sie mehr und mehr Menschen einsperrt und jeden Tag neue Gefängnisse baut, anstatt eine Lösung für die kurdische Frage zu suchen.
Er unterstrich, dass „die türkischen Gefängnisse, in denen tausende kurdische PolitikerInnen und zehntausende normale Gefangene einsitzen, effektiv Internierungslager der AKP-Regierung sind. Alle humanen und demokratischen Forderungen werden ignoriert, dafür wurden Rechtlosigkeit und Rechtsmissbrauch in einer Weise etabliert, die die Gefängnisse als die Konzentrationslager der Türkei in die Geschichtsbücher eingehen lassen wird."
Die AKP-Regierung beharrt auf dem Stillstand in der kurdischen Frage und nimmt die Gesellschaft dafür als Geisel, so Kaya, den Menschen in der Türkei werden unmenschliche Methoden oder Vernichtung aufgezwungen. Die Tatsache, dass alle Opfer des tödlichen Feuers im Gefängnis von Riha kurdische Gefangene waren, nennt Kaya ein Anzeichen für geplantes Vorgehen und eine Generalprobe für mögliche Massaker in den Gefängnissen.
„Wir, als Gefangene aus PKK und PJAK, erklären, dass wir in diesem Prozess nicht still sein werden. Wir rufen alle demokratischen Organisationen, das patriotische kurdische Volk und alle, die die menschliche Ehre verteidigen dazu auf, die Verantwortlichen für diese Brutalität zur Verantwortung zu ziehen", so Kaya.
Die Erklärung der Gefangenen endet mit der Verurteilung der Grausamkeiten im Gefängnis von Riha und der Forderung nach Rücktritt des Premierministers und des Justizministers.

(ANF, 20.6., ISKU)

Meldungen:

Abdullah Öcalan weiter in totaler Isolation

Die Anwälte Mazlum Dinc, Hüseyin Bogatekin und Rezan Sarica von Abdullah Öcalans haben erneut einen Antrag gestellt, ihren Mandaten zu besuchen.
Die letzten Anwaltsgespräche mit Abdullah Öcalan haben am 27. Juli 2011 stattgefunden. Immer wieder wurden die Besuche mit der Begründung abgelehnt, dass entweder das Wetter zu schlecht oder das Boot für die Überfahrt auf die Gefängnisinsel defekt sei. Abdullah Öcalan befindet sich nun schon seit 331 Tagen in vollkommer Isolation ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt auf der Gefängnisinsel Imrali.

(ANF/DK, 19.6., ISKU)

Tausende Frauen trafen sich auf dem 9. Zîlan-Frauenfestival

Am Samstag fand in Gelsenkirchen das 9. Zîlan-Frauenfestival unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Schluss mit dem Genozid!" statt. Trotz andauernden Regen folgten tausende Menschen dem Aufruf von CENÎ Kurdischen Frauenbüro für Frieden und nahmen an der Veranstaltung teil.
Neben verschiedenen Kulturdarbietungen wurden auch mehrere Reden gehalten. Aus Nordkurdistan war die BDP-Abgeordnete von Qers, Mülkiye Birtane, angereist. Sie ging eindeutig auf die von Ministerpräsident ausgelöste Diskussion über Kurdisch als Wahlfach ein. Die Kurden und Kurdinnen würden nicht einen Schritt von ihrem Recht auf muttersprachlichen Unterricht zurücktreten.

(ANF, 16.6., ISKU)

HPG sabotiert Pipeline

Am 17. Juni gegen 17:30 Uhr sabotierte die kurdische Guerilla HPG die Ölpipeline zwischen Keruk und Yumurtalik. Sie sprengte zwischen Midyat und Idil einen Teil dieser Strekke, die darauf in Brand geriet. Der Ölfluss ist seit zwei Tagen unterbrochen und der Brand konnte erst nach 48 Stunden gelöscht werden.

(ANF, 20.6., ISKU)

Guerillaeinheiten der TIKKO stürmen Militärstation in Dersîm

Nachdem der militärische Arm der PKK, die Volksverteidigungskräfte (HPG) im Sommer ihre Aktivitäten gegenüber dem

Etwa 100 Tote in Colemêrg – 4 Helikopter abgeschossen

Schwere Gefechte zwischen Guerilla und türkischer Armee

Bei einer großangelegten Guerillaaktion in der Region Colemêrg (Hakkari) sind nach Angaben der Volksverteidigungskräfte HPG etwa 100 türkische Soldaten, die sich auf eine Aufstandsbekämpfungsoperation vorbereiteten, getötet. Vier Kampfhubschrauber konnten abgeschossen werden. Bei der Aktion fielen 15 KämpferInnen der kurdischen Guerilla.
Wie die HPG berichtete, haben am 19. Juni morgens gegen 4.00 Uhr Guerillakräfte Angriffe gegen Militäreinheiten, die eine Operation zur Vernichtung der Guerilla vorbereiteten, durchgeführt:
„Wir haben in der Nähe des etwa 20 km von der Grenze entfernten Şitaza-Militärstützpunkts in der Provinz Colemêrg (Hakkari) im Kreis Gever (Yüksekova) seit mehr als einem Monat verstärkte Militäraktivitäten, Materialtransporte und Stationierung weiterer Soldaten beobachtet. Das Militär bereitete hier eine militärische Großoperation vor. Deshalb führten unsere Kräfte eine revolutionäre Aktion durch. Der Şitaza-Militärstützpunkt wurde zu einem großen Teil zerstört, zwei in der Umgebung liegende Militärbasen wurden von unseren Guerillakräften erobert. Unsere Guerilla hat desweiteren im Kreis Şemzînan (Şemdinli) und in Oremar (Dağlıca) feindliche Einheiten, die von ihren Basen aus versuchten zu intervenieren, zurückgeschlagen.
Am folgenden Tag versuchten von früh bis spät Sikorsky-Helikopter begleitet von Kobra-Kampfhubschraubern Truppen im Kampfgebiet abzusetzen. Aus diesem Grund gab es den ganzen Tag über, bis gegen 20 Uhr, an mehreren Punkten schwere Gefechte. Bei diesen Gefechten wurden im Mamişka, Zeri Sor, Reşke und Serpêl jeweils ein Sikorsky abgeschossen und zerstört, außerdem wurden drei Kobra-Kampfhubschrauber und sechs Sikorsky so schwer beschädigt, dass sie sich aus dem Kampfgebiet zurückziehen mussten. Weiterhin wurde ein Panzer und ein Skorpion-Panzerfahrzeug vollständig zerstört. Da unsere Guerillas den Angriff erfolgreich zurückgeschlagen haben, musste sich das türkische Militär geschlagen zurückziehen.
Bei der Aktion und den Kämpfen wurden insgesamt 109 feindliche Soldaten getötet und mehr als 100 verletzt. Aufgrund der Versuche des türkischen Besatzerheeres eine Operation zu starten und zu intervenieren, wurden 15 unserer FreundInnen getötet. Die persönlichen Daten unserer getöteten GenossInnen werden wir so bald wie möglich unserer Bevölkerung und der Öffentlichkeit mitteilen.“

16 Dorfbewohner entgehen knapp Massaker durch Armee

Nach den schweren Gefechten in der Region Colemêrg (Hakkari), kamen nun 14 von 16 vermissten Bauern zurück in ihre Dörfer. Zwei von ihnen waren vom Militär festgenommen worden. Sie berichteten, nur knapp mit dem Leben davongekommen zu sein, und dass das Bombardement aus Hubschraubern etwa 150 Schafen das Leben kostet habe. Der Dorfbewohner Nurettin Renda berichtet nach zwei Tagen Flucht gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA: „Nach der Operation waren wir im Dorf Serpêl eingeschlossen. Wir sind während der Operation nur knapp dem Tod entronnen. Vor dem Beschuss aus den Hubschraubern konnten wir uns gerade so retten. Etwa 150 unserer Schafe wurden umgebracht. Heute erreichten wir vom Kampfgebiet aus das Dorf Şitazin. Aber zwei Hirten, Servet und Umut Özakaya wurden von den Soldaten des Stützpunkts festgenommen. Seit gestern Abend haben wir keine Nachricht von ihnen erhalten.“

(ANF, 20.6., ISKU)

240 Jahre Haft für Minderjährige?

Gegen sieben Minderjährige wurde in Mersin wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“ und „Propaganda für eine verbotene Organisation“ 40 Jahre Haft gefordert. Als Beweismittel der Anklage gegen die Minderjährigen führt die Staatsanwaltschaft Facebook-Einträge, Aufzeichnungen von Überwachungskameras, anonyme Zeugenaussagen und die Teilnahme an den 1. Mai-Feiern an.
Kaum ein Tag vergeht ohne Festnahmen und Verhaftungen von kurdischen Minderjährigen in Mersin, wo die AKP-Regierung einen Rekord von politisch motivierten Verhaftungen von Minderjährigen in Verbindung mit Terrorismus hält. Vielen Kindern, einschließlich der Opfer von Pozanti, die erst kürzlich aus dem Sincan-Gefängnis in Adana entlassen wurden, drohen wegen Terrorvorwürfen schwere Strafen.
Die neueste Anklage betrifft sieben Minderjährige, die im Mai wegen „Verstoßes gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht“, „Mitführens von explosiven Substanzen“, „Verletzung der Arbeitsfreiheit“ und „Beschädigung öffentlichen Eigentums“ inhaftiert wurden. Staatsanwalt Ünsal Demirci forderte insgesamt 240 Jahre Haft und Fortdauer der Haft für die sieben Minderjährige, gegen die ohne jegliche konkrete Beweise verhandelt wird.
Die Anklage von Staatsanwalt Ünsal Demirci wurde vom 2. Jugendgericht in Mersin zugelassen, welches auch die Entlassung der Minderjährigen ablehnte und den ersten Verhandlungstag auf den 8. Juli terminiert hat.
Der Anwalt Eyüp Sabri Öncel, Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins (IHD), reagierte auf die schwere Strafforderung und betonte, dass gegen die Beschuldigten gemäß der UN-Kinderschutzkonvention unter Aussetzung der Haft verhandelt werden müsse. *(ANF, 15.6., ISKU)*

→13 Tote bei Gefängnisaufstand

Als Auslöser für den Aufstand wurde die Entfernung der Belüftungsanlage aus der Zelle, in der bis zu 46 Grad Raumtemperatur gemessen wurden, ausgemacht. Weil die Gefängniswärter nach dem entzünden des Feuers die Zellentür nicht geöffnet hatten, verbrannten 13 Menschen bei lebendigem Leibe, 5 Personen wurden schwer verletzt.
Das Anti-Folterkomitee des Europarat CPT gab unterdessen bekannt, dass sie eine Untersuchungskommission in die Türkei schicken werden. Als Begründung dafür nennen sie die Brandtodesfälle von Riha (Urfa), die Vergewaltigung und Übergriffe auf die gefangenen Minderjährigen in den Gefängnissen von Pozanti und Sincan sowie die seit fast einem Jahr anhaltente vollkommene Isolation von Abdullah Öcalan.
Das CPT gab zudem bekannt, dass in den letzten Wochen und Monaten vermehrt Beschwerdeklagen gegen die Bedingungen in den türkischen Gefängnissen eingegangen sind.

(ANF, 17.-19.6., ISKU)

türkischen Staat erhöht haben, starten nun auch Guerillas der TIKKO Aktionen gegen das türkische Militär. In Dersim stürmte man eine Militärstation der türkischen Armee, wobei mehrere Soldaten gestorben sein sollen.
Im Landkreis Xozat (Hozat), welcher in Dersim liegt, wurde eine Militärstation der türkischen Armee seitens der TIKKO-Guerillaeinheiten attackiert. In einer Erklärung betonte der politische Arm der TIKKO, die TKP/ML, dass weitere Aktionen folgen werden, sofern die Unterdrückung gegenüber dem kurdischen Volk sowie die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei nicht ein sofortiges Ende finden.

(ANF/DK, 19.6., ISKU)

Mehr als 330 Festnahmen im Juni

Nach Angaben der Nachrichtenagenturen DIHA und ANF wurden in den ersten 15 Tagen des Monats Juni mehr als 330 Personen festgenommen.
Zur Zeit vergeht kein Tag ohne Massenverhaftungen in der Türkei.
In einigen Provinzen wie Şirnex (Şirnak) wurden alle gewählten Mitglieder der BDP ins Gefängnis gesteckt. Insgesamt sind 33 gewählte BürgermeisterInnen, 6 Parlamentsabgeordnete und 190 gewählte kurdische PolitikerInnen in Haft. Ebenso sind JournalistInnen, StudentenInnen, Parteimitglieder, RechtsanwältInnen, Kinder und Frauenaktivistinnen das Ziel der Massenverhaftungen durch die AKP-Regierung. Der Menschenrechtsverein IHD gab folgende Zahlen bekannt: 12.685 Festnahmen und 2922 Verhaftungen im Jahre 2011; 7100 Festnahmen und 1599 Verhaftungen in 2010; 7.718 Festnahmen und 1928 Verhaftungen in 2009.

(ANF/DK, 17.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DK	DieKurden.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 574
29. Juni 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

AKP-Terror gegen Gewerkschaften: 58 Festnahmen

Die Zentrale der Gewerkschaft KESK in Ankara wurde am Morgen des 25.6. im Rahmen der „KCK-Operationen" durchsucht, 58 Personen wurden festgenommen. Gründe wie „Mitglied der Plattform für Arbeit und Demokratie" und „Mitglied der türkischen Friedensbewegung" reichten der Polizei schon zu einer Festnahme. Unter der 58 Festgenommen befindet sich auch der KESK Generalsekretär Lami Özgen.

KESK ist der Dachverband von 11 Gewerkschaften, die im öffentlichen Dienst organisiert sind.

Bei den landesweiten Operationen gegen die Gewerkschaft KESK und alle dazugehörigen Gewerkschaften wurde in Mersin auch das Gebäude der Bildungs-Gewerkschaft Egitim-Sen durchsucht.

Erklärung der KESK

In einer Erklärung ordnet die KESK die Verhaftungen in die aktuelle Angriffswelle gegen die kurdische Bewegung ein: „Die AKP ist entschlossen, alle und jeden festzunehmen, die für Freiheit, Frieden und Demokratie Wiederstand leisten. Dazu gehören auch diejenigen, die für gewerkschaftliche Rechte kämpfen. Interessant ist hierbei, dass diese Festnahmen in einer Zeit zunehmen, in der die Regierung vermehrt von Demokratisierung, auch im Rahmen von Gesetzespaketen für eine neue Verfassung, spricht. Zugleich geraten jedoch alle, die für ein menschliches Leben in einem demokratischen Land stehen, ins Fadenkreuz der Regierung.

Für uns sind die Festnahmen nicht sonderlich überraschend. Sie sind vielmehr ein Beweis dafür, dass unser Widerstand in gewissen Kreisen Unbehagen auslöst. Deswegen sind die heutigen Festnahmen, genauso wie die Festnahmen zuvor, kein Zufall.

Die Eigenschaften, die alle unsere festgenommenen Freunde teilen, sind, dass sie sich seit Jahren mit Entschlossenheit am Kampf für die Rechte der ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst engagieren und dass sie alle KurdInnen sind. Die AKP duldet keine KurdInnen, die nicht mit ihnen konform gehen und sich politisch oder gewerkschaftlich engagieren. [...]

Wir werden als KESK trotz aller Unterdrückung und Repression des Staates nicht schweigen. Ihre Versuche, uns von unserem gerechten Kampf abzuhalten, werden scheitern.

Wir werden unseren Weg fortführen, unserer historischen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Wir werden niemals von unserer Forderung nach einer gerechten und freiheitlichen Türkei, in der Frieden herrscht, abrücken. Sie rufen „Wir halten nicht und fahren fort auf unserem Weg" [Parole der AKP bei den letzten Wahlen] und wir begegnen dem „Wir resignieren nicht und leisten weiter Widerstand". Und diesen Widerstand werden wir mit all unseren FreundInnen und GenossInnen fortführen.

Alle unsere FreundInnen, deren einzige Schuld es ist für gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten sowie für Frieden und Demokratie zu kämpfen, müssen sofort freigelassen werden! Die Repression gegenüber der KESK muss ein Ende finden!"

(ANF/DK/KESK, 25.6., ISKU)

Türkischer Staat versucht, eigene Verluste totzuschweigen

Guerilla setzt Aktionen fort

Nachdem bei einem Angriff auf mehrere Militärstützpunkte in der Region Colemêrg (Hakkari), am 19. und 20.6. über hundert türkische Soldaten, vor allem aus Spezialeinheiten getötet und 4 Militärhubschrauber abgeschossen worden waren, setzt die kurdische Guerilla ihre Aktionen trotz Militäroperationen weiter fort.

Şirnex: Frauenguerilla YJA-STAR schießt Hubschrauber ab

Die Frauenguerilla YJA-Star erklärte, sie habe am 24. Juni gegen 16:30 Uhr in Qılaban (Uludere) einen Transporthubschrauber des türkischen Militärs, der militärische Versorgungsgüter geladen hatte, abgeschossen. Die Aktion war der kurdischen Freiheitskämpferin Zîlan (Zeynep Kınacı) gewidmet, die am 30.6.1996 eine Militärparade in Dêrsim angriff und dabei ihr Leben opferte. Am 23. und 24.6. kam es ebenfalls in Şîrnex und Wan zu Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und YJA-Star-Einheiten, wobei insgesamt drei türkische Soldaten ums Leben kamen.

Dêrsim: Angriff auf Baustelle für Militärbasis

Am 24. Juni um 18:00 griffen Guerillaeinheiten eine Baustelle einer neuen Militärbasis in der Nähe von Dêrsim an. Bei der Aktion starben drei Soldaten, zwei weitere wurden verletzt. Daraufhin kam es zu zwei Tage andauernden Gefechten und der breit angelegten Bombardierung der Region durch das türkische Militär. Als sie keinen Erfolg erzielten, flohen die Soldaten nach Guerillaangaben am Abend des 26. Juni. Weitere Aktionen gegen den Ausbau der militärischen Infrastruktur fanden unter anderem auch in Colemêrg und Şirnex statt, wo drei Baufahrzeuge angezündet wurden.

Mêrdîn – Pipeline sabotiert

Am 17. Juni griffen Guerillaeinheiten die Pipeline von Kerkûk nach Yumurtalık an. Sie wurde schwer beschädigt und zwei Tage lang war kein Öldurchfluss möglich. Am 21.6. um 16:00 Uhr führte die Guerilla an der Baustelle, an der die Reparatur der Pipeline durchgeführt werden sollte, eine erneute Aktion durch und zerstörte dabei ein Baufahrzeug. Ebenfalls am 24.6. griff die Guerilla ein Fahrzeug türkischer Spezialeinheiten in Mêrdîn (Mardin) an. Dabei starben 4 Polizisten.

Şîrnex – Guerilla führt Verkehrskontrollen durch

Am 24.6.2012 führte die Guerilla auf der Straße zwischen Şîrnex und Elkê (Beytüşşebap) zwischen 16:30 und 18:30 Uhr eine Verkehrskontrolle durch. Dabei wurden über 50 Autos gestoppt und die Insassen über die aktuel-

→

Meldungen:

Amed:Großdemonstration für die Freiheit Öcalans

Die KCD und die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) veranstalten am 14. Juli in Amed (Diyarbakir) eine Großdemonstration für die Freiheit von Abdullah Öcalan und gegen die andauernde Totalisolation.

BDP und KCD erklärten, dass diese Demonstration wie Newroz sein wird, wo alle Kurdinnen und Kurden aus der gesamten Türkei, aus Syrien, Iran, der Autonomen Region Kurdistan und Europa sich in Amed versammeln werden, um gegen die Isolationshaft gegen Herrn Abdullah Öcalan zu protestieren. „Amed wird Geschichte schreiben und wir erwarten, dass unser Volk an dem Tag in Amed anwesend sein wird", so der Aufruf.

(DK, ANF, 25.6., ISKU)

Volksschutzkomitee in Derik von syrischen Sicherheitskräften angegriffen

Die bewaffneten Volksschutzkomitees der kurdischen Oppositionspartei PYD schützen die KurdInnen in Westkurdistan. Dazu errichten sie auch Kontrollpunkte.

Neuen Meldungen zufolge wurde der Kontrollpunkt des Volksschutzkomitees in Derik von syrischen Sicherheitskräften zerstört. Daraufhin gingen Tausende Kurden aus Derik auf die Straßen und bauten ihn wieder auf. Hesen Kocer, Vertreter der Tev-Dem (Bewegung der demokratischen Gesellschaft), sagte, dies sei erneut ein Zeichen dafür, dass das kurdische Volk seinen Schutz in die eigenen Hände nehmen will. *(DK, 24.6., ISKU)*

Iran: Kurdin zu 15 Jahren Haft wegen angeblicher PJAK-Mitgliedschaft verurteilt

In der ostkurdischen Stadt Sine (Sanandadsch) wurde eine Kurdin zu 15 Jahren Haft wegen angeblicher PJAK-Mitgliedschaft verurteilt. Die 23 jährige Safiye Sadeghi war bereits im November 2010 festgenommen worden. Sie teilte ihrer Familie mit, dass sie über einem Zeitraum von viereinhalb Monaten Befragungen unterzogen worden ist. Sadeghi hat sich in diesem Zeitraum in Einzelhaft befunden und durfte währenddessen weder ihre Familie noch Anwälte sehen. Sie berichtete anschließend ihren Angehörigen, dass sie mehrfach gefoltert worden sei. Aktuell befindet sich Sadeghi im Frauengefängnis von Sine.

(ANF 23.6., ISKU)

Ständige Mahnwache für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Am 25. Juni 2012 hat eine ständige Mahnwache vor dem Europarat in Straßburg bis zur Freiheit von Abdullah Öcalan begonnen. Dies erklärte die neu gegründete „Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan" in einer Presseerklärung am Freitag. Die Mahnwache soll Druck auf den Europarat ausüben, damit dieser sich aktiv für die Freiheit von Abdullah Öcalan einsetzt.
Die Initiative setzt sich aus hunderten kurdischen, türkischen, assyrischen SchriftstellerInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, AkademikerInnen, KünstlerInnen, GewerkschaftlerInnen und weiteren zusammen. Die Idee der Initiative entstand nach dem Hungerstreik von 15 AktivistInnen vor dem Europarat, der nach 52 Tagen am 21. April beendet worden ist. Die Hungerstreikenden setzten sich im Anschluss mit den hunderten Personen, die vom 1. Februar 2012 bis zum 18. Februar 2012 einen Protestmarsch von Genf nach Straßburg, unter eisiger Kälte, unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Politischer Status für das kurdische Volk" durchgeführt hatten, zusammen und entschieden sich für die Gründung dieser Initiative.
Die Mahnwache soll bis zur Freiheit Abdullah Öcalans rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr andauern.

Abdullah Öcalan wurde am 15. Februar 1999 durch einen internationalen Komplott nach einer Odyssee durch mehrere europäische Länder von der CIA in Kenia gefangen genommen und an die Türkei ausgeliefert. Seitdem sitzt er auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft. Seit dem 27. Juli 2011 dürfen weder seine AnwältInnen noch seine Familie ihn besuchen. Die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung sieht in der Person Abdullah Öcalan ihren politischen Repräsentanten.
(ANF, 22.6., ISKU)

Einsatz von Phosphor-Bomben in den Bergen von Gabar

Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte HPG erklärte, dass die türkische Armee bei einem Luftangriff auf den Gabar-Berg im Taurus-Gebirge (Provinz Şirnex (Şırnak)) auch die international geächteten Phosphor-Bomben zum Einsatz gebracht hat. Die Luftangriffe auf den Gabar-Berg hielten laut der Erklärung ab dem 20. Juni zwei Tage lang an. Durch den Granaten- und Mörserbeschuss sei es zudem zu Waldbränden in dem Gebiet gekommen.
In der Erklärung wurde außerdem auf Gefechte zwischen den HPG-Kräften und dem Militär in Çelê „Çukurca" vom 21. Juni Bezug genommen. Bei diesem Gefecht sei ein Soldat getötet und zwei weitere verletzt worden.
Die HPG erklärte schließlich, dass die Luftangriffe auf die Meder-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan ununterbrochen anhalten. Auch das Gebiet um Roboskî, wo das türkische Militär am 28. Dezember 2011 durch Luftangriffe 34 Zivilisten ermordet hatte, steht seit dem 20. Juni unter Beschuss aus der Luft.
(ANF, 22.6., ISKU)

→ Guerilla setzt Aktionen fort

len politischen Entwicklungen aufgeklärt.

Erzîrom – Vergeltungsaktion gegen türkisches Militär
Am 23. Juni um 17:00 Uhr griff die Guerilla in Erzîrom Qeza (Erzurum Karayası) ein gepanzertes Militärfahrzeug vom Typ Skorpion an. Diese Aktion war eine Vergeltungsaktion dafür, dass am 13. Juni in Qeza (Karayası) der 9-jährige kurdische Junge Yusuf Yılan von einem solchen Skorpionfahrzeug zerquetscht und getötet worden war. Bei der Aktion starben sechs Soldaten.

Colemêrg – Mitglieder von Spezialkommando getötet
Am 24. Juni kam es in Colemêrg (Hakkari) zu einem Gefecht zwischen Guerilla und Spezialeinheiten. Bei diesem Gefecht starben fünf Mitglieder von Spezialkommandos, drei wurden verletzt.

Trabzon – Angriff auf Gendarmeriestützpunkt
Die Guerillakräfte der HPG haben sich zu einem Angriff auf einen Gendarmeriestützpunkt in der Nähe von Trabzon an der Schwarzmeerküste bekannt. Bei der Aktion am Morgen des 26. Juni ist ein Soldat getötet und drei weitere sind verletzt worden.

Sêrt – Drei Soldaten bei Gefecht getötet
Bei einem Gefecht zwischen dem türkischen Militär und den Guerillakräften der HPG im Bezirk Dihê (Eruh) bei Sêrt (Siirt) sind drei Soldaten getötet worden. Nach dem Gefecht gingen die militärischen Operationen, begleitet von Bombardements durch Kobra-Hubschrauber, in dem Gebiet weiter.

Fazit: Dieser kleine Ausschnitt aus den Aktionen zeigt Breite und Stärke der Guerillaaktivitäten.
Diese Zusammenstellung stellt nur einen Ausschnitt der Aktionen und Gefechte der kurdischen Guerilla dar. Die geographische Breite der Guerillaktionen – es fanden sogar Angriffe in der Schwarzmeerregion bei Trabzon statt – zeigt, wie strategisch gut die kurdische Guerilla aufgestellt ist. Was hier nicht berichtet wurde sind Dutzende Gefechte und Angriffe auf Militärstützpunkte, bei denen viele Soldaten, aber auch der Guerilla Agit Zîlan (Abdullah Vural), getötet wurden. Wir können also durchaus feststellen, dass die Auseinandersetzungen stellenweise die Qualität eines offenen Krieges erreicht haben. Dies ist die Konsequenz aus einer jahrelangen Eskalationspolitik der türkischen Regierung, durch Massaker, Isolierung des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, dem Einsatz von Chemiewaffen, der Festnahme jeglicher ziviler politischer kurdischer Vertretung und der Zurückweisung eines jeden Friedensangebots. Die Edoğan-Regierung und ihre nahstehende Kreise setzen immer noch auf eine militärische „Lösung" der kurdischen Frage – obwohl diese immer offensichtlicher weit außerhalb der Möglichkeiten des türkischen Staates und seiner NATO-Unterstützer liegt. Um mit dieser Politik dennoch weiterzumachen und die Bevölkerung bei der Stange zu halten, findet in der Türkei und damit auch in den europäischen Medien eine erschreckende Politik des Totschweigens dieses Krieges statt, während alle Augen auf die Lage in Syrien gerichtet sind.
(Zusammenfassung aus Veröffentlichungen von ANF und dem Pressezentrum der HPG der vergangenen Woche)

Wieder Razzien gegen Presse und Medien
Am Morgen des 26. Juni wurden gegen 10 Uhr Razzien bei der Nachrichtenagentur ETHA und bei der Wochenzeitung Atilim durchgeführt. Die von Zivilpolizisten durchgeführten Razzien wurde vom 9. Strafgerichtshof von Istanbul mit der Begründung angeordnet, es handele sich um Presseorgane der MLKP (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei). Während die Durchsuchungen der Polizei weiterhin anhielten, kündigten die Mitarbeiter von ETHA eine Pressekonferenz hierzu an.
(ETHA, 26.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DK	DieKurden.de
KESK	kesk.org.tr
ETHA	etha.com.tr

Termine:

Gedenk-Kundgebung mit vorheriger Demonstration
Halim Dener
Erschossen am 29.6.1994
Halim Dener, ein 16jähriger kurdischer Jugendlicher, wurde in Hannover in der Nacht zum 29. Juni 1994 beim Kleben von Plakaten mit dem Aufdruck der verbotenen „Nationalen Befreiungsfront Kurdistans" (ERNK), von bewaffneten Polizeibeamten in zivil überrascht und beim Weglaufen durch einen Schuss in den Rücken getötet.
29.6.2012, 17.00 Uhr
Opernplatz Hannover

Kundgebung
„Bleiberecht für Ilhami Han"
Der kurdische Flüchtling Ilhami Han aus München ist in Lebensgefahr! Das Bundesamt für Flüchtlinge will den 31jährigen in den Folterstaat Türkei abschieben. Obwohl dem kurdischen Oppositionellen Ilhami dort politische Verfolgung, Folter und Tod drohen, hat das Bayerische Verwaltungsgericht dieses Risiko für ihn jetzt in einem Urteil als „nicht beachtlich wahrscheinlich" abgetan.
29.6.2012, 12.30 Uhr
Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3, München

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 575
6. Juli 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Prozess gegen prokurdische Politiker und Intellektuelle in Istanbul

Widerstand heißt Leben

Seit Montag läuft im Hochsicherheitsgericht von Silviri bei Istanbul ein Prozess gegen 205 prokurdische und linke PolitikerInnen, zivilgesellschaftliche AktivistInnen und AkademikerInnen.

Aufgrund des Antiterrorgesetzes wirft die Staatsanwaltschaft den Angeklagten, von denen sich 132 in Untersuchungshaft befinden, Mitgliedschaft oder Unterstützung der verbotenen Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) vor. Keinem der Angeklagten wird in der 2401 Seiten langen Anklageschrift eine Gewalttat zugeordnet, vielmehr gründet sich der Terrorismusvorwurf auf Reden und Veröffentlichungen, eine Lehrtätigkeit an Parteischulen der legalen prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP), kommunalpolitisches Engagement und die Teilnahme an Demonstrationen für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage.
Prominenteste Angeklagte sind der für den Friedensnobelpreis nominierte Verleger und Menschenrechtsaktivist Ragıp Zarakolu und die an der Istanbuler Marmarauniversität lehrende Verfassungsrechtlerin Büşra Ersanlı. Während Zarakolu nach internationalen Protesten Anfang April aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, befindet sich Ersanlı, die die BDP im Verfassungsausschuß des Parlaments vertreten sollte, seit Oktober 2011 in Haft. Wegen »Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung« drohen ihr bis zu 22 Jahre Haft.
Die Angeklagten begrüßten zum Prozessauftakt am Montag die Beobachter in kurdischer Sprache mit der Parole »Berxwedane jiyane« (Widerstand heißt Leben). Als Angeklagte bei der Personalienfeststellung ihre Daten auf Kurdisch angaben, entzog ihnen der Vorsitzende Richter Ali Alçık das Mikrofon und erklärte, keine andere Sprache als die türkische im Gericht zu akzeptieren. »Die Angeklagten haben in ihrer Muttersprache Kurdisch gesprochen«, erklärte Anwalt Emin Aktar darauf dem Vorsitzenden, »Sie können nicht eine von 20 Millionen Menschen in diesem Land gesprochene Sprache als unbekannte Sprache behandeln.« Da das Gericht alle Anträge der Verteidiger nach einer Übersetzung aus dem Kurdischen zurückwies, verließen die Anwälte aus Protest den Verhandlungsraum.
Am Dienstag hinderten Militärpolizisten einige VerteidigerInnen am Betreten des Verhandlungsraums, andere AnwältInnen wurden von den Soldaten angegriffen, als sie dagegen protestierten.
Nach der Mittagspause wurde der Prozess in Abwesenheit der Verteidiger und der nach lauten Protesten von der Verhandlung ausgeschlossenen Prozessbeobachter fortgesetzt.
»Die demokratischen Rechte der Kurden zu erkämpfen ist nicht nur eine Aufgabe der Kurden, sondern der ganzen Türkei, denn niemand wird frei sein, solange die Kurden unfrei sind«, erklärte der sozialistische Parlamentsabgeordnete und frühere Guerillaaktivist Ertuğrul Kürkçü auf einer Kundgebung vor dem von der Polizei abgeschirmten Gerichtsgebäude.
Die Justitiarin der BDP, Meral Danış Beştaş, sagte, der Prozess richte sich gegen das Recht ihrer Partei, sich auf demokratische Weise politisch zu betätigen. Seit dem Wahlerfolg der prokurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 wurden rund 10 000 Mitglieder der inzwischen verbotenen DTP und ihrer Nachfolgerin BDP in Untersuchungshaft genommen. Ein erstes großes KCK-Verfahren gegen 151 Angeklagte, darunter ein Dutzend BürgermeisterInnen, läuft seit Oktober 2010 in Amed (Diyarbakir.)

jW, 4.7., ISKU

Roboskî wartet auf Gerechtigkeit

Die Polizei hat einen Marsch an den Ort des Roboskî-Massakers mit Gewalt unterbunden. Die Familienangehörigen der Ermordeten und zahlreiche VertreterInnen der Zivilgesellschaft wurden mit Wasserwerfern angegriffen. Daraufhin haben die Familienangehörige aus Protest symbolisch ihre türkischen Personalausweise vor die Füße der Polizei geworfen.
Unter dem Motto „Wir haben Roboskî nicht vergessen und werden es nicht vergessen" wollten die Familienangehörigen der Ermordeten sowie zahlreiche VertreterInnen von NGOs und der BDP an den Ort des Massakers marschieren. Dieser Marsch wurde von der Polizei gewaltsam unterbunden. Die anwesende BDP-Abgeordnete Ayla Akat erklärte, dass der Staat es noch nicht einmal bisher für nötig erachtet hat, sich bei den Familien der Opfer zu entschuldigen. „Die Familienmitglieder wollten mit diesem Protest ihre Forderung nach Gerechtigkeit erneuern, wurden aber erneut mit der Brutalität des Staates empfangen", so Frau Akat.
Vor dem Marsch zum Ort des Massakers wurde eine Mahnwache in Roboskî abgehalten, zu der auch die DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk zugegen war. Tuğluk betonte in einer Rede, dass es, freundlich ausgedrückt, ein Gewissenslosigkeit des Ministerpräsidenten Erdoğan sei, zu glauben, dass man mit Entschädigungsgeldern das Massaker abhaken könne. Die Bevölkerung von Roboskî wolle kein Geld, sondern Gerechtigkeit.
Nach dieser Erklärung wollten die Angehörigen der 34 Ermordeten zum Ort des Massakers gehen. Doch ohne Vorwarnung wurde die Menge von den Wasserwerfern der Polizei angegriffen. Durch den Angriff wurden vor allem ältere Frauen, die mit den Bildern ihrer ermordeten Angehörigen an vorderster Reihe liefen, in Mitleidenschaft gezogen.
Nach dem Angriff durch die Wasserwerfer versammelte sich die Menschenmenge abermals und begannen einen Sitzstreik vor der Polizeibarrikade. Die Angehörigen schmissen ihre türkische Personalausweise mit den Worten „Wir schämen uns Staatsbürger der Türkei zu sein!" vor die Füße der Polizei.
Aufgrund der Tatsache, dass seit mittlerweile mehr als sechs Monaten nach dem Roboskî-Massaker immer noch keine Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden sind, gab es auch Proteste gegen die AKP-Regierung in den Städten Mersin, Kelê Malazgirt, Xîzan (Hizan) und Wêranşar (Viranşehir).

YÖP, 29.6., ISKU

Meldungen:

Razzien in Pîran: 21 Festnahmen
Bei Hausdurchsuchungen im Landkreis Pîran (Dicle) wurden in den Morgenstunden des 4. Juli insgesamt 21 Menschen festgenommen. Es wurden keine Informationen über die Gründe der Festnahmen bekanntgegeben. Allerdings befinden sich unter den Festgenommenen auch Verantwortliche der BDP. *ANF, 4.7., ISKU*

AKP greift kurdische Bildungseinrichtungen an
Die türkische Regierung hat nun kurdische Bildungseinrichtungen ins Visier genommen. Die sogenannten Bildungsstätten, die im Rahmen des Demokratischen Autonomieprojekts von den BDP-Stadtverwaltungen aufgebaut worden waren, werden eins nach dem anderen durch das türkische Bildungsministerium geschlossen.
Das letzte Opfer dieser Schließungen war die Bildungseinrichtung in Dêrika Çiyayê Mazî (Derik), das vor einem Jahr durch die Stadtverwaltung eröffnet worden war. Zuvor traf es die Bildungsstätten in Wêranşar (Viranşehir), Qoser (Kızıltepe) und Serêkanî (Ceylanpınar).
Das Eröffnen solcher Bildungseinrichtungen sind nach türkischem Gesetzt erlaubt. Da die kurdischen Bildungseinrichtungen allerdings der Regierung ein Dorn im Auge sind, werden sie in letzter Zeit mit willkürlichen Begründungen wie „Die Bildungseinrichtungen tragen kurdische Namen" oder „In den Bildungseinrichtungen werden Sprachen außer der Türkischen gelehrt" geschlossen
In der Türkei ist es üblich, dass SchülerInnen und angehende Studierende vor ihren Abschlussprüfungen oder ihren Studienaufnahmeprüfungen nichtstaatliche Lehreinrichtungen besuchen, um sich auf die anstehenden Prüfungen vorzubereiten. Da diese Einrichtung (auf türk. ‚Dershane') kommerziell arbeiten und daher mit hohen Kosten verbunden sind, hatten die BDP-Stadtverwaltungen beschlossen, mit ihren Bildungsstätten alternative Bildungseinrichtungen für die SchülerInnen aus sozial schwachen Familien zu errichten.
ANF, 4.7., ISKU

Militärischen Operationen dauern weiter an
In Amed, Sirnex, Mêrdîn, Dêrsim und Sêrt sollen vom türki-

Die Türkei will den Krieg in Syrien

Xelil Aldar, Ratsmitglied der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM), erläuterte gegenüber der Nachrichtenagentur Firat die neuesten Entwicklungen in der Syrienkrise. Nach Aldar möchte die Türkei ihren verlorengegangenen Einfluss in Syrien zurückgewinnen. „Weil ihre Syrienpolitik, besonders aufgrund der Errungenschaften der Kurden von Westkurdistan [Nordsyrien], fehlgeschlagen ist, setzt sie nun auch auf gefährliche Provokationen."

Der Beitrag der Türkei an der plötzlichen Eskalation in Syrien

Die Türkei hatte noch Mitte 2010 Syrien versichert, dass sie gleich jeder Entwicklung im Mittleren Osten, auf der Seite von Syrien stehen werde. Die syrische Regierung vertraute auf dieses Versprechen und ließ sich dadurch gewissermaßen hinhalten. Deswegen trafen die letzten Entwicklungen die syrische Regierung unerwartet. Die Türkei hatte Syrien in eine antikurdische Koalition hineingezogen. Das syrische System hat dieses Konzept der türkischen Regierung noch konsequenter umgesetzt als die türkische Regierung selbst: Sie haben Massaker an der kurdischen Bevölkerung verübt, Kurden durch Folter ermordet, Tausende von ihnen festgenommen und Dutzende an die Türkei ausgeliefert. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten wurden hierdurch so intensiv, dass gemeinsame Ministerrunden auf der Tagesordnung standen. Aber weil die Türkei keine aufrichtige Politik führt, hat sie die ab Mitte März 2011 entstehende innersyrische Opposition angefangen zu unterstützen. Durch geheime und offene Versprechungen gegenüber dieser Opposition hat sie auch eine demokratische Entwicklung dieser Opposition unterbunden. Daher muss festgehalten werden, dass ebenso wie die syrische Regierung und die Opposition Schuld an den Toten tragen, auch die Türkei hierfür ihre Schuld trägt. Um diese Aussagen zu untermauern, verfügen wir über genügend Informationen und Dokumente.

Ihr Kurs sollte den Wandel in eine Sackgasse führen

Die Türkei fährt seit eineinhalb Jahren einen Kurs, durch den Syrien auf dem direkten Weg ins Chaos geraten und ein demokratischer Wandel unterbunden werden soll. Die Türkei versucht zudem mit allen Kräften zu verhindern, dass die Opposition in Syrien einen demokratischen Kurs einschlägt. Vor einigen Tagen wurde ein Dokument des türkischen Außenministeriums über die Medien entschlüsselt, in welchem in seinen Grundzügen dieser Plan offensichtlich wird. Aufgrund der inneren Konstellation Syriens konnte dieser Plan der Türkei jedoch nicht erfolgreich umgesetzt werden. Auf die Frage, weshalb denn die Türkei den Wandel in Syrien unterbinden will, kann ganz deutlich geantwortet werden, dass dies mit den Errungenschaften der Kurden im Land zusammenhängt.

Der Wandel in Syrien ist unausweichlich

Mit diesem Wandel werden die Kurden aus Westkurdistan ihre Demokratische Autonomie aufbauen. Und damit einhergehend wird auch die antikurdische Politik der Republik Türkei in Nordkurdistan im großen Umfang ins Leere laufen. Die Türkei weiß das, und versucht deshalb einen neuen politischen Kurs zu fahren. Es gibt klare Indizien dafür, dass mit diesem Kurs auch die Provokationen beginnen werden. Das klarste Indiz hierfür ist der abgeschossene Aufklärungsjet der Türkei. Selbst wenn der Jet nicht abgeschossen worden wäre, würde es heißen „Sie haben auf unseren Jet geschossen".

Der türkische Staat wollte mit dieser Provokation mit einem Stein gleich drei Vögel abschießen:

Erstens: Sie haben den Versuch gestartet, die gesamte NATO für eine Intervention zu gewinnen und sie somit für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

Zweitens: Die Türkei fühlt sich gestört von den Beziehungen zwischen Syrien und Russland und wollte deshalb den Versuch starten, die NATO als Bollwerk gegen Russland zu gewinnen. Nachdem das nicht so geklappt hat, traf sich Erdoğan umgehend mit Putin, um die Wogen wieder zu glätten. Drittens: Der Zeitpunkt der Provokation wurde bewusst ausgewählt, um das Tagesgeschehen in der Türkei von den Gefechten der türkischen Armee mit den Volksverteidigungskräften HPG abzulenken. Denn kurz vor der Provokation erlitt das türkische Militär große Verluste gegen die Guerillakräfte.

Die Türkei sucht neue Provokation

Weil auch diese Provokation nicht die gewünschte Wirkung gezeigt hat, hat die Türkei nun ihre Soldaten an der Grenze zu Syrien zusammengezogen. Es wurden ja auch genug Lügen verbreitet, um sich eine Legitimation zu verschaffen.

Als nächste Provokation könnten sie nun durchaus die Aktivitäten der kurdischen Freiheitsbewegung in Westkurdistan anführen. Das war auch aus dem entschlüsselten Bericht des türkischen Außenministeriums ersichtlich. Vor zwei Tagen konnte man hierfür auch die ersten Indizien aus den Medien entnehmen. Es war die Rede von einer „PKK-Fahne" hinter der türkisch-syrischen Grenze. Man sieht folgendes: Die Argumente der Türkei hinsichtlich Syriens basieren auf keinerlei demokratischer Legitimität, und deswegen gelingt es ihr auch nicht, andere Staaten als Unterstützer für ihre Pläne zu gewinnen. Das ist der Grund, weshalb die Türkei nun auf Provokationen setzt. Und bei ihren Provokationen ist vor allem der demokratische Kampf des kurdischen Volkes in ihrem Visier.

Attentate nicht ausgeschlossen

Je mehr die politische Entwicklung in Syrien einen friedlichen Kurs einschlägt, desto aggressiver wird die Türkei ihren eigenen Kurs fahren. Wenn der Wandel in Syrien sich also im Sinne der demokratischen Forderungen der Völker entwickelt, wird die Gefahr aus Ankara zugleich zunehmen. Und diese Gefahr kann durch folgende Formen Gestalt annehmen: Die Türkei kann durch gewisse ihr nahestehenden oppositionellen Gruppen aus Syrien versuchen, den Konflikt zu eskalieren. Sie kann aber auch durch bestimmte Kurden, die nach der Pfeife der Türkei tanzen, versuchen, die Situation in Westkurdistan durcheinanderzubringen. Und nicht ausgeschlossen ist auch, dass sie durch ihren Geheimdienst Attentate und Anschläge in Westkurdistan durchführt, um die Lage zu destabilisieren.

Die Lage in Syrien nicht aus der Sicht der AKP bewerten

Solange die Türkei nicht von ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden abkehrt, solange wird sie in Syrien auch Befürworterin eines Krieges sein. Aufgrund dessen ist sie heute auch an der Schwelle zu einem Krieg mit der syrischen Regierung. Es liegt in unserer historischen Verantwortung, die aktuelle Lage in der Region auf Basis der politischen Realität vor Ort richtig zu bewerten. Hierbei dürfen wir uns nicht durch die Worte der AKP-Regierung, hinter denen sich ihre Kriegsabsichten verbergen, irritieren lassen. Die Türkei allein ist nicht der Mittlere Osten. Der Einfluss der Türkei in der Region ist auch keineswegs so groß, wie die Regierung es gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung propagiert. Es ist offensichtlich, welche politischen Zentren auf die Region ihren Einfluss ausüben wollen. Und die AKP-Regierung versucht mit aller Kraft sich in die Nähe dieser Zentren zu rücken und ihre Handlager zu spielen. Deswegen ist es ein Fehler, die Situation in Syrien durch die Brille der AKP zu bewerten. Um die Situation in Syrien zu verstehen, muss man sich die Entwicklung in Syrien und in Westkurdistan selbst anschauen. Das wäre der richtigere Ansatz.

ANF, 30.6., ISKU

schen Militär neue Operationen gestartet sein.

Die türkische Armee, die mehrere angelegte Operationen mit Luftwaffenunterstützung in Sirnex (Cûdî und Herekol), Amed (Lîce), Mêrdîn und Sêrt (Dihê) gestartet haben, dauern weiter an. Außerdem sollen weitere Soldaten in den Kampfgebeiten abgesetzt worden sein.

Laut den Berichten der HPG sollen am 3. Juli auch in Dêrsim (Axdere, Koru, Dagmezra und Sarisaltik) neue Operationen gestartet sein, die noch immer in den Gebieten kein Ende genommen haben.

Am 4. Juli ab ca. 15:00 Uhr bis 05. Juli 8:00 Uhr wurden die Medya-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan (Nordirak) vom türkischen Militär mit schwerer Artillerie angegriffen. Die betroffenen Ortschaften waren Heftenînê, Warê Kemal, Dola Bêtalma, Kato Sûlêyê und Alanis. *ANF, DK, 05.7., ISKU*

Kurden verlassen Syrienkonferenz in Kairo

Die kurdischen Delegierten haben die in Kairo stattfindende Konferenz der syrischen Oppositionellen verlassen.

Grund dafür war, dass ein Antrag der kurdischen TeilnehmerInnen für die Anerkennung des kurdischen Volkes und der Schutz ihrer Rechte nicht angenommen worden ist.

Vor allem die Oppositionellen des syrischen Nationalrates, die unter anderem von der Türkei unterstützt werden, wehrten sich gegen die Annahme des Antrags. Daraufhin verließen die kurdischen Delegierten der Westkurdischen Volksräte (TEV-DEM) und des kurdischen Nationalrates Syrien geschlossen die Konferenz.

Nach der Ablehnung des Antrages kam es unter den TeilnehmerInnen der Konferenz zu Tumulten. Erst als der Sicherheitsdienst des Gastgeberhotels einschritt, beruhigte sich die Lage. Die Kurden bezeichneten die Entscheidung der Konferenz als Skandal und boykottierten den Rest der Konferenz.

ANF, 4.7., ISKU

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DK	diekurden.de

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 576
13. Juli 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Verbot der Kundgebung „Freiheit für Öcalan“

Der Gouverneur von Amed (Diyarbakir) hat am Montag den 9. Juli in einer schriftlichen Erklärung verlautbart, dass eine Kundgebung für den 14. Juli unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“ untersagt wird. Die Kundgebung wurde von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und dem Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK) initiiert. Der Gouverneur begründete seinen Beschluss damit, dass durch die Kundgebung beabsichtigt werde die Bevölkerung und die Polizei gegeneinander aufzubringen.
Kurze Zeit nach der schriftlichen Erklärung des Verbotes meldeten sich die Initiatoren der Kundgebung zu Wort und kritisierten die Entscheidung scharf. Die DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk erklärte, dass das Verbot für sie und die Bevölkerung keinerlei Legitimität besitzt. Der Beschluss sei eine Fortsetzung der Vernichtungspolitik der AKP gegenüber den Kurden. Man habe Angst, dass durch die Kundgebung der Wille des kurdischen Volkes offen zum Vorschein komme und deshalb die Kundgebung zu verbieten versucht werde.
Der BDP-Co-Vorsitzende Selahattin Demirtaş fügte auf einer Pressekonferenz hinzu, dass sie mit den Vorbereitungen für die Kundgebung wie bisher fortfahren werden. Das Verbot müsse mit sofortiger Wirkung zurückgenommen werden. Doch selbst, wenn dies nicht geschehen sollte, werde man die Kundgebung mit Millionen von Menschen abhalten. „Das Verbot ist nichts weiter als eine Provokation. Wir werden gegenüber einer solchen Haltung nicht zurückweichen. Wir werden bis zum Ende an unseren demokratischen Rechten festhalten“, so Demirtaş weiter.
Die AKP hatte bereits zum kurdischen Neujahrsfest Newroz versucht durch Verbote und rigorose Polizeiaufkommen die Feierlichkeiten der Bevölkerung zu untersagen. Dadurch wäre es fast in allen Orten Nordkurdistans und in vielen Orten der Türkei zu heftigen Straßenschlachten und Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei gekommen. Vielerorts gelang es der Bevölkerung die Polizeibarrikaden zu überwinden, ihr Newrozfest zu feiern und die Forderung nach Freiheit für Öcalan und Frieden in Kurdistan erklingen zu lassen. *(ANF, 9.7., ISKU)*

Wochenrückblick zu Guerillaaktionen

Auch in der vergangenen Woche kam es zu heftigen Gefechten zwischen türkischem Militär und kurdischen Guerillas. Da der türkische Staat die nunmehr jahrzehntelangen Bemühungen der kurdischen Freiheitsbewegung mit immer neuen Festnahmeoperationen, die in ihrer Breite auf die Vernichtung jeglichen zivilen Engagements abzielen, mit Massakern und Kriegsverbrechen geantwortet haben, setzt die Guerilla ihre Offensive fort. Die Guerillaaktionen fanden wieder in fast allen Regionen Nordkurdistans statt und entsprechen der Erklärung des KCK Exekutivratsmitglieds Duran Kalkan gegenüber ANF vom 01.07.12: „Wir befinden uns in einer Phase der Lösung, allerdings nicht wie in der Vergangenheit einer politischen Lösung, sondern einer militärischen Lösung … Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass die vorhandene AKP-Führung keine politische Lösung der kurdischen Frage herbeiführen kann. Daher sind wir zu einer aktiven Kampfposition übergegangen und werden so der AKP ein politisches Ende bereiten. … Wir wollen nun auf der Basis des revolutionären Volkskriegs eine Lösung der kurdischen Frage herbeiführen. Wir glauben, dass dies möglich ist und verwirklicht werden wird. … Wir führen einen aktiven Kampf. Die Guerilla leistet Widerstand und die Bevölkerung erhebt sich in den Serhildans [Volksaufständen]. An diesem Punkt sind weitere Entwicklungen nötig. Insbesondere an Orten, wo die Bevölkerung bewusst ist, wo es eine patriotische Einheit gibt, muss die Bevölkerung ihre demokratische Selbstverwaltung weiter ausbauen, sich in diesem Rahmen vereinigen und sich von der Verwaltung durch den völkermörderischen, faschistischen Staat befreien, indem die Selbstverwaltung weiter entwickelt wird.“

Erfolgreiche Guerillaaktivitäten
Die Guerilla zeigte in den letzten Tagen auch weiterhin ungebrochen ihre Aktivität. Insbesondere in den letzten Monaten wird auffällig, dass die Guerilla in den kurdischen Provinzen auch immer mehr als gesellschaftliche Kraft gegen Dorfschützer, umweltzerstörerische Projekte, den Bau von Militärbasen und dessen Profiteure, wie auch gegen Funktionäre der Regierungspartei AKP vorgeht, diese Festnimmt und ihre Aktivitäten entsprechen beurteilt.

Guerilla zeigt sich als Kraft der öffentlichen Ordnung
Die Guerilla tritt in Nordkurdistan immer häufiger auch als Kraft der öffentlichen Ordnung und Selbstverteidigung auf. Sie führt in den verschiedenen Regionen, u. a. in den Dêrsim, Colemêrg und Amed Straßenkontrollen durch. Diese dienten einerseits der Informationsverbreitung an die kurdische Bevölkerung, welche die Guerillas häufig mit Jubel und Parolen begrüßte, andererseits aber auch dem Kampf gegen Kräfte des türkischen Staates. So führte die Frauenguerilla YJA-Star beispielsweise am 29.06.12 in Mêrdin eine Straßenkontrolle durch, bei der mehr als 50 Fahrzeuge gestoppt wurden und die Bevölkerung über den staatlichen Terror und die Isolationshaft gegenüber dem PKK Vorsitzenden Abdullah Öcalan informiert und an die gefallene Kämpferin Zîlan erinnert wurde. Der Bevölkerung werden ebenfalls aktuelle politische Entwicklungen und die aktuelle Strategie der Guerilla dargelegt. Ähnliche Aktionen wurden in den letzten Tagen mehrfach u. a. in den Provinzen Dêrsim und Colemêrg durchgeführt. Dabei wurde u. a. ein Fahrzeug aus dem Besitz des ehem. AKP-Kreisvorsitzenden

→

Meldungen:

Presseerklärung der AnwältInnen Abdullah Öcalans
Die Isolationshaft, in der sich unser Mandant Abdullah Öcalan im Hochsicherheits-F-Typ-Gefängnis auf Imrail seit 1999 befindet, wurde seit dem 27. Juli 2011 noch weiter verschärft. Seit dem 27. Juli 2011 verhindert die Regierung willkürlich, dass Abdullah Öcalan sein Recht auf Konsultationen mit seinen Rechtsvertretern wahrnimmt oder Besuch von seiner Familie erhält. Wir beantragen jede Woche, unseren Mandanten zu sehen. Seit dem 27. Juli 2011 haben wir 96 derartige Besuchsanträge gestellt; jedes Mal wurde dies mit unseriösen und haltlosen Begründungen wie „Boot kaputt“ oder „Wetter schlecht“ vom Staat verhindert.
Gleichzeitig wird unserem Mandanten verwehrt, von seinen Rechten auf die Benutzung von Telefon, Fax oder ähnlichen Kommunikationsmitteln Gebrauch zu machen, um über seinen Zustand oder seine gesundheitliche Situation zu informieren. So konnten wir keinerlei Kommunikation mit unserem Mandanten herstellen – mit Ausnahme eines Briefes, den er am 3. Februar 2012 geschrieben hat und der uns am 17. Februar 2012 erreichte.
Aufgrund dieser fortdauernden Isolation ist unser Mandant nicht über die Entwicklungen in seinen anhängigen Beschwerdeverfahren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte informiert und kann sein Recht auf Verteidigung nicht aktiv wahrnehmen. [...]
(Asrin-Rechtsbüro, 3.7., ISKU)

Iranische Armee startet umfangreiche Operation
Die Verluste der iranischen Armee vor knapp einem Jahr gegen die Guerillakämpfer der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan, PJAK, bleiben unvergessen. Es war damals ein herber Schlag für die Armee des iranischen Regimes. Nach dieser militärischen Niederlage kam es zu einem beidseitigen Waffenstillstand, den die iranische Armee jedoch immer wieder störte, in dem sie beispielsweise drohte, kurdische Gefangene hinzurichten, oder wie vor Kurzem versuchte, die Grenzen zu Südkurdistan zu überschreiten. Die PJAK warnte den iranischen Staat vor weiteren Provokationen.
Die iranische Revolutionsgarde rüstet mit der Stationierung von Soldaten an der Grenze zu Süd-

Wochenrückblick

von Pilûr (Ovacık), der bekannt ist für Zusammenarbeit mit dem Militär, zerstört.
In den letzten Wochen konnten immer wieder Festnahmeaktionen durch Guerillaeinheiten beobachtet werden. Betroffen von den Festnahmeaktionen sind u. a. Funktionäre des türkischen Staates, Funktionäre der Regierungspartei AKP, Spezialkriegskräfte wie Dorfschützer, Soldaten, Unternehmer, die z. B. Staudammprojekte oder Militärbasen bauen und Polizisten. Kurzfristig wurden auch immer wieder Arbeiter an umweltzerstörerischen oder militärischen Projekten in Gewahrsam genommen. Diese kamen jedoch immer nach kurzer Zeit und einer entsprechenden Belehrung wieder frei. Der türkische Staat zeigte wenig Interesse an den Gefangenen. Dennoch wurde am 30.6. der AKP-Vorsitzende von Pasûr (Kulp) in der Region Amed, der zwei Wochen zuvor festgenommen war, wieder freigelassen. Er betonte, wie alle anderen freigelassenen Gefangenen auch, dass er von der Guerilla sehr gut behandelt worden sei und trat anschließend aus der AKP aus. Dies löste einen Skandal in den türkischen Medien aus.
Schon am 2.7. nahm die Guerilla den AKP-Kreisvorsitzenden der Region Payizawa (Gürpınar) im Stadtzentrum von Wan fest und zeigte damit ihre Aktionsfähigkeit im extrem militarisierten Zentrum der Stadt Wan.
Zuvor, am 1.7., hatte die Frauenguerilla YJA-Star in Şax (Çatak) den Paramilitäranführer (Dorfschützer) İsmail Can und seine Frau Zümeyra Can, die ebenfalls Dorfschützerin ist, unter dem Vorwurf „Kollaboration mit dem Feind und Förderung des Dorfschützertums“ festgenommen. Hier dauert die Untersuchung des Falls noch an.
Am 8. Juli führte die Frauenguerilla YJA-Star eine Straßenkontrolle in Dep (Karakocan) durch. Dabei nahm sie den Dorfvorsteher des Dorfes Kerbay fest, da er beschuldigt war, in seinem Wagen Soldaten transportiert und Nahrungsmittel zu den Militärstützpunkten gebracht zu haben. Es wurde ein Gerichtsverfahren durchgeführt, an dem auch die Bevölkerung teilnahm. Nach Angaben Guerilla räumte er die Beschuldigungen ein und erhielt eine Strafverschonung, da er erklärt habe, er würde diese Praxis nicht fortsetzen. Die Guerilla erklärte: „Da die Bevölkerung es für angemessen hielt, ihm eine letzte Chance zu geben, wurde er auf dieser Grundlage freigelassen.“

Militärische Ausrüstung sabotiert und Militärbasen und Stützpunkte angegriffen
In der letzten Woche fand ebenfalls eine Vielzahl von Sabotageaktionen und Angriffen auf Militärstützpunkte statt. Am 30. Juni griff die Guerilla in Wan Qerqelî (Özalp) eine Militärbasis, Armeeunterkünfte und Munitionsdepot an. Dabei starb ein Soldat, zwei weitere hochrangige Armeemitglieder wurden verletzt. Am 1. Juli zerstörten Guerillaeinheiten gegen 24:00 Uhr in der Region Bazîd (Doğubeyazıt) zwei militärische Radaranlagen. Am 2. Juli griffen in der Region Şemzînan/Colemêrg (Şemdinli/Hakkari) Guerillas die Baustelle eines Militärstützpunkts an.

Bei schweren Gefechten sterben über 40 Soldaten
Bei Gefechten in Bedlis (Bitlis), Reşqelas (Iğdır), Dêrsim (Tunceli), Wan (Van), Çolemêrg (Hakkari), Qers (Kars) und vielen anderen Orten sterben über 40 türkische Soldaten. Allein in der Region Bedlis werden zwischen dem 6. und 9.7. mindestens 19 türkische Soldaten getötet.

Frauenguerilla YJA-Star führt Aktionsserie in Dêrsim und Çolemêrg durch
Am 29. Juni zerstörten Einheiten der YJA-Star in Dêrsim einen Panzer vollständig. Sie setzten in Dêrsim ihre Aktionen fort, in dem sie nach der vorgenannten Aktion am 30.6. um 7:30 Uhr einen hinzugezogenen Nachschubkonvoy angriffen. Während der Operation wurde die Region schwer aus der Luft mit Kobra-Kampfhubschraubern bombardiert. Dennoch griffen ebenfalls YJA-Star Einheiten um 11:30 Uhr eine Spezialeinheit an, die sich auf dem Arman Gipfel positioniert hatte, an. Die Armeeoperation zog sich am Abend des 30.06. erfolglos zurück, nachdem sie das Gelände durch das Bombardement in Brand gesteckt hatten. Am gleichen Tag griff die Frauenguerilla um 16:00 Uhr bei Çele (Çukurca) eine Armeeeinheit an, dabei starb ein türkischer Soldat. Am 5. Juli griff die YJA-Star in Şirnex (Şırnak) Qilaban (Uludere) eine Militärbasis an, dabei starben ebenfalls zwei Soldaten. Am 6. Juli wurde ein Militärkonvoi in der Region Dêrsim von der Frauenguerilla angegriffen. Dabei wurde ein Bergspezialfahrzeug vollständig zerstört.

Guerilla greift Kriegsökonomie an
Sowohl in Dêrsim, als auch in Agirî (Ağrı) hielten Guerillaeinheiten Lastzüge von Konzernen und am Krieg beteiligten Unternehmen an, ließen die Fahrer aussteigen und brannten die Fahrzeuge nieder. So wurden am 5. Juli in Ebex (Çaldıran) und in Agirî 12 TIR-Lastwagen gestoppt und mitsamt der Ladung zerstört. In Dêrsim wurden am 7.7. über 150 Fahrzeuge von der Guerilla gestoppt und fünf TIR-Lastwagen ebenfalls zerstört.
Das Gebietskommando der Region Dêrsim warnte ebenfalls Unternehmer, wie den Bauunternehmer Fuat Çelik und Areksan Elektronik und forderte, dass diese Unternehmen davon Abstand nehmen sollten, unter dem Deckmantel ziviler Unternehmen Militäraufgaben wie Aufklärung und Munitionstransport zu unternehmen.
Am 6.7. griff die Guerilla einen Güterzug in der Region Eleziz (Elazığ) an. Dabei entgleisten fünf Wagons und die Strecke blieb zwei Tage gesperrt.

Aktionen gegen die Polizei
Auch in den Stadtzentren ist die Guerilla aktiv, wie unter anderem auch die Angriffe auf Polizeiposten, die für ihren Terror gegenüber der Bevölkerung bekannt sind, zeigen. Am 2.7. griff die HPG gegen 21:30 Uhr einen Kontrollpunkt im Zentrum von Wan an. Dabei starben zwei Polizisten, ein weiterer wurde verletzt.
(ANF, 27. Woche, ISKU)

Kurdistan militärisch auf. Nach Angaben von dem Staat nahe stehenden Medien soll die iranische Revolutionsgarde eine Operation in nördlichen Bereich von Ostkurdistan geplant haben. Die militärische Operation wird als „Manöver der Bodentruppen“ bezeichnet. Dieses „Manöver“ soll die nächsten fünf Tage andauern. Es ist beabsichtigt, dass sich die iranische Luftwaffe die letzten drei Tage beteiligen wird.
Momentan stehen bei der ostkurdischen Stadt Kamyaran Wälder in Brand. Rund 60 Hektar, darunter auch landwirtschaftliche Betriebe sind bereits betroffen. Im vergangenen Jahr wurden hunderte Hektar Wald in Brand gesetzt. Später wurde öffentlich, dass die iranische Revolutionsgarde sie in Brand gesetzt hatte, um die Gebiete kontrollieren zu können.
(DK, 10.7., ISKU)

Westkurdistan: Schulen des Regimes werden zu kurdischen Sprachschulen
Laut Informationen der kurdischen Nachrichtenagentur ANF werden die offiziellen Schulen des Regimes in Westkurdistan (Syrien) und insbesondere in Efrin in kurdische Schulen umgewandelt.
ANF berichtet, dass der “Volksrat von Westkurdistan” bisher drei Regime-Schulen unter seine Kontrolle gebracht habe und die Kurden in Efrin dazu aufgerufen habe, ihre Kinder in die Schulen zu schicken, damit sie dort ihre Muttersprache lernen können.
Die Schulen sind sowohl für jüngere als auch ältere Schüler eingerichtet. Das sei ein großer Schritt für die kurdische Sprache, schreibt ANF.
Es wurde weiter bekannt gegeben, dass eine große Anzahl an kurdischen Lehrkräften zur Verfügung steht.
In Westkurdistan sind die Kurdische Sprache und Kultur vom syrischen Regime offziell verboten und werden seit Jahrzehnten unterdrückt. *(DK, 11.7., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DK	diekurden.de

Todesroboter an der Grenze

An den Militärstützpunkten in Grenznähe zu Südkurdistan (Nordirak) in der Region Colemêrg (Hakkari) wurden sogenannte „Unbemannte Maschinengewehrkontrollsysteme“ (IMTAKS) aufgestellt.
In der Grenzregion Colemêrg (Hakkari), wo die Militäroperationen das größte Ausmaß eingenommen haben, wurden nun die als „Todesmaschinen“ bekannten IMTAKS aufgestellt. Dabei handelt es sich um mit Wärmebildkameras ausgestattete Wachroboter, von denen behauptet wird, sie könnten Mensch und Tier unterscheiden. Diese Roboter wurden zuerst am Stützpunkt der 3-Berg und Kommando Brigade in Şemzînan (Şemdinli) und an etlichen Militärstützpunkten entlang der Grenze aufgebaut. Die Todesmaschinen sollen anstelle der Soldaten auf Angriffe auf die Militärstützpunkte reagieren. Diese Roboter werden von Kontrollbunkern, die sich unter der Erde befinden, gesteuert.
Die Einrichtung dieser Waffen stürzt die regionale Bevölkerung in große Besorgnis. Sie weisen darauf hin, dass die Grenze immer wieder von Schmugglern überquert wird und diese Maschinen damit die Ursache für weitere Massaker bilden könnten. *(DIHA, 6.7., ISKU)*

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 577
20. Juli 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Historischer Widerstandstag in Amed

Für den 14. Juli hatte die Partei für Frieden und Demokratie BDP und der Kongress für eine demokratische Gesellschaft DTK eine Kundgebung unter dem Motto „Demokratischer Widerstand für die Freiheit" für die Freilassung des Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage angekündigt. Der Provinzgouverneur von Amed (Diyarbakır) ließ diese Kundgebung jedoch verbieten und setzte ein Aufgebot von tausenden Polizisten und Soldaten ein, um jegliche Demonstration zu verhindern. Dennoch strömten seit Tagen aus ganz Nordkurdistan zehntausende Menschen nach Amed, um dort ihren politischen Willen kundzutun. Schon am Tag zuvor fuhren Panzerwagen durch die Straßen und forderten die Bevölkerung auf, am folgenden Tag nicht das Haus zu verlassen. Der Staat versuchte dies mit allen Mitteln zu verhindern, doch Wasserwerfer, Knüppel, Gasgranaten und Polizeischüsse konnten die Bevölkerung nicht einschüchtern. Trotz hunderten Verletzten, darunter drei kurdische ParlamentarierInnen, über 60 Festnahmen und schweren Polizeiübergriffen erreichten die Abgeordneten den Kundgebungsplatz und setzten diese in den Abendstunden durch. Damit wurde ein deutliches Signal des Widerstands gegen das AKP-Regime gesendet. Die Kämpfe dauerten bis in die Nacht hinein an. Die Polizei hatte zeitweise die Kontrolle über große Teile der Stadt verloren.

Drei Abgeordnete und Bürgermeister verletzt

Die BDP-Abgeordnete Pervin Buldan wurde von einem gezielten Schuss mit einer Gasgranate am Bein verletzt, außerdem wurden die Abgeordneten Mülkiye Birtane und Ayla Akat sowie der Bürgermeister von Amed Osman Baydemir ohnmächtig ins Krankenhaus gebracht. Die beiden Abgeordneten und Vorsitzenden der BDP, Selahattin Demirtaş und Gülten Kışanak, sowie die DTK Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk und die Abgeordneten Özdal Uçer wurden mit Wasserwerfern, Tränengas und teilweise auch mit Schlagstöcken angegriffen.

Pervin Buldan wurde durch den gezielten Schuss einer Gasgranate und Knüppelschläge so schwer verletzt, dass ein Schienbeinknochen gebrochen ist.

Polizei wird aus Stadtvierteln vertrieben

In den verschiedenen Stadtvierteln von Amed versammelte sich die Bevölkerung dezentral zu Kundgebungen. Jede dieser Kundgebungen wurde von der Polizei angegriffen. Seit dem frühen Nachmittag leistete Bevölkerung entschlossen Widerstand gegen die Polizeiangriffe. Jugendliche verteidigten ihre Viertel mit Molotowcocktails, Feuerwerkskörpern und Steinen. Während die Polizei aus einigen Stadtvierteln vertrieben wurde, griff sie immer wieder mit Wasserwerfen, Gasgranaten und Schusswaffen an.

Es formieren sich immer wieder Demonstrationszüge, unter Parolen wie „Biji Serok Apo!" oder „Schulter an Schulter gemeinsam gegen den Faschismus!" Nach weiteren Polizeiangriffen kam es auch im Stadtzentrum Ofis zu schweren Straßenkämpfen.

Abgeordnete erreichen Kundgebungsgelände: „Sie haben alle möglichen neuen Waffen ausprobiert"

In einem Sternmarsch bewegen sich verschiedene Demonstrationszüge auf den mit Polizeibarrikaden, Wasserwerfern und Panzern abgesperrten Sümerpark zu. Tausende rufen „Biji Serok Apo!" und „Berxwedan Jiyan e!" – „Widerstand heißt leben." Die Polizei schießt gezielt mit Gasgranatenauf DemonstrantInnen , es kommt zu weiteren Verletzten. Eine Gruppe von BDP-Abgeordneten, insbesondere die Abgeordnete aus Êlih (Batman) Ayla Akat werden von Wasserwerfern gezielt ins Visier genommen und angegriffen. Ayla Akat wird dabei verletzt.

Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtaş erklärt der Polizei: „Hier ist der Bahnhofsplatz, das ist der Platz der Freiheit des Volkes. Ihr werdet uns nicht aufhalten, dazu müsst ihr uns ermorden. Kurdistan wird das Grab des Faschismus sein."

Trotz all der Hindernisse überwinden die Abgeordneten zusammen mit einigen DemonstrantInnen die Polizeisperren und werden von der Polizei erneut massiv mit Wasserwerfern und Gas angegriffen. Dies bestätigte auch der BDP-Abgeordnete Sırrı Süreya Önder: „Wir haben den Kundgebungsgebungsplatz erreicht, die Polizei hat gezielt die Abgeordneten angegriffen. Sie haben die verschiedensten neuen Waffen ausprobiert." Die Polizei umzingelte eine Moschee, in die sich viele Menschen vor dem Gaseinsatz geflüchtet hatten und stürmte diese unter Rufen wie „Wir setzen hier die Demokratie um!" Die Polizisten schlugen vier Personen zusammen und nahmen diese fest. Im Hof der Moschee wurden die Festgenommenen mit Ohrfeigen misshandelt. Darauf reagierte die DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk, indem sie auf die Polizeischilde einschlug. Osman Baydemir kollabierte dort durch den Einsatz von Gas und Knüppeln und musste kurzzeitig in Krankenhaus gebracht werden.

Gasgranaten in Läden und Wohnhäuser

Die Polizei zog mit Wasserwerfern und Gasgranaten durch die Straßen und schoss diese teilweise direkt in Läden. Einige AnwohnerInnen mussten aufgrund der Gasgranaten aus ihren Häusern fliehen. In Ofis brannte ein Auto aufgrund einer hineingeschossenen Gasgranate aus. Auch am Koşuyolu Park brannte ein Auto durch Gasgranatenbeschuss aus. Der Besitzer erklärte: „Das ist das was Erdoğan tut, ein besseres Beispiel gibt es nicht."

Polizei foltert auf offener Straße und im Gewahrsam

Schon auf Straße kam es zu schweren Übergriffen durch Polizeieinheiten. Dutzende Polizisten knüppelten auf Gefangene ein. Es gibt Aufnahmen, wie beispielsweise drei Personen aus Bitlis bei ihrer Festnahme schwer misshandelt wurden und statt ins Krankenhaus in einen Panzer geworfen und weggebracht wurden. Einer der Festgenommenen, ein Jugendlicher mit dem Namen Yüksel T., wurde von den Polizeieinheiten schwer verletzt. Ein 8jähriger Junge wurde von 5-6 Riotpolizisten zusammengeschlagen. Die Polizei hielt Krankenwagen an und versuchte Verletzte festzunehmen, nur das Eingreifen der Bevölkerung konnte dies verhindern.

Staat versucht, Mediensperre umzusetzen

Während in Amed heftige Auseinandersetzungen stattfanden,

→

Meldungen:

Seit 360 Tagen kein Besuch auf Imralî

Auch an diesem Mittwoch wurde den AnwältInnen Abdullah Öcalans der Besuch ihres Mandanten verwehrt. Begründet wurde dies wie üblich mit dem Wetter bzw. einem defekten Boot. *(ANF, 19.7., ISKU)*

Neun Haftentlassungen beim großen Anwaltsprozess

Im Verfahren gegen insgesamt 50 AnwältInnen vor dem 16. Strafgericht in Istanbul wurden am Mittwoch neun Angeklagte aus der Haft entlassen. Die AnwältInnen, die im Rahmen der KCK-Verfahren verhaftet worden sind, weil sie den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan als Mandanten akzeptierten, erklärten, dass das komplette Verfahren ein schwarzer Fleck für die türkische Justiz sei. Von den 50 angeklagten AnwältInnen befinden 28 weiterhin in Haft. Der nächste Verhandlungstag wurde auf den 6. November terminiert. *(ANF, 18.7., ISKU)*

Gefängnisaufstände in Mêrdin und Êlih

Im E-Typ Gefängnis von Mêrdin kam es in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli aus Protest gegen die Angriffe der Polizei auf die Kundgebung in Amed (Diyarbakır) zu Aufständen der Inhaftierten. Zunächst hatten in der Nacht die Minderjährigen ihre Betten in Brand gesteckt. Am Morgen taten es ihnen dann auch die politischen Gefangenen gleich.

Vier Gefangene erlitten durch den Brand Rauchvergiftungen, ein weiterer wurde leicht verletzt. Während die Verletzten ins Krankenhaus eingeliefert wurden, versammelten sich die besorgten Angehörigen der Inhaftierten vor dem Gefängnis, um an Informationen zu gelangen. Der Gouverneur von Mêrdin, Müfit Gültekin, erklärte den Angehörigen, dass der Brand unter Kontrolle sei und dass es einen Verletzten gäbe.

Auch im M-Typ-Gefängnis von Êlih (Batman) ist es aus Protest gegen die Angriffe der Polizei zu einem Aufstand der inhaftierten Frauen gekommen. Die Frauen hatten in ihren Zellen ihre Betten und Decken in Brand gesteckt. *(Bia, 15.7., ISKU)*

„Wir geben täglich eine Millionen Dollar im Kampf gegen die PKK aus"

Scott F. Kilner, US-Generalkonsul in Istanbul, erklärte gegenüber der türkischen Tageszeitung

KCK-Verfahren: 16 Entlassungen

Im Istanbuler KCK-Prozess hat das Gericht sich für die Haftentlassung von insgesamt 16 Angeklagten entschieden. Unter den Entlassenen befinden sich auch die Professorin Büşra Ersanlı und der Herausgeber der Tageszeitung Özgür Gündem Kazım Şeker. Beim Istanbuler KCK-Verfahren sind insgesamt 205 politische Aktivisten angeklagt, von denen sich 140 in Haft befinden. Das Gericht hat den nächsten Verhandlungstag auf den 1. September 2012 festgesetzt.

Wir sind traurig, dass wir die Freunde erst einmal alleine lassen

Nachdem das Gericht von Istanbul die Haftentlassung der Professorin Büşra Ersanlı beschlossen hat, beantwortete diese vor dem Gerichtsgebäude die Fragen der anwesenden JournalistInnen.

Auf die Frage, was Sie zu der langen Anlaufzeit bis zu ihrem Verfahrensbeginn sagen möchte, begegnete Ersanlı wie: „Wir warten nun seit neun Monaten auf den Beginn dieses Verfahrens. Als dann das Verfahren endlich begann, waren wir mit einer hasserfüllten Anklageschrift konfrontiert. Wir konnten dem einfach keinen Sinn beimessen. Wie Sie wissen, ist ein Großteil der Angeklagten BDP-Mitglieder. Wir sind traurig, dass wir diese Freunde erst einmal alleine lassen. Natürlich freuen wir uns auch, dass wir entlassen worden sind. Aber unsere FreundInnen sind weiterhin hinter Gittern. Und dabei gibt es keine großen Unterschiede zwischen unserer Situation und der Situation derjenigen, die noch hinter Gittern sind."

Auf die Frage, was Frau Ersanlı von der Reaktion des Gericht denkt, weil die Angeklagten sich in ihrer kurdischen Muttersprache verteidigen wollen, antwortete sie: „Ich hoffe, dass in naher Zukunft sowohl der muttersprachliche Unterricht als auch das Recht auf Verteidigung in der eigenen Muttersprache ermöglicht wird. Dieses Recht ist zugleich auch der größte Sicherheitsgarant für die Türkei. Die Möglichkeit, dass jeder Mensch seine eigene Muttersprache erlernen und sich in dieser frei ausdrücken kann, wird für mehr Sicherheit in der Türkei sorgen als manch andere ‚Sicherheitspolitik'." *(DIHA, 14.7., ISKU)*

„Unsere Berge brennen wie in den 90ern"

Seit den Morgenstunden des 17. Juli wird in Pîran (Lice) eine großangelegte Militäroperation mit Unterstützung der Luftwaffe durchgeführt. Gegenüber der Nachrichtenagentur ANF berichtet Zübeyde Zümrüt, Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) von Amed (Diyarbakır), dass durch die andauernde Bombardierung durch die türkische Luftwaffe auf den Bergen von Pîran (Lice) ein grossflächiger Brand ausgebrochen sei.

Zümrüt schilderte die Lage in Pîran gegenüber ANF mit folgenden Worten: „Das Feuer hält gegenwärtig weiter an, und die Bevölkerung von Pîran versucht es mit aller Kraft zu löschen. Denn wenn sie den Brand nicht unter Kontrolle bekommen, wird er sich weiter ausbreiten. Wir befinden uns ganz in der Nähe des Operationsgebiets und das Militär hat aktuell aufgrund der Operation die Hauptstraße gesperrt. Viele von uns haben hier auch die 90er Jahre erlebt. Und wenn wir die Situation hier betrachten, scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Unsere Berge brennen wie in den 90er Jahren. Die ganze Welt soll diese Brände sehen."

Kurz nach dem Beginn der Operation durch das türkische Militär hatten die Bewohner von Pîran beschlossen, als lebende Schutzschilder in das Operationsgebiet zu gehen. Erst nachdem keine Gefechte mehr wahrzunehmen waren, kümmerte sich die Bevölkerung um das Feuer. Doch bald darauf nahm die Bevölkerung erneut die Schusswechsel zwischen den Guerillakräften der HPG und dem türkischen Militär wahr. Die Bevölkerung berichtete, dass das Gebiet durch sechs Hubschrauber permanent bombardiert werde. Die Dorfbewohner aus der Nähe des Operationsgebietes erklärten gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA, dass sie durch die Operation auch ihr eigenes Leben in Gefahr sehen.

Bisher liegen keine Informationen vor, ob es zu Verletzten oder Toten durch die Gefechte gekommen ist.

(ANF, 17.7., ISKU)

→ Historischer Widerstandstag

scheint der türkische Staat alle möglichen Mittel einzusetzen, um das Informationsmonopol über die Ereignisse zu erlangen. So waren seit dem Abend die Seiten der kurdischen Nachrichtenagenturen DIHA und ANF massiven Hackerangriffen ausgesetzt, welche die Seiten blockierten. Die Korrespondenten der Nachrichtenagentur DIHA Mahsum Sağlık und Mehmet Begüm wurden vor dem DIHA-Büro in Amed festgenommen. Weiterhin beschlagnahmte die Polizei mehrfach Bildmaterial von anderen DIHA-KorrespondentInnen und bedrohte diese.

Protestaktion im Sümerpark

Mit den Abgeordneten an der Spitze führten viele Menschen am Abend des 14.7. eine Protestaktion gegen die massive Polizeigewalt und das Verbot durch. Die Polizei versuchte die Abgeordneten zu stoppen, aber sie konnten dennoch einen Sitzstreik am Sümerpark durchführen. Sie kündigten an, nicht ohne öffentliche Kundgebung wegzugehen, auch wenn die Polizei sie töten wolle. Viele Menschen strömten hinzu – schließlich wurde dort der Sieg über das Verbot gefeiert und die Abgeordneten hatten angekündigt, ihren Sitzstreik aus Protest bis zum Morgen fortzusetzen und um 11:00 Uhr mit einer Massenkundgebung zu beenden.

Dieser Tag, trotz der vielen traurigen Ereignisse, stellt einen weiteren Erfolg der kurdischen Freiheitsbewegung dar. Es wurde deutlich, dass sich die Bevölkerung nicht von dem Einsatz tausender Polizisten und massiver Gewalt, von Maßnahmen, die an den Ausnahmezustand und den Militärputsch von 1980 erinnern, davon abbringen lässt, für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und die Freiheit von Abdullah Öcalan auf die Straße zu gehen. Die Erklärung von Selahattin Demirtaş zu diesem Tag bring es auf den Punkt: „Es ist heute beim Widerstand in Diyarbakır deutlich geworden, dass dieses Volk sich dem Faschismus der AKP nicht gebeugt hat und nicht beugen wird! (…) Diese Haltung sollte jede/r aber wirklich jede/r annehmen. Nicht nur die Bevölkerung von Amed! … Die AKP sollte sich endlich vor Augen führen, die Bevölkerung ist erfolgreich damit, ihren Faschismus zu stoppen." *(ANF, DIHA, YH; 14.7., ISKU)*

Cumhuriyet, dass die USA die Türkei mit täglich einer Millionen Dollar im Kampf gegen die PKK unterstützen würde. Allerdings, so Kilner, könne das Problem militärisch nicht gelöst werden. „Damit die türkischen Bürger kurdischer Herkunft sich als ein Teil dieses Landes fühlen, müssen wir eine umfangreichere Formel finden", so der Generalkonsul. Auf seinen Reisen durch das Land habe er erfahren, dass die türkischen Bürger mit ihren unterschiedlichen ethnischen Wurzeln ihre Kultur und Tradition frei leben wollen.

Die USA unterstützen u. a. die türkische Regierung mit Geheimdienstinformationen und mit unbemannten Flugobjekten. Erst im Dezember 2011 sind im Grenzgebiet zu Südkurdistan (Nordirak) 34 Zivilisten des Dorfes Roboskî durch einen gezielten Angriff der türkischen Luftwaffe mit Geheimdienstinformationen der USA getötet worden. Militärs, die mit Hilfe der amerikanischen Drohne des Typs Predator das Gebiet kontrollierten, hatten als erstes die Grenzhändler mit ihren Maultieren beobachtet und die Informationen an die türkische Seite weitergegeben.

(ANF/ROJ, 16.7., ISKU)

Schlag gegen Staudammprojekte: HPG-Guerilla zerstört 47 Baufahrzeuge und -maschinen

Am späten Abend des 13. Juli haben Guerillaeinheiten der HPG zwei Baustellen in Bembo und Bêgoza, zwei Gebiete die zu Colemêrg/Şemzînan (Hakkari/Şemdinli) gehören, angegriffen. Dabei wurden nach einer Meldung des Presse und Kommunikationszentrum der HPG 47 Baufahrzeuge und -Maschinen zerstört. Namentlich wurde die Firma Zeki Özer benannt, die schon des Öfteren verwarnt worden war, da sie sich an dem Bau von Militärstationen und Staudämmen beteiligt.

(ANF, DK, 15.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DK	diekurden.de
ROJ	Roj News Agency
bia	bianet.org
YH	Yüksekovahaber

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 578
27. Juli 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Kurdische Volksverteidigungskomitees übernehmen Macht im Nordosten Syriens

PKK-Fahnen auf Rathäusern

Für die Regierung in Ankara wird ein Alptraum Realität. Kurz hinter der türkischen Grenze wehen auf Regierungsgebäuden nicht nur die rot-gelb-grünen Nationalfahnen der Kurden, sondern auch Flaggen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Im Nordosten Syriens übernahmen kurdische »Volksverteidigungskomitees« nach Kobani (Ain Al-Arab) und Afrin am Samstag auch die Macht im nur zehn Kilometer von der Grenze entfernten Derik. Die Sicherheitskräfte der in Damaskus regierenden Baath-Partei zogen sich widerstandslos zurück, als die kurdischen Milizen in die Regierungsgebäude eindrangen. Dominante Kraft in den »Volksräten«, die nun die Verwaltung des öffentlichen Lebens übernommen haben, ist die syrische PKK-Schwesterorganisation Partei der Demokratischen Union (PYD). Doch auch andere Organisationen sollen an der Verwaltung beteiligt werden, hieß es.

Nach monatelangen, zum Teil gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Gruppen hatte der PYD-nahe »Volksrat von Westkurdistan« im Juni mit dem im nordirakischen Erbil sitzenden »Kurdischen Nationalkongreß« eine Zusammenarbeit vereinbart. Die dort zusammengeschlossenen Parteien stehen meist dem Präsidenten der kurdischen Autonomieregion im Irak, Masud Barsani, nahe. Dieser war zuvor allerdings mit dem Versuch gescheitert, den Nationalkongreß zu einer Kooperation mit dem in Istanbul gebildeten »Syrischen Nationalrat« (SNR) zu bewegen. Dieser von islamistischen Kräften beherrschte und vom Westen unterstützte Zusammenschluß weigert sich jedoch beharrlich, kurdische Autonomieforderungen zu unterstützen.

Einigkeit besteht zwischen der PYD und dem Kurdischen Nationalkongreß darin, die als bewaffneter Arm des SNR geltende Freie Syrische Armee (FSA) aus den kurdischen Gebieten fernzuhalten, um ein Übergreifen des Bürgerkrieges zu verhindern. So hinderten PYD-Milizen, die eine Vielzahl von Kontrollpunkten errichtet haben, FSA-Kämpfer am Eindringen in die Stadt Kobani. »Hinter der FSA stehen unterschiedliche Kräfte, darunter die Türkei, Saudi-Arabien und Jordanien«, begründete der Vorsitzende des Kurdischen Nationalkongresses, Ismail Hama, gegenüber der Zeitung Rudaw diese Haltung. »Wir lehnen ein Eindringen dieser Kräfte nach Kurdistan ab. In dieser Hinsicht unterstützen wir die PYD und glauben, dass eine eigene kurdische Kraft gebildet werden muß.«

Die größte kurdische Stadt in Syrien, Qamishlo (Qamischli), wird noch von den Sicherheitskräften der Regierung kontrolliert. Wie die kurdische Nachrichtenagentur Firatnews meldete, sollen diese am Freitag das Feuer auf Mitglieder eines Volksverteidigungskomitees eröffnet haben. *(jW, 23.7., ISKU)*

"Demokratisch Autonomes Westkurdistan - Demokratisches Syrien"

Bei der Nachrichtenagentur Firat (ANF) ist eine Erklärung der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Westkurdistan (TEV-DEM) eingegangen, die im Folgenden widergegeben werden soll:

„Wir befinden uns in einer historischen Phase, in der in Westkurdistan und in Syrien die Völker für eine demokratische und freie Zukunft kämpfen. Seit vielen Jahren führen die Völker Syriens, allen voran die KurdInnen, einen entschiedenen Widerstand gegen die Unterdrückungspolitik des Baath-Regimes. In den letzten eineinhalb Jahren hat dieser Widerstand eine neue Ebene erreicht.[…]

In dieser historischen Phase hat das Volk Westkurdistans am 19.Juli in Kobani und am 20.Juli in Afrin unter der Vorhut der Volksräte die Kontrolle übernommen. Entgegen denjenigen Kreisen, welche die nationalen Rechte des kurdischen Volkes weiterhin nicht akzeptieren wollen, hat das kurdische Volk in den letzten Tagen richtungweisende Schritte für die Zukunft Syriens getätigt. Natürlich ist die Übernahme der Verwaltung in zwei Städten und einer Gemeinde keine plötzliche Entwicklung, die von heute auf morgen eingetreten ist. Das westkurdische Volk leistet seit Jahrzehnten einen Widerstand für den demokratischen Wandel in Syrien und vor allem in den letzten 15 Monaten wurde die Selbstorganisierung des Volkes mit höchster Disziplin vorangetrieben. Ohne dass man sich diese Widerstandskultur unserer Bevölkerung vor Augen führt, kann man die Entwicklungen der letzten Tage nicht richtig begreifen.

Wir wollen unsere Zukunft auf einem neuen Fundament erbauen. Wir befinden uns in einer historischen Phase, in welcher der Dynamik und der Kreativität des Volkes keine Grenzen gesetzt sind. Es ist die Phase des revolutionären Sieges. Aber in solchen Phasen müssen wir auch sehr vorsichtig sein und dürfen nicht die Kontrolle über den Widerstand verlieren. Denn die Gegner werden in dieser Phase auch keine Möglichkeit ungenutzt lassen, um Provokationen vom Zaun zu brechen. Wir werden dem entgegentreten, indem wir die demokratische Organisierung des Volkes noch weiter intensivieren.

Das Volk Westkurdistans errichtet Schritt für Schritt seine Selbstverwaltungsstrukturen. Das ist eine neue Situation in unserer Heimat. Wir sollten uns allerdings mit dem Bewusstsein an die Arbeit annähern, dass wir noch am Anfang unseres Weges sind.[…]

In diesem Sinne rufen wir auch das kurdische Volk in den Metropolen Syriens dazu auf, ihre Organisierung im Sinne der Linie ‚Demokratisch Autonomes Westkurdistan – Demokratisches Syrien' weiter zu stärken.

Wir haben bereits in der Vergangenheit verkündet, dass zwischen den verschiedenen Parteien und Bewegungen Westkurdistans eine Einheit erschaffen worden ist. In diesem Rahmen rufen wir auch die in Kurdistan lebenden AraberInnen, ArmenierInnen, AssyrerInnen und ChaldäerInnen dazu auf, ihre Selbstorganisierung voranzutreiben und sich mit ihren Farben am demokratischen Widerstand der Völker Westkurdistans zu beteiligen. Wir treten für eine gemeinsame Zukunft aller Völker Syriens in einem demokratischen Syrien ein. Um dieses Ziel umzusetzen sind wir bereit, alles zu tun, was in unserer Verantwortung liegt.[…]“ *(ANF, 21.7., ISKU)*

Meldungen:

Kurdischer Aktivist vom Baath-Regime ermordet

In der westkurdischen Stadt Dêrka Hemka (Derik) hat ein kurdischer Jugendlicher sein Leben verloren, nachdem die Sicherheitskräfte des Baath-Regimes das Feuer auf ihn eröffnet hatten.

Der Vorfall ereignete sich in den Morgenstunden des 21.Juli, als die kurdische Bevölkerung die staatlichen Institutionen der syrischen Regierung einzunehmen begann. Die syrischen Sicherheitskräfte erschossen den Jugendlichen, der Teil der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) war. Letztlich blieb den Mitgliedern des Baath-Regimes dennoch nichts anderes übrig, als alle Institutionen zu räumen und die Kontrolle über die Stadt der kurdischen Bevölkerung zu übergeben. Zuvor hatte die kurdische Bevölkerung bereits die Kontrolle über die Städte Kobani und Afrin übernommen. *(ANF, 21.7., ISKU)*

Bevölkerung und UmweltaktivistInnen setzen Baustelle für Staudammprojekt in Brand

In Dersim haben UmweltaktivistInnen und DorfbewohnerInnen die Baustelle eines Staudammprojekts gestürmt und in Brand gesetzt. Bei dem Projekt handelt es sich um den Pembelik Staudamm, welcher den Peri-Fluss im Bezirk Nazmiye aufstauen soll. Die örtliche Bevölkerung, die sich bisher vergeblich gegen den Staudamm zu wehren versuchte, verschaffte sich am Abend des 25. Juli mit der Unterstützung von Umweltaktivistinnen zunächst Zugang zu der Baustelle, wo ein Sicherheitsdienst versuchte sie zu stoppen. Obwohl der Sicherheitsdienst in die Luft schoss, ließen die Menschen sich nicht einschüchtern und setzten die Baustelle samt den Baustellenfahrzeugen in Brand. Erst als das Militär zum Ort des Geschehens heranrückte, beruhigte sich die Lage. *(Ev, 26.7., ISKU)*

Türkei: Inhaftierte von Tekirdağ und Amasya im Aufstand

Die Inhaftierten in den Gefängnissen von Tekirdağ und Amasya befinden sich aufgrund ihrer unmenschlichen Haftbedingungen im Aufstand. In beiden Gefängnissen haben die Inhaftierten ihre Betten aus Protest in Brand gesteckt. Im Gefängnis von Tekirdağ verletzten sich aufgrund dessen zwei der Gefangenen. Betroffen von den schlech-

Wochenrückblick zu Guerillaaktionen

„Der Staat hat die Kontrolle über Şemdinli verloren."
Seit dem 24.7. reißen die Gefechte zwischen kurdischer Guerilla und türkischem Militär in Şemzinan nicht ab. Nach Augenzeugenangaben befindet sich das Kampfgebiet 2 - 4 km entfernt vom Stadtzentrum der kurdischen Kleinstadt Şemzinan. Die Kämpfe waren ausgebrochen, nachdem die Armee eine Straßenkontrolle der Guerilla angriff, die schon seit zwei Tage ununterbrochen bestand. Während dieses Gebiet, etwa 20km von Şemzinan entfernt, massiv bombardiert wurde, kam es auch zu intensiven Kämpfen direkt bei Şemzinan. Da die Gipfel in der Umgebung von kurdischen Guerillas mit Flugabwehrgeschützen besetzt sind, konnten hier weniger Flugzeuge und Hubschrauber eingesetzt werden, stattdessen wird großangelegt Artillerie benutzt, um den Widerstand der Guerilla zu brechen. Ein Korrespondent der Nachrichtenagentur DIHA erklärte dazu:
„Gestern gegen 15:00 Uhr, als die Kämpfe zwischen der HPG und den Soldaten anfingen haben wir gesehen, dass die HPGlerInnen vier strategische Gipfel eingenommen haben, die Hubschrauber und Kampfflugzeuge konnten sich daraufhin nicht mehr annähern. In dieses Kriegsgebiet konnten auch keine Soldaten vordringen. Aber in den folgenden Stunden zog ein starker Geruch nach Äpfeln und Gas heran. Wir vermuten, dass, da mit Kämpfen kein Ergebnis erzielt werden konnte, Chemiewaffen eingesetzt worden sind."
Dies vermuten auch BewohnerInnen aus der Umgebung der Kämpfe, die gezwungen waren, ihre Ortschaften zu verlassen: „Wir sind gezwungen, unsere Dörfer zu räumen. Wir sind aufgrund des Bombardements und wegen des Verdachts des Einsatzes chemischer Waffen besorgt. Hier findet ein riesiger Kampf statt. Die Soldaten können sich der Guerilla nicht nähern, deswegen setzen sie Artillerie ein. Möglicherweise benutzen sie auch Chemiewaffen."
In einer Erklärung der HPG zu den Auseinandersetzung heißt es, dass bei den Kämpfen bis jetzt vier Guerillas gefallen sind und mindestens 30 türkische Soldaten starben. In Gever/Yüksekova gelang es der Guerilla einen Hubschrauber abzuschießen.
Die Kämpfe dauern auch am Abend des 25.7. mit aller Heftigkeit an. Mittlerweile ist auch aus offiziellen Quellen bekannt, dass schon seit den ersten Kämpfen mindestens 17 Spezialkräfte der Armee vermisst werden, die aus Hubschraubern im Kampfgebiet abgesetzt worden waren. Das bestätigt die Angaben der Guerilla, die ebenfalls von etwa 17 gefallenen Soldaten beim ersten Gefecht sprach.
Eine Delegation der kurdischen Friedens- und Demokratiepartei BDP erreichte die Region am 25.7., um den möglichen Einsatz chemischer Waffen zu untersuchen. Dabei wurde bekannt, dass in den letzten Tagen durch die türkischen Militäroperationen aus mindestens neun Dörfern in Şemzinan die Bevölkerung fliehen musste, da das türkische Militär unter anderem auch das Dorf Yiğitler bombardierte und dabei einen Dorfbewohner verletzte. F-16 Bomber werfen in direkter Umgebung der Dörfer Tag und Nacht Sprengkörper ab.

Strassenkontrollen der Guerilla – Angriffe auf Kriegsprofiteure
Auch diese Woche führte die Guerilla Straßenkontrollen mit dem Ziel der Öffentlichkeitsarbeit und um gegen die Truppenversorgung und Unterstützung des türkischen Militärs vorzugehen durch. An einer Straße in Şemzinan hatten die Guerillas zwei Tage lang den Verkehr kontrolliert. Der Kontrollpunkt wurde von den Guerillas gegen das türkische Militär verteidigt. Eine weitere Straßenkontrolle in Şemzinan wurde am 23.7. durchgeführt und zwei Stunden aufrecht erhalten und die Bevölkerung informiert. Insbesondere Paramilitärs (sog. Dorfschützer) wurden versammelt und von der Guerilla belehrt. Als das Militär mit Hubschraubern anrückte, wurde ein Kobra-Hubschrauber beschädigt. Nicht nur in Şemzinan, wo eine zweitägige Straßenkontrolle vom Militär angegriffen wurde, sondern auch in Çewlik (Bingöl), Dersim, Wan, Sêrt (Siirt) und an vielen anderen Orten stellte die Guerilla das staatliche Gewaltmonopol aktiv in Frage.
So wurde in Çewlik an zwei Tagen in Folge das Versorgungsfahrzeug, welches einem Militärstützpunkt Nahrungsmittel bringen sollte, von der Guerilla gestoppt und, nachdem der Fahrer das Fahrzeug verlassen hatte, abgebrannt.
Am 18.7. griffen Guerillas eine Firma in der Region Antep an, die Straßenbauarbeiten für das Militär durchführt. Dabei wurden vier Bagger, zwei Lastwagen, ein Traktor und ein Container zerstört. Ebenfalls am 22.7. wurde Fahrzeug einer Baufirma in Şemzinan zerstört, die Straßen zu einem Militärstützpunkt baut.

Sabotageaktionen an Pipeline
Am 20.7. gegen 23:00 Uhr zerstörte die Guerilla in der Region Midyat ein Streckenstück der Pipeline zwischen Kerkuk und Yumurtalık. Der Öldurchlauf blieb für mehrere Tage gesperrt, da sie am nächsten Tag erneut anfing zu brennen.
Die Angriffe der Guerilla auf das Pipelinenetz sind mittlerweile so weitereichend, dass die Türkei die Erdgasversorgung aus Russland als Alternative zu verstärken plant.

Guerillas in Şemzinan und Ardahan gefallen
Bei den Kämpfen und den Bombardierungen in Şemzinan fielen am 23.7. vier GuerillakämpferInnen. In Ardahan fiel am 24.7. ebenfalls ein Guerilla bei einem Gefecht mit dem türkischen Militär. Weitere fünf Guerillas fielen am 19.7. in Şemzinan. An den Beerdigungen der Guerillas, die in den letzten Tagen gefallen sind, nahmen wieder tausende, manchmal auch zehntausende Menschen teil. Diese Beerdigungen wurden immer wieder Ziel von Angriffen. So stürmte die Polizei ein Trauerzelt, da die Staatsanwaltschaft angeordnet hatte, die Bilder der gefallenen Tochter zu beschlagnahmen. Oft werden Guerillas aber auch vom Staat in anonymen Gräber begraben. So geschehen mit den fünf am 19.7. in Şemzinan gefallenen Guerillas. Während die Familien vor der Leichenhalle warteten, wurden die Gefallenen vom Staat anonym bestattet.

Fazit: Kurdische Guerilla setzt Autonomie um
Die Auseinandersetzungen haben gezeigt, dass es mittlerweile für die Guerilla alltäglich ist, am helllichten Tag Aktionen durchzuführen, und dass sie effektiv in der Lage ist, Militärstützpunkte zu blockieren und von der Versorgung abzuschneiden. Die Guerilla führt nicht mehr nur punktuell kurze Kontrollen durch, sondern richtet Kontrollpunkte ein und verteidigt diese. Es werden Personen, welche in den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung verwikkelt sind festgenommen und ihnen ein Verfahren garantiert. Viele, die von der Guerilla freigelassen worden sind, sprechen von der ausgesprochen guten Behandlung. Auch dies zeigt die de facto Verhältnisse in Kurdistan und macht die gegen den türkischen Staat durchgesetzte demokratische Autonomie Kurdistans einmal mehr spürbar. Dennoch zeigen gerade die Ereignisse in Şemzinan deutlich, dass das AKP Regime zu jedem Mittel zu greifen bereit ist, um an der Illusion einer militärischen „Lösung" festzuhalten.
[Auszüge; der vollständige Wochenrückblick ist unter www.isku.org *zu finden]*
(ANF/DIHA/YH/SH/ HPG, 29./30. KW, ISKU)

ten Haftbedingungen sind vor allem die politischen Gefangenen.
In den letzten Wochen ist es in der Türkei immer wieder zu Gefängnisaufständen gekommen. Grund sind vor allem die schlechten Haftbedingungen, weil die Gefängnisse hoffnungslos überbelegt sind. Infolge eines Aufstandes der Inhaftierten im Gefängnis von Riha (Urfa) waren Mitte Juni 13 Menschen in ihren Zellen verbrannt. Danach weiteten sich die Aufstände auch auf andere Gefängnisse aus. Es kam dabei zu unzähligen Verletzten.
(ANF, 19.7., ISKU)

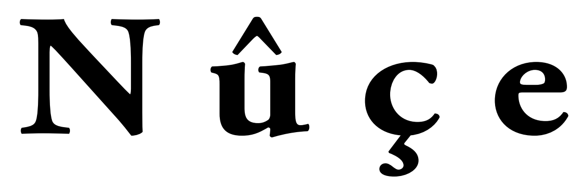
Kampagne: Keine Drohnen für die Türkei
Kurdisch-amerikanische Organisationen und einzelne Persönlichkeiten haben eine Kampagne gestartet, damit sich der US-Kongress gegen den weiteren Verkauf von militärischen Drohnen an die Türkei stellen wird.
Die UnterstützerInnen der Kampagnen haben damit begonnen E-Mails an die Kongressabgeordneten ihres Bezirks zu schicken. Außerdem werden die Kongressabgeordneten in ihren Büros besucht, um sie zu bewegen, den Verkauf von Drohnen an das türkische Militär abzulehnen.
Während des NATO-Treffens im Mai machte der Staatspräsident der Türkei und somit auch Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte Abdullah Gül dem Präsidenten der USA Barack Obama ein Angebot bezüglich des Verkaufs von weiteren Drohnen. Obama erklärte dazu, dass er sich für den Verkauf einsetzen und den Kongress davon überzeugen werde, dass das dafür benötigte Gesetz vom Kongress verabschiedet wird.
Für die Kampagne wurde eine neue Webseite erstellt:
www.nodronestoturkey.com
(ANF, 19.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
SH	Semdinlihaber
YH	Yüksekovahaber
HPG	hezenparastin.com
Ev	Evrensel

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 579
3. August 2012





Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schluss mit der Willkür der islamistischen AKP-Regierung!

Ein Jahr Totalisolation Öcalans auf Imrali

Erklärung der Internationalen Initiative anlässlich des 1. Jahrestags der Totalisolation Abdullah Öcalans auf Imrali

Seit einem Jahr hält die türkische AKP-Regierung die Totalisolation des Kurdenführers Öcalan auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali aufrecht.
Der letzte anwaltliche Besuch für Abdullah Öcalan und seine fünf Mithäftlinge fand am 27. Juli 2011 statt. Seither sind sie völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Weder Familienangehörigen noch Anwälten wird der Besuch gestattet. Auch Telefongespräche oder Briefkontakte sind nicht möglich.
Eine Rechtsgrundlage für diese Totalisolation fehlt selbst im türkischen Recht, das keineswegs zimperlich mit politischen Gefangenen umgeht. Stets werden fadenscheinige Begründungen wie defekte Transportmittel, schlechte Wetterlagen oder ähnliches vorgeschoben, um die rechtmäßigen Besuche zu verhindern. Sowohl Premierminister Erdogan als auch Justizminister Ergin haben jedoch öffentlich erklärt, dass es die Regierung sei, die jeglichen Besuch blockiert.
Dies zeigt auch die völlige Willkür der AKP-Regierung, deren Repräsentanten Rechtsbeugung und Rechtsbuch öffentlich verteidigen, sobald es um kurdische Belange geht. Als skandalös ist die Verhaftung des kompletten Verteidigungsteams Öcalans von 36 Anwältinnen und Anwälten zu bezeichnen, die seit mehr als einem halben Jahr im Gefängnis sitzen.
Der eigentliche Skandal ist jedoch das Schweigen des Auslands. Die Europäische Menschenrechtskonvention gilt in 47 Staaten. Für Kurden, so der Eindruck, scheint sie nicht zu gelten. Jedenfalls nicht für Abdullah Öcalan. Der Europarat verweist die Zuständigkeit für das Skandalgefängnis auf der Insel Imrali an das machtlose Antifolterkomitee (CPT) und ignoriert ansonsten die Angelegenheit geflissentlich. Selbst der viel gepriesene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) konnte bisher den Tatbestand der Isolation nicht feststellen.
Die Europäische Union scheint zu sehr damit beschäftigt zu sein, die Türkei zum Modellland für die arabische Welt aufzubauen, als dass sie sich um „Betriebsunfälle" wie den Konflikt des türkischen Staates mit seinen kurdischen Bürgern kümmern könnte. Zu wichtig scheint Ankara in der Syrienkrise für EU und NATO als dass Menschenrechte und rechtsstaatliche Verhältnisse auch für die Türkei eingefordert werden. Diese Janusköpfigkeit des Westens wird sich jedoch rächen, wenn die syrischen Kurden, am Vorabend des Entstehen eines neuen kurdischen autonomen Gebiets, ihren Platz in einem neuen Syrien einnehmen werden. Sie werden diesen heuchlerischen Umgang mit der kurdischen Frage nicht vergessen.
Die Totalisolation Öcalans entbehrt auch für türkische Verhältnisse jeglicher Logik; war er es doch, der die kurdische Guerilla zu mehreren Waffenstillständen bewegen konnte. Seine konstruktiven Vorschläge zu einer politischen Lösung, dargelegt in seiner Roadmap, bildeten die Grundlage für die drei Jahre währenden Verhandlungen der türkischen Regierung mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) für eine friedliche Beilegung des Konflikts. Eine Lösung des Konflikts war in greifbarer Nähe; Recep Tayyip Erdogan ließ jedoch die Verhandlungen abrupt abbrechen und die Angriffe auf die kurdische Zivilgesellschaft forcieren.
Keines der Probleme wurde dadurch gelöst, vielmehr weitere geschaffen. Die Gefechte zwischen kurdischer Guerilla und türkischer Armee sind wieder aufgeflammt, die Situation scheint verfahren. Doch auch Erdogan wird einsehen müssen, dass sich die kurdische Frage nur auf dem Weg des Dialogs lösen lässt. Deshalb müssen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.
Das Wirken Öcalans in den letzten Jahren hat gezeigt, dass der Kurdenführer eine ausgleichende Rolle hinsichtlich türkischer und kurdischer Interessen zu spielen vermag. Dieser Ausgleich ist jedoch die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden, mit dem beide Seiten leben können. Es liegt nun an der türkischen Regierung die Weichen dafür zu stellen.
Die Freilassung Abdullah Öcalans als elementarer Beitrag zur Konfliktlösung ist deshalb unumgänglich.

Köln, den 27. Juli 2011

Kriegszustand in Şemzînan

In Şemzînan (Şemdinli) halten die heftigen Gefechte zwischen dem türkischen Militär und den Volksverteidigungskräften der HPG seit dem 24. Juli weiter an. Die Gebiete, die für das türkische Militär unzugänglich geworden sind, werden permanent aus der Luft bombardiert.
Die Militäroperation in Şemzînan wurde begonnen, nachdem die Guerillakräfte der Volksverteidigungskräfte (HPG) in der Region Straßenkontrollen durchgeführt haben. Parallel zu den heftigen Gefechten begann die türkische Luftwaffe das Gebiet zu bombardieren. Durch die Luftangriffe kann die Zivilbevölkerung von einigen Dörfern in Şemzînan, die sich zum Zeitpunkt der Angriffe auf der Weide befanden, immer noch nicht zurück in ihre Dörfer. Mindestens ein Zivilist wurde bisher durch die Luftangriffe leicht verletzt. Zudem brennen aufgrund der Bombardierungen gegenwärtig hunderte Hektar von Waldgebieten in der Region.
Vier strategische Punkte werden seit Anbeginn der Auseinandersetzungen von der HPG kontrolliert. Das Militär versucht diese Gebiete mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu entvölkern.
In der Innenstadt von Şemzînan herrscht eine angespannte Ruhe. Die Bevölkerung versucht so wenig wie möglich ihre Häuser zu verlassen, weil sie ihr Leben durch die angespannte Situation gefährdet sieht. Sobald es dunkel wird, bleibt die Bevölkerung in ihren Häusern. Alle Zu- und Ausgänge in das Stadtzentrum von Şemzînan wurden durch das Militär abgesperrt.

→

Meldungen:

Berlin: Polizei verbietet Bilder mit Öcalan
Am Jahrestag der Totalisolation gegen Abdullah Öcalan sind in mehreren Städten in Europa tausende Kurdinnen und Kurden auf die Straßen gegangen. In Berlin ist es dabei zu Reibereien zwischen der Polizei und den Demonstranten gekommen, als die Polizei die T-Shirts von Demonstranten beschlagnahmen wollte, auf denen das Bild von Öcalan zu sehen war. Die Polizei verbot auf der Demonstration alle Bilder, auf denen das Bild Öcalans zu sehen war.

ANF, 29.7., ISKU

Bürgermeister von Sêrt seines Amtes enthoben
Der Bürgermeister von Sêrt (Siirt) wurde am 01. August durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs seines Amtes enthoben. Das türkische Innenministerium hatte zuvor diese Forderung an den Gerichtshof gestellt. Zudem wurde eine zehnmonatige Haftstrafe gegen Selim Sadak durch das Berufungsgericht bestätigt. Sadak war im Jahr 2008 aufgrund einer Rede bei der Bestattungszeremonie einer HPG-Guerillakämpferin mit dem Vorwurf „Propaganda für eine Terrororganisation zu betreiben" vor Gericht gestellt und verurteilt worden.

ANF, 1.8,, ISKU

Doğanşehir: Angriffe auf Aleviten
Am 27. Juli zog ein wütender Mob Hetzparolen schreiend durch die Wohnviertel der Aleviten von Doğanşehir in der Provinz Malatya. Unter Parolen wie „Sürgü [*Name des Wohnviertels*] wird zum Grab der Aleviten" oder „Sürgü wird zum Grab der Kurden", „Wir werden euch die Religion schon noch lehren" griffen sie die Wohnhäuser der Aleviten an.
Die Ereignisse begannen, nachdem sich die Aleviten über den Trommler beschwerten, der in ihrem Viertel zum letzten Essen vor dem Beginn des Fastentages ausrief. Nachdem es zu Diskussionen zwischen den Trommler und den AnwohnerInnen kam, sammelte sich binnen kürzester Zeit ein riesiger Mob und bedrohte die Aleviten.
Obwohl die Lage in dem Stadtviertel weiterhin angespannt ist, wurden bisher keinerlei Vorkehrungen von Polizei und Stadtverwaltung getroffen.

Aufbau der Demokratischen Autonomie schreitet voran

PYD fordert von Türkei Dialog statt Drohungen

Pressemitteilung des Kurdischen Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad zu den aktuellen Geschehnissen in Westkurdistan/Nordsyrien

Nachdem bereits in der letzten Woche die Kurden in Syrien in Städten wie Afrin, Kobani, Amûdê und Derik die Kontrolle dem Baath-Regime entrissen hatten, berichtet die Nachrichtenagentur Firat (ANF) am 27. Juli, dass die Kurden auch weitgehend die Kontrolle über die Stadt Qamişlo (Qamischli) errungen haben. So haben die Beamten des Baath-Regimes alle staatlichen Institutionen in Qamişlo geräumt und die Kontrolle der kurdischen Bevölkerung überlassen. Gegenwärtig kann das syrische Militär ihre Kasernen in Qamişlo nicht verlassen.
In allen Städten Westkurdistans, die vom Baath-Regime befreit werden, schreiten die Arbeiten für den Aufbau der Demokratischen Autonomie auf Hochtouren voran. So werden sowohl kurdischsprachige Schulen errichtet als auch Volksräte aufgebaut, in denen die Bevölkerung sich selbst lokal verwalten soll. Die Verantwortung für die Verteidigung der Bevölkerung in der Region haben die neugegründeten Volksverteidigungseinheiten (YPG) übernommen. Außerdem hat die kurdische Opposition am 24. Juli die Errichtung des „Hohen Kurdischen Rates" verkündet, in welchem alle kurdischen Gruppen in Syrien vertreten sind. Am Sonntag gingen in ganz Westkurdistan hunderttausende Kurden auf die Straßen, um die Gründung des Hohen Kurdischen Rates zu feiern.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan reagierte Ende letzter Woche mit wütenden Worten auf den Aufbau der kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen. „Was sich im Norden [*Syriens*] entwickelt, ist eine terroristische Organisierung. Es ist unser natürliches Recht, dort auch einzugreifen", so Erdoğan. Salih Muhammed Müslim, Vorsitzender der stärksten kurdischen Partei in Syrien PYD, entgegnete gegenüber der ANF zu den Drohungen Erdoğans, indem er ihn dazu aufrief, doch lieber den Dialog zu den Kurden in Westkurdistan zu suchen, anstatt mit Kriegsdrohungen um sich zu werfen. Müslim erklärte weiter, dass sie nicht mit einem Einmarsch der Türkei rechnen, weil die internationale politische Konjunktur hierfür unpassend sei. Sollte die Türkei dennoch hierauf beharren, würden sie sich sowohl auf internationaler als auch auf regionaler Ebene selbst ins politische Abseits spielen. Ankara fühle sich gestört, dass die Kurden in Syrien zusammenarbeiten, doch werde man von diesem Kurs nicht abkehren, so Müslim weiter. Die Partei der demokratischen Einheit (PYD) ist Teil der Volksräte Westkurdistans (TEV-DEM) und wird von der AKP-Regierung als Ableger der PKK in Syrien bewertet. Der PYD-Vorsitzende erklärte allerdings gegenüber diesem Vorwurf, dass zwischen seiner Partei und der PKK keinerlei organische Bindung bestehe.

Unterdessen geraten bei den Gefechten in Aleppo zwischen der Armee des Baath-Regimes und der Freien Syrischen Armee immer wieder die dort lebenden Kurden zwischen die Fronten. So erschossen Assads Soldaten am 26. Juli drei Mitglieder der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und verletzten elf weitere Menschen. Die YPG gab an, dass ihre getöteten Mitglieder der notleidenden kurdischen Bevölkerung in der umkämpften Stadt Lebensmittel bringen wollten. Noch am selben Tag verübte die YPG gegenüber diesem Angriff einen Vergeltungsschlag und tötete insgesamt sechs Soldaten. Am 29. Juli vermeldete die ANF zudem, dass in Aleppo drei kurdische Frauen durch Bombardierungen des syrischen Militärs getötet wurden. In der Millionenmetropole Aleppo leben rund 600.000 KurdInnen. Am Sonntag gingen auch hier mindestens 50.000 Kurden auf die Straßen, um die Gründung des Hohen Kurdischen Rates zu begrüßen. In zwei Stadtteilen von Aleppo, in denen mehrheitlich Kurdinnen und Kurden leben. wurden zudem bewaffneten Selbstverteidigungskomitees aufgebaut.

Für weitere Informationen zu den Ereignissen in Westkurdistan können Sie sich gerne per E-Mail oder unter der Rufnummer 01573/8485818 an uns wenden. Gerne vermitteln wir auch bei journalistischen Reisen nach Westkurdistan/Nordsyrien Kontakte zu dortigen Vertretern der kurdischen Opposition.

30. Juli 2012

Kriegszustand in Şemzînan

Der Bürgermeister von Şemzînan Sedat Töre erklärte gegenüber der Dicle Nachrichtenagentur (DIHA), dass die Bevölkerung unter der Militäroperation stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Das Kerngebiet der Gefechte liegt nach Töre etwa drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt und sei ein besonders schwer zugängliches Gebiet. Deswegen könne das Militär auch vom Boden aus nichts anrichten und bombardiert das Gebiet seit Tagen ausschließlich aus der Luft. Durch die Luftangriffe stehen große Waldgebiete in Brand. „Die Türkei ist nicht auf ein friedliches Miteinander der Völker aus. Deswegen rechnen wir damit, dass sich die Situation in den nächsten Tagen auch nicht ändern wird", so Töre weiter.
Für die Dorfbevölkerung im Kerngebiet der Gefechte könnten die Luftangriffe gleichbedeutend mit der Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Existenz sein. So geben viele DorfbewohnerInnen an, dass ein Großteil ihres Viehs entweder getötet wurde oder durch die ständigen Bombardierungen verschreckt entflohen sind. Auch große Ackerflächen seien zerstört worden. Das genaue Ausmaß der Zerstörung kann allerdings erst nach dem Ende der Auseinandersetzungen bemessen werden. Ein Dorfbewohner erklärte gegenüber DIHA, dass viele darüber nachdenken, nach Südkurdistan auszuwandern, sollten die Gefechte weiter anhalten. Ein anderer Dorfbewohner erklärte, dass so gut wie jede zehnte Bombe ein Dorf oder die nähere Umgebung eines Dorfes treffe.
Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG) in Behdînan veröffentlichte am 30. Juli eine Erklärung in der es heißt, dass seit dem 29. Juli 49 weitere Soldaten der türkischen Armee bei den Gefechten in Şemzînan (Şemdinli) getötet worden seien. Außerdem wurde ein Sikorsky-Helikopter von der Guerilla abgeschossen. Die Guerilla der Volksverteidigungskräfte werden in der Gegend mit schwersten Gerät angegriffen. Soldaten, Panzer, Kampfhubschrauber werden von der türkischen Armee eingesetzt.
BDP-Parlamentarier, die sich auf den Weg nach Şemzînan gemacht hatten, wurden von der Polizei an der Einreise in die Provinz Colemêrg gehindert. Sie wollten sich nach der Lage der Bevölkerung in dem heftig umkämpften Gebiet erkundigen. Die BDP befürchtet eine verschlechterte Lebenssituation für die Bevölkerung in dem Gebiet, wo seit Tagen Gefechte zwischen den Volksverteidigungskräften (HPG) und der türkischen Armee anhalten.

DIHA, ANF, 29./30.7., ISKU

In islamischen Ländern ist es gängig, dass im Fastenmonat Ramadan vor Tagesanbruch ein Trommler durch die Straßen zieht und die Muslime zum letzten Essen vor dem Fastenbeginn weckt. Die Aleviten, die etwa 20% der gesamttürkischen Bevölkerung ausmachen, fasten nicht im Ramadan. Weil sie deshalb oft als „Ungläubige" angesehen werden, sind sie ständiger Bedrohung ausgesetzt. In der Türkei werden die Aleviten nicht als eigenständige Glaubensgemeinschaft akzeptiert, weshalb unter anderem der Bau von Gebetshäusern – die sogenannten Cem-Häuser – nicht gestattet wird.

ANF, 29.7., ISKU

21,2 Millionen Dollar für Gasgranaten und Pfefferspray
Auf eine Anfrage des CHP-Abgeordneten Umut Oran im türkischen Parlament gab der Handelsminister Hayati Yazıcı detaillierte Angaben zu den staatlichen Ausgaben für Importe von Pfefferspray und CS-Gas an. Demnach gab die Regierung seit dem Jahr 2000 für 628.668 Kilogramm Pfefferspray und CS-Gas insgesamt 21,2 Millionen Dollar aus.

ANF, 27.7., ISKU

2225 Minderjährige in türkischen Gefängnissen
Nach Angaben des Justizministeriums der Türkei befinden sich zurzeit 2225 Minderjährige in den Gefängnissen der Türkei. Nach Angaben des Justizministers Sadullah Ergin sind von ihnen 397 rechtskräftig verurteilt worden.
Sieben der inhaftierten Minderjährigen sind 12 Jahre, 25 Gefangene sind 13 Jahre, einer davon verurteilt, 93 von ihnen sind 14 Jahre, 5 verurteilt, 326 sind 15 Jahre, 32 verurteilt, 646 sind 16 Jahre, von denen sind 106 verurteilt und 1128 sind 17 Jahre wovon 253 verurteilt worden sind.

ANF, 1.8,, ISKU

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 580
10. August 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Interview zur aktuellen Situation in Şemzînan

Seit dem 23. Juli findet in Şemzînan (Şemdinli) eine großangelegte Militäroperation statt. Trotz täglicher heftiger Gefechte, trotz der Bombardierung der Region Şemzînan konnte das Militär die Region in keiner Weise unter Kontrolle bekommen. Die in Şemzînan stattfindenden militärischen Operationen bewertete Murat Karayılan, Vorsitzender des KCK-Exekutivrats in einem Interview gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF). In Folge eine Zusammenfassung des Interviews:

Die HPG hat erklärt, dass sich seit dem 23. Juli ein großes Gebiet in der Region Şemzînan unter der Kontrolle der Guerilla befindet und es einen andauernden Kriegszustand gibt. Welche Position nimmt die Guerilla im Moment in Şemzînan ein?

Bis jetzt haben der türkische Staat und das türkische Militär überall in Kurdistan andauernde Operationen und insbesondere auf Technik gestützt pausenlos Angriffe durchgeführt. Daher bestand für die Guerilla die Notwendigkeit, eine angemessene Antwort zu geben, um damit „Stop!“ zu sagen. Mit dieser neuen Kampfphase befinden wir uns in einer Phase der Auseinandersetzung auf hohem Niveau. Zusammen mit der Hit-and-Run-Taktik, welche die Basis für den Guerillakampf darstellt, werden nun an etlichen Orten Angriffe durchgeführt, dort feste militärische Stellungen ausgebaut und so die militärische Vorherrschaft über die betreffenden Gebiete errichtet. Dies ist die Taktik dieser Phase.
In diesem Zusammenhang befindet sich Kurdistan jetzt in einem ausgeweiteten Kriegszustand.
Dennoch versuchen der türkische Staat und die türkische Presse diesen Krieg mit größten Anstrengungen zu verschleiern und die Auseinandersetzungen als unzusammenhängende Ereignisse darzustellen. Dem ist aber nicht so. Es ist ein Kriegszustand, der von schweren Zusammenstößen und Gefechten geprägt ist. In diesem Zusammenhang verheimlichen der türkische Staat und die türkische Presse die Ereignisse vor der Öffentlichkeit und der Gesellschaft und kommentieren deswegen die Ereignisse in Şemzînan auf andere Weise.

Der Generalstab hat bisher keine Erklärung abgegeben und auch der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arınç hat die Fragen der Reporter nicht beantwortet. Warum gibt es keine offizielle Erklärung von türkischer Seite?

Weil das, was im Moment passiert, eine revolutionäre Operation der Guerilla gegen die koloniale Unterdrückung und deren Grausamkeiten ist. Sie zeigt deutlich die militärische Fähigkeiten, die die Guerilla entwickelt hat. Das ist das, wovon der türkische Staat und die türkische Presse nicht sprechen möchten. Bülent Arınç gab keine Antwort. Was soll er denn auch antworten? Auch der Generalstab gibt keine Antwort. Das Problem ist nicht nur Şemzînan, das möchte ich sagen: Es gibt in diesem Zusammenhang einen Kriegszustand und ein Kampfgebiet, dass sich von Şemzînan bis Colemêrg (Hakkari) erstreckt. Und auch in den anderen Gebieten des Landes kann an einigen Orten von ähnlichen Situationen gesprochen werden. Eine türkische Zeitung erklärte: „Nachts bombardieren Flugzeuge und tagsüber Kobrahubschrauber den Goman-Berg.“ Dann sollte man sich fragen, wo liegt denn dieser Goman-Berg? Es ist ein Berg mitten in Şemzînan. Wenn türkische Militärs diesen Berg betreten und eine Operation durchführen können, warum bombardieren die Flugzeuge nachts und die Kobras tagsüber? Wenn die Guerilla, so wie in den türkischen Medien behauptet, umzingelt wäre, warum werden sie dann so bombardiert? An einen Ort, an den das Heer nicht vordringen kann, werden Flugzeuge geschickt. Warum werden seit zwei Monaten die Cîlo-Berge bombardiert? Warum die Berge von Çelê (Çukurca), Goman und Gostê? Alle diese Gebiete sind innerhalb der Grenzen der Republik Türkei, nicht wahr? Weil sie nicht vordringen können, deswegen bombardieren sie. So sieht die Realität aus.“
Und obwohl die Realität so aussieht, wird gesagt: „Die PKK wollte in die Stadt vordringen und wurde zurückgeworfen, die PKKler sind umzingelt, so und so viele Personen wurden getötet.“ Das ist alles Lüge. Bei dieser Operation in der Region Şemzînan sind insgesamt fünf FreundInnen gefallen, drei FreundInnen wurden verletzt. Auf Seiten der Guerilla gibt es keine weiteren Verluste. Demgegenüber gibt es auf Seiten des türkischen Militärs dutzende Verluste. Jeden Tag erklärt sich die HPG zu der aktuellen Situation, aber der türkische Staat verheimlicht diese Situation vor der Öffentlichkeit und der Gesellschaft.

Wie verbirgt das türkische Militär seine schweren Verluste? Wie weit werden die Realitäten vor der türkischen Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit verborgen?

Von der Errichtung der türkischen Republik bis heute wurde alles, was sich auf das kurdische Volk und Kurdistan bezieht, vor dem türkischen Volk verborgen und auf diese Weise verhindert, dass es die Realität wahrnehmen kann. Als letztes Jahr die AKP-Vertreter und ihr Team von Beratern die Entscheidung getroffen haben, die Dialogphase von Oslo zu beenden, wurde häufig zur Sprache gebracht, dass die Guerilla Kurdistans, genauso wie es in Sri Lanka mit der tamilischen Guerilla geschehen ist, vernichtet werden sollte. Etliche Personen versuchten zu erklären, wie mit Spezialkräften die Guerilla vernichtet werden könne. Die größte Rolle sollten dabei die unschätzbar wertvollen Berufssoldaten spielen. Jetzt stecken diese Spezialeinheiten Schläge ein, und die Regierung und die Medien schweigen überrascht. Habt ihr mit den Geheimdienstinformationen der USA und der fortschrittlichen Technologie und dem neuen Spezialheer Erfolge erzielt? Habt ihr die Guerilla niedergemacht? Ihr habt mit dieser realitätsfernen Theorie die Dialogphase abgebrochen und die Kriegsphase eingeleitet – das Ergebnis ist offensichtlich.
Auf dieser Basis können wir von einer Situation der zunehmenden Kämpfe sprechen. All ihre Anstrengungen sind darauf ausgerichtet, dies zu verschleiern. Aber so sehr sie die Wahrheiten beiseite schieben und verhindern, dass sie an die Öffentlichkeit kommen, können sie nicht verhindern, dass der Freiheitskampf des kurdischen Volkes

→

Meldungen:

Şemzînan: Fünf weitere Dörfer geräumt
Während die Kämpfe in der Region Şemzînan (Şemdinli) nun schon zwei Wochen andauern, versucht das Militär die Zivilbevölkerung aus der Region zu vertreiben. Es wurden nun fünf weitere Dörfer vollständig vom Militär geräumt. Damit befindet sich jetzt die Bevölkerung von neun Dörfern auf der Flucht. Tausende Tiere, Häuser und Gärten der BewohnerInnen blieben verlassen zurück.
Die Kämpfe finden auf einem etwa 40km² großen Gebiet statt und der türkische Staat setzt modernste Technologie, Artillerie, Panzer und Bomber ein. Der Verdacht des Einsatzes von chemischen Kampfmitteln und Phosphorbomben wird von unterschiedlichen Seiten geäußert.
Die Kreisstadt Rubarok (Derecik) ist seit Beginn der Operationen nicht erreichbar – die Straße auf der täglich 500-1000 Fahrzeuge unterwegs waren, wurde vom Militär geschlossen. Mitlerweile gibt es daher in dieser Region ein Problem mit der Lebensmittelversorgung. Tausende Hektar Agrarland liegen unbewässert brach und Weinberge und Obstpflanzungen vertrocknen. Tausende Tiere im Besitz der geräumten Dorfbewohner werden nicht mehr versorgt.
Durch das Bombardement stehen tausende Hektar Waldgebiet in Flammen. Die Dorfbevölkerung versucht diese mit eigenen Mitteln zu löschen.
(ANF, 6.8. ISKU)

50 kurdische Jugendliche bei Razzien in Damaskus festgenommen
Wie erst jetzt bekannt wurde, sind am Donnerstag den 2. August bei Hausrazzien in Damaskus 50 kurdische Jugendliche durch die Sicherheitskräfte des Assad-Regimes festgenommen worden. Bei den Razzien sind zudem eine Vielzahl an Gegenständen der Jugendlichen beschlagnahmt worden.
In Damaskus leben schätzungsweise 500.000 KurdInnen. Viele von ihnen sind allerdings mit dem Aufflammen der Gefechte zwischen dem Militär des Assad-Regimes und der Freien Syrischen Armee nach Westkurdistan geflohen. *(ANF, 4.8., ISKU)*

Elfjähriger stirbt nach Gasgranatenangriff der Polizei
In Adana ist am Samstag der elfjährige Mazlum Akay an den

„Der freie Gedanke ist immer noch der Repression ausgesetzt“

Seine Verhaftung hat die Bedeutung der kurdischen Sprache für den türkischen Staat offengelegt: Gemeint ist Vedat Kurşun, ehemaliger Chefredakteur der kurdischsprachigen Zeitung Azadiya Welat. Nach 3 Jahren und 7 Monaten Haft wurde er vergangene Woche entlassen. Kurşun sprach über das neue „Justizpaket“, das verschiedene „Reformen“ beinhaltete und vor kurzer Zeit vom türkischen Parlament verabschiedet wurde, über freie Meinungsäußerung und die Repression gegen die Medien. Kurşun erwähnte, dass sich dieses Problem nicht lösen wird, wenn „nur ein paar“ JournalistInnen aus der Haft entlassen werden, sich aber die Mentalität nicht ändert.

„Der Generalstabchef machte uns zur Zielscheibe“

Die heute als Tageszeitung erscheinende Azadiya Welat begann in der jetzigen Form am 15. August 2006. „Damals setzte die Azadiya Welat die Kurdinnen und Kurden in eine große Erwartung“, so Kurşun und fügte hinzu, dass viele der Meinung waren, dass die Zeitung nicht überlebensfähig wäre. Dies stellte sich jedoch als Irrtum heraus: „Unsere MitarbeiterInnen haben einen enorm großen Fleiß aufgebracht. Dank ihnen, können wir seit 6 Jahren ununterbrochen arbeiten. Dies zeigt, wie sehr sich geirrt wurde. Der damalige türkische Generalstabschef Yaşar Büyükanıt sagte, dass in Amed (Diyarbakır) eine kurdischsprachige Zeitung von ‚der Terrororganisation‘ publiziert wird. Von dem Zeitpunkt an waren wir einer starken Repression ausgesetzt. Weiterhin waren da noch die Gesetze der AKP, die unser Publizieren erschwerten. Der damalige Justizminister Cemil Çiçek erklärte zu jeder Frage die diese Gesetze betrafen, dass man sich die Ergebnisse anschauen werde, wenn sie verabschiedet worden sind. Die JournalistInnen und PolitikerInnen in den türkischen Gefängnissen sind ein Produkt dieser Gesetze.“

„Eine Hinhaltetaktik“

Kurşun erklärte, dass Staatspräsident und Außenminister bei Auslandsreisen ein Exemplar der Azadiya Welat „zum Vorzeigen“ mitnehmen würden, um der Kritik auszuweichen und der internationalen Gemeinschaft erklären zu können, „dass die Kurden auf Kurdisch eine Zeitung publizieren“. Man sei bestrebt zu beweisen, dass es keine Repression gibt. „Doch zusammen mit der Herausgabe der kurdischen Zeitung stiegen auch die Repressalien“, erklärte Kurşun, „und jetzt wollen sie erklären, dass es keinerlei Hindernisse für die kurdische Sprache mehr gebe. Aber auf der anderen Seite werden Parknamen wie ‚Cegerxwîn‘ und ‚Merwanî‘ verboten, weil sie Buchstaben aus dem kurdischen Alphabet (gemeint sind die Buchstaben X, W und Q) enthalten. Hinhaltetaktik nennt man das was sie machen.“

„Mit der Haftentlassung will man uns zum Schweigen bringen“

Das türkische Parlament verabschiedete das „3. Justizpaket“ Anfang Juli 2012. Kurşun sprach auch über die neuen Gesetze im Land: „Diese neuen Gesetze sind ebenfalls Strategien der Hinhaltetaktik, ähnlich der ‚Kindergesetze‘, mit denen man ein paar Kinder von mehreren Hundert aus der Haft entlassen hat. Es ist bekannt, dass die gleiche Regierung, die diese Kinder entlassen hat, diese auch verhaftete! Ein sehr großer Teil von ihnen ist immer noch in Haft. Das neue Justizpaket trägt die gleichen Züge wie diese Gesetze. Es ist ganz offen, dass dies nicht zu einer Lösung führen wird. Die Entlassung von ‚ein paar‘ JournalistInnen wird nicht zur freien Meinungsäußerung oder dergleichen führen. Das ist eine Frage der Mentalität. Und die hat sich nicht geändert! Solange die Mentalität sich nicht ändert, kann weder von Meinungsäußerung noch von Humanität gesprochen werden.“

(DIHA, 2.8., ISKU)

§129b-Prozessauftakt in Hamburg

Am Montag den 13. August beginnt vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Hamburg das Verfahren gegen den kurdischen Politiker und Aktivisten Ali Ihsan Kitay. Es handelt sich um eines von 3 Pilotverfahren in der BRD. Seit dem 12. Oktober 2011 sitzt Ali Ihsan Kitay in Hamburg wegen des Vorwurfs der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gemäß §129b in Untersuchungshaft. Konkrete Straftaten oder Anschläge in Deutschland werden ihm, wie mittlerweile fünf weiteren aufgrund §129b inhaftierten KurdInnen, nicht vorgeworfen. Zur Last gelegt wird ihnen, leitende Funktionen innerhalb verschiedener PKK Strukturen eingenommen zu haben.

Ali Ihsan Kitay saß bereits mehr als 20 Jahre in der Türkei im Gefängnis und wurde dort mehrfach gefoltert. Jetzt wird ihm vorgeworfen, sich von Mai 2007 bis Mitte September 2008 in Hamburg, Kiel, Bremen, Oldenburg und an weiteren Orten in der BRD sowie im Nord-Irak als Mitglied an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ beteiligt zu haben.

In dem jetzigen Verfahren wird es u.a. darum gehen ob der Kampf gegen lang anhaltendes Unrecht und um ein Selbstbestimmungsrecht legitim und völkerrechtlich zulässig und gerechtfertigt ist.

Kundgebung zum Prozessauftakt

Am **13. August** ab **8:15 Uhr** vor dem **Oberlandesgericht in Hamburg** (Sievekingplatz 1-3, U-Messehallen). Der Prozess beginnt um 9:00Uhr.

Weitere anstehende Prozesstermine: 14.8. 21.8. 22.8.

Weitere Informationen unter: www.freealiihsan.tk

→Zur aktuellen Situation in Şemzînan

und seiner Guerilla weiter zunimmt.

Ich möchte noch dies sagen: Wir befinden uns in der Situation, dass unser geschätztes, patriotisches Volk von den Luft- und Artillerieangriffen des türkischen Militärs große Verluste erleidet. Die Leiden unseres patriotischen Volkes, die es in diesem Rahmen seit Jahren erlebt hat, haben sich heute nochmals gesteigert. Aber die Bevölkerung soll wissen, dass es möglich sein wird, Hand in Hand gegen die kolonialistischen Besatzungskräfte Stellung zu beziehen, damit diese Leiden ein Ende haben und niemand mehr Opfer der andauernden türkischen Angriffe wird. Ich denke, dessen ist sich unsere Bevölkerung in der Region bewusst. Wieder führt der türkische Staat durch die Bombardierungen, egal ob Garten oder Weinberg, vor, dass er auf die Existenz der kurdischen Bevölkerung abzielt. Dagegen ist es notwendig, dass sich unsere gesamte patriotische Bevölkerung in der Region mobilisiert und den Kampf, vor allem um sich gegen diese Angriffe zu schützen, verstärkt.

(ANF, 3.8., ISKU)

Folgen einer Kopfverletzung gestorben, die durch einen Gasgranatenangriff der türkischen Polizei verursacht worden war.

Der Elfjährige hatte am Abend des 29. Juli an einer Demonstration in Adana teilgenommen, die sich gegen die Totalisolation von Abdullah Öcalan richtete. Die Demonstration wurde von der Polizei gewaltsam angegriffen. Dabei traf eine Gasgranate den Jungen am Kopf und verletzte ihn schwer. Daraufhin wurde er ins Krankenhaus von Adana gebracht, wo die Ärzte sechs Tage lang versuchten, sein Leben zu retten.

Seit 2009 wurden zusammen mit Mazlum insgesamt sechszehn Kinder infolge von Angriffen türkischer Sicherheitskräfte oder durch die versehentliche Explosion von Waffenmaterial des türkischen Militärs getötet.

(ANF, 4.8., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nachrichtenagentur

Termin:

Informationsveranstaltung
Zur Situation in den kurdischen Gebieten Syriens
mit Newaf Khalil (Journalist) - Dr. Gundi Dilberz (Historiker) - Moderation Dr. Nick Brauns (Journalist / junge Welt)
Donnerstag **16. August 2012** um **19:00 Uhr** in der **junge Welt Ladengalerie**, Torstr. 6 Berlin (U-Bahn Rosa-Luxemburg-Platz)
Eine Veranstaltung des Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin in Kooperation mit der jW-Ladengalerie

Neuerscheinung:

„…damit die Freiheit nicht nur ein Wunsch bleibt!“
Autonome Frauenorganisierung und Kämpfe in Kurdistan
Ein Fotoheft mit Bildern und Zitaten von Guerillakämpferinnen, in denen sie ihren Versuch, „die Freiheit im Hier und Jetzt“ zu gestalten, in eigene Worte fassen. 40 Seiten, englisch, deutsch, spanisch, Unkostenbeitrag 3 €
Zu bestellen über: ISKU oder Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 581
17. August 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

§129b-Prozess in Hamburg

Straftaten in der Bundesrepublik werden Ali Ihsan Kitay nicht vorgeworfen. Dennoch steht der 47-jährige seit Montag als Angeklagter vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Hamburg. Dem Kurden, der bereits 20 Jahre in türkischen Gefängnissen inhaftiert war und dort schwere Folter erlitt, wird Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung im Ausland« nach dem Strafrechtsparagraphen 129b zur Last gelegt. Als »hauptamtlicher Kader« soll er 2007 und 2008 in Norddeutschland die im Nahen Osten bewaffnet für die Rechte der Kurden kämpfende Arbeiterpartei Kurdistans PKK durch Spendensammlungen unterstützt haben. Zudem soll er versucht haben, etwa durch Organisation von Demonstrationen »die öffentliche Meinung zu Gunsten der PKK« zu beeinflussen.
Kitays Verteidiger Cornelia Ganten-Lange und Carsten Gericke warfen dem Bundesjustizministerium am Montag vor, in seiner für eine Strafverfolgung nach Paragraph 129b notwendige Verfolgungsermächtigung in »radikaler Einseitigkeit« menschen- und völkerrechtliche Hintergründe des Kurdenkonfliktes ausgeblendet zu haben. »Es fehlen gänzlich Hinweise auf Vergewaltigung, Folter und willkürliche Verhaftungen von Kurden in der Türkei«, so Gericke. Mit dem Paragraphen 129b werde gewollt eine Politisierung und Instrumentalisierung der Strafjustiz nach strategischen und außenpolitischen Interessen der Bundesregierung betrieben. Dies sei ein »Novum deutscher Rechtsgeschichte«, betonte Ganten-Lange.
Die Verteidigung forderte die Einstellung des Verfahrens, da das Gericht sonst beurteilen müsse, ob es sich beim Kampf der PKK um Terrorismus oder Freiheitskampf handle. Die Behandlung dieses Antrags wurde vom Gericht auf einen »angemessenen Zeitpunkt« vertagt. Die Verteidigung monierte, daß die Bundesanwaltschaft dem Gericht eine Reihe von Akten vorenthält, die etwa auf Rechtshilfeersuchen an die Türkei zurückgehen.
Der Angeklagte, durch eine Panzerglasscheibe von den rund 90 meist mit ihm solidarischen Prozeßbeobachtern getrennt, erklärte, er habe sich schon immer »gegen Diskriminierung und Unrecht eingesetzt«. Kitay beschrieb, wie er seit seiner Kindheit in seiner Heimatstadt Bingöl erleben mußte, wie Familienangehörige gefoltert und ermordet wurden. So habe er nur die Wahl gehabt, sich Unrecht und staatlicher Gewalt unterzuordnen und innerlich daran zu zerbrechen oder Widerstand zu leisten, begründete Kitay seinen Entschluß, der PKK beizutreten.
Mit einem Urteil in dem auf 30 Verhandlungstage angesetzten Prozeß wird frühestens zu Jahresende gerechnet.

Kundgebung
Vor dem Prozessbeginn fand ab 8.00 Uhr vor dem Gerichtsgebäude eine Solidaritätskundgebung statt, an der ca. 100 Menschen teilnahmen und die Freilassung Kitays und weiterer aufgrund des § 129b inhaftierten KurdInnen forderten. „In dem jetzigen Verfahren wird es u.a. darum gehen, ob der Kampf gegen lang anhaltendes Unrecht und um Selbstbestimmungsrecht legitim und völker-rechtlich zulässig und gerechtfertigt ist", hieß es in einer Erklärung des „Bündnis Freiheit für Ali Ihsan". In der Türkei werden noch immer Soldaten, Polizisten und Gefängniswärter u.a. gemäß der „Panamaschule", einer Schule für Foltermethoden, ausgebildet. Gestern nahm die türkische Polizei erneut Kinder und Jugendliche fest, die bereits im Gefänngnis von Pozanti systematisch u.a. von Wärtern vergewaltigt wurden. Vor dem Hintergrund täglicher derartiger Menschen-rechtsverletzungen und in Anbetracht der Prozesserklärung von Ali Ihsan Kitay, sind wir der Ansicht, dass jeder Mensch mit einem Gewissen sich dafür einsetzen sollte das Unrecht in der Türkei schnellstmöglich zu beenden. Die kurdische Bewegung ist seit langem zu einem würdevollen Frieden bereit. Der § 129 b StGB widerspricht der Gewaltenteilung - und bedeutet allein deshalb unnötige Gewalt.
Nächste Prozesstermine:
21. und 22. August, jeweils um 9.00 Uhr, OLG Hamburg, Sievekingplatz 1
www.freealiihsan.tk
(jW, 15.8., fai, 13.8., ISKU)

„Ich erschaff mir meine Medien"

Was gibt es schöneres für eine Regierung, als zu sehen, dass die Medien im eigenen Land nur Positives über einen schreiben?! Gewiss würde dies die öffentliche Meinung im Land zugunsten der Regierung beeinflussen, was wiederum einer Wiederwahl den Weg ebnen würde. Leider ist das nicht immer so einfach für manch eine Regierung. Denn dort, wo Demokratie herrscht, sollten die Medien die Politik der Regierung stets kritisch unter die Lupe nehmen. Gerade deshalb muss sich die Regierung umso mehr bemühen, sich in ihrer Politik keine Fehltritte zu leisten, denn die MedienvertreterInnen sitzen ihnen im Nacken. Soweit die Theorie …
In der Türkei hat sich die AKP-Regierung einen anderen Weg für den Umgang mit den Medien ausgesucht. Kritische Medien werden einfach zum Schweigen und Mainstreammedien auf die eigene Linie gebracht. So kann man es natürlich auch machen. Zumindest wenn man auf Demokratie und Pressefreiheit keinen besonderen Wert legt.
In der Türkei sitzen rund hundert JournalistInnen aktuell hinter Gittern. Diese Zahl stellt jedes andere, offen als antidemokratisch angeprangerte, Land in den Schatten. Der mit Abstand größte Teil dieser JournalistInnen stammen aus den kurdischen Medien. Allein diese Tatsache legt die Verbindung zwischen der fehlenden Pressefreiheit der Türkei und der ungelösten kurdischen Frage in aller Deutlichkeit offen. Aber die Angriffe auf die Pressefreiheit treffen nicht allein die kurdischen Medienvertreter. Auch die Mainstreammedien bekommen ihren Senf ab.
Es dauerte bis ins Frühjahr 2011 als die Angriffe der AKP-Regierung auf die Medien auch international Beachtung fanden. Damals wurden die beiden bekannten Journalisten Ahmet Şık und Nedim Şener mit dem Vorwurf der Ergenekon-Mitgliedschaft festgenommen. Abgesehen hatte es die AKP-Regierung auch auf das noch nicht veröffentlichte Buch „Die Armee des Imams" von Ahmet Şık, in welchem der Einfluss der Gülen-Sekte auf die türkischen Sicherheitskräfte aufgedeckt wurden. Mit diesen Festnahmen machte die Regierung ganz klar auch deutlich, dass sie nicht nur die kurdischen und sozialistischen Journalisten im Visier hat, sondern alles und jeden, der oder die

→

Meldungen:

Sechs Opfer des Pozanti-Skandals wieder in Haft
Bei zeitgleichen Razzien in Mersin wurden insgesamt sechs Jugendliche festgenommen. Während keinerlei Gründe für ihre Festnahme durch die Polizei angegeben wurden, stellte sich heraus, dass es sich bei den Festgenommenen, die allesamt 16 Jahre sind, um Opfer des Skandalgefängnisses Pozanti handelt. Die Familienangehörige der Festgenommenen erzählten gegenüber der Nachrichtenagentur Dicle (DIHA), dass bei den Razzien Polizeipanzer und bis zu 50 Spezialeinheiten der Polizei zugegen waren. Nach den Razzien sprachen Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD mit den Angehörigen, um sich ein Bild von der Situation zu verschaffen. Der Vorsitzende der IHD Zweigstelle aus Mersin Ali Tanriverdi erklärte anschließend, dass die Festnahmen von Pozanti-Opfern sinnbildlich für die Kurdenpolitik der AKP-Regierung stehen. „Statt einer Aufarbeitung der Folter- und Vergewaltigungsfälle von Pozanti, sowie einer psychologischen Betreuung der Opfer dieser Gefängnisumstände, wird Rache an den Kindern verübt, weil der Skandal international bekannt geworden ist", so Tanriverdi. *(ANF, 12.8., ISKU)*

20 Festnahmen in Adana
In Adana wurden in den frühen Morgenstunden des 12. August bei Hausrazzien insgesamt 20 Menschen festgenommen. Den Festgenommen wird vorgeworfen, dass sie Tätigkeiten innerhalb der KCK-Strukturen übernommen und ausgeführt hätten. Unter den Festgenommenen befinden sich 16 Minderjährige. *(ANF, 12.8., ISKU)*

15 Festnahmen in Gever
In Gever (Yüksekova) wurden bei Razzien noch vor Sonnenaufgang des 14. August insgesamt 15 Menschen festgenommen. Bei den Razzien wurden die Wohnungstüren eingebrochen und Fensterscheiben gingen zu Bruch. Während die Festgenommenen in das örtliche Polizeirevier gebracht wurden, gibt es keine Stellungnahme für die Ursache der Festnahmen. *(ANF, 14.8., ISKU)*

Erste Stellungnahme von Hüseyin Aygün nach Freilassung
Der von den Guerillakräften der HPG entführte Parlamentsabgeordnete der kemalistisch-nationalistischen CHP Hüseyin

Bilanz der AKP-Regierung: 181 ermordete kurdische Minderjährige

Die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD von Amed hat einen Bericht über die Ermordungen von kurdischen Kindern und Jugendlichen durch türkische Sicherheitskräfte veröffentlicht. Demnach wurden seit 1988 insgesamt 561 kurdische Minderjährige durch Militär- oder Polizeikräfte ermordet. Besonders hoch waren die Zahlen Anfang der 90er Jahre, als der Gendarmariegeheimdienst JITEM in den kurdischen Gebieten der Türkei tausende Morde sogenannter unbekannter Täter an kurdischen Zivilisten verübte. So wurde allein zwischen 1992 und 1994 295 kurdische Minderjährige ermordet. Aber auch seit dem Amtsantritt der AKP-Regierung wurden insgesamt 181 kurdische Kinder und Jugendliche durch türkische Sicherheitskräfte ermordet. Fast genauso erschütternd wie diese Tatsache ist, dass keines der Mörder dieser Minderjährigen je durch ein Gericht hierfür bestraft worden ist.

In diesem Jahr schon acht Minderjährige getötet

In diesem Jahr wurden insgesamt acht kurdische Kinder und Jugendliche ermordet, von denen allein im August bereits drei ihr Leben lassen mussten. So verstarb am 4. August der elfjährige Mazlum Akay in Adana. Er wurde bei einer Demonstration durch einen Gasgranatenangriff der Polizei so schwer verletzt, dass die Ärzte im Krankenhaus sein Leben nicht mehr retten konnten. Am 6. August dieses Jahres starb die achtjährige Seray Yavuz durch eine Explosion in Mûş, als sie mit einem Blindgänger des türkischen Militärs spielte. Und am 7. August wurde der dreizehnjährige Vesim Zengin durch eine Munitionssalve aus einem Militärstützpunkt nahe der iranischen Grenze bei Wan ermordet.

Laut des Berichts des IHD wurde bei keiner dieser Morde, genau wie bei allen anderen Mordfällen von kurdischen Minderjährigen, je ein Verantwortlicher vor einem Gericht zur Rechenschaft gezogen. Selbst in Fällen, in welchen der Menschenrechtsverein selbst die Taten vor Gericht gebracht hat, wurden die Anklagen entweder sofort wieder fallengelassen oder an Militärgerichte weitergeleitet, wo sie ebenfalls fallengelassen wurden. Nach Meinung des IHD legt die konsequente juristische Nichtverfolgung der Verantwortlichen dieser Morde den Schluss nahe, dass diese unter dem Schutz der jeweiligen türkischen Regierung stehen.

(YÖP, 11.8., ISKU)

→„Ich erschaff mir meine Medien“

nicht im Sinne der Regierung „journalistische Arbeit“ betreibt.

Ein weiteres bekanntes Opfer der „Medienpolitik“ der AKP wurde kurz vor den Wahlen 2011 die Moderatorin des türkischen Nachrichtensenders NTV Banu Güven. Kurz vor den Wahlen ist im türkischen Fernsehen Hochsaison für Diskussionsveranstaltungen mit allen möglichen Parteivertretern. Da dachte sich Güven wohl auch nichts weiter dabei, als sie die kurdische Politikerin Leyla Zana für solch eine Diskussionsveranstaltung einladen wollte. Doch da hatte sie sich geirrt. Ihre Redaktion wurde wohl von irgendeiner Stelle unter Druck gesetzt, und so wurde die Einladung an Leyla Zana zurückgenommen. Zana zeigte sich nicht wirklich überrascht von dieser Entscheidung, immerhin war sie schon ganz anderen Repressionen durch den Staat ausgesetzt. Umso überraschter war jedoch Güven, die solch eine unverfrorene Einmischung in ihr Sendeprogramm bisher nicht kannte. Als sie dann noch erfuhr, dass auf Druck der AKP-Regierung die Einladung an Leyla Zana zurückgenommen wurde, weil man Stimmeinbußen befürchte, wenn Zana öffentliche Bühne geboten werde, quittierte Banu Güven nach einem vorgezogenen Urlaub den Dienst bei NTV.

Die Regierung dürfte es gefreut haben, dass eine unliebsame Person wie Banu Güven freiwillig die Segel gestrichen hat. Auch wenn sie selbst nicht unbedingt eine unliebsame Stimme für die Regierung darstellte, so wollte sie doch unliebsamen Stimmen ein Gehör verschaffen. Und dieses Vergehen ist in den Augen der Regierung mindestens genauso schlimm.

Dabei hat die Regierung doch mittlerweile den JournalistInnen im Lande Mittel und Wege zur Verfügung gestellt, wie diese ihre Arbeit ohne Probleme und ohne große Mühen bewerkstelligen können. Sie gibt einfach regelmäßig mündliche und schriftliche Statements zu den verschiedensten Ereignissen im In- und Ausland ab, und die Journalisten müssen diese einfach in ihre Artikel einarbeiten. So fällt das lästige Recherchieren und Untersuchen für die JournalistInnen ganz von alleine weg.

Sollte sich aber dennoch ein/e JournalistIn dazu entschließen selber zu recherchieren und dann noch abweichend von den Statements der Regierung zu berichten, bekommt er oder sie es mit dem Ministerpräsidenten der Türkei Recep Tayyip Erdoğan persönlich zu tun. Regelmäßig verlautbart Erdoğan, über was die Medien berichten oder vielmehr nicht berichten sollen. Oft sind dann der Kurdenkonflikt und die eskalierenden bewaffneten Auseinandersetzung auf der Verbotsliste. Gerne nennt Erdoğan den einen oder die andere Journalistin von seiner Abschussliste auch öffentlich beim Namen. So geschehen vor kurzem auch im Fall des Journalisten Yildirim Türker. Türker hat die liberale Tageszeitung Radikal mit aufgebaut und insgesamt 16 Jahre für sie gearbeitet. Diesem langjährigen Journalisten wurde nun zum Verhängnis, dass er bei der Berichterstattung über die rund drei Wochen anhaltenden Gefechten von Şemzînan (Şemdinli) nicht blindlings die Vorgaben der Regierung eingehalten hat, sondern sich ein differenziertes Bild über die Situation vor Ort verschaffen wollte. Das erregte den Unmut der AKP-Regierung, und selbst eine Tageszeitung wie Radikal konnte Türker nicht mehr halten, und man trennte sich im Einvernehmen am 12. August.

Ähnliches widerfuhr zwei Tage zuvor auch dem Journalisten Serdar Akinan von der konservativen Tageszeitung Akşam. Auch dessen Kolumnen passten nicht so recht in das Bild eines „guten“ Journalisten der AKP-Regierung. Es reichte aus, dass Erdoğan erklärte, man nehme Notiz von den Artikeln Akinans, und die Zeitung Akşam setzte diesen umgehend vor die Tür.

Zum Berichterstattungsverbot für Şemzînan schrieb der Kolumnist Cüneyit Özdemir, ein weiterer Name im Visier Erdoğans, für die Radikal zutreffend folgendes: „Wir sehen im Fall von Şemdinli, dass der Staat den Medien eine große Zensur auferlegt. Früher, also in den 90er Jahren wurde diese Zensur vom Militär auferlegt. Damit damals nicht über die PKK berichtet werden sollte, hat das Militär die Journalisten, manchmal gar die Redaktion, angerufen und ihre ‚Bitte‘ weitergeleitet. Nun, mittlerweile haben sich die Zeiten geändert. Die ‚bittende‘ Stimme am anderen Ende des Hörers ist nun eine zivile (und keine militärische) Stimme, aber das Verbot bleibt gleich.“

Zum Schluss noch ein Veranstaltungshinweis: Der oben genannte ehemalige Journalist der Tageszeitung Radikal Yildirim Türker ist auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt am 13. Oktober als Referent für eine Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Pressefreiheit und Demokratie in der Türkei“ eingeladen.

(Mako Qoçgirî, 14.8., ISKU)

Aygün wurde am 14. August gegen 17:30 Uhr, nur zwei Tage nach seiner Festnahme wieder freigelassen. Sein Zustand sei recht gut. In seiner ersten Stellungnahme betonte der kurdisch-stämmige CHP-Politiker, dass die HPG mit dieser Aktion einen Aufruf zum Frieden machen wollte.

“Die Jugendlichen, die an dieser Aktion beteiligt waren, sind Kinder dieser Nation” so Hüseyin Aygün, der nach seiner Festnahme bekräftigte, dass er von den Guerillakräften gut und respektvoll behandelt wurde. Des Weiteren fügte der Parlamentsabgeordnete der CHP folgendes zu dieser Aktion hinzu: “Sie sagten, sie wollen mit der Aktion einen Aufruf zum Frieden und zum Waffenstillstand machen. Sie baten mich, dass ich im türkischen Parlament eine stärkere Rolle zum Waffenstillstand einnehmen soll. Alle Parteien müssen stärker dafür arbeiten. Sie waren der Ansicht, dass ich meine Politik, unabhängiger und neutraler führen sollte.“

Die Guerillakämpferinnen, welche zwischen 18-25 Jahre alt waren, riefen ihn und seine Partei dazu auf, sich stärkere gegen das Blutvergießen zu engangieren. Einer der Hauptkommandanten der HPG, Bahoz Erdal, hat nach der Festnahme Aygüns ein Gespräch mit den Guerillaeinheiten geführt und sie aufgefordert, höhere Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen, damit auch kein Haar des kurdischstämmigen Politikers gekrümmt werde. Zudem setzte sich der langjährige Kommandant der HPG dafür ein, dass Aygün schnell frei gelassen werden solle. Das humane Handeln und die Nächstenliebe der HPG-Guerilla wurde mit der folgenden Aussage von Hüseyin Aygün dargestellt: ”Sie haben mich bei der Verabschiedung umarmt und geküsst. Sie sagten mir, ich solle meine Geschwister auf den Bergen nicht vergessen und ich versprach ihnen, dass ich für den Frieden arbeiten werde.“

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
fai	freealiihsan.tk

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 582
24. August 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bombenanschlag in Dilok

Bei einem Bombenanschlag vor einem Polizeizentrum in Dilok (Antep) sind insgesamt neun Menschen getötet und über 69 verletzt worden. Unter den Getöteten befinden sich auch vier Kinder und eine Frau.
Der Anschlag ereignete sich am Abend des 20. August im Stadtteil Şehitkamil. Gegen 19.45 Uhr soll ein mit Sprengstoff beladener PKW in die Luft geflogen sein. Durch die Explosion sind zwei Busse und ein weiterer PKW in Flammen aufgegangen. Zudem hat die Wucht der Explosion großen Schaden an und in den umliegenden Gebäuden angerichtet.

Faschistischer Mob greift KurdInnen an
Kurze Zeit nach der Explosion versammelte sich eine Menschenmenge, die das Gebäude der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Stadtteil Şehitkamil angriff. Während die Polizei tatenlos zusah, setzte der Mob das Gebäude in Brand. Anschließend skandierte die Menge antikurdische Parolen und marschierte in Richtung der Hauptzentrale der BDP von Dilok. Eine weitere Gruppe, die sich bereits vor der Hauptzentrale nach dem Bombenanschlag versammelt hatte, griff mit Steinen das Gebäude an und zerstörte die Fensterscheiben. Der Mob harrte bis spät in die Nacht vor dem Gebäude aus.

HPG: Wir haben mit dem Anschlag nichts zu tun
In einer schriftlichen Erklärung an die Nachrichtenagentur Firat (ANF) teilte das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte HPG mit, dass sie mit dem Anschlag in Dilok nichts zu tun haben. "Die Öffentlichkeit und unser Volk weiß, dass es von unserer Seite keine Aktionen gegen Zivilisten geben kann", heißt es in der Erklärung. Zuvor hatte der KCK-Exekutivrat erklärt, dass sich die bewaffneten Kräfte während der drei Festtage zur Beendigung des Ramadans möglichst aus Gefechten zurückhalten werden. In der Erklärung der HPG hieß es, dass man sich an diese Vorgabe halte.
Sofort nach dem Anschlag hatten die türkische Medien und Vertreter der AKP-Regierung die PKK beschuldigt, hinter dem Bombenanschlag von Dilok zu stecken.

Landesweit rassistische Angriffe
Nach dem Bombenanschlag in Dilok (Antep) wurden Kurdinnen und Kurden in verschiedenen Orten der Türkei zu Opfern rassistischer Übergriffe. Allein in den letzten zwei Tagen gab es Angriffe gegen sechs verschiedene Gebäude der Partei für Frieden und Demokratie (BDP).
Kurze Zeit nach dem Anschlag in Dilok am 20. August, bei dem insgesamt 9 Menschen ums Leben gekommen sind, erklärten die türkischen Medien und Regierungsmitglieder einstimmig die PKK als dafür verantwortlich. Bereits in den Tagen zuvor wurde gegen die VertreterInnen der BDP aufgrund eines Delegationsbesuchs in Şemzinan (Şemdinli) eine Schmutzkampagne in den Medien geführt. Da dadurch in der Öffentlichkeit über Tage hinweg bewusst eine antikurdische Stimmung aufgeladen wurde, verwunderte es nicht weiter, dass ein faschistischer Mob kurz nach dem Bombenanschlag zwei Parteigebäude der BDP in Dilok angegriffen haben, von denen eines vor den Augen der Polizei niedergebrannt worden ist. Nach diesen Angriffen zog der Mob durch die Innenstadt und skandierte kurdenfeindliche Parolen.
Am folgenden Tag kam es in Dilok erneut zu Angriffen gegen zwei Stadtteilbüros der BDP. Auch hier wurde eines der Büros mit Molotowcocktails angegriffen und dadurch in Brand gesetzt. In Istanbul wurde währenddessen im Stadtteil Bahçelievler ein Paket mit zwei Molotowcocktails vor der Tür des BDP-Stadtteilbüros abgelegt. Im Paket befand sich zudem ein Brief mit der Drohung, dass man wiederkommen werde. Schließlich versuchten Unbekannte in Kocaeli in der Nacht vom 21. auf den 22. August das BDP-Gebäude in der Stadt in Brand zu setzen. Nur durch Glück hielt sich der Schaden bei diesem Angriff in Grenzen.
Der BDP Abgeordnete Idris Baluken gab bezüglich der Angriffe auf seine Partei eine Erklärung ab, in der er von einer bewussten Lynchkampagne gegen die BDP sprach. Trotzdessen, dass man als BDP mit scharfen Worten den Anschlag von Dilok, wie alle Anschläge gegen Zivilisten, verurteilt habe, wurde man angegriffen. Der Grund hierfür sei, dass verschiedene Vertreter der AKP die BDP zur Zielscheibe erklärt hätten. „Sollte irgendeiner unserer Freundinnen und Freunde bei diesen Angriffe zu Schaden kommen, ist allein die AKP hierfür verantwortlich", so Baluken.
(ANF, 21./22.8., ISKU)

Türkei und USA beraten über PKK und Sicherheitszone in Syrien

Am Donnersag kam erstmals die „politische, militärische und geheimdienstliche Arbeitsgruppe" bestehend aus türkischen und amerikanischen Diplomaten, Geheimdienstmitarbeitern und militärischen Verantwortlichen in Ankara zusammen. Die Errichtung dieser Arbeitsgruppe wurde auf einem Treffen am 11. August zwischen der US-amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton und ihrem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoğlu beschlossen und soll die Zusammenarbeit der beiden Staaten in Hinblick auf die Situation in Syrien starker aufeinander abstimmen.
Aus diplomatischen Quellen wurde bekannt, dass es bei dem Treffen unter anderem um den Aufbau einer „Sicherheitszone" an der türkisch-syrischen Grenze und den gemeinsamen Kampf gegen die PKK geht.
Die Türkei erwartet von den USA im Gegenzug für die massive militärische und politische Unterstützung der syrischen Opposition, dass mögliche Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden in Syrien verhindert werden.
Nachdem die kurdische Bevölkerung dem Assad-Regime in mehreren Städten Westkurdistans die Kontrolle entrissen hat, droht die Türkei lautstark mit einer militärischen Intervention in das Nachbarland. Hierfür fordert die AKP-Regierung den Aufbau einer sogenannten Sicherheitszone hinter der türkisch-syrischen Grenze.
Um die Unterstützung des Westens für den Aufbau solch einer Sicherheitszone zu erhalten, schlug der türkische Außenminister vor, man könne Flüchtlingscamps in einer solchen Zone

→

Meldungen:

Abdullah Öcalan weiter in totaler Isolation
Die Rechtsanwälte Öcalans, Mazlum Dinc, Rezan Sarica und Hüseyin Bogatekin, haben einen erneuten Antrag erstellt, um ein Gespräch mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan führen zu können, jedoch wurde dieser durch die türkische Regierung wieder mit der gleichen banalen Begründung "das Schiff ist defekt" abgelehnt.
Seit dem 27. Juli 2011 wird den Anwälten verboten, Abdullah Öcalan auf Imrali zu besuchen. Die Anträge werden immer mit Begründungen wie „das Schiff ist kaputt", „das Wetter ist schlecht" und „das Schiff wird repariert" abgelehnt. *(DK, 22.8., ISKU)*

76 JournalistInnen inhaftiert
Necati Abay, Sprecher der „Solidaritätsplattform für inhaftierte JournalistInnen", erklärte, es sei eine erbärmliche Situation, dass Dutzende JournalistInnen an den Festtagen zum Ende des Ramadan die Zeit mit ihren Familien im Gefängnis-Saal verbringen müssen. Um von einem Fortschritt für die Pressefreiheit reden zu können, müsse man zuerst das Terrorbekämpfungsgesetz (TMK) abschaffen, betonte Necati Abay. Der Druck auf die freie Presse zeige sich unteranderem daran, dass am Fest des Fastenbrechens im letzten Jahr 60 Journalisten inhaftiert waren und dass diese Zahl nach einem Jahr weiter gestiegen sei.
(YÖP, 20.8., ISKU)

Zwölf Tote bei Unfall in Roboskî
Şirnex- Am 21.08.2012 sind bei einem Verkehrsunfall, in der Nähe des Dorfes Roboskî (Ortasu), elf Soldaten und der Fahrer ums Leben gekommen, drei weitere Soldaten sind verletzt worden. Der Kleinbus startete von der Polizeiwache im Dorf Gülyazi in Richtung Qilaban (Uludere). Innerhalb dieser Strecke stürzte das Fahrzeug in einen tiefen Straßengraben. Ein Augenzeuge aus dem Dorf Roboskî berichtete, dass der Unfall 200 m vor dem Kondolenzzelt, das dort für die Angehörigen der Opfer des Massakers vom Dezember 2012 aufgestellt wurde, passiert ist.
Weiter erklärte der Augenzeuge: „Das Fahrzeug kam von Beyaztepe. Der Unfall geschah 200 Meter entfernt vom Kondolenzzelt. Das Fahrzeug stürzte in einen Straßengraben. Es war ein Kleinbus, der Soldaten transportierte. ... Der Fahrer war aus dem

Ständiger Rat des Kurdischen Volksratstagt tagt in Westkurdistan

Unter dem Motto „Gemeinsam unsere Region autonom verwalten“ fand die zweite Tagung des „Ständigen Rates“ des „Kurdischen Volksrates“ statt.
63 Mitglieder nahmen am zweiten Treffen des „Ständigen Rates“ des TEV-DEM in Derbasyie teil. Darunter befanden sich, neben den beiden geschlechterquotierten Vorsitzenden des TEV-DEM, Vorsitzende lokaler Räte, die zwei geschlechterquotierten Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Einheit PYD und viele weitere Mitglieder des Rates. Wegen der angespannten Lage in Heleb (Aleppo) und Efrîn (Afrin) sowie anhaltenden Gefechten zwischen der „Freien Syrischen Armee“ und den Regierungstruppen Assads, konnten mehrere Mitglieder des TEV-DEM jedoch leider nicht an der Tagung teilnehmen.
Schwerpunkte der Diskussion waren u. a. Aspekte der Organisierung der Selbstverwaltung in den letzten Monaten, die zukünftige Vermeidung bisheriger Fehler sowie die Frage, wie es möglich wird, finanziellen und materiellen Notstand zu überwinden.
In respektvoller Atmosphäre wurde Kritik geübt, diskutiert und beschlossen. Zudem riefen die TeilnehmerInnen dazu auf, ein Gremium zu bilden, dass sich intensiv mit der momentanen Situation in Westkurdistan, wie auch im gesamten Syrien auseinandersetzt um den daraus folgenden Anforderungen gerecht werden zu können. Die TeilnehmerInnen betonten, dass sie fortfahren werden, das Projekt der „Demokratischen Selbstverwaltung“ umzusetzen und weiter zu entwickeln, dessen positive Auswirkungen in einigen Städten Westkurdistans bereits im täglichen Leben spürbar sind.
Weiterhin verlasen VertreterInnen unterschiedlicher Komitees, die seitens des Kurdischen Volksrat ins Leben gerufen worden waren ihre Berichte:
Das Komitee für rechtliche Fragen und Justiz berichtete, dass monatlich jeweils mehr als 300 „soziale“ Auseinandersetzungen und Probleme gelöst werden konnten.
Zudem wurde ein Ausbildungsprogramm gestartet, das durch ständige Diskussion und Supervision verbessert wird. Insbesondere Fragen der Verbesserung der Schlichtungs- und Mediationsmethoden, wie auch der Gewinnung neuen Personals und der Eröffnung neuer Ausbildungszentren in diesem Bereich wurden erörtert.
Das muttersprachliche Komitee hat beschlossen, dass die kurdische Sprache zukünftig in sämtlichen Lebensbereichen gesprochen werden soll. Zudem sollen Sprachkurse formal vereinheitlicht und LehrerInnen zusätzlich in kurdischer Geographie ausgebildet werden.
Auch die Komitees für „Gesundheit“, „Umwelt“, „Statistische Erhebungen“, „Soziale Sicherheit“, „Religion“, sowie „der Familien, die Angehörige verloren haben“ berichteten von ihrer Arbeit, ihren Vorstellungen für zukünftige Entwicklungen und der Verbesserung der eigenen Praxis.
Der „Ständige Rat“ des „Kurdischen Volksrates“ beriet die vorgetragenen Aspekte und entwickelte in vielen Arbeitsbereichen Perspektiven und Lösungsvorschläge.

Ausschluss von Männern mit zwei Ehefrauen aus dem „Kurdischen Volksrat“

Die wichtigste Entscheidung der Tagung des „Kurdischen Volksrates“ war, dass die Mitgliedschaft von denjenigen Männern, die mit zwei Ehefrauen verheiratet sind oder das anstreben, ruht. Diese Entscheidung wurde auf Antrag des Frauenkomitees getroffen. Das Frauenkomitee betonte, dass durch eine solche Verfahrensweise sichergestellt werden solle, dass Frauen in sämtlichen Lebensbereichen Männern gleichgestellt werden.
Das Frauenkomitee berichtete, dass dessen Arbeit momentan hauptsächlich auf die Eröffnung von Frauenbildungszentren in mehreren Städten konzentriert ist.
Das Komitee für Öffentlichkeitsarbeit und das Komitee für Wirtschaft gaben den Impuls zu einer Diskussion über wirtschaftliche Maßnahmen und Mechanismen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Benachteiligung und Armut in der Region, insbesondere in der jetzigen Übergangsperiode, überwunden werden können. Ein Resultat der Eingaben dieser beiden Komitees war, dass es Treffen mit religiösen Gruppen geben soll, um einen Konsens mit all denjenigen zu finden, die die Prinzipien der „Demokratischen Selbstverwaltung“ nicht negieren und bekämpfen.

„Asayish“ (Sicherheitskräfte) – ein neuer Begriff in Westkurdistan

Im „Ständigen Rat“ wurde beschlossen, die bisherigen zivilen Sicherheitseinheiten durch Polizeikräfte, Sicherheitskräfte und einen Geheimdienst zu ersetzen. Deren Arbeit soll umfassen, in den Regionen der „Demokratischen Selbstverwaltung“ die Ordnung aufrecht zu erhalten, den Straßenverkehr zu regeln, und die Sicherheit der dort lebenden Menschen zu schützen.
Die Mitglieder der Versammlung trafen eine Vielzahl weiterer Entscheidungen. Eine davon ist, dass die Präsidialebene des „Kurdischen Volksrates“ künftig berechtigt wird, mit internationalen, regionalen und nationalen Akteuren in den Dialog zu treten und zu verhandeln, um die besten Wege zu finden, die kurdische Frage in Westkurdistan auf konstruktive Weise zu lösen – und eine über die Ratifizierung der „Erklärung von Hewler“ hinausgehende Zusammenarbeit zwischen dem „Kurdischen Nationalrat“ und dem „Kurdischen Volksrat“ in die Wege zu leiten.

„Gemeinsam die autonomen Regionen verwalten“

Das Thema der nächsten Periode wurde „Gemeinsam die autonomen Regionen verwalten“ benannt. Die Mitglieder fühlen sich der „Revolution der Freiheit“ in Westkurdistan verbunden und werden weiterhin intensiv daran arbeiten, u. a. die demokratischen und rechtlichen Errungenschaften der Bevölkerung zu schützen und zu entwickeln und versuchen weitere Städte in die „Demokratische Selbstverwaltung“ einzubeziehen. *(DBK, 18.8., ISKU)*

Dorf Roboskî, er starb selbst auch. Es waren insgesamt 20 Soldaten im Fahrzeug.“
Trotz ihrer Erlebnisse mit dem Militär zeigen die Dorfbewohner Herz und helfen den verletzten Soldaten. Sie fuhren sie mit ihren Fahrzeugen ins nächste Krankenhaus. Die Dorfbewohner, die an das Roboskî-Massaker erinnern, erklärten: „Nicht der Staat, die Menschen aus Roboskî, das von dem Massaker getroffen wurde, haben die Soldaten ins Krankenhaus befördert. Das sollten sie ganz genau wissen.“
Türkische Medien berichten, dass die Soldaten zum Schutz von Ahmet Türk, dem Co-Vorsitzenden des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK, vor Ort gewesen sein soll. Ahmet Türk wollte in Roboskî die Angehörigen der Opfer des Massakers besuchen und eine Rede im Kondolenzzelt abhalten. Ahmet Türk dementiert dies und erklärte, dass bis zum heutigen Tage kein BDP-Politiker oder ihnen nahestehende Personen jemals von türkischen Sicherheitskräften beschützt worden seien. Der Unfall soll um 10.30 Uhr stattgefunden haben, um diese Uhrzeit hat sich der Co-Vorsitzende noch nicht einmal in Cizîr (Cizre) aufgehalten. Trotz der Beschuldigungen sprach Ahmet Türk seinen Beileid vor allem den jungen Soldaten aus. Die Dorfbewohner machten sich später auf den Weg zum Kondolenzzelt, wo auch Ahmet Türk schließlich seine Rede halten konnte.
(ANF, NÛÇE TV, DieLinke-Delegation, 22.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
DBK	Desteya Bilind a Kurdan
DK	Die Kurden.de

Termin:

20. Internationales Kurdisches Kulturfestival
Freiheit für Abdullah Öcalan - Freiden in Kurdistan
Beginn: 12.00 Uhr
MAG-Maimarktgelände, Xaver-Fuhr-Str. 101, Mannheim

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

→Türkei und USA beraten über PKK

errichten. Sollte die Zahl der syrischen Flüchtlinge in die Türkei die 100 000 überschreiten, wären nämlich die Aufnahmekapazitäten der Türkei erschöpft, so Außenminister Davutoğlu.
Auf die militärischen Interventionsdrohungen aus Ankara reagierte die kurdische Seite mit klaren Worten: „Wenn die Türkei auf irgendeine Art und Weise in Westkurdistan, also in Syrisch-Kurdistan, eingreift, dann wird damit der Geduldsfaden des kurdischen Volkes reißen. […] wenn dieser Staat [die Türkei] die Grenzen überschreitet und das Volk in Westkurdistan angreift, dann wird dies das kurdische Volk nicht nur in Westkurdistan, sondern in allen Teilen Kurdistans zum Krieg gegen den türkischen Staat veranlassen“, so der KCK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayılan in einem Interview gegenüber der Nachrichtenagentur Firat vom 2. August 2012. *(ANF, 23.8., ISKU)*

Nr. 583
31. August 2012

Nûçe


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

HPG-Kräfte kontrollieren seit über einem Monat Şemzînan

Die „revolutionäre Operation"' der Volksverteidigungskräfte HPG in der Region Şemzînan (Şemdinli) hält mittlerweile einen Monat an. Seit dem 23. Juli kontrolliert die Guerilla weite Gebiete des Bezirkes, während sich das türkische Militär zum Teil aus diesen Gebieten zurückgezogen hat, die HPG-Kräfte aber aus der Luft angreift. Seit dem 4. August hat die HPG ihre Kontrolle zudem auf Çele (Çukurca) und seit dem 16. August auf einige Gebiete von Colemêrg (Hakkari) ausgeweitet. Den Strategiewechsel von sogenannten Hit-and-Run-Aktionen der Guerilla hin zur Einnahme und Verteidigung strategischer Orte begreift die HPG als Teil der Umsetzung des „Revolutionären Volkskriegs" in Kurdistan. Erstmals in ihrer Geschichte üben die Guerillkräfte über solch einen langen Zeitraum die Kontrolle über Gebiete dieser Größenordnung aus.

Militär zieht sich zurück – Grenzen ohne Bedeutung

Nachdem das türkische Militär ihre Hoheit über die genannten Gebiete verloren hat, wurden am 9. August die Militärkontrollpunkte zwischen Şemzînan und Gever (Yüksekova) aufgegeben. Am 11. August wurden auch zahlreiche Kontrollpunkte der Dorfschützer auf der Landstraße zwischen Colemêrg und Çele leer zurückgelassen. Gegenwärtig führen die Guerillakräfte in diesem Gebiet regelmäßig Straßenkontrollen durch. In vielen anderen Militärkasernen in dem Gebiet können die Soldaten kein Fuß vor die Tür setzen, weil diese unter permanenter Kontrolle der Guerillakräfte stehen.

Der HPG-Kommandant Dr. Bahoz Erdal erklärte zu der aktuellen Offensive der Guerilla, dass hierdurch die staatlichen Grenzen durch Kurdistan ihre Bedeutung völlig verloren hätten. In den vergangenen Jahren drohte die türkische Politik nach großen Aktionen der HPG stets mit grenzüberschreitenden Operationen in die Kandilberge nach Südkurdistan. „Aber mittlerweile befindet sich die Guerilla rund um Şemzînan, das sich 35 km innerhalb der türkischen Staatsgrenzen befindet. Somit sind die Diskussionen von ´vor der Grenze´ und ´hinter der Grenze´ Geschichte", so der KCK-Vorsitzende Murat Karayilan.

Eine Delegation aus Vertretern der BDP, des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK und weiterer politischer Parteien, die nach Şemzînan reiste, um sich ein Bild von der Lage zu verschaffen, wurde dort von einer Straßenkontrolle der Guerillakräfte überrascht. Anschließend erklärten die TeilnehmerInnen der Delegation, dass sie in Şemzînan auf keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte getroffen seien.

Aufbau von kommunalen Selbstverwaltungen

Duran Kalkan, KCK-Exekutivratsmitglied, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF), dass es in dieser Phase nicht allein um gesteigerte Aktivität der Guerillakräfte gehe, sondern es zugleich auch um die Umsetzung der Demokratischen Autonomie gehe. Die Zielsetzung ist, dass jedes Dorf, jeder Stadtteil und jede Stadt ihre kommunale Selbstverwaltung aufbaut. Kalkan beschreibt die Zielsetzung der Bewegung wie folgt: „Wir befinden uns in einer Lösungsphase. Aber hierbei handelt es sich nicht mehr um die Phase einer politischen Lösung, sondern um die Phase einer militärischen Lösung. ... Denn wir sind mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, dass es zu keiner politischen Lösung der kurdischen Frage kommen wird, solange die AKP an der Macht ist. Daher haben wir einen Strategiewechsel eingeschlagen und unseren Widerstand erhöht, um damit der AKP-Politik eine Niederlage zuzufügen. [...] Wir werden die Lösung nun auf der Grundlage des Revolutionären Volkskrieges umsetzen. Und wir sind überzeugt, dass wir das in der Form umsetzen können. Vom Revolutionären Volkskrieg, vom Guerillawiderstand zum Volksaufstand und vom Volksaufstand zum Aufbau der demokratischen Selbstverwaltung, das ist unser Weg."

(ANF 24.8., ISKU)

Der Staat muss die Waffen sofort niederlegen!

Der Journalist Ferda Çetin geht in seinem Artikel in der Zeitung „Yeni Özgür Politika" auf den zwischen dem türkischen Staat und der PKK-Guerilla stattfindenden Krieg, auf die türkische „Sicherheitspolitik", mit der er den KurdInnen ihre Rechte entreißt, auf den Staatsterror in Kurdistan, auf die Sicht der KurdInnen zum Staat und auf die Diskussionen in Bezug auf eine Waffenniederlegung ein.

Es wird gefragt: „Kann ein Staat die Waffen niederlegen?" Wenn der Staat für die Gesellschaft die Position des Allmächtigen, des Herrschers darstellt, alle seine Aktionen Immunität genießen, sie heilig, unantastbar, weisend und barbarisch sind und seine Waffen für die eigenen Bürger eine ernsthafte Gefahr darstellen, dann müssen ihm diese Waffen so schnell wie möglich entrissen werden. Ein solcher Staat muss die Waffen so schnell wie möglich niederlegen...

Der Staat ist in allen Zeiten und in allen geographischen Lagen ein Apparat, der nicht die Gesellschaft, sondern die Vorteile der Herrschenden, der Machthaber schützt ... In der Türkei ist dies noch mehr der Fall. Der AKP-Staat ist ein brutaler, despotischer Staat, dem die Waffen genommen werden müssen. Die Darstellung als „Der Staat ist das Volk, wir sind eins, wir sind der Staat" ist ein abgedroschenes Märchen, mit dem Kinder eingelullt werden ... Ist die Rede aber vom türkischen Staat, ist das Märchen kein Märchen mehr, sondern eingefleischte Realität.

Ein Staat kann niemandem gehören.

Staat und Gesellschaft sind nicht zwei Kategorien, die einträchtig miteinander funktionieren.

→

Meldungen:

KurdInnen versammeln sich am Weltfriedenstag vor dem Europarat

Mit der Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan versammeln sich zum Weltfriedenstag am 1. September die Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa zu einer Kundgebung vor dem Europarat in Straßburg.

In einem Aufruf zur Teilnahme an der Kundgebung durch die Initiative „Freiheit für Öcalan" heißt es: „Wir als Initiative haben mehrfach erklärt, dass wir die Isolationspolitik gegenüber unserem Vorsitzenden Apo in keinster Weise akzeptieren und bereit sind, alles notwendige für seine Freiheit zu unternehmen. In diesem Sinne haben wir den langen Marsch von Genf nach Straßburg und anschließend einen 52-tägigen Hungersteik vor dem Europarat unternommen. Mit diesen Aktionen haben wir sowohl unseren Protest gegen die türkische Politik kundgetan, als auch unsere Forderung nach der Freiheit Öcalans unterstrichen.

[…] Nun möchten wir unsere Bevölkerung zur Teilnahme an der Kundgebung am 1. September vor dem Europarat aufrufen."

Seit dem 25. Juni halten Kurdinnen und Kurden zudem vor dem Europarat in Straßburg eine ständige Mahnwache, bei der sich im wöchentlichen Turnus die TeilnehmerInnen abwechseln. *(ANF, 28.8., ISKU)*

Aufstand im Gefängnis von Colemêrg

Im Gefängnis von Colemêrg (Hakkari) ist es in den Zellen der politischen Inhaftierten zu einem Aufstand gekommen. Die Inhaftierten haben zur Mittagsstunde begonnen, politische Parolen zu rufen und ihre Betten in Brand zu setzen.

Seit dem Bekanntwerden des Aufstands versammeln sich besorgte Familienangehörige der Inhaftierten vor dem Gefängnis. Der BDP-Abgeordnete Adil Kurt gab bekannt, dass er im Gefängnis mit den Inhaftierten sprechen will.

(ANF, 28.8., ISKU)

Insgesamt 34 Jahre Haft für zwei Opfer des Pozanti-Skandals

Gegen die zwei minderjährigen Angeklagten Ahmet B. und Hasan Ş. fällte das Kinder- und Jugendgericht von Mersin eine Haftstrafe von 24 bzw. 10 Jahren. Die beiden Minderjährigen wurden vom Gericht wegen des Verwurfs der „Mitgliedschaft in einer (terroristischen) Organisa-

Menschenrechtsaktivist in Berlin wegen Propaganda verurteilt

Wegen seiner Rede zum kurdischen Newroz-Fest wurde am Montag ein Menschenrechtsaktivist von der Staatsschutzkammer des Berliner Landgerichts zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht sah in dem Redebeitrag, den Michael Knapp vom Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin am 20. März auf dem Neuköllner Hermannplatz gehalten hatte, Propaganda für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Knapp hatte vor mehreren hundert Mitgliedern kurdischer und sozialistischer Vereinigungen vom Verlauf des zentralen Newroz-Festes in der kurdischen Metropole Diyarbakir berichtet. Dort hatten trotz eines Verbots durch den türkischen Staat bis zu eine Million Menschen ihr Neujahrs- und Widerstandsfest gefeiert. Knapp schilderte, wie die Menschen trotz massiver Polizeiübergriffe ihr Demonstrationsrecht durchgesetzt hatten und dabei massenhaft die Parole skandierten: »Die PKK ist das Volk und das Volk ist hier.« Das Zitieren dieser durch Fernsehaufnahmen belegten und vom Gericht auch gar nicht angezweifelten Parole in Knapps Redebeitrag wurde in der Anklageschrift als Verstoß gegen das seit 1993 in Deutschland geltende PKK-Verbot ausgelegt.
Wenig zur Sache beitragen konnte der von der Staatsanwaltschaft als Zeuge geladene Leiter der Berliner Versammlungsbehörde, Joachim Haß. Zwar stelle für ihn jede dieser kurdischen Demonstrationen vom Hermannplatz zum Kottbusser Tor eine einzige Straftat da, erklärte der Beamte des Landeskriminalamtes sinngemäß. Den Reden würde er dabei aber gar nicht mehr zuhören, da er davon nur Kopfschmerzen bekäme.
Knapp warf den deutschen Behörden in seiner politischen Erklärung »Zensur« und »Einschüchterung« vor. Die Darstellung der realen Verhältnisse in den kurdischen Gebieten, wo Millionen Menschen die von Deutschland und der Türkei als »isolierte Terrorgruppe« verfolgte PKK unterstützen, sei offenkundig unerwünscht.
Der Staatsanwalt unterstellte Knapp in seinem Schlußplädoyer Sympathien für eine Terrororganisation und forderte eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu 30 Euro. Das Berliner Landgericht fungiere nicht als »verlängerter Arm des türkischen Folterstaates«, wies die Richterin, der nach eigenen Aussagen das PKK-Verbot »in Fleisch und Blut übergegangen« ist, Vorwürfe des Angeklagten zurück. Nicht in der Strafhöhe aber in der Sache folgte sie dennoch der Staatsanwaltschaft und verurteilte Knapp zu 45 Tagessätzen zu 15 Euro. Seine Verteidigerin Antonia von der Behrens will gegen das Urteil in Revision gehen.

(jW, 29.8., ISKU)

→ Der Staat muss die Waffen sofort niederlegen!

Der Staat ist ein Despot, um die Gesellschaft zu überwachen, unter Kontrolle zu halten und Ausbeutung und Plünderung mit Gewalt durchzuführen. Je stärker und einflussreicher der Staat ist, umso schwächer, willenloser, ohne Initiative und bedauernswerter ist die Gesellschaft. Staat und Gesellschaft können sich nicht parallel nebeneinander entwickeln.
Je stärker der Staat wird, desto schwächer werden der/die Einzelne und die Gesellschaft.
In einem Land, indem Staat und Machthaber alles sind, ist die Gesellschaft nichts.
Es ist eine Heuchelei „Wir sind alle eins, zwischen uns gibt es keine Unterschiede“ zu sagen, aber dann jede mögliche Diskriminierung, Separatismus und Rassismus durchzuführen.
Es ist niederträchtig, diejenigen zu loben, die Häuser von Aleviten anzünden und die Gebäude der BDP mit Steinen bewerfen.
Der Staat ist eine unmenschliche Macht, die gegen kritische, streikende ArbeiterInnen, gegen StudentInnen, die ein kostenloses Studium fordern, gegen Angehörige von Verschwundenen, gegen DorfbewohnerInnen, die gegen Staudämme protestieren, Gasgeschosse, Schlagstöcke, scharfe Munition, Knüppel einsetzt.
Der Staat ist ein Apparat, der dutzende Inhaftierte foltert, der Verbrecher, die dutzendfach vergewaltigen mit Liebe umgarnt und belohnt.
Diejenigen, die im Gefängnis von Pozantı kurdische Kinder vergewaltigt haben, waren Leiter, Wächter und Soldaten.
Der Staat ist die Gemeinschaft der Skrupellosen, der die Kinder der Armen und Werktätigen in den Krieg zerrt, aber für seine eigenen Kinder jedoch die Untauglichkeit bescheinigt. Der Staat ist die Fahne, die auf die kärglichen Särge der Toten gelegt wird und in den verzweifelten, trauernden Armenviertel aufgehängt wird.
In den dreißig Jahren des Krieges mit vierzigtausend Toten ist die Regierung, der der Kriegssektor gehört, die einzige, die keine Opfer gebracht hat.
Der Staat schichtet wie ein Pharao kurdische Abgeordnete, BürgermeisterInnen, Parlamentsmitglieder und zehntausend kurdische PatriotInnen in den Gefängnissen übereinander.
Die Polizeidirektion und das Innenministerium zeigen „Wohlwollen“für einen brutalen Mörder, der die Verantwortung für tausende Morde und die Folter an zehntausende Menschen in seiner [Amts]Zeit hat, und bewilligt in Yenipazar ein besonderes Gefängnis.
Der Staat ist der Geldgierige, der als normaler Bürger ein Beamter war und in den 10 Jahren an der Macht zum 13.-reichsten Politiker in der Welt aufgestiegen ist.
Er ist der Gewissenlose, der trotz des Besitzes von Häusern in jeder Stadt und Dutzenden von Strandvillen den Armen ihre Barackenhäuser niederreißen lässt.
Der Staat ist der Lügner, der die Gesellschaft nicht die Wahrheit sehen lassen will und darum die JournalistInnen, die wahre Nachrichten bringen, die wahre Fotos machen, die im Namen der Gesellschaft kritisieren, des Vaterlandsverrats beschuldigt.
Er ist der Würdelose, der nach der Ermordung von 34 Bürgern schamlos sagt: „Ich habe es getan, ich bezahle für jeden einzelnen und dann vergesst es wieder.“
Von Zeit zu Zeit gibt es in den Zeitungen immer noch folgende ähnliche Nachrichten: „Im Dorf X ist XY bei der Fütterung von seinem Ochsen angegriffen worden. Der Besitzer des Ochsen ist den Verletzungen durch die Hörner des Ochsen erlegen.“
Der türkische Staat ist genau so, er ist der Ochse, der seinen Besitzer mit den Hörnern tötet.
Er lässt sich nicht vor den Pflug und nicht vor einen Wagen anbinden, frisst ständig, wird dick und bedroht seinen Besitzer mit den Hörnern ... Da fragt man sich, ob der Staat die Waffen niederlegt?
Ja, er legt sie nieder. Solch ein Staat muss die Waffen sofort niederlegen.
Ein Staat, der ein Lump, ein Despot, ein Lügner, ein Heuchler, ein Gauner, Rechtsverdreher, ein Dieb und ein Gewissenloser ist, wenn nicht solch ein Staat, wer sonst sollte die Waffen niederlegen?

(YÖP, 27.8., ISKU)

tion“ und der „Propaganda für eine (terroristische) Organisation“ verurteilt.
Die beiden Verurteilten saßen bereits zuvor in dem mittlerweile geschlossenen Skandalgefängnis von Pozanti. In der Jugendvollzugsanstalt Pozanti bei Adana wurden minderjährige kurdische Inhaftierte systematisch von älteren Mithäftlingen vergewaltigt und von den Wärtern gefoltert.
Mit diesem Gerichtsurteil sitzen nun mittlerweile insgesamt 15 ehemalige Opfer von Pozanti wieder im Gefängnis.

(ANF, 29.8., ISKU)

München: Polizeirazzia bei kurdischer Aktivistin

In den frühen Morgenstunden des 29. August 2012 durchsuchten Polizisten in München die Wohnung der Vorsitzenden des kurdischen Kulturvereins von München Songül A. Bei der Durchsuchung wurden das Handy und einige Dokumente von Frau A. durch die Polizei beschlagnahmt.
Die Hausdurchsuchung hängt nach Angaben der Polizei mit einer Veranstaltung des Vereins, die im Jahr 2011 stattgefunden haben soll, zusammen. Allerdings wurde nicht erklärt, worin der genaue Vorwurf gegen Frau A. besteht. *(ANF, 29.8., ISKU)*

Dêrsim: Angriff auf Militärstationen

In Dêrsim haben am Abend des 28. August die Volksverteidigungskräfte HPG einen koordinierten Angriff auf die „Ciceklі-Militärstation und die „Yüceldi-Militärstation“ durchgeführt.
Laut ersten Informationen führte der Angriff auf den „Ciceklі-Militärposten“ zu einem Gefecht zwischen der türkischen Armee und der Guerilla. Daraufhin bombardieren türkische Militäreinheiten von Helikoptern aus die Umgebung und setzten die anliegenden Waldflächen in Brand. Die HPG Guerilla setzte für beide Offensivaktionen schwere Waffen ein.
Über Tote oder Verletzte liegen noch keine Erkenntnisse vor.

(ANF, 28.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 584
7. September 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Revolution in Westkurdistan

Interview mit dem Mitglied des kurdischen Hohen Rates Ilham Ahmet. Das Interview wurde von der JINHA Journalistin Hazal Peker geführt.

Die Entwicklungen in Syrien sind weltweit weit oben auf der politischen Agenda. Wieso gibt es auf der ganzen Welt solch ein Interesse daran, ob es Syrien zu einem Regimewechsel kommt oder nicht?

Syrien hat eine historische Bedeutung. Und die Entwicklungen in Syrien werden eine Reihe von Veränderungen, die über Syrien hinaus gehen, mit sich bringen. Insbesondere für die Staaten, die eine Vormachtstellung in der Region spielen, hat es deshalb eine besondere Rolle, in welche Richtung sich Syrien entwickelt. Man darf nicht vergessen, dass das internationale Kapital und die äußeren Mächte bereits mit dem Irak-Krieg begonnen haben, ihre Projekte für den Nahen und Mittleren Osten umzusetzen. Nach dem Irak mussten dann auch andere Staaten dran glauben.
Syrien spielt nun hierbei eine Schlüsselrolle, denn die Auswirkungen eines Regimewechsels in diesem Land werden weitaus größer sein, als beispielsweise in Ägypten oder Libyen. Und deswegen hat jede Macht seine eigenen Kalkulationen hinsichtlich Syriens. Wir reden hier also nicht bloß von einem Aufstand des Volkes oder einem Bürgerkrieg, denn auch die äußeren Mächte spielen eine gewichtige Rolle in diesem Konflikt. Dieser Krieg verläuft so blutig, weil es eben auch eine russische Front oder eine europäische Front gibt. Jede dieser Mächte versucht in Syrien ein System nach ihren Vorstellungen zu installieren. Und jede dieser Mächte hat selbstverständlich auch große Angst, ihren Einfluss in Syrien zu verlieren. Denn sollte das geschehen, wäre das praktisch gleichbedeutend damit, dass diese Mächte auch in der gesamten Region nichts zu sagen hätten und dadurch kein Stück des Kuchens im Mittleren Osten mehr erhalten würden. Durch diesen Wirrwarr an Machtinteressen in Syrien herrscht allerdings auch eine ernsthafte Gefahr vor, dass das Land dreigeteilt werden könnte. Dann würde es vermutlich zu einem alawitisch-arabischen, einem sunnitisch-arabischen und zu einem gemeinsamen kurdischen und christlichen Teilstaat in Syrien kommen. Diese These wird von vielen Kreisen angesichts der Eskalation der Situation als nicht unrealistisch angesehen.

→

35./36. Woche: Rückblick auf Guerillaoperationen und -aktionen

Die letzten zehn Tage stellen eine Fortsetzung der begonnenen „Revolutionären Operation" der Guerilla dar, die beinhaltet, Stellungen auf türkischem Staatsgebiet zu erobern und zu halten. In der Provinz Colemêrg (Hakkari) kontrolliert die Guerilla einen Streifen von etwa 400 km an der Grenze zum iranischen und irakischen Staat. Die Grenzen, welche die kurdischen Regionen trennen sind insofern aufgehoben. Das türkische Militär unternimmt immer wieder erfolglose Versuche die Kontrolle über diese Regionen zurückzuerlangen. Diese Informationen erreichen nun auch immer mehr die türkische Öffentlichkeit. Am 20.08.12 kam es zu einem verheerenden Bombenanschlag in der kurdischen Stadt Dilok (Antep), dabei starben mindestens 9 ZivilistInnen, darunter auch Kleinkinder. Für den türkischen Staat waren die Schuldigen schnell klar – die PKK – diese dementierte etwas mit dem Angriff zu tun zu haben, wertete ihn als Verbrechen, das auch von ihren Kräften verfolgt würde. Die Guerilla erklärte zu dem Angriff, dass die Handschrift nach der des türkischen Geheimdienstes aussähe, um den Fokus von den starken Verlusten in den kurdischen Regionen abzulenken und um die Freiheitsbewegung öffentlich zu diskreditieren, die immer wieder betont ZivilistInnen nicht anzugreifen und große Mühe darauf verwendet Verletzte in der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Die kurdische Bevölkerung lässt sich von einer solchen Verleugnungspolitik nicht hinhalten, zu frisch sind die Erinnerungen an staatliche und parastaatliche Massaker, die der PKK untergeschoben werden sollten. (...)

Situation in den Gebieten unter Guerillakontrolle

Während das Massaker von Dilok die Schlagzeilen dominierte, baute die Guerilla ihre Kontrolle in Colemêrg weiter auf, über Şemzînan wehen auf den Bergen Flaggen der PKK. Die türkische Presse feiert es mittlerweile als Sieg, dass Artillerie und Kobra-Kampfhubschrauber es durch schwere Bombardierung schaffen, eine solche Fahne zu zerstören. Diese Gesten wirken mehr als verzweifelt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Guerilla am 02.09.12 in der Provinz Şirnex, Elkê (Beytüşşebap) ein großes Gebiet eroberte, in die Stadt vordrang, dort die Wohnung des Gouverneurs durchsuchte und viele Aktionen durchführte ...
In der Nacht zum 03.09.12 begann auch in der Provinz Şirnex die revolutionäre Operation der Guerilla. Die Guerilla griff zeitgleich alle Militär- und Jandarmaposten und staatliche Gebäude, wie auch die Armeestellungen auf den Gipfeln der Umgebung an und drang bis in die Kleinstadt Elkê vor. Die strategisch wichtige Brücke, welche die Stadt mit der Provinzhauptstadt Şirnex verbindet wurde in die Luft gesprengt und Guerillaeinheiten übernahmen die Kontrolle über alle Zufahrtsstraßen ...
Alle Soldaten flohen aus der schwer militarisierten Kleinstadt zunächst in ihre Basen. Während des Kampfes stand somit der ganze Landkreis unter Guerillakontrolle ...
Weiterhin eroberten die Guerillas mehrere strategisch wichtige Gipfel und bauten dort ihre Stellungen auf. ...
Auch in der Provinz Colemêrg dauert die Kontrolle über große Teile der Region an. Hier kommt es täglich mehrfach zu langandauernden Checkpoints der Guerilla, täglichen Aktionen und schweren Gefechten. Konkret steht in der Provinz Colemêrg das Gebiet östlich, westlich und südlich von Şemzînan unter der Kontrolle der Guerilla. Außerdem ist die Grenzregion, insbesondere die wichtige Verbindung in den Iran zwischen Colemêrg, Gever, Esendere unter ihrer Kontrolle. Die Guerilla operiert hier nicht mehr nur auf den Bergen, sondern auf den

→

Meldungen:

406 Tage: PKK-Vorsitzender Abdullah Öcalan weiter in absoluter Isolation

Den Rechtsanwälten Öcalans wurde erneut der Besuchsantrag für ihren Mandanten Abdullah Öcalan abgelehnt. Auch nach mehr als einem Jahr ist es nicht möglich, den AnwältInnen ein funktionsfähiges Schiff für die Überfahrt auf die Gefängnisinsel Imrali zur Verfügung zu stellen. Seit dem 27. Juli 2011 wird den AnwältInnen von Abdullah Öcalan mit vorgeschobenen Begründungen, wie das Schiff ist kaputt, das Schiff wird repariert und das Wetter zu schlecht die ihnen rechtlich zustehenden Gespräche mit ihrem Mandanten abgelehnt. *ANF, 5.9., ISKU*

Neuigkeiten von der Baustelle in Ilisu, leider keine Guten

Der Tigris wurde Ende vergangener Woche im Bereich der Baustelle umgeleitet und fließt nun durch drei Tunnel. Für den türkischen Umweltminister Veysel Eroglu ist Ilisu ein wichtiges strategisches und wirtschaftliches Projekt.
Mit einer pompösen Zeremonie wurde Ende vergangener Woche ein neuer Bauabschnitt in Ilisu gefeiert: der Tigris wurde in Ilisu aus seinem Flussbett abgeleitet und fließt nun für die nächsten Jahre durch drei große Tunnel. Im trockenen Flussbett sollen jetzt die Arbeiten am eigentlichen Damm beginnen.
Minister Eroglu nannte Sommer 2014 als Termin für die Fertigstellung des Projektes. Anschließend dauert es nochmal ein Jahr, bis der Stausee gefüllt ist.
Umweltminister Veysel Eroglu nannte den Ilisustaudamm ein „...wichtiges strategisches und wirtschaftliches Projekt." Ob er das „strategisch" eher im Hinblick auf nationale Auseinandersetzung mit den Kurden oder im Hinblick auf die internationalen Folgen v. a. für den Irak meinte oder beides, blieb unklar. Geht Ilisu in Betrieb, hängt der Irak mehr denn je am Tropf der türkischen Wasserpolitik. Etwa 6 Millionen Menschen leben im Irak am und vom Tigris (Bewässerung, Fischfang...). Es würde wohl auch das Ende eines der kulturhistorisch und ökologisch wichtigsten Gebiete der Erde bedeuten, der Mesopotamischen Sümpfe im Süden des Irak, weil Ilisu das Wasser zurückhalten würde. *Gegenströmung, 4.9.*

→Rückblick auf Guerillaoperationen und -aktionen

Ebenen, bis hinein in die Städte. Viele Verbindungs- und Hauptstraßen in der Provinz Colemêrg werden von der Guerilla ebenfalls kontrolliert. Die Operation dauert an und weitet sich immer weiter in Richtung Provinzhauptstadt Hakkari aus. ...

Militär in vielen Regionen Colemêrgs umzingelt
Das Militär kann mit Bodentruppen nicht in die Region vordringen und auch die Versorgung der eingeschlossenen Militärstützpunkte aus der Luft wird aufgrund der Luftabwehrstellungen der Guerilla immer schwieriger. Auch in der letzten Woche fielen bei den Gefechten in der Region dutzende Soldaten. Als das Militär von der Guerilla aufgestellte Fahnen auf den Bergen mit Hubschrauberbombardement zerstören wollte, griff die Guerilla die Hubschrauber mit schweren Waffen und Raketen an. Viele Gebiete, die zur militärischen Sicherheitszone erklärt worden waren, können vom Militär ebenfalls nicht betreten werden. Anfangs konnten diese Verbote durchgesetzt werden, nun erkennt dieses niemand mehr an. Die Bevölkerung kann sich nun zum ersten Mal frei in der Region bewegen, ohne von Militärs bedroht und schikaniert zu werden.

Fazit – Revolutionäre Operationen weiten sich aus
Die „Revolutionären Operationen" sind selbst in der türkischen Presse schwerer zu verschweigen. Die Guerilla geht taktisch, Schritt für Schritt, vor und erobert die Kontrolle über immer weitere Gebiete. Die Unterstützung aus der Bevölkerung, welche die andauernde Kriegspolitik des türkischen Staates satt hat, ist ungebrochen. Das ist auch in den letzten Tagen wieder an der massenhaften Teilnahme an Guerillabeerdigungen, den Protesten gegen das Militär in Elkê und an vielen anderen Orten zu sehen und nicht zuletzt auch an den vielen zehntausend Menschen, die am 1. September in kurdischen Städten für eine friedliche Lösung und die Freiheit von Abdullah Öcalan demonstriert haben. Das Bedürfnis nach Frieden spiegelt sich klar in der Unterstützung der Guerilla wieder, denn sie ist aktivste Kraft, die sich nun auch durch ihre revolutionären Operationen gegen die neokoloniale Kriegspolitik des türkischen Staates und der Erdoğan-Regierung stellt ...
Der ungekürzte Bericht ist auf der Internetseite http://isku.org zu finden.

→Die Revolution in Westkurdistan

Welche Auswirkungen hat dieser Krieg auf die verschiedenen Minderheiten im Land?
Zwischen den verschiedenen Volksgruppen in Syrien herrscht zum größten Teil eigentlich ein harmonisches Verhältnis. Es kommt eigentlich zu keinen Kämpfen zwischen den verschiedenen Gruppen. Hinzu kommt, dass der ehemalige syrische Präsident Hafiz al-Assad eine sehr geschickte Politik verfolgte. Er gewährte den Volksgruppen gewisse Rechte und versuchte dadurch den Menschen das Gefühl zu geben, sie seien frei. So durften die Kurden zu Hause und auf der Straße ihre Sprache sprechen und in ihrer traditionellen Kleidung auf die Straße gehen. Mit dieser Politik unterband Assad, dass die verschiedenen Volksgruppen weitere Forderungen an das Regime stellten. Gleichzeitig verfolgte das Regime aber auch eine Assimilationspolitik gegenüber den KurdInnen. Vielen Menschen wurde die syrische Staatsbürgerschaft aberkannt und sie verloren dadurch ihre elementaren Grundrechte. Zusätzlich wurden im Rahmen der Politik des „Arabischen Gürtels" systematisch AraberInnen in den kurdischen Gebieten angesiedelt und KurdInnen enteignet und deportiert.
Abgesehen von der Staatspolitik war und ist das Verhältnis zwischen den Völkern allerdings friedlich. Als Beispiel kann ich das Zusammenleben der Kurden, Assyrer, Armenier und Araber in Derîk oder Qamislo anführen. Das Zusammenleben ist so sehr ineinander gewachsen, dass man diese Gruppen nicht mehr trennen kann. Jede Gruppe spricht ihre eigene Sprache und lebt ihre eigene Kultur. Zugleich hat sich die kurdische Sprache, weil die KurdInnen in der Mehrheit sind, auf natürlichem Weg zur gemeinsamen Sprache entwickelt. Und das stört die anderen Gruppen nicht, denn die KurdInnen haben ihre Sprache und Kultur nicht den andere zwanghaft aufgedrängt.

Der kurdischen Bevölkerung ist es in den Gebieten, in denen sie leben, gelungen, die Kontrolle ohne Blutvergießen an sich zu nehmen. Sie erklärten, dass sie sich selbst verwalten wollen. Welche politischen Schlussfolgerungen kann man aus der Situation der KurdInnen in Syrien ziehen?
Wir können deutlich sagen, dass die KurdInnen die dritte oppositionelle Kraft, nach den äußeren Mächten wie Europa und islamischen Opposition im Inland, sind. Und während das System und die übrige Opposition einen blutigen Kurs fahren, setzen die KurdInnen auf einen friedlichen Widerstand. Wir halten das für den sinnvolleren Weg. Es ging uns nicht darum, sofort die Waffen in die Hand zu nehmen und sie gegen das Regime zu richten. Wir wollen unser Ziel eines demokratischen Syrien mit friedlichen Mitteln umsetzen. Wegen diesem Kurs wurden uns von vielen Seiten Vorwürfe gemacht. „Warum kämpft ihr nicht? Ihr leistet gar keinen Widerstand", hieß es von verschiedenen Kreisen. Aber wir haben versucht zu erklären, dass wir unseren Kurs für den richtigeren Weg erachten. Der Nahe und Mittlere Osten ist für sein Blutvergießen bekannt. Wir wollen als KurdInnen beweisen, dass es auch anders gehen kann, dass mensch auch mit friedlichen Mitteln für seine Rechte einstehen kann. Und die Tatsache, dass wir mit dieser Politik bisher recht erfolgreich waren, bringt die restliche Opposition zum Grübeln. Auch der Staat und die äußeren Mächte sind regelrecht schockiert über die Ergebnisse unserer Politik.
Lange Zeit hat sich der syrische Staat mit Gewalt gegen unsere Politik gewehrt. Sie dachten, dass das kurdische Volk Syrien spalten will. Und sie haben Dutzende unserer Freundinnen und Freunde inhaftiert, gefoltert und ermordet. Und dabei haben die KurdInnen stets nicht mehr verlangt, als ihre grundlegenden Rechte. Aber der Staat hat auf seiner Verleumdungs- und Vernichtungspolitik beharrt. Jetzt mischt sich das Regime nicht sonderlich in die Entwicklungen in Westkurdistan ein. Sie lassen mehr oder weniger die KurdInnen gewähren. Das Regime denkt sich das Ganze wie folgt: „Wir lösen zunächst das Problem unter den Arabern, und danach werden wir uns schon um die KurdInnen kümmern." Das ist ihre gegenwärtige Herangehensweise. Aber sie lassen außer Acht, dass sich einiges geändert hat. Wir schreiben das Jahr 2012 und die Umstände haben sich ein wenig verändert. Sie können nicht mehr so leicht wie früher in unsere Städte hineinspazieren und tun und lassen, was sie wollen. Wir sagen, dass sowohl das Regime als auch die Opposition falsch an die Sache herangehen. Beiden Seiten geht es nur darum sich an der Macht zu halten bzw. die Macht an sich zu reißen. Die KurdInnen agieren da schlauer und bauen gegenwärtig ihre kommunalen Verwaltungsstrukturen in ihren Ortschaften auf.

Im nächsten Teil erklärt Ilham Ahmet, was die Ziele die KurdInnen in Westkurdistan und Syrien sind. Alle Veröffentlichungen zur Revolution in Westkurdistan sind unter civakaazad.com zu finden.

20. Internationales Kurdisches Kulturfestival
Die in Europa lebenden Kurden, feiern am 8. September 2012 in Deutschland in der Stadt Mannheim das traditionelle internationale kurdische Kulturfestival, welches sich zum 20-mal jährt.
Unter dem Motto *„Freiheit für Abdullah Öcalan, Status für Kurdistan"* wird das diesjährige Festival stattfinden. Klar und deutlich steht dieses Motto und ist auch gleichzeitig unsere unabdingbare Forderung.
Seit vielen Jahren leisten die Kurden für ihre Freiheit, ihre Selbstbestimmung und für den Frieden einen großen Beitrag. Der Widerstand gegen Verleumdung und Vernichtung haltet weiterhin an und zeigt seine Erfolge u. a. in Westkurdistan (Syrien). Genau wie in Nord-, Ost- und Südkurdistan ist der Weg zum Frieden und Selbstverwaltung für die Kurden nie zu weit gewesen. (...)
Neben den verschiedenen Vertretern der kurdischen und vielen befreundeten Organisationen aus Europa wird der Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie BDP (Nordkurdistan/Türkei), Herr Selahattin Demirtas sowie der Vorsitzende der Partei der demokratischen Einheit PYD (Westkurdistan/ Syrien) Salih Müslüm Muhammed anwesend sein. (...)
Wir laden alle Kurdinnen und Kurden aus Europa sowie Bekannte und Freunde ein, mit uns am 08. September 2012 gemeinsam zu feiern. Der Weg für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit war, ist und bleibt international.
20 Jahre Internationales Kurdisches Kulturfestival = 20 Jahre unbeirrbare Forderung nach Frieden und Freiheit
Lasst uns gemeinsam unsere Stimme für die Menschlichkeit erheben!
In diesem Sinne: „Freiheit für Abdullah Öcalan, Status für Kurdistan"
Im Namen des Festivalkomitees YEK-KOM e.V.
Veranstaltungsort: Mannheimer Maimarktgelände, Xavier-Fuhr-Straße 101, 68163 MANNHEIM

Quellen:
ANF Firat Nachrichtenagentur

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 585
14. September 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zehntausende fordern in Mannheim „Freiheit für Öcalan – einen Status für Kurdistan"

20. Kurdisches Kulturfestival

Am Samstag fand das 20. Kurdische Kulturfestival in Mannheim statt. Unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – einen Status für Kurdistan" versammelten sich nach Angaben des Veranstalters bis zu 100.000 KurdInnen und solidarische Menschen aus ganz Europa auf dem Festivalgelände. Auf dem ganzen Gelände waren zahlreiche Fahnen der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu sehen. Das zentrale Transparent auf der Bühne forderte Freiheit für deren seit 13 Jahren auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı gefangenen Vorsitzenden Abdullah Öcalan und einen „völkerrechtlichen Status" für das kurdische Volk. Der Vorsitzende der BDP, Selahattin Demirtas, sowie der per Videoübertragung aus Südkurdistan/Nordirak live zugeschaltete Vorsitzende des KCK-Exekutivkomitees Murat Karayılan berichteten vom Kampf der kurdischen Bevölkerung für „demokratische Autonomie". Die FestivalteilnehmerInnen feierten außerdem das Fortschreiten der Revolution in Westkurdistan, also die Machtübernahme durch Volksräte in mehreren kurdischen Städten Syriens. Zudem gab es zahlreiche Stände verschiedener kurdischer und solidarischer Gruppen und Organisationen mit politischen Infomaterialien, sowie mit Essen und Trinken.

Am Rande des Festivals kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen mehreren hundert Jugendlichen und der Polizei, die zum Teil sogar auf dem Festivalgelände die Leute kontrollierte und Anzeigen wegen des Tragens verbotener Fahnen verteilte. Dabei wurden nach Angaben von YEK-KOM etwa 100 FestivalteilnehmerInnen durch Schlagstöcke und Reizgas der Polizei verletzt. Nach Angaben der Polizei wurden außerdem 80 Polizeikräfte verletzt und 31 Personen festgenommen. In einer Erklärung verurteilte YEK-KOM das Auftreten der Polizei und machte vor allem das in Europa einzigartige Verbot der PKK in der BRD für die Ausschreitungen verantwortlich:

„(…) Die Verantwortung für den Ausbruch der Gewalt trägt in erster Linie die Polizei, die in den vergangenen Tagen vor allem die kurdischen Jugendlichen drangsalierte und zu provozieren versuchte. (…) Für Millionen Kurdinnen und Kurden ist die „Arbeiterpartei Kurdistans" PKK eine legitime Vertretung ihrer demokratischen Rechte, die einen gerechten Kampf gegen Krieg und Unterdrückung führt. Deswegen lässt sich die kurdische Bevölkerung nicht verbieten, die Symbole der PKK öffentlich zu zeigen und sich zu ihr zu bekennen. Wie auch in diesem Fall zu sehen ist, wird durch Verbotspolitik mit Gewalt, Beschlagnahmung und Festnahmen kein friedliches Zusammenleben ermöglicht. (…) Als Veranstalterin fordert YEK-KOM als Konsequenz aus den Vorkommnissen am Rande unseres Festivals, das PKK-Verbot in Deutschland aufzuheben und die staatliche Repression und Kriminalisierung gegen politisch aktive Kurdinnen und Kurden einzustellen. Die Bundesregierung muss darüber hinaus ihre Unterstützung für die türkische Regierung zurückziehen, solange diese weiter an Krieg, Verboten und Massenverhaftungen gegen die kurdische Opposition festhält."

Die Polizei hatte bereits im Vorfeld einen siebentägigen Marsch von über 120 Jugendlichen mehrmals provoziert und gedemütigt. So wurden während des Marsches, der von Straßburg bis Mannheim ging, mehrere Personen wegen Kleinigkeiten angezeigt, türkische Faschisten von der Polizei bewusst zu den Jugendlichen durchgelassen, wodurch es mehrmals zu Auseinandersetzungen kam, einer Teilnehmerin in Gewahrsam die Finger gebrochen und am letzten Tag die Demonstration von der Polizei aufgelöst und jegliche weitere Meinungskundgebung verboten.

Die Revolution in Westkurdistan

Die Arbeit der Volkshäuser

Hazal Peker sprach in Qamişlo mit Remziye Muhammed, einer jungen Frau, die mit deutlicher Mehrheit zur Vorsitzenden des Volksrates von Qamişlo gewählt worden ist. Das Gespräch ist dem 5. Teil der Artikelserie „Die Revolution in Westkurdistan", entnommendie derzeit von Civaka Azad *veröffentlicht wird.*

Ich wurde bei den Wahlen des Volksrats von Qamişlo zur Vorsitzenden gewählt. Das ist natürlich eine ganz besondere Ehre für mich, vor allem als eine kurdische Frau. Auch für die Bevölkerung von Qamişlo ist es eine besondere Erfahrung endlich mit ihren eigenen Stimmen ihre Repräsentanten bestimmen zu dürfen. Dann befinden wir uns auch in einer Phase, in welcher wir als Kurdinnen und Kurden Schritt für Schritt unsere Rechte wiedererlangen. Das entfacht eine zusätzliche Begeisterung in uns. Wir verwirklichen in dieser revolutionären Phase sehr wichtige Projekte. So werden in allen Stadtteilen Rätestrukturen aufgebaut. Das Volk erhält die Möglichkeit nach seinen eigenen Bedürfnissen und Wünschen selber Projekte in Gang zu setzen.

Wir wollen nicht, dass die Gefechte von außen in unsere Regionen überschwappen. Wir wollen auch nicht mehr, dass die Bevölkerung bei Problemen den Staat um Hilfe anbettelt. Der Staat hat ohnehin nicht mehr die Kraft gesellschaftliche Probleme zu lösen. Es kommt sogar vor, dass die staatlichen Stellen die Bevölkerung zu uns verweist, weil sie einfach nicht mit den Problemen der Bevölkerung klarkommen. Für die Bevölkerung ist das Ganze natürlich auch etwas ganz Neues. Jahrzehntelang waren sie nur den autoritären Umgang der Institutionen des Baath-Regimes gewohnt. Und nun gibt es Anlaufstellen, die selbst aus der Mitte der Bevölkerung entstanden sind und die versuchen sich der Probleme der Bevölkerung anzunehmen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auch auf der Jugend. Bei der Jugendarbeit setzen wir vor allen Dingen auf Bildung. Insgesamt kann man sagen, dass die Schwerpunkte unserer Arbeit als Volkshäuser auf familiären Angelegenheiten, Jugend- und Bildungsarbeit sowie wirtschaftlichen Angelegenheiten liegen. Wir versuchen quasi Lösungen für die Probleme

→

Meldungen:

14-Jähriger bei Explosion getötet
Zwei Geschwister haben beim Weiden ihrer Schafe in der Nähe ihres Dorfes Seter, in der Provinz Çewlîk (Bingöl), einen Gegenstand auf der Erde liegen sehen. Als sie diesen Gegenstand in die Hand nahmen, kam es zu einer Explosion. Der 14-jährige größere Bruder wurde so schwer verletzt, dass er sein Leben verlor. Der jüngere von Beiden wurde ebenfalls bei der Explosion verletzt. Um was für einen Gegenstand es sich bei der Explosion gehandelt hat, ist noch nicht bekannt.
(DIHA, 12.9., ISKU)

Festnahme von 33 Personen
Donnerstag früh wurden bei Hausdurchsuchung in Kanîreş bei Çewlîk 33 Personen festgenommen. Polizei und Soldaten durchsuchten die Gebäude der Partei für Frieden und Demokratie BDP, der Stadtverwaltung sowie mehrere Wohnungen. Unter den Festgenommenen befindet sich neben dem Vorsitzenden der BDP von Kanîreş der Sprecher der Stadtverwaltung und Mitglieder des Stadtrates. Unter den Festgenommen befinden sich auch einige Dorfschützer. Der Grund ihrer Festnahmen wurde ihnen nicht mitgeteilt.
(DIHA, 13.9., ISKU)

Kampfflugzeuge der syrischen Luftwaffe bombardieren Dorf in Westkurdistan
In der Mittagszeit gegen 13.00 Uhr Ortszeit haben Kampfflugzeuge der syrischen Luftwaffe das Dorf Basutê bei der Stadt Efrîn (Afrin) bombardiert. Zwei Personen wurden bei dem Angriff so stark verletzt, dass sie in das Krankenhaus von Efrîn gebracht werden mussten.
(ANF, 11.9., ISKU)

Mörder von Şerzan Kurt durch Gericht freigelassen
Der Mörder des damals 21-jährigen Studenten Şerzan Kurt wurde durch das Strafgericht von Eskişehir heute entlassen. Der 45-jährige Polizist hatte am 12. Mai 2010 den kurdischen Studenten Kurt durch einen Kopfschuss getötet. Zuvor hatten Faschisten der Grauen Wölfe kurdische Studierende in der Universität von Muğla angegriffen. Das Gericht befand den Polizisten zwar als schuldig und verurteilte ihn zu acht Jahren Haft. Da er aber schon seit 2,5 Jahren in Untersuchungshaft sitzen würde,

„Wir stehen unter dem Schutz der HPG“

Die Bewohner der Dörfer Bêgertê (Güzelkaya) und Navrezan (Çem) in Şemzînan (Şemdinli) sind in ihre Häuser zurückgekehrt. „Wir werden unsere Häuser nicht mehr verlassen, wir stehen nun unter dem Schutz der HPG“, erklärten sie. Wegen der anhaltenden Luftangriffe der türkischen Armee hatten sie ihre Dörfer verlassen.
Die Volksverteidigungskräfte (HPG) kontrollieren seit dem 23. Juli weite Gebiete des Bezirks Şemzînan (Şemdinli). Die Guerilla führt routiniert Straßenkontrollen in der Nähe der Gemeinde Rubaruk (Derecik) durch. Die Straßenkontrollen der HPG-Kräfte dauern von 6.00 bis 19.00 Uhr, also den ganzen Tag über, an. Mit Hubschraubern werden die Soldaten des Bezirks, die sich in ihre Standorte zurückgezogen haben (und diese nicht verlassen können), mit Proviant und militärischer Ausrüstung versorgt. Oder der Proviant wird getarnt in zivilen Fahrzeugen transportiert. So wurde ein ziviles Fahrzeug, welches Trinkwasser zu den Polizeistationen bringen sollte, von der Guerilla an der Brücke Bêgertê angehalten und unbrauchbar gemacht.

„Wir werden unsere Dörfer nicht verlassen“
Die Luftangriffe in der Region dauern an. Die Berge Nêrkûlê, Mêrgesor, Şivesor, Kûrêmizgevtan, Çiyayê Kelaspi, Çiyayı Binsor, Şûvebihîvê, Çiyayê Kûrsiyekê werden pausenlos von Kampfflugzeugen und mit Artillerie der türkischen Armee bombardiert. Durch die Bombardements werden Weinberge und Gärten der DorfbewohnerInnen beschädigt und Tiere getötet. Die BewohnerInnen der Dörfer Navrezan und Bêgertê, die aufgrund der Bombardierungen ihre Dörfer vor fast einem Monat verlassen mussten, sind nun in ihre Häuser zurückgekehrt. Sie haben Stroh und Heu für ihre Tiere aus Şemzînan und Gewer (Yüksekova) mitgebracht. „Sie können tun was sie wollen, unsere Dörfer werden wir nicht verlassen, wir werden ihre Politik der Dorfräumungen von 1990 zunichtemachen“, so die Stimmen der Bevölkerung der Dörfer.
Fehmi Çelik, aus dem Dorf Bêgertê sagte: „Die Bomben, die an den ersten Tagen geworfen wurden, haben unseren Weinberg und unsere Gärten sowie das ganze Land um unser Dorf herum verbrannt; daher waren wir gezwungen, unser Dorf zu verlassen. Egal was nun passiert, wenn wir sterben, dann in unseren Dörfern.“ Celik unterstrich, dass der türkische Ministerpräsident Recep T. Erdoğan die Öffentlichkeit falsch informieren würde und fasst die Situation in der Region wie folgt zusammen: „Die Soldaten konnten an den ersten Tagen noch mit ihren Panzern die Gegend durchsuchen. Nun aber können sie nichts mehr machen. Munition und militärische Ausrüstung werden mit Helikoptern zu den Polizeistationen und den Bataillonen transportiert. Nun haben die HPGler die Kontrolle. Sie werden bleiben, haben sie gesagt. Direkt an der Straße zwischen der Stadt und der Ortschaft haben sie eine PKK-Flagge aufgehängt und machen Straßenkontrollen. Am Eingang nach Şemzînan machen Soldaten Straßenkontrollen. Selahattin Demirtaş hat gesagt, dass sich 400 km2 unter der Kontrolle der HPG befinden, aber meiner Meinung nach kontrollieren sie viel mehr. Der Eingang von Şemzînan, die Grenze zur Autonomen Region Kurdistan, von dort aus Çelê und Dostki und Oramar in Gewer; jede Straße, jeder Berg und Hang befindet sich unter der Kontrolle der HPG. Vom Dorf Bêgertê mache ich einen Aufruf an den Ministerpräsidenten; sie sind herzlich eingeladen, es mit ihren eigenen Augen zu sehen. Wir stehen hier unter dem Schutz der HPG“, so Celik und betonte noch einmal, dass sie die Dörfer niemals verlassen werde. *(YÖP, 8.9., ISKU)*

Tote bei Luftangriff auf Aleppo

Bei einem Luftangriff der syrischen Armee auf den kurdischen Stadtteil Şeyh Maksut in Aleppo sind in der letzten Woche 26 Menschen getötet und 54 verletzt worden. Seit Beginn der Aufstände in Syrien ist dies der schwerste Angriff des Baath-Regimes gegen kurdische Zivilisten.
In einer Reaktion der Volksräte Westkurdistans auf den gestrigen Luftangriff heißt es, dass dieser nicht unbeantwortet bleiben werde. „Das Assad-Regime hat durch diesen Angriff erneut unter Beweis gestellt, dass es keinerlei Legitimität mehr besitzt. Das kurdische Volk weiß sich zu schützen und wird diese Aktion nicht unbeantwortet lassen“, so hieß es in der Stellungnahme.
Auch die Volksverteidigungskräfte der YPG erklärten, dass diese Aktion des Regimes Vergeltungsschläge nach sich ziehen werde. Direkt nach der Aktion hatten die Kräfte der YPG ausnahmslos alle Soldaten des Assad-Regimes aus der Stadt Kobanî ausgewiesen.
Bereits vor dem Angriff war eine verstärkte Repression der Regimekräfte gegen die KurdInnen zu verspüren. So wurden vom 2. bis zum 5. September insgesamt 38 kurdische Jugendliche durch syrische Sicherheitskräfte festgenommen. Ein Großteil von ihnen wurde allerdings auf Druck der Bevölkerung nach kurzer Zeit wieder entlassen.
(ANF, 7.9., ISKU)

→Die Arbeit der Volkshäuser

zu finden, die durch das Baath-Regime ungelöst gelassen worden sind.
Natürlich haben wir auch unsere Schwächen und diese sind leider nicht wenig. Vor allem, wenn es um Wasser- und Stromversorgung geht, haben wir oft Schwierigkeiten. Wir versuchen an diesen Problemen zu arbeiten. Aber es gibt in den genannten Punkten die Schwierigkeit, dass wir nicht losgelöst vom Staat handeln können. Das heißt wir können noch keine eigene Wasser- und Stromversorgung für die Städte bereitstellen. Zudem gibt es aufgrund des Krieges wirtschaftliche Probleme in der Bevölkerung. Das sind Probleme, die wir unbedingt angehen wollen. Aber unter den gegeben Umstände fällt uns das nicht einfach. Aber ich bin guter Dinge, dass wir auch diese Probleme lösen werden. Wir befinden uns inmitten einer revolutionären Phase und wir arbeiten wirklich Tag und Nacht, um die Probleme des Volks zu lösen. Dass die Bevölkerung sehr solidarisch miteinander umgeht und sich gegenseitig unterstützt, ist natürlich sehr hilfreich für uns alle. Zwar haben manche Menschen noch gewisse Berührungsängste mit unseren neuen Strukturen, das sind vor allem einige Männer, die mit den Frauenkomitees und Frauenratsstrukturen Schwierigkeiten haben. Aber diese werden wir auch noch davon überzeugen, dass die Befreiung der Frau und die Befreiung der Gesellschaft nur Hand in Hand vonstattengehen kann. *(CA, 12.9., ISKU)*

wurde er von dem Gericht aus der Haft entlassen.
(ANF, 7.9., ISKU)

Quellen:
ANF Firat Nachrichtenagentur
YÖP Yeni Özgür Politika
CA civakaazad.com

Termine:

Bustour „Freiheit für Öcalan“
Die organisierte Bustour “Freiheit für Öcalan” startete nach dem kurdischen Kulturfestival in Richtung Europarat in Straßburg. Die Busse für die Tour werden an 70 verschiedenen Städten halten.
In den kommenden zwei Wochen werden die Busse an folgenden Stationen Halt machen:
8.9. Deutschland-Mannheim
9.9. Frankreich-Straßbourg
13.9. Schweden-Göteborg
14.9. Upsala & Gavle
15.9. Stockholm
16.9. Dänemark-Koppenhagen
18.9. Deutschland-Kiel
19.9. Leipzig & Magdeburg
20.-21.9. Berlin
22.9. Hamburg
23.9. Bremen
24.9. Oldenburg
25.9. Holland-Arnhem
26.9. Amsterdam
27.9. Den Haag & Eindhoven
28.9. Belgien-Anwers
29.9. Liege
30.9. Brüssel

5. Kurdische Filmtage Hamburg
Veranstaltet vom Nûjiyan Frauenzentrum e.V.und dem Verband der Studierenden YXK vom 20.-26.9. im Kino 3001, Schanzenstrasse 75, Hamburg
Programm unter: *kurdischefilmtagehamburg2012.blogspot.de*

Neuerscheinung:

Demokratische Autonomie in Nordkurdistan - Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie in der Praxis
Eine Erkundungsreise in den Südosten der Türkei in Zusammenarbeit mit der Tatort Kurdistan Kampagne.
ISBN: 978-3-941012-60-8
5 EURO, 184 Seiten
Die Broschüre kann über die ISKU bezogen werden.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 586
21. September 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Einführung von Kurdischunterricht an türkischen Schulen ist eine Farce

Gasgranaten auf Kinder

Mit Gasgranaten und Wasserwerfern löste die türkische Polizei am Montag in mehreren kurdischen Städten Demonstrationen der im Parlament vertretenen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) für das Recht auf muttersprachlichen Unterricht auf.
In der Stadt Sirnak schoss die mit Panzerwagen vor der BDP-Zentrale aufgefahrene Polizei mit Gasgranaten auf einen Demonstrationszug von mehreren Hundert Personen. Auch ein Wasserwerfer aus deutscher Produktion (Daimer-Benz Unimog) kam zum Einsatz gegen den bereits nach 50 Metern von der Polizei gestoppten Demonstrationszug. An der Spitze der Demonstration marschierten mehrere Dutzenden Grundschüler. Die Kinder hielten Plakate mit den weiterhin verbotenen Buchstaben X, Q und W hoch und riefen Parolen für das Recht auf kurdischsprachigen Schulunterricht. Zahlreiche Demonstrationsteilnehmerinnen- und -teilnehmer einschließlich älterer Frauen und Kinder wurden durch den massiven Reizgaseinsatz sowie den Strahl des Wasserwerfers verletzt. Gezielt wurde auch die BDP-Zentrale, in die zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten geflohen waren, mit Gasgranaten beschossen. In Sirnak stellt die BDP den Bürgermeister und den Stadtrat.
Die Polizei nahm während der gewaltsamen Auflösung der Demonstration zwei im Auftrag der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Die Linke) zur Menschenrechtssituation in der Türkei recherchierende Journalisten vorübergehend fest. Die Staatsschutzbeamten löschten auf einer Digitalkamera alle Aufnahmen des Polizeieinsatzes gegen die Schüler. Die Kinder seien mit Geld bestochen worden, um mit Steinen auf die Polizisten zu werfen, rechtfertigte ein Beamter den brutalen Polizeieinsatz.
Hintergrund der Proteste war die Einführung von Kurdischunterricht als Wahlfach ab der Mittelstufe im soeben begonnenen neuen Schuljahr. Diese vom türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan als „historischer Schritt" bezeichnete Reform ist reine Augenwischerei. Das bestätigten uns Vertreterinnen und Vertreter des Vereins für die kurdische Sprache Kurdi-Der und BDP. Die kurdischen Verbände empfinden es als Frechheit, dass die eigene Muttersprache nur als Wahlfach angeboten wird und fordern muttersprachlichen Schulunterricht für die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Während der Staat im übrigen ohne die eine Verfassungsänderung erfordernden rechtlichen Grundlagen kurdischsprachigen Wahlunterricht und einen kurdischsprachigen Sender anbietet, ist die kurdische Sprache im amtlichen und politischen Gebrauch weiterhin verboten. Kurdische Angeklagte dürfen sich vor Gericht nicht in ihrer Muttersprache verteidigen. In Diyarbakir erzwang kürzlich ein Gericht die Umbenennung von mehreren Stadtparks und dem nach dem Dichter Cegerxwin benannten Kulturzentrum. Die Namen entstammten einer anderen als der türkischen Sprache, sie enthielten die im türkischen Alphabet nicht vorhandenen Buchstaben X, Q und W und würden daher Separatismus fördern, lautete die Begründung des Gerichts.
Der Einsatz von Wasserwerfern und Reizgas gegen eine friedliche, zum großen Teil aus Kindern bestehende Demonstration zeigt, dass sich entgegen offizieller Verlautbarungen der AKP-Regierung an der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung nichts geändert hat. Die Forderung der kurdischen Bevölkerung nach muttersprachlichem Unterricht von der ersten Klasse an ist legitim. Der Umgang mit der Meinungsfreiheit und dem Recht auf Muttersprache sind Gradmesser dafür, inwieweit überhaupt die Bereitschaft der türkischen Regierung zu demokratischen Reformen besteht.

(*Delegation aus Stuttgart, Karlsruhe und Berlin, 17.9.*)

Wochenrückblick (37. Woche) über Guerillaoperationen und -aktionen

Diese Woche ist von einem Ausbau der Verteidigungsstellungen der Guerilla in Şemzînan (Şemdinli), Çele (Çukurca), Gever (Yüksekova) und Elkê (Beytüşşebap) und damit verbundenen schweren Gefechten, bei denen über hundert Soldaten und neun Mitglieder der Volksverteidigungskräfte HPG getötet wurden, geprägt. Der Staat, der die Kontrolle über weite Regionen Nordkurdistans verloren hat, versucht die Bevölkerung durch Terror einzuschüchtern. So wurden mehrfach in Elkê aus Panzern zivile Gebäude beschossen, Beerdigungszeremonien mit Schusswaffen angegriffen und dutzende Razzien durchgeführt. Die Guerilla setzte gleichzeitig ihre Kontrolle über weite Gebiete in Botan und Zagros fort. Die im Rahmen der Strategie der „revolutionären Operationen" eroberten Stellungen in Şemzînan, Elkê, Çele und Gever (Yüksekova) werden von der Guerilla weiter ausgebaut. In den Regionen zeigt sie immer mehr Präsenz, auch im öffentlichen Leben. Dennoch versucht der Staat weiterhin, die Stärke der Guerilla in der Region und deren Kontrolle über weite Gebiete zu verleugnen.
Die Moral der türkischen Truppen ist schwer geschädigt. Immer wieder lassen sich türkische Soldaten und Kommandanten versetzen oder desertieren. Mehrere hundert Soldaten befinden sich in psychologischer Behandlung. Außerdem legten in den letzten Wochen immer mehr Dorfschützer in den von der HPG kontrollierten Regionen ihre Waffen nieder und weigern sich an Militäroperationen gegen die HPG und die kurdische Bevölkerung teilzunehemen.
In der Region Şemzînan kehrten die geflüchteten BewohnerInnen in ihre Dörfer zurück und reklamierten: „Wir stehen nun unter dem Schutz der HPG." (Nuçe, Nr.585). In der Region Elkê/Şirnex barg die Bevölkerung sieben Leichen gefallener Guerilla-KämpferInnen. An dem Ort des Gefechts stellten sie Fahnen der PKK und Bilder von Abdullah Öcalan auf. Nachdem die Bevölkerung am 11.9. die

→

Meldungen:

Haftstrafe und Reiseverbot für Sebahat Tuncel
Der 10.Strafgerichtshof von Istanbul hat die BDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel wegen des Vorwurfs der PKK-Mitgliedschaft zu acht Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Zudem erließ das Gericht ein Verbot von Auslandsreisen für Tuncel.
In einer ersten Stellungnahme gegenüber DIHA erklärte Tuncel, dass dies ein politisches Urteil sei. Tuncel betonte, dass ihr Verfahren nun knapp fünf Jahre gedauert habe. Es sei erst zu einem Abschluss gekommen, nachdem der türkische Ministerpräsident Erdoğan erklärte, dass seine Regierung mit der Justiz gesprochen habe und diese ihre Arbeit gegen die BDP aufnehmen werde. „Dieses lächerliche Urteil ist ein politisches. Durch den Befehl Erdoğans wurde das Urteil gefällt", so Tuncel.
Tuncel kündigte an, dass sie gegen das Urteil in Berufung gehen werde.

(ANF, 18.9., ISKU)

Xarpet: BDP-Vorsitzender schwer verletzt
Der BDP-Vorsitzende von Xarpet (Eleziz) Turan Celik erlitt schwere Verletzungen bei einem Angriff nationalistischer Türken. Er hat sehr viel Blut verloren und liegt auf der Intensivstation. Nationalistische Türken hatten mit Schlagstöcken und Tritten den kurdischen Politiker schwer am Kopf verletzt.
Im letzten Monat wurden zwölf BDP-Gebäude von nationalistischen Türken angegriffen. Die ultranationalistische MHP hat Millionen von Wählern (drittstärkste Partei im türkischen Parlament), Unterstützern und Schlägertrupps, die immer wieder kurdische Zivilsten und Politiker angreifen.

(ANF/ DieKurden.de, 16.9. ISKU)

Wieder Todesurteil gegen kurdische Aktivisten im Iran
Das iranischen Revolutionsgericht verurteilte den politischen Aktivisten Mensur Arwend zum Tode. Ihm wird vorgeworfen einer kurdischen Partei anzugehören. Anfang des Monats wurde schon der kurdische Jugendliche Cefer Guswar wurde vom iranischen Revolutionsgericht zum Tode durch Erhängen verurteilt. Cefer Guswar war 2007 unter dem Vorwurf, er gehöre einer kurdischen Partei an, in der ostkurdischen Stadt Mahabad verhaftet worden. Nach Informationen von ANF sind 24 kurdische politische

Interview mit Demirtas: Wo wart ihr in Roboski?

In einem Interview beantwortete der Vorsitzende der Barış ve Demokrasi Partisi (BDP – Partei für Frieden und Freiheit) Selahattin Demirtaş Fragen zur aktuellen Lage in Nordkurdistan/Türkei und der BDP.

Wir erleben in Bezug auf die kurdische Frage derzeit, dass die AKP-Regierung eine härtere Rhetorik gegen die Kurden verwendet. Worauf führen Sie als BDP das zurück?
Die AKP legt seit dem Tag, an dem wir 2007 in das Parlament eingezogen sind, uns gegenüber eine extrem harte, aggressive und beleidigende Sprache und Verhalten an den Tag. Im Laufe der Zeit haben sich diese Sprache und dieser Stil nicht verändert und es gab keine andere Annäherung an uns. Selbst in der sogenannten Phase der „demokratischen Öffnung“ der AKP gab es keine positive Annäherung an unsere Partei. Als die DTP in die Große Nationalversammlung der Türkei eingezogen ist, hat Erdogan selbst bei der Erläuterung seines Parteiprogramms unsere Partei angegriffen. (…) Erdogan und die Gülen-Gemeinschaft haben an Stelle des zusammengebrochenen Kemalismus eine neue offizielle Ideologie durchgesetzt (…) und erhalten Unterstützung von internationalen Kräften. (…)

Ist das der Grund für den Hass gegen die BDP?
Ja, sie hassen die BDP, weil wir ihre Rechnung durcheinander gebracht haben. Ihr Versuch, eine gesellschaftliche Hegemonie zu etablieren, wurde durch die kurdische Freiheitsbewegung gestoppt. Der Kemalismus hatte fast 80 Jahre lang alle erfasst. Die kurdische Freiheitsbewegung hat auch ihn zurückgedrängt. Nun denkt die AKP, dass sie das schafft, was der Kemalismus nicht schaffte. (…) Die ideologische Grundlage dafür sind der Faschismus und der Monismus. (…)

Könnte es zu einem Verbot der BDP kommen?
Das wäre im Grunde kein Trauma. Auch nicht für das kurdische Volk. (…) Denn das kurdische Volk ist kein hilfloses, armes Volk. Dieser Widerstand hat nicht mit der BDP und seinen Abgeordneten begonnen. Mit ihnen wird er auch nicht aufhören. (…)

Wie beurteilen sie die Haltung der Medien bezüglich der Ereignisse in Semdinli?
Die Medien hatten einen großen Anteil an dem schmutzigen Krieg, welcher in den Neunzigern geführt wurde. Heute sind die Medien eine der wichtigsten Säulen dieses Krieges. Heute klebt das Blut aller toten Menschen an den Fingern der Medien. Die zentralen Medien mit ihrer pro-Kriegs Haltung sind die wichtigste Säule für die Aufrechterhaltung dieses Kriegs. Würden die Medien den Krieg nicht so stark unterstützen, könnte die AKP-Regierung den Krieg nicht einen Tag fortführen. Sie wären gezwungen, sofort Friedensgespräche zu beginnen. Den schmutzigen Krieg in den 1990er Jahren hatten die Medien verdekkt und sie tun immer noch das gleiche. (…)

Wie sehen Sie die ökonomische Situation der Türkei?
Sich in der Türkei mit der Kurden-Problematik zu beschäftigen, bedeutet sich auch, sich mit der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Fischerei zu beschäftigen. Eine Lösung der Kurden-Problematik bedeutet sogar die Lösung des Problems der Infrastruktur. Zu allen Problemen der Türkei haben wir Lösungsvorschläge und Projekte erarbeitet. (…) Unter normalen Umständen wäre die Türkei in einer solchen Krise wie Griechenland. Warum ist das nicht passiert? Weil die internationale Unterstützung weiter anhält. Sie halten die Türkei auf den Beinen. An der Börse wird spekuliert. Damit die Türkei nicht einbricht, ziehen sie das Geld nicht zurück.
(YÖP, 14.9., ISKU)
Das komplette Interview ist unter *ww.isku.org* (presse) zu finden.

→ Wochenrückblick

Leichen der gefallenen KämpferInnen ins Tal gebracht hatte, mussten diese an der Stadtgrenze der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Daraufhin schlossen sich Tausende zu einem Demonstrationszug zusammen, der von der Polizei mit Gasgranaten und scharfer Munition angegriffen wurde. Außerdem kam es in Şemzinan zu schweren Gefechten, bei denen mindestens 16 Soldaten getötet wurden. Zwei Guerillas fielen bei anschließenden Bombardements durch türkische Artillerie. Zusätzlich zu den revolutionären Operationen führte die Guerilla in ganz Nordkurdistan erfolgreich Aktionen durch. Wie auch Murat Karayilan, Mitglied des KCK-Exekutivrats erklärt hatte, beinhaltet die neue Strategie der Guerilla zwar einerseits, befreite Gebiete zu festigen und zu verteidigen, aber auch, an anderen Orten mit der üblichen Hit and Run Strategie zuzuschlagen. In der Region Amed, Elih, in Cizîre (Cizre), Qers (Kars) und Silopi kam es zu Gefechten, bei denen mehrere Soldaten getötet und Militärfahrzeuge zerstört wurden. An vielen anderen Orten führte die Guerilla Sabotageaktionen gegen die militärische Infrastruktur durch.

Fazit: Deutliche Bilanz der letzten Gefechte
Der türkische Generalstab ließ vor wenigen Tagen in einer Erklärung verlauten, das türkische Militär hätte in den letzten fünf Monaten 373 Guerillas getötet. Weder Leichen noch Hinweise auf die gefallenen Guerillas liegen vor. Die HPG nahm Stellung zu dieser Aussage und erklärte, dass alleine in den letzten vier Monaten 1035 Soldaten und Polizisten und 101 Guerillas getötet wurden. Während das türkische Militär die eigentlichen Zahlen der Getöteten verheimlicht, dokumentiert die Guerilla jeden Tag deutlich die militärische Lage. In der Erklärung äußerte der Guerillasprecher folgendes: „In den letzten zwei Monaten haben wir die revolutionären Operationen gestartet. Diese dauern an. Vor kurzem haben wir in Elke ebenfalls mit einer Operation begonnen. Diese dauert auch noch immer an. Das türkische Militär hat in diesem Gebiet seine gesamte Autorität verloren. Wir haben es gelähmt. Wir erklären uns monatlich. Ich möchte Ihnen die Ergebnisse der letzten vier Monate mitteilen. Das türkische Militär hat 160 Boden- und 63 Luftangriffe durchgeführt. Die Angriffe mit Hubschraubern und Flugzeugen haben eine große Zahl von ZivilistInnen verletzt und einige Dörfer haben Schaden genommen. In diesem Zusammenhang hat die Guerilla gegen die Operationen des Kolonialheers in den letzten vier Monaten 303 Aktionen durchgeführt. Die Ergebnisse von 120 Aktionen waren nicht zu ermitteln. Die Ergebnisse der anderen haben wir der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. In vier Monaten wurden 1035 Soldaten und Polizisten getötet, 477 verletzt. Von unseren Guerillas wurden elf Sikorsky-Hubschrauber abgeschossen. 101 unserer FreundInnen sind als MärtyrerInnen gefallen.“ *(ISKU, Übersetzungsnetzwerk, ANF, YH, HPG)*

Gefangene bekannt die im Iran zum Tode verurteilt sind.
(ANF, dieKurden.de, 19.9. ISKU)

Wieder zahlreiche Festnahmen in Nordkurdistan und Istanbul
In der Stadt Pirsûs (Suruç) im Landkreis Riha (Urfa) wurden am 20.9. Gebäude der BDP sowie Wohnungen von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung durchsucht. Neun Personen sind im Laufe der Durchsuchungen festgenommen worden. Unter den Festgenommenen befinden sich auch der stellvertretende Bürgermeister sowie der Vizepräsident der BDP.
(DIHA, 20.9.ISKU)

Festnahmen in Istanbul
Bei mehreren Hausdurchsuchungen am 19.9. in Istanbul wurden vier Minderjährige festgenommen. Die Festnahmen, die im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen durchgeführt worden sind, wurden mit der Beschädigung von öffentlichem Eigentum begründet.
Außerdem wurden im Rahmen der KCK-Operationen weitere zehn Personen, darunter auch der Kassenwart der BDP von Beyoğlu von der Polizei festgenommen. *(DIHA, 20.9.ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
YH	Yüksekova Haber

Termine:
Bustour für die Freiheit von Abdullah Öcalan
Zwischen dem 8.September und 24.November führen kurdische Vereine eine „Bustour für die Freiheit von Öcalan und für eine politischen Status von Kurdistan“ durch über 70 europäische Städte durch. Mit der Aktion soll die europäische Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei unter Einbeziehung der PKK und ihres seit 1999 inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden Abdullah Öcalan sensibilisiert werden.
Berlin 20/21.9| jeweils 14–17 Uhr| Brandenburger Tor
Hamburg 22.9 | 14-17 Uhr | S-Bahn Sternschanze
23.9 Bremen
24.9 Oldenburg

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 587
28. September 2012

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Karayilan: Die AKP-Regierung soll ein Referendum über die Autonomie abhalten

In einem Interview der Nachrichtenagentur ANF mit dem Vorsitzenden der Union der Gesellschaften Kurdistans (KCK) über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei rief dieser die regierende AKP-Regierung dazu auf, ein Referendum über die demokratische Autonomie unter Aufsicht internationaler Beobachter abzuhalten, um die Menschen zu ihren Wünschen zu befragen.
Karayilan bemerkte, dass die Verweigerung jeglichen Kontakts mit dem Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, ein Grund zur Sorge sei und bewertet diese Haltung als sehr gefährlich. Karayilan warnte, dass die türkische Regierung und der türkische Ministerpräsident verantwortlich für mögliche negative Entwicklungen seien. Der KCK-Vorsitzende forderte ein sofortiges Ende „der schweren Isolation, welcher Öcalan ausgesetzt ist. "
Karayilan ging weiter auf die andauernden Gefechte im Gebiet Hakkari-Sirnak ein, welches laut Karayilan seit Ende Juli von der Guerilla kontrolliert wird.
Der KCK-Vorsitzende stellte fest, dass „die türkische Armee unter kritischen Verlusten zu leiden hat und diese vor der Öffentlichkeit verberge, während sie auf der anderen Seite weiterhin große Gebiete bombardiere, in denen sich das Militär nicht mehr frei bewegen könne. Der KCK-Vorsitzende stellte abschließend fest, dass die Volksverteidigungskräfte (HPG) im Falle einer Amtsenthebung der BDP-Parlamentsabgeordneten das Recht hätten, Politiker und Abgeordnete der AKP festzunehmen. *(ANF 17.9., ISKU)*

Die Revolution in Westkurdistan – Teil 8

Die Revolution in Westkurdistan ist zugleich auch eine Revolution der Frau. Denn die Frauen organisieren sich im Zuge dieser Revolution, bauen Frauenzentren in den befreiten Städten auf und spielen eine Vorreiterrolle in den Volksräten, den Bildungseinrichtungen und den Volksverteidigungseinheiten. Die Organisation der kurdischen Frauen heißt „Rojavayê Kurdistanê Yekitiya Star" – zu Deutsch „Westkurdischer Verband Star". Star ist in der kurdischen Mythologie der Name der ersten Göttin und bedeutet im heutigen Sprachgebrauch auch Stern. Alle Frauen, die sich in Westkurdistan in sozialen, politischen oder militärischen Bereichen engagieren, sind stets auch Mitglied der Yekitiya Star.

Bildung und Organisierung
In allen befreiten Städten Westkurdistans bauen die Frauen ihre eigenen Bildungseinrichtungen unter dem Namen „Navenda Zanist û Perwerdeyê Jinê" auf. Diese zentralen Anlaufstellen für Frauen gibt es nun seit rund zwei Monaten. Sie sollen nicht nur in den westkurdischen Städten aufgebaut werden, sondern auch in den arabischen Städten mit hohem kurdischen Anwohneranteil. Die Frauen kommen in diese Zentren, um mit anderen Frauen über ihre familiären und sozialen Probleme zu sprechen und um gemeinsam Lösungen für diese zu finden. Zusätzlich gibt es ein wöchentliches Bildungsangebot für die Frauen. Bei diesen Bildungsveranstaltungen geht es dann um Themen wie den gesellschaftlichen Sexismus, die Geschichte der Frau, die Demokratische Autonomie oder die legitime Selbstverteidigung.
Schauen wir uns das Beispiel Kobanîs an: Dort haben die Mitarbeiterinnen des Frauenzentrums erfolgreich den Aufbau des Frauenrates von Kobanî vorangetrieben, damit alle Frauen die Möglichkeit haben für sich selbst zu entscheiden. Zuvor waren die Frauen ausschließlich in den insgesamt neun Stadtteilräten von Kobanî aktiv. In jedem dieser Räte gibt es eine feste Geschlechterquote; von zwei SprecherInnen des Rates ist eine eine Frau. Nun haben die Frauen neben ihrer Tätigkeit in den gemischten Strukturen auch ihren eigenen Rat aufgebaut und ihre Delegierten gewählt. Insgesamt 135 Frauen bilden gegenwärtig den Frauenrat von Kobanî. Den Anstoß für die Selbstorganisierung in Kobanî und ganz Westkurdistan erklärt die Co-Vorsitzende des Volksrates von Kobanî, Ayşe Efendi, mit folgenden Worten: „Wir haben festgestellt, dass es keinen Sinn macht, im Schatten von gewissen Kräften zu sitzen und von ihnen eine Wohltätigkeit zu erwarten. Das haben wir uns klar gemacht und beschlossen, dass wir jetzt selbst anpacken müssen."

Die Reporterin der Frauennachrichtenagentur JINHA, Hazal Peker, sprach mit verschiedenen Frauen über die Rolle der Frau in der Revolution von Westkurdistan:

„Wir müssen die alte Mentalität überwinden"
Die Vorsitzende des Volkshauses von Qamişlo, Remziye Muhamed, erklärt, welche Schwierigkeiten es in ihrer Stadt gibt, die Frauen zu organisieren: „Wir wissen als kurdische Frau, dass ohne uns die Revolution nicht erfolgreich verlaufen kann. Die Frau kann nicht nur alleine einen Haushalt führen, sie kann zugleich auch eine Vorreiterrolle in der Organisierung der Bevölkerung spielen. Wenn wir dieses Potential der Frauen nicht umsetzen können, ist das eine große Schwäche unserer Gesellschaft. Wir führen gerade den Kampf, diese Tatsache in das Bewusstsein der Menschen hier hineinzutragen. Denn, ob frau will oder nicht, das Regime und

→

Meldungen:

Dialogaufruf von Demirtas
Der Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Selahattin Demirtaş hat am 2. regionalen Parteikongress in Bitlis teilgenommen und dort eine Rede gehalten.
„Wir wollen mit Türken, Kurden und den anderen Völkern gemeinsam friedlich auf demselben Boden leben" sagte Demirtas und fuhr fort:
„Frieden, Brot und Wasser sind unsere Grundbedürfnisse. Noch immer sterben Menschen. Das kurdische und das türkische Volk können im Nahen Osten geschwisterlich zusammen leben. Wir müssen nicht die Grenzen ändern. Wenn wir „Kurdistan" sagen, sprechen wir nicht von Spaltung. Wir werden zusammen leben. Wir sind bereit, einen Lösungsprozess zu unterstützen. Manche mögen sagen: „mit Terroristen zu diskutieren ist Verrat". Bei so viel vergossenem Blut nicht reden zu wollen, bedeutet Grausamkeit und Verrat. Dieser Krieg soll aufhören, es soll kein Blut mehr fließen."
(BG, 24.9., ISKU)

Brand im Gefängnis von Ardahan: 14 Verletzte
Bei einem Brand im B-Typ Gefängnis von Ardahan wurden insgesamt 14 Inhaftierte verletzt, drei davon schwer. Der Brand wurde von Gefangenen gelegt, die aus Protest gegen ihre Haftbedingungen ihre Betten in Brand setzten. Die verletzten Inhaftierten wurden in das Krankenhaus von Ardahan verlegt. Laut Angaben des Gouverneurs von Ardahan soll der Gefangene, der den Brand gelegt haben soll, schwer verletzt nach Erzurum verlegt worden sein.
(ANF, 20.9., ISKU)

Die Gefangenen sind im Widerstand
In insgesamt 13 Gefängnissen befinden sich inhaftierte PKK- und PAJK-Mitglieder im unbefristeten Hungerstreik. Die Initiatoren des Hungerstreiks aus den Gefängnissen von Amed, Sêrt, Bolu und Kandıra sind mittlerweile am vierzehnten Tag des Hungerstreiks angelangt. Sie betonen, dass sie ihre Aktion solange fortsetzen werden, bis die Situation Abdullah Öcalans geklärt ist und seine Haftbedingungen gebessert werden. Die zweite Forderung der Hungerstreikenden ist die Aufhebung aller Barrieren für die kurdische Sprache.
Der DTK-Vorsitzende Ahmet Türk kritisierte die AKP-Regie-

Preissteigerungen zum Füllen der Kriegskasse

von Mako Qoçgirî

Der stellvertretende türkische Ministerpräsident Ali Babacan erklärte letzte Woche, dass das Haushaltsdefizit der Türkei für die ersten acht Monate dieses Jahres deutlich höher als geplant ausfalle. Demnach liege das Defizit für diesen Zeitraum bei 8,5 Mrd. Lira (rund 3,7 Mrd. €). Die türkische Zentralbank sieht aufgrund dieses überraschenden Anstiegs das geplante Wirtschaftswachstum für dieses Jahr von rund 4% als gefährdet an. Der CHP kritisierte die Wirtschaftspolitik der AKP, prangerte die steigende Auslandsverschuldung des Landes an und behauptete, dass kein Land der Welt über solch ein großes Haushaltsloch verfüge. Die Regierung kündigte bereits Steuererhöhungen an. Zudem soll versucht werden, einen Teil des Defizits auf den Tourismussektor abzuwälzen. So sollen beispielsweise die Energiekosten für Hotels in Großstädten angehoben werden. Auch von einer erneuten Erhöhung der Steuern für alkoholische Getränke ist die Rede.

Viel wichtiger ist allerdings die Frage, wie es zu diesem unerwartet hohen Haushaltsdefizit in der türkischen Staatskasse überhaupt kommt. Die Antwort ergibt sich aus einem genaueren Blick auf die Bilanzen des Staates. Hieraus wird deutlich, dass die Kriegsausgaben der Türkei in die Höhe geschossen sind. Laut dem BDP-Abgeordneten Hasip Kaplan betrugen die Militärausgaben der Türkei im Zeitraum von Januar bis Juni dieses Jahres rund 732 Mio. Lira (318 Mio. €). Allein in den darauffolgenden zwei Monaten Juli und August wurden die Ausgaben der ersten sechs Monate übertroffen. Die Militärausgaben explodierten auf 846 Mio. Lira (367 Mio. €). Neben dem Krieg in Kurdistan schlägt sich auch die Syrienpolitik der türkischen Regierung nun in Form von Teuerungen im Portemonnaie des Bürgers nieder.

Kaplan kritisierte zudem die türkische Rechtsprechung hinsichtlich der Kontrollbefugnisse des Parlaments über die Kriegsausgaben der Regierung. Es ist der Regierung nämlich gesetzlich erlaubt, die Ausgaben für Waffen und weiteres Kriegsmaterial ohne Zustimmung des Parlaments zu tätigen. Demnach verfügt die Opposition über keinerlei Kontrollmöglichkeiten, wenn es um Waffenkäufe großen Ausmaßes aus dem Ausland geht. Um den möglichen Unmut der Bevölkerung über die daraus folgenden Preissteigerungen zu vermeiden, setze die AKP-Regierung schlichtweg auf den Nationalismus im Lande. ‚Es geht um Kampf gegen den Terror' heißt die Zauberformel, mit der sie versucht, die Gemüter der Bevölkerung wieder zu beruhigen. Dabei gäbe es nur einen einzigen Ausweg, den Kaplan und seine Partei im Parlament immer wieder betonen: Ein Ende der Gefechte und Friedensverhandlungen. Das werden vermutlich auch die stursten Nationalisten einsehen müssen, wenn sie merken, dass der Bedarf der Kriegskasse irgendwann das letzte Geld aus ihrem Geldbeuteln in Anspruch nimmt. *(26.9., ISKU)*

→ Revolution in Westkurdistan

die arabische Mentalität haben das Denken unserer Männer über die Jahre sehr stark beeinflusst. Wir müssen nun diese alte Mentalität mit aller Kraft überwinden. Wir werden große Mühen aufbringen, damit die Frauen in dieser Stadt ihre Vorreiterrolle einnehmen können. In den Städten zeigt unsere Arbeit bereits Früchte. Viele Familien motivieren bereits ihre Töchter dazu, sich gesellschaftlich zu engagieren. In den Dörfern ist unsere Arbeit traditionell etwas schwieriger. Aber auch dort scheuen wir keine Arbeit, um unser Ziel zu erreichen. Diese Schwierigkeiten sind nichts außergewöhnliches in einer revolutionären Phase."

„Es ist die Aufgabe der Frau, die Gesellschaft zu demokratisieren"

Gegenwärtig sind zwei der zehn Mitglieder des Kurdischen Hohen Rates Frauen. Eine dieser Frauen ist Ilham Ahmet. Sie sagt, dass sie sich über ihre Rolle in diesem Rat nur verhalten freuen kann, weil die Geschlechterquote von 40 % nicht eingehalten werden konnte. Sie bringt mit folgenden Worten ihre Gefühle zum Ausdruck: „Im Kurdischen Hohen Rat haben ich und eine weitere Freundin von Anfang an teilgenommen. Dass auch Frauen in diesem Rat vertreten sind, hat der Bevölkerung Mut und uns gegenüber Vertrauen gegeben. Denn die Aufgabe, diese Gesellschaft zu demokratisieren, fällt vor allem den Frauen zu. Leider sind wir zurzeit nur zwei Frauen in diesem Rat. Wir konnten die Geschlechterquote in diesem Gremium nicht durchsetzen. Es wird zu den Aufgaben unseres Widerstandes als Frauen gehören, dass diese Quote in Zukunft eingehalten wird. Die Frau muss die Stellung erhalten, die ihr gebührt. Denn überall in der Revolution in Westkurdistan spielen die Frauen eine Vorreiterrolle. Schaut euch die verschiedenen Aktionen hier an, die verschiedenen Organisationen. Überall werdet ihr Frauen in den vordersten Reihen finden. Der Großteil der Gesellschaft akzeptiert diese Stellung der Frau bereits. Und diejenigen, die es noch nicht akzeptieren, werden wir auch überzeugen. Wenn die aktiven Frauen die Familien besuchen, werden sie mit großer Freude empfangen. Jede einzelne von ihnen ist für das Volk eine Heldin, eine Revolutionärin."

Das Volk wird von bewaffneten jungen Frauen geschützt

Auch in den Reihen der Volksverteidigungseinheiten (YPG) sind neben den jungen Männern auch zahlreiche junge Frauen organisiert. Nach einer militärischen Grundausbildung ist ein Teil der jungen Leute für die Sicherheit auf den Zufahrtsstraßen in die Städte verantwortlich. Ein anderer Teil kümmert sich um die Sicherheit und die Ordnung in den Städten selbst. Hazal Peker sprach mit zwei jungen Frauen, die sich der YPG angeschlossen haben.

Mizgin Mahmud: „Ich bin als junge Kurdin bereit, meiner Verantwortung in der kurdischen Revolution gerecht zu werden. Deswegen hatte ich auch keine Scheu, den Dienst für die Sicherheit der Bevölkerung bei der YPG zu beginnen. Ich arbeite sowohl an den Kontrollpunkten vor der Stadt als auch in der Stadt. Das ist eine Aufgabe, von der ich mit Stolz eines Tages meinen Kindern berichten werde. Wir bauen nämlich für unsere Kinder ein Land auf, in welchem sie sich selbst verwalten, sich selbst verteidigen und sich in ihrer Muttersprache in den Schulen bilden können."

Newroz Suleyman: „Viele denken, dass die Selbstverteidigung des Volkes eine Aufgabe der Männer sei. Sie liegen falsch, denn auch die Frau kann die Aufgabe der Selbstverteidigung diszipliniert übernehmen. Der beste Beweis hierfür ist das, was heute in Westkurdistan passiert. Wir sind als Kurdinnen und Kurden stolz darauf, dass wir diese Revolution unblutig und unter der Vorreiterrolle der Frau bisher umsetzen konnten." *(CA, 20.9., ISKU)*

rung dafür, dass sie den Hungerstreik bisher schlichtweg ignoriert. Die BDP forderte das Justizministerium dazu auf, mit einer Delegation die hungerstreikenden Gefangenen zu besuchen. Unterdessen versuchen die Angehörigen der Gefangenen, die Öffentlichkeit über den Hungerstreik zu informieren. Der Verein der Angehörigen von Gefangenen (TUHAD-DER) machte bei Pressekonferenzen in Wan und Bazîd die Regierung für mögliche Folgen des Hungerstreiks verantwortlich. *(YÖP, 25.9., ISKU)*

Innenminister: Es gibt keine Kurdenfrage in unserem Land

Der türkische Innenminister Idris Naim Şahin weist die „kurdische Frage" als „Terror-Problem" ab. In einer Rede bei einer Zeremonie in der Polizei-Akademie in Gölbaşı, einem Landkreis in Ankara, sagte der türkische Innenminister am Mittwoch: „Es gibt keine Kurdenfrage in unserem Land. Es gibt stattdessen ein Terror-Problem, gegen das wir weiter kämpfen werden, bis kein einziger Terrorist in unserem Land übrig geblieben ist."

Der Minister sagte zudem, dass sie sich um eine Lösung des „Terror-Problem" unter Berücksichtigung all seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und internationalen Aspekte bemühten.

Innenminister Sahin unterstrich, dass die laufenden militärischen Operationen fortgesetzt werden, bis alle bewaffneten „Terroristen" getötet wären. *(ANF, 19.9., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
BG	BirGün
CA	Civaka Azad

Neuerscheinung:

Widerstand und gelebte Utopie
Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Föderalismus in Kurdistan
594 S., 15 €
Mezopotamien Verlag 2012
Das Buch kann bei der ISKU bestellt werden.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 588
05. Oktober 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: Es gibt keine Verhandlungen!

„Aktuell gibt es keinerlei Gespräche zwischen unserer Bewegung und dem Staat. Alle Meldungen, die das Gegenteil behaupten, basieren auf Lügen“

In einer Erklärung antwortete der Vorsitz des KCK-Exekutivrates auf die verschiedenen Stellungnahmen, die in der letzten Woche vom türkischen Ministerpräsident Recep T. Erdoğan und seinem Umfeld hinsichtlich der Oslo-Verhandlungen und der Rolle Öcalans getätigt worden sind. In der Erklärung heißt es unter anderem, dass sie, auch wenn sich die Sprache der Gegenseite verändert habe, keinen Politikwechsel der AKP erwarten. „Bevor wirkliche Veränderungen möglich sind, müssen zunächst einige offensichtliche Schritte getätigt werden“, heißt es weiter in der Erklärung. Die Berichterstattung aus der Presse über die Situation Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel Imrali und über die angebliche Wiederaufnahme eines Dialogs zwischen der PKK und dem Staat entspreche nicht der Wahrheit. Vielmehr sei dies ein taktischer Schritt der Regierung, um erneut falsche Erwartungen in der kurdischen Öffentlichkeit zu erwecken.

In der Erklärung heißt es, dass mit dem veränderten Sprachgebrauch der AKP nicht auch ein Politikwechsel zu erwarten sei. Dies werde allein daraus ersichtlich, dass die AKP einerseits behauptet gegebenenfalls den Dialog mit Öcalan wieder aufnehmen zu wollen, andererseits aber den Abgeordneten der BDP droht ihre Immunität aufzuheben. So wolle man letztere dafür bestrafen, dass sie Guerillakämpfer umarmt haben, aber gleichzeitig beabsichtige man selbst sich mit der Guerilla zu verständigen. Auch entsprächen die Angaben des Ministerpräsidenten über die aktuelle Kriegssituation allem anderen als der Wahrheit. Die Guerillakräfte der HPG kontrollieren demnach weiterhin das Gebiet in Şemzînan und weitere Teile Kurdistans. Wie ernst die AKP diese Situation nähme, sei allein daran festzustellen, dass sie ihren Ministerpräsident höchstpersönlich vor die Öffentlichkeit stellen mussten, um der Öffentlichkeit diese Lügen aufzutischen. Ziel der AKP sei es folglich ausschließlich mit leeren Behauptungen die Öffentlichkeit hinzuhalten und die Kräfte innerhalb der kurdischen Freiheitsbewegung gegeneinander auszuspielen. Wenn allerdings die Regierung es ernst meine, solle sie ihrer Behauptungen Taten folgen lassen. Die erste solche Tat sei es, die Bedingungen Öcalans soweit zu verbessern, als dass er seiner Rolle in einem Friedensprozess gerecht werden könne. Die kurdische Freiheitsbewegung werde ihrerseits vor allem darauf achten, ob die Regierung wirklich praktische Schritte tätigt und dementsprechend ihre eigene Haltung der Situation gegenüber einnehmen. „Bis es soweit ist, rufen wir allerdings unsere Bevölkerung dazu auf den Widerstand in ununterbrochener Form fortzusetzen“, heißt es in der Erklärung des KCK-Exekutivrates.

(YÖP, 30.09., ISKU)

Von Pozantı in die Berge

Das Pozanti-Opfer T.T. hat sich nach einer 5 Jahre währenden Spirale von Haft, Festnahme und Folter im Gefängnis, der Guerilla angeschlossen.

T.T., der bereits mit 16 Jahren Erfahrungen mit dem mittlerweile geschlossenen Skandalgefängnis von Pozanti gemacht hatte, wurde wieder ins Gefängnis geworfen und nach der Verurteilung zu einer Haftstrafe von 7 Jahren und 11 Monaten wieder freigelassen. T.T. hat seiner Familie direkt nach seiner Freilassung einen Brief hinterlassen, in dem er erklärt, dass er nun in den Reihen der Guerilla Widerstand leisten werde. T.T. ist eines der Opfer von Pozantı, der von seinen Erlebnissen im Gefängnis berichtete und so dazu beitrug, die Grausamkeiten öffentlich zu machen.

In der Jugendvollzugsanstalt Pozanti bei Adana wurden minderjährige kurdische Inhaftierte systematisch von älteren Mithäftlingen vergewaltigt und von den Wärtern gefoltert. Die Reporterin der Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) Özlem Ağuş, welche zu den JournalistInnen gehörte, die den Skandal von Pozanti aufdeckten, wurde am 9. März im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen festgenommen.

Der 16-jährige T.T. wurde, weil er DIHA von dem sexuellen Missbrauch und der Folter im Gefängnis erzählte, erneut festgenommen und vom 6. Strafgerichtshof in Adana wegen des Vorwurfs der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ ‚der „Propaganda für eine terroristische Organisation“ und des „Widerstands gegen die Polizei“ am 28. Juli zu einer Haftstrafe von 7 Jahren und 11 Monaten verurteilt. Unter der Berücksichtigung der aktuellen Situation wurde er jedoch wieder freigelassen.

T.T. hat seiner Familie einen Brief hinterlassen und ist verschwunden. *„Ich gehe fort von hier. Allein der türkische Staat ist verantwortlich für das, was mir passiert ist. Denn ich habe für mein Alter viel gelitten. Weil ich meine Sprache verteidigt habe, stehe ich unter allen möglichen Anschuldigungen. Aber ich habe nie aufgehört zu kämpfen. Türken und Kurden sind Geschwister. Aber der türkische Staat handelt immer wieder rassistisch. Aber wir haben nie aufgeben, wir haben immer Widerstand geleistet. Denn wir wollten immer Frieden in diesem Land, und wir werden weiter danach verlangen. Das soll der türkische Staat nicht vergessen. Das kurdische Volk wird diesen Kampf niemals aufgegeben. Ich gehe nun auch in die freien Berge, um mich am Kampf des kurdischen Volkes zu beteiligen. Der türkische Staat wird für das Leid, das ich in meinen Kinderjahren erlitten habe, die Konsequenzen tragen. Solange mein Kopf aufrecht ist, werde ich weiter machen. Das soll die ganze Welt wissen. Solange der Vorsitzende Apo nicht frei ist, werden wir von diesem Widerstand nicht abrücken. Ich verspreche es dem Freiheitskampf des kurdischen Volkes und aller anderen Völker.“*

(YÖP, 02.10.12; ISKU)

Meldungen:

32 Festnahmen in 12 Städten

Auch am 2. Oktober gehen die Festnahmewellen gegen kurdische AktivistInnen in der Türkei und Nordkurdistan weiter. In den Städten Şırnex, Hezex, Erxenî, Wêranşar, Wan, Agirî, Istanbul, Tekirdağ, Çerkezköy, Çorlu, Yozgat und Adana kam es zur Festnahme von mindestens 32 Menschen.

Unter den Festgenommenen befinden sich neben BDP-Mitgliedern und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltungen auch erneut zahlreiche Minderjährige.

(ANF, 02.10.,ISKU)

Türkische Soldaten eröffnen das Feuer an syrischer Grenze

Türkische Soldaten haben in der Nacht von Montag auf Dienstag an der türkisch-syrischen Staatsgrenze ohne Vorwarnung das Feuer über die Grenze hinweg eröffnet und dabei ein Mitglied der kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG getötet und zwei weitere verletzt. Der Vorfall ereignete sich beim Grenzdorf Girê Lûlan angehörig zur westkurdischen Stadt Dirbesiye.

(ANF, 02.10.,ISKU)

Zehntausende fordern: „Das ehemalige Gefängnis Nr. 5 soll Menschenrechtsmuseum werden“

Zehntausende Menschen gingen am Sonntag in Amed mit der Forderung auf die Straße, dass das ehemalige Gefängnis Nr. 5 in Amed zu einem Menschenrechtsmuseum umgewandelt werden soll.

Das Gefängnis Nr.5 aus Amed hat in den 80er Jahren traurige Berühmtheit durch die brutalen Foltermethoden des Gefängnispersonals an den politischen Gefangenen erlangt. So sollen zwischen 1981 und 1984 laut offiziellen Angaben 34 Gefangene ihr Leben hinter den Mauern verloren haben. 2009 erklärte die AKP-Regierung, dass sie das Gefängnis Nr. 5 schließen und anstelle dessen ein Gefängnis außerhalb der Stadt erbauen wollen. Die Regierung plant eine Schule an die Stelle des jetzigen Gefängnisses zu errichten.

(ANF, 30.09.,ISKU)

Ein Kind stirbt bei Explosion auf einer Müllhalde

Bei einer Explosion auf einer Müllhalde des Militärs in Çaldıran bei Wan ist ein Kind ums Leben gekommen. Ein weiteres Kind wurde schwer verletzt und schwebt weiterhin in Lebensgefahr.

(ANF, 27.09., ISKU)

Zwei Monate Sendeverbot für Nuçe TV

Die dänische Fernseh- und Rundfunkanstalt hat gegen die Mesopotamia Broadcasting Gesellschaft, zu der Nuçe TV, der Musiksender MMC und METV gehören, ein zweimonatiges Ausstrahlungsverbot auferlegt.
Begründet wurde die Strafe damit, dass die Fernsehgesellschaft den Archivierungsvorgaben der Rundfunkanstalt nicht nachgekommen sei. Die Vorwürfe, dass Nuçe TV in ihren Sendungen zur Gewalt aufrufe, sah die Rundfunkanstalt bei ihren Untersuchungen allerdings nicht als bestätigt an.
Die drei Fernsehsender, die zu Mesopotamia Broadcasting gehören werden ab dem 3. Oktober für zwei Monate ihre Ausstrahlung aussetzen.
Kurdische Pressevertreter kritisieren die Entscheidung der dänischen Fernseh- und Rundfunkanstalt und vermuten hinter dieser harten Strafe politische Motive. Im Falle solch eines Vergehens sei es üblich, dass es zunächst zu einer Verwarnung komme, bevor härtere Sanktionen folgen. Bei der kurdischen Mesopotamia Broadcasting Gesellschaft sei es hingegen zu keiner Verwarnung gekommen. Sowohl die Türkei als auch die USA hatten zuvor darauf gedrängt, dass die Sendelizenz für Nuçe TV durch die dänischen Verantwortlichen entzogen werden solle.

(ANF, 26.09.12, ISKU)

Hungerstreik der PKK- und PAJK-Gefangenen

In insgesamt 17 Gefängnissen der Türkei befinden sich mittlerweile etwa 180 Gefangene der PKK und PAJK im unbefristeten Hungerstreik. In 17 weiteren Gefängnissen kündigten Gefangene an, sich ab dem 5. Oktober dem Hungerstreik anzuschließen.
Begonnen hatte der Hungerstreik am 12. September, dem Jahrestag des Militärputsches in der Türkei von 1980, in den Gefängnissen in Amed, Sêrt, Bolu und Kandıra. Die zentralen Forderungen der Hungerstreikenden sind die Aufhebung der Isolationsbedingungen für Abdullah Öcalan, die Gewährleistung seiner Gesundheit und Sicherheit, sowie die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache und die Aufhebung aller Barrieren für diese. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, erklärten die Gefangenen den Hungerstreik massiv auszuweiten und bis dahin auch ab dem 7. Oktober keine Besuche von Angehörigen mehr zu akzeptieren. Bei Pressekonferenzen des Vereins der Angehörigen der Gefangenen (TUHAD-DER) in Wan und Bazîd machten diese die AKP-Regierung für mögliche Folgen des Hungerstreiks verantwortlich. Der Menschenrechtsverein IHD berichtete, dass die 15 hungerstreikenden Gefangenen in dem Gefängnis von Silivri bereits von den Gefängniswärtern angegriffen und daraufhin alle in Arrestzellen gesteckt wurden. Sie hatten die Gefängnisleitung aufgefordert sie zusammenzulegen. Seitdem wird ihnen der Zugang zu Trinkwasser, sowie der einstündige Hofgang verwehrt.

(ANF, 26.09.-05.10.12, ISKU)

38. Woche: Rückblick über Guerillaaktionen und Operationen

Der Krieg in Kurdistan eskaliert von Tag zu Tag mehr. Die Guerilla kontrolliert weiterhin große Landstriche in der Provinz Colemêrg (Hakkari) und Şirnex (Şırnak) und zeigt weiterhin ihre Fähigkeit, großangelegte Angriffe auf Militärbasen und Konvois durchzuführen. Das türkische Militär, das in die Defensive geraten ist, scheint in den nächsten Tagen versuchen zu wollen, die Initiative zurückzugewinnen. So verlegten sie über 20 neue Kampfbomber in die Airbase von Amed (Diyarbakır) und ziehen zehntausende Soldaten in Şemzînan (Şemdinli), in der Provin Colemêrg zusammen, um die Guerillagebiete zu erobern. Außerdem wird der großflächige Einsatz von Chemiewaffen befürchtet. Trotzdem weitet die HPG ihre revolutionären Operationen erfolgreich aus. Bei großen Guerillaaktionen gegen Stützpunkte in Pîran (Lice) und Şemzînan starben 85 türkische Soldaten, außerdem wurden nach Guerillaangaben 110 Soldaten in Cewlik (Bingöl) bei Gefechten getötet, als die Spezialeinheiten im Konvoy von einer Operation zurückkehrten und in der gesamten kurdischen Region fanden weitere Angriffe und Guerillaaktionen statt. Weiterhin führte die HPG mehrere Stadtguerillaaktionen in Gever, Wan und Dersim durch, bei denen zwei Polizisten und ein berüchtigter Oberstaatsanwalt, der unter anderem die KCK-Verfahren mit leitet, getötet wurden. Insbesondere in der zweiten Wochenhälfte weitete sich die „revolutionäre Operation“ der Guerilla, bei der die Volksverteidigungskräfte der HPG die militärische Kontrolle über ganze Regionen erringen auch auf die weit westlich gelegene kurdische Region Dersim aus. Ziel ist es die Militärs zunächst in ihre Stützpunkte zurückzudrängen und ihnen keine Bewegungsfreiheit mehr zu lassen. Während diese Phase in Şemzînan, Gever (Yüksekova) und Çele (Çukurca) schon über einen Monat und in Elke (Beytüşşebap) und Silopi vor wenigen Wochen begonnen hatte, wurde der Strategiewechsel nun auch in Dersim eingeleitet. Beerdigungszüge von gefallenen Guerillas wurden in den letzten Tagen wieder zu Massendemonstrationen in vielen Orten Nordkurdistans. Ein so hohes Aktionsniveau der HPG wäre ohne starken Rückhalt in der Bevölkerung auch nicht möglich. Während der türkische Staat seinen faschistischen Diskurs von der Vernichtung der Guerilla und die Praxis der Massaker und Masseninhaftierungen fortsetzt, baut die kurdische Bevölkerung und die Guerilla ganz praktisch ein autonomes Kurdistan auf.

Fazit – „Es ist Zeit für eine grundsätzliche Lösung“
Das KCK Exekutivratsmitglied Cemil Bayik erklärte: „Jetzt nicht mehr die Zeit für Verzögerung, Hinhaltetaktik und Betrug – jetzt ist die Zeit dafür eine grundsätzliche Lösung schaffen.“ Und es wird immer deutlicher, dass die Guerilla und die zivile kurdische Freiheitsbewegung in der Lage sind diese auch gegen den türkischen Staat, trotz aller Repressionen aufzubauen. Die Türkei steht immer mehr am Scheideweg – entweder endlich eine demokratische Verhandlungslösung einzuleiten oder das Land in einen blutigen Bürgerkrieg abgleiten zu lassen. Die kurdische Befreiungsbewegung zeigt, dass sie auf Beides vorbereitet ist, auf einen gerechten Frieden oder einen revolutionären Volkskrieg.

(ISKU)

Polizei stoppt Friedenslauf
Es ist Krieg – und sie gehen nicht hin: Der kurdische Kriegsdienstverweigerer Halil Savda startete aus Protest gegen den Krieg in Kurdistan und den Zwangswehrdienst in der Türkei am 1. September einen Friedenslauf von Kurdistan nach Ankara. Anläßlich des Antikriegstags besuchte Halil Savda die Gräber von 34 Menschen, vorwiegend Kinder und Jugendliche. Diese waren im kurdischen Roboskî, einem Ort in der Region Sirnak im Ländereieck Türkei–Irak–Syrien durch Luftangriffe von türkischen Militärs ermordet worden. Anschließend machte er sich auf den zirka 1300 km langen Fußweg nach Ankara, zunächst begleitet von einem weiteren Aktivisten.
28 Tage und 700 Kilometer lang ging alles gut. In vielen Orten wurden die Friedensläufer herzlich empfangen, weitere Personen schlossen sich der Gruppe an, so daß diese bald sechs ständige Mitglieder zählte. Doch am Wochenende setzte die Polizei dem Lauf ein vorläufiges Ende. Laut Amnesty International gaben die Beamten an, daß sich die Bevölkerung von der pazifistischen Aktion provoziert fühle. Die Gruppe wurde gewaltsam in Polizeiautos verfrachtet und nach mehreren Stunden an der Grenze zur Provinz Adana wieder freigelassen. Derweil setzt die Gruppe ihren Weg nach Ankara fort. Dort soll Ende Oktober die Friedensmission mit einer Pressekonferenz beendet werden.
Mehr Informationen unter http://www.facebook.com/groups/olumyolundabarisyuruyuscusu/?ref=ts

(jW, 02.10, ISKU)

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

Termine:

Freiheit für Ali Ihsan Kitay
Aufruf zur Prozessbeobachtung am 11.und12.10., 9-16 Uhr, Sievekingplatz 3, Raum 237 und Kundgebung am 13.10.12 für Ali Ihsan Kitay 15:30 Uhr, UG Holstenglacis Hamburg
Weitere Infos:
http://freealiihsan.tk/

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 589
12. Oktober 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Protestaktionen zum 9. Oktober

Auch zum diesjährigen 9.Oktober kam es zu zahlreichen Protestaktionen in Kurdistan. 14 Jahre nach der Ausreise von Abdullah Öcalan aus Syrien forderten Menschen aus allen Teilen Kurdistans die Freiheit ihres politischen Repräsentanten. Allen voran in den nordkurdischen Städten gingen unter der Führung der Jugend und der Frauen Menschen auf die Straße. Dabei kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Überall wurde nahezu dieselbe Forderung aufgestellt. Dem PKK Vorsitzenden sollen die Bedingungen erfüllt werden, die seine Gesundheit, Sicherheit und Freiheit gewährleisten, damit Dialog und Friedensverhandlungen begonnen werden können.
Sirnex: Nach einer Presseerklärung vor dem BDP Parteigebäude wurde ein 5-minütiger Sitzstreik vollzogen. Nach dem Sitzstreik machte sich die Menge auf zum Demonstrationsmarsch. Daraufhin griff die Polizei die Menschen mit Tränengas und Wasserwerfern an. Mehrere Menschen wurde durch diese Angriffe der staatlichen Sicherheitskräfte verletzt und mussten ins Krankenhaus gebracht werden.
Batman: Auch in Batman sammelte sich das Volk vor dem Parteigebäude der BDP, um einen Demonstrationsmarsch gegen das Internationale Komplott durchzuführen. Jedoch wurde dies durch das Umzingeln mit polizeilichen Skorpion-Panzern verhindert. Nachdem auch die Verhandlungen zwischen VertreterInnen der BDP, darunter auch Parlamentsabgeordnete Ayla Akat, und der Polizei scheiterten, begaben sich tausende Menschen auf die Hauptstrassen und vollzogen einen Sitzstreik. Daraufhin ging die Polizei gewaltsam gegen die DemonstrantInnen vor, so dass sich die Protestaktionen auf die Seitenstraßen ausweiteten, wo mehrere Reifen und Müllcontainer in Brand gesteckt wurde.
Nusaybin: Trotz Demonstrationsverbot versammelte sich auch in Nisêbin das kurdische Volk zu Protestaktionen anlässlich des 9.Oktobers. Auf friedliche Weise wurde die Demonstration durchgeführt. In der vorgetragenen Erklärung wurden besonders die Friedensbemühnung von Öcalan betont, die seit Jahren eine positive Reaktion der Regierung erhoffen. So hiess es: „Seit Jahren versucht der Repräsentant des kurdischen Volkes, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen, hat mehrfach einseitige Waffenstillstände ausgerufen und diverse Wege des Dialogs gesucht. Doch trotz sämtlicher Bemühungen und Anstrengungen hat die Regierung nichts anderes versucht, als ihn hinzuhalten."
Dargecit: In Dargecit wurde vor dem BDP Parteigebäude eine Kundgebung organisiert. In der vorgetragenen Deklaration wurden die internationalen imperialistischen Mächte des Komplotts verurteilt.
Muş: Vor der Alparslan Universität in Muş wurde eine Presseerklärung anlässlich des 9.Oktober vorgetragen. Anschließend führten die Anwesenden einen 5 Minuten dauernden Sitz-
→

Geheimes Treffen gegen die PYD in Hewler

Nach eingegangener Meldung stellte sich heraus, dass zu einem geheimen Treffen zwischen Vertretern der Autonomen Region Kurdistan und türkischen, amerikanischen und israelischen Diplomaten gekommen ist. Ziel dieses Treffen war es, dem Einfluss der PYD (Demokratische Einheitspartei) in Westkurdistan Einhalt zu gebieten.
Das geheime Treffen soll am 2.September in Hewler stattgefunden haben. In der Kopie eines Dokuments, welches an die Nachrichtenagentur Firatnews gesendet wurde, werden das Treffen und die getroffenen Entscheidungen bestätigt. Bezüglich der Veröffentlichung des Dokuments gab es noch keine Stellungnahme seitens der Regierung von Südkurdistan.
Auch kleinere Parteien aus Süd- und Westkurdistan waren in dem Treffen involviert. Es wurde betont, dass es von großer Bedeutung sei, den Hohen Kurdischen Rat weiter bestehend zu halten, um „dem Einfluss der Volksräte, welche zur PKK gehören, Einhalt zu gewähren."
Der Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan Neçirvan Barzani und der stellvertretende Generalsekretär der PUK Berham Salih schlossen sich dem Treffen an und ratifizierten die getroffenen Entscheidungen.
An dem Treffen, auf dem diverse Entscheidungen getroffen wurden nahmen teil: Abdulbaki Yusuf (Mitglied der Einheitspartei der KurdInnen aus Syrien), Abdulhakim Başar (Mitglied Einheitspartei Syrien-Kurdistan), Nureddin Birimo (Sekretär der Demokratischen Partei der KurdInnen aus Syrien), Selah Bedreddin (Sekretär der Gerechtigkeitspartei Südkurdistan), ein Vertreter des türkischen Außenministerium, der jordanische Botschafter der USA, ein Vertreter der israelischen Botschaft aus Deutschland, ein Vertreter des israelischen Geheimdienstes Mossad aus Südkurdistan, Mesrur Barzani (Vorsitzender der Sicherheitsrats und des Geheimdienstes von Südkurdistan), Kosret Resul (Mitglied des Politbüros der PUK) und Fazil Mirani (Sekretär des Politbüros der KDP).
Laut dem eingegangenen Dokument hat man sich auf dem Treffen auf folgende Punkte geeinigt:

- Die Türkei wird sich nicht gegen die Bildung eines föderalen Systems in Syrien stellen. Bei Bedarf wird sie militärische sowie ökonomische Hilfe tätigen. Sie wird den Kräften der Peschmerga während ihres Übergangs nach Westkurdistan Unterstützung leisten. Die Hilfeleistung wird solange fortgesetzt, bis sich in Westkurdistan ausreichend militärische Kräfte gebildet haben.

- Die Türkei zeigt sich unter der Bedingung, in Derik, Cindirês und Kobani 3 Militärflughäfen zu eröffnen, bereit, ihre Staatskasse zu öffnen.

- Sämtliche kurdische Parteien werden in ihren Aktivitäten den Arm der PKK in Syrien, die PYD diffamieren und denunzieren. Aus diesen Arbeiten soll hervorgehen, dass die Institutionen und Delegierten, die zur PYD gehören, die KurdInnen nicht offiziell vertreten.

- Der Kurdische Hohe Rat wird sein Bestehen fortsetzen, um den Einfluss der zur PKK gehörenden Volksräte einzudämmen.

(ANF, 9.10., ISKU)

Meldungen:

Syrische Armee bombardiert Kurdinnen
Zur syrischen Armee gehörende Kriegsflugzeuge haben ein von Efrin nach Halep fahrendes Fahrzeug bombardiert. Bei dem Bombardement kamen 4 Menschen ums Leben, 7 weitere wurden verletzt.
Unter den verletzten befinden sich zwei Kinder. Eine weitere Person wird vermisst.
Beobachtungen zu Folge waren in der Region, in der sich das Bombardement ereignete, keinerlei Gefechte zu verzeichnen.
(ANF, 9.10., ISKU)

Karayilan: Mandat ist gegen KurdInnen gerichtet
Murat Karayilan, der Vorsitzende des Exekutivrates der KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans), sagte in einer Erklärung;, dass das türkische Kriegsmandat, welches der Türkei ermöglicht; in Syrien einzumaschieren, hauptsächlich gegen das kurdische Volk gerichtet sei.
"Dieses Mandat ähnelt nicht den vorherigen.", stellte Karayilan fest und erklärte. "In dieser Zeit, in der die Region neu gestaltet wird, möchte der türkische Staat nicht, dass die Kurden einen Status erlangen. Deswegen haben sie gegen die Kurden solch eine Entscheidung getroffen. Dieses Mandat ist für Südkurdistan als auch für Ostkurdistan gedacht. Sowieso wurden im Norden [Kurdistans] 15 Gebiete zu militärischen Gebieten erklärt."
Der KCK-Vorsitzende sagte weiter: "Mit dem Stil der Osmanen schmieden sie Pläne über Syrien. Sie wollen Syrien zu einer ihrer Provinzen machen. Sie wollen, dass in dieser Sache die Kurden nicht zu einem Problem werden. Deswegen möchten sie alle unter ihre Kontrolle bekommen."
Karayilan erklärte: "Dieses Mandat bedeutet, dass sie den Krieg gegen die Kurden [in allen Teilen Kurdistans], Syrien, Iran und Irak beginnen." Murat Karayilan sagte weiter, dass der türkische Staat die Errungenschaften der KurdInnen angreifen will. Dieses käme der Bedeutung gleich, dass gegen die Würde aller KurdInnen vorgegangen wird und somit werde das kurdische Volk dieses nicht unbeantwortet lassen, so Karayilan abschließend.
(ANF/DK, 11.10., ISKU)

Mehr als 200 Vereine und Verbände fordern Gleichstellung
Am 15. Oktober 2012 berät der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mittels einer Anhörung über eine von mehr

“Dein Sohn ist nicht hier”

Dutzende maskierte Polizisten haben in den frühen Morgenstunden in Yükeskova das Haus der Familie Saygi gestürmt und ihre Waffen an die Köpfe des 15-jährigen Gökhan und seines fünfjährigen Bruders gehalten. Die Polizisten haben Gökhan prügelnd weggebracht. Der Mutter, welche zum Präsidium ging wurde gesagt: “Dein Sohn ist nicht hier”.
In Yüksekova haben nahezu 70 maskierte Spezial-Einheiten das Haus der Familie Saygi morgens um 03.30 Uhr gestürmt. Die Tür wurde mit einem Vorschlaghammer zerstört. Die Bewohner des Hauses lagen, bevor sie überhaupt realisieren konnten, was passiert, mit dem Gesicht auf dem Boden und auf ihre Hinterköpfe waren Waffen gerichtet.
Die Polizisten, welche schrien “Wo sind die HPG’ler und die Bombe”, fanden im Haus weder eine Bomben noch Guerillas. Trotzdem wurde der 15-jährige Gökhan von der Polizei verprügelt und festgenommen. Die Hausbesitzern Süheyla Saygi erzählt von der Hausdurchsuchung:

“Wir sind von einem Geräusch, als ob Steine gegen die Fenster geworfen würden, aufgewacht. Noch bevor wir aus unseren Betten gestiegen waren, wurde die Stahltür mit einem Vorschlaghammer zerstört und maskierte Polizisten drangen in unser Haus ein. Fast 70 Spezialeinheiten waren es. Sie warfen sogar den Koran, welchen sie in unserem Haus fanden auf den Boden. Wir wurden alle mit dem Gesicht auf den Boden gelegt, und sie schrien ´Wo sind die HPG’ler und die Bombe´. Sie haben ihre Waffen sogar auf den Kopf meines 5-jährigen Kindes gerichtet. Später haben die Polizisten meinen 15-jährigen Sohn Gökhan aus seinem Bett mit Tritten und Schlägen rausgebracht und ihn mit einer auf den Kopf gerichteten Kalaschnikow geschlagen. Dann haben sie meinen Sohn mitgenommen und sind gegangen.”

Polizei-Präsidium:
Dein Sohn ist nicht hier
Süheyla Saygi sagte, dass ihr Sohn bereits einmal festgenommen wurde. Um nach ihrem Sohn zu sehen, ging sie zum Polizei-Präsidium ihres Bezirks. “Allerdings sagten sie, mein Sohn sei nicht hier und zeigten ihn mir nicht. Ich weiß nicht, wo mein Sohn ist. Ich bin sehr besorgt”, sagte Süheyla Saygi.
(YÖP, 10.10., ISKU)

Wan: Über 40 Dorfschützer legen Waffen nieder

Über 40 Dorfschützer haben kollektiv die Waffen niedergelegt, nachdem sie sich geweigert hatten, an einer militärischen Operation im Dorf Narlı (Xavîştan), Kreis Çatak (Wan), teilzunehmen. Die Dorfschützer teilten dem Gouverneursbüro von Çatak Mittwoch früh ihren Rücktritt mit, nachdem sie am Abend zuvor von der örtlichen Polizeidirektion zur Teilnahme an einer Operation aufgerufen worden waren.
Ein Dorfschützer, der nicht genannt werden möchte, berichtet, dass sie wegen ihrer Weigerung, an der Operation teilzunehmen, von einem Leutnant beleidigt wurden. „Wie andere Dorfschützer unseres Ortes werden wir nie wieder zu den Waffen greifen“, unterstrich er.
Ende September hatten auch in Beytüşşebap (Kreis Şırnak) 29 Dorfschützer ihre Waffen niedergelegt, sie sagten, sie würden an den anhaltenden Operationen in diesem Gebiet nicht teilnehmen, wo die Auseinandersetzungen zwischen türkischem Militär und den Guerillas der Volksverteidigungskräfte (HPG) seit Anfang September andauern.
Ende September traten im Dorf Belenoluk (Heşet) im Kreis Pervari (Siirt) vier zeitweilige Dorfschützer gemeinsam freiwillig von ihren Aufgaben zurück.
(ANF, 10.10., ISKU)

→Protestaktionen zum 9. Oktober

streik durch. Nach dem Sitzstreik fand die Aktion ihr Ende.
Mazıdağı: In Mazıdağı begann die Protestaktion mit dem Hissen eines schwarzen Tuchs vor dem BDP- Parteigebäude. Anschließend begann eine Demonstration und eine Pressemitteilung wurde vorgetragen. Durch einen 5-minütigen Sitzstreik wurde die Protestaktion beendet.
Amed: Auch in diesem Jahr fanden in sämtlichen Teilen von Amed Proteste gegen das Internationale Komplott statt. Dabei verliefen die Aktionen zumeist friedlich. In einigen Teilen der Stadt wurden Molotow-Cocktails auf staatliche Einrichtungen geworfen. Dies hatte Auseinandersetzungen zwischen der staatlichen Polizei und den protestierenden Jugendlichen zur Folge. Einige Demonstrierende verliehen ihrem Protest durch Feuerwerkskörper Ausdruck. Des weiteren wurden zeitweise Straßesperren durchgeführt.
Mêrdîn: Im Stadtzentrum von Mêrdîn wurde eine Presseerklärung vorgetragen, in der ein Ende der Isolation von Abdullah Öcalan gefordert wurde.
Qoser: In Qoser wollte das kurdische Volk eine Demonstration druchführen. Jedoch wurde das Vorhaben durch die Polizeikräfte verhindert. Auch die Verhandlungen mit Vertretern der Polizei führten zu keinem positiven Ergebnis, so dass sich die Menge zurück auf den Platz der Freiheit begab, um dort eine Presseerklärung vorzutragen. Anschließend wurde ein 10 minütiger Sitzstreik durchgeführt, womit die Protestaktion abgeschlossen wurde.
Derîk: In Derîk wurde gegen den 9.Oktober durch einen Demonstrationsmarsch protestiert. Anschließend wurde eine Presseerklärung vorgetragen. Wie auch sonst überall wurde in Derîk die Protestaktion mit einem Sitzstreik beendet.
Sêrt: In Sêrt versammelte sich die Menge vor dem BDP Parteigebäude, um eine Presseerklärung vorzutragen. Dabei war die Hauptforderung: „Freiheit statt Isolation, und Verhandlung statt Krieg“.
Westtürkei: Auch in vielen türkischen Städten, wie in Kocaeli, Izmir und Aydin fanden Protestaktionen gegen das Internationale Komplott statt. Überall wurden Presserklärungen vorgetragen, in denen das Ende der Isolation und die Freiheit für Abdullah Öcalan gefordert wurde.
Europa: In fast sämtlichen großen und auch in vielen kleineren westeuropäischen Städten fanden Demonstrationen gegen das Internationale Komplott des 9.Oktober statt. Auf den Demonstrationen, auf denen zahlreiche Fahnen mit dem Abbdild von Abdullah Öcalan zu sehen waren, wurde zahlreiche Flyer verteilt. Zudem wurden auf sämtlichen Aktionen Unterschriften für die Kampagne „Freedom for Abdullah Öcalan“ gesammelt. *(ANF, 9.10., ISKU)*

als 200 Verbänden unterstützte Petition zur Gleichstellung der kurdischen MigrantInnen.
Ziel der Petition ist die Gleichstellung der in Deutschland lebenden KurdInnen mit anderen MigrantInnengruppen zu erreichen bzw. die Anerkennung der kurdischen MigrantInnen als eigenständige Einwanderergruppe durchzusetzen. Nach mehr als fünfzig Jahren Migration leben heute rund eine Million KurdInnen in Deutschland. Die KurdInnen sind eine der größten MigrantInnengruppen in der Bundesrepublik, werden jedoch nicht als eigenständige MigrantInnengruppe anerkannt, da sie in der Regel den Staaten zugeordnet werden, aus denen sie kamen oder geflohen sind. Dadurch haben sie keinen Zugang zu fundamentalen Rechten, wie z.B. der Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen u.v.m.
Zur Unterstützung der Kampagne wurden vom 1. bis 15. September 2011 mehr als 50.000 Unterschriften in Form von Postkarten gesammelt und beim Petitionsausschuss des Bundestags eingereicht. Während zu Beginn 40 Vereine und Verbände das Anliegen unterstützten, sind es mittlerweile mehr als 200 – darunter sämtliche kurdischen Verbände unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und religiöser Ausrichtung aus allen Teilen Kurdistans, sowie zahlreiche Verbände der AlevitInnen, der YezidInnen, der ArmenierInnen, der MuslimInnen und der AssyrerInnen. Auch eine Vielzahl türkischer Verbände und andere MigrantInnenverbände sowie Menschenrechtsorganisationen aus der Bundesrepublik, wie z.B. die Internationale Liga der Menschenrechte, unterstützen die Petition.
(Der gesamte Text der Petition sowie die Liste der Unterzeichnenden sind unter:
www.yekkom.com
zu finden.)
(YEK-KOM, 8.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
DK	DieKurden.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
Informationsstelle Kurdistan
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 590
19. Oktober 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Alle PKK- und PAJK-Gefangenen in der Türkei im Hungerstreik

Seit dem 15. Oktober befinden sich sämtliche Gefangene der PKK und der PAJK in den türkischen Gefängnissen in einem unbefristeten Hungerstreik.
Schon am 12. September sind insgesamt 380 inhaftierte PKKlerInnen und PAJKlerInnen in 39 türkischen Gefängnissen in einen Hungerstreik getreten. Die Forderungen der Hungerstreikenden sind, dass Bedingungen für die Gesundheit, Sicherheit und Freiheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan geschaffen und die Unterdrückung ihrer kurdischen Muttersprache beendet werden muss.
Nun gab Deniz Kaya im Namen der hungerstreikenden Gefangenen eine Erklärung ab, in der sie der Öffentlichkeit mitteilt, dass sich ab dem 15. Oktober sämtliche Gefangene der PKK und PAJK dem unbefristeten Hungerstreik anschließen werden. Sie werden um keinen Preis von ihrem Entschluss zurückweichen: „Keiner soll mit dieser Absicht zu uns kommen. Außer der Stimme unseres Vorsitzenden und unserer Bewegung hören wir auf niemanden."
Auch die Angehörigen der Gefangenen bereiten sich auf eine große Aktionsphase vor. Auf einer in Amed (Diyarbakir) gehaltenen Pressekonferenz sagten sie, dass sie die Gefangenen nicht allein lassen werden und ab dem 16. Oktober eine Phase mit Initiativen und Aktionen beginnen werden.
Selim Inal, der als Vertreter der Familien der Gefangenen sprach, äußerte, dass die Verantwortung für die möglichen Märtyrertode die AKP-Regierung und das Justizministerium tragen werden, und dass sie aus Solidarität vor dem E-Typ Gefängnis in Amed am 16. Oktober eine Presseerklärung geben werden. „Zeitgleich mit der Presseerklärung beginnen wir mit der unbefristeten demokratische, Aktionsphase", führte Inal aus.
Havva Kiran, die für die Initiative der Friedensmütter sprach, forderte alle auf, die Gefangenen zu unterstützen: „Ich rufe alle zum Aufstand auf. Wir müssen für die Freiheit unseres Landes und unserer Identität kämpfen."

Amed: Polizei greift Angehörige der Gefangenen an
Die türkische Polizei hat die Kundgebung von Angehörigen der Gefangenen vor dem E-TYP Gefängnis von Amed angegriffen und gewaltsam aufgelöst. Die Polizei untersagte allerdings bereits das Verlesen der Pressemitteilung. Die Angehörigen versuchten, sich gegen die Unterbindung ihres Demonstrationsrechts zu wehren, wurden allerdings gewaltsam weiter von der Polizei attackiert.
(ANF, 15./16.10., ISKU)

Unterstützungsaufruf für die hungerstreikenden Gefangenen

Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen!

Am 30. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei begann erneut ein Hungerstreik von politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen, der sich Tag für Tag weiter ausbreitet und ein kritisches Ausmaß erreicht hat.
Seit dem 12. September 2012 befinden sich 380 Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Partei der Freien Frauen Kurdistans (PAJK) in 39 Gefängnissen im unbefristeten Hungerstreik. Der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden verschlechtert sich gravierend. Unter ihnen befinden sich auch gefangene Mütter im Alter von 60 Jahren, JournalistInnen und Minderjährige. Obwohl der Hungerstreik eine lebensbedrohliche Phase erreicht hat, hüllt sich die türkische AKP-Regierung in Schweigen. Demgegenüber erklärten SprecherInnen der Gefangenen, dass sie den Hungerstreik noch weiter ausweiten und sich ab dem 15. Oktober 2012 alle Mitglieder der PKK und PAJK, die als politische Gefangene in Gefängnissen in der Türkei und Kurdistan inhaftiert sind, dem Hungerstreik anschließen. Damit befinden sich nun Tausende politische Gefangene im Hungerstreik.
In einer Erklärung der PAJK-Gefangenen aus dem Gefängnis von Diyarbakir heißt es: "Seit Juli letzten Jahres ist Herr Öcalan unvergleichlichen Isolationshaftbedingungen ausgesetzt, sowohl gegen die kurdische Zivilbevölkerung als auch gegen die Guerilla werden Vernichtungsoperationen durchgeführt, PolitikerInnen sollen durch die 'KCK-Operationen' ausgeschaltet werden. Roboski war kein Unfall. Es war ein geplantes Massaker und zugleich ein Startsignal für den physischen Völkermord am kurdischen Volk."
Die Gefangenen betonten in einem Brief an die Öffentlichkeit, dass sie ihren Hungerstreik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortsetzen werden. Ihre zentralen Forderungen lauten: „Die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen gegen Abdullah Öcalan, die Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit, sowie die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache – einschließlich des Rechtes auf Bildung in der kurdischen Muttersprache und die Aufhebung jeglicher Assimilationspolitik gegen KurdInnen".

Die hungerstreikenden Gefangenen sind nicht allein!
Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. unterstützt die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen und ruft zu Solidaritätsaktionen auf. Auch in Europa müssen wir den Forderungen der Hungerstreikenden Gehör verschaffen. Der Krieg und die Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei, aber auch der wachsende Widerstand gegen die menschenverachtende Politik der AKP-Regierung haben ein Ausmaß erreicht, welches die Dringlichkeit einer politischen Lösung der kurdischen Frage stärker denn je vor Augen führt. In diesem Sinne unterstützen wir die Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan und die politischen Gefangenen in der Türkei, wie sie von den hungerstreikenden Gefangenen, aber auch von der Bevölkerung in allen vier Tei-

→

Meldungen:

Angriff auf kurdischen Stadtteil von Aleppo: 3 Tote und 5 Verletzte
Im kurdischen Stadtteil von Aleppo Şêx Meqsûd sind durch Artilleriebeschuss auf einen Kontrollpunkt drei Menschen getötet und fünf weitere verletzt worden.
In den letzten Tagen und Wochen haben die Angriffe der syrischen Armee auf KurdInnen deutlich zugenommen. Erst am 15.10. wurde ein Bus, der auf dem Weg von Afrin nach Aleppo war, aus der Luft angegriffen. wobei fünf Menschen starben. Bei drei weiteren Angriffen im Oktober wurden mindestens 15 KurdInnen getötet. Schon am 6. September wurden im Stadtteil Şêx Meqsûd bei einem Luftangriff der syrischen Armee 20 Menschen getötet und 54 Menschen verletzt.
(ANF, 16.10., ISKU)

Zivilistin von türkischem Militär getötet
Während heftiger Gefechte im Kazan-Tal bei Çelê (Çukurca) am Morgen des 15. Oktobers wurde eine Zivilistin durch den Beschuss des türkischen Militärs aus einem Kobra-Kampfhubschrauber getötet. Nach Angaben von Augenzeugen hatte das Militär willkürlich auf Häuser von ZivilistInnen geschossen. Dabei waren die Frauen Zekiya Çetinkaya (30) und Azya Çetin (35) zunächst schwer verletzt worden. Çetin verlor kurze Zeit darauf im Krankenhaus von Colemêrg (Hakkari) ihr Leben.
Laut den ersten Berichten aus dem Gebiet der Auseinandersetzungen sind bei den Gefechten zwischen den Guerillakräften der HPG und dem türkischen Militär bisher mindestens fünf Soldaten der türkischen Armee ums Leben gekommen.
(ANF, 15.10., ISKU)

Syrische Luftwaffe bombardiert erneut KurdInnen: 3 Tote
Syrische Kampfflieger haben einen Bus, der von Efrîn in Richtung Aleppo fuhr, angegriffen. Bei dem Angriff wurden drei Menschen getötet, drei weitere wurden verletzt. In dem Bus befanden sich ausschließlich kurdische Insassen aus Efrîn. Die Leichname der getöteten Menschen sowie die Verletzten wurden in das Krankenhaus von Efrîn gebracht.
(ANF, 15.10., ISKU)

18 Jahre Haft für Aysel Doğan
Die Vorsitzende der Alevitischen Glaubens- und Kulturakademie

UNESCO-Weltkulturerbe: Dörfer von Staudammprojekt bedroht

Die iranischen Behörden haben das Deriyan-Staudammprojekt in Ostkurdistan initiiert. Experten zufolge würde die Umsetzung dieses Projekts die Umwelt dieser Region sowie etliche historische Dörfer existenziell bedrohen.
In den letzten paar Jahren hat der Iran versucht, den Wasserfluss nach Südkurdistan zu unterbinden. Dem Iran zufolge habe er „symbiotische Beziehungen zu Südkurdistan". Dies solle durch den Dammbau an den nach Kurdistan fließenden Flüssen erzielt werden. Die Bestrebungen zur Durchführung dieses Projekts am Fluss Sirvan wurden zunächst für eine Weile gestoppt. Lokalen Quellen zufolge versuche man nun erneut das Projekt zu vollenden.
Im Falle der Vollendung dieses Projekts würden die Natur und Umwelt dieser Region in großem Ausmaß bedroht werden. Eine Reihe von Dörfern in Hewraman befinden sich auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes. Das Projekt würde die Dörfer vollkommen zerstören. Die vom Projekt betroffenen Dörfer wären Hecic, Dehreyan, Naw, Rehwar, Ebbasawa und Slen.

(DK/ri, 16.10., ISKU)

Politiker in Frankreich festgenommen

Am vergangenen Samstag wurde das geschäftsführende Vorstandsmitglied des KNK (Kurdischer Nationalkongress) Adem Uzun von der französischen Polizei in Paris festgenommen.
Wir als Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland verurteilen diese Verhaftung auf Schärfste und fühlen uns als KurdInnen in der Diaspora als direkt Betroffene.
Während der türkische Staat seit 2009 versucht, durch Massenverhaftungen seine Unterdrückungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk umzusetzen, machen sich immer wieder auch europäischen Staaten zu Handlangern dieser Politik, indem sie in ihren Ländern ebenfalls kurdische AktivistInnen einsperren und zu Haftstrafen verurteilen.
Erst vor kurzem bezichtigte Erdogan in einem Fernsehinterview Deutschland und Frankreich der Unterstützung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), da sie angeblich nicht genügend gegen diese vorgehen würden. Sie hätten angeblich kein Interesse an der ‚Beendigung des Terrors', da sie vermeintliche PKK-Führer frei in ihren Ländern herumspazieren lassen. Es ist keine Woche seit diesen Vorwürfen Erdogans vergangen, da erfolgte eine weitere Festnahme in Frankreich.
Adem Uzun hielt sich in Paris aufgrund der anstehenden "Westkurdistan (Nordsyrien)-Konferenz", welche am 13.10.2012 stattgefunden hat, auf. Er selber war als Delegierter des KNK für diplomatische Arbeiten vorzeitig nach Paris angereist. Am 6.10.2012 wurde er in einem Café durch die Anti-Terror-Behörde Frankreichs festgenommen und drei Tage später einemHaftrichter vorgeführt. Vorwurf und Ursache der Festnahme sind seine angebliche Zuständigkeit für die Finanzierung der PKK.
Als Diplomat im Exil bemüht sich Herr Uzun seit Jahren um eine friedliche und politische Lösung des Konflikts zwischen der Türkei und der kurdischen Bevölkerung.
Wir sehen die Verhaftung von Herrn Adem Uzun als weiteren Schlag gegen die Friedensbemühungen des kurdischen Volkes und als direkte Unterstützung des türkischen Staatsterrors gegen die kurdische Bevölkerung.
Nicht nur die vielen kurdischen Organisationen, Institutionen, Vereine verurteilen diese Vorgehensweise gegen ihre Politiker, sondern auch die kurdische Bevölkerung in ganz Europa. Aus ihrer Sicht ist die Verhaftung von Herrn Uzun ein politischer Akt, welcher im Zusammenhang mit der steigenden Repression gegen kurdische AktivistInnen in ganz Europa steht.
Unser Protest gilt auch dem französischem Präsidenten Francois Hollande, welcher als Sozialist vor der Wahl eine offene und solidarische Politik angedeutet und versprochen hat. Nach heutigem Stand unterscheidet sich diese in diesem Zusammenhang kaum von der konservativen Sarkozy-Politik. Nach Angaben der kurdischen Nachrichtenagentur ANF wurden vom Jahre 2007 an rund 200 kurdische Aktivisten ohne jeglichen Grund festgenommen und inhaftiert. Im Jahre 2011 schloss die französische Staatsanwaltschaft zudem das Ahmet-Kaya Kulturhaus in Paris.
Wir rufen die französischen Behörden dazu auf, ihre Repressionen und Kriminalisierungspolitik gegenüber der kurdischen Bevölkerung und gegen kurdische Politiker zu beenden. Weiterhin fordern wir die europäischen Staaten dazu auf, sich nicht zum Spielball der Türkei zu machen, da dies die friedliche Beziehung ihres Landes mit der kurdischen Bevölkerung gefährden könnte.
Wir rufen zudem alle unsere befreundeten Organisationen, Vereine, etc. dazu auf, unseren Protest zu teilen und mit ihrer Solidarität die Regierung in Frankreich dazu zu bewegen, die Freilassung von Herrn Uzun zu veranlassen.
Als Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland und somit als Vertreter tausender von Kurdinnen und Kurden, fordern wir in unserem und deren Namen die sofortige Freilassung von Herrn Adem Uzun.

YEK-KOM e.V. , 12.10.

→ Freiheit für Abdullah Öcalan und alle politischen Gefangenen!

len Kurdistans sowie von MenschenrechtsverteidigerInnen mittels der internationalen Unterschriftenkampagne „Freiheit für Öcalan" erhoben wird. Wir sind der Meinung, dass die Freiheit Öcalans einen Durchbruch für die Demokratisierung der Türkei, einen Friedensprozess in Kurdistan und im Mittleren Osten darstellen wird.
Auch Sie können einen Beitrag für Frieden und Menschenrechte leisten und sich für das Leben und die Gesundheit der politischen Gefangenen in der Türkei einsetzen. Durch Briefe und Emails an das türkische Innen- und Justizministerium können Sie die türkische Regierung auffordern, den legitimen Forderungen der Hungerstreikenden Gehör zu schenken:

Innenministerium – Innenminister Idris Naim Sahin
T.C. İçişleri Bakanlığı,
Bakanlıklar / ANKARA
gsekreter@icisleri.gov.tr
mustesarlik@icisleri.gov.tr
Justizministerium – Justizminister Sadullah Ergin
T.C. Adalet Bakanligi,
06659 Kizilay / ANKARA
info@adalet.gov.tr;
Abteilung für Gefängnisse:
cigm@adalet.gov.tr

Desweiteren können Sie sich an der internationalen Unterschriftenkampagne „Freiheit für Öcalan" beteiligen, die am 1. September 2012 begonnen hat und derzeit mit einer Bustour durch Europa unterstützt wird: www.freeocalan.org
„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker" – Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.,15.10.2012

(DAKAD) in Dersim, Aysel Doğan, wurde durch das 3. Strafgericht von Malatya zu einer Gefängnisstrafe von insgesamt 18 Jahren verurteilt. Doğan war letztes Jahr gemeinsam mit drei weiteren Personen im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen in Dersim festgenommen worden. Die drei Mitangeklagten wurden jeweils zu einer Haftstrafe von 9 Jahren verteilt.
Aysel Doğan war erst im Jahr 2009 nach einer zehnjährigen Haftstrafe in die Freiheit entlassen worden. Sie war 1999 als Teil der Friedensgruppen nach dem Aufruf von Abdullah Öcalan in die Türkei eingereist, wurde allerdings wie alle anderen TeilnehmerInnen dieser Delegation festgenommen und zu einer Haftstrafe verurteilt.

(Ev, 12.10., ISKU)

Schweden: Abgeordnete fordern Plebiszit in Kurdistan

Im Schwedischen Parlament forderten Abgeordnete der Grünen Partei ein Referendum zur Selbstbestimmung des kurdischen Volkes unter der Aufsicht der Vereinten Nationen
Den Abgeordneten zufolge solle das kurdische Volk sein Schicksal durch seine eigenen Hände bestimmen. Das Referendum soll in Nordkurdistan abgehalten werden, um das Recht der Selbstbestimmung des kurdischen Volkes in die Praxis umzusetzen.
Jabar Amin, Annika Lillemets, Lotta Hedström, Valter Mutt und Bodil Ceballos setzten sich für eine demokratische Selbstverwaltung der KurdInnen ein. Ihre Forderungen stützen sich auf die in den internationalen Menschenrechtskonventionen verankerten Regularien von 1966.
Die kurdische Nation habe das Recht, von dem international gebilligten Grundsatz der Selbstverwaltung Gebrauch zu machen, heißt es in ihrem eingereichten Vorschlag. Der Vorschlag wird im November vom schwedischen Parlament beraten werden.

(DK/ri, 18.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Ev	Evrensel
DK	DieKurden.de
ri	rojhelat.info

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 591
26. Oktober 2012

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung der Hungerstreikenden vom 24. Oktober

Am 43. Tag des Hungerstreiks, den die Gefangenen aus PKK und PAJK für die Aufhebung der Isolationshaft gegen Abdullah Öcalan, Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit sowie die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache begonnen haben, gab Deniz Kaya im Namen der Hungerstreikenden eine Erklärung zum aktuellen Stand ab.

Deniz Kaya erklärte: „Wir möchten, dass unser Volk und die Öffentlichkeit wissen, dass wir unsere Aktion mit großer Entschlossenheit führen. Die AKP-Regierung und das Ministerium haben, anstatt auf unsere Forderungen zu antworten, die Unterdrückungs- und Folteranwendungen gegen die FreundInnen, die sich am Hungerstreik beteiligen, angezogen. In zahlreichen Gefängnissen wurden die Hungerstreikenden in Einzelzellen gesteckt und werden täglich einer 24-stündigen Tortur ausgesetzt.

Kaya äußerte, dass die Hungerstreikenden in den Gefängnissen von Silivri, Şakran und Tekirdağ in Einzelzellen gesperrt wurden, und die FreundInnen durch eine Nacht und Nebelaktion vom Antep-Gefängnis in andere Haftanstalten gebracht worden sind. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Wächter seien angestiegen. Zudem äußerte Kaya, dass die Hungerstreikenden aus dem Gefängnis von Sêrt mit Isolationsstrafen und Disziplinarverfahren bedroht werden. Des Weiteren werde gegen die HungerstreikaktivistInnen in der Schwarzmeerregion seitens des Militärpersonals physischer und psychischer Druck ausgeübt. Kaya rief die Öffentlichkeit dazu auf, noch aufmerksamer zu werden, da die Regierung und das Ministerium einen Angriff vorbereiten.

Kaya betonte, dass sie die Regierung und das Ministerium gewarnt haben. Sie werden auf die kleinsten Vorkehrungen, Folter oder gewalttätiges Vorgehen eine Vergeltungsantwort geben. Die AKP-Regierung und das Ministerium werden die Verantwortung tragen müssen, wenn die Forderungen der Hungerstreikenden nicht erfüllt werden sollten. Außerdem werden die Gefangenen keine Untersuchung unter Zwang akzeptieren und dagegen Widerstand leisten. Sie rufen die Ärzteverbände, Gesundheitsorganisationen und alle nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen dazu auf, schleunigst in die Gefängnisse, in denen sich die Hungerstreikenden befinden, zu kommen. Die Hungerstreikenden befinden sich mittlerweile an der Schwelle zum Tod.

„Während sich unsere FreundInnen in den Gefängnissen im Hungerstreik befinden, soll niemand von uns erwarten, dass wir das Ramadan-Fest feiern und Besuch empfangen. Für die Freiheit des Vorsitzenden Apo, die Befreiung unseres Volkes und einen Status für das Land rufen wir zuallererst unsere Familien und unser gesamtes Volk auf, sich zu vereinen und sich an der Aufstandsbewegung zu beteiligen. Wir rufen all unsere Familien und das Volk von Kurdistan, sämtliche Institutionen Kurdistans und deren Umkreis dazu auf, Freiheitsplattformen zu gründen und dauerhafte Wachen zu halten.

Solidaritätshungerstreik von TDP- und SDP- und TKP/ML-Gefangenen

Im E-Typ Gefängnis von Giresun haben sich am 22. Oktober die Gefangen der Revolutionspartei der Türkei (TDP) dem Hungerstreik der PKK und PAJK Gefangenen angeschlossen. In einer schriftlichen Erklärung erklärten sie: „Wir als Gefangene der TDP im E-Typ Gefängnis von Giresun haben uns am 22. Oktober aus Solidarität dem Hungerstreik angeschlossen. Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit zur Solidarisierung in Form des Widerstandes auf."

Im F-Typ Gefängnis von Kiriklar sind die Mitglieder der SDP (Sozialistische Demokratische Partei) seit einer Woche aus Solidarität mit den Gefangenen der PKK und PAJK in den Hungerstreik getreten.

Auch die Gefangenen der TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch) haben aus Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen der PKK und PAJK vom 22.-24. Obtober einen Hungerstreik durchgeführt.

(DİHA, 24.10., ISKU)

Karayilan: Der Hungerstreik muss intensiver unterstützt werden

In einem kürzlich erschienen Interview des ANF-Reporters Deniz Kendal mit dem KCK-Exekutivratsvorsitzenden Murat Karayilan erklärte dieser, dass Pressemitteilungen und kleine Demonstrationen den Tod der hungerstreikenden Gefangenen keineswegs stoppen können. Aus diesem Grund müssen die Aktivitäten verstärkt werden. Er erklärte: „Die Häftlinge haben sich für diesen Schritt aus ihrer Verantwortung heraus entschieden, um den politischen Prozess zu fördern. Es ist deutlich, dass sie mit dem Widerstand sowie mit ihrem Beharren auf eine demokratische Lösung des Konflikts ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Im Grunde ist dies eine Intervention aus den Gefängnissen in die sich zuspitzende Phase der Auseinandersetzungen. Wir wissen, dass gegenwärtig in Kurdistan ein von Seiten des türkischen Post-Kolonialismus entwickelter Kriegszustand herrscht. Dagegen gibt es einen Widerstand von Abdullah Öcalan, von unserem Volk sowie von unserer Bewegung."

Karayilan machte in dem Interview darauf aufmerksam, dass die Hungerstreikaktionen im Hinblick auf die Lösung der Kurdenfrage als eine Roadmap angesehen werden können. Er rief sämtliche gesellschaftlichen Gruppen und demokratischen Kreise dazu auf, die Häftlinge in ihren Forderungen zu unterstützen. „Die Hungerstreikenden wollen nichts für sich selbst durchsetzen. Ich denke, dass die Gefangenen damit zum ersten Mal nicht auf die Bedingungen in den Gefängnissen, sondern auf die Zustände im Land aufmerksam machen wollen. Was sind ihre Forderungen? Zunächst die Freilassung Öcalans, zweitens ein Recht auf Bildung in der Muttersprache sowie die Genehmigung des Ver-

→

Meldungen:

Solidaritätsaktionen für die Hungerstreikenden

Am 40.Tag des Hungerstreiks der politischen Gefangenen der PKK und der PAJK wurden Solidaritätsaktionen in mehreren Städten der Türkei und Kurdistans durchgeführt. In Mêrdîn, Istanbul und Adana wurden diesbezüglich Demonstrationen organisiert. In Riha, Çewlik und Bursa wurden Kundgebungen durchgeführt. Neben der BDP unterstützen auch zahlreiche andere Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften sowie die Initiative der Friedensmütter diese Aktionen. Die Forderungen der Gefangenen nach der Freiheit für Abdullah Öcalan und dem Aufheben aller Verbote der kurdischen Sprache wurden seitens der Protestierenden zu Ausdruck gebracht. Des Weiteren wurde das Schweigen der Presse und Öffentlichkeit betont, die der Aktion der hungerstreikenden Gefangenen mehr Gehör schenken sollten.

(DIHA, 22.10., ISKU)

Amed: Gesundheitszustand von elf Frauen verschlechtert sich zunehmend

Der Gesundheitszustand von elf Frauen im E-Typ Gefängnis von Amed (Diyarbakir), die sich seit dem 12. September im Hungerstreik befinden, verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die hungerstreikenden Frauen klagen über Schwindel, Gelenk- und Kopfschmerzen, Probleme beim Laufen, überhöhte Empfindlichkeit gegen Lautstärke und Gerüche, niedrigen oder hohen Blutdruck, Schlafstörungen, starken Gewichtsverlust, Probleme bei der Aufnahme von Wasser, Durchfall und Übelkeit.

(DİHA, 24.10., ISKU)

Izmir: Minderjährige Gefangene in Einzelzellen verlegt

Die beiden minderjährigen Gefangenen H. D. und U. T, die sich zurzeit im Şakran Gefängnis von Izmir befinden, wurden in Einzelzellen gesperrt. Die beiden befinden sich ebenfalls im unbefristeten Hungerstreik. *(DİHA, 24.10., ISKU)*

Gülser Yildirm hat sich dem Hungerstreik angeschlossen

Gülser Yildirm, inhaftierte Parlamentsabgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), hat sich ebenfalls dem unbefristeten Hungerstreik

IHD: Wir haben Roboski nicht vergessen!

Die Zweigstelle des Türkischen Menschenrechtsverein (IHD) in Izmir hat dagegen protestiert, dass fast ein Jahr nach dem Massaker in Roboksi immer noch keine Aufklärung stattgefunden hat.
Vor der Verlesung der Pressemitteilung gedachte man in einer Schweigeminute Şehmuz Aydın, dem Vorsitzenden der IHD-Zweigstelle in Izmir, der gestern gestorben war.
Danach verlas der neue Vorsitzende Adnan Kaya die Pressemitteilung. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Verantwortlichen des Massakers von Roboski noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind.
Es wurde auch ein Brief verlesen, der für den in Roboski ermordeten Karker Encüs sprechen soll. Der Brief begann mit: „Ich bin keine Zahl in der Statistik, ich bin ein Mensch! Auch ich habe eine Geschichte. Meine Mutter nannte mich Karker, in meinen Papieren steht Selahattin, aber im Moment bin ich einer der 34. In bin einer von denen, die ermordet und danach erst sehr spät beerdigt wurden. Ich bin einer von denen, die ihre Sehnsüchte in der kalten Erde begraben haben."
Anmerkung: Am 28. Dezember 2011 wurden in Roboskî (türkisch: Ortasu), einem kurdischen Dorf nahe der Grenzen zu Irak und Syrien, 34 Kinder und Jugendliche durch türkische Kampfflugzeuge ermordet.

(ANF, 20.10., ISKU)

Appell von AkademikerInnen und Intellektuellen zum Hungerstreik

In einer gemeinsamen Erklärung haben mehr als hundert AkademikerInnen, Intellektuelle, JournalistInnen und KünstlerInnen an die AKP-Regierung appelliert, Schritte einer Lösung bezüglich des Hungerstreiks zu tätigen.
„Die Türkei befindet sich an der Schwelle eines Alptraums. Tausende Gefangene befinden sich im Hungerstreik. Wir haben Tage wie diese schon einmal erlebt. Wir haben sie vor 16 Jahren erlebt. Wir haben sie erneut vor 12 Jahren erlebt. Und wir wollen solch eine Scham heute nicht noch einmal erleben“, heißt es unter anderem in der gemeinsamen Erklärung.
Die Erklärung fährt wie folgt fort: „Um ihre Forderungen auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit zu bringen, setzen sie ihr Leben aufs Spiel. Ob wir die Methode, die sie anwenden, gutheißen oder nicht, ändert nichts an der Tatsache, dass es hierbei um Menschenleben geht. Das drohende Drama ist offensichtlich: Solange die Regierung den Hungerstreikenden kein Gehör schenkt, nähern sich mehr als tausend junge Menschen Schritt für Schritt ihrem Tod. Gegenüber solch einem Schreckensszenario darf kein Mensch schweigen.
Vor uns stehen die Feiertage. Aber während die Politik in die Ferien geht, wird das Alltagsleben in den Gefängnissen wie gewohnt weiter gehen. Nach den Feiertagen wird der Hungerstreik seine siebte Woche hinter sich lassen, eine Phase, nach der es vielleicht auch kein Zurück mehr geben wird. Solange wir noch die Zeit dafür haben, sollten wir zu verhindern versuchen, dass ein weiterer dunkler Schatten auf unsere Geschichte und auf unser Gewissen fällt.“
Abschließend fordern die Unterzeichnenden dazu auf, den Forderungen der Hungerstreikenden Gehör zu schenken und als Zeichen des guten Willens konkrete Schritte zu tätigen.
Unter den UnterzeichnerInnen befinden sich unter anderem folgende Personen:
Prof. Dr. Ayse Berkman, Prof. Dr. Ayse Erzan, Prof. Dr. Ayse Gözen, Prof. Dr. Ayse Hür (Journalistin), Prof. Dr. Betül Tanbay , Prof. Dr. Çigdem Kafescioglu, Prof. Dr. Erol Katircioglu, Prof. Dr.Fatma Gök, Dr. Ferhat Kentel, Prof. Dr. Gençay Gürsoy, Prof. Dr. Hacer Ansal, Karin Karakasli (Autorin), Prof. Dr. Mehmet Bekaroglu, Prof. Dr. Melek Göregenli, Prof. Dr. Mesut Yegen, Prof. Dr. Mithat Sancar, Nadire Mater (Journalistin), Prof. Dr. Nazan Üstündag, Nazim Alpman (Journalist), Prof. Dr. Özgür Sarioglu, Prof. Dr. Rasit Kaya, Prof. Dr. Semih Bilgen, Suavi (Musiker), Sanar Yurdatapan (Musikerin), Prof. Dr. Ufuk Uras, Vedat Türkali (Autor), Vedat Yildirim (Musiker).

(ANF, 22.10., ISKU)

→Karayilan: Der Hungerstreik muss intensiver unterstützt werden

teidigungsrechts. Die Gewährung dieser Rechte in der Türkei hieße, den demokratischen Lösungsprozess zur Geltung zu bringen. Deshalb ist diese Aktion – vom Wesen her – eine Friedensaktion. Die Aktionen zeigen, wie zwei Völker miteinander frei und gleich leben können. Sie entsprechen einer Roadmap für den Frieden im Hinblick auf die Kurdenfrage“, so Karayilan.
Dazu erklärte er weiter: „Einige Kreise wollen ein Ende der Auseinandersetzungen und den Beginn eines Friedensprozesses. Außerdem machen sie neben diversen unternommenen Bemühungen zeitweise auch Aufrufe. Die gefangenen kurdischen Politiker, die wie Geiseln behandelt werden, formulieren nicht lediglich einen Appell nach draußen, sondern opfern sich nun für die Eröffnung eines Prozesses für die Lösung auf. Denn die gestellten Forderungen beschreiben die primären Prinzipien für den Beginn der Friedensverhandlungen. Wenn heute in Kurdistan die Bildung in der Muttersprache erlaubt wird und Abdullah Öcalan frei kommt, wird sich eine Phase des Dialoges sowie eine kräftige Basis für eine Lösung mit friedlichen Mitteln herausbilden.“
Das Schweigen der türkischen Medien und der Regierung beschreibt Karayilan folgendermaßen: „Die gleichgültige Haltung der Medien in der Türkei sowie seitens der Regierung kann ausschließlich als blinder und zugleich egoistischer Kolonialismus beschrieben werden. Diese Gefangenen werden allein aus der Tatsache heraus, dass sie Kurden sind und den Frieden verteidigen, ganz und gar ignoriert.“
Weiterhin betont Karayilan: „Um ein Ende des unbefristeten Hungerstreiks einzuleiten und den nahenden Tod der Häftlinge zu verhindern, müsse auf die Forderungen reagiert werden. Dies wird dann möglich, wenn die AKP bzw. Premier Erdoğan in dieser Sache eine Entscheidung treffen. Der Ministerpräsident ist für mögliche Ergebnisse verantwortlich. Die Forderungen der Hungerstreikenden sind legitim. Außerdem sind dies Forderungen, die den Weg für die Lösung eines grundlegenden Problems ebnen werden.“

(ANF, 23.10., ISKU)

angeschlossen. Nach Informationen ihrer AnwältInnen hat sie sich am Mittwoch dem Hungerstreik angeschlossen. Frau Yildirim befindet sich zurzeit im E-Typ Gefängnis von Mêrdîn.
Bereits am 15. Oktober hat sich Faysal Sariyildiz, ebenfalls BDP-Parlamentarier, dem Hungerstreik angeschlossen. Faysal Sariyildiz befindet sich zurzeit im D-Typ Gefängnis von Amed.

(DİHA, 24.10., ISKU)

Gesundheitszustand gravierend verschlechtert
Die Gesundheit des Journalisten Tayyip Temel hat sich gravierend verschlechtert. Aktuell kann er weder schreiben noch lesen. Über seinen Anwalt ließ er mitteilen, dass der Hungerstreik so lange fortgeführt werde, bis sämtliche Forderungen erfüllt worden sind.
Der Anwalt Cemil Özen teilte mit, dass es um den Gesundheitszustand seines Mandanten nicht gut aussieht. „Er klagt über Kopfschmerzen, Übelkeit, Durchfall und Gelenkschmerzen und er hat Probleme beim Sprechen. Nachdem er ein paar Minuten gesprochen hatte, braucht er eine Pause. Auch seine Aufnahmefähigkeiten zeigten sich während des Gesprächs mit ihm beeinträchtigt.“
Über seinen Anwalt ließ Temel folgende Nachricht an die Öffentlichkeit verlautbaren: „Um dem Sterben ein Ende zu setzen, haben wir unsere Körper dem Hungern ausgesetzt. Unseren Forderungen soll Folge geleistet werden. Vorher werden wir unsere Aktion nicht beenden.“

(DİHA, 23.10., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
DIHA Dicle Nahrichtenagentur

Termine:

Solidaritätskundgebungen für die hungerstreikenden Gefangenen
u.a. in **Köln** (26.10., 17-19 Uhr, Bahnhofsvorplatz) und **Hamburg** (12 Uhr, Ottenser Hauptstrasse)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 592
2. November 2012

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hungerstreik: Proteste am dezentralen Widerstandstag

Bereits am vergangenen Wochenende kam es überall in Nordkurdistan und zahlreichen türkischen Städten zu Protestaktionen der Bevölkerung zur Unterstützung des nun mehr als sieben Wochen andauernden Hungerstreiks der Gefangenen aus PKK und PAJK. An einer Kundgebung in Adana am Sonntag, zu welcher die BDP aufgerufen hatte, nahmen neben Demirtaş auch die beiden Abgeordneten Ertuğrul Kürkçü und Murat Bozlak teil.
In Amed hatten 252 Intellektuelle, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und RegiesseurInnen in einer gemeinsamen Pressekonferenz auf die Situation der Hungerstreikenden in den Gefängnissen aufmerksam gemacht. In den Stadtteilbüros der BDP in Pîran (Lice), Farqîn (Silvan), Hani und Kocaköy wurden währenddessen Solidaritätshungerstreiks organisiert. Der Friedensaktivist Halil Savda hatte mit einigen weiteren AktivistInnen am Sonntag vor dem E-Typ Gefängnis von Amed ebenfalls einen eintägigen Solidaritätshungerstreik durchgeführt.
In Colemêrg wurde im BDP-Gebäude am Samstag ein zehntägiger Solidaritätshungerstreik aufgenommen. In Şirnex hingegen haben 15 Menschen außerhalb des Gefängnisses einen unbefristeten Hungerstreik aufgenommen. Ebenfalls wurden in Agirî (Ağrı) und Gimgim (Varto) befristete Solidaritätshungerstreiks organisiert. In Dêrsim (Tunceli) machte die Bevölkerung durch eine Demonstration am Sonntag auf den Hungerstreik in den Gefängnissen aufmerksam.
In verschiedenen Stadtteilen von Riha wurden Solidaritätshungerstreiks organisiert. Im Stadtzentrum von Merdîn hat eine Gruppe vor dem E-Typ Gefängnis in der Stadt einen Hungerstreik aufgenommen. Über das ganze Wochenende hinweg wurde diese Gruppe von hunderten Menschen besucht und moralisch unterstützt. Auch in Qoser wurden an drei zentralen Plätzen der Ortschaft Zelte aufgebaut, in denen Solidaritätshungerstreiks durchgeführt worden sind. In Nisebîn ist es während einer Demonstration für Hungerstreikenden zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung gekommen. Bei den Ausschreitungen wurden mehrere Menschen verletzt.
Weitere Solidaritätshungerstreiks und Demonstrationen wurden in Qers, Istanbul, Izmir, Mersin, Manisa, Ankara, Kocaeli, Yalova, Antalya und Rize durchgeführt.

Am 30. Oktober gab es in ganz Nordkurdistan und vielen Städten der Türkei Demonstrationen. In Städten wie Amed (Diyarbakir), Şirnex (Şırnak), Mêrdîn (Mardin) und Elih (Batman) kam es schon in den Morgenstunden bei Protesten für die Hungerstreikenden zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Vielerorts hielten die Auseinandersetzungen den ganzen Tag über an und nahmen auch nach Einbruch der Dunkelheit kein Ende.

Hezex
Im Bezirk Hezex (İdil) (Provinz Mêrdîn) haben sich tausende Menschen vor dem „Zelt des Demokratischen Widerstandes" getroffen, von wo aus sie sich in Richtung des AKP-Gebäudes auf den Weg machten. Allerdings →

Frieden statt Erdogan

Die von Kaiser Wilhelm II. und dem osmanischen Sultan Abdulhamid begründete deutsch-türkische Waffenbrüderschaft ist nach nunmehr 130 Jahren weiterhin lebendig. Dies zeigte der am Mittwoch zu Ende gegangene zweitägige Staatsbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Berlin. Der Wunsch Erdogans um »Unterstützung und Beistand von Deutschland« angesichts des Syrien-Konfliktes stieß bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf offene Ohren. »Wir fühlen uns für die Sicherheit der Türkei verantwortlich«, erklärte Merkel am Mittwoch im Kanzleramt und sicherte ihrem türkischen Amtskollegen die »gemeinsame Verantwortung als NATO-Partner« zu. Ausdrücklich dankte die Kanzlerin dem Kriegsbrandstifter Erdogan, der offen mit einem Angriff auf das Nachbarland droht, dschihadistische Milizen gegen Damaskus bewaffnen läßt und mehrfach Ziele in Syrien unter Beschuß hat nehmen lassen, für seine »Besonnenheit«. Zudem versprach Merkel »intensive Unterstützung« im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Erdogan hatte zuvor behauptet, die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) könne in Deutschland »in aller Ruhe« Geld für den Guerillakampf sammeln.
Vor dem Brandenburger Tor demonstrierten am Mittwoch unterdessen Tausende aus dem ganzen Bundesgebiet angereiste Kurden, Aleviten und Mitglieder sozialistischer Vereinigungen gegen Erdogans Kriegskurs. Die Demonstranten beklagten zudem die Unterdrückung religiöser und ethnischer Minderheiten sowie der Gewerkschaftsbewegung in der Türkei. Redner betonten die Wichtigkeit dieser erstmaligen gemeinsamen Kundgebung aller unterdrückten Bevölkerungsgruppen aus der Türkei.
»Die Menschen in Syrien brauchen Demokratie«, erklärte die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, doch »es gibt keine Alternative zu Dialog und Verhandlungen«. Es dürfe keine Waffenlieferungen über die Türkei an die syrischen Rebellen geben. Roth, die noch am Vortag Erdogan bei der Eröffnung des neuen türkischen Botschaftsgebäudes herzlich begrüßt hatte, ermahnte diesen nun zur Einhaltung der Menschenrechte.
Die Sprecherin für internationale Beziehungen der Linksfraktion, Sevim Dagdelen forderte ein Ende der Kumpanei der Bundesregierung mit der AKP-Regierung, die in der Türkei einen »autoritär-islamistischen Unterdrückungsstaat« etabliert habe. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, erinnerte an die 10000 politischen Gefangenen in der Türkei. »Es gibt Abgeordnete, die noch nie im Parlament waren, weil sie in Haft sitzen«, erklärte der Linke-Spitzenpolitiker. Gysi verwies auf einen Hungerstreik von Hunderten kurdischen Gefangenen, die »ihr Leben aufs Spiel setzen, um Menschenrechte in der Türkei durchzusetzen«.

(jW, 1.11., ISKU)

Meldungen:

„Kein Problem mit der Imrali-Fähre"
Seit genau 460 Tagen werden die Anwaltsgespräche mit Abdullah Öcalan wegen angeblicher Schäden an der Fähre oder wegen Reparaturen an ihr als Grund, die Anträge der AnwältInnen abzulehnen, verhindert. Nun soll das Justizministerium bekannt gegeben haben, dass es keinerlei Probleme gebe, um auf die Gefängnisinsel Imrali zu gelangen.
Nach einer Meldung der türkischen Tageszeitung Taraf, die auf Vertreter des Justizministeriums verweist, heißt es: „Die Vertreter des Justizministeriums äußerten, dass dieselben Gesetzte für Öcalan wie auch für die anderen Gefangen gelten und angewendet werden. Bei einem Besuchsantrag würde dieser bearbeitet. Gegen Öcalan besteht keine Isolation oder eine andere Behandlung als bei den anderen Gefangen." Des Weiteren wurde unterstrichen, dass derzeit keinerlei Zufahrtsprobleme bestehen würden.

(ANF, 29.10., ISKU)

Şemzînan (Şemdinli): 4 Soldaten getötet
Nach den Informationen des Presse- und Kommunikationszentrums der HPG (HPG-BIM) wurden bei einer Aktion der Guerilla in Garê bei Şemzînan (Şemdinli) am 25. Oktober, vier Soldaten getötet und zwei weitere verletzt.
Nach der Aktion hat die türkische Armee das (Operations-) Gebiet intensiv durchsucht.

(YÖP, 27.10., ISKU)

Sabotage an Öl-Pipeline
In Silopi, einer Stadt der Provinz Şirnex (Şırnak), haben die Volksverteidigungskräfte (HPG) eine Sabotageaktion an einer Ölpipeline im Gebiet Şivê Sorê durchgeführt. Laut Angaben des HPG-BIM wurde die Aktion am 25. Oktober um 00.35 Uhr durchgeführt.

(YÖP, 27.10., ISKU)

Kilicdaroglu zu Besuch in Amed
Am zweiten Tag des Opferfestes reiste Kemal Kılıçdaroğlu nach Amed, um verschiedene Gespräche zu führen. Den Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei (CHP) begleiteten seine Stellvertreter Sezgin Tanrıkulu und Gürsel Tekin. Beim Besuch bei Osman Baydemir, dem Bürgermeister von Amed, äußerte Kılıçdaroğlu, „wenn Menschen ih-

YPG: Die Gefechte wurden von kurdischen Parteien provoziert

Die Führung des Hauptquartiers der Volksverteidigungskräfte (YPG) gab bekannt, dass der blutige Angriff in Aleppo eine Provokation von einigen kurdischen Parteien sei. Es wurde bekannt gegeben, dass nach dem Massaker einige Mitglieder des Kurdischen Nationalrats von Syrien mit bewaffneten Gruppen Gespräche gegen die YPG geführt haben. Die YPG ruft die erwähnten kurdischen Parteien zur Klärung ihrer Haltung auf. „Einige sind uns bekannt, aber wir warten darauf, dass der Kurdische Hohe Rat sie benennt", hieß es in der Erklärung.

Die Volksverteidigungskräften (YPG) haben eine Erklärung zum blutigen Angriff vom 25. Oktober in Aleppo, bei dem 10 Personen ihr Leben verloren und 25 verletzt worden sind, abgegeben.

Der Angriff, soll von Banden, die mit der Azadi Partei in Verbindung stehen und von der Türkei Unterstützung erhalten, durchgeführt worden sein. Darunter sei auch die Selahaddin Eyyubi Gruppe zu finden. Bei einer Vergeltungsaktion sollen mindestens 19 Angreifer getötet, mehrere festgenommen und ein Waffendepot beschlagnahmt worden sein.

Die Führung des YPG Hauptquartier erklärte nach den Angriffen: „Immer noch befinden sich Mitglieder von uns und 60 ZivilistInnen in ihren Händen. Auch wir haben einige von ihnen gefangen genommen. Es werden Gespräche geführt, die aber noch zu keinem Ziel geführt haben."

Die bewaffnete Gruppe soll laut der Erklärung der YPG die kurdische Bevölkerung zwischen Halep und Efrin bedroht, entführt und gefoltert haben. Die YPG und die Freie Syrische Armee (FSA) haben an diesem Punkte dieselbe Meinung, dass die Vorfälle der syrischen Revolution nicht dienlich sind. „Wie bewerten diese Vorkommnisse, dass sie konträr zur syrischen Revolution stehen. Wir sind beide gegen das Regime. Diese Art von Auseinandersetzungen fügen uns Schaden zu. Einige Bandengruppen richten diesen Schaden an. Wir möchten nicht, dass solcherlei Situationen entstehen. Wir hatten schon im Vorfeld die Warnung ausgesprochen, dass diese Gruppen, die sich zur FSA gehörig darstellen, eine Intrige begangen haben", heißt es weiter in der Erklärung.

Einige Kräfte streben danach, die Vorfälle zu übertreiben. Die getätigten Untersuchungen haben folgendes ergeben: „Einige kurdische Kräfte gehören auch zu denen, die diese bewaffneten Gruppen dazu animiert haben. Dieselben Kräfte haben sich wieder eingeschaltet. Sie wollen sich in Gespräche mit diesen bewaffneten Gruppen involvieren. Einige Mitglieder des Kurdischen Nationalrats Syrien haben in den letzten zwei Tagen einige Gespräche geführt. Bei den Gesprächen hat er sich als Vertreter der Kurden vorgestellt. Bei den Gesprächen wurde darüber diskutiert, was gegen uns gemacht werden könnte. Sie streben danach, dass die kurdischen Viertel in Aleppo unter die Kontrolle der FSA kommen sollen." Außerdem betonte die YPG in ihrer Erklärung, dass „die kurdischen Parteien Stellung zu ihrem Vorgehen einnehmen müssen".

Die YPG ging auch auf die Rolle des Kurdischen Hohen Rates ein. Der Kurdische Hohe Rat war im Juli vom Kurdischen Nationalrat Syriens und dem Volksrat von Westkurdistan als Vertretungsinstanz der KurdInnen gegründet worden. Dieser solle jetzt Verantwortung tragen und den Vorfall aufklären. Weiter heißt es: Diejenigen, die einen Krieg zwischen den KurdInnen und der FSA bewirken möchten, müssen aufgedeckt werden. Einige von ihnen sind uns bekannt, aber wir erwarten, dass der Kurdische Hohe Rat diese benennt. Falls dem nicht nachgegangen werden sollte, werden wir als YPG unsere Haltung dazu darlegen. Bis jetzt hat der Hohe Kurdische Rat sich außen vor gehalten."

(ANF, 29.10., ISKU)

→Proteste am dezentralen Widerstandstag

wurde die Menge auf halben Weg durch eine Polizeibarrikade gestoppt. Ohne Vorwarnung griff die Polizei die Demonstration mit Wasserwerfern und Gasbomben an. Die Menschenmenge reagierte auf den Angriff der Polizei mit Steinwürfen, der gesamte Bezirk glich in kürzester Zeit einem Kriegsschauplatz. Die Bevölkerung errichtete an vielen Punkten der Stadt Barrikaden, woraufhin sich die Polizei teilweise zurückziehen musste. Nachdem Rückzug der Polizei versammelten sich die Menschen erneut, um ihre Demonstration fortzusetzen. Auffällig war, dass die Polizei ihr Kontingent von Gasbomben aufgebraucht hatte und mit neuen Gasbomben beliefert werden musste. Die Polizei versuchte vielfach vergeblich, die Barrikaden der Bevölkerung zu durchbrechen. Die Auseinandersetzungen hielten nach Einbruch der Dunkelheit weiter an.

Elih

In Stadtzentrum und in den verschiedenen Stadtteilen von Elih (Batman) gingen die Demonstrationen bereits in den frühen Morgenstunden los, wodurch das öffentliche Leben in der Stadt zum Stillstand kam. An dutzenden Punkten der Stadt hatten Jugendliche Barrikaden errichtet und Straßen gesperrt. Ein Großteil der DemonstrantInnen versammelte sich hingegen vor dem Büro der BDP in der Stadt, unter ihnen auch die BDP-Abgeordnete Ayla Akat, um in Richtung des AKP-Gebäudes zu marschieren. Allerdings stoppte auch hier die Polizei die Menschen auf halbem Weg. Daraufhin entschlossen sich die DemonstrantInnen, einen Sitzstreik durchzuführen. Die angespannte Situation in der Stadt hielt bis spät in den Abend weiter an.

Qoser

Im Bezirk Qoser (Kızıltepe) (Provinz Mêrdîn) kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei, nachdem diese das Hungerstreikzelt in der Stadt gewaltsam abgerissen hatte. Gemeinsam mit dem BDP-Abgeordneten Erol Dora versuchte die Bevölkerung daraufhin, eine Demonstration durchzuführen. Allerdings wurde auch die Demonstration von der Polizei ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern und Gasbomben angegriffen. Die Bevölkerung reagierte darauf mit Steinwürfen. Anschließend versammelte sich die Bevölkerung erneut am Ort des abgerissenen Hungerstreikzelts, wo Dora eine kurze Rede hielt, in welcher er auf den Gesundheitszustand der Hungerstreikenden aufmerksam machte. Erneut ging die Polizei zum Angriff über und nahm zahlreiche DemonstrantInnen fest. Im Stadtteil Ipek behaupteten Augenzeugen, dass die Polizei sogar mit scharfer Munition in Richtung der DemonstrantInnen geschossen habe.

Auch in Semsur, Bismil, Mêrdîn, Cizîr, Silopi, Dîlok, Farqîn, Çınar, Erxenî, Dersim, Pîran und Sêrt trafen sich zahlreiche DemonstantInnen vor den Parteizentralen der BDP und versuchten zumeist, Demonstrationen zu den örtlichen Gefängnissen oder zur AKP-Zentrale durchzuführen. In den meisten Fällen versuchte die Polizei, mit Straßenblockaden und Angriffen die Demonstrationen zu verhindern.

In Şirnex blockierten Jugendliche die Hauptstraße mit Barrikaden, wodurch der Polizei der Zugang in Teile der Stadt verwehrt wurde. Die Polizei versuchte ihrerseits vergeblich, die Jugendlichen mit Gasbomben zurückzudrängen. Daraufhin zerstörten die Jugendlichen an vielen Orten der Stadt Überwachungskameras.

(DIHA 29./30.10., ISKU)

ren Körper dem Tode hinwenden, dann müssen wir darüber nachdenken. Es gibt nichts Kostbareres als das Leben eines Menschen". Baydemir betonte, dass die Forderungen der Hungerstreikenden darauf abzielen, das Blutvergießen zwischen Geschwistern zu beenden, und sagte weiter: „Wir befinden uns bedauerlicherweise in solch einer Atmosphäre. Es ist zwar der zweite Tag des Opferfestes, aber in 58 Gefängnissen der Türkei befinden sich derzeit hunderte von Menschen im Hungerstreik. Ihr einzige Hab und Gut ist ihr Leben, und dies haben sie dem Tode hingewendet."

(DİHA, 26.10., ISKU)

Erneuter Angriff der syrischen Armee

Nachdem die syrische Armee ein kurdisches Wohnviertel in Halep attackiert hatte, hat sie gestern ein Fahrzeug angegriffen. Bei dem Angriff kam eine Frau ums Leben. 3 Personen, zwei davon Kinder, erlitten Verletzungen.

Am gestrigen Tag griff die syrische Armee das Eşrefiye-Viertel in Halep an, in dem überwiegend KurdInnen leben. 15 Personen verloren ihr Leben. Mehrere Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

(DIHA, 25.10., ISKU)

Erneuter Angriff auf yezidisches Dorf bei Afrin

Nachdem bereits am Sonntag ein Angriff auf ein yezidisches Dorf bei Afrin in Westkurdistan (Syrien) verübt worden ist, griff einen Tag später dieselbe Gruppe erneut das Dorf an. Bei dem Angriff beantworteten die Volksverteidigungskräfte (YPG) das Feuer. Bei dem Gefecht trug ein YPG-Mitglied Verletzungen davon. Zwei Angreifer wurden getötet, zwei weitere verletzt. Die islamistische Gruppe Emmar Dadiki wird von der Türkei unterstützt.

(ANF, 29.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nahrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 593
9. November 2012

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

10.000 politische Gefangene im Hungerstreik

An dem Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei, aufgenommen von 63 politischen Gefangenen der PKK und PAJK am 12. September, nehmen seit Montag insgesamt 10.000 politische Gefangene teil. Dies gab Deniz Kaya, Sprecher des Hungerstreiks, in einer schriftlichen Erklärung bekannt, welche am 4.November von der Nachrichtenagentur Firat (ANF) veröffentlich worden ist. Zuletzt betrug die Zahl der Hungerstreikenden etwas mehr als 700. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Erklärung der Hungerstreikenden:

„[…] An die Öffentlichkeit, an alle MenschenrechtlerInnen und demokratischen Kreise,

wir wollen mit unserem Hungerstreik niemanden in die Knie zwingen oder erpressen. Zugleich erlauben wir es aber auch nicht, dass irgendjemand versucht, uns zu erpressen. Wir wollen, als inhaftierte FreiheitskämpferInnen, dass mit unserem Hungerstreik unsere Forderung nach den grundlegendsten Menschenrechten sowie unsere legitimen Forderungen nach sozialen und politischen Rechten in der Öffentlichkeit und der gesamten Welt erhört werden.

Wir sagen, dass niemand die Tyrannei akzeptieren darf und deshalb fordern wir ein Ende der Tyrannei gegenüber unserem Volk. Wer Tyrannei akzeptiert, den wird ein grausames Ende ereilen. Aber auch Erdogan und seine Schergen sollten wissen, dass ihre Tyrannei, ihr Sultanat, ihr despotisches Regime nicht akzeptiert werden wird, dass ihr Ende schlimm sein wird.

Wir fordern eine Antwort.

Wir fragen die ganze Welt: Wer kann sich gegenüber der Forderung nach juristischer Verteidigung in der eigenen Muttersprache verschließen? Wer kann die Isolation und die Folter an einer Person akzeptieren, die von einem ganzen Volk als dessen Repräsentant akzeptiert wird? Wer kann sich gegen die Friedensverhandlungen mit unserem Vorsitzenden, unserem Repräsentanten stellen, der die Schlüsselfigur für einen Frieden zwischen den Völkern ist. Wir fordern von allen Menschen Antworten auf diese Fragen!

Unsere Antwort ist jedenfalls klar: Wir sagen, dass es uns mit diesem System reicht, welches uns verleugnet und unsere Freiheiten nicht akzeptiert!

Wir setzen unsere Körper für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage und für ein würdevolles Zusammenleben der Völker dem Tod aus. Unsere Aktion ist zugleich auch ein Appell an das Gewissen. Es ist der Apell eines Volkes, welches Unterdrückung und Leid ausgesetzt ist, für ein Ende dieser Unmenschlichkeit, die an uns stellvertretend für die gesamte Menschheit ausgeübt wird. […]

Wir möchten unsem Volk und der Öffentlichkeit folgendes verkünden:

Unser Hungerstreik, welchen wir am 12. September aufgenommen haben, befindet sich gegenwärtig in seinem 54.Tag. Ab dem heutigen Tag werden wir unsere Aktion auf die nächste Stufe anheben. Ab dem 5. November werden wir den Hungerstreik unter Beteiligung von 10.000 Menschen fortsetzen. Ab diesem Datum werden in den Gefängnissen der Türkei und Kurdistans alle unsere inhaftierten Freundinnen und Freunde, ausgenommen kranke und alte Gefangene sowie Kinder, an unserem unbefristeten Hungerstreik teilnehmen.

Wir warnen die AKP-Regierung und den Ministerpräsidenten Erdogan:

Wir rufen alle Kreise, die unsere Aktion nicht ernst nehmen und versuchen sie zu diffamieren, die Lügen über den Hungerstreik verbreiten und allmögliche Versuche unternehmen den Hungerstreik zu untergraben, dazu auf, Ernsthaftigkeit an den Tag zu legen. Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, werden die AKP-Regierung und der Ministerpräsident Erdogan verantwortlich für alle negativen Konsequenzen sein. […]"

Im Namen der Hungerstreikenden
Deniz Kaya, 04.November

Polizei greift kurdische Abgeordnete mit Tränengas an

Die Partei des Friedens und der Demokratie BDP wollte im Istanbuler Stadtteil Aksaray eine Presseerklärung abgeben, um auf die Lage der kurdischen Hungerstreikenden aufmerksam zu machen. Die türkische Polizei griff allerdings mit aller Härte die Menschenmenge an. Mehrere Menschen wurden festgenommen. Die Straßen von Istanbul glichen buchstäblich einem Kriegsschauplatz.

Die Co-Vorsitzende des demokratischen Gesellschaftskongresses DTK Aysel Tuğluk, die BDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel, die Vorsitzende der ESP Figen Yuksekdağ und mehrere hundert Menschen wurden zur Zielscheibe der Polizei. Aysel Tuğluk und viele andere Bürger erlitten durch den Einsatz von Pfefferspray Verletzungen. Als man versuchte, ihnen zu helfen, griff die Polizei weiter an. Jugendliche antworteten daraufhin mit Steinwürfen.

Die Delegation der BDP und der DTK war von einer großen Menschenmenge am Istanbuler Flughafen empfangen worden. Um auf den Hungerstreik aufmerksam zu machen, trugen sowohl BDPler als auch Abgeordnete rote Schleifen.

Jedoch ließ die türkische Polizei die Menschenmenge nicht weiterziehen und führte Passkontrollen durch. Nachdem die Menge versuchte, durch die Vatanstraße auf den Platz der Kundgebung zu gelangen, setzte die Polizei Tränengas und Pfefferspray ein. Mehrere Menschen wurden verletzt.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Jugendlichen erstreckten sich über eine Zeitspanne von zwei Stunden. Aysel Tuğluk verlor kurzzeitig das Bewusstsein. Sebahat Tuncel versuchte auf dem Milletplatz die Presseerklärung vorzulesen, was von der Polizei allerdings verhindert wurde. Die Repressionswellen der türkischen Regierung setzten sich in der Gestalt von Verhaftungen und willkürlichen Körperverletzungen fort.

(ANF/DK, 4.11., ISKU)

Meldungen:

Razzien in Wan und Sêrt: 29 Festnahmen

Bei Razzien in Wan (Van) und Sêrt (Siirt) sind am Mittwoch insgesamt 29 Menschen festgenommen worden. Unter den Festgenommenen befinden sich auch 6 Minderjährige.

In Wan kam es in den frühen Morgenstunden in 23 Wohnungen zeitgleich zu Razzien. Den Festgenommenen wurde die Teilnahme an verbotenen Demonstrationen vorgeworfen. Bei den sechs festgenommenen in Sêrt handelt es sich um Minderjährige im Alter zwischen 14 und 15 Jahren. Die Polizei gab keine Gründe für ihre Festnahme bekannt. *(ANF, 7.11., ISKU)*

Türkische Luftwaffe ermordet erneut Zivilisten

Bei Angriffen der türkischen Luftwaffe auf das Kandilgebiet sind erneut Zivilisten ums Leben gekommen. Bei den Angriffen, die sich in der Nacht zum Mittwoch gegen 0 Uhr Ortszeit ereigneten, wurden zwei Zivilisten ermordet und zwei weitere verletzt.

Nach Angaben von örtlichen Quellen haben die Kampfflugzeuge der Luftwaffe, die vom Militärflughafen in Amed (Diyarbakir) gestartet waren, die Dörfer Enze, Zergele, Meredo und Kalatuka bombardiert, in den ausschließlich ZivilistInnen leben. Neben den Menschenopfern durch den Angriff wurde viel Kleinvieh, mit welchem die Bevölkerung in der Region ihren Lebensunterhalt verdient, getötet. *(ANF, 7.11., ISKU)*

Norşin: Dorfschützer ermorden Hirten

In Norşin (Güroymak, Provinz Bedlis) haben Dorfschützer ohne Vorwarnung den 20-jährigen Hirten Uğur Demirçin erschossen. Zwei Dorfschützer wurden aufgrund der Tat vorläufig festgenommen. Sie erklärten, dass sie das Opfer für ein PKK-Mitglied gehalten haben.

Laut örtlichen Angaben hatte sich Uğur Demirçin mit zwei Freunden in der Nacht auf den Weg von der Weide nach Hause gemacht. Unterwegs hatten die Dorfschützer jedoch ohne jegliche Warnung das Feuer auf die drei Personen eröffnet. Uğur Demirçin starb noch am Ort des Überfalls, während die anderen beiden in die Kreisstadt Norşin fliehen konnten. Die Festnahme von zwei tatverdächtigen Dorfschützern erfolgte schließlich später am Abend.

(ANF, 7.11., ISKU)

Aus der Schweiz ausgelieferter Metin Aydin weiterhin im Widerstand

Der von der Schweiz an Deutschland ausgelieferte kurdische Aktivist Metin Aydin führt trotz der Versuche, seinen Widerstand zu brechen, den Hungerstreik fort.
Metin Aydin wurde am 20. Juni 2011 auf Antrag der Bundesanwaltschaft der BRD in der Schweiz festgenommen und in Auslieferungshaft überführt. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, leitender Kader der kurdischen Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ zu sein. Nach einem Gespräch zwischen dem türkischen Premierminister Erdogan und der Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde er von Schweizer Behörden am 1. November an die Bundesrepublik ausgeliefert. Er trat vor 59 Tagen gegen seine Auslieferung in einen Hungerstreik, mit Beginn des Hungerstreiks am 12. September in den Gefängnissen der Türkei wandelte er seinen Protest in eine Solidaritätsaktion mit den hungerstreikenden Gefangenen in der Türkei und Nordkurdistan um. Seit dem 45. Tag seines Hungerstreiks lehnte er im Züricher Gefängnis die Besuche ab. Sein Gesundheitszustand ist mittlerweile sehr kritisch.

Protest- und Solidaritätsaktion kurdischer Jugendlicher
Um sich mit Metin Aydin zu solidarisieren und um über seinen Gesundheitszustand Informationen zu erhalten, führten 20 Jugendliche vor dem Gefängnis Hohenasperg eine Solidaritätsaktion durch. Sie zeigten Fahnen des kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan und riefen Parolen für die Freiheit Metin Aydins. Zwei Jugendliche wollten im Anmeldebereich Informationen über die Lage von Metin Aydin erhalten. Die Beamten riefen, ohne die Jugendlichen anzuhören, die Polizei. Innerhalb einer halben Stunde sperrte die Polizei die Ausgänge der Festung und führten eine Personalienkontrolle durch. Ein Jugendlicher ohne Aufenthaltstitel wurde dabei festgenommen. Ein Jugendlicher namens Derwis G. bewertete das Verhalten der deutschen Beamten. Er bezeichnete das Gefängnis als eine Hölle und sagte folgendes: „Die Beamten hörten uns nicht zu. Sie riefen direkt die Polizei. Dies zeigt uns, wie negativ die deutschen Beamten sich uns gegenüber verhalten. Trotz des Widerstands von Metin Aydin haben wir gesehen, dass dieser Hungerstreik nicht beachtet wird. Metin Aydin wurde in eine sozialtherapeutische Anstalt verlegt. Er führt einen Widerstand gegen die türkische und deutsche Politik in Bezug auf die kurdische Frage durch. Er ist kein Mensch, der psychologische Probleme hat. Sowohl die türkische Regierung als auch die deutsche Regierung berücksichtigen den Hungerstreik nicht. Wir werden diese Vorgehensweise nicht akzeptieren und betonen, dass wir weiterhin unsere Aktionen diesbezüglich durchführen werden.“

Verurteilung der Auslieferung von Metin Aydin an die BRD
Die Auslieferung des kurdischen politischen Aktivisten Metin Aydin von der Schweiz an die Bundesrepublik Deutschland wurde von zahlreichen linken Gruppen der Schweiz und der Initiative für die Freiheit von Metin Aydin verurteilt. Die Schweiz lieferte ihn am vergangenen Donnerstag ohne Vorankündigung nach Deutschland aus, obwohl er sich seit 54 Tagen im Hungerstreik befindet.
Aydin war aufgrund eines Haftbefehls der Türkei und Deutschlands im vergangenen Jahr in der Schweiz festgenommen worden und saß seitdem dort im Gefängnis. Aufgrund seiner politischen Arbeit in der kurdischen Bewegung droht Aydin in Deutschland eine Haftstrafe von bis zu 10 Jahren.
In einer Presseerklärung der Föderation der kurdischen Vereine in der Schweiz (FEKAR) wird das Vorgehen der Schweiz scharf verurteilt. „Die Schweiz verstößt gegen ihre eigenen Gesetze“, heißt es in der Erklärung weiter.
Am Dienstag wurde gegen das inhumanitäre und illegitime Vorgehen der schweizer Behörden vor dem Justizministerium in Bern protestiert.
(ANF, 2.11./YÖP, 6.11., ISKU)

Westkurdistan: Abkommen zwischen kurdischen VertreterInnen und FSA

Nachdem am Samstag der Zentralrat der FSA (Freie Syrische Armee) erklärte, dass Nujin Derik, Kommandantin der YPG (Volksverteidigungseinheiten) noch am Leben sei, kam es zu einem Treffen zwischen Vertretern der FSA und kurdischen VertreterInnen. Bei dem Gespräch konnten einige Entscheidungen getroffen werden, u. a. sollen alle Gefangenen freigelassen werden.
Der Zentralrat der FSA hatte erklärt, dass die YPG-Kommandantin Nujin Derik (Şaha Eli Evdo) noch am Leben sei. Daraufhin trafen sich VertreterInnen der PYD (Partei der Demokratischen Einheit) und der YPG nahestehende Personen mit der FSA.

Bei dem Treffen wurden folgende Vereinbarungen getroffen:
- Beide Seiten werden sich vom Dorf Qestel Cendo (ein in Efrin liegendes yesidisches Dorf) fernhalten. In dieses Gebiet werden einige Gruppen, die zu den Brigaden der FSA gehören und in die Gefechte nicht involviert waren, als Beobachter gesandt.
- Alle gefangenen Personen werden unverzüglich freigelassen, einschließlich Nujin Derik. In diesem Rahmen werden alle gefangengenommen Personen und beschlagnahmte Ausrüstung zurückgegeben.
- Die Flaggen der beiden Gruppen und die Unabhängigkeitsflagge, werden an die Grenzpunkte zwischen den beiden Gruppen gehisst.
- Falls eine der Gruppen diese Übereinkunft verletzen sollte, wird von dritter Seite eine Untersuchung eröffnet und Rechenschaft gefordert.

Was war passiert?
Am 25. Oktober wollte eine Gruppe von bewaffneten Islamisten, die zur Selahaddin-Eyyubi-Brigade gehört, in ein kurdisches Viertel in Aleppo eindringen. Dies wurde von den Einheiten der YPG verhindert. Am Tag darauf drangen dieses Mal 200 Mitglieder dieser bewaffneten Gruppierung in das Viertel ein. Daraufhin kam es zum Protest von tausenden BewohnerInnen des Viertels. Die islamistische Gruppierung schoss auf die protestierende Menschenmenge, 13 Menschen verloren dabei ihr Leben, zahlreiche Menschen wurden verletzt. Die YPG setzte zum Vergeltungsschlag an, bei dem 19 Islamisten getötet wurden. Nach dem Gefecht kam es zu einer Gefangenenübergabe, bei der die YPG-Kommandantin Nujin Derik entführt wurde.
Am 1. November kam die Meldung, dass Nujin Derik ermordet worden sei. Die YPG verurteilte auf schärfste die Ermordung und versprach, Rechenschaft von der Selahaddin-Eyyubi-Brigade zu fordern.
Bei einer Straßensperre der islamistischen Gruppierung wurden auf der Hauptstraße zwischen Aleppo und Afrin etwa 300 KurdInnen gefangengenommen. In Folge von schweren Folterungen verlor dabei eine Person ihr Leben. *(ANF, 4.11., ISKU)*

Treffen zwischen Gül und Ergin
Der Staatspräsident der Türkei Abdullah Gül berief den türkischen Justizminister Sadullah Ergin in die Staatsresidenz. Das Treffen, in dem über den Hungerstreik, der seit dem 12.September andauert und dem sich mittlerweile etwa 10.000 Gefangene angeschlossen haben, gesprochen wurde, dauerte 1 Stunde und 15 Minuten. Über das Gespräch wurde nach dem Treffen keinerlei Erklärungen abgegeben. *(ANF, 7.11., ISKU)*

41 Soldaten der türkischen Armee bei einer Aktion der HPG getötet
Bei einer Aktion der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) in Pîran (Lice) kamen laut Angaben des Presseinformationszentrums der HPG 41 Soldaten der türkischen Armee ums Leben.
In den Abendstunden des 2.November erfolgte ein Angriff der HPG-Einheiten gegen einen Militärstutzpunkt der türkischen Armee in Pîran. Bei diesem Angriff, der 45 Minuten andauerte, wurden insgesamt 26 Soldaten getötet. Zudem wurden u. a. ein Panzer, mehrere schwere Waffen und Flugabwehrgeschosse vernichtet.
Anschließend griff die Guerilla einen Militärkonvoi an, der auf dem Weg zum Militärstutzpunkt war. Bei diesem Angriff wurden 15 Soldaten der türkischen Armee getötet.
Bei den Aktionen verloren zwei Kämpfer der HPG ihr Leben.
(ANF, 3.11., ISKU)

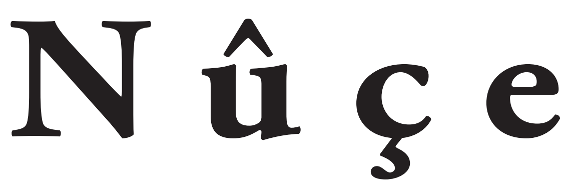
Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
DK	DieKurden.de

Sonderseite zum Hungerstreik
Auf der Webseite der ISKU wurde eine Sonderseite mit aktuellen Informationen, Kampagnen, Erklärungen und Hintergrundberichten zum Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen eingerichtet. Zu finden unter *www.isku.org* im rechten oberen Bereich.

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan**
Spaldingstr. 130
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-Mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 39 68 506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 594
16. November 2012



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufruf am 60. Tag des Hungerstreiks der 93 gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Partei für Frieden und Demokratie BDP an die Öffentlichkeit (Stand: 10.11.2012)

Ihre Forderungen sind auch unsere Forderungen

Als gewählte Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie möchten wir hiermit kundtun, dass unsere Gesellschaft an einem Scheideweg steht. Dieses ist eine Folge der Tatsache, dass das Gewissen der Öffentlichkeit nicht auf die dringenden Hilferufe der kurdischen politischen Gefangenen reagiert. Diese Hungerstreikenden, die an einem kritischen Punkt angelangt sind, können nicht separat von den Forderungen des kurdischen Volkes nach Freiheit und einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage bewertet werden.

Seit 2009 sind im Rahmen der so genannten KCK-Operationen – die einen Angriff auf die Partei für Frieden und Demokratie darstellen – mehr als 9 000 PolitikerInnen, NGO-MitarbeiterInnen, AktivistInnen, JuristInnen, JournalistInnen, gewählte BürgermeisterInnen, Stadträte, ParlamentarierInnen und Studierende, kurz gesagt, Männer, Frauen, Kinder, ältere Menschen und Menschen aus allen Lebensbereichen verhaftet worden. Diese Verhaftungen bezwecken die Entrechtung der Kurdinnen und Kurden in der legalen Politik und haben großes Leid für unser Volk verursacht.

Durch die Verhaftung gewählter Mitglieder der kurdischen Opposition und der eskalierenden militärischen Opposition hat sich die Regierung wieder einmal für die seit 90 Jahren andauernde staatliche Politik der Überwachung und Zerstörung entschieden.

Diese richtet sich vollkommen gegen die Erwartungen der kurdischen Bevölkerung auf eine faire Lösung der kurdischen Frage, basierend auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Freiheit. Die türkische Regierung hat außerdem ihre Strategie durch die Totalisolation seit nun mehr als 16 Monaten von Abdullah Öcalan intensiviert.

Die Politik der türkischen Regierung, die durch Ausgrenzung, Isolation und Konflikte geprägt ist, hat im letzten Jahr das Leben von Tausenden Menschen gefordert. Tausende zu Unrecht politisch Gefangene haben in einer solchen Atmosphäre mit drei grundlegenden Forderungen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Wir möchten der Öffentlichkeit mitteilen, dass die Forderungen der Gefangenen auch unsere Forderungen sind. Die Forderungen sind folgende: Abdullah Öcalans Isolationshaft soll aufgehoben werden, so dass Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden können. Weiter wird die Anerkennung des Rechtes auf Bildung und Verteidigung vor Gericht in der kurdischen Muttersprache gefordert. Die Isolationshaft verstößt gegen nationale und internationale Gesetze und ist eine grundlegende Rechtsverletzung. Darüber hinaus führt diese Strategie dazu, dass der bestehende Konflikt intensiviert wird; sie ist Teil einer militärischen Logik.

Die einzige Konsequenz dieser Politik sind gewalttätige Auseinandersetzungen und Tod. Es sind in erster Linie die Architekten und Vollstrecker der Isolationspolitik, die verantwortlich sind für die Beendigung der vorher stattgefundenen Verhandlungen, der Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzungen und der steigenden Anzahl von Todesopfern.

Die kurdische Frage ist aus der Tatsache entstanden, dass dem kurdischen Volk als einer Nation seine sprachlichen und kulturellen Rechte verwehrt werden und seine Identität nicht anerkannt wird. Dabei sind es die natürlichen Rechte eines Volkes, Bildung und gerichtliche Verteidigung in der Muttersprache vollziehen zu können.

Kurdischen Menschen ist ihre Muttersprache und Identität genau so wichtig wie für türkische, persische, arabische, französische oder deutsche Menschen. Wir fordern nicht mehr oder weniger als auch diesen Nationen zusteht. Um es auf den Punkt zu bringen: der einzige Grund, warum diese Menschen in den Hungerstreik getreten sind, sind die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung, die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der türkischen Machthaber.

Der türkischen und kurdischen Bevölkerung sollte bewusst sein, dass die Gefangenen den eigenen Tod riskieren, damit wieder Verhandlungen über eine Lösung der kurdischen Frage aufgenommen und weitere Verluste eingedämmt werden.

Die Haltung der türkischen Öffentlichkeit und in erster Linie der Regierung zeigt, dass das Gewissen der Menschen in unserer Gesellschaft an einem Scheideweg angekommen ist. Der Öffentlichkeit sollte weiterhin bewusst sein, dass die jetzige Position der Regierung und der weitere Verlauf des Hungerstreiks für unsere Zukunft entscheidend ist.

Hier ist unser Aufruf an den Premierminister, an die Regierung und die türkische Bevölkerung: jegliche Provokationen, abfällige und verächtliche Äußerungen. sind eine Einladung an den Tod. Wir haben keine Sekunde zu verlieren, um unsere Freiheit zu erlangen und eine Tür zu öffnen, damit auf dem Verhandlungswege gewaltfrei eine Lösung gefunden werden kann.

Wir sind besorgt, dass der mögliche Tod einer der Hungerstreikenden den Beginn eines unreparierbaren Bruches markiert und zu einem vertieften Konflikt führen wird. Deshalb muß die Isolationshaft von Abdullah Öcalan aufgehoben werden und unverzüglich Verhandlungen beginnen. Als von der Bevölkerung gewählte BürgermeisterInnen und LandrätInnen sind wir jederzeit bereit, unseren Anteil dazu beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

93 gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der BDP

Meldungen

Feleknas Uca bei Einreise in die Türkei in Istanbul festgenommen

Die ehemalige Europaabgeordnete für die Partei Die Linke, Feleknas Uca, wurde gestern Abend auf dem Atatürk-Flughafen in Istanbul festgenommen. Ihr wird vorgeworfen, gegen Einfuhrbeschränkungen für Medikamente verstoßen zu haben.

Laut ihrem Rechtsanwalt Ramazan Demir soll sie auf Antrag der Staatsanwaltschaft für zwei Tage festgehalten werden, um weitere Vorwürfe wie Mitgliedschaft in der PKK und der KCK zu prüfen.

Frau Uca soll bei ihrer Einreise 248 Dosen Vitamin B1 Tabletten mit sich geführt haben, die dem Zoll nicht gemeldet worden seien. Diese Vitamintabletten sollen für die Hungerstreikenden in türkischen Gefängnissen bestimmt gewesen sein.

Da Frau Uca nur Kurdisch und Deutsch spricht, hatte sie einen kurdischsprachigen Dolmetscher angefordert. Da aber nach Angaben der Polizei kurdischsprachige Dolmetscher verboten seien, wollten sie ihr einen deutschsprachigen Dolmetscher besorgen und forderten sie auf, keine Schwierigkeiten zu machen. Dagegen legte sie Widerspruch ein.

(Radikal, ANF, 15.11., ISKU)

Tote bei Luftangriffen auf westkurdische Stadt Serêkanî

Bei Luftangriffen der syrischen Armee auf zwei Bezirke der westkurdischen Stadt Serêkanî wurden mindestens acht Menschen getötet und 51 weitere wurden verletzt.

Gegen 10 Uhr Ortszeit griff die Luftwaffe die westkurdische Stadt an, in der sich die Kräfte der Freien Syrischen Armee verschanzt haben. Diese waren am 9. November über die türkische Grenze mit hunderten Kämpfern in die Stadt eingedrungen. Bei den Opfern des Luftangriffs handelt es sich nach Angaben der Nachrichtenagentur Firat (ANF) allerdings ausschließlich um kurdische ZivilistInnen. Unter den Getöteten befinden sich auch zwei Kinder.

Dutzende Häuser von ZivilistInnen wurden durch die Angriffe zerstört oder teilweise beschädigt. Aufgrund der Angriffe sind tausende BewohnerInnen von Serêkanî über die Grenze zur Türkei nach Riha (Urfa) geflohen.

(ANF, 12.11., ISKU)

Hungerstreik weitet sich aus:

BDP-Abgeordnete treten in Hungerstreik
Am 60. Tag schlossen sich sieben Abgeordnete der BDP, der Bürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir und 14 ständige Ratsmitglieder des Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK) dem Hungerstreik der kurdischen politischen Gefangenen an.
Bereits am Donnerstag waren die DTK-Ratsmitglieder und BDP-Abgeordneten Emine Ayna und Özdal Üçer in unbefristeten Hungerstreik getreten.
In einer Presseerklärung teilte die BDP-Co-Vorsitzende Gültan Kisanak mit: „Wir treten in unbefristeten Hungerstreik. Die Forderungen der Gefangenen sind unsere Forderungen. Wir beginnen heute mit unserer Aktion, um der Stimme der Gefangenen Gehör zu verschaffen. Erst wenn eine Lösung gefunden ist, werden unsere FreundInnen den Hungerstreik beenden, und erst dann werden wir unsere Aktion beenden. Wir sind bereit, unseren Widerstand, unseren Hungerstreik bis zum Ende fortzusetzen.“
Unter den Hungerstreikenden befindet sich die BDP-Co-Vorsitzende Gültan Kisanak, DTK-Co-Vorsitzende Aysel Tuğluk, BDP-Parlamentarier Adil Kurt, Sırrı Süreyya Önder, Sebahat Tuncel, Özdal Üçer, Emine Ayna, der Bürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, die ständigen Ratsmitglieder des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK), Cafer Kan, Meral Güngör, Seydi Fırat, Asya Tekin, Naşide Buluttekin, Osman Özçelik, Fırat Alökmen, Zöhre Taş, Şilan Elmas, Mehmet Baysal, Remzi Kızılkaya, Ramazan Özbek, Fırat Tursun und Songül Morsümbül.
Leyla Zana, unabhängige Abgeordnete von Amed (Diyarbakir), hat sich ebenfalls am 13.11. dem Hungerstreik angeschlossen.

Meletî: Gemeinsamer Angriff von Faschisten und Polizei
Nach einer öffentlichen Presseerklärung in Meletî (Malatya), bei der auf die Situation der Hungerstreikenden in den Gefängnissen aufmerksam gemacht werden sollte, wurden die rund 150 Mitglieder der Parteien BDP, EMEP und ESP sowie der Gewerkschaft KESK zunächst von einem faschistischen Mob und anschließend von Polizeikräften angegriffen.
Nach der Presseerklärung wollten sich die Menschen in Richtung des Parteigebäudes der BDP in Bewegung setzen. Auf dem Weg dorthin wurden sie von einem faschistischen Mob angegriffen. Anschließend kam die Polizei hinzu und feuerte Gasbomben in die Menschenmenge und in das Parteigebäude der BDP. Durch die Angriffe wurden insgesamt drei Menschen verletzt.

Polizeiterror in Bedlis
In Bedlis (Bitlis) sollte am Sonntag zum 61. Tag des Hungerstreiks eine Demonstration zum Gefängnis der Stadt stattfinden. Allerdings wurde die Demonstration zunächst durch einen brutalen Angriff der Polizei gestoppt. Die Polizeikräfte schlugen mit Schlagstöcken auf die rund 500 DemonstrantInnen ein und setzten Gasgranaten gegen die Menschenmenge ein. Zahlreiche DemonstrantInnen wurden durch den Polizeiangriff verletzt. Unter den Verletzten befinden sich auch der BDP-Abgeordnete aus Bedlis, Hüsamettin Zenderlioğlu, und der Vorsitzende der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD aus Bedlis, Hasan Ceylan. Zudem wurden fünf DemonstrantInnen durch die Polizei festgenommen. Doch trotz der Angriffe auf die Demonstration gelang es einem Teil der DemonstrantInnen, vor das Gefängnis zu gelangen. Die Situation in der Stadt ist weiterhin angespannt.

(DIHA, ANF, 11./14.11., ISKU)

Noch eine Betrugsmasche der AKP

Es ist bekannt, dass eine der Hauptforderungen der über zehntausend hungerstreikenden Gefangenen das Recht auf Verteidigung vor Gericht in der Muttersprache ist. Die AKP-Regierung hat durch eine Erklärung an die Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass durch eine neue gesetzliche Regelung diese Forderung schon erfüllt sei.
Die Ideologie, die die Nutzung des Grundrechtes der Kurden auf ihre Muttersprache als Menschenrecht in allen gesellschaftlichen Bereichen, allem voran in der Bildung, bis heute verhindert hat, zeigt sich auch in der Gesetzesvorlage wieder.
Die am 12. November 2012 ins Parlament eingebrachte Gesetzesvorlage, die einen Paragraphen über die besagte Regelung enthält, gewährt nur in sehr begrenzten Fällen ein Recht auf Verteidigung in der Muttersprache und weiterhin ist dieses Recht dem Gutdünken des Richters überlassen.

Unsere Rechtsauffassung in Bezug auf die Gesetzesvorlage können wir folgendermaßen zum Ausdruck bringen:
1. Die Nutzung der Muttersprache während der Anklagevorbereitung, Untersuchungshaft, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsphase wird völlig außen vor gelassen und von der Regelung nicht erfasst. Das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache wird lediglich bei dem Vortrag der Anklageschrift und bei der ersten Einlassung zur Sache/Stellungnahme gewährt. Dass die Nutzung der Muttersprache im Ermittlungsverfahren, bei der Identitätsfeststellung, der Beweiserhebung, dem Kreuzverhör nicht erlaubt ist, sind Faktoren die diese Gesetzesvorlage bedeutungslos machen.
2. Durch die Gesetzesvorlage wird den Angeklagten das Recht genommen, sich im schriftlichen Verfahren gegen die Anklage zu wehren, sie können sich nur noch mündlich verteidigen.
3. Für die Nutzung dieses beschränkten Rechtes, müssen die Betroffenen auch noch die Dolmetscherkosten selbst übernehmen. Wenn die wirtschaftliche Lage des Angeklagten die Übernahme der Dolmetscherkosten nicht erlaubt, kann er dieses Recht auch nicht in Anspruch nehmen. Wir sind konfrontiert mit einer Rechtsausübungsmöglichkeit, die an die wirtschaftliche Lage gekoppelt ist.
4. Auch wenn diese ganzen Voraussetzungen erfüllt werden, hängt die letztendliche Erlaubnis zur Nutzung dieses Rechts vom Ermessen des jeweiligen Richters ab. Mit einer sehr abstrakten Begründung wie „Verschleppung des Verfahrens“ kann der Richter die Verteidigung in der Muttersprache des Angeklagten verbieten. Der Richter kann diese Entscheidung ohne irgendeine Erklärung allein nach seinem persönlichen Ermessen treffen und die gesetzliche Regelung völlig außer Acht lassen.

Hunderte von Gefangenen, denen im Rahmen der KCK-Verfahren seit dem 14. April 2009 der Prozess gemacht wird, sitzen ein, ohne sich verteidigt zu haben, weil die Richter von diesem „Ermessen“ gebraucht gemacht haben. Die Richter vermeiden sogar zu erwähnen, dass die Angeklagten kurdisch sprechen, also sogar der Name der gesprochenen Sprache wird ausgeblendet. In die Sitzungsprotokolle wird „eine unbekannte Sprache“ eingetragen. Man kann es sich schon ausmalen, wie eine Justiz mit solch einer Ideologie ihr Ermessen gebrauchen wird.
Als Resümee kann festgestellt werden, dass diese Gesetzesvorlage, die wohlgemerkt noch keine Rechtskraft entfaltet, lediglich die Öffentlichkeit irreführen und blenden möchte. Eine andere Bedeutung kann hieraus nicht gefolgert werden.

Mahmut Şakar, 14.11.2012
MAFDAD – Stellvertretender Vorsitzender

Westkurdistan: YPG-Kommandantin Nujin Dêrik wurde freigelassen
Die Kommandantin der westkurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) Nujin Dêrik ist freigelassen worden. Dêrik war am 26. Oktober von einer Gruppe entführt worden, die sich als Teil der Freien Syrischen Armee begreift.
Am Tag ihrer Entführung hatte diese Gruppe den kurdischen Stadtteil Eşrefiye in Aleppo versucht zu stürmen. Nachdem sie auf den Widerstand der Bevölkerung gestoßen war, schossen sie wahllos auf ZivilistInnen und töteten dabei insgesamt 13 Menschen. Als Reaktion auf diesen Angriff setzten die Kräfte der YPG zum Vergeltungsschlag an; dabei kamen 19 Menschen der Angreifergruppe ums Leben. Unter dem Vorwand, dass die bewaffnete Gruppe später über Mittelsmänner die Leichname ihrer getöteten Mitglieder entgegennehmen wolle, stellten diese den YPG-Einheiten erneut einen Hinterhalt, und es kam erneut zu Gefechten. Während dieser Gefechte fiel Nujin Dêrik verletzt in die Hände der bewaffneten Gruppe. Sechs Tage nach dem Zwischenfall erklärte der militärische Rat der Freien Syrischen Armee, dass Dêrik getötet worden sei.
Nach der Todesmeldung von Dêrik kam es in vielen westkurdischen Städten zu Demonstrationen, mitunter mit Beteiligung von Zehntausenden. Einen Tag nach den Protesten erklärte der Militärrat der Freien Syrischen Armee, dass Dêrik doch noch am Leben sei und dass man sie frei lassen werde. Dies geschah am Abend des 10. Novembers, sieben Tage nach dem eigentlich abgesprochenen Termin. Dêrik wurde an die YPG übergeben.

(ANF, 11.11., ISKU)

Quellen:
ANF **Fırat Nachrichtenagentur**
DIHA **Dicle Nachrichtenagentur**

Sonderseite der ISKU zum Hungerstreik
Zu finden unter: www.isku.org im rechten oberen Bereich.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 595
23. November 2012

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Hungerstreik in den Gefängnissen für beendet erklärt

Die Hungerstreikenden haben auf den Aufruf des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan reagiert und der Öffentlichkeit über ihren Sprecher Deniz Kaya mitgeteilt, dass sie ihren Hungerstreik ab dem 18. November für beendet erklären. Abdullah Öcalan hatte am Tag zuvor über seinen Bruder an die Hungerstreikenden den Wunsch geäußert, dass diese ihre Aktion zu Ende bringen sollen: „Die Hungerstreikenden haben das übernommen, was die Leute draußen hätten machen sollen. Die Menschen außerhalb der Mauern sollen nicht ihre Aufgaben und ihre Verantwortung den Menschen hinter den Mauern überlassen, die sowieso schon krank sind und unter schwersten Bedingungen leben müssen. (…) Die Hungerstreikaktion ist sehr bedeutsam. Diese Aktion hat ihr Ziel erreicht. Ohne jegliche Zeit zu verlieren, sollen sie mit dem Hungerstreik aufhören. Ich richte von hier aus allen Hungerstreikenden, vor allem denen der ersten und zweiten Gruppe, einzeln meine Grüße aus."

Im Folgenden geben wir die Erklärung zur Beendigung des Hungerstreiks wieder:
„Unser Hungerstreik, den wir am 12. September 2012 im Geiste des Widerstands des 14. Juli (1982, gemeint ist der große Hungerstreik im Gefängnis von Amed (Diyarbakir)) aufgenommen und bei dem wir uns die Philosophie von Kemal Pir aus jener Zeit, nämlich dass ‚Wir das Leben so sehr lieben, dass wir bereit sind dafür zu sterben', zu Eigen gemacht haben, wird in die Geschichte als ein großes Kapitel des Widerstands eingehen. Das Ziel unserer Aktion war es zu zeigen, dass wir für ein Ende der Gewaltspirale in der kurdischen Frage und für deren friedliche Lösung über den Weg des Dialogs und der Verhandlungen zur Not auch bereit sind, unser Leben zu geben. Für die Ermöglichung einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage haben wir unser Leben dargebracht.
Zugleich möchten wir betonen, dass der Widerstand des kurdischen Volks und der demokratischen Öffentlichkeit, welcher über den gesamten Zeitraum unserer Aktion aufrecht erhalten wurde, uns eine großartige Motivation und Kraft gespendet hat. Wir möchten deshalb alle Menschen, die an diesem Widerstand teilgenommen haben, grüßen und uns bei ihnen bedanken. Die Tatsache, dass Millionen auf der Straße sich mit dem Widerstand von 10.000 Menschen hinter Gittern solidarisiert haben, hat das Gewaltverständnis des Staates in dieser gesamten Phase ins Leere laufen lassen. Deswegen möchten wir uns nochmals ausdrücklich bei unserer Bevölkerung und der demokratischen Öffentlichkeit bedanken.
Wie die Öffentlichkeit weiß, hat unser Vorsitzender mit seiner Aussage, dass der Widerstand seinen Sinn erfüllt habe und der Hungerstreik ohne Zweifel beendet werden sollte, den Wunsch an uns herangetragen, unsere Aktion zu beenden. Wir folgen diesem Aufruf und teilen mit, dass wir ab dem 18. November 2012 unseren Hungerstreik für beendet erklären. Wir werden in der vor uns liegenden Zeit genauestens beobachten, wie die Annäherung an unseren Vorsitzenden aussehen wird und ob die Möglichkeit für neue Verhandlungen an Klarheit gewinnen wird.

Der Widerstand muss weitergehen

An unser Volk und die demokratische Öffentlichkeit möchten wir zusätzlich folgenden Aufruf richten: Die Entwicklung, die der Hungerstreik initiiert hat, muss bis zur Erlangung der Freiheit unseres Vorsitzenden und bis der Aufbau der Demokratischen Autonomie vollendet ist, weitergeführt werden. Der Widerstand hierfür muss gar erhöht und auf eine neue Ebene getragen werden. Unser Volk hat durch seine Aufopferungsbereitschaft und seinen unbeschreiblichen Widerstand seinen unbedingten Freiheitswillen gezeigt. Dieser Widerstand, unter der Vorhut unserer Bevölkerung, kann von keiner Kraft aufgehalten werden."
(ANF, 17./18.11., ISKU)

Was passiert in den Grenzgebieten um Kobanî, Qamişlo und Dirbesî

Die Wunden des Massakers hunderter Militanter der Freien Syrische Armee (FSA), die über die Türkei in die westkurdische Stadt Serêkani eingedrungen sind, sind kaum abgeklungen, da passieren in anderen umliegenden kurdischen Städten weitere verdeckte Aktivitäten. Nachdem am 19. Juli diesen Jahres die KurdInnen ihre Vereinigung in Form des Kurdischen Hohen Rates proklamiert hatten, intensivierten sich die Angriffe einiger Gruppierungen, die unter dem Einfluss äußerer Kräfte stehen.
Seit dem Beginn der Aufstände in Syrien im März 2011 laufen verdeckte Aktivitäten mit dem Ziel, die kurdische Einheit zu verhindern bzw. zu stören. Einige kurdische Gruppierungen stützen sich lieber auf Kräfte von außen, als auf die Strategie des 3. Weges, der von der PYD (Partei für die Demokratische Einheit) forciert wird. Der 3. Weg unterstützt weder die Linie Assads noch die der FSA. Doch mit dieser Haltung fanden diese Gruppierungen keine Unterstützung in der Bevölkerung, sodass sie sich später doch gezwungen sahen, sich dem Kurdischen Hohen Rat anzuschließen. Jedoch führen Organisationen wie die Azadi Partei, die Yekiti Partei und die El Partei ihre Machenschaften weiter.
Auf der Gründungssitzung des Kurdischen Hohen Rates am 11. Juli in Hewlêr wurde der Beschluss gefasst, dass keine Gruppe mehr ohne Genehmigung des Rates in unabhängiger Weise Gespräche im Namen der KurdInnen führen darf. Jedoch halten sich die genannten Gruppierungen nicht an die Vereinbarungen. So trafen sie sich in Hewlêr mit dem türkischen Außenminister Ahmet Davutoğlu. Ein Dokument, das an die Öffentlichkeit gelangte, belegt, dass diese Organisationen an einem von der Türkei gegen die PYD konstituierten Plan Teil haben.

Geheime Zusammenkünfte und das Treffen in Katar

Es wurde auch ein Treffen in Hewlêr zwischen der Türkei, der USA, Israel, der Autonomen Region Kurdistan und einigen

→

Meldungen

Hungerstreikende ins Krankenhaus eingeliefert

Nach der Beendigung des Hungerstreiks mussten in Sêrt (Siirt) 18 Gefangene, die sich im Hungerstreik befanden, in das staatliche Krankenhaus der Stadt verlegt werden. Nach der Einlieferung der Gefangenen wurden sie sofort durch die Ärzte in Behandlung genommen. Über den aktuellen Zustand der Gefangenen wurden keine Angaben gemacht.
Auch fünf Hungerstreikende aus dem Gefängnis von Amed (Diyarbakir) wurden am Abend des 16. November in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Bei den betroffenen Personen handelt es sich um die AktivistInnen, die am 12. September den Hungerstreik begonnen hatten. Unter den fünf Personen befindet sich auch der kurdische Journalist und Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) Tayip Temel. *(ANF, 16./18.11., ISKU)*

Cizir: Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Polizei

In Cizir (Cizre) in der Provinz Şirnex (Şırnak) ist es während einer Demonstration zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei gekommen. Der Einzelhandel in Cizir hat aus Protest gegen die Gewaltpolitik des Staates an zwei aufeinanderfolgenden Tagen seine Geschäfte geschlossen gehalten. zur Unterstützung wollte die Bevölkerung den Protest auch auf die Straße tragen. Allerdings griff die Polizei die Menschenmenge mit Gasgranaten und Wasserwerfern an. Die darauf folgenden Auseinandersetzungen zwischen den DemonstrantInnen und der Polizei verbreiteten sich in alle Orte im Bezirk.
Unterdessen wurde erklärt, dass auch die 90 UnterstützerInnen in Cizir ihren Solidaritätshungerstreik beenden werden.
(ANF, 18.11., ISKU)

Gefechte in Şemzinan

In Şemzinan (Şemdinli) kam es am Sonntag zu schweren Gefechten zwischen der türkischen Armee und der Guerilla der Volksverteidigungskräfte HPG. Dabei kamen mindestens fünf türkische Soldaten ums Leben, 15 weitere wurden verletzt.
Zudem soll ein Hubschrauber, der Soldaten transportiert hat, durch die kurdischen Guerilla zum Absturz gebracht worden sein.

Angriff auf Flüchtlingscamp Maxmur

Sicherheitskräfte, die zur Regierung der Autonomen Region Kurdistans und zur irakischen Armee gehören, haben am Sonntag Morgen versucht, in das in Südkurdistan (Nordirak) liegende UN-Flüchtlingscamp Maxmur einzudringen. Dabei wurden Schüsse auf die BewohnerInnen des Camps abgefeuert, wodurch 5 Menschen verletzt wurden.
Die Sicherheitskräfte versuchten – ohne einen Grund zu nennen – um 9 Uhr Ortszeit in das UN-Flüchtlingscamp einzudringen. Die Sicherheitskräfte stießen auf den Widerstand der CampbewohnerInnen. Daraufhin wurde auf die BewohnerInnen das Feuer eröffnet, wodurch 5 Menschen leichte Verletzungen davontrugen. Daraufhin wurde ein Fahrzeug von den BewohnerInnen gestoppt und beschlagnahmt. Zwei Maschinengewehre, zwei Pistolen, Funkgeräte und weitere Gegenstände, die sich im Fahrzeug befunden haben, wurden ebenso beschlagnahmt. Einer der Sicherheitskräfte wurden von den BewohnerInnen festgesetzt.
Aufgrund des Widerstandes der BewohnerInnen, die sich mit Steinen zur Wehr gesetzt haben, sahen sich die Sicherheitskräfte gezwungen, sich zurückzuziehen. Anschließend versammelten sich tausende Menschen vor dem UN-Gebäude und protestierten gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte.
Daraufhin kam es zu einem Treffen zwischen dem Bürgermeister von Maxmur Ibrahim Şexullah, dem Chef der Sicherheitskräfte und der Campvertretung für äußere Angelegenheiten Polat Çele. In dem Gespräch wurde u.a. erörtert, dass die BewohnerInnen aufgrund des willkürlichen und bewaffneten Eindringens besorgt sind. Außerdem wurden die Kommunikationsprobleme angesprochen, die mit den arabischsprachigen Soldaten, die zur Irakischen Armee gehören, bestehen. Die CampbewohnerInnen betonten die Notwendigkeit von Kurdischkenntnissen der Soldaten, die den Eingang des Camps bewachen.
Nach dem Gespräch hielt Polat Çele eine Rede vor der Bevölkerung, in der er erklärte, dass es sich um ein politisches Camp handelt und aufgrund dessen die Sicherheitskräfte aus der Gegend entfernt werden müssen. Weiter führte er an, dass eine Lösung für das Sprachproblem gefunden werde und dass sich darauf geeinigt wurde, dass weder Soldaten noch Polizisten ohne Erlaubnis der BewohnerInnen das Camp betreten dürfen. Die Forderung sollen in schriftlicher Form der Regierung mitgeteilt werden.
Nach der Rede wurde die festgenommene Person von der Bevölkerung freigelassen. Die beschlagnahmten Waffen und Gegenstände wurde ebenfalls übergeben.
(ANF, 18.11., ISKU)

Die Gefechte zwischen der türkischen Armee und den kurdischen Volksverteidigungskräften dauern weiter an.
(ANF, 18.11., ISKU)

Feleknas Uca aus der Türkei ausgewiesen
Die frühere deutsche EU-Abgeordnete Feleknas Uca ist nach ihrer Festnahme am vergangenen Donnerstagabend in Istanbul freigelassen und aus der Türkei ausgewiesen. Laut ihrem Rechtsanwalt Ramazan Demir sollen die türkischen Behörden Frau Uca nach einem staatsanwaltschaftlichen Verhör am Donnerstagabend aufgefordert haben, das Land zu verlassen. Es ist noch unklar, ob gegen sie ein Wiedereinreiseverbot in die Türkei erlassen wurde.
Grund für die Festnahme war laut ihrem Rechtsanwalt Ramazan Demir ein Antrag der Staatsanwaltschaft, um weitere Vorwürfe wie Mitgliedschaft in der PKK und der KCK zu prüfen.
Fleknas Uca soll bei ihrer Einreise 248 Dosen Vitamin B1 Tabletten mit sich geführt haben, die dem Zoll nicht gemeldet worden seien. Diese Vitamintabletten sollen für die Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen bestimmt gewesen sein.
(ANF, 16.11., ISKU)

→Was passiert in den Grenzgebieten...

Parteien Westkurdistans bekannt. Dieses Treffen wurde jedoch offiziell nicht bestätigt. Jedoch hat sich nach dem Zeitpunkt, an dem das Treffen stattgefunden haben soll, die Diffamierungskampagne durch einige Parteien des Kurdischen Nationalrats gegen die PYD verstärkt. In diesem Rahmen muss auch eine Demonstration in Kobanî gesehen werden, bei der es zu Spannungen kam. Anschließend nahm Mesut Barzani, der Präsident der Autonomen Region Kurdistan, gemeinsam mit Vertretern der Azadi Partei, der Yekiti Partei und der El Partei an der Sitzung des Syrischen Nationalrates in Doha teil. Zu diesem Treffen wurde der Kurdische Hohe Rat nicht eingeladen.

Die Angriffe in Aleppo und Afrin
Bei den Angriffen in Aleppo am 26. Oktober 2012 und zwischen dem 27. und dem 30. Oktober in Afrin kamen mindestens 13 ZivilistInnen ums Leben. Darin soll auch die Azadi Partei beteiligt gewesen sein. An diesen Angriffen beteiligten sich die El Şam-, die Ehfad El Resul-, die Cebet El Nasra- und die Selahaddin Eyyubi-Gruppierungen, welche unter dem Dach der FSA agieren. Einige der Angreifer, die beim Gegenschlag der YPG (Volksverteidigungseinheiten) getötet worden sind, waren Kurden. Es stellte sich kurze Zeit später heraus, dass es sich bei einigen von ihnen um Mitglieder der Azadi Partei handelte. Auffallend war ebenso, dass zur selben Zeit, als die Angriffe auf die KurdInnen in Aleppo und in Afrin durchgeführt worden sind, eine Pro-FSA Kundgebung in Kobani durchgeführt worden ist.

Dieselben Gruppen, dieses Mal in Serêkanî
Dieselben Kreise nahmen ebenfalls in den Reihen der bewaffneten Gruppen Platz, die am 8. November in Serêkanî eingedrungen sind. Nach eingegangenen Informationen sind die Gruppen El Şam, Ehfad El Resul und Cebet El Nasra über die Türkei eingedrungen. Bei der Ankunft in Serêkanî begegnete man einer Gruppe von Mitgliedern des Kurdischen Nationalrats von Syrien, die Flaggen der Autonomen Region Kurdistan in ihren Händen hielten. Die bewaffnete Gruppierung griff Jugendlichen an und nahm ihre Flaggen ab. Eine Person, die die Gruppe empfang und bei sich zuhause beherbergt hatte, wurde am 12. Oktober durch Angriffe syrischer Kampfflugzeuge gemeinsam mit ihrem Sohn umgebracht. Während die Kräfte der FSA die Grenze zur Türkei – wann sie wollen – passieren können, wurde nach dem Angriff der Grenzübergang für ZivilistInnen gesperrt.

Dunkle Machenschaften in Kobanî
Während in Serêkanî ein Massaker verübt wird, und die Wut des Volkes äußerst groß ist, organisierten dieselben Kreise am 9. Oktober eine Demonstration gegen die PYD in Kobanî. Während der Demonstration kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen. Daraufhin eröffnete eine Person vom Gebäude der Azadi Partei das Feuer auf die Menschenmenge. Dabei wurden zahlreiche Personen verletzt. Ebenso attackierten einige Personen während der Demonstration das Haus des PYD-Co-Vorsitzenden Salih Müslüm mit Steinen. Eine Person wurde schwer verletzt und musste ins Krankenhaus gebracht und dort operiert werden. Nach der Operation wurde er nach Antep gebracht, konnte jedoch nicht gerettet werden. Es ist nicht genau bekannt, ob der Jugendliche überhaupt ins Krankenhaus gebracht wurde.

Versuche, die Bevölkerung von Dirbesî zur Flucht zu bewegen
In Dirbesî haben am 10. Oktober einige Personen die Bevölkerung in ihren Häusern besucht und ihnen mitgeteilt, dass die Freie Syrische Armee im Anmarsch sei. Damit wollten sie sie zur Flucht nach Nordkurdistan (Türkei) überzeugen. Auffallend ist, dass diese Bemühungen einsetzten, als die Bevölkerung die Regimekräfte Assads vertrieben hatte. Zur gleichen Zeit wurden auch die Minen im Grenzbereich zur Türkei geräumt, sodass das Passieren der Grenzen für die Bevölkerung machbarer wurde.
Dieselben Kreise tauchten am 12. Oktober in Qamişlo auf. In den Häusern wurde auf ähnliche Weise versucht Angst zu verbreiten. Ebenfalls wurde hier der Grenzzaun zerschnitten, um die Straße wieder zu öffnen. Die Asayiş (zivile Sicherheitskräfte) nahmen im Rahmen dieser Aktivitäten zehn Personen fest.

Räumung der Dörfer in der Türkei
Zur gleichen Zeit fing die Türkei an ihre Aktivitäten im Grenzbereich zu intensivieren. Nach regionalen Informationen sollen drei Dörfer, die zum Distrikt Suruc (Urfa) gehören, und an der Grenze zu Kobanî liegen, geräumt worden sein. Zahlreiche Soldaten sollen dort stationiert worden sein. Außerdem wurden zahlreiche Panzer und Raketengeschosse an der Grenzlinie stationiert. *(ANF, 16.11., ISKU)*

Quellen:

ANF Fırat Nachrichtenagentur

Termine:

Der Krieg in Syrien
Aktuelle Situation in den kurdischen Gebieten und die Haltung der EU, BRD und der Türkei in diesem Konflikt
Vortrag und Diskussion mit Dr. Gundi Dilberz, Songül Karabulut und Karin Leukefeld

Donnerstag, 29. 11.2012
19.30 Uhr
MIGRAPOLIS
Brüdergasse 16 – 18 in Bonn

VeranstalterInnen: Azadî e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, Rote Hilfe e.V. - Ortsgruppe Bonn, Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 596
30. November 2012

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressemitteilung des Nationalkongress Kurdistan (KNK)

Türkei unterstützt dschihadistische Gruppe im Kampf gegen die Kurden

In der in den kurdischen Gebieten Syriens liegenden Stadt Serêkanîyê (arab.: Ras al-Ain), zugleich auch Grenzstadt zur Türkei, finden seit dem 8. November wichtige Entwicklungen statt. Serêkanî beherbergt als multikulturelle Stadt verschiedene Volksgruppen wie Kurden, Araber, Assyrer und Tscherkessen. Auf der gegenüberliegenden Seite der Grenze liegt auf türkischem Staatsgebiet die im kurdischen gleichnamige Stadt Serêkanîyê (türk.: Ceylanpınar). Von dort aus überschritten die Al-Qaida zugehörigen bewaffneten islamistischen Gruppen Guraba El Sham, Al-Nusra-Front und Al-Tewhid-Front die Grenze und drangen in Serêkanîyê auf syrisches Staatsgebiet vor.
Die Mitglieder der genannten Gruppen sind in ihrer Mehrheit keine Syrer, sondern ausländische Dschihadisten. Die Freie Syrische Armee (FSA) erklärte, diese Gruppen gehörten nicht in ihre Reihen. Kommandozentrale und logistisches Zentrum dieser Gruppen liegen in der Türkei, die diese beherbergt und ihnen jegliche Waffen- und Logistikausrüstung zur Verfügung stellt. Nach ihrem Eindringen in die Stadt Serêkanîyê lieferten sich diese Gruppen zunächst Gefechte mit dem syrischen Militär, anschließend verschanzten sie sich im arabischen Viertel der Stadt und versuchten, in die kurdischen Stadtviertel vorzudringen. Um die Situation zu schlichten, wollte der kurdische Volksratsvorsitzende von Serêkanîyê, Abid Xelîl, am 19. November mit den Gruppen Gespräche führen. Doch diese eröffneten das Feuer, wodurch Xelîl und eine weitere Person ums Leben kamen sowie drei Menschen verletzt wurden. Infolgedessen kam es zwischen den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) und den dschihadistischen Gruppen zu bewaffneten Auseinandersetzungen.
Als Letztere während der Gefechte in Schwierigkeiten gerieten, erhielten sie von der türkischen Seite Unterstützung durch Beschuss mit Kurzstreckenraketen. Sie wurden die gesamte Zeit über von der Türkei in jeglicher Form unterstützt; ihre Verletzten brachten sie über die Grenze in die Türkei. Trotz allem sind die Mitglieder dieser Gruppen aus weiten Teilen der Stadt vertrieben worden, allein in einigen Stadtvierteln in unmittelbarer Nähe zur türkischen Grenze sind einige verblieben. Durch Vermittlung arabischer Clan-Führer herrscht aktuell Waffenstillstand. Doch sollten die Gruppen erneut personellen Nachschub aus der Türkei erhalten, könnten die Auseinandersetzungen jederzeit wieder losbrechen.
Die türkische Syrienpolitik beruht ausschließlich auf einer antikurdischen Haltung. Bis vor zwei Jahren gingen die Türkei und Syrien dabei noch zusammen vor und verfolgten die Kurden gar mit gemeinsamen Operationen. Tayyip Erdoğan und Baschar al-Assad spazierten Arm in Arm und ihre Familien flogen gemeinsam in den Urlaub. Gemeinsamer Nenner war ihre antikurdische Position. Als jedoch in Syrien die Proteste aufflammten, spekulierte die Türkei auf einen frühzeitigen Fall des Regimes und nahm Partei für die Opposition. Ihr Ziel dabei war, die möglichen neuen Machthaber auf eine gemeinsame antikurdische Politik einzustimmen.
Allerdings ist das Regime in Syrien immer noch nicht gefallen. Und die Kurden haben ihre eigene Machtposition ausgebaut und

→

Immunität von neun Abgeordneten der BDP soll aufgehoben werden

Am Dienstag reichte das türkische Regierungsamt auf Initiative des Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan dem Parlamentspräsidium einen Antrag auf Aufhebung der Immunität von neun ParlamentarierInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der unabhängigen Abgeordneten Aysel Tugluk ein. Dies berichteten mehrere türkische Nachrichtenagenturen.
Bereits am Montag verkündete der türkische Ministerpräsident in einer Rede das Vorhaben, die Immunität der Abgeordneten der BDP aufheben lassen zu wollen. „Wir werden unseren Beschluss bezüglich dieser Personen, die sich unter dem Schutzmantel der Immunität meinen, fassen, indem wir ihre Immunität aufheben. Das Anschließende ist dann Sache der Justiz“, ließ Erdogan verlautbaren. Schon im September äußerte Erdogan, dass er der Justiz den Befehl zur Aufhebung der Immunität der BDPlerInnen aufgegeben hatte. „Wir haben der Justiz das Notwenige mitgeteilt. Diese wird das Nötige tun. Ebenso sehr werden wir das Erforderliche im Parlament tun“, hieß es damals von Erdogan.
Dem Vorwurf, die BDP Abgeordneten würden sich unter dem Schutzmantel der Immunität wähnen, begegnete die Co-Vorsitzende der BDP Gülten Kisanak, deren Immunität ebenfalls aufgehoben werden soll, folgendermaßen: “Wir sind nicht als Abgeordnete geboren, ebenso sind wir mit keinem Immunitätsschutzmantel auf die Welt gekommen“. Der zweite Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtas erklärte, dass die Begründung für eine mögliche Aufhebung der Immunität sich ausschließlich auf Meinungsäußerungen der betroffenen Abgeordneten stütze.
Auch die Co-Vorsitzende der Demokratischen Volkskongress (DTK) Aysel Tugluk gab eine erste Stellungnahme zu dem Vorhaben der AKP-Regierung ab und erklärte, dass solch ein Schritt „tiefe Wunden in die Politik der Türkei reißen würde.“ Derzeit befinden sich 6 Abgeordnete der BDP im Gefängnis, obwohl diese nach türkischem Recht nach der Wahl ins Parlament hätten entlassen werden müssen.
Bereits 1994 kam es zur Immunitätsaufhebung von kurdischen Abgeordneten. Damals wurden 7 Abgeordnete der DEP, darunter EU-Menschenrechtspreisträgerin Leyla Zana, nach dem Beschluss zur Aufhebung ihrer Immunität direkt vom Parlamentsgebäude ins Gefängnis gebracht und später zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nun liegt die Befürchtung nahe, dass sich ein ähnliches Vorgehen erneut abzeichnen könnte.
(CA, 28.11., ISKU)

Meldungen

Türkische Demokratie schlägt zu: 47 Verhaftungen
Im Zuge simultaner „KCK-Operationen“ verhaftete die türkische Polizei am Montag in der Provinz Wan (Van) 19 Personen, darunter zwei Journalisten. Betroffen von den Verhaftungswellen waren unter anderem die Kommunalverwaltung von Wan, die kurdische Nachrichtenagentur Dicle, die kurdische Tageszeitung Azadiya Welat, der Verein zur Entwicklung der kurdischen Sprache KURDI-DER sowie der Bürgermeister von Wan. Zahlreiche Führungskräfte der Partei des Friedens und der Demokratie BDP wurden verhaftet.
In der Provinz Reşqelas (türkisch: Iğdır) wurden 15 Personen verhaftet. Auch hier wurden hauptsächlich BDP-Führungskräfte und Mitglieder des Stadtrates in Gewahrsam genommen.
Separate Operationen wurden dagegen in der südlichen Provinz von Mersin durchgeführt. 13 Menschen wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich ein Behinderter und ein Minderjähriger. Ihnen wird vorgeworfen, an einer Demonstration teilgenommen zu haben und „Mitglied in einer illegalen Organisation“ zu sein.
(DK, 26.11, ISKU)

HPG: Bei Gefechten 3 Soldaten in Merdin getötet
Wie die Volksverteidigungskräfte (HPG) in einem Bericht erklärten, wurden bei einem kurzen Gefecht am 27. November in Merdin-Sada drei türkische Soldaten getötet. Des Weiteren sei ein türkischer Soldat verletzt worden.
Die HPG erklärte, die türkischen Meldungen, bei diesen Kämpfen seien zwei Guerilla-Kämpfer ums Leben gekommen, stimmen nicht. *(DK, 28.11, ISKU)*

HPG: 7 Guerilla-KämpferInnen ums Leben gekommen
Wie die Volksverteidigungskräfte HPG in einem Bericht erklärten, haben bei Gefechten am 23. November in Cewlik sieben Guerilla-KämpferInnen ihr Leben verloren. Ein Guerilla-Kämpfer fiel verletzt in die Hände der türkischen Armee. Des Weiteren seien drei türkische Soldaten und ein Dorfschützer verletzt worden.
Am 22. November habe die türkische Armee mit Unterstützung von Kobra-Helikoptern Operationen durchgeführt. Am 23. November um 12.00 Uhr sei es zu Kämpfen zwischen der Guerilla und türkischen Soldaten

Truppenaufmarsch vor Kirkuk

Die Lage um die sowohl von der Bagdader Zentralregierung als auch der kurdischen Regionalregierung beanspruchten Stadt Kirkuk im Nordirak bleibt angespannt. Nachdem die irakische Zentralregierung vergangene Woche einen Panzerverband in die Nähe der außerhalb der kurdischen Autonomieregion gelegenen Stadt Kirkuk geschickt hatte, stationierte die kurdische Regionalregierung am Wochenende ihrerseits 125 Panzer in der Provinz. Anfang letzter Woche waren bei einem Gefecht zwischen kurdischen Peshmerga und der irakischen Armee bei der Stadt Tikrit 13 irakische Soldaten getötet worden. Auslöser des Streits war die Ankündigung des irakischen Ministerpräsidenten Nuri Al-Maliki, Einheiten einer neu gebildeten Tigris-Operations-Armee in die sowohl von Kurden als auch Arabern und Turkmenen bewohnte Region, in der die zweitgrößten Ölvorräte des Irak lagern, zu verlegen. »Wir werden Kirkuk nicht betreten, aber wir werden der irakischen Armee das auch nicht erlauben«, erklärte der stellvertretende Peshmerga-Minister Anwar Haji Osman. »Wenn sie die rote Linie überschreiten, werden wir sie angreifen.«
Am Wochenende schlug der kurdische Präsident Masud Barsani ein Vermittlungsangebot des schiitischen Predigers und Politikers Moqtada Al-Sadr aus, der Barsani zu einem direkten Gespräch mit Al-Maliki bewegen wollte. Wohl auch auf Druck der USA, die eine erneute Stationierung von Besatzungstruppen in dem umstrittenen Gebiet in Aussicht stellten, bemühen sich Bagdad und Erbil dennoch auf diplomatischem Weg um eine Lösung.

Auf einem Treffen irakischer und kurdischer Militärs unter Anwesenheit eines Generals der früheren Besatzungsmacht USA wurde zu Wochenbeginn in Bagdad die Einrichtung von Koordinierungsausschüssen zur Vermeidung von Spannungen in dem umstrittenen Gebiet beschlossen. Die in den letzten Tagen um massive Panzereinheiten beider Seiten verstärkte Militärpräsenz rund um Kirkuk soll zurückgefahren werden. Der kurdische Präsident Masud Barsani kündigte die Entsendung einer hochrangigen Delegation zu weiteren Verhandlungen nach Bagdad an. Unterdessen wurden am Dienstag sechs Menschen durch eine Bombenserie unter anderem gegen ein Büro von Barzanis Demokratischer Partei Kurdistan in Kirkuk getötet und Dutzende verletzt. Laut irakischer Verfassung soll über die Angliederung der von Kurden, Arabern und Turkmenen bewohnten Provinz Kirkuk an die kurdische Autonomieregion in einem seit Jahren verschleppten Referendum entschieden werden.

(jW, 28/29.11., ISKU)

→Türkei unterstützt dschihadistische Gruppe

damit begonnen, ihre eigenen Gebiete selbst zu verwalten. Auch aufgrund dessen sind die kurdischen Gebiete in Syrien bisher weitgehend ruhig. Viele Menschen aus Syrien, die vor den Auseinandersetzungen geflohen sind, haben Zuflucht in den kurdischen Gebieten des Landes gefunden. Die Türkei fühlt sich dadurch gestört. Sie will am liebsten Unruhe stiften in den kurdischen Gebieten und die Errungenschaften der kurdischen Bevölkerung eliminieren. Dafür sammelt sie salafistische und andere islamistische Gruppen, die mit Al-Qaida in Verbindung stehen, aus dem Ausland, bewaffnet sie und schickt sie in die kurdischen Gebiete. Hinter den Entwicklungen in Serêkanîyê steckt ausschließlich die Türkei. Dasselbe versuchte sie in der kurdischen Stadt Kobanî (Ayn El-Arab), ist jedoch gescheitert. Aber die Türkei und die dschihadistischen Gruppen haben nicht von ihrem Vorhaben abgelassen. Die Türkei betreibt inner- wie außerhalb ihrer Grenzen eine antikurdische Politik. Das ist die Ursache der vorliegenden Problemsituation.
Eine der Hauptsorgen der Türkei, die ihre Syrienpolitik maßgeblich beeinflusst, sind die Errungenschaften der kurdischen Bevölkerung. Gleichzeitig darf in der Politik der Türkei aber auch nicht die sunnitisch ausgerichtete religiöse Annäherungsweise außer Acht gelassen werden. Auch wenn die Ansichten der AKP nicht mit denen der islamistischen und dschihadistischen Gruppen gleichgesetzt werden können, weisen doch beide Lager gewisse Ähnlichkeiten auf. Deshalb hat die Türkei auch von Anfang an mit der Gruppe Ihvan El Muslimun (Muslimbrüder) gearbeitet, sie innerhalb der syrischen Opposition stark gemacht, war ihr dabei behilflich, ihr Zentrum in die Türkei zu verlagern, und hat ihr auch sonst jedwede Unterstützung gewährt.
Nun will die Türkei das Patriot-Raketenabwehrsystem der NATO. Diese hat darauf positiv reagiert. Das Raketenabwehrsystem soll an der syrisch-türkischen Grenze errichtet werden. Dabei vermag die syrische Armee weder die Türkei anzugreifen, noch stellt sie eine Gefahr dar. Daher entspricht es nicht der Realität, wenn behauptet wird, dieses Abwehrsystem sei zur Verteidigung der Türkei gedacht. Es dient allein dem Zweck, eine Pufferzone zwischen der Türkei und Syrien zu schaffen. Bekanntlich leben im Norden Syriens die Kurden. Die Türkei will nun eine von ihr kontrollierte Pufferzone, um dort die Errungenschaften der kurdischen Bevölkerung zunichtemachen zu können.
Das Gebiet, in dem das Patriot-Raketenabwehrsystem errichtet werden soll, liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Orten der Auseinandersetzungen. Nach dem Aufbau des Raketenabwehrsystems wird die Türkei den Luftraum über den Gebieten der Aufständischen und der Kurden weitgehend kontrollieren. Mit den Patriot-Raketen können die Aufständischen gegen syrische Kampfflugzeuge geschützt werden, was die Vorbedingungen für eine allgemeine Flugverbotszone schafft. Dadurch werden für die Türkei zugleich auch die Bedingungen für eine eigene Intervention in der Region oder für eine effektivere Unterstützung der islamistischen Gruppen geschaffen, damit diese die Kontrolle über die kurdischen Gebiete erlangen können. Dafür wird die Türkei alles in ihrer Macht Stehende in Bewegung setzen. Das ist die Annäherungsweise der Türkei und deshalb hat sie von der NATO das Patriot-Raketenabwehrsystem verlangt.
Wie man es auch dreht und wendet, die Syrienpolitik der Türkei sorgt in der Region für neue Probleme. Sollte sie damit erfolgreich sein, wird das zu einem langjährigen Bürgerkrieg in Syrien, zu einem zweiten Libanon für die Region und zu einem neuen Afghanistan für die Dschihadisten führen. Das ist offensichtlich für niemanden hilfreich und verkompliziert die Probleme nur noch. Doch eine einfache Akzeptanz des aktuellen Regimes, des Status quo, um ein solches Szenario zu unterbinden, ist genauso wenig richtig und sinnvoll.
Wir halten daher eine Lösung für angebracht, bei der auf der Grundlage einer klaren Distanzierung von einer militärischen Intervention ein politischer Dialog für den Aufbau eines demokratischen Syriens begonnen werden sollte, der keine politische, religiöse oder ethnische Gruppe ausschließt. Ein solcher Dialog sollte von allen Kreisen unterstützt werden.
In diesem Rahmen rufen wir alle Kräfte und die aufgeklärte Öffentlichkeit dazu auf, der aggressiven, antikurdischen und religiös motivierten Haltung der Türkei gewahr zu werden und sich ihr entgegenzustellen und stattdessen für eine politische Lösung einzutreten.

Nationalkongress Kurdistan (KNK), Exekutivrat, 26.11.2012

gekommen. “Bei den Kämpfen wurden ein Dorfschützer und drei türkische Soldaten verletzt”, heißt es in der Erklärung.
In dem Bericht heißt es weiter: “Mit schwerem Bombardement hat die Armee der türkischen Besatzer unsere Guerillas umzingelt. Unsere Weggefährten haben sich mit all ihrer Kraft zu Wehr gesetzt. Am Abend des 23. November wurden sie zu Märtyrern. Einer unserer Wegefährten fiel verletzt in die Hände des Feindes.” *(DK, 28.11, ISKU)*

Iranisches Regime löscht kurdisches Dorf aus
Kräfte des iranischen Regimes haben am Dienstag das kurdische Dorf Kelan Kani, welches in Urmiye liegt, dem Erdboden gleich gemacht. Der Ort gilt als strategisch wichtige Stelle für das Militär. Die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtet, das Regime habe schweres Gerät dorthin verlegt.
(DK, 28.11, ISKU)

Quellen:

CA	Civaka Azad
DK	DieKurden.de
jW	junge Welt

Neuerscheinung:

AZADÎ-Info Nr. 119 erschienen
November-Ausgabe des Infodienstes des Rechtshilfefonds AZADÎ mit Berichten u.a. zur Auslieferung des kurdischen Aktivisten Metin A. aus der Schweiz an die BRD und zahlreichen Meldungen zur Repression gegen KurdInnen in der Türkei und Europa.

www.nadir.org/azadi

Termine:

Infoveranstaltung zum 129b-Prozess gegen Ali Ihsan Kitay
im TATORT Kurdistan Café
Mittwoch, 5.12.2012
18:30 Uhr (ab 18 Uhr Essen)
Centro Sociale, Hamburg
Sternstr. 2, U3 Feldstraße

Soli-Kundgebung für Ali Ihsan
Samstag, 8.12.2012, 14:00 Uhr
Planten & Blomen (hinter dem Knast Holstenglacis), Hamburg

freiheitfueraliihsan.noblogs.org

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 597
7. Dezember 2012

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Geheime Zukunftspläne für Syrien nach dem Ende des Baath-Regimes

Vertreter der syrischen Opposition haben sich gemeinsam mit Vertretern aus den USA, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Qatar insgeheim auf eine Zukunft Syriens nach einem möglichen Ende des Baath-Regimes geeinigt.
Diese Information machte der Generalsekretär der Volkspartei aus Qatar, Dr. Faysal El-Hamd, gegenüber dem Fernsehsender Al-Jazeera öffentlich. Demnach hätten sich die Genannten vom 3. bis 11. November auf einer Versammlung zur Neustrukturierung Syriens getroffen und dort ein gemeinsames Protokoll mit 12 Punkten ausgearbeitet. Laut El-Hamd waren die Außenminister der Türkei, der Vereinigten Arabischen Emirate und Qatars auf der Konferenz vertreten. Zudem seien der Botschafter der USA in Syrien, Robert Ford, das Mitglied des Syrischen Nationalrates Riyad Seyf und der Führer der Organisation İhvan-ı Müslimin, Riyad Şakfa, anwesend gewesen. El-Hamd erklärte, das Protokoll werde vor weiten Teilen der syrischen Opposition geheim gehalten, und er bezeichnete das Ergebnis der Konferenz als "Komplott gegen die gesamte muslimische Welt".
El-Hamd behauptete, von einer sicheren Quelle, die selbst an der Konferenz teilgenommen habe, folgende dort gefasste Beschlüsse erhalten zu haben:
- Die Armee der Syrischen Arabischen Republik wird auf 50.000 Mann beschränkt und in eine Verteidigungsarmee umgewandelt.
- Syrien darf ausschließlich auf politischem Wege Ansprüche auf die Golan-Höhen erheben. Friedensgespräche zwischen Israel und Syrien werden unter der Aufsicht von USA und Qatar geführt.
- Alle chemischen und biologischen Waffen sowie alle Langstreckenraketen Syriens werden unter Aufsicht der USA nach Jordanien überführt.
- Syrien wird seine Ansprüche in der türkischen Provinz Iskenderun endgültig aufgeben. Zudem werden einige türkische Dörfer in der Region um Aleppo und Idlib türkischer Kontrolle überlassen.
- Alle PKK-Mitglieder in Syrien sollen marginalisiert werden. Auslieferungsgesuchen für einzelne PKK-Mitglieder wird nachgekommen. Die PKK wird auf die Terrorliste des Landes gesetzt.
- Alle Waffen- und Rohstoffverträge mit russischen und chinesischen Unternehmen werden annulliert.
- Es wird akzeptiert, dass Erdgas durch Pipelines von Qatar aus über Syrien und die Türkei in die Länder der EU transportiert wird.
- Syrien akzeptiert den Wassertransport durch Pipelines vom Atatürk-Staudamm über Syrien nach Israel.
- Alle im Krieg zerstörten Häuser und Wohnungen in Syrien werden durch Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate wieder aufgebaut. Die USA, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate erhalten in Syrien jegliche Erkundungs- und Bausonderrechte.
- Syrien wird seine Beziehungen zum Iran, zu Russland und zu China begrenzen. Die Beziehungen zum palästinensischen Widerstand werden völlig abgebrochen.
- Das neue Regime in Syrien wird sich an den Prinzipien eines liberalen Islam ausrichten.
- Die Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die syrische Opposition an die Macht gelangt.

(YÖP, 1.12., ISKU)

Keine Patriot Raketen an die Türkei!

Der Bürgerkrieg in Syrien eskaliert und weitet sich über die Landesgrenzen hinaus aus. Die reaktionären, fundamentalistischen Todesschwadrone der sogenannten "Freien Syrischen Armee" nutzen die Türkei verstärkt als Logistik-, und Rückzugsgebiet. Nun hat die türkische Regierung am 21. November 2012 die Stationierung eines Flugabwehrsystems bzw. von Patriot-Raketen bei der NATO offiziell beantragt und derzeit untersucht eine NATO-Delegation den sichersten Standort für deren Stationierung. In der NATO besitzen nur die USA, Niederlande und die BRD diese "Patriot Raketen".
Die Begründung des türkischen formellen Antrags, mit diesem System den angeblichen "Mörser und Raketenbeschuss aus dem syrischen Gebiet abzuwehren" ist eine haltlose Lüge und ein vorgeschobener Grund, der die wachsende Aggression zu legitimieren versucht. Denn diese hochentwickelten Flugabwehrsysteme dienen unter anderem auch dazu, "Flugabwehrzonen" für eine bevorstehende Bodenoffensive der Interventionsarmeen zu errichten. Darüber hinaus bedeutet dieser Vorstoß, durch weitere militärische Aufrüstung des türkischen Staates eine neue Form der Invasion unter Regie der NATO zu garantieren. Die türkische Regierung zielt mit seiner Aggressionspolitik in dieser Region auch darauf ab, die Entfaltung des Befreiungskampfes der kurdischen Bevölkerung in Syrien grenzübergreifend zu terrorisieren.
Nun lässt die deutsche Bundesregierung eifrig mit ihrem unverantwortlichen Vorhaben, die Patriot Raketen und Soldaten der Bundeswehr sehr bald in der Türkei zu stationieren, die Kriegsmaschinerie der NATO auf Hochtouren laufen. Damit ist der Weg für eine neue imperialistische Okkupation in Syrien geebnet.
Wenn das deutsche Parlament noch in diesem Jahr beschließen soll, damit die Raketen sogar vor Weihnachten in das türkisch-syrische Grenzgebiet entsendet werden können, ist das eine neue Dimension der kriegerischen Beteiligung der Bundeswehr und der Bundesregierung und eine weitere Militarisierung der deutschen Staatspolitik. Die bevorstehende Stationierung der Patriot-Raketen in der Türkei ist nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch eine mörderische Handlung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
Wir als demokratische Migrantenselbstorganisationen verurteilen hiermit aufs Schärfste jegliche Kriegstreibereien und Invasionsvorstöße der türkischen Erdogan-Regierung, der deutschen Merkel-Rössler Regierung und der NATO.
• Wir appellieren deshalb dringend an alle FriedensaktivistInnen und Menschenrechtsorganisationen und die internationale progressive Öffentlichkeit: Stoppt die bevorstehende Invasion der NATO gegen Syrien!
• Wir fordern von allen deutschen Parlamentariern, gegen die Ent-

→

Meldungen

Hungerstreikteilnehmer nach Ende des Hungerstreiks bestraft
Hungerstreikteilnehmer aus dem Gefängnis von Izmir wurden nach dem Ende des Hungerstreiks durch die Gefängnisleitung bestraft. Zwölf Gefangene wurden elf Tage in Einzelhaft genommen, 27 wurde das Besuchsrecht gestrichen und 38 dürfen für einen Monat nicht an den kulturellen und sportlichen Aktivitäten teilnehmen, außerdem wurde ihnen das Recht auf Arbeit entzogen. Anwälte erklärten nach dem Besuch mit ihren Mandanten, dass sich die von der Repression betroffenen Gefangenen nicht von den staatlichen Behörden unter Druck setzen lassen wollen. *(DK 4.12., ISKU)*

Razzien in Bedlis: 7 Festnamen
In den frühen Morgenstunden ist es in sechs Wohnungen in der Stadt Bedlis (Bitlis) zu Razzien der türkischen Sicherheitskräfte gekommen. Bei den Razzien wurden insgesamt sieben Menschen, darunter auch Funktionäre der BDP, festgenommen.
Vorgeworfen wird den Festgenommen, dass sie "Propaganda für die Organisation" betrieben oder "im Namen der Organisation" Straftaten begangen hätten. Am nächsten Tag wurden drei der Festgenommenen wieder freigelassen; die anderen vier wurden in das Gefängnis von Wan überstellt.
(ANF, 5./6.12., ISKU)

Türkische Armee nimmt Gebiete in Şemzînanê unter Artilleriebeschuss
Laut Meldungen der Pressestelle der Volksverteidigungskräften HPG-NCR wurden am frühen Abend des 4. Dezember Gebiete in Şemzînanê (Şemdinli) darunter der Ort Dirê von der türkischen Armee mit schwerer Artillerie beschossen. Genauere Angaben über den Angriff der türkischen Armee auf das Gebiet liegen noch nicht vor.
Auch in Elkê (Beytüşşebap) hat die türkische Armee eine militärische Operation gestartet. Mit Luftunterstützung durch die türkische Luftwaffe wurden türkische Soldaten auf dem Berg Kato abgesetzt. Über Auseinandersetzungen mit der kurdischen Guerilla liegen bisher keine Informationen vor. *(ANF, 6.12., ISKU)*

Minenexplosion in Bazid: Ein Toter und ein Verletzter
Bei der Explosion einer Mine in einem Dorf, welches zum Bezirk Bazid (Doğubeyazıt) in der Provinz Agirî (Ağrı) gehört,

Şakran-Gefängnis in Izmir: das neue Pozanti?

Der Verein Zeitgenössischer RechtsanwältInnen (ÇHD – Çağdaş Hukukcular Derneği) hat in einem Bericht über das Şakran-Gefängnis auf die systematische Erniedrigung und Folter bei minderjährigen Inhaftierten aufmerksam gemacht. Der Bericht, der auf der Grundlage mehrmaliger Visiten von Mitgliedern des ÇHD und persönlicher Gespräche mit minderjährigen Inhaftierten des Gefängnisses erstellt worden ist, erinnert stark an die Berichte über die Praktiken im mittlerweile geschlossenen Gefängnis in Pozanti.
Im Bericht über das Şakran-Gefängnis sind unter anderem folgende Punkte festgehalten: "Als H.D., U.D., A.S., S.A. und S.B. in das Gefängnis überführt wurden, waren sie brutaler Gewalt ausgesetzt und wurden nackt durchsucht. Die Gefängniswärter fordern die Inhaftierten auf, sie mit 'großer Bruder' anzusprechen und als Respektbezeugung ihre Hand zu küssen. Diejenigen, die sich dem widersetzen, müssen mit Schlägen rechnen. Die Inhaftierten müssen auch die Hände der Gefängnisleitung küssen. Sie unterliegen ständiger Überwachung und werden ständig damit bedroht, in andere Zellen verlegt zu werden." Aufgrund dieser Haftbedingungen sind die minderjährigen Inhaftierten zweimal in den Hungerstreik getreten, zuletzt elf Tage lang vom 7. bis 18. November. *(ÖG, 5.12., ISKU)*

Amed: Polizei greift Beisetzungszeremonie an

Die Bevölkerung von Amed (Diyarbakir) versucht seit drei Tagen, die Leichname der zwei getöteten Guerillakräfte Hakan Ceylan und Hicran Gersiyor in ihrer Heimatstadt Amed beizusetzen. Doch in den vergangenen Tagen haben die Polizeikräfte der Stadt mit allen Mitteln versucht, diese Beisetzungszeremonien zu verhindern. Auch am Sonntag griff die Polizei die Menschen an, die die getöteten Guerillamitglieder auf ihrem letzten Weg begleiten wollten. Gegen die Menschenmenge wurden Gasbomben und Wasserwerfer eingesetzt. Mit den Wasserwerfern wurde auch auf die Särge der Verstorbenen gezielt.
Doch die Menschen widersetzten sich den Angriffen der Polizei und attackierten diese ihrerseits mit Steinen. Aufgrund des starken Gasbombeneinsatzes vor dem Friedhof war dieser praktisch von einer Gaswolke bedeckt. Die Menschen versuchten zum Teil, Zuflucht in der angrenzenden Moschee zu finden. Doch die Polizei schoss schließlich auch Gasbomben in die Moschee.
Trotz aller Angriffe führten die Menschen die Beerdigung auf dem Friedhof des Stadtteils Yeniköy durch. Doch die Lage in der Stadt ist weiterhin angespannt. Zwischen Polizei und Bevölkerung kommt es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.
Die beiden aus Amed stammenden Mitglieder der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG) Hakan Ceylan und Hicran Gersiyor waren gemeinsam mit fünf weiteren Mitgliedern der HPG bei Gefechten mit dem türkischen Militär am 22. November in Cewlik (Bingöl) ums Leben gekommen. *(ANF, 2.12., ISKU)*

20 Studierende in İzmir zu 590 Jahren Haft verurteilt

In einem Prozess gegen 21 Studierende, von denen acht bereits inhaftiert waren, sprach der 10. Hohe Strafgerichtshof in Izmir außerordentlich hohe Strafen gegen die Angeklagten aus. Diesen wurde lediglich vorgeworfen Mitglied im DYGM (Demokratisch-patriotischer Jugendrat) zu sein, einer Jugendorganisation der legalen BDP (Partei für Frieden und Freiheit).
Nichtsdestotrotz sprach das Gericht dutzende Jahre Gefängnis aus und ordnete die Festnahme der weiteren verurteilten Studierenden an. Sie wurden zu insgesamt 590 Jahren und neun Monaten Haft und der Zahlung von 36.000 TL verurteilt.
Zunächst lehnte das Gericht die Forderung der Angeklagten, sich in ihrer Muttersprache (Kurdisch) verteidigen zu können, ab. Nach einer Pause folgte dann das Urteil:
Hülya D. und Yasin D. wurden zu jeweils 61 Jahren und sechs Monaten Haft, sowie der Zahlung von 6.000 TL. verurteilt; Veysi K. und Ebru G. zu jeweils 39 Jahren; Ozan E. zu 53 Jahren und drei Monaten und 6.000 TL; Ercan A. zu 48 Jahren und acht Monaten und 3.000 TL; Mesut Ö. zu 50 Jahren, drei Monaten und 3.000 TL; Mekan A. zu 33 Jahren, acht Monaten und 3.000 TL; Hüsnü İ. und İhsan Y. jeweils zu 29 Jahren, drei Monaten und 3.000 TL; Hasan Ç. und Berivan B. jeweils zu fünf Jahren und einem Monat; Mehmet Ç. zu 36 Jahren und 3.000 TL; Berivan E. zu 28 Jahren und 5 Monaten, Bekir A. zu 19 Jahren und sechs Monaten, Bayram Ö. zu 19 Jahren und fünf Monaten, Davut T. zu 12 Jahren, Hasan İke zu fünf Jahren und sechs Monaten, Sedat Ç. zu neun Jahren und fünf Monaten; Fesih A. zu fünf Jahren. *(DIHA, 6.12., ISKU)*

→Keine Patriot Raketen an die Türkei!

sendung von Patriot Raketen und Bundeswehrsoldaten zu stimmen.
• Darüber hinaus fordern wir die uneingeschränkte Einhaltung des internationalen Völkerrechtes zur Selbstbestimmung und des Souveränitätsrecht.
• Wir fordern erneut eine nachhaltige, friedliche und politische Lösung des syrischen Bürgerkonflikts ohne militärische, politische und imperialistische Intervention von draußen.
• Nein zum ungerechten Krieg in Syrien, auch der Krieg in Syrien bedeutet Völkermord!

AABF - Alevitische Gemeinde Deutschland
ATIF - Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland
AGIF - Föderation der ArbeitsimmigrantInnen in Deutschland
ADHF - Föderation für Demokratische Rechte Deutschland
YEK-KOM - Föderation kurdischer Vereine in Deutschland
TÜDAY - Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland
Europäisches Friedensparlament
Zeitschrift "Yasanacak Dünya"
Düsseldorf, 05.12.2012

ist ein Dorfbewohner getötet und ein 12jähriges Kind schwer verletzt worden. Nach Angaben der Dorfbevölkerung wurde die Mine höchstwahrscheinlich von den Soldaten gelegt, die im Dorf eine Militärstation errichtet hatten. *(ANF, 2.12., ISKU)*

November-Bilanz der HPG
Das Presse- und Kommunikationszentrum der HPG hat die Bilanz für den Monat November veröffentlicht. Demnach sind 201 Angehörige der türkischen Streitkräfte gestorben und insgesamt 41 Guerillas der HPG zu Märtyrern geworden. Die Kriegsbilanz im Monat November ist nachfolgend aufgelistet:
Es kam zu 15 Gefechten zwischen den Volksverteidigungskräften und der türkischen Armee. Diese führte 16 Bodenoffensiven, 21 Luftangriffe, 15 Kobra-Angriffe und 24 Artillerieangriffe durch.
Von der HPG-Guerilla gingen 47 Aktionen aus. Dabei wurde zahlreiches militärische Gerät zerstört oder beschädigt. darunter sieben Skorsky-Hubschrauber und sieben weitere miltärische Fahrzeuge.
(DK/ANF 4.12., ISKU)

Niederländische Polizei nimmt 55 kurdische Jugendliche fest
Die niederländische Polizei hat am 3.12. 55 kurdische Jugendliche in einer Ferienanlage in der Stadt Ellemeet festgenommen. Mit einem Großaufgebot der niederländischen Polizei und mit dem Einsatz von Hubschraubern wurde ein Treffen der Jugendlichen aufgelöst.
37 von ihnen wurden am Mittwoch wieder freigelassen, gegen neun Jugendliche verhängte das Gericht in Rotterdam eine zweiwöchige Haftstrafe. Gegen die restlichen neun Jugendlichen wird noch verhandelt werden. *(ANF, 5.12., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
ÖG	Özgür Gündem
YÖP	Yeni Özgür Politika
DK	DieKurden.de

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 598
14. Dezember 2012

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Allein am Samstag 80 Festnahmen - auch Bürgermeister von Siirt betroffen

Erneute Festnahmewelle gegen kurdische Oppositionelle

Bei zeitgleichen Razzien der türkischen Sicherheitskräfte in drei verschiedenen Städten wurden in den frühen Morgenstunden des 8. Dezember rund 80 kurdische Aktivistinnen und Aktivisten festgenommen. Betroffen von den Festnahmen, die sich auf die Städte Batman, Mardin und Siirt konzentrierten, waren neben Verantwortlichen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) auch Mitglieder verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und MitarbeiterInnen kurdischer Stadtverwaltungen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch Selim Sadak, Bürgermeister der Stadt Siirt, der sich zum Zeitpunkt der Festnahme in seiner Wohnung in Diyarbakir befand. Die Festnahmen wurden auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Diyarbakir im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen durchgeführt. Alle festgenommenen Personen wurden mittlerweile nach Diyarbakir in Untersuchungshaft überführt.

Proteste der Partei für Frieden und Demokratie (BDP)
In den Orten Nusaybin und Kiziltepe (Provinz Mardin) sowie in der Stadt Batman versammelten sich nach den Festnahmen hunderte Menschen vor den jeweiligen Büros der BDP, um gegen die Repressionsmaßnahmen des Staates gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten zu protestieren. In Batman sprach die BDP-Abgeordnete Ayla Akat zu den anwesenden Menschen und forderte die sofortige Freilassung der festgenommenen Aktivistinnen und Aktivisten. „Früher versuchten sie durch Verbote unserer Arbeit als politische Partei einen Riegel vorzuschieben. Das ist ihnen nicht gelungen und jetzt versuchen sie es durch diese Operationen des politischen Genozids. Aber auch das wird ihnen nicht gelingen“, so Akat.

Über 1000 Festnahmen im November
Die Festnahmewellen gegen kurdische Oppositionelle in der Türkei, die im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen durchgeführt werden, haben seit Anfang November wieder deutlich zugenommen. Laut Angaben der Nachrichtenagentur Firat (ANF) wurden im Vormonat 1039 kurdische politische AktivistInnen festgenommen. Die KCK-Operationen, die sich ausschließlich gegen zivile kurdische AktivistInnen richten, hatten im April 2009, kurze Zeit nach dem großen Wahlerfolg der BDP bei den Kommunalwahlen im selben Jahr, ihren Anfang genommen. Seitdem wurden rund 10.000 kurdische AktivistInnen festgenommen. Durch die Festnahme des Bürgermeisters von Siirt, Selim Sadak befinden sich nun insgesamt 37 BürgermeisterInnen und sechs Abgeordnete der BDP sowie über 230 gewählte Mitglieder der Stadträte. Ende November wurden zudem auf Befehl des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan die Anträge zur Aufhebung der Immunität von zehn Abgeordneten der BDP im türkischen Parlament eingereicht. *(CA, 8.12., ISKU)*

Interview mit von der Aufhebung der Immunität bedrohten Abgeordneten Nursel Aydogan

»Wir lassen uns dadurch nicht einschüchtern«

Nursel Aydogan, geboren 1958 in Bursa, ist Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Parlament der Türkei.

Gegen zehn Abgeordnete Ihrer Partei läuft in der Türkei ein Verfahren zur Aufhebung der Immunität. Wie kam es dazu?
Es gibt ungefähr 850 Fälle, in denen Abgeordneten der türkischen Nationalversammlung Vergehen vorgeworfen werden. Davon richten sich rund 600 gegen Abgeordnete der BDP, ausschließlich aus politischen Gründen. Die restlichen 250 betreffen Abgeordnete der anderen drei Parteien, und hier sind es Vorwürfe wie Korruption, Amtsmißbrauch sowie sexuelle Übergriffe. Von diesen 850 unbehandelten Fällen sind jetzt zehn aufgegriffen worden. Den BDP-Politikern wird vorgeworfen, bei einer Rundreise durch die Provinz Hakkari in eine Straßensperre der kurdischen Guerilla geraten zu sein und mit den Guerillakämpfern gesprochen zu haben.

Was denken Sie darüber?
Die Aufhebung der Immunität wird von der Regierungspartei AKP wie ein Damoklesschwert benutzt, als ständiges Mittel der Erpressung und Bedrohung. Aber niemand von uns hat sich ins Parlament wählen lassen, um Immunität zu genießen. Wir alle waren auch vor unserer Abgeordnetentätigkeit jahrelang politisch aktiv, im Kampf für Demokratie in der Türkei und die Freiheit der kurdischen Bevölkerung. Wir lassen uns dadurch nicht einschüchtern. Aber wir sind der Meinung, daß es weder ethisch noch juristisch richtig ist, von 850 Fällen lediglich zehn aufzugreifen. Wenn sich auch die anderen Abgeordneten aufgrund der Vorwürfe bezüglich Korruption und sexueller Übergriffe vor Gericht verantworten müssen, sind wir ebenfalls bereit dazu. Ansonsten kann uns nichts dazu bringen, uns vor Gericht zu verantworten. Außerdem sind wir von der Bevölkerung in dieses Amt gewählt worden, und wir sind der Überzeugung, daß nur die uns wieder abwählen kann.

Sie selbst sind Türkin. Wie sind Sie Abgeordnete der prokurdischen BDP geworden?
Das hat nichts mit meiner Herkunft zu tun, sondern mit meiner Weltanschauung. Ich bin Internationalistin. In den siebziger Jahren habe ich die revolutionäre sozialistische Bewegung in der Türkei

→

Meldungen

Raketenbeschuss auf kurdischen Stadtteil von Aleppo: 11 Tote
Durch vier Raketen, die auf den kurdischen Stadtteil Şêx Meqsud (Şeyh Maksut) von Aleppo abgeschossen worden sind, wurden am 10. Dezember insgesamt elf ZivilistInnen getötet. Unter den Getöteten befanden sich fünf Kinder und eine schwangere Frau. Weitere 13 Menschen wurden durch den Angriff verletzt.
Bereits am 25. und 26. Oktober sind durch die Angriffe des Militärs des Assad-Regimes und durch verschiedene bewaffnete Gruppen im selben Stadtteil rund 30 Menschen ums Leben gekommen. In Aleppo leben rund 600.000 Kurdinnen und Kurden, die Mehrzahl von ihnen in den mehrheitlich kurdischen Stadtteilen Şêx Meqsud und Eşrefiye. In beiden Stadtteilen haben die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Verantwortung für die Sicherheit übernommen.
(ANF, 10.12., ISKU)

Schwere Bombardements in der Region Besta
In der Region um Besta in der Provinz Sirnex hat das türkische Militär Operationen mit der Unterstützung von hunderten Soldaten gestartet. Die Region wird zusätzlich von Hubschraubern des Typs Kobra ununterbrochen bombardiert.
Lokalen Angaben zufolge haben die militärischen Operationen am Donnerstag in den frühen Morgenstunden begonnen. Die Region werde auch seit Stunden ununterbrochen bombardiert und Bombardements dauern noch an. Auch sollen Dorfschützer an den Operationen teilnehmen.
Auf der anderen Seite gab das Presse- und Kommunikationszentrum der Volksverteidigungskräfte HPG bekannt, dass die Region Avasin in den Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan von der türkischen Luftwaffe in der Nacht bombardiert worden ist.
(DK/ANF, 12.12., ISKU)

Erneuter Angriff auf Serê Kaniyê gescheitert
Erneut haben bewaffnete Gruppen, die von der Türkei unterstützt werden, in der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember die westkurdische Stadt Serê Kaniyê angegriffen. Die Gruppen haben in den nächtlichen Stunden ihren Angriff begonnen. Sie stießen allerdings auf den sofortigen Widerstand der kurdischen Volksverteidigungseinheiten

Westkurdistan: Plan zur Liquidierung der YPG

Wie bekannt wurde, haben einige kurdische Parteien aus Westkurdistan eine Vereinbarung getroffen, die auf dieLiquidation der Volksverteidigungseinheiten (YPG) abzielt. Laut der Vereinbarung soll eine militärische Kraft gegründet werden, die in Koordination mit der FSA (Freie Syrische Armee) zusammenwirken soll, um die YPG als derzeit einzige militärische Kraft in Westkurdistan abzulösen und diese auszugrenzen.
Die Internetseite xeber24.net veröffentlichte einen Brief, den ein Teilnehmer der Konferenz der westkurdischen Parteien in Hewler einem anderen Parteimitglied in Westkurdistan geschickt hatte.
In dem auf den 1. Dezember datierten Brief werden die Entscheidungen der Konferenz, die unter der Führung des Präsidenten der autonomen Region Kurdistan Mesud Barzani und Dr. Hemid Derbendi getroffen wurden, dargestellt. In dem Brief heißt es: „Eine neue Phase wurde begonnen. Dies konnte aufgrund der wichtigen Schritte, die nach der Serie von Treffen in Hewler getätigt wurden, realisiert werden. Die Dialoge wurden von allen Seiten mit einer positiven Einstellung geführt. Dies wurde in objektiver Sichtweise gezeigt. Dies ermöglichte das Verfassen eines politischen Dokuments unserer Allianz. Dieses Dokument wurde von der Allgemeinheit akzeptiert und bildet das Prinzip unserer Allianz. Obwohl Schwierigkeiten entstanden sind, welche besonders daraus resultierten, dass einige Vertreter auf ihren Positionen beharren, konnten diese durch die Bemühungen von Dr. Hemid Derbendi gelöst werden. Damit wir gefestigte Schritte tätigen können, hat er uns durch den Befehl des Präsidenten der Regionalregierung Mesud Barzani einige Male die Garantie erteilt, uns finanzielle und andere Unterstützung zu erteilen.“
Weiter wird erwähnt, dass die Beziehungen zur FSA und den zur FSA gehörenden „Freiheitsbrigaden“ weiter gepflegt werden sollen. Es soll eine militärische Kraft werden, die in Koordination mit der FSA agieren soll und in den kurdischen Gebieten die Rolle der „Freien Armee“ einnehmen soll.
Laut dem Brief ist das Hauptziel, die Kräfte der PYD (Partei der Demokratischen Einheit) zu beschränken. Es soll erreicht werden, dass die Volkverteidigungseinheiten (YPG) nicht mehr als einzige militärische Kraft in Westkurdistan auftreten können.
Die finanzielle Unterstützung für diese gegen die YPG zu gründende militärische Kraft wird von der Kurdischen Regionalregierung getragen. Diesbezüglich wird von der KDP (Kurdische Demokratische Partei) ein gewisses Budget bereitgestellt, welches anfänglich eine Million Dollar betragen wird.
Dem Brief ist weiter zu entnehmen, dass sich nach den Diskussionen darauf geeinigt wurde, dass sämtliche zur Allianz gehörenden Parteien ihre Mitglieder und Brigaden aus der FSA zurückziehen und sie in der militärischen Dachorganisation zusammenführen. Dies wird in Allianz und Unterstützung der FSA geschehen. Die zu gründende militärische Kraft wird in Koordination mit der Freien Syrischen Armee agieren. Ihr Aufgabengebiet umfasst die militärische Verantwortung für das kurdische Gebiet. Sie soll, um das Baath-Regime aus den kurdischen Gebieten zu entfernen, die Rolle der Freien Armee übernehmen. Dadurch wird diese Kraft durch die Allianz mit der FSA und dier Unterstützung der kurdischen Regionalregierung den Einfluss der PYD eindämmen. Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem die Verteidigungseinheiten (YPG), wie in Serêkaniyê zu sehen war, in den Vordergrund gerückt sind und als einzige militärische Kraft in den kurdischen Gebieten zu erkennen war. Im Speziellen sollen die Außenbeziehungen der Allianz innerhalb kurzer Zeit einen politischen und legitimen Rahmen ermöglichen. Es wird die Vereinigung der kurdischen Brigaden weitergeführt werden. Im Nachhinein wird diese Brigade als Kurdische Militärische Kraft deklariert werden, um mit der PYD konkurrieren zu können. Daher wird die Regionalregierung sämtliche Einheiten, die derzeit ausgebildet werden, der Allianz überführen. Dies zielt auf die Gründung einer starken kurdischen Armee ab. Des Weiteren wird seitens der KDP ein Budget für die militärischen Aktivitäten bereitgestellt.

(ANF, 7.12., ISKU)

→»Wir lassen uns dadurch nicht einschüchtern

kennengelernt. Nach dem faschistischen Militärputsch 1980 mußten wir unseren Traum von einem sozialistischen Staat begraben, weil die revolutionäre Bewegung weitgehend vernichtet wurde. Mit der Zeit habe ich begriffen, daß ein freies Leben der Menschen in der Türkei ohne die Befreiung der kurdischen Bevölkerung nicht möglich ist, und mich der kurdischen Befreiungsbewegung angeschlossen. Ich war bis zu meiner Berentung 1999 im Gesundheitsministerium angestellt und habe damals Gewerkschaftsarbeit gemacht. Danach jahrelang Solidaritätsarbeit für politische Gefangene. Seit 1999 widme ich meine gesamte Zeit dem kurdischen Befreiungskampf. Daran änderte sich auch nichts, als ich im Juni 2011 als Abgeordneter gewählt wurde.

Was haben Sie als Frau gemeinsam mit Ihren Genossinnen von der BDP im Parlament erreicht?
Bei diesem Thema ist Bescheidenheit fehl am Platz. Als 2007 die ersten Genossinnen ins Parlament gewählt wurden, herrschten in der Öffentlichkeit in der Türkei große Vorurteile. Es wurde von ihnen erwartet, daß sie die gleiche unscheinbare Haltung einnehmen wie die wenigen weiblichen Abgeordneten der anderen Parteien. Bis zu jener Zeit stammten die Abgeordneten – ob weiblich oder männlich – alle aus einer elitären Schicht. Für Menschen von der Basis, und insbesondere für Frauen von der Basis, war es nicht möglich, Abgeordnete zu werden. Dieses ungeschriebene Gesetz wurde durch unsere Bewegung, durch unseren Kampf gebrochen. Dazu kam die Erwartung, daß die weiblichen Abgeordneten im Schatten ihrer männlichen Kollegen verharren und außerhalb der parlamentarischen Arbeit passiv bleiben. Aber bei uns ist das anders. Wir haben in allen Strukturen unserer Partei die Geschlechterquote von 40 Prozent durchgesetzt. Die Abgeordneten sind schließlich Delegierte der Bevölkerung und müssen den Kampf gemeinsam mit ihr führen. Als wir 1999 in den Wahlkampf gezogen sind, herrschte allgemein die Auffassung, daß die Aufstellung von Kandidatinnen zum Stimmenverlust führen würde. In diesem Punkt hat sich die öffentliche Meinung grundlegend geändert. Jetzt haben alle Parteien erkannt, daß Frauen in der Politik einen Gewinn darstellen. Sogar die CHP hat eine Frauenquote von 33 Prozent festgelegt.

(jW, 12.12., ISKU)

(YPG). Die Auseinandersetzung hielt bis in die frühen Morgenstunden an. Örtliche Quellen berichten, dass die Angreifer durch die Gefechte große Verluste erlitten und sich deshalb zurückziehen mussten. Gegen Sonnenaufgang waren nur noch vereinzelt Schüsse in der Stadt zu hören.
Auffällig ist, dass dieser erneute Angriff kurze Zeit nach Gesprächen von türkischen Verantwortlichen mit verschiedenen bewaffneten Gruppen, die sich in der Nähe von Serêkaniyê aufhalten, stattgefunden hat. Am 25. November sollen türkische Verantwortliche, getarnt als Journalisten, in Westkurdistan diese Gespräche geführt haben und den Gruppen Waffen- und Finanzunterstützung angeboten haben, wenn diese sich dazu bereit erklären, Angriffe auf die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) durchführen.

(YÖP, 7.12., ISKU)

USA setzen Verbündete der AKP-Regierung auf Terrorliste
Die Al-Kaida-nahe syrische Rebellengruppe Al-Nusra-Front, die unter anderem von der Türkei finanziert und trainiert wird, wurde von den USA auf ihre Liste von Terrororganisationen gesetzt. Im November 2012 marschierte die Al-Nusra-Front, der auch Kämpfer aus anderen arabischen Staaten angehören, von türkischer Seite in das westkurdische Gebiet Serê Kaniyê (Ras al Ain) ein und machten die Kurdenregion zum Kriegsschauplatz. Dabei starben dutzende ZivilistInnen.
Die von der türkischen AKP-Regierung unterstützten Gruppe ermordete außerdem im Mai 2012 mehrere Menschen und verletzte hunderte weitere mit Bombenanschlägen in Damaskus und Aleppo. Neben vielen Selbstmordanschlägen in Syrien sei die Gruppe aber auch für viele militärische Erfolge der Rebellen verantwortlich.

(DK/ANF/CNN, 11.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
CA	Civaka Azad
DK	DieKurden.de

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 599
21. Dezember 2012

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ein Brief aus dem Gefängnis von Amed

Für drei nicht geworfene Steine 31 Jahre Gefängnis

Ich werde dir eine Geschichte über 3 Steine erzählen. Und du sollst dies anderen weitererzählen...Hochachtungsvoll.
Viele Grüße

1. Stein:
Mit der Begründung, dass ich an einer von der BDP organisierten Demonstration zum Jahrestag der Ausreise des PKK-Vorsitzenden, des verehrten Herrn Abdullah Öcalan, teilgenommen hatte, wurde gegen mich eine gerichtliche Untersuchung begonnen. Auf dieser Demonstration war es zu keinerlei Vorfällen gekommen, es kam zu keinerlei Eskalation. Nach Ende hatte sich die Demonstration in vollkommen ruhiger Weise wieder aufgelöst. Der Staatsanwalt aber beschuldigte mich wie ein abspulendes Band und wahrscheinlich aus Gewohnheit, an den Vorfällen, die nach der Demonstration geschehen seien, Schuld zu haben. Versteht es also so, dass für nicht passierte Ausschreitungen ein Schuldiger gefunden war. „Obwohl, hier ist die Türkei, hier kann alles passieren“, und es passiert auch.

2. Stein:
Auf einer von der im Dezember 2009 verbotenen politischen Partei DTP organisierten Demonstration kam es zu Ausschreitungen. Der Student der Dicle Universität, AYDIN ERDEM, wurde im Verlauf dieser Ausschreitungen durch eine Kugel eines Polizisten ermordet. 2010 fanden an allen Universitäten Gedenkdemonstrationen zum Todestag von Aydın Erdem statt, bei denen gegen diesen Vorfall protestiert wurde. Am 5.Dezember 2010 gab es im Landkreis Bismil in der Provinz Diyarbakır eine Protestdemonstration von und mit Studierenden, bei der ein Student festgenommen wurde und in Untersuchungshaft kam. Dieser Student, der noch nicht einmal meinen Namen kennt, identifizierte, warum auch immer, von all den teilnehmenden Studenten nur mich. Versteht es nicht falsch, ich bin noch nicht einmal ein Student. Obwohl ich bewiesen hatte, dass ich zu dem Zeitpunkt an einem anderen Ort war und Dutzende Menschen, darunter auch Polizisten, bezeugten, dass ich woanders war, hat das verantwortliche Sondergericht diesen Vorfall ebenfalls mir in die Schuhe geschoben. Sie haben die Zeugenaussagen so vieler Menschen missachtet und nur einer Person geglaubt, die mich denunziert hat. Und die Aussagen dieser Person sind sogar voller Widersprüche. Und so ist auch diese Tat mir aufgebürdet worden. „Obwohl, hier ist die Türkei, hier kann alles passieren“, und es passiert auch.

3. Stein:
Am 6. April 2011 wurde die Leiche eines von sieben PKK-Militanten, die bei einem Gefecht in Hatay gestorben sind, zur Beerdigung nach Bismil gebracht. Nach der Beerdigung kam es zu Ausschreitungen und wieder „beehrten“ mich Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter mit der „Hauptrolle“, obwohl ich nicht einmal in dem Stadtteil war. „Mein Herr, ihre Hosen ähneln dem eines an den Ausschreitungen teilhabendem Vermummten.“ Da hast du deinen Beweis. Ich sehe mir die Bilder an, sehe aber, dass ich dem Vermummten physisch gar nicht ähnele. Weder passt die Größe noch das Gewicht. Das einzige was passt ist die Hose. Das hat scheinbar vollends gereicht.
Der Öffentlichkeit in der Türkei ist so etwas gar nicht fremd. Denn ein Student namens Cihan Kırmızıgül wurde wegen dem Palästinensertuch, was er um den Hals hatte, zu 11 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.
Ich werde noch immer nicht aus diesem Staatsanwalt schlau, der diese Vorfälle so hingebogen hat, dass er es mir in die Schuhe schieben konnte. Das hat noch nicht einmal gereicht. Mein Verteidiger ist aus gesundheitlichen Gründen nicht zum Gerichtstermin erschienen, weswegen wir uns nicht verteidigen konnten. Als sie die Strafe verlesen wollten, habe ich dem widersprochen. Weil mein Verteidiger nicht da war, sagte der Vorsitzende Richter des 7. Strafgerichts von Amed (Diyarbakır): „Das ist nicht unser Problem, uns ist es egal, ob du dich verteidigst oder nicht, denn wir haben unsere Entscheidung getroffen.“ Versteht ihr, die verantwortlichen Sondergerichte beachten die Verteidigungen absolut nicht. Ohne Verteidiger, ohne Verteidigung wurde ich zu 31 Jahren und 10 Monaten Gefängnis und 16.000 TL Geldstrafe verurteilt.

Erhan TUGAN / Typ-D-Gefängnis in Amed (Diyarbakır)

Kürkçü: „Sie verschleiern das Verbrechen von Roboskî“

Der Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Ertuğrul Kürkçü, hat darauf hingewiesen, dass alle Bemühungen zur Aufklärung des Massakers von Roboskî (Ortasu) seit fast einem Jahr systematisch behindert werden, da die Verantwortlichen in der Regierung und im Generalstab säßen.
In Roboskî wurden am 28. Dezember 2011 kurdische Zivilisten von türkischen Kampfjets bombardiert und 34 von ihnen getötet. Die Kurden und viele demokratische Strukturen in der Türkei sehen im Staat den Schuldigen, da sie der Ansicht sind, dass das Bombardement von der Exekutive befohlen worden und von der Armee gewollt gewesen sei. Obwohl viele der Fakten eindeutig sind, ist bis heute keinerlei Anklage erhoben worden.
Der Fall unterliegt der Geheimhaltung, so dass die Öffentlichkeit möglichst wenig davon mitbekommen soll. Daneben hat man die Angehörigen mit Entschädigungszahlungen ruhigzustellen versucht. Die Familien jedoch sind entschlossen, diesen Fall aufzuklären, und rühren daher das vom Staat auf ihre Konten überwiesene Geld nicht an.
Wir haben mit dem BDP-Abgeordneten Herrn Ertuğrul Kürkçü, Mitglied im Uludere-(kurd. Qilaban-) Unterausschuss der Parlamentskommission zur Überprüfung der Einhaltung von Men-

Meldungen

Verhaftungen auf Rekordniveau – 60 Festnahmen in 48 Stunden
Am 20.12. wurden in Sêrt(Siirt), Istanbul, Eruh (Batman) und Bedlis (Bitlis) und am 19.12. in den Provinzen Sirnex (Sirnak) und Colemerg (Hakkari) sogenannte „KCK-Operationen“ durchgeführt. Dabei wurden am 20.12. 36 Personen und am 19.12. in der Provinz Sirnex 24 Personen festgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich der BDP-Vorsitzende des Landkreises Dergûl Bilal Bekci. Erst letzte Woche wurden bei Razzien mehr als 100 kurdische Oppositionelle festgenommen.
Allein im November wurden 1.000 Menschen festgenommen, darunter 230 Kinder, Jugendliche und rund 300 Studierende.
Nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD wurden im Jahre 2011 12.600 Personen aus politischen Gründen festgenommen. *(ANF, 19/20.12., ISKU)*

Iranisches Regime übt Druck auf kurdische Gefangene in Ostkurdistan aus
Das iranische Regime übt weiterhin massiven Druck auf die kurdischen Gefangenen aus. In dem Gefängnis in Merîwan erklärten die Verantwortlichen, dass die Inhaftierten ihre Angehörigen erst dann sehen könnten, wenn sie zu beten und fasten anfangen würden. Berichten aus Ostkurdistan zufolge sind die politischen Gefangenen in Merîwan erhöhtem Druck von den Regierenden ausgesetzt. Während die Gesundheits- und Versorgungsstandards für Gefangene noch immer nicht eingehalten werden, schikanieren und demütigen die Beamten und Wärter die Gefangenen.
(rh, 16.12., ISKU)

Angriffe auf Serê Kaniyê gehen weiter: Fünf Zivilisten verletzt und drei weitere entführt
Die Angriffe verschiedener bewaffneter Gruppen auf die westkurdische Stadt Serê Kaniyê halten seit dem 12. Dezember weiter an. Nachdem die Gefechte zwischen den Gruppen und den Volksverteidigungseinheiten der YPG am Abend des 13. Dezembers abgeklungen waren, nahmen sie in den Mittagsstunden des 14.12. wieder zu. Bei den erneuten Gefechten wurden ersten Angaben zufolge fünf Zivilisten durch die Angreifergruppen verletzt. Drei weitere Zivilisten wurden durch die islamistischen Gruppen entführt.
Die YPG vermeldete, dass bei den Gefechten am 13. Dezem-

ber mindestens 25 Mitglieder der bewaffneten Gruppen getötet worden sind. Die Kräfte der YPG haben zudem zwei Stützpunkte der Angreifergruppen eingenommen. In den Reihen der YPG ist eine Person bei den Gefechten ums Leben gekommen und drei weitere wurden leicht verletzt.
Die verletzten Kämpfer der bewaffneten Gruppen hingegen wurden von dutzenden türkischen Krankenwagen über die Grenze in die Krankenhäuser von Ceylanpınar und Riha (Urfa) gebracht.

(ANF, 14.12., ISKU)

Drei Soldaten bei Gefechten in Gabar gestorben

Das Presse- und Kommunikationszentrum der HPG [HPG-BIM] hat einen Bericht veröffentlicht, in dem man schildert, dass nach einer Aktion der Guerillakräfte in Gabar drei türkische Soldaten getötet worden sind. Nachdem die türkische Armee am 17. Dezember in Şirnex auf dem Berg Gabar eine Operation gegen die HPG anordnete, griffen im Gegenzug Guerillakämpfer die türkischen Soldaten an, welche einer Spezialeinheit angehören sollen. Dabei wurden laut der HPG drei Soldaten getötet und viele weitere verletzt. Die genaue Anzahl der verstorbenen und verletzten türkischen Soldaten konnte jedoch nicht festgestellt werden. Nach dieser Aktion der HPG versuchte die türkische Armee, mit Hilfe von Helikoptern gegen die Guerillakräfte vorzugehen. Doch die Helikopter mussten sich zurückziehen, nachdem sie ebenfalls attackiert wurden. Anschließend wurde die Gegend mit Mörserangriffen bombardiert und die Leichen der Soldaten mit Skorsky-Helikoptern abgeholt.
Die türkische Armee bombardierte stundenlang erfolglos die Umgebung, musste daraufhin aber ihre Einheiten vom Gabar Berg abziehen.

(DK/ANF, 19.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DK	DieKurden.de
rh	rojhelat.info

Patriots in der Türkei für neuen Krieg vorgesehen

Salih Müslim, der Co-Vorsitzende der PYD, ging im Interview mit ANF u.a. auf die Entwicklungen in Westkurdistan und den Versuch der Türkei, die diplomatischen Bemühungen der PYD in Europa zu unterbinden, ein. Im Folgenden geben wir Auszüge aus dem Interview verschiedenen Themen wieder; der gesamte Text ist auf der Webseite der ISKU zu finden.

Den Kampf „bis zum bitteren Ende" gibt es in unserer Vorstellung nicht

„Wir standen von Anfang an auf der Seite einer friedlichen Revolution in Syrien. Aber andere Kräfte, allen voran die Türkei, haben die bewaffneten Auseinandersetzungen geschürt.
Aktuell erleben wir in Syrien einen Machtkampf und keine Revolution. Uns geht es um die Revolution. Aber nach dem Verständnis der anderen wird es solange Krieg geben, bis eine der beiden Seiten nicht mehr existiert. Dies entspricht nicht unseren Vorstellungen."

Einflussbereiche

„In manchen Gebieten haben wir einige Schwierigkeiten. Im Cezire Gebiet, also in Qamişlo, Serê Kaniyê und Tirbespî verfügen die anderen kurdischen Parteien über einen gewissen Einfluss. Es gibt unterschiedliche politische Ansichten und es herrscht ein Durcheinander. Wir versuchen, mit der Bevölkerung zu sprechen und sie zu überzeugen. Hier müssen wir noch größere Anstrengungen unternehmen. Aufgrund der Arbeit der anderen Parteien sind nationalistische Gedanken teilweise auch unter den KurdInnen in diesem Gebiet verbreitet, was uns die Arbeit erschwert. Aber wir können sagen, dass unser System [die Demokratische Autonomie] in Westkurdistan allgemeine Akzeptanz genießt.

Sicherheitsfrage

„Bei uns gibt es zwei Arten von Sicherheitskräften. Einmal die Asayiş, welche die Aufgaben der Ordnungskräfte in den Städten übernommen hat, und zum anderen die YPG, die als bewaffnete Volksverteidigungseinheiten außerhalb der Städte agieren. Sie schützen die Bevölkerung bei einem Angriff von außen. Wenn es zu einem demokratischen Wandel in Syrien kommt, kann man das Verhältnis dieser Kräfte zur Zentralregierung vertraglich regeln."

Demokratische Autonomie

„In Afrîn und Kobanî haben wir einen Großteil unseres Konzepts umgesetzt. Es fehlen uns noch etwa zehn Prozent, bis zur völligen Umsetzungen unseres Systems. Die Komitees und Räte sind organisiert. In den Dörfern befinden sich die Kommunen gegenwärtig im Aufbau, sie stehen noch am Anfang. Die Dorfbewohner kümmern sich um ihre Selbstverteidigung. Aber die Kommunen haben bereits auch ihre Produktion aufgenommen, es entstehen erste Kooperativen. Auch hier befinden wir uns erst am Anfang, der sich unter den gegebenen Bedingungen nicht einfach gestaltet."

Stationierung der Patriot-Raketen ist Kriegsvorbereitung gegen den Iran, nicht gegen Syrien

„Gegen die Türkei werden diese Raketen jedoch mit großer Sicherheit nicht eingesetzt werden. Die Patriots in der Türkei dienen deswegen einem anderen Zweck: Sie sind Teil der Vorbereitung auf einen anderen Krieg, dem gegen den Iran. Wie schon gesagt, die Chemiewaffen Syriens sind nicht für die Türkei vorgesehen. Die Raketen sind auch nicht auf die Türkei gerichtet. Ihre Reichweite beträgt ohnehin nur etwa 250 Kilometer, sodass die Raketen in nördlicher Richtung nicht weiter als Helep kämen."

(ANF, 15.12., ISKU)

→ Kürkçü: „Sie verschleiern das Verbrechen..."

schenrechten, ein Interview zu diesem Thema geführt.

Militär, Ministerium und Staatsanwaltschaft mauern; die Kommission konnte nicht durchdringen

Kürkçü bezeichnete gegenüber der Firat News Ajancy (ANF) das vergangene Jahr als ein verschwendetes Jahr und kritisierte die Kommission scharf: „Ich betone, dass dieses Jahr verschwendet ist, da die Menschenrechtskommission sich mit den Erklärungen der staatlichen Stellen (Armeeführung, Innenministerium und Sonderstrafgericht Amed (Diyarbakır)) begnügt und keinerlei weitere Anstrengungen unternommen hat, um das Massaker aufzuklären. So konnten dann auch die Behinderungen nicht überwunden werden. Generalstabschef und Innenministerium lieferten zum Massaker keinerlei Informationen, die bei der Aufklärung hätten hilfreich sein können, und haben noch dazu viele der Informationen aus Geheimhaltungsgründen zurükkgehalten. Wir bekamen die Untersuchungsberichte lokaler Militäreinheiten, die genauso wenig aussagekräftig waren. Als Einziges wurde hier preisgegeben, dass die Armeeeinheiten nicht zur Hilfe kamen, sondern sich förmlich in ihren Kasernen eingeschlossen hatten. Keinem der Berichte nach, weder vom Innenministerium noch von der Armee, ist überhaupt zu ergründen versucht worden, wie dieses Massaker zustande kam. Wir haben es trotz der staatlichen Verschleierungstaktik geschafft, an zahlreiche signifikante Informationen zu kommen, da die Dorfbewohner bereit waren, mit uns zu reden und ihre Beobachtungen detailliert zu schildern. Wir haben im Zuge der Delegationsreisen als Menschenrechtskommission und ein weiteres Mal im Anschluss als Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) in Gesprächen mit den Dorfbewohnern die Wahrheit erfahren können."

Die Verschleierungsversuche entlarven sie

Kürkçü: „Die Schuldigen für das Massaker sind bekannt. Regierung und Armee haben zusammen dieses Verbrechen zu verantworten, d. h. die Regierung trägt die politische und das Militär die militärische Verantwortung dafür. Die Verhinderung einer Anklage ist Beleg dafür, dass die Verantwortlichen auf höherer Ebene zu suchen sind. Der Uludere-Unterauschuss wurde mit ihrer AKP-Mehrheit behindert, so dass im Ausschuss wie auch in der Regierung und der Judikative die Ansicht dominierte, das Massaker sei auf fehlende und fehlerhafte Koordination innerhalb der Armee zurückzuführen."
Nach Kürkçü gibt es in diesem Fall kein Koordinierungsproblem, sondern ein Verständnis, das selbstherrlich und arrogant die Bevölkerung für dumm verkauft.

Die Dorfbewohner haben sich hochanständig verhalten

„Das ehrenhafte Verhalten der Bewohner von Roboskî war auch ein Grund dafür, dass die Regierung in Bedrängnis geraten ist. Denn sie haben das Blut- oder auch Schweigegeld für ihre Kinder nicht akzeptiert und erklärt, auf die Entschädigung verzichten zu wollen, bis die Verantwortlichen für das Massaker aufgedekkt worden sind. Daher sind sie starker Repression ausgesetzt und wurden teilweise wegen Protestaktionen gegen das Massaker inhaftiert. Sie wurden verachtet, weil sie nicht stillgehalten haben, obwohl sie ihre Kinder verloren hatten.
Wir besitzen in der Kommission nur eine Stimme, so dass es uns nicht möglich sein wird, den Mechanismus zu überwinden, der uns und die Aufklärung behindert." *(ANF, 28.11. ISKU)*

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 600
28. Dezember 2012

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Duran Kalkan prognostiziert Anstieg der militärischen Auseinandersetzungen für 2013

In einem Interview mit der kurdischen Nachrichtenagentur Firatnews über die jüngsten politischen Entwicklungen in Kurdistan und im Nahen Osten prognostizierte Duran Kalkan einen markanten Anstieg von politischen und militärischen Kämpfen für das Jahr 2013. Dem türkischstämmigen Exekutivratsmitglied der Union der Gemeinschaften Kurdistans zufolge wird sich sowohl der politische als auch der militärische Kampf in einer tieferen und komplexeren Weise auf jeden auswirken.

Laut Kalkan wird die kurdische Bewegung eine revolutionäre Bewegung im ideologischen, politischen und militärischen Sinn repräsentieren. Im kommenden Jahr würde die Demokratische Autonomie in allen Teilen Kurdistan realisiert und ein Fortschritt in der Freiheitsrevolution in Nordkurdistan erzielt werden.

Der Krieg in Kurdistan entwickele sich zu einem regionalen Krieg, der die gesamte Region politisch und militärisch beeinflussen würde. Die Demokratisierung der Türkei sowie die Suche nach einer Lösung des Kurdenproblems seien im Zuge der Geopolitik nicht mehr Anliegen, die nur von TürkInnen und KurdInnen behandelt werden. „Politische Verhandlungen in Syrien werden auch die Türkei beeinflussen und das globale System zu einer Entscheidung über den Fortgang des Prozesses zwingen. Auf der anderen Seite wird ein Konflikt in Syrien die Türkei und Kurdistan mitten in einen Krieg katapultieren, von dem die Lösung der Kurdenfrage und die Demokratisierung der Türkei abhängt. Ein Krieg, in dem alle Weltmächte hineingezogen würden. Wenn das der Fall ist, wird das Problem eine regionale und globale Dimension annehmen und eine komplizierte Periode mit sich bringen“, erklärte Kalkan im Interview mit Firatnews.

Kalkan wies darauf hin, dass die KurdInnen auf der Basis einer permanenten Lösung jederzeit für integrative politische Verhandlungen bereit seien. „Doch in Anbetracht der Wahrscheinlichkeit eines breiteren Konflikts haben wir Vorbereitungen für den militärischen Kampf getroffen, um eine freie Zukunft für die KurdInnen sicherzustellen. Im Falle eines Konflikts, Krieges oder Massakers müssen die KurdInnenen genug Kraft haben, um sich selbst verteidigen zu können.“ *(DK/ANF, 24.12., ISKU)*

Auf der Suche nach kurdischen AgentInnen

Kurdische Jugendliche sind in letzter Zeit verstärkt Anwerbeversuchen von Beamten des Verfassungsschutzes ausgesetzt. Im Folgenden findet ihr eine gekürzte Zusammenfassung des ersten Teils einer Artikelserie der Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“, in welcher die Anquatschversuche der Verfassungsschutzes im Raum Hessen dokumentiert werden.

Wir haben die Versuche des Verfassungsschutzes, kurdische Jugendliche aus den Städten Frankfurt, Darmstadt, Fulda und Hanau als Agenten anzuwerben, recherchiert und möchten die erschreckenden Berichte der Jugendlichen mit unseren Leserinnen und Lesern teilen. Dabei gehen die Beamten des Verfassungsschutzes oft nach einem ähnlichen Muster vor. Sie sprechen vor allem Jugendliche an, die trotz Problemen mit ihrem Aufenthaltsstatus an kurdischen Demonstrationen teilnehmen oder sich in den kurdischen Strukturen engagieren. Diese versuchen sie als Agenten anzuwerben. Haben die Beamten des Verfassungsschutzes hiermit keinen Erfolg, versuchen sie die Jugendlichen davon zu überzeugen, nicht mehr an Demos teilzunehmen und ihr Engagement zu brechen. Wenn auch diese Versuche erfolglos bleiben, versuchen sie, die Jugendlichen durch Festnahme einzuschüchtern oder sie sorgen dafür, dass der Aufenthaltsstatus der Jugendlichen in Gefahr gerät. Im Folgenden berichten wir von den Erzählungen der Jugendlichen. Aus Sicherheitsgründen haben wir die Namen der betroffenen Jugendlichen anonymisiert.

„Wir wollen mir dir über die Aktivitäten der Kurden diskutieren“

Um auf den Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei und die Totalisolation Abdullah Öcalans aufmerksam zu machen, hatten kurdische Jugendliche am 5. Oktober die Zentrale der Nachrichtenagentur Reuters in Frankfurt besetzt. Der 19jährige S. U. war bei der Besetzung und wollte Bilder von der Aktion für die kurdische Presse machen. Aber die Polizeibeamten vor Ort beschlagnahmten die Speicherkarte seiner Kamera. Als S. U. später bei der Polizei anrief, um seine Speicherkarte wiederzubekommen, bekam er am Hörer eine unerwartete Antwort vom Polizeibeamten: „Du brauchst nicht auf die Polizeistation zu kommen. Wir werden deine Speicherkarte beim kurdischen Zelt vorbeibringen.“ Mit dem Zelt war das kurdische Infozelt in der Frankfurter Innenstadt gemeint, das aus Solidarität zum Hungerstreik in den Gefängnissen aufgebaut worden war und die hiesige Öffentlichkeit für die Aktion der politischen Gefangenen in der Türkei sensibilisieren sollte. S. U. wartete vor dem Zelt auf die Beamten, und als diese schließlich kamen, hatten sie noch eine „kleine Bitte“ an ihn. „Wir wollen, dass du bezüglich einiger Aktionen als Zeuge aussagst. Wenn du das nicht tust, wird dich die Staatsanwaltschaft ohnehin vorladen.“

S. U. ignorierte die Bitte der Beamten und dachte, dass es damit schon erledigt sei. Aber damit hatte er Unrecht. Denn als er sich einige Tage später auf den Weg nach Darmstadt machen wollte, näherten sich ihm zwei Männer, zeigten ihre Ausweise und stellten sich als Beamte des

Meldungen

Totalisolation Öcalans setzt sich fort

Die Rechtsanwälte Abdullah Öcalans, Mazlum Dinc, Hüseyin Bogatekin und Rezan Sarica haben wieder einen Antrag gestellt, um ein Gespräch mit ihrem Mandanten führen zu können.

Seit dem 27. Juli 2011 haben die AnwältInnen von Abdullah Öcalan ihren Mandanten nicht mehr auf der Gefängnisinsel Imrali besuchen können und gesehen. Seit 519 Tagen ist Abdullah Öcalan unter Bedingungen der völligen Isolation ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt inhaftiert. Immer wieder stellen die Anwälte einen Antrag für den ihnen zustehenden wöchentlichen Besuch bei ihrem Mandanten bei der Staatsanwaltschaft von Bursa. Besuche seiner Rechtsanwälte und Angehörigen werden jedes mal mit den gleichen banalen Gründen, wie „Das Schiff ist defekt“ abgelehnt. *(DK/ANF; 27.12., ISKU)*

Erneuter Verdacht auf Einsatz von chemischen Waffen

Die türkische Armee hat am Sonntag in den Abendstunden mehrere Bombenangriffe auf kurdisches Territorium durchgeführt. Es gibt Verdacht auf Einsatz von international verbotenen chemischen Waffen.

Zwei kurdische Dörfer mussten im Zuge der schweren Luftangriffe zwangsgeräumt werden. Örtlichen Quellen zufolge wurden kurdische Gebiete um Hewlêr gegen 20:00 Uhr Ortszeit unter Beschuss genommen.

Bei den zwangsgeräumten Dörfern handelt es sich um Bermize und Bızanrok. Nach Angaben der Zivilbevölkerung wurden gezielt Viehherden attackiert. *(ANF, 23.12., ISKU)*

Hausdurchsuchung in Hezex: 12 Festnahmen

Im Landkreis Hezex, Provinz Sirnex, haben am Montag türkische Sicherheitskräfte bei Hausdurchsuchungen 12 Personen festgenommen. Dabei kam es u.A. auch zu Sachbeschädigungen. Unter den Festgenommenen befinden sich auch BDP-Verantwortliche der Region Hezex. *(ANF, 24.12., ISKU)*

Repression gegen Azadiya Welat: 2 JournalistInnen verhaftet

Die Festnahmewellen gegen JournalistInnen in der Türkei halten weiter an. In Adana wurden zwei MitarbeiterInnen der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat festgenommen.

→Auf der Suche nach kurdischen AgentInnen

Verfassungsschutzes vor. „Wir wollen mit dir über die Aktivitäten der Kurden diskutieren", sagten sie zu S. U.
S. U. war ein wenig erschrocken von der unerwarteten Begegnung mit dem Verfassungsschutz, aber sagte, sobald er sich wieder fing, dass er mit ihnen nicht sprechen wolle und sie kein Recht hätten, ihn so auf der Straße zu stören. Nach dieser Reaktion waren die Stimmen der Beamten auf einmal sanfter und einer von ihnen sagte, dass S. U. doch noch nicht einmal wisse, worüber sie mit ihm sprechen wollten. „Hör uns doch erst einmal zu! Ihr habt die Informationen über die Grauen Wölfe und die Kurden. Und wir wollen von eurem Wissen profitieren." S. U. fühlte sich genervt von den beiden Herrschaften und begegnete ihnen wie folgt: „Ihr sagt, dass ihr vom Verfassungsschutz seid! Dann wisst ihr vermutlich mehr von der kurdischen Bevölkerung hier als ich. Und wenn ihr wirklich nur Infos wollt, dann gibt es bestimmt dutzende Vereine und Institutionen, die ihr ansprechen könntet. Da ist es doch nur schwachsinnig, dass ihr genau zu mir kommt. Auch die Polizei aus Frankfurt wollte mit mir sprechen. Aber ich bin nicht hingegangen. Und gegenüber euch, werde ich mich genauso verhalten. Damit ihr es wisst!"
Die Beamten des Verfassungsschutzes starteten noch einen letzten Versuch und wollten S. U. auf einen Kaffee einladen, um „in Ruhe" mit ihm sprechen zu können. S. U. schlug auch dieses Angebot aus und wollte noch einmal die Ausweise der Beamten sehen und fragte nach ihren Visitenkarten. Die Beamten zeigten nochmals ihre Ausweise, gaben aber an, leider keine Visitenkarten bei sich zu haben. Stattdessen gaben sie S. U. einen Zettel mit, auf den die Beamten ihre Telefonnummer niedergeschrieben hatten. Als schließlich der Bus kam, stieg S .U. ein und die Beamten bewegten sich eilig von der Haltestelle weg.

Wenn der Aufenthaltstitel ausläuft …
Die 19-jährige Z. A. nahm, trotz ihrer Aufenthaltsprobleme, an Veranstaltungen der KurdInnen in ihrer Region teil. Im Juli musste sie dann zur Ausländerbehörde, um ihren Aufenthalt zu verlängern. Die Beamtin vor Ort erklärte ihr, dass noch einige Papiere für die Verlängerung ihres Aufenthalts fehlen würden, sie daher zu einem späteren Termin nochmals vorbeikommen solle. Das tat Z. A. dann auch, doch bei ihrem nächsten Besuch erwartete sie eine Überraschung bei der Behörde. Die Beamtin erklärte ihr, dass zwei Herren mit ihr sprechen wollen würden und sie doch hierfür in ein benachbartes Zimmer gehen solle. Im anderen Zimmer stellten sich die zwei Männer vor und erklärten, dass sie von der Kriminalpolizei seien. Anschließend bombardierten sie Z. A. mit ihren Fragen: „Wir wissen, dass du regelmäßig in den kurdischen Verein gehst und dort aktiv bist. Letztes Jahr warst du auch auf der Demo in Berlin und wurdest dort festgenommen, weil du einen Polizisten angegriffen hattest. Warum nimmst du an solchen Demos teil?"
Z. A. gab an, dass sie an verschiedenen Demos teilgenommen habe, aber in Berlin habe sie keinen Polizisten angegriffen. Die Polizisten zeigten Z. A. daraufhin einige Bilder und sagten: „Das sind die Jugendlichen, die sich auf der Demo in Berlin vermummt hatten. Sag uns, wer diese Jugendlichen sind, hilf uns dabei sie ausfindig zu machen. Wenn du das machst, kannst du dir auch ein wenig Geld damit verdienen." Z. A. akzeptierte das Angebot nicht, woraufhin die Polizisten anfingen, ihr zu drohen. Zum Abschluss wurden die Beamten dann doch noch einmal nett und gaben ihr ihre Visitenkarten, für den Fall, dass sie es sich doch noch anders überlegen würde.
Bevor sie das Zimmer wieder verließ, hatte Z. A. den Beamten lautstark gesagt, dass sie von ihr nichts hören werden. Die Reaktion hierauf fiel für Z. A. hart aus. Seit Juli wurde ihr Aufenthalt nicht mehr verlängert und nun hat sie zusätzlich noch eine Anklage am Hals.

Repressionen und Schikane
Der 20-jährige B. Y. gehört zwar nicht zu den kurdischen Jugendlichen, denen Angebote des Verfassungsschutzes unterbreitet worden sind. Stattdessen hat B. Y. allerdings anderweitige Bekanntschaften mit den Beamten der BRD gemacht. Nachdem B. Y. bei einer Demonstration anlässlich des Jahrestags des internationalen Komplotts gegen Abdullah Öcalan festgenommen worden war, ist er mit ständiger Schikane und Repression des Polizeiapparats konfrontiert. „Es ist mir schon passiert, dass ich auf der Straße mit meinen Freunden einfach unterwegs war und ein Polizist auf einmal zu uns kamen, um meine Freunde vor mir zu warnen, da ich ja ein Terrorist sei", berichtet B. Y.
Außerdem finden Versuche der Einschüchterng gegen ihn statt. So erzählt B. Y. von zwei weiteren Vorfällen: „Einmal bin ich aus dem Haus gegangen, um zu einer Demo zu gehen. Vor der Tür sind mir zwei Männer in einem Auto aufgefallen, die mich anscheinend beobachteten. Als ich später auf der Demo war, habe ich sie wiedergetroffen. Ein andermal, das war nach der Jugenddemo in Frankfurt, wollten wir nach der Aktion mit ein paar Freunden etwas Essen gehen. Dann hat die Polizei das Restaurant, in dem wir saßen, gestürmt. Sie haben mich und die anderen Freunde in den Keller des Restaurants gebracht, um dort unsere Ausweise zu kontrollieren. Anschließend haben sie mich und einen weiteren Freund festgenommen. Sie haben uns zunächst versucht einzuschüchtern und anschließend haben sie, als sei gar nichts geschehen, einfach wieder gehen lassen. Seit zwei Jahren mache ich diese Repressionen mit. Aber es wird ihnen nicht gelingen, mich einzuschüchtern."

Erstes Angebot mit 15 Jahren
Die 17-jährige H. C. berichtet, dass sie ihr erstes Angebot, als Agentin zu arbeiten, im Alter von 15 Jahren erhalten habe. „Ich hatte den Verein neu kennengelernt und habe angefangen dort ab und an vorbeizuschauen. Als ich an einer Aktion teilgenommen hatte, kam ein Polizist zu mir, gab mir seine Visitenkarte und erklärte, dass er mit mir sprechen wolle. Meine Freunde sagten mir, ich solle die Karte wegschmeißen. Ich zerriss sie und schmiss sie dann weg", berichtet H. C. Später wurde sie dann zu 50 Sozialstunden verurteilt, weil sie angeblich einen Polizisten bei der Demonstration in Berlin im letzten Jahr getreten habe.

„Du bist der einzig saubere unter deinen Geschwistern"
Auch M. S. wurde nach der genannten Demonstration in Berlin zu einer Strafe verurteilt. Er erhielt eine Geldstrafe in Höhe von 1.200 €. Doch als die Polizei merkte, dass er trotz der Strafe weiterhin Demonstrationen besuchte, versuchte sie nun seine Geschwister einzuschüchtern. Bei einer Demo in diesem Jahr, wurde dann sein jüngerer Bruder festgenommen, weil er verbotene Parolen gerufen haben soll. Die Polizisten erklärten dem Bruder äußerst fürsorglich, dass er doch der einzig saubere unter seinen Geschwistern sei und deshalb von nun an nicht mehr an den Demos teilnehmen solle. „Bei der nächsten Demo trat dann einer der Polizisten wieder auf meinen Bruder zu und rief ihm vor den anderen Demonstranten, zu, dass sie doch vereinbart hätten, dass er auf keine Demos mehr gehen würde. Mein Bruder hat ihm dann geantwortet, dass er nichts mit ihnen vereinbart hat. So versuchen sie, meinen Bruder und andere Jugendliche öffentlich vor den anderen Teilnehmern der Demonstration als Agenten darzustellen", erklärte M. S.

(YÖP, 22.12., ISKU)

Mehmet Erçik und Hediye Özbay wurden in Adana von türkischen Polizisten festgenommen. Nach ihrer Festnahme, zu der bis dato immer noch keine Gründe vorgelegt werden konnten, wurden beide in das örtliche Polizeipräsidium gebracht und dort vernommen.
Seit Tagen kritisieren Journalistenverbände aus aller Welt die Festnahmewellen der türkischen Regierung gegenüber JournalistInnen. Die international agierende Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen" erwähnte in ihrer Jahresbilanz, dass die meisten inhaftierten JournalistInnen weltweit in türkischen Gefängnissen säßen.
Azadiya Welat ist die einzige kurdischsprachige Tageszeitung in der Türkei. Ihre MitarbeiterInnen werden wiederholt Opfer türkischer Repressalien. Um regierungskritische JournalistInnen mundtot zumachen, werden sie unter dem Vorwand der vermeintlichen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation in Haft genommen, darunter auch ihr Chefredakteur Tayip Temel, der seit 20 Jahren in einem türkischen Gefängnis sitzt. *(DK/ANF; 24.12.; ISKU)*

Patriot-Raketen werden im Januar verschifft
Die zwei für den Einsatz im Südosten der Türkei vorgesehenen deutschen „Patriot"-Raketenabwehrstaffeln werden voraussichtlich am 8. Januar vom Hafen Travemünde aus verschifft. Dazu werden am Tag zuvor Dutzende Lastwagen von den Kasernen Sanitz und Bad Sülze in mehreren Fahrzeugkolonnen unterwegs sein, sagte ein Sprecher des Flugabwehrraketengeschwaders 2 am Donnerstag der Nachrichtenagentur dpa. Die meisten der 170 Soldaten des Geschwaders sollen erst später in die Türkei fliegen. Die Einsatzbereitschaft der Einheit sei dann für Anfang Februar geplant.

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DK	DieKurden.de

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org